

Wolbring - Krupp und die Öffentlichkeit im 19. Jahrhundert

Barbara Wolbring

Krupp und die Öffentlichkeit im 19. Jahrhundert

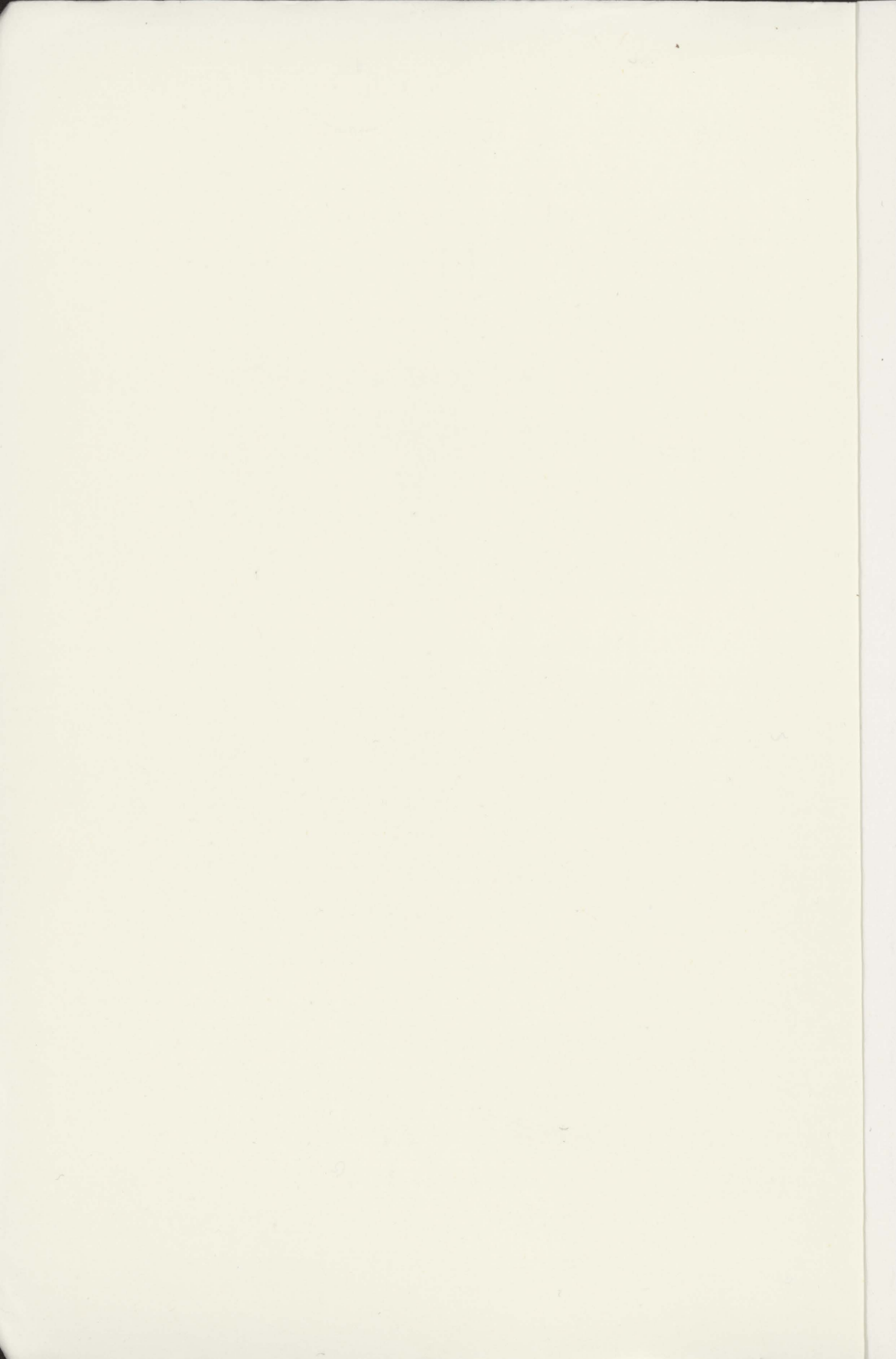
Schriftenreihe zur Zeitschrift



für Unternehmensgeschichte

Verlag C.H.Beck

Band 6



Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte
Band 6

In Verbindung mit Lothar Gall, Carl-Ludwig Holtfrerich,
Manfred Pohl, Klaus Tenfelde.

Herausgegeben im Auftrag
der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte
von Peter Borscheid, Wilfried Feldenkirchen, Jakob Tanner

Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte
Band 1
Unternehmen im Wandel
Herausgegeben von Lothar Gall
und Manfred Pohl

Band 2
Frank J. Nöldeke
Das Mannheimer Experiment in Berlin
von 1892 bis 1932
Evolutionsökologische Untersuchungen
zur wirtschaftshistorischen Sicht

Band 3
Uwe Spiekermann
Bane der Konzerngesellschaft
Entstehung und Entwicklung des modernen Konzerns
in Deutschland 1870-1914

Band 4
Martin J. Müller
Bauplan in Deutschland zwischen Inflation und Währungsreform
1924-1948
Wohnungsbauförderung im Spannungsfeld zwischen Staat
und privaten und öffentlichen Baupartnern

Band 5
Alfred Rechner
Das «Stahlnest»-Projekt
Die Gründung der Vereinigte Stahlwerke A.G.
und ihre Unternehmensentwicklung 1926-1933/34

Verlag C. H. Beck München

Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte

Es liegen bisher vor

Band 1

Unternehmen im Nationalsozialismus
Herausgegeben von Lothar Gall
und Manfred Pohl

Band 2

Frank J. Nellißen
Das Mannesmann-Engagement in Brasilien
von 1892 bis 1995
Evolutionspfade internationaler Unternehmenstätigkeit
aus wirtschaftshistorischer Sicht

Band 3

Uwe Spiekermann
Basis der Konsumgesellschaft
Entstehung und Entwicklung des modernen Kleinhandels
in Deutschland 1850–1914

Band 4

Martin L. Müller
Bausparen in Deutschland zwischen Inflation und Währungsreform
1924–1948
Wohnungsbaufinanzierung im Spannungsfeld zwischen Staat
und privaten und öffentlichen Bausparunternehmen

Band 5

Alfred Reckendrees
Das «Stahltrust»-Projekt
Die Gründung der Vereinigte Stahlwerke A.G.
und ihre Unternehmensentwicklung 1926–1933/34

Mit 28 Abbildungen und 2 Tabellen

Promotion: 30.06.1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wolbring, Barbara:

Krupp und die Öffentlichkeit im 19. Jahrhundert / Barbara Wolbring.

– München : Beck, 2000

(Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte ; Bd. 6)

Zugl.: Frankfurt/M., Univ., Diss., 1999

ISBN 3 406 46527 7

ISBN 3 406 46527 7

Umschlagentwurf: Uwe Göbel, München

© Verlag C. H. Beck oHG, München 2000

Satz und Layout: Walter Lachenmann, Waakirchen

Druck und Bindung: Kösel, Kempten

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

www.beck.de

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt am Main

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	10
I. Die Prägung des Unternehmens durch Alfred Krupp 1826 bis 1887	17
1. Probleme der frühen Jahre	19
2. Krupp und der Staat	32
A: Krupp als «Nationalwerk» – die Beziehung zum König	33
<i>Das Streben nach Protektion</i>	33
<i>Der Nutzen der Sonderbeziehung zum König</i>	43
B: Alfred Krupp und die Politik	55
<i>Die Ablehnung persönlichen Engagements</i>	55
<i>Das Verhältnis zum Reichstag</i>	63
C: Die Beteiligung an den industriellen Interessenverbänden	68
<i>Der Kampf für den Schutzzoll</i>	70
<i>Die Sozialversicherungsgesetze</i>	76
<i>Zusammenfassung</i>	83
3. Die Entdeckung der Öffentlichkeit	84
A: Krupps Triumphe auf den Weltausstellungen	85
<i>Funktion und Bedeutung der Industrieausstellungen</i>	85
<i>Erste Auftritte auf der neuen Bühne 1844 bis 1854</i>	90
<i>Die gefeierte Berühmtheit auf den Weltausstellungen von 1855, 1862 und 1867</i> .	100
<i>Die Beteiligung der Firma Krupp an den späteren Weltausstellungen</i>	112
B: Die Entstehung und Entwicklung von Werbung	122
<i>Die Entstehung der Reklame aus den Bedingungen industrieller Produktionsweise</i> .	123
<i>Die ersten Werbemittel bei Krupp</i>	126
<i>Der Einsatz der Fotografie</i>	132
<i>Die Geschichte der Kanone</i>	138
<i>Die drei Ringe</i>	143

C: Alfred Krupp und die Presse	145
<i>Der Gußstahlglockenstreit</i>	150
<i>Ein erstes PR-Programm</i>	155
«Es fehlt uns noch immer ein Litterat»	160
<i>Die Napoleon-Briefaffäre</i>	164
<i>Zusammenfassung</i>	169
4. Der Herr im Haus: Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung	170
<i>Geschichte als Argument: Das Stammhaus</i>	171
<i>Gegenseitige Treue</i>	176
<i>Seigneurialer Patriarchalismus</i>	180
<i>Die Resonanz auf diesen Standpunkt</i>	185
II. Die Zeit der Inhaberschaft Friedrich Alfred Krupps	
1887 bis 1902	189
1. Der Erbe	191
2. Die Firma und der Staat	196
A: Die «Fürstenrundreise» und das Mißtrauen der Öffentlichkeit	196
B: Friedrich Alfred Krupp und Wilhelm II.	200
<i>Das Verhältnis zu Bismarck</i>	203
C: Friedrich Alfred Krupp im Reichstag	206
D: Politische Interessenvertretung der Firma	211
<i>Hanns Jencke als Verbandspolitiker</i>	211
<i>Sozialpolitik in den 1890er Jahren</i>	215
<i>Zusammenfassung</i>	218
3. Industrielle Öffentlichkeitsarbeit	220
A: Die Selbstdarstellung der Firma	220
<i>Ein neuer Wind?</i>	220
<i>Gegenwind: Die zweite Napoleon-Affäre</i>	222
B: Das Kruppsche Nachrichtenbüro	226
«Eine Art Intelligence Office»: Die Denkschrift Menshausens	226
<i>Aufgaben und Tätigkeit des Nachrichtenbüros</i>	

C: Pressepolitik der Industrieverbände: Die «Berliner Neuesten Nachrichten»	237
<i>Der Ankauf der «Berliner Neuesten Nachrichten»</i>	240
<i>Das Vorbild der Agrarier</i>	244
<i>Das Ausscheiden Henckel von Donnersmarcks 1899</i>	246
<i>Umstrukturierung und Neukonzipierung des Blattes Ende 1900</i>	247
4. Großindustrie im Zwielficht: Krupp und der Flottenbau	253
A: Die Zusammenarbeit des Firmeninhabers mit Victor Schweinburg ..	254
<i>Die Gründung der «Süddeutschen Reichskorrespondenz»</i>	257
B: Propaganda für die Flotte	261
<i>Die Gründung des Flottenvereins</i>	265
<i>Der Konflikt mit Stroschein und den «Flottenprofessoren»</i>	268
« <i>Die Flotte muß über den Parteien stehen</i> »	270
<i>Der Sturz Schweinburgs</i>	275
C: Der Bruch zwischen Krupp und Schweinburg	278
D: Die öffentlichen Angriffe wegen der Preise für die Panzerplatten ...	283
« <i>Die unerhörteste Agitation</i> » 1900	283
« <i>Reichstag contra Krupp</i> » 1901	295
« <i>Es herrscht gegen Krupp eine allgemeine Animosität</i> »	301
5. Krupp auf Capri	307
<i>Prolog: Der «Wohltäter» Krupp</i>	309
<i>Erste Enthüllungen in der italienischen Arbeiterpresse</i>	313
<i>Die Anschuldigung des «Vorwärts»</i>	315
<i>Der plötzliche Tod F. A. Krupps</i>	319
<i>Der «Schild des deutschen Kaisers»</i>	321
<i>Die Kaiseradressen</i>	324
<i>Die Einstellung des Verfahrens gegen den «Vorwärts»</i>	327
<i>Epilog im Reichstag</i>	330
<i>Zusammenfassung</i>	332
Schluß	335
Anhang	339
Abkürzungsverzeichnis	339
Abbildungsverzeichnis	340

Quellen- und Literaturverzeichnis 342

Archivalische Quellen 342

Gedruckte Quellen 342

Literaturverzeichnis 345

Personenregister 363

Vorwort

Die Arbeit ist im Sommersemester 1999 vom Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität als Dissertation angenommen worden. An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mir ihr Interesse, ihre Hilfe und Unterstützung haben zukommen lassen und so das Zustandekommen der Arbeit mit ermöglicht haben.

Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Prof. Dr. Lothar Gall, der in vielen Gesprächen und Diskussionen den Fortgang der Arbeit mit großem Interesse begleitet hat. Für das Koreferat danke ich Prof. Dr. Ulrich Muhlack, sowie Prof. Dr. Notker Hammerstein für die Übernahme des dritten Gutachtens.

Im Historischen Archiv Krupp fand ich stets bereitwillige Unterstützung, wofür ich Dr. Renate Köhne-Lindenlaub und Dipl. Volkswirt Herwig Müther danke sowie den immer hilfsbereiten Burkhard Beyer und Ulrich Nitsche M.A. Auch der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung bin ich für ihre Hilfe zu Dank verpflichtet.

Besonders hilfreich waren die stets bohrenden Fragen und die kritische Lektüre von Priv. Doz. Dr. Gerrit Walther. Wertvolle Hinweise und willkommene Aufmunterung erhielt ich von Dr. Michael Epkenhans. Susanne Lütje M.A., Dr. Martin Müller und Walter-Dietrich Wolbring haben das Manuskript durchgesehen und mir viele nützliche Anregungen gegeben. Bei der Erstellung des Registers hat mich Kathinka Gode bereitwillig unterstützt. Den Frankfurter Kollegen, allen voran Priv. Doz. Dr. Andreas Schulz, danke ich für das freundschaftliche Klima, das ich stets als besonders angenehm empfunden habe.

Schließlich gilt mein besonderer Dank der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte und ihrer Jury, bestehend aus Prof. Dr. Knut Borchardt, Prof. Dr. Jürgen Hockerts und Prof. Dr. Hansjörg Siegenthaler, für die Zuerkennung eines der Preise für Unternehmensgeschichte 1999 und damit für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte.

Frankfurt am Main im Mai 2000

Barbara Wolbring

Einleitung

«Dieses Ding da wird einer der merkwürdigsten Denksteine in der Geschichte der industriellen Entwicklung Deutschlands werden.»¹ Das «Ding», das Friedrich Harkort, der Doyen der deutschen Industriellen, 1851 pries, war ein für den Uneingeweihten zunächst recht unscheinbarer Block aus Gußstahl, den Alfred Krupp, ein kleiner Stahlfabrikant aus dem rheinpreußischen Essen, auf der ersten Weltausstellung in London präsentierte. So unförmig er aussah, war der größte bis dahin aus Gußstahl gegossene Block doch eine technische Meisterleistung. Er wurde zum vielbestaunten Publikumsmagneten und machte Krupp mit einem Schlag berühmt. Wie ein Ausrufezeichen, ein «Denkstein», wie Harkort gesagt hatte, steht er damit am Anfang eines beispiellosen Aufstiegs, der aus dem Familienbetrieb ein Weltunternehmen machte.

Der Block war jedoch, und das hat Harkort sofort erkannt, nicht nur ein Erfolg für den Unternehmer selbst, er gewann darüber hinaus Bedeutung für Deutschland insgesamt. Er war ein «Denkstein für die industrielle Entwicklung *Deutschlands*», weil er aller Welt zeigte, zu welcher Könnerschaft es die deutsche Stahlindustrie gebracht hatte. Bis dahin hatte Deutschland als industrielles Entwicklungsland gegolten. Besonders in der Eisen- und Stahlbereitung schien die Vorrangstellung Englands unangreifbar. Krupp hat also mit dem Gußstahlblock die bis dahin uneinholbar scheinenden Engländer geschlagen – und das vor den Augen der Welt, auf der ersten Weltausstellung, noch dazu in ihrem eigenen Land.

Krupps Auftreten in London war der für alle Welt sichtbare Hinweis auf die dann folgende Entwicklung, die den Namen Krupp in besonderer Weise mit dem Aufstieg Deutschlands zum Industriestaat im 19. Jahrhundert verband. Alfred Krupp führte die 1811 gegründete Gußstahlfabrik aus bescheidenen Anfängen zu einem Unternehmen von Weltgeltung. Nach dem Tod des Vaters 1826 leitete der erst 14jährige Alfred das Unternehmen gemeinsam mit der Mutter und später auch den jüngeren Geschwistern. Alleininhaber wurde er 1848. Erst danach begann der kometenhafte Aufstieg des Unternehmens, der über weite Strecken parallel zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands verlief. Als mit dem Eisenbahnbau in den 1850er Jahren der *take-off* der Industriellen Revolution einsetzte, gelang auch Krupp der Durchbruch. In den folgenden Jahrzehnten machte sich das Unternehmen als Produzent hochwertiger Stahlprodukte einen Namen. Mit den außenpolitischen Interessen Preußens bzw. dann seit der Reichsgründung Deutschlands war Krupp als Rüstungsgüterher-

1 Berger, *Der alte Harkort*, 397.

steller eng verbunden. Die Firma Fried. Krupp wurde zur «Waffenschmiede der Nation» durch die Entwicklung und Herstellung neuer, eben stählerner, statt der bis dahin üblichen Bronzekanonen und dann seit Ende der 1890er Jahre im Zeichen der Flottenrüstung durch den Bau von Schlachtschiffen, deren Panzerung und Armierung.

Aufgrund der herausgehobenen Stellung als Waffenproduzent, aber auch allein wegen der Größe des Unternehmens, das zu Beginn des Kaiserreichs mehr als 10.000 Menschen beschäftigte, war es in vielfältiger Weise mit Staat und Gesellschaft verbunden. Dabei wurde das Unternehmen auch zu einem eigenen Herrschaftsbereich, wie er vor der Industrialisierung nicht existiert hatte. Industrieunternehmen dieser Größe bildeten nicht nur eine eigene Binnenstruktur aus, sondern wirkten auch auf die soziale und politische Struktur der Gesellschaft und des Staates ein. Was Krupp tat, was in Essen geschah, wurde beachtet. Umgekehrt war auch das, was in Potsdam und Berlin geschah, was im Parlament gesprochen, in den Zeitungen geschrieben und auf den Weltausstellungen gelobt wurde, für das Unternehmen von Bedeutung. Diese Wechselbeziehungen zwischen dem Industrieunternehmen und der Gesellschaft bzw. der Öffentlichkeit als ihrem Ausdrucksmittel, die sich in verschiedenen Formen von Kommunikation äußerten, stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit.

Eine Frage lautet dabei, welche Rolle Öffentlichkeit für das Unternehmen spielte und welche Instrumente von Öffentlichkeit man sich mit welchem Ziel zunutze machte. Dabei soll es nicht nur um Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Absatzförderung oder Werbung gehen, sondern darüber hinausgehend nach den Verbindungen gefragt werden, die zwischen der sich rasant zum Großunternehmen entwickelnden Fabrik und der Gesellschaft entstanden, deren Struktur und Charakter in diesem Zeitraum gleichfalls tiefgreifenden Wandlungsprozessen unterworfen waren. Es ist also weiter zu fragen, wie sich das industrielle Großunternehmen und die moderne Gesellschaft, die beide in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewaltig expandierten und dadurch an Gewicht gewannen, gegenseitig wahrnahmen, in welcher Form sie sich aufeinander bezogen und wie sich ihr Verhältnis veränderte. Gesellschaft und Staat sind dabei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr nur der Monarch mit seinem Kabinett, sondern im Zeitalter des «politischen Massenmarktes»² die vom Bürgertum und zunehmend auch von der Arbeiterschaft geprägte Gesellschaft, als deren Organ die Öffentlichkeit, also vor allem Presse und Parlamente, gelten kann. Öffentlichkeit wird von daher verstanden als eine Institution der Gesellschaft, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts als Machtfaktor zunehmende Bedeutung gewann.

Mit dieser Fragestellung unterscheidet sich die vorliegende Arbeit von bisherigen Ansätzen, die, meist ganz auf den Staat konzentriert, nach der Verbindung zwi-

2 Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*.

schen dem Unternehmen und der deutschen Geschichte gefragt haben und deren Ziel häufig darin bestand, die Verstrickung der Deutschen und der deutschen Wirtschaft in den Nationalsozialismus am Beispiel Krupp historisch zu erklären und zu verdeutlichen.³ Auch Spezialuntersuchungen zur Flottenrüstung haben die Beziehungen des Unternehmens zum Staat betrachtet und dabei die bereits von den Zeitgenossen diskutierten Fragen zu klären versucht, ob und in welchem Maß nämlich das Unternehmen Einfluß auf die deutsche Politik genommen hat und ob das Unternehmen seine Monopolstellung bei Panzerplatten ausgenutzt und Wucherpreise verlangt hat.⁴ In der Regel von Publizisten vorgenommene Untersuchungen zur Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren sich hingegen ganz auf Genese und Entwicklung der Instrumente von Öffentlichkeitsarbeit.⁵ Eine andere Richtung der Publizistik konzentriert sich auf die Medien als die Träger gesellschaftlicher Kommunikation und läßt dabei die Kommunikationspartner und die auf dem Forum der Öffentlichkeit verhandelten Inhalte in den Hintergrund treten.⁶ Auf eine ausführliche Präsentation des Forschungsstandes wird hier verzichtet, denn die Literatur ist vor Ort im jeweiligen Zusammenhang ausführlich erörtert.

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit erstreckt sich, grob gesprochen, vom Eintritt Alfred Krupps in das Unternehmen 1826 bis zum Tod seines Sohnes 1902. Der Tod Friedrich Alfred Krupps stellt trotz der inzwischen erreichten organisatorischen Kontinuität einen Einschnitt dar, vor allem deshalb, weil danach kein direkter Erbe mehr an der Spitze der Firma stand, die zudem in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde.⁷ Die Struktur der Firma als einer Inhabergesellschaft legte zudem eine Zweiteilung nahe. So wird in einem ersten Teil, der bis zum Tod Alfred Krupps 1887 reicht, nach den Anfängen und den Motiven betrieblicher Öffentlichkeitsarbeit gefragt. Weiter soll es darum gehen zu prüfen, in welchen Mustern der Inhaber sich die Integration des entstehenden Großunternehmens in die Gesellschaft vorstellte. Liegt der Schwerpunkt in diesem ersten Teil also darauf aufzuzeigen, welches Selbstbild Krupp von sich als Fabrikant und von seinem Unternehmen entwarf, welches Image er etablierte und in welcher Form er sich die Öffentlichkeit zunutze machte, verschieben sich die Schwerpunkte etwas im dann folgenden zweiten Teil, der die Zeit der Inhaberschaft Friedrich Alfred Krupps von 1887 bis 1902 umfaßt.

3 Hier vor allem: Menne, *Krupp*; Manchester, *Krupp*; Mühlen, *Die Krupps*; Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern*; Engelmann, *Krupp*.

4 Zuletzt: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau 1897–1914*; ders., *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*; ders., *Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914*.

5 Hategan, *Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit*; Kunzlik, *Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland*.

6 Vgl.: Bobrowsky/Langenbacher (Hrsg.), *Wege*

zur Kommunikationsgeschichte. Einen Schritt zur Überwindung dieser Konzentrierung auf die Medien geht Seeling, *Organisierte Interessen und öffentliche Kommunikation*.

7 Friedrich Alfred Krupp hatte keinen Sohn, Alleinerbin war die bei seinem Tod 1902 16 Jahre alte und damit minderjährige Bertha Krupp. Nach ihrer Hochzeit mit dem Diplomaten Gustav von Bohlen und Halbach 1906 stand dieser an der Spitze des Aufsichtsrates.

Dieser Abschnitt der Firmengeschichte war nach dem Ende der «Großen Depression», der langanhaltenden Wirtschaftskrise, die 1873 jäh die Euphorie der Gründerjahre beendete, eine Zeit neuerlicher Expansion. Das Unternehmen stand allein aufgrund seiner Größe und aufgrund des Reichtums seines Besitzers noch stärker im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit als zuvor. Dazu trug dann auch seit der zweiten Hälfte der 1890er Jahre die Flottenrüstung bei, mit der Krupp schon allein aufgrund der Stellung des Unternehmens als Schiffsbauer, als Hersteller von Panzerplatten und Geschützen eng verbunden war. Sehr viel stärker als für den ersten Zeitraum ist es deshalb möglich und geboten, danach zu fragen, wie das Unternehmen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde und welche Veränderungen sich dabei zu dem von Alfred Krupp etablierten Image finden lassen.

Um der Frage näherzukommen, warum und wie Alfred Krupp die Öffentlichkeit für sich entdeckt hat, müssen zunächst die Probleme der Anfangsjahre geschildert werden, in denen das Unternehmen ums Überleben kämpfte. Mit der Bezeichnung Anfangsjahre sind dabei weniger die ersten Jahre nach der Gründung des Unternehmens 1811 gemeint als die Jahre nach dem Tod des Firmengründers 1826, die Jahre, in denen der junge Alfred Krupp das Unternehmen leitete, wenn auch mit Unterstützung seiner Mutter und anderer verwandtschaftlicher Ratgeber. Die Hindernisse und Schwierigkeiten jener Jahre haben Alfred Krupp in vielfältiger Weise geprägt und sein späteres Verhalten maßgeblich beeinflusst.

Dies betrifft zunächst sein Verhältnis zum Staat. Eine These der vorliegenden Untersuchung lautet, daß Krupp eine Sonderstellung seines Unternehmens gezielt zu erreichen versuchte und daß er wesentlich aus diesem Grund die Kanonenherstellung aufnahm. Wenngleich Krupp sich in seinem Bemühen um diese Sonderstellung schwerpunktmäßig auf den Monarchen konzentrierte, muß doch auch sein Umgang mit der politischen Öffentlichkeit, also vor allem mit dem Parlament und den Mechanismen der politischen Willensbildung, untersucht werden. Auffällig ist dabei, daß Alfred Krupp jede Form politischer Partizipation ablehnte. In welcher Form er die politischen Interessen statt dessen vertrat und inwieweit er damit erfolgreich war, wird ebenso wie die Einbindung des Unternehmens in die industriellen Interessenverbände weiter zu verfolgen sein.

Den Schwerpunkt dieses ersten Teils bildet dann die Untersuchung des Umgangs mit der Öffentlichkeit in Gestalt der Weltausstellungen, der Werbung und der Presse. Hier wird gezeigt, daß Krupp sehr früh die unterschiedlichen Möglichkeiten der Öffentlichkeit entdeckte und für sein Unternehmen einsetzte. Die herausgehobene Stellung Krupps, die sich bereits auf der Weltausstellung 1851 andeutete, war kein Zufall, sondern von ihm bewußt herbeigeführt. Dies ist besonders deshalb auffällig, da nicht das breite Publikum sein eigentlicher Adressat war. Vielmehr sah er die Öffentlichkeit in erster Linie als Instrument, als Kommunikationsmittel, um die eigentliche Zielgruppe, den überschaubaren Kundenkreis des

Unternehmens, zu erreichen. Es wird beschrieben, daß und wie es Krupp gelang, ein Image aufzubauen, das heißt, das Unternehmen mit bestimmten Begriffen wie Qualität, Solidität, Patriotismus und Modernität in Verbindung zu bringen.

Ein Großunternehmen wie die Firma Krupp war nicht allein über seine Produkte mit der Gesellschaft verbunden, sondern auch als Sozialverband. Die «soziale-» oder «Arbeiterfrage» stellte sich hier zuerst, ja, sie nahm von hier ihren Ausgang. Die Arbeitgeber waren zugleich Repräsentanten der etablierten Ordnung, die die Sozialdemokratie bekämpfte. Wenn auch das Verhältnis Alfred Krupps zur Arbeiterbewegung hier nicht umfassend behandelt werden kann, so sollen doch schlaglichtartig einige Aspekte dieser Beziehung beleuchtet werden. Dabei stehen die in der öffentlich geführten Auseinandersetzung gebrauchten Argumente im Vordergrund. Gefragt wird aber auch nach der Resonanz, die Krupp auf seinen Standpunkt bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen fand.

Der zweite Teil der Arbeit verfolgt einerseits die Fortentwicklung und Ausdifferenzierung der bereits bestehenden Verbindungslinien zwischen dem Unternehmen und den gesellschaftlichen Institutionen sowie der Öffentlichkeit. Hierbei werden Neuerungen wie die Einrichtung des Kruppschen Nachrichtenbüros untersucht, es wird nach dessen ursprünglich geplanter Funktion und der Weiterentwicklung und Veränderung seiner Aufgaben gefragt. Weiter wird der Versuch betrachtet, im Rahmen der Industrieverbände mit einer Tageszeitung Einfluß auf die öffentliche Meinung zu gewinnen. Ein wesentlicher Akzent in diesem zweiten Teil liegt auf der öffentlichen Wahrnehmung von Großindustrie. Es wird gezeigt, daß seit dem Ende der 1880er Jahre sich das Urteil über die Firma Krupp entscheidend wandelte.

Das von Alfred Krupp etablierte Image des Unternehmens als wesentlicher Träger nationalen Aufstiegs, wirtschaftlicher Modernisierung und als Wahrer des sozialen Status quo wurde zunehmend brüchig. Statt dessen begegnete Friedrich Alfred Krupp als Inhaber und Repräsentant des größten deutschen Unternehmens wachsendem öffentlichen Mißtrauen. Sein Auftreten wurde als Politikum wahrgenommen und dabei zunehmend kritisch betrachtet. Er mußte gegen den Verdacht kämpfen, es an Loyalität gegenüber dem Staat, an Patriotismus fehlen zu lassen und statt dessen die eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen höher zu stellen als diejenigen der Nation. Hatte sein Vater in gewisser Weise den Aufstieg Deutschlands verkörpert, so schien Friedrich Alfred Krupp am Ende des Jahrhunderts für die häßliche Seite des Kapitalismus zu stehen.

Eine solche Entwicklung kann schon aus forschungspraktischen Gründen nur exemplarisch behandelt werden. Hierfür wurden solche Fälle ausgewählt, die das Verhältnis des Unternehmens zu anderen Staaten und zur eigenen Nation berühren. Dies sind neben der Kritik am Auftreten F. A. Krupps in Konstantinopel (Kap. II.2.A) auch das erneute Aufkommen der Napoleon-Affäre (Kap. II.3.A), also der Vorwurf, daß die Firma kurz vor dem deutsch-französischen Krieg zu wenig pa-

triotischen Einsatz gezeigt habe. In besonderer Weise bündeln sich diese Fragestellungen dann an den Auseinandersetzungen um die Flottenrüstung und die Flottenpropaganda. Demgegenüber treten die öffentlichen Reaktionen etwa auf den Kauf des Magdeburger Gruson-Werkes oder der Kieler Germania-Werft in den Hintergrund. Das scheint auch deshalb gerechtfertigt, da es sich hierbei um Ereignisse mit einem weniger politischen und stärker geschäftlichen Bezug handelt.

Gewissermaßen als eine Fortsetzung der Angriffe auf Krupp im Zusammenhang mit der Flottenpropaganda und den Panzerplattenpreisen erschienen die Enthüllungen der sozialdemokratischen Presse über das Privatleben F. A. Krupps auf der Mittelmeerinsel Capri. Die Angriffe galten dem Industriellen als einem exponierten Vertreter des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systems, das in seiner Person als moralisch verkommen angeprangert werden sollte. Bei der Betrachtung der Affäre muß es also darum gehen, die politischen Motive der gegnerischen Parteien und ihre Argumentationsstrategien herauszuarbeiten.

Während das Unternehmen ein eindeutig abgegrenztes Gebilde darstellt, als Sozialverband ebenso wie als Wirtschaftseinheit, bedarf der Begriff «Öffentlichkeit» der Erläuterung, zumal der Begriff ebenso wie das von ihm beschriebene Phänomen im 19. Jahrhundert einschneidenden Wandlungen unterworfen waren.

Spätestens seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bezeichnete das Wort «öffentlich» «nicht nur den Geltungsbereich staatlicher Autorität, sondern zugleich den geistigen und sozialen Raum, in dem diese sich legitimieren und kritisieren lassen muß». ⁸ Aufgrund dieser engen Verbindung von staatlichem Handeln und Öffentlichkeit interessierte sich der Staat stets für das, was in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, und das hieß natürlich vor allem für das, was in den Zeitungen stand. Interesse hatte dabei lange Zeit in erster Linie bedeutet, daß staatliche Pressezensur und -überwachung oppositionelle Meinungsäußerungen verhindern. Diese Praxis, die auch im 19. Jahrhundert unter dem zunehmenden Druck der Öffentlichkeit erst allmählich aufgegeben wurde, war allerdings zumindest in Ansätzen bereits im 18. Jahrhundert von einer «aktiven» Pressepolitik flankiert, so bei Friedrich dem Großen, der negative Nachrichten unterdrückte und positive verbreitete, um auf diese Weise seine Außenpolitik publizistisch zu stützen. ⁹ Öffentliche Meinung wurde damit seit dem 18. Jahrhundert zum Fundament des modernen Staates, der als in seiner Verfaßtheit und in seinem Handeln der Zustimmung der Bürger bedürftig angesehen wurde. Das Nichtanerkennen dieser Tatsache, das Beharren auf einer Herrschaftslegitimation allein durch «Gottesgnadentum» durch den Monarchen gilt umgekehrt als eine der Ursachen der Französischen Revolution. ¹⁰ Auch der bürgerliche Liberalismus betrachtete die öffent-

⁸ Hölscher, *Öffentlichkeit*, 438.

⁹ Vgl.: Säger, *Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung*, 12; Groth, *Die Zeitung*, Bd. 2, 16–30.

¹⁰ Vgl.: Bauer, *Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen*, Kap. 1.

liche Meinung als eine Form von Teilhabe an der Politik, als diejenige Richterin, vor der sich staatliches Handeln zu verantworten, deren Zustimmung es zu erlangen habe.¹¹ Dabei blieb und bleibt es häufig unklar, was unter dem Begriff «öffentliche Meinung» genau zu verstehen und vor allem, wie sie festzustellen sei.¹² Bereits Rousseau hatte vor einer Gleichsetzung von «volonté générale» und «volonté de tous» gewarnt, und auch für Rotteck und Welcker war es noch selbstverständlich, daß die öffentliche Meinung durch den Diskurs einer Elite gebildet werde. «Öffentlich» bedeutete zunächst also keinesfalls «allgemein» oder gar «mehrheitlich», sondern implizierte die Meinungsführerschaft einer zahlenmäßig begrenzten, mit Besitz und Bildung ausgestatteten Schicht.¹³

Die Begriffe «Öffentlichkeit» und «öffentliche Meinung» wandelten sich seit der Jahrhundertmitte weg von dieser, der klassischen Bedeutung und nahmen einen neuen Inhalt an im Sinne von «Publikum» und «Allgemeinheit». ¹⁴ Dieser Prozeß wurde gefördert durch die Anerkennung der öffentlichen Meinung als einer «öffentlichen Macht»¹⁵ im Staat. Als Institutionen der Öffentlichkeit bildeten sich seit der Jahrhundertmitte die gerichtliche und die parlamentarische Öffentlichkeit aus, wie sie zuerst in der Reichsverfassung von 1848 festgeschrieben wurden, hinzu kamen die Weltausstellungen und als wohl wichtigstes Organ der Öffentlichkeit die Presse. Voraussetzung hierfür war die Alphabetisierung der Bevölkerung, die «während der ersten beiden Drittel des Jahrhunderts [...] die Deutschen aus einem Volk von Nicht-Lesern zu einem Volk von Lesern» werden ließ¹⁶, daneben technische Entwicklungen wie die Rotationspresse, die den Aufstieg der Zeitungen zu einem modernen Massenmedium ermöglichten.

Am Anfang des neuen, des 20. Jahrhunderts bezeichnete Gustav Schmoller dann die Öffentlichkeit als «große[n] psychophysische[n] Apparat, der in unseren heutigen Gesellschaften gleichsam die Stelle der Nerven vertritt; alle geistige soziale Tätigkeit hängt von der Summe, Art und Organisation der in diesen Dienst gestellten Kräfte ab».¹⁷

11 Vgl. hierzu: Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*; Gall, *Benjamin Constant*, 57 ff., 81 ff.

12 Vgl.: Hölscher, *Öffentlichkeit*; Bauer, *Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen*; Otto, *Die Problematik des Begriffs der öffentlichen Meinung*; weniger historisch als systematisch: Lippmann, *Public Opinion*.

13 Vgl.: Gall, *Benjamin Constant*, 59.

14 Hölscher, *Öffentlichkeit*, 464. Vgl. a.: Otto, *Die Problematik des Begriffs der öffentlichen Meinung*, 107 ff.

15 So Bluntschli, *Lehre vom modernen Staat*, 191.

16 Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 587.

17 Schmoller, *Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, 14.

I. Die Prägung des Unternehmens durch Alfred Krupp 1826 bis 1887

Erst im 19. Jahrhundert, noch eher handwerklich als industriell arbeitender Betrieb, den Friedrich Krupp bei seinem Tod 1826 hinterließ.¹ Er hatte das Unternehmen 1801 während der Kontinentalsperre gegründet, als Ersatz für den englischen Eisenstahl gebraucht wurde.² Doch die Hoffnungen auf raschen Erfolg erfüllten sich nicht. Herstellung von nicht einen Stahl von gleichmäßiger Güte zu produzieren, auch die Herstellungsverfahren war verfahrensgeschädigt. Beim Tod des Firmengründers war der Betrieb nahezu ruhmlos, darunter erst 14-jährigen Alfred Krupp, der als Altvater der drei Brüder die Schule verlassen hatte und mit Hand anlegen. Die finanzielle Lage war auf Anleihe angewiesen, ständig mangelte es an Liquidität.³ Die wertvollen oftmals sogar die Ausführung der wenigen Aufträge. Der Stahl wurde überwiegend in Stangen und Stücken verkauft, daneben begann man, Werkzeuge vollständig oder als Halbfertigfabrikate herzustellen; neben Mühlenspeichen, Tachschneidmesser für die Textilindustrie und Leihgerätschaften.⁴ Die Erweiterung der Produktion soll hier allerdings nicht Hauptgegenstand sein. Vielmehr wurden die Probleme besonders im Absatz, aber auch in der Finanzierung diskutiert. Aber nur vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten wird die spätere Entwicklung des Verhältnisses der Firma zum Staat, zur Öffentlichkeit und zur Gesellschaft deutlich. Gefragt wird vor allem nach den Methoden, wie denen die Firma in den letzten Jahren, als sie noch kein Großunternehmen und noch nicht allgemein bekannt war, erfolgreich betrieb, wie sie den Absatz des Stahls zu steigern versuchte. Der hier als erste Jahre bezeichnet Zeitraum reicht vom Tod des Firmengründers Friedrich Krupp im Jahr 1826 bis zum Beginn der Alleinhaberschaft Alfred Krupp 1850 und dann auch dem Beginn des in den folgenden Jahren und Jahrzehnten so raschen Aufstiegs zum Großunternehmen. Der Absatz erfolgte zu jener Zeit ausschließlich über direkten Kundenkontakt, und dabei hatte Krupp die typische Probleme der kleinen Industrie: Anders als Bäcker oder Schuster fand er seine Kunden nicht alleine in der unmittelbaren Umgebung, sondern war auf weit entfernte Absatzmärkte

1. Zum Ende der Untersuchungen v. Krupp, Friedrich Krupp als Unternehmer, 1801-1826, in: Krupp als Unternehmer, 1801-1826, Krupp als Unternehmer, 1801-1826, Krupp als Unternehmer, 1801-1826.

2. Zur Geschichte der Eisenindustrie v. Krupp, Alfred Krupp als Unternehmer, 1801-1826, Krupp als Unternehmer, 1801-1826.

3. Zur Geschichte der Eisenindustrie v. Krupp, Alfred Krupp als Unternehmer, 1801-1826, Krupp als Unternehmer, 1801-1826.

4. Zur Geschichte der Eisenindustrie v. Krupp, Alfred Krupp als Unternehmer, 1801-1826, Krupp als Unternehmer, 1801-1826.

5. Zur Geschichte der Eisenindustrie v. Krupp, Alfred Krupp als Unternehmer, 1801-1826, Krupp als Unternehmer, 1801-1826.

1. Probleme der frühen Jahre

Es war ein kleiner, noch eher handwerklich als industriell arbeitender Betrieb, den Friedrich Krupp bei seinem Tod 1826 hinterließ.¹ Er hatte das Unternehmen 1811 während der Kontinentalsperre gegründet, als Ersatz für den englischen Gußstahl gebraucht wurde.² Doch die Hoffnungen auf raschen Erfolg erfüllten sich nicht. Noch gelang es nicht, einen Stahl von gleichmäßiger Güte zu produzieren, auch das Herstellungsverfahren war verbesserungsbedürftig. Beim Tod des Firmengründers hatte der Betrieb sieben Arbeiter, dazu den erst 14jährigen Alfred Krupp, der als Ältester der drei Brüder die Schule verlassen hatte und mit Hand anlegte. Die finanzielle Lage war aufs Äußerste angespannt, ständig mangelte es an Liquidität.³ Das erschwerte oftmals sogar die Ausführung der wenigen Aufträge. Der Stahl wurde einerseits in Stangen und Stücken verkauft, daneben begann man, Werkzeuge vollständig oder als Halbfertigfabrikat herzustellen: neben Münzstempeln Tuchscherblätter für die Textilindustrie und Lohgerberwerkzeuge.⁴ Die Entwicklung der Produktion soll hier allerdings nicht Hauptgegenstand sein. Vielmehr werden die Probleme besonders im Absatz, aber auch in der Finanzierung skizziert, denn nur vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten wird die spätere Entwicklung des Verhältnisses der Firma zum Staat, zur Öffentlichkeit und zur Gesellschaft deutlich. Gefragt wird vor allem nach den Methoden, mit denen die Firma in den frühen Jahren, als sie noch kein Großunternehmen und noch nicht allgemein bekannt war, «Marketing» betrieb, wie sie den Absatz des Stahls zu steigern versuchte. Der hier als «frühe Jahre» bezeichnete Zeitraum reicht vom Tod des Firmengründers Friedrich Krupp bis zum Ende der 1840er Jahre, dem Beginn der Alleininhaberschaft Alfred Krupps 1848 und dann auch dem Beginn des in den folgenden Jahren und Jahrzehnten so rasanten Aufstiegs zum Großunternehmen. Der Absatz erfolgte zu jener Zeit ausschließlich über direkten Kundenkontakt, und dabei hatte Krupp das typische Problem der frühen Industrie: Anders als Bäcker oder Schuster fand er seine Kunden nicht allein in der unmittelbaren Umgebung, sondern war auf weit entfernte Abnehmer

1 Zum Gründer des Unternehmens s.: Berdrow, *Friedrich Krupp der Gründer der Gußstahlfabrik in Briefen und Urkunden*; ders., *Friedrich Krupp der Erfinder und Gründer*; ders., *Friedrich Krupp*.

2 Zur Geschichte der Stahlherstellung vgl.: König/Weber, *Netzwerke, Stahl und Strom 1840–1914*, 59 ff.

3 Zur Geschichte der Firma in den Anfangsjahren, besonders zum Problem der Finanzie-

rung, s.: Lindenlaub/Köhne-Lindenlaub, *Unternehmensfinanzierung bei Krupp 1811–1848*; Kocka, *Familie, Unternehmer und Kapitalismus*; Pierenkemper, *Zur Finanzierung von industriellen Unternehmensgründungen*; Däbritz, *Die Finanzgeschichte der Kruppschen Gußstahlfabrik unter ihrem Gründer Friedrich Krupp*.

4 Erste Preisliste der Firma Friedrich Krupp von 1827, FAH 2 A 88.

angewiesen. Zudem mußte vielerorts für das Angebot an Gußstahl erst eine Nachfrage geschaffen werden: Krupp mußte potentielle Abnehmer wie Münzmacher, Lohgerber und Juweliere noch von der Überlegenheit seines Stahls und seiner Walzen überzeugen. Mit dem Ziel, das Verbreitungsgebiet der Essener Produkte zu erweitern, sandte die Firma seit 1829 Waren in Kommission an Unternehmen in Siegen, Solingen, Münster und sogar in Magdeburg und Leipzig⁵ und versuchte Vertreter zu gewinnen, die den direkten Hausierhandel besonders der Gerbergeräte übernahmen.⁶

Von Essen aus pflegte man den Kontakt zu den Kunden durch einen intensiven Briefverkehr. Den Anschreiben mit Preislisten waren als eine Art Werbung Referenzen zufriedener Kunden beigefügt. Die Briefe gingen zahlreich in alle Richtungen, an 24 verschiedene Firmen allein an einem Tag Ende März 1829.⁷ Das Werbeschreiben pries die Qualität dieses neuen und gegenüber herkömmlichem Material teureren Gußstahls. Seine besonderen Eigenschaften, die Schmiedbarkeit, die gegenüber Eisen bedeutend höhere Elastizität und Biegsamkeit und die Langlebigkeit der aus Gußstahl hergestellten Produkte wurden hervorgehoben. Der Name Krupp sollte ein Begriff für Solidität und Qualität werden, deshalb gab die Firma umfangreiche Garantien. So erhielt der Düsseldorfer Münzmeister Nölle, als er über die Beschaffenheit des Stahls klagte, nicht nur Ersatzlieferungen besserer Qualität mit der Bitte, diesen Stahl zu prüfen und die Ergebnisse mitzuteilen; auch Zeugnisse von anderen Kunden, die ihre Zufriedenheit geäußert hatten, sollten ihn für den Kruppschen Stahl einnehmen.⁸ Ein übriges sollte das Entgegenkommen beim Preis bewirken. «Was die beiden im vorigen Jahr erhaltenen Walzen von ungleicher Härte anbetrifft, so überlasse ich es Ihnen, was Sie mir dafür vergüten wollen, und gebe Ihnen die Versicherung, daß ich in der Folge nichts unberücksichtigt bleiben lassen werde, was mir Ihre Zufriedenheit sichern kann», schrieb Krupp an Nölle.⁹ Er gab den gegenwärtigen Gewinn für die Zufriedenheit des Kunden, die ihm in der Zukunft einen um so größeren Profit zu erbringen versprach.

Neben dem Briefverkehr waren Besuche unverzichtbar, um die Wünsche der Kunden zu erfahren und entsprechend die Produkte zu verbessern, um Unzufriedene zu beschwichtigen und zu beruhigen und vor allem immer wieder für den Gußstahl zu werben. Die Warenlager und Kommissionen konnten hier nur Unterstützung leisten, den Besuch eines Firmenvertreters nicht ersetzen. Bereits mit 16

5 WA 9 m 6, Anlage II; Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 61.

6 Vgl. z.B.: AK an Carl v. Spankeren vom 26. Juni 1828, in: WA 2/71: «Um den Absatz meiner Lohgerber-Werkzeuge noch zu vermehren, ist jetzt mein Bestreben dahin an allen Hauptorten einen Kaufmann zu veranlassen, sich mit dem Verkauf meiner Artikel zu

befassen, und wünschte ich demgemäß, daß für Ihren Ort und Gegend Sie den Verkauf übernehmen wollten.»

7 WA 7 f 114, 3.

8 AK an Münzmeister Nölle v. 9. 1. 1828, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 4.

9 AK an Münzmeister Nölle v. 13. 6. 1828, in: WA 7 f 114, 2 f.

und 17 Jahren ging Alfred Krupp als Vertreter der Firma auf Reisen. Anfang 1829 war er mehrere Wochen im Bergischen unterwegs und besuchte die Hämmer und Maschinenwerkstätten sowie die Handwerker und Gewerbetreibenden auf der Suche nach Absatzmöglichkeiten für seinen Stahl.¹⁰ Seine erste größere Reise unternahm er im Februar 1832. Sie führte ihn rheinaufwärts über Köln, Koblenz, Wiesbaden, Mainz und Frankfurt in die Zentren der hessischen und schwäbischen Gold- und Silberindustrie, nach Offenbach, Darmstadt, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart, Heilbronn und auf dem Rückweg über Neckargemünd, Heidelberg und Hanau. Er besuchte die süddeutschen Münzen in Wiesbaden, Darmstadt und Karlsruhe und nahm Einblick in die rheinische Lederindustrie, wo er neue Absatzgebiete für seine Gerberwerkzeuge fand. Vor allem aber entdeckte er auf dieser Reise die Schmuckindustrie als potentielle Klientel. Zum Auswalzen feiner Gold- und Silberbleche würden Walzen aus Gußstahl hervorragend geeignet sein. Krupp akquirierte Aufträge und versuchte zugleich, die neuen Kundenbeziehungen zu stabilisieren, indem er Lager für Gerbergeräte und Werkzeugstahl in Offenbach und Frankenthal einrichtete und Reisende und Wiederverkäufer engagierte.¹¹

Auch im folgenden Winter begab er sich wieder auf Reisen, diesmal in das bergisch-märkische Industriegebiet. Auf der Suche nach neuen Kunden besuchte er Messingwerke, Knopfhersteller und ähnliche Messing- und Neusilberbleche walzende und pressende Betriebe. Auch in der Textilindustrie fand er neue Anwendungsmöglichkeiten für seinen belastbaren Gußstahl.¹² Wichtigste Kunden aber blieben die Münzen. Einerseits natürlich wegen ihres Bedarfs an Walzen und Stempeln zur Münzherstellung, andererseits waren sie aber auch als Referenzkunden von großer Bedeutung. Ein Münzmeister führte das Siegel amtlicher Autorität, so daß ein positives Zeugnis von dieser Seite manche Tür öffnen konnte. Krupp pflegte deshalb den Düsseldorfer Münzmeister Nölle, zu dem der Kontakt schon zu Lebzeiten seines Vaters bestanden hatte. Auch die badische Münze und die in Limburg an der Lahn bestellten in Essen, doch hatten diese Aufträge stets nur geringen Umfang. Weit bedeutendere Aufträge hingegen hatte die Berliner Münze zu vergeben. Diese Referenz hätte ihm zudem andernorts manches erleichtert, doch trotz intensiven Werbens war hier kein Erfolg zu verbuchen. Schließlich versuchte es Therese Krupp, die Witwe und Erbin des Firmengründers, mit einem Appell an die Regierung. Im August 1828 wandte sie sich an das preußische Innenministerium und bat um Bestellungen der Berliner Münze und der staatlichen Werkstätten. Doch das Innenministerium konnte und wollte auf die Auftragsvergabe dieser Betriebe keinen Einfluß nehmen.¹³

10 WA 7f 114, 6; WA 9 m 6, 6.

11 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 67.

12 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 68; Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 85 f. Zum Strecken von Messing erwiesen sich die Gußstahlwalzen als weniger geeignet.

13 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 60; s.a.: GSt 11 (WA 7f 626: Krupps Bemühungen um Unterstützung seitens der Preußischen Regierung 1827–1836).

Im Frühjahr 1829 unternahm Therese Krupp einen erneuten Versuch, durch ein Schreiben an die Regierung Bestellungen von Gußstahl und Münzstempeln zu erhalten. Diesmal wurde immerhin eine Probelieferung bestellt, doch man war nicht zufrieden, so daß es keine Folgeaufträge gab.¹⁴ Gefälligkeitsaufträge waren aus Berlin ebensowenig zu erwarten wie Wirtschaftsförderung. Im darauffolgenden Jahr wandte sich die Besitzerin der Fabrik direkt an den König. Das Werk benötigte einen größeren Hammer, außerdem sollte eine Dampfmaschine angeschafft werden, um endlich die Abhängigkeit von der unzuverlässigen Wasserkraft zu beenden. Allerdings hatte die Firma selbst kein Geld für eine solche Investition, auch ihr Kredit war erschöpft. Therese Krupp bat also den preußischen König Friedrich Wilhelm III. um ein zinsloses Darlehen in Höhe von 15.000 Talern. Die Fabrik «verspricht der Industrie des Vaterlandes bei ihrem Gedeihen und Fortbestehen nicht unbedeutende Vorteile; da sie den Gußstahl, ein unentbehrliches Kunstprodukt hervorbringt, das früher nur aus England bezogen werden konnte», warb sie für ihr Anliegen. Doch sie konnte noch so oft wiederholen, daß das Gedeihen der Firma «als eine wichtige Angelegenheit des Landes betrachtet werden kann»¹⁵ – in Berlin sah man das durchaus anders. Man verwies auf die Mängel, die der Kruppsche Stahl immer noch habe und die durch die neuen Anlagen keineswegs behoben würden, zudem übersteige die erbetene Summe die vorhandenen Mittel. Überhaupt lehnte man Subventionen ab, staatliche Unterstützung sei kein geeignetes Mittel der Gewerbeförderung.¹⁶

Krupps Verständnis von Wirtschaftsförderung, die Erwartungen, die man in Essen an die Berliner Behörden richtete, unterschieden sich also von deren Politik. Therese Krupp und ihr Sohn erwarteten, daß der Staat die einheimischen Betriebe aktiv unterstützen, fördern und begünstigen müsse, indem er ihre Produkte mit Schutzzöllen vor der ausländischen Konkurrenz abschirme, Aufträge an einheimische und nicht an ausländische Firmen vergebe und mit staatlichen Krediten Investitionen ermögliche. Diese Erwartung entsprach dem wirtschaftspolitischen Konzept des Merkantilismus, auch wenn Krupp das in dieser Form nicht reflektierte.

Die preußische Wirtschaftspolitik zog sich demgegenüber im Zeichen des Liberalismus seit Anfang des 19. Jahrhunderts weitgehend von Interventionen in die Wirtschaft und aktiver Wirtschaftsförderung zurück. Unter Berufung auf Adam Smith waren die Beamten der Ansicht, daß staatliche Privilegien und andere Eingriffe in die Wirtschaft nur schaden könnten, daß man vielmehr Konkurrenz zulassen müsse und jedem die Freiheit gewähren, seinen Vorteil zu suchen. Dann würden sich auch der allgemeine Fortschritt und das wirtschaftliche Gleichgewicht selbsttätig, von Smith's «unsichtbarer Hand» gelenkt, einstellen.¹⁷ Der Staat sollte

14 Krupp an das Gewerbe-Institut, Berlin v. 15. 8. 1829, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 7.

15 Therese Krupp an König Friedrich Wilhelm

III. v. 31. 3. 1830, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 8 f.

16 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 63.

17 Vgl.: Treue, *Wirtschaftszustände und Wirtschafts-*

sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Entfaltung von Handel und Gewerbe begünstigten.¹⁸ Das hieß zunächst, die Reste der feudalen Wirtschaftsordnung zu beseitigen. Bauernbefreiung, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit, Rechtssicherheit und Eigentum schufen die Voraussetzungen dafür, daß eine freie Marktwirtschaft entstehen konnte. Weitere Schritte, die das Entstehen eines nationalen Marktes, einer Volkswirtschaft, möglich machten, waren die Verbesserung der Infrastruktur: der Bau von Straßen und Kanälen, der Ausbau der Flüsse sowie die Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes. Später ist das preußische Zollgesetz von 1818 vor allem als Keimzelle des 1834 gegründeten Zollvereins und damit indirekt als Wegbereiter der nationalstaatlichen Einigung Deutschlands gesehen und meist gefeiert worden.¹⁹

Der Zolltarif von 1818, der in Preußen die Binnenzölle abschaffte und einen einheitlichen Grenzzoll einführte, war dabei unter den Zeitgenossen stark umstritten. Aus politischen Gründen wurde er von den anderen Staaten des Deutschen Bundes heftig angegriffen, die darin eine Demonstration des preußischen Hegemonieanspruchs in Deutschland sahen. Die Unzufriedenheit der Gewerbetreibenden besonders in den westlichen Provinzen Preußens war wirtschaftlich begründet. Für sie ergab sich aus der Schaffung eines einheitlichen preußischen Zollgebietes zunächst höchstens ein geringer Vorteil, denn diese Gebiete waren vom größten Teil des Königreiches durch «Zollausland» getrennt. Auch lagen ihre traditionellen Absatzgebiete weniger im Osten als im Westen, in Frankreich und Belgien, die nach dem Ende der napoleonischen Kriege hohe Zollbarrieren errichtet hatten. Um so schwerer wog für die jungen, noch wenig wettbewerbsfähigen Industrien dieser Regionen, daß nach dem Ende der Kontinentalsperre die englische Konkurrenz wieder spürbar wurde. Hier schaffte das Zollgesetz jedoch keine Abhilfe, denn es ging im Grundsatz aus von der wiederum von Adam Smith, vor allem aber von David Ricardo stammenden Idee der Handelsfreiheit, des freien Warenaustausches auch zwischen den Staaten, die lediglich mit «wohl-dosierten protektionistischen Elementen»²⁰ abgemildert wurde.²¹ So blieb der

politik in Preußen 1815–1825, 122 ff.; Fischer, *Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Deutschland am Beginn der Industrialisierung*.

- 18 Vgl.: Kieseewetter, *Industrielle Revolution in Deutschland*, Teil I, Kap. 1–3; s.a.: Pierenkemper, *Umstrittene Revolutionen*, 96 ff.; Wischermann, *Preußischer Staat und Westfälische Unternehmer zwischen Spätmerkantilismus und Liberalismus*, bes. Abschnitte A und B.
- 19 Hierzu sehr ausführlich: Treitschke, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 3, 29 ff.; vgl.: Kieseewetter, *Industrielle Revolution in Deutschland*, 39 ff. Beide Darstellungen betonen die politischen Aspekte der preußischen Zollpolitik. Stärker ökonomisch ausgerichtet

ist Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 125 ff.

- 20 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 126.
- 21 Der Bezugspunkt für die preußischen Beamten war dabei in erster Linie Smith. Mieck (*Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806–1844*, 8f.) betrachtet im Anschluß an Treue (*Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik der Neuzeit*, 146) diese Auslegung der Lehre Smith's als Mißverständnis, denn sie hätten übersehen, daß Smith den Freihandel keineswegs allen, sondern nur wirtschaftlich voll entwickelten Staaten empfohlen habe.

Import von Rohstoffen gänzlich zollfrei, ausländische Fertigwaren wurden durch Einfuhrzölle verteuert. Die Sätze waren jedoch im internationalen Vergleich die niedrigsten, so daß es sich nicht um regelrechte «Schutzzölle» handelte. Diese aber meinten die Gewerbetreibenden der preußischen Westprovinzen zu benötigen, zumal sie sich in den anderen europäischen Staaten mit solchen konfrontiert sahen. In Berlin wurde trotz der Proteste nicht an eine Änderung gedacht, man hoffte vielmehr, daß die anderen Staaten dem guten freihändlerischen Beispiel Preußens folgen würden.²²

Auch die Gewerbeförderung konzentrierte sich darauf, die Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Industrie zu verbessern. Dazu gehörte die Gründung von Gewerbevereinen, der Aufbau eines technischen Zeitschriftenwesens und die Übernahme der Handelskammern aus den ehemals napoleonischen Gebieten für ganz Preußen. Vor allem aber bemühten sich die preußischen Staatsräte Kunth und Beuth um die Verbesserung des Schul- und Ausbildungswesens.²³ Die Hebung des Bildungsstandes, die Alphabetisierung der breiten Bevölkerung, galt als Voraussetzung dafür, die Massen an Disziplin und Pünktlichkeit zu gewöhnen und so den Fabrikbetrieb möglich zu machen. Sie wecke neue Bedürfnisse, die nur mit Fleiß und Sparsamkeit befriedigt werden könnten. Für das Gedeihen von Industrien fehlten in Deutschland aber vor allem spezifische Fach- und Spezialkenntnisse. So bildete der Aufbau eines technischen Bildungswesens bestehend aus Gewerbeschulen, Polytechnika und technischen Hochschulen den Schwerpunkt der Gewerbeförderung, wie Beuth sie betrieb.²⁴ Das Wissen als die Grundlage des Fortschritts sollte insgesamt vermehrt werden und allen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund wurden auch Auslandsreisen besonders in das fortschrittliche England gefördert sowie englische Maschinen – unter Umgehung des englischen Ausfuhrverbotes – eingeführt und öffentlich ausgestellt. Ebenfalls aus diesem Grund lehnte man das Bewahren von Fabrikgeheimnissen ab. Ein zeitlich begrenzter Patentschutz, in der Regel nur fünf Jahre, sollte dem Erfinder einen befristeten Vorteil gewähren, dann die Neuerung allen zugänglich sein.

Krupp hingegen hütete sein Wissen über die Stahlbereitung eifersüchtig. Er war nicht bereit, seine unter vielen Entbehrungen mühsam erworbenen Kenntnisse anderen zur Verfügung zu stellen, die dann sofort den Vorteil davon haben würden, sondern empfand es als sein Recht, den Nutzen aus seinen Entwicklungen und Erfindungen in einer Art Monopolstellung zu genießen. Mit den preußischen Behörden kam es später auch deshalb zu Spannungen. So blieb er lange Zeit von der Auftragsvergabe der preußischen Staatseisenbahnen ausgeschlossen, da er nicht zu Auskünften über Zusammensetzung und Fabrikationsweise seiner Erzeugnisse bereit war. Auch in diesem Punkt unterschieden sich Krupps Verständ-

22 Hierzu: Treue, *Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik in Preußen 1815–1825*, 220 ff.

23 Reihlen, *Christian Peter Wilhelm Beuth*.

24 Vgl.: Schnabel, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 3, 299 ff.; Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 183.

nis von Gewerbeförderung und seine Ansprüche von den Grundsätzen der Berliner Behörden. Krupp hoffte auf staatliche Unterstützung für sein Unternehmen, er war aber keinesfalls bereit, Informationen zu erteilen, die Rückschlüsse auf seine Fabrikationsweise ermöglicht hätten.

Mit solchen Vorstellungen war allerdings nicht viel auszurichten. Sie waren hoffnungslos veraltet. Die neue Maxime lautete, an Adam Smith orientiert, daß der Staat eben nicht lenkend und fördernd eingreifen, sondern sich aus der Wirtschaft heraushalten solle, daß die Dinge sich allein entwickeln würden, wenn man ihnen keine Beschränkungen auferlege, geduldig abwarte, statt gewaltsam voranzutreiben. Hinzu kam, daß die preußischen Staatsfinanzen keinen Spielraum für irgendwelche Ausgaben ließen. Zwar gründete die Preußische Seehandlung als staatliche Bank einige industrielle Entwicklungsprojekte, doch das hatte einen begrenzten Umfang.²⁵ Für Krupp war dies ohnehin wenig interessant. Er mißtraute den Banken, vor allem weigerte er sich stets, ihnen Einsicht in seine Geschäftsbücher zu gewähren, was diese bei einer Kreditvergabe natürlich verlangten. Von diesem Mißtrauen war die «Seehandlung» nicht ausgenommen. Während die liberalen preußischen Verwaltungsbeamten also ruhig abwarteten, daß ihre Reformen einen Wirtschaftsaufschwung herbeiführen würden, hatte Krupp keinen Spielraum für eine solche Geduld. Für ihn mußte eine Besserung schnell kommen.

Immerhin brachte die Gründung des Zollvereins 1834 eine Erleichterung. Zwar blieb aufgrund der Zolltarife, die am preußischen Zollgesetz von 1818 orientiert waren, die englische Konkurrenz weiterhin empfindlich spürbar, doch durch das Wegfallen der Zollschranken und auch der umständlichen Zollformalitäten Süddeutschlands eröffnete sich hier die Aussicht auf neue Märkte. Sofort versuchte Krupp, diese Chance zu nutzen und brach im Frühjahr 1834 zu seiner zweiten großen Reise auf, die ihn nach Frankfurt, Stuttgart, München, Nürnberg, Dresden und Berlin führte. Er besuchte die Gold- und Silberschmiede, die Mechaniker und Münztechniker und versuchte, sie jeden einzeln von der Qualität seiner Walzen zu überzeugen. Neben den Proben, die er in großen Koffern mit sich führte, wies er dabei die Zeugnisse von zufriedenen Kunden – und hierbei besonders gern diejenigen der Münzen als Referenzen vor.²⁶ In der Gegend von Nürnberg lernte er die Lahnindustrie²⁷ kennen. Sie benötigte Gußstahlgeräte von besonderer Feinheit und Politur, die sie bis dahin aus Wien oder aus

25 Vgl.: Mieck, *Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806–1844*, 161 ff.

26 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 93.

27 Lahn bezeichnet zwischen Walzen geplätteten Draht aus Gold, Silber oder vergoldeten bzw. versilberten unedleren Draht, der zur Herstellung von Flittern und Lametta Verwendung fand sowie zum Umwickeln von Sei-

denfäden, welche dann zu Borten, Tressen, Quasten, Fransen, Stickereien und Schnüren verarbeitet wurden. Diese Produkte wurden auch als «Leonische Ware» bezeichnet, nach der spanischen Stadt Leon, in der sie zuerst hergestellt wurden. Seit 1570 war Nürnberg das deutsche Zentrum dieses Industriezweiges.

England bezog. Wieder sah Krupp die Möglichkeit, hier Gleichwertiges zu günstigerem Preis zu liefern. Der Lahn, hauchdünne, schmale Gold-, Silber oder Kupferstreifen, wurde zwischen hochpolierten Stahlscheiben ausgewalzt. Diese Scheiben durften nicht die kleinste Trübung aufweisen, da sonst der Faden abriß. Krupp nahm gleich eine Reihe von Aufträgen an, obwohl die Essener Gußstahlfabrik solche Walzen bis dahin noch nicht hergestellt hatte. Das war kühn, zu kühn, wie sich herausstellte, denn es sollte einige Zeit und viele Versuche in Anspruch nehmen, bis es ihm gelang, qualitativ hochwertige Lahnwalzen zu produzieren.²⁸ Sein letztes großes Ziel war Berlin, wo es neben den Silber- auch die aufblühenden Neusilberfabriken²⁹ gab, mit denen er wichtige Geschäftsbeziehungen knüpfen konnte. Erstmals besuchte er bei dieser Gelegenheit auch selbst die Berliner Münze. Er wurde zwar freundlich aufgenommen, Aufträge erhielt er jedoch nicht.

Mühsam und beschwerlich war die zwölf Wochen dauernde Reise mit den schweren Musterkoffern, im Postwagen, auf schlechten Straßen und in preiswerten Hotels – oft reiste er sogar Nachts, um die Tage für Geschäftsbesuche zu nutzen. In München und Berlin wurde er krank und mußte mehrere Wochen im Bett verbringen. Dennoch war die Reise ein Erfolg, denn er brachte Aufträge für 6000 Gulden mit – das entsprach 4000 Talern nach dem üblichen Umrechnungskurs von 1 Taler zu 1,5 Gulden und überstieg erheblich den bisherigen Jahresumsatz der Firma, der in den vorangegangenen Jahren zwischen 2000 und 3000 Talern gelegen hatte.³⁰

Um die Aufträge ausführen zu können, mußte Krupp allerdings zunächst investieren: Bis dahin wurde der Stahl auf dem Fabrikgelände in Essen geschmolzen, die Weiterverarbeitung zu Walzen, Stempeln und anderen Werkzeugen hingegen mußte einige Kilometer hiervon entfernt auf der Walkmühle in Altenessen erfolgen, denn dort konnte das Fließchen Berne als Antriebskraft für die Hämmer und Maschinen genutzt werden. Neben dem umständlichen Transport, der auch die Beaufsichtigung der Arbeiten erschwerte, wurde die Unzuverlässigkeit der Berne zum Hindernis für eine Steigerung der Produktion, denn Trockenheit oder Hochwasser ließen die Arbeit in der Fabrik zu häufig ruhen. 1835 wurde die Anschaffung der ersten Dampfmaschine nötig. Das hieß zugleich, daß ein neues Gebäude errichtet werden mußte, um die Dampfmaschine, die Kessel und das Hammerwerk³¹ unterzubringen. Dreh- und Polierbänke der mechanischen

28 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 95.

29 Seit Mitte der 1820er Jahre wurde das sogenannte Neusilber, eine Legierung aus Kupfer, Zink und Nickel, fabrikmäßig hergestellt. Es wurde für Pferdegeschirr, Beschläge, verschiedene Kurzwaren und vor allem für Tischbestecke, die z.T. galvanisch versilbert wurden, verwendet.

30 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 98.

31 Es gab drei schnelle sog. Schwanzhämmer und einen schwereren Brusthammer mit acht Zentnern Gewicht, der langsame Schläge ausführte. Sie waren in Dienst bis zur Anschaffung der schweren Dampfhammer Anfang der 1850er Jahre. *Krupp 1812–1912*, 76.

Werkstatt konnten hingegen im Schmelzbau untergebracht werden. Wieder erging ein Gesuch nach Berlin für ein zinsloses Darlehen, diesmal sogar mit der Unterstützung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Frhr. v. Bodelschwingh. Doch wieder ohne Erfolg. Man hat aber wohl auch nicht ernsthaft mit einer positiven Antwort gerechnet, denn parallel dazu verhandelte Krupp bereits mit seinem Vetter Carl Friedrich v. Müller. Dieser trat mit einer Beteiligung von 10.000 Talern als Gesellschafter in das Unternehmen ein und ermöglichte damit die Investition.³²

Mit der Ausweitung der Kapazitäten wurde dann aber sofort der Absatz der Produkte zur drängenden Aufgabe. Im Winter 1834/35 verließen wieder viele Werbeschreiben die Fabrik. Mittlerweile griff Krupp sogar über den deutschen Markt hinaus, wenn er sich an die Münzen von Wien und Petersburg wandte und auch Kontakte nach Frankreich anzuknüpfen versuchte. Weiterhin waren aber zur Akquisition von Aufträgen vor allem Reisen nötig. Seit 1835 erhielt Alfred Krupp hierin Unterstützung von seinem inzwischen 20jährigen Bruder Hermann, der zunächst nach Süddeutschland und im Herbst sogar in die Schweiz reiste. Dort knüpfte er Kontakte zur edelmetallverarbeitenden Industrie, den Herstellern von Bestecken, vor allem aber von Schmuck und Uhren, denen er die Kruppschen Walzen vorstellte. Sie bestanden glänzend den Vergleich mit den bis dahin dort verwendeten Produkten aus Frankreich und England, und so erhielt Hermann etliche Aufträge. Dazu den Hinweis, daß auch die Pariser Schmuckhersteller sowie die Lyoner Seidenweber als potentielle Kunden interessant sein könnten.

Auch nach der Beteiligung v. Müllers blieb die Finanzdecke der Firma sehr dünn, Krupp mußte um Zahlungsaufschub für die Raten der Dampfmaschine bitten. Aber er wollte keinen der mittlerweile 80 Arbeiter entlassen, die Kapazität der Firma nicht verringern, sondern im Gegenteil erweitern. Bereits seit 1834 war die Stahlerzeugung von 9.000 auf 28.000 Pfund gestiegen, 1835 wurden 50.000 Pfund geschmolzen.³³ Wachstum war sein Ziel, also mußten die Produkte verbessert und weiterentwickelt sowie immer neue Kunden gewonnen werden. Dafür wurde 1836 erstmals ein Reisender eingestellt, Moritz Thies, der zunächst nach Frankreich fahren, später den englischen und russischen Markt erschließen sollte, auch in die Schweiz sowie nach Österreich fuhr und wirklich reichlich Aufträge nach Essen übermitteln konnte.³⁴ Hermann Krupp kümmerte sich weiterhin um die deutschen Kunden und verbrachte auch viel Zeit in den Werkstätten. Zusätzliche Lager mit Kruppschen Produkten wurden eingerichtet in Berlin, Magdeburg, Dresden, Wien, Brüssel, Genf und Petersburg, dazu neue Vertreter engagiert.

32 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 104f.;
Krupp 1812–1912, 73f.

33 *Krupp 1812–1912*, 76f.

34 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 122, 124;

Krupp 1812–1912, 78f., 81f. Der frühe Tod
von Thies am 12. 4. 1839 bedeutete für die
Firma einen empfindlichen Verlust.

Trotz dieser Erfolge gingen die hochgespannten Hoffnungen, die mit der Aufstellung der Dampfmaschine verbunden waren, so schnell nicht in Erfüllung. Die englische Konkurrenz blieb Krupp voraus, und so waren die Kapazitäten der Firma nicht vollständig ausgelastet.³⁵ Um diesen Vorsprung aufzuholen, wollte Krupp eine «Studienreise» nach England unternehmen. War er zuhause stets bemüht, seine Kenntnisse vor den neugierigen Blicken der Konkurrenz abzuschirmen, so zog er jetzt los mit genau diesem Ziel: Er wollte englische Betriebe besuchen und ihre Fabrikationsweisen kennenlernen, um das Geheimnis des britischen Stahls zu ergründen. «Er war sich darüber klar, daß seinem an sich vorzüglichen Tiegelstahl für die Verarbeitung zu Werkzeugen irgendein Fehler anhaftete, der im Rohstoff, nicht in der Verarbeitung wurzelte.»³⁶

Bevor er allerdings den Kanal überquerte, ging er für mehrere Monate nach Paris, dem französischen Zentrum der Gold- und Silberverarbeitung. Auch die dortigen Uhrmacher, Mechaniker, Messingschmiede, die Knopfmacher und Kammfabrikanten waren potentielle Kunden. Diese Gewerbe wurden zu der Zeit mehrheitlich von noch fast handwerklich arbeitenden Kleinindustriellen betrieben. Sie waren in großer Zahl im Marais ansässig, wo sie in kleinen, dunklen und oft schlecht belüfteten Wohnungen in den Nebengebäuden der großen Paläste die Werkstatt in der Stube eingerichtet hatten. Jeden dieser Kleinindustriellen mußte Krupp einzeln aufsuchen und von seinen Produkten überzeugen, was langwierig und mühsam war. «Es wird eine ungeheure Masse von Fabrikanten hier zu besuchen sein nach dem Almanach»³⁷, notierte er in den Anfangstagen seines Aufenthaltes, doch eben aufgrund der großen Zahl hielt er es trotzdem für lohnend. «Paris ist der Art, daß ein in der Mechanik Erfahrener Jahr ein Jahr aus hier zu tun hätte», schrieb er nach Essen.³⁸ Dabei waren seine Erfolge nicht überwältigend. Wenn auch Bedarf vorhanden war für die Kruppschen Walzen, so war man doch mit Bestellungen zurückhaltend, denn meist war die eigene Lage nicht rosig, und die allgemeine politische und wirtschaftliche Unsicherheit dämpfte die Kauflust zusätzlich. Den ganzen Sommer brachte Krupp in der französischen Hauptstadt zu, obwohl er doch eigentlich nach England wollte. Es schien ihm, daß er in Paris festgehalten würde, es blieb stets das Gefühl, daß immer noch mehr zu erledigen sei³⁹ – so verzögerte sich der Aufbruch wohl bis in den Oktober.⁴⁰

Während der dann folgenden Monate in England bemühte er sich nicht um Aufträge, hier wollte er lernen, um den englischen Vorsprung in der Gußstahlherstellung aufzuholen. Seine Vermutung, daß das Geheimnis weniger in der

35 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 129; *Krupp 1812–1912*, 79. Der Umsatz erreichte 1837 32 Taler. Das bedeutete immerhin eine Verzehnfachung innerhalb von vier Jahren, doch dann stagnierte er.

36 Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 131.

37 AK an die Firma v. 8. 7. 1838, in: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 45.

38 AK an Hermann Krupp v. 27. 7. 1838, ebd., 45.

39 Vgl.: AK an Hermann Krupp v. 9. 9. 1838, ebd., 48.

40 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 140.

Technik als in der Qualität der Rohstoffe lag, fand er bestätigt und versuchte, Proben englischen Eisens zu erhalten. Auf der Rückreise, die er im März 1839 antrat, fuhr er zunächst wieder nach Paris. Seine Hoffnung, daß die Aufträge des vorangegangenen Jahres ausgeführt und die zufriedenen Kunden nun um so mehr bestellen würden, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil: Häufig wurde die Qualität der Waren beanstandet, es war zudem unpünktlich oder gar nicht geliefert worden, manches verrostet angekommen.⁴¹ So begann Alfred Krupp erneut mit den Besuchen. Mehr als 2500 Visiten absolvierte er in den folgenden Monaten bis zu seiner Abreise Mitte Juli, «bei schmutzig Volk oft au cinquième», wie er kurz vor der Abreise stöhnte.⁴² Dies um so mehr, als der Erfolg bescheiden war. Nach den Unruhen im Mai hatten viele Fabrikanten zu wenig Beschäftigung und zögerten daher mit dem Bestellen. Doch es gab nur diese Möglichkeit, um auf die eigene Firma und ihre Produkte aufmerksam zu machen. In Deutschland gingen die Bestellungen zurück, das Ausland – und hier Frankreich an erster Stelle – wurde als Absatzmarkt immer wichtiger. Mehr als die Hälfte der Produktion ging in den Jahren 1838 und 1839 über die Grenzen. Also besuchte Krupp 20 bis 30 Kleinindustrielle am Tag und tröstete sich damit, «daß es nützlich und nöthig der Zukunft wegen ist».⁴³

Die Jagd nach Aufträgen blieb in den folgenden Jahren die wichtigste Aufgabe und ihr Fehlen neben der dünnen Finanzdecke das drängendste Problem der Firma. Deshalb verließ Alfred Krupp nur ein halbes Jahr nach seiner Rückkehr Essen bereits wieder. Um Kunden zu gewinnen, bekannt zu werden, seine Produkte vorzustellen, mußte er persönlich vorsprechen, bei den kleinen Handwerkern ebenso wie bei den ersten Fabrikbetrieben des aufziehenden Industriezeitalters und den großen Münzanstalten in Berlin und Wien.⁴⁴ Das Vertreternetz in den wichtigen Städten wurde enger geknüpft⁴⁵, daneben blieb das Reisen weiterhin unabdingbar für den Absatz der Produkte. Krupp war in den Jahren 1840 bis 43 fast ständig unterwegs, doch er konnte es nicht allein schaffen. Zudem wurde er auch in Essen gebraucht, und sein Bruder Hermann fiel aus, der in der Metallwarenfabrik im österreichischen Berndorf einen eigenen Wirkungskreis fand. 1844 wurde deshalb der Buchhalter Karl Gantesweiler als Kontorvorstand und vor allem als Reisender eingestellt. Die Reisetätigkeit war in den ersten Jahren seine

41 AK an Hermann Krupp v. 13. 3. 1839, in: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 51 f.

42 AK an Hermann Krupp v. 17. 7. 1839, ebd., 53.

43 Ebd.

44 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 153 ff; *Krupp 1812–1912*, 83 ff.

45 Beispielsweise war der Export nach Frankreich nach dem Aufschwung, den Krupps Reise bewirkt hatte, bereits 1840 wieder drastisch gesunken. Ohne einen Vertreter der

Firma vor Ort ging es nicht, und so wurde am 24. 4. 1841 der Kaufmann Alexander Kallé angestellt, zugleich wurden ein Lager und eine Werkstatt eingerichtet, um die Walzen bei Bedarf nachschleifen zu können. Kallés baldiger Tod im Juni 1844 bedeutete wiederum einen geschäftlichen Rückschlag für Krupp. Schließlich wurden seine Aufgaben der von zwei Deutschen geführten Pariser Firma Richter & Hagdorn übertragen. Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 88.

Hauptbeschäftigung, und damit konnte der Absatz nach Süddeutschland wieder gesteigert und auch das Rußlandgeschäft belebt werden.⁴⁶ Er wurde in seiner Reisetätigkeit bald durch weitere Kräfte unterstützt.⁴⁷

Um ausreichende Aufträge für die Firma erhalten zu können, war es weiter wichtig, daß auch die Angebotspalette ständig erweitert wurde. Ganze Walzwerke wurden jetzt verkauft für Münzanstalten und für die Berliner Firma Vollgold, die als eine der ersten die Silberverarbeitung in fabrikmäßigem Betrieb begann. In der Essener Fabrik nahm man zudem die Herstellung von Federn und Maschinenteilen auf, von Geräten für den Bergbau und experimentierte seit 1843 mit Gewehrläufen und Kanonen.⁴⁸ Etwa seit Mitte der 1840er Jahre begann allmählich auch der Eisenbahnbau, Krupp zu beschäftigen – die Firma lieferte Stahl an die Lokomotivfabriken und Wagenachsen und -federn an die Eisenbahngesellschaften. Doch die Grundlage des Geschäftes bildeten noch immer die Walzen.⁴⁹

Bei den vielen Versuchen und Erfindungen, der Produktion immer neuer Produkte, wofür ja zunächst immer wieder die Anlagen erst geschaffen werden mußten, blieb der Ertrag in den 1840er Jahren sehr gering. Neues Kapital wurde nötig, es kam von Alfred Krupps Jugendfreund Friedrich Sölling. Er wurde 1844 Teilhaber der Fabrik, während das alte Teilhaberverhältnis mit Carl Friedrich v. Müller aufgelöst wurde.⁵⁰

Besonders viel Kapital in Form von jahrelangen Versuchen steckte in der sogenannten Löffelwalze, die eigentlich eine Besteckwalze war.⁵¹ Sie erlaubte es, Bestecke mit Ornamenten und Verzierungen industriell und damit sehr viel preiswerter als bis dahin herzustellen. Das ebenfalls relativ neue Verfahren, unedlere Metalle galvanisch zu versilbern, trug weiter zum günstigen Preis der Produkte bei. Krupp versprach sich von ihr große Erfolge, er suchte Lizenznehmer und Geschäftspartner für die Gründung von Besteckfabriken in ganz Europa. Am Beginn stand die österreichische Gründung in Berndorf, die für Hermann Krupp zum Schwerpunkt und schließlich zum Zentrum seiner Tätigkeit wurde. Weitere Gründungen waren in Berlin, in England, Frankreich, Belgien und Rußland geplant. In diesen Ländern beantragte er 1846 ein Patent auf die Löffelwalze und erhielt es auch ohne Schwierigkeiten. Nur in Preußen wurde die Patentierung abgelehnt mit der Begründung, die Löffelwalze sei bereits auf der Berliner Gewerbeausstellung 1844 gezeigt worden und stelle deshalb keine Neuheit dar. Auch Krupps Hinweis, daß die ausgestellten Walzen seine gewesen und zudem seither entscheidend verbessert worden seien, konnten an dem Bescheid nichts

46 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 96. Gantesweiler war dann 1849 als kaufmännischer Leiter der erste Prokurist der Firma. Zu Gantesweiler s.: Kessler, *Zur Geschichte des Managements bei Krupp*, 36 f. u. 39.

47 Im Mai 1846 wurde der Buchhalter und Reisende Schnitzler eingestellt, vgl.: Kessler, *Zur*

Geschichte des Managements bei Krupp, 36. 1852 kam ein weiterer Reisender hinzu, ebd., 39.

48 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 83 ff.

49 Ebd., 99.

50 Ebd., 93 f.

51 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 171 ff.

ändern.⁵² Wieder einmal wurde Krupp damit in seiner Hoffnung auf staatliche Förderung und Unterstützung enttäuscht.

Doch mit oder ohne Patent, die Löffelwalze brachte nicht den erhofften Durchbruch. Vielmehr ging es zunächst bergab, vor allem aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Von 80.000 Talern 1846 fiel der Umsatz im folgenden Jahr auf etwas mehr als die Hälfte, statt eines Überschusses gab es einen Verlust.⁵³ Auch die Zahl der Arbeiter, die 1844 bis auf 131 geklettert war, schmolz zusammen auf etwa 70.⁵⁴ In dieser schwierigen Lage, die sich durch die Wirren der Märzrevolution weiter zuspitzte, übernahm Alfred Krupp 1848 die Fabrik als alleiniger Inhaber.⁵⁵

Von da an ging es aufwärts, in zunehmendem Tempo. Doch über den Erfolg vergaß Krupp nicht, mit welchen Schwierigkeiten er mehr als 20 Jahre lang gekämpft hatte. Um seinen Gußstahl zu verkaufen, hatte er immer neue Anwendungsmöglichkeiten gesucht, neue Produkte entwickelt. Es gab, anders als beim traditionellen Handwerksbetrieb, keinen vorhandenen Bedarf, der zu befriedigen gewesen wäre, vielmehr mußten die Kunden erst aufgespürt und gewonnen werden. Sein Markt war nicht mehr die unmittelbare Umgebung, sondern Preußen und zunehmend das Ausland. Während die Produkte und allmählich auch die Fertigungsmethoden dem neuen, dem industriellen Zeitalter zugehörten, mußte der Absatz bis Ende der 1840er Jahre noch ganz in den herkömmlichen Bahnen erfolgen. Um bekannt zu werden, sich einen Namen zu machen, Vertrauen zu gewinnen, blieb das Unternehmen vollständig auf den direkten Kundenkontakt angewiesen. Jeder mußte einzeln von der Qualität der Produkte und der Solidität der Firma überzeugt werden, was aufwendig, langwierig und mühsam war. Nur im direkten Kontakt waren Kundenpflege und Absatzförderung möglich, durch Briefe und Besuche durch den Inhaber selbst und immer mehr auch durch Vertreter. Diese Situation verlangte geradezu nach einem Forum, auf dem Krupp sich vorstellen konnte, um damit potentielle Interessenten auf seinen Stahl aufmerksam zu machen.

Ein weiteres Dauerproblem der Außenbeziehungen der Firma Krupp war das Verhältnis zu den preußischen Behörden. Von hier erhoffte man sich Hilfe, die jedoch nicht erfolgte. Auch Appelle an den König selbst brachten keinen Erfolg. Doch die Absagen, die auf jede Bitte um Aufträge, Kredite oder Patentschutz erfolgten, führten trotzdem nicht dazu, daß Krupp sich abwandte oder resignierte. Er hielt vielmehr an seiner Meinung fest, daß er Anspruch auf staatliche Protektion habe und daran, daß diese wesentlich für das Gedeihen seiner Firma sei. So sann er auf Möglichkeiten, die Aufmerksamkeit der Behörden und vor allem des Königs, den besonderen Schutz des Staatsoberhauptes zu erlangen.

52 *Krupp 1812–1912*, 101 f.

53 Ebd., 102 f.

54 Ebd., 96 u. 109.

55 Ebd., 103.

2. Krupp und der Staat

Als der Vetter Napoleons III., Jérôme, 1868 die Essener Fabrik besuchte, soll er tief beeindruckt zu seiner Umgebung gesagt haben: «Mais c'est donc un état dans l'état; jamais en France on ne laisserait passer cela.»¹ Wenn es in der Folgezeit immer mehr üblich wurde, die Firma Krupp als einen «Staat im Staate» zu bezeichnen, so war das zunächst sicherlich Ausdruck des Erstaunens über die Ausmaße des ständig wachsenden Unternehmens. Seit 1848 hatte es eine stürmische Entwicklung durchgemacht. Einen halben Hektar Fläche hatten die Werkstätten 1848 bedeckt; nach der «Explosion» waren es zu Beginn des Kaiserreiches 35 ha.² Die Arbeiterzahl stieg vom Tiefststand, der 1847 mit 70 erreicht war, 1849 auf 109, verdoppelte sich im darauffolgenden Jahr auf 241 und übersprang 1857 die Tausendermarke. 1861 waren es bereits mehr als 2000 und 1868, als Jérôme nach Essen kam, fast 6300. Nach der Reichsgründung wurde auch die Marke von 10.000 Arbeitern allein in der Gußstahlfabrik überschritten, durch den Kauf von Zechen und Gruben gehörten dem Konzern insgesamt vor Beginn der Gründerkrise 1873 16.000 Arbeiter und Angestellte an.³ Rechnet man die Familienangehörigen hinzu, war dies schon die Einwohnerzahl einer Kleinstadt, jedenfalls gehörte der größte Teil der knapp 52.000 Einwohner Essens mittelbar oder unmittelbar zu Krupp.⁴

Die Bezeichnung «Staat im Staate» weist weiter darauf hin, daß es sich bei dem Unternehmen zugleich um einen Machtbereich handelte, der dem Firmeninhaber, dem «Kanonenkönig», unterstand und über den er wie ein Monarch regierte. Der französische Besucher erkannte zudem bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt, als das Unternehmen im Vergleich zu seinem Umfang am Ende des 19. Jahrhunderts noch fast bescheidene Ausmaße hatte, daß die Bezeichnung als «Staat» nicht allein den internen Vorgang der Organisation und Herrschaft in einem solchen Gemeinwesen bezeichnete, sondern zugleich das Verhältnis zum eigentlichen Staat berührte. Indem die Firma von einem kleinen, traditionell handwerklich geprägten Unternehmen mit einer überschaubaren Anzahl von Mitarbeitern, die der Inhaber alle persönlich kannte, zum gigantischen Großbetrieb anwuchs, wandelte sich auch das Verhältnis des Firmeninhabers zum Staat,

1 Aktennotiz Ernst Schröder v. 18. 8. 1955, 3, einliegend in: GSt 74 (WA 7f 406 Fried. Krupp und Napoleon III. Briefaffaire 1858/1868 und Stellung Alfred Krupps zur französischen Regierung hinsichtlich Waffenlieferungen 1855–1878); vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 169.

2 *Krupp 1812–1912*, 109.

3 Tenfelde, *Krupp – der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns*, 20.

4 Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 306.

stieg er doch zu einem der reichsten und zu einem der mächtigsten Männer Preußens und dann des Deutschen Reiches auf.

Alfred Krupp war sich seines Gewichts und seiner Bedeutung durchaus bewußt, und er setzte dieses Prestige gegenüber den preußischen Behörden und dem König gezielt ein. Er tat es stets im Blick auf das Unternehmen, dem er «Allerhöchste» Aufmerksamkeit und Protektion sichern wollte. Außerhalb der Fabrik entwickelte er keinen Ehrgeiz, er strebte keinen gesellschaftlichen oder politischen Einfluß an. Ja, mehr als das, hielt er jedes Engagement, jede Tätigkeit, die nicht ganz unmittelbar der Firma galt, für Zeitverschwendung und damit im Grunde für schädlich. Er ließ sich hier auch kaum umstimmen, als sich mindestens seit den 1870er Jahren abzeichnete, daß ein starres Beharren auf dieser Haltung dem Unternehmen mehr schaden als nützen würde.

Natürlich stand die Unterordnung des Unternehmens unter den König niemals in Frage, doch Industriebetriebe dieser Größenordnung stellten für Preußen, für das Reich ein Novum dar, für dessen politische Vertretung die Formen und Institutionen zunächst nur unvollständig bereitstanden. An drei Punkten soll das Verhältnis des Unternehmens zum Staat im folgenden untersucht werden: Zunächst am persönlichen Umgang des Firmeninhabers mit der Regierung und natürlich mit dem Staatsoberhaupt, dann an Krupps Verhalten gegenüber dem Parlament und schließlich an der Vertretung der Firmeninteressen durch die Interessenverbände, die sich im Kaiserreich formierten und mit denen sich die Industrie ein Forum zur Artikulation ihrer spezifischen Bedürfnisse und Ansprüche schuf.

A: Krupp als «Nationalwerk» – die Beziehung zum König

Das Streben nach Protektion

Gleichsam als eine Art Vermächtnis ermahnte Krupp im hohen Alter seinen Sohn: «Du mußt beim künftigen Kaiser das sein, was ich beim jetzigen war, dann kann kein Schwindler der Fabrik schaden.»⁵ Die *special relation*, die in späteren Jahren zwischen dem Staatsoberhaupt, ja zwischen dem Staat und der Firma Krupp bzw. ihrem Inhaber bestand, war, das deutet auch diese Ermahnung an, nicht ein fast akzidentielles Beiproduct der Rolle der Firma als Waffenlieferant. Krupp erhob diese Sonderstellung fast zu einer Grundbedingung für das Gedeihen der Firma. Und er hat bewußt und aktiv darauf hingearbeitet, sie zu erlangen.

In den schwierigen Anfangsjahren war er zunächst davon ausgegangen, daß der König als sein Herrscher Verantwortung und Fürsorgepflichten ihm gegenüber

5 Aktennotiz AK an FAK v. 8.(?)1.1885, in: Sachkartei Gruppe A II 2e Stichwort Wilhelm II.

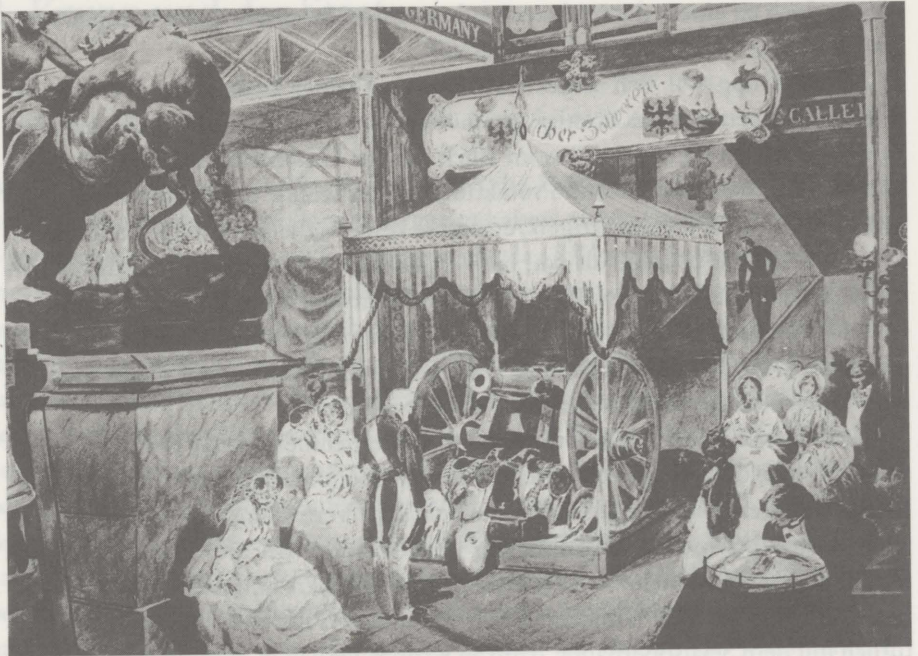


Abbildung 1: Die Kruppsche Kanone auf der Londoner Weltausstellung 1851

hatte, ebenso wie er als «Gemeindevorstand», als Herrscher über seine Leute die Pflicht zur Fürsorge übernahm. Es waren am feudalen Muster orientierte, für die nachrevolutionäre Zeit, für die Zeit der preußischen Reformen und des Liberalismus seltsam altertümlich anmutende Vorstellungen. Sie entsprachen mehr gutherrlichen Verhältnissen als den neuen Ideen, die doch die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers und die Zurückhaltung des Staates propagierten.⁶ Die Ansprüche, die Krupp an die Berliner Ministerien und Behörden herantrug, widersprachen diesen Prinzipien grundsätzlich, wenn er um Investitionshilfen, Kredite, um Einfluß auf die Auftragsvergabe der Berliner Münze bat, wenn er längeren Patentschutz forderte als die üblichen fünf Jahre und seine Kenntnisse durchaus nicht der Allgemeinheit zugänglich machen wollte, sondern wie einen Schatz hütete. Der Widerstand, den Krupp in Berlin erfuhr, erklärt sich zumindest teilweise aus diesen gegensätzlichen Vorstellungen, doch Krupp sah dies nicht, sondern vermutete stets persönliche Mißgunst als alleinigen Grund.

Von daher sah Alfred Krupp die Notwendigkeit, den König selbst auf sein Unternehmen und den Gußstahl aufmerksam zu machen und so zu versuchen, die

6 Der Vergleich mit feudalistischen oder patriarchalischen Mustern wird bisher nur für das Verhältnis des Fabrikherrn zu den Arbeitern

gebraucht, besonders als Erklärung für die betriebliche Sozialpolitik. Vgl. u.: Kap. I.4.: Gegenseitige Treue, bes. Anm. 20 u. 26.

Behörden zu umgehen. Die Gelegenheit hierfür bot sich auf der ersten Weltausstellung in London 1851. Neben einem 2000 kg schweren Gußstahlblock, Walzen, einer Justiermaschine und erstmals auch Achsen und Federn für die Eisenbahnen präsentierte er eine Kanone, aus «seinem» Gußstahl statt wie bis dahin üblich aus Bronze. Er inszenierte dieses Exponat geradezu. Die Kanone stand auf einem Podest mit Militärzelt, über dem eine Tafel mit der Aufschrift «Deutscher Zollverein» angebracht war. Mehrere Brustharnische vervollständigten das Stilleben.⁷ Dem Staatsoberhaupt, das sich traditionell mit Kriegshandwerk und nicht mit «bürgerlichen» Geschäften auskannte, gab er also gleichsam ein Anwendungsbeispiel an die Hand, das die Brauchbarkeit des großen Gusses anschaulich machte und zugleich das Interesse königlicher und fürstlicher Besucher – die zahlreich zu dieser Weltausstellung erwartet wurden – wecken mußte.

Dieses Exponat war sehr viel mehr ein Prototyp als ein ausgereiftes Produkt, auch wenn sich die preußische Artillerieprüfungskommission zwei Jahre zuvor bereitgefunden hatte, das erste von der Firma produzierte Kanonenrohr, einen jedoch erheblich kleineren Dreipfünder, in Schießversuchen zu prüfen. Das Material wurde dabei für sehr geeignet, aber für zu teuer befunden, weitere Versuche daher abgelehnt. Der in London ausgestellte Sechspfünder hatte noch keinen Schuß abgegeben und war auch nicht geprüft worden.⁸ Trotzdem und trotz der Zurückhaltung der Artillerieprüfungskommission zwei Jahre zuvor traf die Kanone jetzt ins Schwarze der Aufmerksamkeit, besonders bei den preußischen Militärs. «Die größte Attraktionskraft hat die Kanone. Der Chef der Artillerie hat sich schon bei mir ankündigen lassen»⁹, jubelte Krupp und zeigte damit, welchen Stellenwert er staatlicher Aufmerksamkeit schenkte.¹⁰

Um die während der Weltausstellung erzielte Aufmerksamkeit des preußischen Königs zu vertiefen und zu erhalten, schenkte er ihm anschließend mit patriotischer Geste die in London ausgestellte Kanone auf einer Prunklafette. Für die Übergabe erhielt er 1852 auch seine erste kurze Audienz bei Friedrich Wilhelm IV. Die Kanone wurde auf dessen Wunsch dann eine Zeitlang im Marmorsaal des Potsdamer Schlosses ausgestellt, ohne daß dies jedoch das Interesse der preußischen Militärs an den Essener Kanonen gesteigert hätte.¹¹

7 S.: Abb. 1; Vgl.: Tenfelde, *Krupp – der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns*, 18; Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 258–269; ders., *Alfred Krupps Briefe*, 117–126; Manchester, *Krupp*, 74.

8 S.: WA 10 a 3,2: Entwicklung der Kanonenfabrikation in der Gussstahl-Fabrik von Fried. Krupp in Essen, 2; Zusammenstellung der von der Krupp'schen Gussstahlfabrik gefertigten und in Arbeit befindlichen Kanonen, ebd., I; *Krupp 1812–1912*, 142 f.; Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 35.

9 AK an «die Firma» vom 18. 4. 1851, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 120.

10 Allerdings war, als er der Kanone die «größte Attraktionskraft» attestierte, der mehr als zwei Tonnen schwere Gußstahlblock noch nicht in London angekommen, der zumindest bei den Stahlfachleuten die eigentliche Attraktion wurde. S. hierzu u.: Kap. I.3.A: Erste Auftritte auf der neuen Bühne 1844 bis 1854.

11 Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 39; vgl. a.: *Krupp 1812–1912*, 143 f.

Der Erfolg dieses allerdings sehr genau kalkulierten Coups bedeutete dennoch nicht, daß die Kanone *ausschließlich* dem Erzielen von öffentlicher und besonders königlicher Aufmerksamkeit dienen sollte. Auf der Suche nach Anwendungsmöglichkeiten für seinen Gußstahl experimentierte Krupp bereits seit langem mit Gewehrläufen und Kanonen.¹² Diese Versuche dienten dazu, die Zähigkeit und Festigkeit des Materials zu erweisen. Die ersten Gewehrläufe, die er 1843 und 1844 herstellte, sollten zeigen, daß sein Stahl kalt gebogen und im Winkel flach aufeinandergehämmert werden konnte, ohne zu reißen oder zu brechen. Diese Eigenschaften konnten ihn für vielfältige Anwendungsmöglichkeiten qualifizieren, in denen höchste Ansprüche an das Material gestellt wurden. Krupp sah aber auch, wie sehr sich der Stahl aufgrund seiner Zähigkeit und Festigkeit für die Herstellung von Kanonen eignen könnte. Er erkannte das Innovationspotential bei Kanonen durch die Verwendung von Stahl statt Bronze. Die Gewinnaussichten waren damit groß. Noch war diese Idee allerdings sehr kühn und ihre Realisierung in weiter Ferne: Den ersten Gewinnen gingen lange Jahre von immer neuen Versuchen und ermüdender Überzeugungsarbeit bei traditionsorientierten Militärs voraus, die in dem gußstahlbesessenen Krupp einen Phantasten sahen. Zudem hielten sie an der überkommenen Praxis fest, daß Rüstungsgüter aus staatseigenen Betrieben zu kommen hätten, nicht von Privatunternehmen.

Deshalb ist immer wieder die Frage gestellt worden, warum Krupp trotz dieser Widerstände und häufiger Rückschläge sich nicht davon abbringen ließ, Kanonen zu konstruieren und zu produzieren. Selbst der Krupp-kritische Boelcke weiß darauf keine schlüssige Antwort. Die bei Alfred Krupp seiner Ansicht nach vorhandene Leidenschaft für Kanonen könne dies kostspielige Unternehmen allein nicht erklären. Krupp habe trotz der Widerstände hier eine Möglichkeit für den Absatz großer Massen seines Stahls und damit Gewinnchancen gesehen.¹³ An den Aussichten auf Gewinn aber begann er schließlich doch zu zweifeln. 1859 resignierte er und plante, die Experimente mit den Kanonen einzustellen, die «nicht besonders lohnend» waren, wie er seinem Pariser Vertreter schrieb. Das Kostenargument begann allmählich stärker ins Gewicht zu fallen, «nachdem der Zweck des Beweises, was das hiesige Werk leisten könne, erreicht war».¹⁴ Krupp hatte, das wird an der Stelle deutlich, den Kanonenbau bereits viel zu lange ohne materiellen Erfolg aufrechterhalten.¹⁵ Und er hatte es zumindest auch aus dem Grund getan, um «die Eigenschaften meines Gußstahls zur Geltung zu bringen und solchen Erfolg für

12 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 186, 189; Krupp hatte diese Absicht bereits 1844 dem Essener Bürgermeister mitgeteilt, s.: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 79 f.

13 Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 29.

14 AK an Haaß v. 19. 1. 1859, in: AK BN 7 (FAH 2 M 78.7), 134.

15 Daß die Kanonenproduktion sehr lange ein Zuschußgeschäft war, geht auch aus dem Bericht eines Artillerieoffiziers hervor, der nach dem Tod Krupps im Juli 1887 berichtete, Krupp «habe bereits 1847 das erste Stahlgeschütz für Preußen geliefert und immer noch nicht (es war im Jahr 1858) sei man in Spandau entschieden. Wenn er nur auf Gelderwerb se-

meine wesentlichen, dem Maschinen- und Eisenbahnwesen angehörenden Betriebszweige zu verwerten», wie er 1860 dem Prinzregenten Wilhelm schrieb, der ein Jahr später als Wilhelm I. preußischer König werden sollte.¹⁶ Als er 1859 die kostspieligen Versuche mit den Kanonen aufgeben wollte, kam jedoch gerade noch rechtzeitig aus Potsdam die erste große Bestellung. 300 Blöcke für Kanonenrohre sollten auf persönlichen Wunsch von Prinzregent Wilhelm an Preußen geliefert werden.¹⁷ Auch dies habe er «weniger als ein Geschäft und mehr als eine Ehrensache betrachtet»¹⁸, behauptete Krupp im darauffolgenden Jahr, doch das stimmte wohl nur zum Teil: Denn selbst wenn der augenblickliche Gewinn an dieser ersten Bestellung gering gewesen sein sollte, so war die Order dennoch lohnend, denn sie eröffnete die Aussicht auf weitere Bestellungen und damit auf große zukünftige Gewinne.

Es war somit nicht in erster Linie die Erwartung von sofortigem Profit, die anfangs bei der Geschützkonstruktion und -fabrikation im Vordergrund stand.¹⁹ Ihren Ertrag sollten die Kanonen zumindest teilweise auf andere Weise bringen. Mit der Kanonenherstellung wollte Krupp das Anrecht auf eine Sonderbehandlung durch die preußischen Behörden begründen. Bereits 1858, noch vor der ersten größeren Kanonenbestellung Preußens, hat er die Kanonen als Argument bei seinen Bemühungen um Aufträge der preußischen Staatsbahnen eingesetzt. Er hatte bis dahin von dort keine nennenswerten Bestellungen erhalten, da er Auskünfte über die Zusammensetzung und Herstellung seines Stahls verweigerte. Jetzt nutzte er eine Frage Alexander v. Humboldts, der als Kammerherr Friedrich Wilhelms IV. einigen Einfluß hatte, nach seinem Wohlergehen, ihm dies zu schildern und damit indirekt eine Intervention des Königs zu seinen Gunsten zu erbitten.²⁰ Nur mit Eisenbahnzubehör könne er die Fabrik aufrechterhalten, schrieb

hen wolle, so dürfe er keine Geschütze gießen, denn das Untersuchen, Prüfen usw. halte immer sehr lange auf. Mit Humor fügte er hinzu: für den Bey von Tunis oder den Khediv von Ägypten sei leichter arbeiten, denn deren Artillerie prüfe nicht so lange wie die preußische Artilleriekommission und zahle, noch ehe die Rohre abgeliefert seien. Er lege aber einen Wert auf die Ehre, seinem Vaterlande mit seiner Erfindung zu nützen, und deshalb gestatte er sich die kostspielige Nebenbeschäftigung der Geschützanfertigung.» Militärisches Wochenblatt Nr. 63 v. 27. 7. 1887, zit. n.: Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 27.

16 AK an Prinzregent Wilhelm v. 8. 3. 1860, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 175 f.

17 Die Vorlage der Kabinettsordre, die dann schließlich mit dem Datum des 7. 5. 1859 ausgefertigt wurde, hatte zunächst lediglich 72

Exemplare vorgesehen. Eigenhändig strich der spätere Kaiser die Zahl durch und ersetzte sie durch 300. S.: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 168 f.; Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 40; Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 43.

18 AK an Prinzregent Wilhelm v. 8. 3. 1860, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 175 f.

19 Es kann auch keine Rede davon sein, daß Krupp bereits in den 1840er Jahren eine «bahnbrechende Stellung bei der Installierung der privaten deutschen Geschützindustrie» angestrebt habe, wie Jindra (*Zur Entwicklung und Stellung der Kanonenausfuhr der Firma F. Krupp/ Essen 1854–1912*, 958) behauptet.

20 Hier u. i. folgenden: AK an Alexander v. Humboldt v. 4. 1. 1858, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 160 ff.

er, die Kanonenproduktion hingegen «cultiviere ich für das Interesse des Fortschrittes mit großen Opfern, und sie wird erst dann für mich einen Werth erlangen, wenn ich in Zeit der Noth dem Vaterlande damit dienen kann. Auf solche Gelegenheit zum Beweise, was eine vaterländische Industrie vermag und auf den Stolz verzichte ich jedoch gerne für den Segen des Friedens.» Die Kanonenherstellung wurde damit gleichsam als ein patriotisches Engagement bezeichnet, das er sich nur erlauben könne, da die Fabrikation von Achsen und Rädern für Eisenbahnen und Dampfschiffe die Fabrik beschäftige. Seine Produkte fänden allgemein die größte Anerkennung, teilte er mit. «Die Fabrik blüht selbständig, unabhängig.» Allerdings trage «auch meines Glückes Horizont eine schwere trübe Wolke», denn die preußischen Staatsbahnen verweigerten ihm «in unveränderter Beharrlichkeit» die Anerkennung und vor allem die Aufträge. Er sei daher gezwungen, «die Mittel zur Beschäftigung und Ernährung meiner Leute [...] zum größten Theil im Auslande bei den natürlichen Gegnern meiner Industrie suchen» – und auch dies werde ihm noch erschwert, da ihm «die erste Autorität des Inlandes» die Anerkennung verweigere.

Wie sehr die Kanonenherstellung als taktisches Argument diene, wird auch daran sichtbar, daß Krupp sie gegenüber Handelsminister v. d. Heydt nicht erwähnte, bei dem er offenbar kein gesteigertes Interesse für Militärisches annahm. Bei seinem Werben um Aufträge für die preußischen Staatseisenbahnen appellierte er auch bei v. d. Heydt an die Verantwortung des Staates gegenüber seinem Betrieb: «Während ich mich angewiesen hielt, den vaterländischen Eisenbahnen die ersten Früchte des Fortschrittes anzubieten, bin ich stets abschlägig beschieden und vertröstet worden; es fehlte mir daher die natürlich bedingte Stütze der Beziehung auf die Anerkennung des bedeutendsten vaterländischen Instituts und wurden dadurch meine Offerten nach Außen nicht wenig erschwert.»²¹

Eine ansehnliche Dividende brachten die in die Kanonenkonstruktion investierten Summen dann 1860 in Form der Allerhöchsten Unterstützung im Kampf um die Verlängerung des Patentes auf den nahtlos geschmiedeten Eisenbahnradreifen. 1853 hatte er ein Patent für acht Jahre auf diese Erfindung erhalten, die es erlaubte, die Sicherheit und die Geschwindigkeit des Eisenbahnverkehrs beträchtlich zu steigern. Es war Krupps bedeutendste Erfindung, und sie hat entscheidend zum Aufstieg des Werkes beigetragen – aus diesem Grund hat Krupp dann 1875 die drei übereinandergelegten Radreifen zum Firmensymbol gewählt.²² Kurz vor Ablauf des Patentes fürchtete Krupp, daß bald andere Firmen an den Früchten dieser Erfindung partizipieren könnten, während er glaubte, einen Anspruch auf das Exklusivitätsrecht zu haben, das ihm sehr große Gewinne einbrachte. Das preußische Patentwesen wollte im Zeichen des Liberalismus aber die Monopolstellung

21 AK an Handelsminister v. d. Heydt v. 7. 4. 1858, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 164.

22 S.: Abbildung 17.

eines einzelnen verhindern, die als eine Einschränkung der Gewerbefreiheit abgelehnt wurde. Das preußische Patentgesetz war nicht mehr als eine «Ermunterung und Belohnung des Kunstfleißes», da es nur einen recht kurz bemessenen Patentschutz gewährte, in der Regel für fünf Jahre.²³ Gemessen an diesen Prinzipien hatte Krupp wenig Aussicht und auch keinen Anspruch auf eine Verlängerung des Patentbesitzes, schon gar nicht auf die beantragten zehn Jahre. Doch er sah in der Ablehnung vor allem den Ausdruck persönlicher Mißgunst des Handelsministers. Solange der Liberale v. d. Heydt im Amt sein würde, so fürchtete er, würde dieses Patent, «welches ich zur versicherten Rentabilität der teuren Fabrikationsanlagen dafür wirklich haben muß, beharrlich mir verweigert werden [...], weil die Bochumer Fabrik ja meine Erfindung ausbeuten soll; auch die Eisenbahnen des Staates werden nach wie vor, gegen ihr eigenes Interesse, meine Fabrik umgehen müssen, denn v. d. Heydt wollte mein Etablissement nie aufkommen lassen».²⁴ Krupp sah in dem amtierenden Handelsminister mithin einen persönlichen Feind, der ihm das Patent verweigere, um die Konkurrenzfirma Mayer & Kühne, den späteren Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation, zu begünstigen. Ohne Krupps Patentschutz würde sie nämlich seine Erfindungen ebenso wie er verwenden können.

Krupp wandte sich also im März 1860 direkt an Wilhelm. Bei einer Audienz und in einem Immediatgesuch bat er um die Verlängerung des Bandagenpatents um zehn Jahre. «Auf Lieferung von Gußstahlreifen für Eisenbahnräder (neben Gußstahl-Achsen) ist nämlich die Leistungsfähigkeit meiner vorzugsweise dafür errichteten Anlagen eingerichtet»²⁵, schrieb er dem Prinzregenten. Nur sie sicherten die Aufrechterhaltung des Betriebes und damit auch die Kanonenproduktion, die ja allein nicht rentabel sei. Überhaupt habe er an der kurz zuvor erfolgten ersten großen Lieferung an Preußen keinen bedeutenden Gewinn gemacht.²⁶ Doch das sei eben nur dann weiterhin möglich, hieß das, wenn ihm die Gewinne aus den Radreifen nicht streitig gemacht würden. Und tatsächlich hatte Krupp Erfolg. Per Erlaß wies Prinzregent Wilhelm v. d. Heydt an, das Bandagenpatent um immerhin sieben Jahre zu verlängern, «in Anerkennung der patriotischen Gesinnung, welche der Kommerzienrat Alfred Krupp in Essen mannigfach und namentlich durch Zurückweisung der ihm vom Auslande her angetragenen, ihm ansehnlichen Gewinn versprechenden Bestellungen von Geschützen an den Tag gelegt hat, und in Berücksichtigung der von demselben in seiner wieder angeschlossenen Vorstellung vom 8.v.M. vorgetragenen Umstände».²⁷

23 Reihlen, *Christian Peter Wilhelm Beuth*, 46.

24 AK an General v. Voigts-Rhetz v. 13. 10. 1859, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 171 f.

25 AK an Prinzregent Wilhelm v. 8. 3. 1860, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 175 f.

26 Ebd., 175 f.

27 Allerhöchster Erlaß des Prinzregenten Wilhelm an den Minister für Handel, Industrie und öffentliche Arbeiten, v. 25. 4. 1860, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 178, Anm. 1 und bei Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 42.

Ganz ähnlich war es wenig später, als es um ein Patent für das Verschlusssystem für Hinterladerkanonen ging.²⁸ Das Handelsministerium hatte das Patent abgelehnt mit Hinweis auf ein wenige Wochen zuvor eingereichtes Patentgesuch des Bochumer Vereins. Krupp begründete in weiteren ausführlichen Schreiben nochmals die Besonderheit und damit Patentwürdigkeit seiner Konstruktion²⁹ und wandte sich zugleich an Kriegsminister v. Roon, später auch an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Illaire.³⁰ Dabei drohte er, daß, falls seine «zunächst für das Vaterland herangebildete Erfindung» bekannt und auch im Ausland angewandt würde, «die Lage entstehen [könnte], wo ich, zur Aufrechterhaltung des Renommées und des bisher angestrebten stets voraneilenden Fortschritts meines Etablissements, genötigt wäre, gegen meine eigentliche, seither betätigte Absicht meine Erfindung und ihre Ausführung gewissen anderen Staaten nicht fortdauernd zu versagen».³¹ Er richtete auch wieder ein Immediatgesuch an den König, dem er, da er zunächst keine Antwort erhielt, mit einem Schreiben an den Chef des Geheimen Militärkabinetts, General v. Manteuffel, Nachdruck verlieh. Auch diesmal war Krupp schließlich erfolgreich, denn Wilhelm I. verfügte am 18. September 1862 eine neuerliche Prüfung der Angelegenheit, und 1863 wurde der Kruppsche Rundkeilverschluß für Hinterlader-Geschütze schließlich patentiert.³²

An diesen Vorgängen wird sichtbar, daß es Krupp gelang, in den Augen von einflußreichen Militärs wie besonders in denen des Königs aus der Menge der Gewerbetreibenden und Kommerzienräte herauszutreten. Seine Firma habe nicht nur wirtschaftliche Ziele und sei nicht nur in dieser Hinsicht bedeutend, sondern sie diene dem preußischen Staat, lautete Krupps Botschaft, die er in Berlin wieder und wieder vortrug. Und Wilhelm I. hat sie aufgenommen, wenn er bei seinem Besuch in Essen im Oktober 1861 sich beeindruckt zeigte «über die großartige Erweiterung des Etablissements, das neben seiner gewerblichen Bedeutung einen edlen vaterländischen Zweck hat».³³

Aus den «vaterländischen Zwecken» leitete Krupp eben auch besondere Ansprüche ab, und so reagierte er 1862 empört, als das Kriegsministerium 36 Blöcke

28 AK an den preußischen Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, v. d. Heydt, v. 12. 12. 1860, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 43f.

29 AK an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten v. 15. 2. 1861 u. v. 20. 5. 1861, ebd., 44f. und 46ff.

30 AK an Roon v. 8. 2. 1861, Druck bei Berdrow, *Alfred Krupps Briefe*, 187f.

AK an den Chef des preußischen Geheimen Zivilkabinetts, Illaire, v. 25. 5. 1861, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 48f. u. bei Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 190.

AK an den Chef des preußischen Geheimen

Militärkabinetts, General v. Manteuffel, v. 28. 3. 1862, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 49f.

31 AK an den Chef des preußischen Geheimen Zivilkabinetts, Illaire, v. 25. 5. 1861, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 48f., hier 49 u. bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 190.

32 Allerhöchster Erlaß an den Kriegs- und Marineminister und den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten v. 18. 9. 1862, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 51.

33 Zit. n.: Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 46.

für Gußstahlkanonen öffentlich ausschrieb. «Ich habe ein Recht zu erwarten, daß man jedes Rohr von hier nimmt, denn ich bin vor Allem auch derjenige, der das Verdienst der Erfindung hat. Ich habe aus doppelten Gründen Recht darauf, daß man mit mir nicht feilscht und andere Nachahmer in gleichen Rang mit mir stellt und eine Submission anstellt»³⁴, entrüstete er sich. Krupp wollte nicht wie ein beliebiger Geschäftsmann behandelt werden, der das günstigste Angebot unterbreiten mußte, um einen Auftrag zu erhalten. Seine Beziehungen zum preußischen Staat sollten enger sein. Hierüber gelang wohl eine Verständigung mit dem König und dann auch mit Bismarck, die Beamten der preußischen Militärbehörden jedoch sahen durchaus nicht ein, warum Krupp das Anrecht auf eine Sonderbehandlung haben sollte. Er aber war entschlossen, das nicht hinzunehmen:

«Sobald ein anderer Gußstahlfabrikant *eine* Kanone in Bestellung bekommt, liefere ich der ganzen Welt, was sie will und ich möchte dann sogar auf das Patent verzichten für den Verschuß, weil ich dann auch in dieser Beziehung ganz ungebunden will verfahren können, und dann war der kleine Zeitpunkt eines Näherstehens zu höchsten und allerhöchsten Personen ein kurzer angenehmer Traum, den [...] die filzige Suite im Ministerium, die Protection kriechender Supplicanten und meine ferneren Schritte zur Gegenwehr und Revanche schon beenden werden.» In seiner Wut hat Krupp aber doch sehr deutlich ausgedrückt, daß er ganz bewußt die Nähe «zu höchsten und allerhöchsten Personen» gesucht hatte. Die Ehre, die dies bedeutete, die er ja auch selbst als den eigentlichen Lohn der ersten Kanonenlieferungen bezeichnet hatte, war ihm dabei nicht Selbstzweck. Er strebte nicht Orden und Titel für seine Person an, sondern wollte auf diese Weise seiner Fabrik eine Sonderbehandlung sichern, auf die er glaubte angewiesen zu sein. Würde er diese nicht erhalten, dann wäre auch die Mühe um das Wohlwollen des Königs vergeblich gewesen.

Während es Krupp gelungen war, noch vor Wilhelms Thronbesteigung ein gutes Verhältnis zum späteren preußischen König und deutschen Kaiser, aber auch zu General v. Voigts-Rhetz und Bismarck aufzubauen, blieben seine Beziehungen zu Kriegsminister Roon ebenso wie zur Artillerieprüfungskommission von Spannungen gekennzeichnet. Nur schwer waren die Militärs von der Überlegenheit des Gußstahls zu überzeugen, zudem fürchteten sie die Abhängigkeit von einem Privatunternehmer, wenn sie Stahlrohre bei ihm bestellen statt wie bisher Bronzekanonen selbst herstellen würden. Dieses Mißtrauen blieb nach Einführung der Stahlkanonen bestehen. Auch Carl Meyer, Krupps Vertreter in Berlin, stöhnte:

«Ich beklage es tief, daß Ihre edlen uneigennütigen Absichten so schlechten Lohn empfangen und bitte Sie dabei recht inständig, Wort zu halten und keiner Illusion mehr Raum zu ge-

34 Hier u.i. folgenden: AK an Meyer v. 22. 1. 1862, in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 33 f.

ben. Dank in Preußen finden Sie nicht, nein, Neid, Mißgunst, Haß! Der König steht zu hoch, um sich über Details zu unterhalten und wird es betreffenden Cliques leicht, sein Urtheil zu captivieren. Unsere politischen Verhältnisse spielen auch für uns eine sehr bedeutende Rolle, gegenüber dem herrschenden Militärstaate unterliegt der Bürger, und sei er auch ein König der Industrie, dem Preußen so unendlich viel verdankt.»³⁵

Seine unbedingte Regierungstreue war vor diesem Hintergrund um so mehr eine Notwendigkeit. Er bewies sie Anfang 1864, als der Konflikt mit Dänemark, der nach der formalen Eingliederung des Herzogtums Schleswig in den dänischen Staat in der November-Verfassung von 1863 eskaliert war, am 1. Februar zum Krieg führte. Preußen allerdings war durch den seit 1862 schwebenden Verfassungskonflikt ohne bewilligten Etat, konnte also trotz des beginnenden Krieges eigentlich keine Kanonen bestellen. In dieser Situation bot Krupp Kriegsminister Roon an, Kanonen im Wert von bis zu zwei Millionen Talern sofort zu liefern, die Zahlung aber auf Jahre auszusetzen. Ein Dutzend Batterien wollte er dem Staat sogar ganz schenken.³⁶ Damit stellte er sich im Kampf des liberalen Bürgertums mit der Monarchie eindeutig auf die Seite der letzteren, die die Forderung nach Parlamentarisierung abzuwehren bestrebt war und statt dessen ihren Absolutheitsanspruch, das sogenannte «monarchische Prinzip», behauptete. Seit 1862 bereits regierte Bismarck Preußen ohne gültigen Haushalt, seit die liberale Mehrheit im Preußischen Abgeordnetenhaus die Bewilligung der Steuern und damit die vom König geplante Heeresreform, besonders die Verlängerung des Wehrdienstes von zwei auf drei Jahren, abgelehnt hatte. Krupp war auch in dieser Frage kein Liberaler. Was er anstrebte, war nicht politische Mitbestimmung, sondern königlicher Schutz gegen Gefolgschaft und Treue.

Roon war hierfür wenig empfänglich, er lehnte das Angebot Krupps ab. Er teilte auch dem König nichts mit, der entsprechend erstaunt war, als Krupp ihm davon ein paar Wochen später bei einer Audienz berichtete. «Er sagte, das Offert wäre groß, derartiges wäre ihm noch nicht vorgekommen, er wollte mit dem Kriegsminister darüber sprechen»³⁷, berichtete Krupp über die Reaktion des Monarchen. Damit hatte Krupp immerhin seine Gesinnung dem König gegenüber unter Beweis gestellt, der auch kurze Zeit später gegen den hinhaltenden Widerstand Roons und der Spandauer Geschützwerkstätten die Bestellung

35 C. Meyer an AK v. 23. 1. 1862, in: WA 9 h 190 (Abschrift aus WA 2/2, 280).

36 AK an Kriegs- und Marineminister v. Roon v. 22. 2. 1864, in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 120; Druck bei Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 203. Roon hat von diesem Angebot allerdings keinen Gebrauch gemacht. Vgl.: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 121–123. Berdrow schreibt unzutreffend, das Angebot sei nach dem Ende des deutsch-dänischen Krieges erfolgt. Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*,

Bd. 2, 57f. Das Angebot erfolgte aber bereits mündlich während Krupps Aufenthalt in Berlin im Januar 1864, also vor dem Kriegsbeginn am 1. Februar. Es wurde im Februar schriftlich wiederholt und damit immer noch in der Anfangsphase dieses Krieges, dessen Entscheidungsschlacht, der Sturmangriff auf die Düppeler Schanzen, am 18. April stattfand. Der Krieg endete am 1. August 1864.

37 Zit. n.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 58.

von weiteren 300 Gußstahl-Feldrohren anordnete.³⁸ Wenn der König sich auch nicht «über Details unterhielt», wie Meyer beklagte, war er doch in seinem Selbstverständnis Soldat und deshalb in Fragen der Bewaffnung und des Militärs insgesamt stets interessiert. Diese Dinge überließ er niemals vollständig seinem Minister.

Der Nutzen der Sonderbeziehung zum König

Die engen Beziehungen zur preußischen Regierung haben dann beim Erwerb der Sayner Hütte Krupp direkten Nutzen und finanziellen Vorteil gebracht.³⁹ Er benötigte die in staatlichem Besitz befindliche Hütte zur Sicherung seines Roheisenbedarfs – natürlich für die gesamte Produktion. Handelsminister Itzenplitz gegenüber betonte er, daß sichere Eisenquellen für die zukünftige Kanonenproduktion unabdingbar seien, ein Verkauf an ihn also gleichsam im Staatsinteresse liegen müsse. 1864 erhielt er dann auch von Itzenplitz nach geheim und exklusiv geführten Verhandlungen die Zusage, daß die Hütte ihm zu dem sehr niedrigen Preis von 400.000 Talern verkauft würde.⁴⁰ Im Glauben, damit sei das Geschäft perfekt, sandte Krupp dem Handelsminister als Dank für den günstigen Abschluß eine Spende von 5000 Talern, die an unterstützungsbedürftige Bergleute verteilt werden sollten.⁴¹ Itzenplitz wies die Spende als verfrüht zurück, und in der Tat gab es noch einige Hindernisse zu überwinden. Innerhalb der Verwaltung regte sich Widerstand gegen das Verfahren, die Hütte ohne öffentliche Ausschreibung zu verkaufen. So wurden die Verkaufsabsichten durch Indiskretion bekannt, und der Bochumer Verein, ebenfalls an der Sayner Hütte interessiert, protestierte gegen den Verkauf an Krupp. Liberale Abgeordnete begannen sich für den Fall zu interessieren, daneben auch Itzenplitz' Vorgänger v. d. Heydt. Sie drohten dem Handelsminister mit einer Interpellation wegen unbefugten Verkaufs von Staatseigentum. Sogar der Verdacht der Bestechung schwebte im Raum.

Wieder sah Krupp Mißgunst und Intrige am Werk, die den Verkauf an ihn verhindern sollten, allein um ihm und seinem Werk zu schaden. Da er glaubte, die Hütte unbedingt haben zu müssen, sprach er Anfang 1865 wiederum mit Itzenplitz, Roon und vor allem mit Bismarck. Dieser setzte sich dann für Krupp ein und versicherte ihm in einem eigenhändigen Schreiben, «daß ich alles tue, die Sache schnell und unseren Ehrenpflichten entsprechend, mit *Ihnen* ins Reine zu bringen». ⁴² Trotzdem mußte Krupp ein höheres Gebot vorlegen, er bot 100.000 Taler,

38 S.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 58; ders., *Alfred Krupps Briefe*, 204.

39 S. hierzu: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 81 f.; AK an Meyer v. 25. 1. 1868, Druck bei Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 232 f.; AK an die Firma v.- 11. 10. 1871, ebd., 263 ff.

40 S.: Kriegsminister v. Roon an AK v. 17. 1. 1865, ebd., 52.

41 AK an v. Itzenplitz v. 2. 12. 1864, dessen Antwort v. 5. 12. in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 155.

42 Bismarck an Krupp o.D., Druck bei: Berdrow, *Alfred Krupp und sein Geschlecht*, 127.

also immerhin 25 Prozent, mehr.⁴³ Auch der Bochumer Verein legte ein Gebot in gleicher Höhe vor, doch Krupp erhielt den Zuschlag, «da die Regierung Interesse daran hatte, einem Werke, welches immer mehr zu einem «vaterländischen» Institut wurde, wie es König Wilhelm schon vier Jahre zuvor genannt hatte, in besonderem Maße ihre Gunst zuzuwenden».⁴⁴

Der Intervention Bismarcks schrieb Krupp es später zu, daß er die Hütte schließlich doch erhielt. Über Itzenplitz urteilte er abschätzig, dieser habe «unverzeihliche Schwäche – Wortbrüchigkeit» bewiesen, ähnlich über Kriegsminister v. Roon, der «wie immer vorzugsweise verneinend» mehr widerstrebt als freiwillig Unterstützung geboten hätte. Dagegen vergaß er nie, «daß damals Fürst Bismarck durch Einsicht und Wohlwollen sich um uns verdient gemacht hat, daß Er es war, dem ich den Erfolg zu danken habe nächst dem Könige, der auch damals sehr gnädig mir seinen Schutz versicherte».⁴⁵

Noch im gleichen Jahr kam Krupp aufgrund seiner Stellung als Kanonenfabrikant ein weiteres Mal in den Genuß einer Sonderbehandlung, als im Frühsommer Liquiditätsschwierigkeiten auftauchten.⁴⁶ Krupp brauchte einen Kredit, wollte diesen aber nicht von Banken, denen er mißtraute, sondern vom Staat erhalten. Er setzte Bismarck fast ein wenig unter Druck, wenn er darauf hinwies, daß ihm Angebote aus Frankreich vorlägen, die er allerdings lieber nicht annähme, weil damit auf lange Sicht eine Einflußnahme der französischen Regierung verbunden sein könne.⁴⁷ Auch ließ er einfließen, daß er seine Fabrik «jeden Tag für 10 Millionen verkaufen» könne.⁴⁸ Eigentlich sei er reich genug, hieß das, wenn er das Unternehmen weiterführe, so sei das nicht aus Gewinnstreben oder Notwendigkeit, sondern aus Pflichtgefühl dem Vaterland gegenüber, das einen

43 AK an Handelsminister v. Itzenplitz v. 20. 1. 1865, in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 171.

44 Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 61.

45 AK an die Firma v. 11. 10. 1871, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 264. Seine Dankbarkeit gegen Bismarck hat Krupp immer wieder bekundet, und er war stets bedacht, sich dessen Gunst zu erhalten. So beschied er die Prokura 1875, als diese ein Schreiben Krupps vorbereitete, das an den Kaiser gerichtet für die Beibehaltung der Eisenzölle plädieren sollte, der Adressat müsse Bismarck sein, der dann dem Kaiser Bericht erstatte: «Bismarck entscheidet die Angelegenheit. Er ist der Sache bereits günstig gestimmt. Er ist mir geneigt, hat gegen alle Minister mehrere Male für mich entschieden. Alles das würde aufhören, wenn wir ihn umgehen, wenn wir nicht ihn als den Entscheidenden ansehen. Er ist furchtbar empfindlich.» AK an Prokura v. 23. 11. 1875, in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 131. Das Schreiben wurde

dann allerdings entgegen diesem Vorschlag doch an den Kaiser adressiert und am 5. 12. 1875 im kaiserlichen Palais durch den Berliner Vertreter Graening übergeben.

46 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 86 ff.; Menne, *Krupp. Deutschlands Kanonenkönige*, 95 f.

47 Krupp hatte Anfang 1865 mit dem französischen Bankhaus Seillière über einen Kredit in Höhe von 5 Millionen Talern verhandelt. Das Geschäft war allerdings weniger daran gescheitert, daß Krupp, wie er Bismarck gegenüber angab, eine mögliche Einflußnahme der französischen Regierung fürchtete, sondern an seiner Bedingung, trotz dieser hohen Summe keinerlei Einsicht in oder gar Mitsprache bei der Geschäftsführung zu gewähren. Dies war dem Bankier zu unsicher, und er verzichtete auf das Geschäft. Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 85 f.

48 Bericht Krupps über ein Gespräch mit Bismarck in AK an die Firma v. 18. 6. 1865, in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 202.

großen Nutzen aus dem Unternehmen ziehe und deshalb in gewisser Weise auch verpflichtet sei, es zu unterstützen. Und wieder konnte Krupp durchdringen. Er erhielt zwar keinen direkten Staatskredit, doch immerhin einen sofortigen Vorschuß in Höhe von eineinviertel Million Taler auf einen großen Auftrag für Küstenbatterien und Schiffsarmierung. Wie beim Verkauf der Sayner Hütte wurde auch diesmal nicht der übliche und korrekte Weg beschritten. Auf dem normalen Verwaltungswege konnte Krupp den Auftrag und damit auch den Vorschuß nicht erhalten, denn der Landtag hatte kurz zuvor eine Anleihe für den Aufbau einer preußischen Flotte und die Befestigung Kiels abgelehnt – noch immer war der Verfassungskonflikt nicht beendet – und war aufgelöst worden. Eigentlich also hatte die Regierung kein Geld, Waffen zu bestellen. Bismarck bezeichnete dies jedoch lediglich als «Bureau- und Formalitäts-Schwierigkeiten», die sich trotz der Bereitwilligkeit des Kriegsministers vielleicht nicht «so schnell überwinden lassen wie es gewünscht wird». ⁴⁹ Krupp jedenfalls jubelte: «So verdrießlich ich vor einer Stunde war so vergnügt bin ich jetzt», schrieb er nach der Ankunft von Bismarcks Brief an die Prokura. ⁵⁰

Was Bismarck als «Bureau- und Formalitätsschwierigkeiten» abtat, war das bürokratisch reglementierte und geordnete, das parlamentarische und verfassungsgemäße Verfahren, über das er sich hinwegsetzte. Es war die letztlich gewonnene Kraftprobe mit dem Parlament, zugleich aber auch eine Mißachtung der bürokratisch und juristisch formalisierten Vorgehensweise der preußischen Behörden aus dem Geist absoluter Herrschaft. Die Beamten hingegen beharrten ebenso wie die Militärs darauf, bei allem Verwaltungshandeln das legale Verfahren einzuhalten. Krupps beständiger Wunsch nach Sonderbehandlung machte sie mißtrauisch, sie sahen in ihm den allein auf seinen persönlichen Vorteil bedachten Kaufmann, dessen Interesse durchaus nicht mit dem des Staates übereinstimme und dem gegenüber deshalb Vorsicht geboten sei. Dieser hingegen hatte keinerlei Verständnis für die Vorgehensweise der Behörden und interpretierte sie wieder einmal als Ergebnis von Mißgunst, Neid und persönlichem Übelwollen. In seinem Verhältnis zum Staat orientierte er sich am Vorbild des Feudalverhältnisses, das heißt, er leistete Gefolgschaft und erwartete im Gegenzug Fürsorge. Auch als Bürgerlicher, als Industrieller integrierte sich Krupp in ein Herrschafts- und Sozialgefüge, das er als ein feudal geprägtes verstand, und setzte damit faktisch die aufsteigenden «Industriearone» gleich mit dem alten Adel. Wenn diese Sichtweise einerseits zu Konflikten mit der Verwaltung führte, so fand Krupp hiermit doch eine sehr positive Resonanz beim König und auch bei Bismarck, die beide durchaus auch diesen Kategorien des Ancien Régime verhaftet waren.

Trotz dieses Treueverständnisses war Krupp allerdings nicht geneigt, sich zum weisungsgebundenen Agenten preußischer Politik zu machen, sondern behielt bei

49 Bismarck an AK v. Juli 1865, in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 205.

50 AK an die Prokura o.D. (Juli 1865), in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 205.

aller Loyalität stets das Interesse seiner Firma im Auge. Dies wird deutlich an seinem Verhalten im Vorfeld des preußisch-österreichischen Krieges 1866, als er Aufträge nicht nur aus Preußen, sondern auch den süddeutschen Staaten erhielt. Besonders die Lieferung von 24 Geschützen nach Österreich wurde in Berlin sehr ungerne gesehen, und Kriegsminister v. Roon forderte Krupp auf, ohne preußische Zustimmung nicht zu liefern.⁵¹ Das allerdings lehnte Krupp entschieden ab. Würde er dem entsprechen, bedeute dies einen Vertragsbruch, mit dem er seine Glaubwürdigkeit als Geschäftsmann aufs Spiel setzen würde. «Von den politischen Verhältnissen weiß ich sehr wenig», teilte er dem Kriegsminister mit, «ich arbeite ruhig fort, und kann ich das nicht ohne Störung der Harmonie zwischen Vaterlandsliebe und Ehrenhaftigkeit so gebe ich die Arbeit ganz auf, so verkaufe ich die Fabrik und bin ein reicher Mann».⁵² Diese Äußerung ist häufig so interpretiert worden, daß Krupp beim ersten Konflikt zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse alle Loyalität zum Staat vergessen und rein profitorientiert gehandelt habe.⁵³ Das allerdings trifft nicht ganz zu, denn Krupp war durchaus bereit, seinen Teil dazu zu leisten, daß «ohne und gegen den Willen der vaterländischen Regierung nach Österreich kein einziges Geschütz gelangen kann». Doch sollte dies anders geschehen: Er teilte v. Roon mit, für welches Datum die Auslieferung der Kanonen geplant sei und stellte der Regierung damit frei, die Geschütze zu beschlagnehmen. Krupp war also durchaus kooperationsbereit, zumal Preußen der für ihn wichtigere Geschäftspartner war. Dennoch beharrte er darauf, daß er als Geschäftsmann nicht vertragsbrüchig werden dürfe. Sein Treueverhältnis zum Staat bedeutete also nicht, daß er Anordnungen anzunehmen bereit war, die den von ihm vertraglich eingegangenen Verpflichtungen entgegenstanden. Hingegen war er durchaus bereit daran mitzuwirken, daß «Ew. Excellenz Ihren Zweck erreichen ohne einen Konflikt zwischen meinem Patriotismus und meinem Ruf nach Außen».⁵⁴

Der Zwischenfall weist auf ein Defizit der damaligen Außenwirtschaftspolitik hin, das erst mit dem Aufkommen privater Rüstungsbetriebe überhaupt entstand: Ihr Geschäftsverhalten, besonders der Export ins Ausland konnte mit den politischen Zielen und Interessen des Staates kollidieren. Es fehlte für einen solchen Fall noch das geordnete Verfahren, das die Durchsetzung der staatlichen Interessen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der geschäftlichen Integrität der exportwilligen Unternehmer ermöglicht hätte. Krupp lehnte es ab, den unter anderen politischen Vorzeichen geschlossenen Vertrag gleichsam von sich aus zu brechen und schlug

51 Zur Kanonenausfuhr der Firma Krupp insgesamt, zu ihrer Entwicklung und den Zielländern vgl.: Jindra, *Zur Entwicklung und Stellung der Kanonenausfuhr der Firma F. Krupp/Essen 1854–1912*.

52 AK an Kriegs- und Marineminister v. Roon v. 13. 4. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 38.

53 Vgl.: Menne, *Krupp. Deutschlands Kanonenkönige*, 97 f.; Manchester, *Krupp. Zwölf Generationen*, 101 f.

54 AK an Kriegs- und Marineminister v. Roon v. 13. 4. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 38.

deshalb die Beschlagnahme vor. Auffällig ist, daß weder er noch Roon demgegenüber die Möglichkeit des gesetzlichen Exportverbotes erwogen, die sich später als das in solchen Fällen übliche Verfahren durchsetzte.

Krupp wandelte damit auf einem schmalen Grat: Zwar war er bereit, sich den politischen Bedingungen anzupassen, doch durften darunter nicht das Vertrauen in seine Vertragstreue und damit sein Ruf als Geschäftsmann leiden. Er war loyal zum Staat unter der Voraussetzung, daß ein solches Verhalten auch seinen geschäftlichen Interessen nutzte. Die Regierung hingegen erwartete durchaus mehr von Krupp, daß er nämlich die politischen Ziele des Staates tatsächlich zur Grundlage seines Handelns machen würde, sein geschäftliches Verhalten also nach der preußischen Politik ausrichtete. Für Krupp, der ja um staatliches Wohlwollen bemüht war, kam es also darauf an, genau diesen Eindruck zu erwecken, auch wenn sein tatsächliches Verhalten ihm nur teilweise entsprach. So betonte er später gern, in den 1850er Jahren Waffenlieferungen nach Frankreich aus politischer Rücksichtnahme abgelehnt zu haben. Das entsprach nicht ganz den Tatsachen, denn Krupp hatte sich zu jener Zeit, es war ja vor den ersten preußischen Geschützbestellungen, sehr um französische Aufträge bemüht und große Hoffnungen in die Pariser Weltausstellung 1855 gesetzt. Tatsächlich sah es eine Weile so aus, als könnte Krupp einen Auftrag über 300 Kanonenrohre erhalten, doch schließlich entschied sich die französische Regierung dagegen. Daß die Lieferung nicht zustande kam, ging mithin nicht auf die Initiative Krupps zurück.⁵⁵ Auch daß Kreditverhandlungen mit dem französischen Bankhaus Seillière in jener Zeit nicht zu einem Abschluß führten, lag ja nicht an Krupps patriotisch motivierter Zurückhaltung, sondern am Zögern und schließlich an der Ablehnung durch das Bankhaus.⁵⁶

Es waren also eigentlich geschäftliche Mißerfolge, die Krupp hier als patriotische Heldentaten deklarierte. Doch er wußte um die Wirksamkeit des patriotischen Argumentes und setzte es bei seinem Bemühen um Staatsnähe gezielt ein. Dennoch ginge es zu weit, alle patriotischen Äußerungen Krupps als pure geschäftlich motivierte Heuchelei zu werten.⁵⁷ Sein Patriotismus war wie bei den meisten Zeitgenossen durchaus echt, doch verlor er dabei das Interesse seiner Firma nicht aus den Augen.

Diese Ambivalenz wird sichtbar an seinem Verhalten während des Krieges von 1870/71. Anfangs fürchtete er – wie viele – eine französische Invasion. «Wir müssen jeden Wechselfall so zeitig wie möglich vorher erwägen und demgemäß vorgehen», ordnete er im Juli an. Wenn die Franzosen kämen, sollten sie nur die Produktion von Eisenbahnmaterial zu sehen bekommen, wichtige Maschinen und die Dampfhämmer hingegen sollten vorher demontiert werden, «damit böswillige

55 Vgl.: GSt 34 (WA 7f 779: Die Entwicklung der Geschützrohrfabrikation in der Krupp'schen Gußstahlfabrik von 1847–1867), 28 ff.

56 S.o. Anm. 47.

57 So besonders Menne, *Krupp*, z. B. 90 f., bes. 105 ff.

Zerstörung nur unvermeidlichen Schaden zufügen kann».⁵⁸ Zu Beginn wurde der Krieg also als eine Bedrohung wahrgenommen. Sobald die preußischen Schlachterfolge die Gefahr einer Invasion gebannt hatten, rückten die Chancen, die der Krieg der Gußstahlfabrik bieten konnte, bei seiner Wahrnehmung in den Vordergrund. Ergab sich doch die Möglichkeit, die Gußstahlkanone nicht allein auf dem Schießplatz, sondern unter den Bedingungen der Realität, im Feld, zu testen. Kriegsgeschehen, Schlachtverläufe wurden von Militärs auch in anderen Staaten zudem natürlich sehr viel aufmerksamer verfolgt als Schießversuche. Wenn die Krupp-Kanone sich bewährte, würde die Aussicht auf zukünftige Aufträge erheblich steigen und zwar nicht allein aus Preußen, sondern auch aus anderen Staaten. Es war deshalb für die Firma wichtig, daß möglichst viele Kanonen zum Einsatz kämen. Krupp hoffte, daß ein 1000-Pfünder sich als Belagerungsgeschütz bewähren könnte⁵⁹ und konstruierte schließlich sogar ein eigenes Geschütz für die Belagerung. Das Ballongeschütz war gegen die Heißluftballons gerichtet, die während der Belagerung von Paris die einzige Verbindung aus der umzingelten Stadt in das übrige Frankreich bedeuteten.⁶⁰

Zunächst aber erneuerte Krupp sein bereits 1866 ausgesprochenes Angebot, Kanonen im Wert von einer Million Taler unentgeltlich «als Beisteuer zu den Kriegskosten dem Vaterlande» zu liefern, wie er Roon mitteilte.⁶¹ Dabei bat er den Kriegsminister um Geheimhaltung dieser Offerte, denn er fürchtete den Verdacht, er mache das Angebot um der öffentlichen Zustimmung willen. Um die Öffentlichkeit aber ging es ihm weniger als um die Staatsspitze, den Kriegsminister, die Generäle, Bismarck und natürlich den König selbst. Die Allgemeinheit sollte ihn nicht für das Geschenk bewundern, sondern von den Leistungen seiner Waffen beeindruckt sein. Und darin bestand ja der hauptsächliche Zweck der Offerte, daß möglichst viele Kanonen und auch die schweren Geschütze zum Einsatz kämen. Als sich dann aber nach dem glänzenden Sieg in der Schlacht von Sedan abzeichnete, daß Preußen den Krieg gewinnen würde, erhielt Krupp das Angebot kostenloser Lieferungen nicht mehr aufrecht – zumal Roon es ja auch stets abgelehnt hatte. Einen Verlust habe er mittragen wollen, sein Vermögen angeboten, «um damit die Abwehr zu unterstützen ohne die sonst notwendigen Geldkräfte des Staates auszubeuten», doch jetzt, da abzusehen sei, «daß pecuniärer Verlust für den Staat nicht erwächst – daß derselbe an Kraft sogar gewinnt», hielt er es nicht mehr für nötig, gratis zu liefern.⁶²

58 AK an die Firma v. Juli 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 298.

59 Vgl.: AK an die Firma v. 9. 8. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 305; AK an O.E. Richter v. 18. 1. 1871, in: AK BN 10 (FAH 2 M 78.10), 8; AK an Kriegsminister v. Roon v. 21. 1. 1871, in: AK BN 10 (FAH 2 M 78.10), 10

60 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 184.

61 AK an Roon v. 20. 7. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 299; Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 247f. Krupp wiederholte sein Angebot am 5. 8. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 304. Roon lehnte das Angebot allerdings wie bereits 1866 ab.

62 AK an Loerbroks o. D. (September 1870?), in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 312f. Fast gleich-

Bezahlt oder nicht, jedes gewünschte Geschütz mußte binnen kurzem lieferbar sein. Deshalb wies Krupp die Firma an, «Tag und Nacht an jeder Stelle mit allen zu Gebote stehenden Leuten und Maschinen für die Vollendung die äußersten Anstrengungen aufzubieten, keine Kosten keine Opfer zu scheuen, andere Arbeiten für Eisenbahnen, Räder, Achsen u. dergl. zu Gunsten dieser Arbeiten zu vernachlässigen, damit wir zu jeder ersten Stunde, wo unsere Leistung zur Anwendung kommen kann, mit dem Produkt bereit stehen, damit wir vor Allen den ersten Dienst leisten können, wenn der Moment eintreten möchte, daß irgendwo Geschütze oder Lafetten fehlen und andere Aussichten und Versprechungen sich nicht verwirklichen». ⁶³ Der Krieg bot damit auch die Möglichkeit, die Zuverlässigkeit der Firma selbst zu beweisen, ihre Fähigkeit, auch große Aufträge schnell und zur Zufriedenheit abzuwickeln. Es ging um den Ruf der Firma, der Krupp von jeher sehr wichtig war, und er spornete alle an, die Bedeutung des Momentes zu erkennen und ihn zu nutzen.

Nach wie vor war Krupp bestrebt, die Sonderstellung seines Unternehmens zu Preußen zu festigen und auszubauen, ohne dabei jedoch zu weitgehende Zugeständnisse zu machen. So war er auch stets bemüht, seine Glaubwürdigkeit anderen Staaten gegenüber nicht aufs Spiel zu setzen. Sie durften nicht den Eindruck gewinnen, als Kunden zweiter Klasse schlechter behandelt zu werden und im Bedarfsfall jederzeit hinter Preußen zurückstehen zu müssen. ⁶⁴ «Mein Etablissement muß ohne Ausnahme nach Einer Regel für die ganze Welt arbeiten u. hat dabei vollauf zu thun», instruierte er in einem internen Schreiben die Prokura. ⁶⁵ Seinen Patriotismus demonstrierte Krupp mit dem Angebot der Gratislieferungen und mit großzügigen humanitären Spenden. ⁶⁶ Krupps patriotische Gesinnung war da-

lautend: AK an Kriegsminister v. Roon v. 15. 11. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 327 f. Nun allerdings wollte Roon nicht mehr zahlen. Ende November 1870 teilte er Krupp mit, der König habe «auf meinen Vortrag zu genehmigen geruht», daß die von Krupp bis dahin gelieferten Geschützrohre und Lafetten «ohne Vergütung [...] angenommen werden dürfen». v. Roon an AK v. 28. 11. 1870, in FAH 2 B 73, Abschrift in: WA 9 d 109, 20.

⁶³ AK an die Firma v. 27. 7. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 301; Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 248.

Krupp erneuerte diese Aufforderung zur äußersten Anspannung aller Kräfte ein halbes Jahr später. Vgl.: AK an die Prokura v. 23. 1. 1870, in: AK BN 10 (FAH 2 M 78.10), 12.

⁶⁴ So lehnte er es einerseits ab, von Rußland bestellte und für dieses produzierte Geschütze ohne russische Einwilligung an Preußen auszuliefern (AK an Richter v. 22. 7. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 300), versuchte

andererseits aber genau dies zu erreichen, nämlich das ursprünglich für Rußland produzierte 1000-Pfünder-Belagerungsgeschütz an Preußen zu liefern, damit es möglichst zum Einsatz kommen könne. Er überlegte, wie dies zu erreichen sein könnte, ohne Rußland gegenüber vertragsbrüchig zu werden, ohne also dessen Zustimmung zu bedürfen (AK an die Firma v. 9. 8. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 305).

⁶⁵ AK an die Prokura o.D. (wahrsch. Anf. Nov. 1870), in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 323.

⁶⁶ Bei Beginn des Krieges richtete Krupp ein Lazarett mit 100 Betten ein, in dem zwischen Mitte November 1870 und Juni 1871 356 Soldaten behandelt wurden. S.: Brüggemeier, *Die Krupp'schen Krankenanstalten*, 9; Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 95. Weiter bot er an, 120.000 Taler für die Victoria-National-Invalidenstiftung zu spenden. Vgl.: AK an Kriegsminister v. Roon v. 15. 11. 1870, in: AK BN 9 (FAH 2

bei sicher echt – warum sollte man auch annehmen, daß er sich der allgemeinen nationalen Stimmung der Zeit verschlossen hätte⁶⁷ –, trotzdem waren seine Spenden nicht selbstlos, sondern sollten auch dem Geschäft zugute kommen. Seine Großzügigkeit würde ihm das Wohlwollen der Behörden und damit Aufträge für die staatlichen Eisenbahnen einbringen, was «uns 10 fach entschädigt», kalkulierte er.⁶⁸ – Bezeichnenderweise war es ihm bei diesen Spenden nicht wichtig, daß sie der Öffentlichkeit bekannt würden, die Behörden, die preußischen Oberpräsidenten sollten es erfahren, sie wollte er beeindrucken und ihre Gunst gewinnen.

Das Wohlwollen der Obrigkeit allein schien ihm allerdings nicht mehr auszureichen, um seine Sonderstellung zu sichern. Gegen die Ansprüche der Konkurrenz entwickelte er deshalb ein neues Argument, das fortan zum festen Arsenal der Krupp-Rhetorik gehören sollte: Als privat geführtes Unternehmen sei seines für den Staat ein erheblich sichererer und verlässlicherer Geschäftspartner als eine Aktiengesellschaft, die stets und allein auf die Dividende fixiert sei und alle anderen Rücksichten und Loyalitäten demgegenüber zurückstellen müsse. «Ein Staat kann aber für so wichtige Dinge wie Canonen, wenn er weise regiert wird nicht von Aktienetablissemments abhängen; dort ist vielleicht keiner mehr der Contrahenten am Ruder, wenn der erste Schuß geschieht, ein Privat-Etablissement muß seinen Ruf für das Jahrhundert begründen.»⁶⁹

Diese Argumente brachte er während der Finanzkrise 1873 in Stellung, die das Unternehmen an den Rand des Zusammenbruchs führte.⁷⁰ Da er einen Bankkredit ebenso vermeiden wollte wie die Aufnahme von Teilhabern oder gar die Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft, hoffte er auf ein staatliches Darlehen, das in Form einer Vorauszahlung auf Geschützlieferungen in Höhe von 10 Millionen Talern gewährt werden sollte.

Seinen Wunsch rechtfertigte er mit seiner Position als Kanonenfabrikant, die zu erhalten im Interesse des Staates liege. Die Finanzkrise wurde deshalb als ein Ergebnis der Geschützfabrikation bezeichnet:⁷¹ Diese habe seit Beginn der 1860er Jahre stark zugenommen, da die Geschützbestellungen jedoch starken Schwankungen unterlägen, sei es zur Auslastung des Werkes notwendig gewesen,

M 78.9), 327 f. Eine Spende von 1000 Friedrichs'or sollte Privatleuten in Straßburg zugute kommen, deren Häuser während des Krieges beschädigt wurden. S.: AK an Loerbroks v. 31. 10. 1871, in: AK BN 10 (FAH 2 M 78.10), 159 ff.

Nach dem Krieg wurde das Lazarett in ein Krankenhaus umgewandelt. S. hierzu: Brüggemeier, *Die Krupp'schen Krankenanstalten*, 18 ff.

67 Die antifranzösische, propreußische Stimmung äußert er sehr deutlich in einem internen Brief an die Firma v. 21. 11. 1871, in: AK BN 10 (FAH 2 M 78.10), 201.

68 AK an Loerbroks v. 31. 10. 1871, in: AK BN 10 (FAH 2 M 78.10), 160 f.

69 AK an die Prokura o.D. (wahrsch. Anf. Nov. 1870), in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 323.

70 Zur Finanzkrise s.: Bongartz, *Unternehmensleitung und Kostenkontrolle in der Rheinischen Montanindustrie vor 1914*; Wellhöner, *Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich*, 147–168.

71 Ein nicht datiertes, von Anfang 1873 stammendes Memoire, das zur Vorlage bei den preußischen Militärbehörden bestimmt war, enthält die Argumente, die den Anspruch Krupps auf staatliche Unterstützung begründen sollten, in: WA 4/1201, 3–6.

andere Produktionszweige hinzuzunehmen. Aus diesem Grunde sei mit der Stahlproduktion nach dem Bessemerverfahren⁷² begonnen worden, also mit der Produktion von Eisenbahnschienen. Ebenfalls der Kanonenproduktion und damit dem preußischen Interesse habe der Ankauf der Erzgruben gedient, denn nur so könne eine gleichbleibende Qualität sichergestellt werden.

Vor allem eins mußte den preußischen Beamten erklärt werden: Es liege im Interesse des Staates, daß weder fremde Bankiers aus einem Kredit das Recht auf Einsicht in die Geschäftsführung Krupps ableiteten noch etwa Teilhaber aufgenommen werden müßten oder das Unternehmen gar in eine Aktiengesellschaft umgewandelt würde, sondern vielmehr in der bisherigen Form als Privatgesellschaft mit Alfred Krupp als Alleininhaber bestehen bliebe. Es sei «gewiß, daß in den Interessen und Dispositionen des Etablissements keine auswärtige Beteiligung oder Beeinflussung zugelassen werden darf, weil Einblick in das innere Wesen der Thätigkeit, und Eingriff in die Disposition nur stören würden in der Befolgung der Grundsätze, welche dem Etablissement die Stellung erworben haben, daß es, wenn auch ein Privatmann dasselbe besitzt und leitet, doch als ein Nationalwerk betrachtet werden kann».⁷³

Dies war das Credo Krupps, zumindest war dies die Botschaft, die in Berlin ankommen sollte: Krupp war nicht irgendeine Firma, er beanspruchte eine Sonderstellung als ein staatsnotwendiges Unternehmen, auch wenn es in Privatbesitz war. Wenn also der Staat ihm den Kredit nicht gewähre, müsse er die Firma entweder verkaufen, oder er könne seine Interessen nicht in der bisherigen Weise wahren. Eine Aktiengesellschaft könne kaum die gleichen Qualitätsansprüche erfüllen, so Krupps Drohung, auch sei die Geheimhaltung nicht gewährleistet, weniger Geld würde in die technische Weiterentwicklung investiert, denn der momentane Gewinn müsse dann Vorrang haben vor der langfristigen Perspektive.

«Niemand wird die Wahrheit bestreiten, daß eitles Streben nicht beteiligt ist an der Gründung dieses großen Fabrikcomplexes, daß der Aufwand des ganzen Vermögens nur der Errichtung einer Industrie gewidmet ist, deren Leistungsfähigkeit der Staat nicht entbehren kann, die gerade in diesem Augenblick in vollem Maße die Probe besteht, und deren Gesamthätigkeit dem Lande direkt und indirekt große Vortheile bietet.»⁷⁴ Durch die Lieferung bester Qualität einerseits sowie andererseits auch durch die umfassende Arbeiterfürsorge der Firma diene sie dem Staat, der folglich an ihrem Fortbestand interessiert sein müsse. Ja, es sollte der Eindruck entstehen, als habe der Staat gleichsam eine Verpflichtung, für das Unternehmen einzustehen.

Krupp war selbstbewußt genug davon auszugehen, daß diese Drohung Wirkung zeigen würde. «Kein anderer Staat hat mit allem seinem Aufwand die Mittel,

72 Vgl. hierzu: König /Weber, *Netzwerke, Stahl und Strom 1840 – 1914*, 71 ff.

73 Memoire o.D. (Anfang 1873), in: WA 4/1201, 5.

74 Ebd.

welche Deutschland in meiner Fabrik besitzt», schärfte er der Prokura ein. «Wollte Preußen erreichen, was mein Werk leisten kann, so müßte es zuvörderst 30 Millionen in Anlagen aufwenden und dann würde ein Etablissement, welches nur Geschütze liefert, immer die Hälfte theurer arbeiten, als dasjenige, welches Kriegs- und Friedensartikel in der Fabrikation verarbeitet.»⁷⁵ Diese Argumentation war durchaus nicht bloße Schaufensterdekoration, um billige Kredite zu erhalten. Krupp hielt diese von ihm beschworene «special relation» zwischen seinem Unternehmen und dem preußischen Staat oder nunmehr dem Deutschen Reich für gegeben. An seine Prokura schrieb er in diesem Sinne, er betrachte sein «Etablissement» «als ein Nationalwerk, glaube dies auch durch die Führung desselben stets bewiesen zu haben».⁷⁶ Krupp betrachtete die Ausrüstung des preußischen Heeres auch als eine Ehrenpflicht. So sollte die Produktion des neuen Feldgeschützes trotz der bereits offensichtlichen Finanzkrise begonnen werden, noch bevor der Auftrag erteilt war. «Ich nehme alle Folgen auf mich», ließ er die Prokura wissen. «Hier ist ein Fall, wo es gar nicht auf ein lucratives Geschäft ankommt, wo wir selbst einen bedeutenden Verlust getrost riskieren müssen.»⁷⁷ Krupp glaubte so sehr an die Interessenidentität seiner Firma und Preußens, daß er davon ausging, den Geschützauftrag und die Vorauszahlung zu erhalten.⁷⁸

Doch er hatte sich getäuscht. Diesmal drang er mit seinen Beschwörungen der Sonderstellung seines Unternehmens nicht durch. Zumindest nicht so, wie er sich das gewünscht hatte. Seine Vorstellung, den Kredit unter Umgehung der Banken in Form eines Vorschusses auf Geschützbestellungen direkt vom Staat zu erhalten, scheiterte.⁷⁹ Statt dessen wurde er an die Preußische Seehandlung verwiesen, die mit einem Konsortium Berliner Großbanken eine Anleihe von 30 Millionen Mark auflegte, zu 6% verzinst, mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Als Sicherheit mußte Krupp seine gesamten Fabrikanlagen verpfänden. Zudem wurde der bisherige Vertreter der Firma in Berlin, Carl Meyer, als Treuhänder der Banken eingesetzt. Diese harten Bedingungen entsprachen der Situation auf dem Geldmarkt, Krupp hatte keinen Sonderbonus auf Patriotismus erhalten.⁸⁰

75 AK an die Prokura, v. 26. 7. 1873, in: AK BN 12 (FAH 2 M 78.12), 131.

76 Ebd., 130.

77 Vgl.: Ebd.

78 Vgl.: Ebd., 132: «Bei solchem Bewußtsein stelle ich mich mit meinen Erwartungen nicht in die Reihe des geschäftstüchtigen Industriellen und vertraue in dankbarer Anerkennung des sehr wohlwollenden bisherigen Entgegenkommens, daß bei meinem ausnahmsweisen Verfahren den Klugheitsregeln des Eigennutzes gegenüber auch die hohen Ministerien selbst ausnahmsweises Verfahren zu verantworten wissen werden, weil das Interesse des Landes der Zweck meines Antrages ist. Durch

baldigste Bestellungsgarantie und gleichzeitigen Vorschuß der Beträge ist die große Fortentwicklung des Etablissements und seiner Thätigkeit gesichert trotz aller denkbaren Eventualitäten, ausgenommen Überraschungen durch Krieg.»

79 Diese Forderung hielt selbst der für Krupp die Verhandlungen führende Berliner Vertreter der Firma, Carl Meyer, für überzogen. S.: Wellhöner, *Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich*, 156 f.

80 Die Anleihe ist häufig sogar als Beispiel für die Macht der Banken und deren Ausnutzung finanzieller Abhängigkeit der Industrie angeführt worden. Vgl.: Feldenkirchen, *Banken*

Auch wenn Krupp also nicht immer mit seinen Maximalforderungen durchdrang, hielt er an der Betonung der engen Bindung des Unternehmens an den Staat und besonders an die Staatsspitze, an das Staatsoberhaupt, fest. Im Gegenzug demonstrierte der Kaiser die herausgehobene Stellung Krupps durch eine Reihe von Gunstbeweisen. Dazu gehörte der Besuch in Essen, es war sein vierter, am Jahrestag der Schlacht von Sedan, dem faktischen Nationalfeiertag des Kaiserreiches, im Jahr 1877. Demgegenüber ist das Mißtrauen um so auffälliger, das die preußischen Beamten und teilweise auch die Militärs Krupp gegenüber hegten. Während Krupp ein am feudalen Lehensverhältnis orientiertes Verständnis zwischen Staat und Unternehmen hatte, das er also als integralen Bestandteil des Staates begriff, betrachteten viele Beamte und Militärs den privaten Unternehmer als etwas Staatsfremdes. Die Interessen des Staates vertraten in ihren Augen sie selbst, der Unternehmer galt ihnen hierin stets als Gegenspieler, der allein sein Privatinteresse im Blick habe und damit als potentielle Gefahr mißtrauisch betrachtet werden mußte. General Albrecht v. Stosch⁸¹ lehnte aufgrund dieses Mißtrauens 1875 eine Einladung zum Besuch der Fabrik ab und warnte auch Admiral Ludwig Friedrich Wilhelm Henk⁸², denn «Fabrikanten hätten das Bestreben durch gute Diners usw. die Leute freundlich gesinnt zu machen, damit, wenn der Wein die Zunge löse, sie mancherlei ausplauderten, was sie sonst verschweigen würden». ⁸³ Bei Krupp war man empört. «Es kennzeichnet dies den biedern v. Stosch in seiner grenzenlosen Überhebung!», schrieb Meyer. «Was hat der Mann für Ansichten über Industrie und Handel?!»⁸⁴

Bezeichnend für die Spannungen zwischen Krupp und den preußischen Militärbehörden ist auch der Konflikt um den Export des Feldgeschützes nach Österreich 1875.⁸⁵ Das Geschütz war in Zusammenarbeit zwischen der Essener Firma

und Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Wellhöner, Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich, 155 ff. hat dieses Urteil zuletzt etwas modifiziert und darauf hingewiesen, daß es Krupp und Meyer, der als Vertrauensmann der Banken in der Prokura fungierte, trotz der finanziellen Notlage gelang, einige Forderungen gegenüber den Banken durchzusetzen. Vgl. a.: Bongartz, Unternehmensleitung und Kostenkontrolle in der Rheinischen Montanindustrie vor 1914.

81 Albrecht v. Stosch, 20. 4. 1820 – 29. 2. 1896, war Fachmann für Beschaffungs- und Ausrüstungsfragen der Armee. Er hatte von 1866 bis 1870 als Direktor des Militärökonomiedepartements im Kriegsministerium Erfahrungen gesammelt; war während des deutsch-französischen Krieges Generalintendant der deutschen Heere und damit für die Leitung des Verpflegungswesens zuständig. Aufgrund seiner Verdienste auf diesem Gebiet wurde er

nach dem Friedensschluß Generalstabschef bei der in Frankreich bleibenden Okkupationsarmee und im Januar 1872 zum Chef der deutschen Admiralität und Staatsminister sowie zum Mitglied des Bundesrates, 1875 sogar zum General der Infanterie und Admiral befördert.

82 Ludwig Friedrich Wilhelm Henk, 4. 3. 1820 – 17. 10. 1894, leitete nach einer steilen Karriere innerhalb der Marine seit 1872 als Konteradmiral den Ausbau der preußischen Werften, die Schiffbauten und die technischen Angelegenheiten der Marine. Er avancierte 1877 zum Vizeadmiral und wurde 1878 nobilitiert, bevor seine Karriere 1879 wegen Differenzen mit v. Stosch endete.

83 Meyer teilte dies nach dem Bericht Henks am 15. 1. 1875 der Firma mit, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 106.

84 Ebd.

85 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 273 ff.

und den preußischen Geschütztechnikern entstanden, die es deshalb für unstatthaft hielten, daß Krupp diese modernste Waffe der Zeit auch nach Österreich verkaufen wollte. Genau dies aber hatte Krupp vor, und er versuchte, diesen Standpunkt mit einer Denkschrift zur Geschichte der Kanonenentwicklung zu untermauern.⁸⁶ Trotz der Beteiligung der Spandauer Artilleriebehörden sei sie doch eine Erfindung und Entwicklung der Essener Fabrik. Krupp beharrte deshalb auf «unserem Rechte bezüglich der Stellung gegen jede Concurrrenz und der beliebigen Lieferung der Fabrik von irgend einem ihrer Produkte an irgend einen anderen Staat».⁸⁷ Die Militärs hingegen schäumten. Sie sahen einerseits ihren Anteil an der Konstruktion als zu gering geschildert, vor allem aber enthalte die Denkschrift militärische Geheimnisse. Sie wollten nicht hinnehmen, daß der Vorsprung Preußens, der durch die Ausrüstung mit dem modernen C/73 Geschütz entstanden war, verloren gehe, wenn auch andere Staaten bestellen könnten. Hinter Krupps Exportbestrebungen sahen sie also Verrat, zumindest aber Mangel an Patriotismus und plädierten für ein Exportverbot.

Krupp zeigte hierfür kein Verständnis. Preußen müsse vielmehr «unsere Verdienste um die Bewaffnung des Staates» anerkennen, indem es das Werk fördere. Und das hieße: nicht bei der Konkurrenz zu bestellen, die ohne die hohen Entwicklungskosten künftig natürlich billigere Nachbauten würde anbieten können, und dem Werk zudem den Export zu ermöglichen. Ausfuhrbeschränkungen hingegen seien «gleichbedeutend mit einer Strafe, mit einem Todesurtheil für das Werk».⁸⁸ Am meisten aber fürchtete er einen Konflikt mit dem Kaiser, der mehr als alles andere in Krupps Augen der Fabrik schaden würde: «Eine Disharmonie ist nicht erträglich für einen Tag, geschweige denn auf Dauer und ich wollte lieber mit sammt meiner Vergangenheit und der ganzen Zukunft der Fabrik nicht existiert haben noch fort dauern, wenn das Ende alles meines Strebens das Mißfallen des Kaisers wäre.»⁸⁹

Genau das aber stand zu befürchten, doch Krupp gelang es, die Spannung bei einer Audienz zu beseitigen. «Ich bin gekommen, um mich zu verantworten, freilich liegen mir keine näheren Details vor, wessen man mich beschuldigt, aber was ich gehört, gipfelt darin, daß Ew. Majestät gesagt haben: das hätte ich von Krupp nicht erwartet», begann er offensiv das Gespräch.⁹⁰ Krupp betonte seine patriotische Gesinnung, erläuterte aber auch, daß dies nicht bedeuten könne, daß er nicht mehr ins Ausland liefern dürfe. Die großen Schulden des Werkes machten dies vielmehr unbedingt erforderlich. Von Preußen allein könne die Fabrik nicht le-

86 S. hierzu u.: Kap. I.3.B: Die Geschichte der Kanone.

87 AK an die Prokura v. 19. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 138.

88 AK an die Prokura und Goose v. 29. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 155–159, hier 159.

89 AK an die Prokura und Goose v. 29. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 155–159, hier 158f.

Zum Standpunkt der Firma s. die Ausführliche Darlegung Gooses für AK v. 13. 5. 1875, in: Ebd., 207–217.

90 Zit. n.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 276.

ben. Tatsächlich gelang es Krupp während dieser Audienz, das Vertrauen des Kaisers wiederherzustellen, der ihm schließlich sogar versicherte, er habe «überhaupt nie an Ihnen gezweifelt». ⁹¹

Tatsächlich gelang es Alfred Krupp, die dauerhafte Hochachtung des Kaisers zu erringen. Noch dem Erben Friedrich Alfred gegenüber betonte Wilhelm I. bei dessen erster Audienz nach dem Tod des Vaters: «... Sie wissen, wie hoch ich denselben geschätzt habe, da er sich mit Kunst einen europäischen Namen erworben hat und für unser eigenes Vaterland von unendlicher Wichtigkeit gewesen ist.» ⁹² Krupp hat also sein Ziel erreicht. Der Kaiser betrachtete sein Unternehmen als wichtig, sogar als «unendlich» wichtig für Deutschland. Schon zu den Zeiten, als er noch ein kleiner Fabrikant wie viele war, hatte er staatliche Unterstützung und Fürsorge erhofft, damals vergeblich. Sein Ziel bestand seither darin, eine solche Stellung zu erlangen, daß ihm die erstrebte Protektion gewährt würde. Daß es ihm gelang, ist wesentlich auf die Kanonenproduktion zurückzuführen. Krupp hatte in den 1840er Jahren die Versuche mit Kanonen aus genau diesem Grund begonnen und er hat die Kanonen auch später, als sie längst als eigener, gewinnbringender Geschäftszweig etabliert waren, bewußt zu diesem Zweck eingesetzt. Begründet war die Ausnahmestellung Krupps also militärisch, sie beruhte hauptsächlich auf seiner Bedeutung für die Bewaffnung Preußens.

B: Alfred Krupp und die Politik

Die Ablehnung persönlichen Engagements

Wenn Krupp also seinem Unternehmen einerseits ein Image als «Staatskonzern» gab, so hat er doch auf der anderen Seite eine aktive Teilnahme am politischen Leben stets abgelehnt. «Wir haben keine Zeit für Lectüre, Politik u. dgl.» ⁹³, so schrieb er 1845 seinem Vetter Adalbert Ascherfeld zu dessen Eintritt in die Firma. Er selbst ist diesem Grundsatz stets treu geblieben, widmete seine Zeit und Energie ausschließlich dem Unternehmen. Im gleichen Sinne teilte er 1881 der «Essener Zeitung», die über eine mögliche Kandidatur des Industriellen für den Reichstag berichtet hatte, mit, er sei «niemals bereit gewesen zur Annahme irgend eines Mandats». ⁹⁴ Er werde, schrieb er, «wie bisher, niemals persönlich eintreten kön-

⁹¹ Zit. n.: Ebd., 277.

⁹² HA Krupp, Sachkartei Gruppe A II 2e Stichwort Wilhelm I. Vgl. a.: FAH 3 B 54, 11 ff.

⁹³ Alfred Krupp an Adalbert Ascherfeld v. 14. 1. 1845, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 84.

⁹⁴ Bei den Reichstagswahlen 1878 war Krupp von einer nationalliberal-konservativen Samm-

lungsbewegung aus Industriellen, leitenden Angestellten der Großbetriebe und höheren Beamten, die sich «reichstreue Wählerschaft» nannte, als Kandidat aufgestellt worden. Mit dem klangvollen Namen des Industriellen sollte die Wiederwahl Stötzels verhindert werden, der im vorangegangenen Jahr als Kandidat der katholischen Arbeiterbewegung gesiegt

nen als Theilnehmer an Verhandlungen oder irgend welch' anderer nationalen oder öffentlichen Interessen». ⁹⁵ Seine Aufgabe sah er ausschließlich im Auf- und Ausbau der Fabrik, der er seine gesamte Energie widmen zu müssen glaubte, so «daß ich mit Verzicht auf Ansehen, Ehren und gesellschaftliche Stellung nur dem Einen Zwecke leben darf», wie er im hohen Alter dem Grafen Pückler schrieb, um zu begründen, warum er sich stets aus politischen Tagesfragen herausgehalten hatte. ⁹⁶

Diese Haltung war für einen Bürgerlichen der Zeit durchaus nicht typisch. ⁹⁷ Auch vor dem Hintergrund seiner Herkunft aus einer alten Essener Bürgerfamilie, in der die Beteiligung mindestens an der örtlichen Politik stets zu den Selbstverständlichkeiten des Bürgerlebens gehört, ja, seinen eigentlichen Zweck ausgemacht hatte, der durch wirtschaftlichen Erfolg möglich wurde, mag diese diametral entgegengesetzte Haltung Alfred Krupps zunächst erstaunen. Die Erklärung ist wohl darin zu suchen, daß sein Vater, der noch vollständig dem altständischen Bürgerideal verpflichtet war, mit seinem Versuch, neben den öffentlichen politischen Verpflichtungen die Gußstahlfabrik aufzubauen, vollständig gescheitert war. ⁹⁸ Er hat darüber fast das gesamte, nicht unbeträchtliche Familienvermögen verloren und schließlich als Konsequenz hiervon auch seine Ämter und Ehrenrechte. Augenfällig wurde der finanzielle und soziale Abstieg, als 1824 selbst das Wohnhaus der Familie am Essener Flachsmarkt verkauft werden, Friedrich Krupp mit seiner Familie das Aufseherhäuschen auf dem Fabrikgelände außerhalb der Stadt beziehen mußte. Das Beispiel mag in Alfred Krupp, der zum Zeitpunkt des Umzugs zwölf Jahre alt war, den unbedingten Willen zum wirtschaftlichen Aufstieg und den Gedanken bestärkt haben, daß die erfolgreiche Tätigkeit als Fabrikant mit einem politischen Engagement unvereinbar sei, daß ein solches zum Niedergang der Firma führen müsse.

Krupp knüpfte in diesem Punkt damit nicht an die bürgerliche Tradition der Partizipation an, er interessierte sich nicht für bürgerliche Selbstverwaltung. Während das liberale Bürgertum die Ausweitung der bürgerlichen Mitbestimmungsrechte forderte, eine Ausweitung der Teilhabe an der Macht, war Krupp allein be-

hatte und seither als Mitglied der Zentrumsfraktion dem Reichstag angehörte. Krupp lehnte eine Kandidatur ab, tat dies allerdings lediglich in einem Schreiben an die Betriebsleitung, ohne sich öffentlich zu äußern. Die Procura befürwortete demgegenüber die Kandidatur des Firmeninhabers. Trotz umfangreicher Agitation für Krupp in der Firma und in den Arbeiterkolonien erreichte Stötzel bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. S.: Möllers, *Die politischen Strömungen im Reichstagswahlkreis Essen*, 320 ff.; Paul, *Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung*, 253 ff.; Schröter, *Gerhard Stötzel*; WA 7 f 186; WA 9 a 90.

95 Öffentliche Erklärung Krupps, veröffentlicht in der «Essener Zeitung» v. 28. 9. 1881, in: AK BN 19 (FAH 2 M 78.19), 126.

96 AK an Graf v. Pückler v. 3. 10. 1884, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 45–49.

97 Vgl.: Gall, «...ich wünschte ein Bürger zu sein.»; ders., *Vom alten zum neuen Bürgertum.*; ders. (Hrsg.), *Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft*, darin besonders Kill, *Politische Konstituierungsfaktoren des Bürgertums*; Nolte, *Bürgerideal, Gemeinde und Republik*.

98 Vgl.: Wiedfeldt, *Friedrich Krupp als Stadtrat in Essen*.

strebt, ein Vertrauensverhältnis zum Staatsoberhaupt aufzubauen, dessen Schutz und Protektion er dem Werk erhalten wollte. Es ist also wiederum das feudale, auf politischer Unterordnung gegen obrigkeitlichen Schutz basierende Herrschaftsverständnis sehr viel mehr als das liberal-bürgerliche, dem Krupp folgte. Anders als andere Industrielle wie der saarländische Eisenindustrielle Karl Ferdinand Frhr. v. Stumm-Halberg oder sein Bochumer Konkurrent Louis Baare äußerte er sich nicht öffentlich zu politischen Fragen, schon gar nicht wäre es für ihn in Frage gekommen, der Regierung öffentlich zu widersprechen.

Seine Abneigung gegen jedes öffentliche Engagement lag zudem sicherlich auch in seiner Persönlichkeit begründet. Krupp war kein Mann, der den Disput und den Meinungsstreit liebte. «You know also that I will not enter into discussion with any one», bekannte er seinem Vertrauten Longsdon gegenüber.⁹⁹ In seiner Firma war er gewohnt, Anweisungen und Befehle zu geben, die dann umzusetzen waren, und nichts war ihm mehr verhaßt, als wenn er in den Zeitungen angegriffen wurde. Schließlich glaubte er auch, daß aufgrund seiner labilen Gesundheit seine Kraft für ein Engagement in der Politik zusätzlich zur Leitung der Fabrik nicht ausreichen würde. Auch ohne die Zusatzbelastung hatte er schon häufig Zweifel, ob er den Anforderungen der Fabrikleitung gewachsen sei.

Krupp selbst begründete seine politische Zurückhaltung später auch mit seinen Verpflichtungen als Arbeitgeber, war doch der Kulturkampf eines der beherrschenden Themen der Reichsgründungszeit, in dem er sich keinesfalls exponieren durfte, wenn er nicht Unruhe unter seinen Arbeitern erzeugen wollte, die zu einem großen Teil (zugezogene) Katholiken waren. «Denke man sich nur die Aufregung, wenn ein Krupp in einer Frage, betreffend Kulturkampf, irgend ein Votum abgäbe, was einen Theil seiner Leute ihm verfeindete. Lieber keine Fabrik haben»¹⁰⁰, führte er noch 1884 als Grund für seine Ablehnung einer Reichstagskandidatur seines Sohnes an. Wenn auch der Kulturkampf eigentlich beendet war, so blieben doch die Spannungen zwischen Protestanten und Katholiken noch lange bestehen. Die politikferne Haltung wurde später von der Firma regelrecht stilisiert, wenn der Kruppsche Direktoriumsvorsitzende Jencke 1892 über Alfred Krupp formulierte: «Patriot durch und durch, stand er doch dem Parteileben fern; hätte er seine Thätigkeit zersplittert, so müßten sein Werk und die ihm obliegenden nächsten Pflichten darunter leiden.»¹⁰¹ Es ist wohl nicht zufällig, daß Krupp damit ähnlich wie Kaiser Wilhelm selbst charakterisiert wurde. Er entsprach nach dieser Darstellung dem Profil des idealen Königs, das Heinrich von Treitschke in seiner Rede zum fünfundzwanzigjährigen Thronjubiläum Wilhelms I. 1886 ge-

⁹⁹ AK an Longsdon v. 12. 10. 1883, in: AK BN 19 (FAH 2 M 78.19), 284. Der Engländer Alfred Longsdon war seit 1856 Kruppscher Vertreter in London. Er gehörte von 1873 bis zu seinem Tod der Prokura an. S. Kessler, *Zur Geschichte*, 60.

¹⁰⁰ AK an Graf v. Pückler v. 3. 10. 1884, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 407–409, hier 408.

¹⁰¹ Von Jencke verfaßtes Schreiben F.A. Krupps an Bismarck v. 6. 9. 1892, in: FAH 3 E 10.

zeichnete hatte: «In dem Gewirr der unser vielgestaltiges Leben erfüllenden centrifugalen Kräfte kann ein politischer Wille, ein großer Entschluß nur gefunden werden durch eine höchste Staatsgewalt, die ihres selbständigen Rechtes sicher, gerecht über den Parteien und den Ständen steht und jedem Ehrgeiz eine letzte unübersteigliche Schranke setzt.»¹⁰² Die Rolle Krupps präsentierte Jencke damit, derjenigen eines Monarchen vergleichbar, als die des Oberhauptes eines Sozialverbandes, den er zu integrieren hatte und nicht polarisieren durfte, um gerade dadurch seinen Willen durchzusetzen.

Wenn Krupp die öffentliche Debatte mied und niemals die Regierung oder gar den König in politischen Fragen öffentlich kritisierte, so bedeutete das natürlich nicht, daß ihn die politischen, besonders die wirtschaftspolitischen Fragen der Zeit unberührt gelassen hätten. Viele Themen wie die Frage des Kanalbaus, die Debatte um Schutzzölle und dann natürlich vor allem die Sozialgesetzgebung betrafen ja auch die Firma und ihre Interessen ganz direkt. Krupp hatte zu diesen Themen durchaus eine Meinung, zunehmend drängte dann auch die Prokura, das Leitungsgremium des Unternehmens, darauf, daß die politischen Interessen der Firma wahrgenommen würden. Krupp sollte seinen Standpunkt an geeigneter Stelle vortragen. Aber er legte eben doch stets Wert darauf, sich selbst in denjenigen Fragen, die ganz direkte Auswirkungen auf die Fabrik hätten, wie Steuer- und Zollfragen, nie zu exponieren oder öffentlich zu Wort zu melden. Er habe dies getan «aus dem gleichen [Grund], weshalb ich – ein leidenschaftlicher Geschützfabrikant – niemals auf die Jagd gegangen bin».¹⁰³ Interessenvertretung war zwar nötig, eine politische Äußerung verlor jedoch sofort an Glaubwürdigkeit, wenn die dahinterstehenden Interessen allzu offensichtlich waren. Politik habe dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen, erkannte Krupp, er aber müsse alle Entscheidungen dem Wohl seiner Fabrik unterordnen – zudem würde niemand eine andere Motivation bei ihm vermuten. Allein der Verdacht einer Interessenkollision sollte nicht aufkommen.

Das bedeutete aber durchaus nicht, daß Krupp nicht indirekt seine Verbindungen und seinen Einfluß genutzt hätte. In der Debatte um die Aufhebung der Importzölle war er selbst zwar nicht für ein Engagement in den Interessenverbänden zu gewinnen, dennoch stand die Firma nicht abseits, denn der Berliner Vertreter Meyer, der seit 1874 auch der Prokura angehörte, übernahm diese Aufgabe.¹⁰⁴ Auf Drängen der Prokura sandte der Firmeninhaber dann auch eine Eingabe an Kaiser Wilhelm. Wenige Tage vor der Reichstagssitzung, in der die liberale Mehrheit die Aufhebung der Importzölle auf Eisen- und Stahlwaren beschloß, plädierte er dafür, diese Aufhebung angesichts der Wirtschaftskrise zu verschieben und un-

¹⁰² Vgl.: Treitschke, *Rede zur Feier der fünfundzwanzigjährigen Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm I.*, 361.

¹⁰³ AK an Graf v. Pückler v. 3. 10. 1884, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 45–49, hier 48.

¹⁰⁴ S. u.: Kap. I.2.C: Der Kampf für den Schutzzoll.

terstützte auch die vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDESI) erhobene Forderung einer Enquete.¹⁰⁵ Er glaubte nicht, mit diesem Schreiben wirklich etwas in der Sache bewegen zu können, es sollte vielmehr seinem Image dienen, Krupp darstellen als jemanden, der auch über die eigenen Interessen hinausblicke und sich für den Staat insgesamt engagiere. Nicht zuletzt sollte diese Initiative den Sachverstand Krupps deutlich werden lassen, «daß man künftig an uns sich wendet um unsere Ansichten».¹⁰⁶

Die Anweisungen, die Krupp für dieses Schreiben der Prokura erteilte, geben beredtes Zeugnis von seinem Gespür dafür, wie er Menschen für seinen Standpunkt zu gewinnen suchte. So sollte in dem Plädoyer für die Beibehaltung des Schutzzolles explizit «ausgesprochen werden, daß ich nicht unparteiisch bin, daß ich selbst ein Interesse habe in dem milderen Verfahren gegen die Industrie», denn, wie er ergänzte, «gerade dies offene Bekenntnis wird den Kaiser gewinnen».¹⁰⁷ Intuitiv spürte er, daß eine Präsentation als neutraler Sachverständiger in Wirtschaftsfragen weit weniger glaubwürdig gewesen wäre als diese entwaffnende Offenheit. Die rhetorische Figur, mit der er zu überzeugen versuchte, lag dann darin, deutlich zu machen, daß im Grunde der Staat noch viel mehr als er selbst ein Interesse am Wohlergehen seiner Werke haben müsse.

«Was uns aber Nutzen bringen soll vor Allem ist die Offenheit des Bekenntnisses, daß wir (in diesem Fall) nicht unparteiisch sind und daß die Erklärung daran uns wieder Gelegenheit bietet zu zeigen, wie wir ohne Ansehen von Mühen und Opfern die Möglichkeit zu erstreben suchen, trotz aller Widerwärtigkeit der Verhältnisse unsere 60.000 Seelen der Arbeiterfamilien durchzubringen und dem Lande eine große Industrie zu erhalten, mit Abwehr von Noth und mehrseitigem Segen im Gefolge.»¹⁰⁸

Bei der derzeitigen Wirtschaftslage seien Gewinne, eine Verzinsung des Anlagekapitals, nicht zu erwarten, hieß es dann getreu diesen Vorgaben in der an den Kaiser gerichteten Denkschrift, man müsse vielmehr zufrieden sein, wenn keine Verluste aufträten. Aus ökonomischen Gründen, um nicht weitere Verluste zu riskieren, sei deshalb eigentlich eine Schließung der Fabrik zu erwägen. Wieder einmal droht Krupp also damit, sich zurückzuziehen, doch diesmal setzt er – bzw. die Prokura, von der das Schreiben verfaßt wurde – bei der Begründung einen neuen Akzent. Jetzt geht es nicht mehr um die militärische Bedeutung der Fabrik, sondern um seine soziale Bedeutung als Arbeitgeber. Nach den Streikwellen Anfang der 1870er Jahre drängte die sogenannte «soziale Frage» immer stärker ins allgemeine Bewußtsein. In dem Schreiben ist denn auch nicht vom «Fabrikanten» oder «Unternehmer» die Rede, vielmehr wird die Bezeichnung «Arbeitgeber» verwendet, wissend, daß dem Staat der Gewinn des Unternehmers, dessen persönlicher

105 Entwurf einer Eingabe AKs an Kaiser Wilhelm I. v. 4. 12. 1875, in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 139–144, hier 143.

107 AK an die Prokura v. 20. 11. 1875, in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 129.

106 AK an Prokura v. 23. 11. 1875, in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 131.

108 AK an die Prokura v. 23. 11. 1875, in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 131 f.

Wohlstand nur nachgeordnet wichtig sein konnte, daß der Fabrikant jedoch in dieser Funktion, als Arbeitgeber einer großen Zahl von Menschen, durchaus von Bedeutung war. Der Bankrott eines einzelnen wäre für den Staat kein Grund zu handeln, hing davon jedoch das Schicksal tausender Arbeiter und Angestellter ab, würde er zum Politikum. Krupp nutzte dies sehr geschickt aus, auch um die Wichtigkeit seiner Firma und seine patriotische Verantwortung zu betonen. So hieß es, er habe sich entschlossen, «trotzdem», trotz aller Hindernisse und obwohl es ihm selbst keinen Gewinn bringe, den Betrieb weiterzuführen, «hauptsächlich um Arbeiter und Beamte, so lange es irgend geht, zu beschäftigen und sie mit ihren Familien im Brot zu erhalten. Es sind dies bei meinen Werken allein bei ca. 15.000 Arbeitern, etwa 50.000 Seelen!»¹⁰⁹ Wenn er also bisher den Betrieb auch ohne Gewinne aufrechterhalte, hieß es weiter, so sei es doch fraglich, ob dies auch zukünftig möglich sein werde, wenn sich die Lage der Industrie weiter verschlechtere. Genau dies sei aber durch die Aufhebung der Zölle zu erwarten. Die Aufhebung der Zölle, so lautete also die Botschaft, treffe nicht in erster Linie die Industrie, sondern die Arbeiter. «Dieser Umstand», hieß es dann auch, «diene zur Rechtfertigung der Bitte».¹¹⁰

Trotz dieses eindringlichen Plädoyers hielt Alfred Krupp selbst die Importzölle nicht für die eigentliche Ursache der Wirtschaftskrise. Die derzeitige Depression drücke Deutschland ebenso wie jedes andere Land. Zwar unterschrieb er den Antrag auf Beibehaltung der Eisenzölle, doch räumte er intern ein, daß dies in erster Linie «aus Interesse» geschehe, denn «nicht alle Gründe dafür, die man anführt und zwar nicht diejenigen betreffend Arbeiterverhältnisse und Jugend der Industrie [...]» träfen tatsächlich zu.¹¹¹ Den eigentlichen Grund für den Vorsprung Englands vor Deutschland sah er in englischer Sparsamkeit und Fleiß gegenüber Verschwendungssucht und Faulheit in Deutschland, bei Arbeitern, Aufsehern und Fabrikanten gleichermaßen. Deswegen sei Deutschland weniger innovativ, müßten alle Neuerungen also importiert werden. «Hat Camphausen¹¹² Aehnliches gesagt, so hat er ganz recht», fügte Krupp hinzu.¹¹³ «Das Beispiel von oben darin liegt die Lösung», konstatierte er, «wenn wir es endlich erreicht haben die Fabrik gut organisiert nennen zu dürfen, so ist das zehnmal so viel werth für uns als irgend welcher Zollschutz». Zur Bekräftigung dieser These verwies er darauf, daß auch bei Krupp bis zur großen Finanzkrise 1873 keine Kostenrechnung angestellt wurde, daß also

109 Entwurf einer Eingabe AKs an Kaiser Wilhelm I. v. 4. 12. 1875, in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 139–144, hier 141.

110 Ebd.

111 AK an Goose v. 25. 11. 1875 im Anschluß an ein Schreiben an die Prokura v. 24.11., in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 133–138, hier 137.

112 Otto von Camphausen, 21.10.1812 – 18.5. 1896, der jüngere Bruder des bekannten

Kaufmanns und Liberalen, des Ministerpräsidenten der preußischen Märzregierung 1848, Ludolf von Camphausen, war sei 1869 preußischer Finanzminister, seit 1873 zudem Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums. Camphausen vertrat eine liberale Wirtschaftspolitik und war Gegner von Schutzzöllen. Als Bismarck dieser Linie nicht mehr folgte, erbat er 1878 seine Entlassung.

113 Ebd.

keine genaue Kenntnis über die Selbstkosten vorhanden war. Wenn Bismarck das wüßte, so seine selbstkritische Folgerung, wäre er durchaus berechtigt, «uns das Recht eines Urtheils und eines Rathes [zu] versagen».¹¹⁴

Im Laufe der folgenden Monate änderte Krupp in diesem Punkt ein wenig seine Meinung, was dem allgemeinen Trend unter den Eisen- und Stahlindustriellen entsprach.¹¹⁵ Auch in den Briefen an die Prokura unterblieb die Kritik an den «Schutzzöllnern» und nahm die Sorge vor den Konsequenzen der vollständigen Zollfreiheit zu.¹¹⁶ Im Oktober 1876 wandte er sich an Bismarck und warnte dringend vor der Aufhebung der Zölle¹¹⁷, im November dieses Jahres sandte er mit demselben Ziel eine Eingabe an Kaiser Wilhelm I.¹¹⁸ Als im Juni 1877 dann aber das Gerücht kursierte, Krupp habe eine Audienz beim Kaiser in Bad Ems genutzt, die kurz zuvor erhobenen Schutzzollforderungen des Centralverbandes deutscher Industrieller (Cdl) zu unterstützen, dementierte die Firma entschieden: «Herr Krupp hat überhaupt seit Jahr und Tag mit Sr. Majestät dem Kaiser kein Wort über die allgemeine politische Lage der Industrie gesprochen.»¹¹⁹ – Das widersprach schlicht den Tatsachen, selbst wenn bei dieser Gelegenheit die Zollfrage nicht Gegenstand des Gespräches gewesen sein sollte. Um so mehr ist die Gereiztheit auffällig, mit der Krupp auf die Vermutung reagierte, er könne seine besondere Stellung zum Kaiser in politischen Fragen ausnutzen. Die politische Neutralität Alfred Krupps war Voraussetzung der Sonderstellung, die er beim Kaiser genoß. Als «Nationalwerk» mußte er über den politischen Meinungsverschiedenheiten stehen. Möglich scheint aber auch, daß Krupp sich zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nicht mehr zu engagieren bereit war, verärgert darüber, daß seine Eingaben und Denkschriften der vorangegangenen Zeit so geringe Wirkung gezeigt hatten. «Ich werde weiter keine Schritte für das Allgemeine thun, nachdem meine Versuche dafür so gänzlich gescheitert sind (betreffend Zollfrage und Gleichstellung im Schutz gegen andere Staaten)»¹²⁰, hatte er bereits im Mai geschrieben. Seine gekränkte Reaktion läßt den Schluß zu, daß Krupp seinen Einfluß in Berlin zunächst möglicherweise überschätzt und angenommen hatte, seine Meinung werde direkte und sofortige Wirkung auf die politische Meinungsbildung Bismarcks und des Kaisers haben. Seine Sonderstellung beschränkte sich aber auf seine Funktion als Waffenlieferant, daraus leitete sich keine Stellung als wirtschaftspolitischer Berater des Königs oder Bismarcks ab, wie Krupp insgeheim gehofft haben mag.

114 AK an die Prokura v. 24. 11. 1875, in: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 133–138, hier 136.

115 S.u.: Kap. I.2.C: Der Kampf für den Schutzzoll.

116 Vgl.: AK an Meyer v. 22. 7. 1876, in AK BN 15 (FAH 2 M 78.15), 241; AK an Goose v. 11. 9. 1876, ebd., 271; AK an Meyer v. 22. 11. 1876, ebd., 349.

117 AK an Bismarck v. 21. 10. 1876, in: AK BN 15 (FAH 2 M 78.15), 307–310.

118 AK an Kaiser Wilhelm I. v. 3.(?) 11. 1876, in: AK BN 15 (FAH 2 M 78.15), 319–321.

119 Zit.n.: Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 149 f.

120 AK an Pieper v. Mai 1877, in: AK BN 16 (FAH 2 M 78.16), 121.

So konsequent, wie im Frühjahr 1877 angekündigt, befolgte Krupp die selbstauferlegte Abstinenz in politischen Fragen dann aber doch nicht. Auch in der Frage des Kanalbaus trug er Ministern und Beamten ausführlich seinen Standpunkt vor, legte dabei aber stets auf die Zusicherung von Diskretion großen Wert. Anders als die meisten rheinisch-westfälischen Industriellen lehnte Krupp den Dortmund-Ems-Kanal entschieden ab, der die direkte Verbindung des Rheins mit der Nordsee herstellen sollte. Lediglich dem Nord-Ostseekanal stimmte er, aus strategischen Gründen, unter Vorbehalten zu. Er teilte diese Ansicht politisch Verantwortlichen mit, bat aber stets um Vertraulichkeit, da er sich nicht in die öffentliche politische Auseinandersetzung begeben wollte.¹²¹ Der Zentrumsabgeordnete im Reichs- und preußischen Landtag, Dr. Burghard Frhr. v. Schorlemer-Alst war in dieser Angelegenheit im September 1883 Gast Krupps auf dem Hügel, wie seine 1873 fertiggestellte, bei Bredeneby hoch über der Ruhr gelegene Villa genannt wurde. Trotz politischer und konfessioneller Gegensätze verband sie die Gegnerschaft zu den großen Kanalprojekten.¹²² Im April 1886 meldete Krupp sich dann doch öffentlich zu Wort, indem er eine Denkschrift der Kölnischen Zeitung einsandte – allerdings wollte er nicht als Autor in Erscheinung treten.¹²³ Krupp vertrat den Standpunkt, daß die Kanalbauten zu teuer seien, daß sie selbst bei steigendem Frachtvolumen nicht gebraucht würden, da die Kapazitäten der Eisenbahnen ausreichend seien. Besser als teure Kanalbauten wäre es, die Bahntarife zu senken. Natürlich wußte er sehr genau, daß Kanalbefürworter sehr schnell darauf verwiesen hätten, daß Krupp durch den Eisenbahnbau groß und reich geworden war und folglich am Gedeihen und dem Ausbau dieses Verkehrsmittel interessiert sein, eine Konkurrenz durch die Binnenschifffahrt bekämpfen mußte. «Die Bahn kann das Doppelte transportieren, so viel als je in allen künftigen Zeiten erfordert wird und entschieden nach den ältesten Erfahrungen am billigsten»¹²⁴, befand er deshalb zwar, betonte aber zugleich, «daß ich mit Niemandem darüber sprechen, geschweige denn wegen meiner Meinung Kampf haben will».¹²⁵ Auch seinem Sohn legte er dar, warum er Kanalbauten für überflüssig hielt, und empfahl ihm, «vertrauenswerthe Persönlichkeiten, die etwa etwas davon wissen wollen geradezu das zu sagen, was ich Dir schrieb». Er nutzte seinen Einfluß in Privatbriefen und regte auch seinen Sohn hierzu an, hingegen wollte er «nirgend für eine Sache auftreten und kämpfen».¹²⁶ Krupp wollte sich nicht öffentlich exponieren, einen politischen Standpunkt hatte er

121 AK an Longsdon v. 12. 10. 1883, in: AK BN 19 (FAH 2 M 78.19), 284; AK an Hügelverwalter Wegener v. 1. 2. 1886, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 169.

122 Vgl.: Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 196 f.

123 «Betrachtungen und Folgerungen über die Frage des Kohlenexports und die Kanalfrage

in Deutschland» o. D. (April 1886), in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 195 ff.

124 AK an Frhr. von Schell-Schellenberg v. 7. 2. 1886, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 171.

125 AK an Hügelverwalter Wegener v. 1. 2. 1886, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 169.

126 AK an FAK v. 16. 1. 1885, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 409.

durchaus, und hinter den Kulissen war er auch durchaus bestrebt, ihn durchzusetzen.

In den letzten Monaten seines Lebens rückte er von seinem kategorischen Standpunkt politischer Nichtbeteiligung doch etwas ab: Hatte er – von seiner halbherzigen, widerwilligen Kandidatur 1878 abgesehen – eine Reichstagskandidatur für sich selbst und auch für seinen Sohn bis dahin stets abgelehnt¹²⁷, so schien ihm die parlamentarische Zustimmung zur Militärvorlage der Regierung so dringlich, daß er 1887 eine Kandidatur seines Sohnes Friedrich Alfred, genannt Fritz, für den Reichstag befürwortete. Das Programm des Kandidaten sollte einzig in der Unterstützung des Septennats liegen, wegen dessen Ablehnung der Reichstag aufgelöst worden war. In einer Ansprache an seine Arbeiter und Angestellten warb Alfred Krupp für die Militärvorlage und damit für die Kandidatur seines Sohnes «nur zu dem Zwecke [...], im Falle seiner Wahl die gedachte Regierungsmilitärvorlage zu unterstützen», von der nach seiner Darstellung der künftige Frieden abhinge.¹²⁸ Der Zentrumskandidat Gerhard Stötzel, der seit 1877 den Wahlkreis Essen im Reichstag vertrat, erklärte sich gegen die Militärvorlage, obwohl auch Papst Leo XIII. sich für das Septennat ausgesprochen hatte. Er gewann die Wahl mit 18.993 Stimmen gegenüber 17.411 für Krupp.¹²⁹

Das Verhältnis zum Reichstag

In seinem Bemühen um eine Sonderstellung zum Staat konzentrierte sich Alfred Krupp auf den Kaiser und die Minister bzw. die Behörden. Den Reichstag hingegen, das Parlament, nahm er als politische Größe lange Zeit nicht wahr. Die Reichstagswahlen galten ihm als Gradmesser für den Aufstieg der Sozialdemokratie, er betrachtete sie also eher im Zusammenhang zu seinem Verhältnis zu den Arbeitern als im Kontext seiner Bemühungen um eine Sonderstellung oder um politisches Gehör.

1874 wurde im Reichstag die Sonderstellung Krupps erstmals kritisiert. Die sogenannte «Berger-Debatte» mutet deshalb wie ein leises Vorspiel an auf die Debatten über die Preise für Panzerplatten, die im Zusammenhang mit dem Flottenbauprogramm zur Jahrhundertwende im Reichstag geführt wurden. Noch blieb

127 AK an Graf v. Pückler v. 3. 10. 1884, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 407–409.

128 Ansprache an die Angehörigen meiner Gußstahlfabrik und der meiner Firma Fried. Krupp gehörenden Berg- und Hüttenwerke v. Februar 1887, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 421–423, hier 423.

Am 19. 20. 1887 folgte eine zweite Ansprache «In letzter Stunde», in der er konfessio-

nelle Neutralität versicherte. Der zentrale Punkt, der ihn veranlasse, die Kandidatur seines Sohnes zu unterstützen, wiederholte er, sei die Militärvorlage, deren Verabschiedung durch den zu wählenden Reichstag er für dringend erforderlich halte. Dies sei keine konfessionelle oder religiöse Frage. AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 252 f.

129 Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 245.

die Debatte ein Einzelfall, doch es deutete sich an, daß Krupp im Reichstag neuer Widerstand erwachsen würde neben den Militärbehörden, die seit jeher skeptisch waren gegenüber seinen Ansprüchen. Als deutlich wurde, daß der Gußstahl die Bronze als Material für Kanonen unwiderruflich abgelöst hatte, als damit eine Geschützproduktion in staatlichen Werkstätten nicht mehr möglich war, war ihr Bestreben dahin gegangen, nicht allein Krupp mit Lieferungen zu beauftragen, sondern stets eine Konkurrenzsituation herzustellen. Dies wurde als das geeignete Mittel angesehen, die Monopolstellung eines einzelnen zu verhindern, die diesen in die Lage versetzt hätte, überhöhte Preise fordern zu können. Krupps Ziel bestand demgegenüber genau darin, diese Monopolstellung zu erringen. Durch technischen Vorsprung und hohe Qualität, zudem durch eine besondere Vertrauensstellung zum König sowie aus Dankbarkeit und Anerkennung früherer Leistungen bei der Bewaffnung Preußens, die ihm der Staat seiner Ansicht nach schuldete, leitete er den Anspruch ab, alleiniger Lieferant von Geschützen der preußischen Armee zu sein. Daß seine Sonderstellung für den Staat einen Nachteil bedeuten könne, wies er stets von sich.

Wenn er auch den König von seinem Standpunkt überzeugen konnte, blieben die rational urteilenden, von einem persönlichen Treueverhältnis Krupps zum König weniger stark beeindruckten Militärs doch vielfach skeptisch. Dieses Mißtrauen gegenüber Krupp, das bis dahin stets verwaltungsintern geäußert worden war, wurde im Dezember 1874 im Reichstag ausgesprochen und damit erstmals Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung.

Der Industrielle Louis Berger kritisierte im Parlament¹³⁰, daß der Millionenauftrag über mehr als 2000 C/73-Geschützrohre und Lafetten ohne Ausschreibung an die Firma Krupp vergeben wurde. Dies bedeute eine Bevorzugung dieses Fabrikanten gegenüber dem Konkurrenten Bochumer Verein – der als einzige Firma ebenfalls Geschütze herstellen konnte – und damit eine Schädigung der Staatsfinanzen.¹³¹ Am besten für den Staat sei die vollständige Unabhängigkeit von der Privatindustrie, äußerte Berger. Dieser Zustand, der geherrscht habe, solange Kanonen aus Bronze üblich waren – die in den staatlichen Geschützwerkstätten in Spandau gefertigt wurden –, sei mit der Einführung des Gußstahls als neuem Material für Kanonen aufgegeben worden. «Nach meinem Dafürhalten hätte die preußische Regierung damals wohl gethan, wenn sie selbst eine Gußstahlfabrik etablirt hätte», urteilte Berger, zumindest aber hätte sich der Staat an einer Gußstahlfabrik beteiligen sollen, um seine Interessen dauerhaft zu sichern.

130 31. Sitzung des Reichstages v. 15. 12. 1874, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 34 (2. Legislaturperiode, II. Session 1875/75, 1. Bd.), 709–713.

131 Er dürfte dabei nicht nur auf die Staatskasse geblickt, sondern auch aus einer gewissen

Verbundenheit mit dem Bochumer Verein heraus gesprochen haben, an dem er als Aktionär beteiligt gewesen war. Zum Zeitpunkt der Debatte besaß Berger nach eigenen Angaben jedoch keine Anteile mehr. Ebd., 710.

Wenn Berger Unabhängigkeit von der Privatindustrie als das wichtigste Ziel bezeichnete, so ging er damit implizit von einer systemgegebenen Gegnerschaft von Staat und Privatindustrie aus. Dieser müsse man stets mit Mißtrauen begegnen. Staatliche Unabhängigkeit nannte er als das Ziel, das am besten durch staatseigene Betriebe zu erreichen sei. Wenn das nicht möglich sei, müsse man wenigstens die Fabrikanten gegeneinander in Stellung bringen, also Konkurrenz erzeugen. In diese Richtung ging dann der zweite, der eigentliche Vorwurf Bergers: Die Regierung räume Krupp eine Sonderstellung ein, statt eine ausgeglichene Konkurrenzsituation zu erzeugen, und sie schade damit den Staatsinteressen. Den Einwand des für die Regierung sprechenden Generals v. Voigts-Rhetz, daß das C/73-Geschütz ganz wesentlich eine Entwicklung der Firma Krupp sei, die also «gewisse Eigentumsrechte» daran besitze, ließ Berger nicht gelten. Daraus erwachse höchstens der Anspruch auf eine «angemessenere kleinere Lieferung», nicht aber auf den gesamten Auftrag.

Daß Krupp ein faktisches Monopol auf Geschütze habe, sei auf die falsche Politik der Regierung zurückzuführen, die einseitig die Essener Firma gegenüber dem Konkurrenten Bochumer Verein bevorzugt habe: bei Geschützlieferungen, aber auch durch den günstigen Verkauf der Sayner Hütte. «Die unvermeidliche Folge war, daß jetzt die Artilleriesverwaltung dem Inhaber des Monopols Preise zahlen mußte, welche alles früher Dagewesene übertrafen», folgerte der Abgeordnete. «Ich behaupte und würde, wenn die Regierung mir das betreffende Aktenmaterial zur Verfügung stellen wollte, im Stande sein zu beweisen, daß durch dieses monopolistische ganz und gar verkehrte System die Finanzen des preußischen Staates und späterhin des deutschen Reiches nicht um hunderttausende, nein, um Millionen von Thalern geschädigt worden sind.»¹³²

Im Kern widersprach Voigts-Rhetz seinem Kritiker nicht. Zwar wies er den Einwand, daß ein staatliches Gußstahlwerk die beste Lösung gewesen sei, mit ökonomischen Argumenten zurück, da ein solches Werk mit Geschützproduktion allein niemals wirtschaftlich arbeiten könne, er räumte aber ein, daß eine Konkurrenzsituation für den Staat vorteilhaft sei. Man habe deshalb «in der allerliberalsten Weise», «um diese Konkurrenz zu ermöglichen», auch die Probeflieferungen des Bochumer Verein stets intensiv geprüft. Man habe diese Firma, «vornehmlich auch um sie zu entwickeln durch Lieferungen gewisser Arten von Geschützrohren [...] herangezogen».¹³³ Trotz all dieser Bemühungen sei der Bochumer Verein aber doch nicht ebenso leistungsfähig wie Krupp, argumentierte Voigts-Rhetz. Vor allem aber habe das neue Feldgeschütz innerhalb von 15 Monaten eingeführt werden sollen, hierzu sei allein Krupp in der Lage gewesen.

«Wir wissen recht gut, daß wir, wenn wir anders und langsamer vorgegangen, an mancher Stelle hätten sparen können», räumte der General sogar ein. Der Ver-

132 Ebd., 711.

133 Ebd., 710.

zicht auf eine Ausschreibung könne möglicherweise Mehrkosten von bis zu einer Million Thaler verursacht haben. Dies sei jedoch aufgrund der politischen Notwendigkeit unumgänglich gewesen, die Neubewaffnung angesichts der außenpolitisch gespannten Lage der «Krieg-in-Sicht-Krise» unter so großem Zeitdruck durchzuführen. «Und nun, meine Herren, frage ich, ob das große deutsche Reich angesichts der anderen hohen Rücksichten nicht besser gethan hat, eine Million mehr auszugeben, als jahrelang sich noch hinkrankend mit dem Retablissement zu beschäftigen ohne fertig zu werden, ob es selbst finanziell ein Vortheil gewesen sein würde, erst nach Jahren mit dem Retablissement zu Stande zu kommen.»¹³⁴

Die Debatte erscheint damit im Kern als ein Vorspiel auf diejenigen Auseinandersetzungen, die um die Jahrhundertwende im Zusammenhang mit der Flottenrüstung im Reichstag geführt werden sollten – mit dem Unterschied allerdings, daß hier nicht Krupp angegriffen wurde, sondern allein die Regierung. Die Militärs und die kritischen Abgeordneten waren sich einig, daß fehlende Konkurrenz zwangsläufig dazu führen müsse, daß der Staat überhöhte Preise zu zahlen habe. Die Militärs, hier General Voigts-Rhetz, später Tirpitz, mußten aber einräumen, daß es ihnen aufgrund besonderer Umstände nicht gelungen war, eine leistungsfähige Konkurrenz zu Krupp aufzubauen. Auffällig ist, daß die von Krupp im Umgang nicht nur mit dem König, sondern auch mit Militärs immer wieder beschworene Sonderstellung seines Unternehmens als Argument in der öffentlichen Debatte keine Rolle spielte. Weder Krupps patriotische Haltung, die intern durchaus gewürdigt wurde, noch die Tatsache, daß man dem in Privatbesitz befindlichen Unternehmen mehr vertraute als der Aktiengesellschaft, mochten sie auch bei der Entscheidungsfindung durchaus eine Rolle spielen, taugten als Argumente für die öffentliche Diskussion.

Krupp war über den Verlauf der Debatte empört. Weniger über die Kritik des Abgeordneten Berger als über die Antwort von Voigts-Rhetz. Trotz der Mitwirkung der Spandauer Behörden sei das Feldgeschütz als Entwicklung seiner Firma zu betrachten, die Konstruktion folglich sein geistiges Eigentum. Wenn Preußen es haben wolle, müsse es dies folglich ausschließlich bei Krupp kaufen. Der Bochumer Verein kenne die Konstruktion nicht, es sei denn, sie sei durch Indiskretion, also widerrechtlich, dorthin gelangt. Als Konsequenz bekräftigte Krupp seine bereits Monate zuvor erhobene Forderung, in einer als Broschüre zu druckenden Denkschrift die «Geschichte der Kanone» zu schreiben: «Ich will festgestellt und erklärt haben, daß die Prüfungs-Commission keinen Theil hat an dem neuen System der Feldgeschütze – daß das ganze eigenthümliche Wesen desselben Erfindung und Eigenthum meiner Fabrik (ausschließlich) ist», instruierte er die Prokura.¹³⁵

134 Ebd., 712.

135 AK an die Prokura v. 17. 12. 1874, in: AK

BN 13 (FAH 2 M 78.13), 292–300, hier 293 f.

30

Sein Ziel bestand eben genau darin, eine Monopolstellung zu erringen. Er wollte der einzige sein, der dieses Geschütz zu liefern in der Lage war, und dies mußte auch allgemein anerkannt sein. Nur so konnte er weitere Kunden gewinnen, Wien, die Türkei oder Rußland. Nicht die Kritik des Reichstagsabgeordneten Berger an sich brachte Krupp auf, er fürchtete vielmehr, daß aufgrund der in seinen Augen halbherzigen Antwort Voigts-Rhetz' seine potentiellen Kunden in anderen Staaten glauben könnten, seine Versicherung, das C/73 sei nur in Essen zu beziehen, sei unwahr. Und er fürchtete natürlich auch, Folgebestellungen aus Berlin könnten nicht allein nach Essen, sondern auch nach Bochum gehen. «Vor allem müssen wir aber beweisen, daß der Staat kein Recht hat über das System zu disponieren, dasselbe anderwärts künftig zu bestellen», fügte er deshalb hinzu.¹³⁶

Der Reichstag war für ihn also in erster Linie ein Forum, ein Medium, das die Standpunkte für viele hörbar verbreitete. Als Adressat, als politischen Akteur nahm Krupp das Parlament demgegenüber weniger wichtig. Dennoch hielt er es aufgrund der Debatte um so mehr für geboten, seinen Standpunkt ebenfalls öffentlich zu vertreten. Dem sollte die zu verfassende Broschüre dienen. Krupp reagierte auf diesen öffentlichen Angriff also ebenfalls mit einer öffentlichen Gegenstrategie, der er große Bedeutung zumaß. «Wenn dergleichen Arbeiten auch nicht gleich Commission und baares Geld bringen, so sind sie doch wichtiger als irgend etwas sonst, weil sie uns Schutz und Unterstützung bereiten müssen für die Zukunft.»¹³⁷ Nicht die Reichstagsabgeordneten sollte die Broschüre überzeugen, sondern die preußischen Behörden und mögliche künftige Kunden. Sie sollte geschickt werden an den Kaiser und die Minister, an alle Behörden, an alle Auslandsagenten der Firma, «nach Amerika und Asien sowie nach Rußland und Turkey».¹³⁸ – Parlamentarier waren nicht unter den genannten Adressatengruppen, noch nicht einmal die Mitglieder der Budgetkommission. Noch schien der Reichstag nicht wichtig: Über Bestellungen hatte er nicht zu entscheiden, er konnte sie höchstens nachträglich kritisieren. Hinzu kam, daß Berger eine Minderheitsmeinung vertrat. Während er höchstens Zwischenrufe wie «Oho!» und «Hört, hört!» erhielt, wurde die Antwort von Voigts-Rhetz an mehreren Stellen zustimmend begleitet. Besonders als er ausführte, die Bestellung bei Krupp sei möglicherweise teurer, aber im Sinne der Verteidigung notwendig gewesen, wurde ihm «Bravo» und die Bemerkung «Sehr richtig!» zugerufen.

136 Ebd., 297.

137 Ebd., 298.

138 Ebd., 295.

C: Die Beteiligung an den industriellen Interessenverbänden

Als einen «wesentlichen Bestandteil der Verfassungsstaaten» hat Theodor Eschenburg die Interessenverbände bezeichnet¹³⁹, obwohl sie keinen institutionell oder verfassungsmäßig gesicherten Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse haben. Obwohl also formal nicht an der politischen Willensbildung beteiligt, waren die «außerparlamentarischen Interessengruppen» im Kaiserreich in der Durchsetzung ihrer politischen Ziele recht erfolgreich. Um ihre Interessen vorzubringen, nutzten sie neben traditionellen Wegen – Petitionen an das Parlament und an den Bundesrat, Denkschriften für die Regierung und persönlichen Kontakten zu einflußreichen Persönlichkeiten in Reichstag und Regierung – auch die Möglichkeiten des entstehenden «politischen Massenmarktes». Die wirtschaftlichen Interessenverbände, die hier im Zentrum stehen, meldeten sich besonders zu Fragen der Zoll- und Handels-, der Verkehrs-, Währungs- und Sozialpolitik vernehmlich zu Wort. Gewicht erhielten die Aussagen der Verbände in den Augen staatlicher Stellen aber auch der Öffentlichkeit vor allem dadurch, daß sie ihren wirtschaftlichen Sachverstand betonten und die zunehmend bedeutender werdende Rolle der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand des Kaiserreiches.¹⁴⁰

Zu fragen ist, wie Krupp sich zu den Organen der gemeinschaftlichen industriellen Interessenvertretung verhielt. blieb der Firmeninhaber auch hier seinem Grundsatz treu, sich nicht außerhalb des Unternehmens zu engagieren, oder wurde die Bedeutung einer Beteiligung an der in den Verbänden organisierten politischen Interessenvertretung der Industrie erkannt?

Zunächst sind die Handelskammern in den Blick zu nehmen. Sie gelten als die Vorläufer der Interessenverbände, sind mit diesen jedoch nur bedingt vergleichbar, denn es handelt sich nicht um freiwillige Zusammenschlüsse, entstanden aus der Initiative der Mitglieder, sondern um öffentlich-rechtliche Organe, gegründet auf Initiative der Staatsverwaltung. Die Mitgliedschaft war bei einem gewissen Gewerbesteueraufkommen obligatorisch.¹⁴¹ In den Jahren 1802–1804 erfolgte der Aufbau von Handels- und Gewerbekammern, «chambres de commerce» und «Chambres consultatives de manufactures, fabriques, arts et métiers», im französischen Kaiserreich und in den linksrheinischen, von Frankreich besetzten Gebieten. Als 1815 die linksrheinischen Gebiete an Preußen fielen, wurde die Handels-

139 Eschenburg, *Das Jahrhundert der Verbände*, 7.

140 Vgl.: Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, 3 ff.; Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, 359 ff.; Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, 68 ff.; Salewski, *Die Vorgeschichte der deutschen Eisenverbände*; Stegmann, *Unternehmerverbände*.

141 Vgl.: Kaelble, *Industrielle Interessenverbände*

vor 1914, 181. Auch Fischer, *Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871–1914*, 195 u. v. a. 197, und Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, 22 f., sehen in den Handelskammern Vorläufer der Interessenverbände, anders Nipperdey, *Interessenverbände*, 369, der den voluntaristischen Aspekt als Kriterium betont und die Kammern deshalb ausschließt.

kammer nach französischem Vorbild in Preußen eingeführt. Nach 1830 wurde das preußische Kammerwesen ausgebaut und durch das Handelskammergesetz von 1848 vereinheitlicht.¹⁴² «Die preußischen Kammern stellten öffentlich-rechtliche Organe dar, denen eine Art halbamtlicher Stellung zukam. Sie waren einerseits als unterste Instanz in den Behördenzug eingebunden, wahrten andererseits erhebliche Selbstverwaltungsrechte.»¹⁴³

Aufgabe und Tätigkeit der Kammern bestand darin, Informationen über die regionale Wirtschaft zu sammeln und im jährlichen Bericht an den Handelsminister die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region, des Kammerbezirks, darzustellen, die öffentliche Verwaltung durch die Erstellung von Gutachten zu beraten und auch selbst Verwaltungs- und Überwachungsaufgaben auszuüben. Zugleich waren sie Organe der Interessenvertretung und entwickelten ein zunehmendes Selbstbewußtsein gegenüber den staatlichen Stellen.

Alfred Krupp allerdings zeigte auch zu dieser Form des Engagements und der Interessenvertretung keine Bereitschaft. Als er 1850 zum stellvertretenden Kammermitglied gewählt wurde, lehnte er brüsk ab. Am Staat interessiere ihn neben der Erhaltung des Friedens lediglich «das Vertrauen des hohen Ministeriums für Handel und Gewerbe», begründete er seine Ablehnung, «ich glaube dasselbe zu besitzen, weitere Wünsche habe ich nicht».¹⁴⁴ Wieder einmal verweigerte Krupp jegliche Form von Verantwortung außerhalb der Fabrik, was aber nicht mit einer vollständigen Mißachtung der 1841 gegründeten Handelskammer gleichzusetzen ist. Anfangs versuchte Krupp durchaus, deren jährliche Berichte als einen Weg zu nutzen, um die preußische Regierung auf sein Werk und seine Produkte aufmerksam zu machen. Hierbei war ihm der langjährige Präsident der Kammer, Ernst Waldthausen, behilflich, sein Duzfreund und von 1857 bis 1861 auch stiller Teilhaber der Firma, und so klangen die Krupp gewidmeten Passagen des Berichtes jahrelang «fast wie ein Werbeschreiben für Kruppschen Gußstahl».¹⁴⁵

Zur Artikulierung politischer Forderungen waren die Kammern in dem Maße, wie sich die Wirtschaft entwickelte und damit ausdifferenzierte, allerdings immer weniger geeignet. Da ihnen alle Branchen angehörten, konnten sie nicht die Interessen einzelner propagieren, sondern mußten statt dessen bereits intern auf Ausgleich bedacht sein. Ihre öffentlich-rechtliche Stellung machte es zudem unmöglich, sie als gegen die Regierung gerichtetes Instrument einzusetzen. Ihre Aufgabe bestand deshalb zunehmend darin, auf lokaler Ebene einen Überblick über Industrie und Handel zu gewährleisten, gegenüber der örtlichen Verwaltung die allgemeinen Interessen von Handel und Gewerbe zu vertreten und hier beratend tätig zu werden.¹⁴⁶

142 Vgl.: Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, 22f.

143 Ebd., 23.

144 Zit.n.: Schröder, *Die Essener Handelskammer*, 16.

145 Fischer, *Herz des Reviers*, 86.

146 Vgl.: Schulz, *Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung*, 138f.; Bleich, *Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1845*,

Der Kampf für den Schutzzoll

Offen brachen die Differenzen auf, als der «Deutsche Handelstag», das 1861 gegründete Zentralorgan der Kammern, nach der Reichsgründung die Freihandelspolitik Delbrücks unterstützte und für die Aufhebung der Einfuhrzölle eintrat. Die Freihandelspolitik war Bestandteil des Wirtschaftsprogramms der Liberalen, das nach der Reichsgründung im Zuge der Zusammenarbeit Bismarcks mit der Nationalliberalen Partei umgesetzt wurde. Das neuerliche deutsche Selbstbewußtsein nach dem gewonnenen Krieg und der wirtschaftliche Aufschwung gaben dieser Politik zusätzlichen Rückenwind.¹⁴⁷ Diese Politik kam den exportorientierten Industrien und vor allem dem Handel entgegen, die Schwerindustrie hingegen war ebenso wie die Textilindustrie an der Aufrechterhaltung der Einfuhrzölle interessiert.

Deren wichtigster Fürsprecher wurde zunächst der 1871 gegründete «Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen»¹⁴⁸, dem Bismarck den sich dann einbürgernden Spottnamen «Langnamverein» gab. Zwar hatte er sich zunächst vor allem mit Fragen der Verkehrspolitik beschäftigt¹⁴⁹, wurde aber dann im Zeichen der Freihandelspolitik schnell zum Sammelbecken der schutzzollinteressierten Industrien. Im Reichstag traten die nationalliberalen Abgeordneten Hammacher, Miquel und Mohl, die freikonservativen Stumm und v. Kardorff und der fraktionslose Varnbüler für die Aufrechterhaltung der Schutzzölle ein. Dennoch wurde im Juli 1873 die Abschaffung des Roheisenzolls beschlossen. Die Befürworter des Schutzzolls konnten lediglich erreichen, daß die völlige Zollfreiheit, also die Abschaffung aller übrigen Zölle, nicht sofort, sondern erst am 1. Januar 1877 eintreten sollte.

Dieser Reichstagsbeschluß über die völlige Aufhebung der Einfuhrzölle wirkte wie ein Alarmsignal, das durch die beginnende Wirtschaftskrise weiter verstärkt wurde. Die Textil-, besonders aber die Schwerindustriellen sahen noch stärker als bis dahin die Notwendigkeit, ihren Bedürfnissen und Interessen beim Parlament und in der Regierung Gehör zu verschaffen. Der Langnamverein war hierfür nicht optimal geeignet, denn trotz eines Übergewichtes der Hüttenbesitzer war er dennoch kein Branchen-, sondern ein Regionalverband. Die Interessen seiner Mitglieder waren in der Zollfrage also nicht unbedingt die gleichen. Der Sekretär des Langnamvereins, Henry Axel Bueck, versuchte daher, einen reichsweiten Branchenverband¹⁵⁰ zu gründen, wofür besonders die schlesischen

3. Für Essen schildert dies sehr anschaulich Schröder, *Die Firma Krupp und die Essener Handelskammer*, vgl. a.: ders., *Die Essener Handelskammer*.

147 Vgl.: Blaich, *Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945*, 7; Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, 359 ff.

148 Wünsch, *Der Verein mit dem langen Namen*; Stegmann, *Unternehmerverbände*, 167 f.

149 Vgl.: Bueck, *Mein Lebenslauf*, 111 f.

150 Zur Entstehung der Branchenverbände allgemein vgl.: Ullmann, *Der Bund der Industriellen*, 14 ff.

Schwerindustriellen gewonnen werden mußten. Ergebnis war 1874 die Gründung des «Verbands deutscher Eisen- und Stahlindustrieller» (VDESI), der in regionale Gruppen untergliedert wurde.¹⁵¹ Bueck übernahm als Generalsekretär die Leitung der nord-westlichen Gruppe, die dann auch bald innerhalb des Verbandes dominierend wurde. Das vorherrschende Ziel des VDESI bestand in den Anfangsjahren darin, der deutschen Eisen- und Stahlindustrie durch die Erhaltung und den Ausbau der Einfuhrzölle Schutz gegen die ausländische Konkurrenz zu bieten. Der Beschluß von 1873, die Zölle 1877 vollständig aufzuheben, sollte nicht ausgeführt werden, möglichst statt dessen sogar eine Erhöhung der Zölle erfolgen.¹⁵²

An der Gründung des VDESI 1874 war Krupp getreu seinen Grundsätzen zunächst nicht beteiligt. Das lag neben der grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Beteiligung auch daran, daß der VDESI in der Gründungsphase von Hüttenwerken dominiert war, bei Krupp hingegen die Weiterverarbeitung von Stahl den Schwerpunkt bildete. Der Firmeninhaber beharrte darauf, sich ausschließlich der Firma zu widmen und seine Interessen direkt den zuständigen Regierungsstellen oder sogar dem Monarchen vorzutragen. Er führte die Sonderstellung seines Unternehmens als wichtigster Waffenproduzent Preußens und jetzt des Reiches ins Feld und leitete daraus einen besonderen Anspruch seines Unternehmens auf staatliche Fürsorge ab.¹⁵³ Dabei war auch Alfred Krupp in der wichtigsten handelspolitischen Frage der 1870er Jahre, der Frage Freihandel oder Schutzzoll, Befürworter des Schutzzolls und setzte sich für die Beibehaltung der Zölle auch mit einer Eingabe an den Kaiser ein.¹⁵⁴ Die Zusammenarbeit mit anderen Industriellen in einem Verband hielt er allerdings nicht für nötig.

Seine Prokura sah das schon bald anders. Hier trat, wie auch im Verhältnis zur Presse¹⁵⁵, besonders Carl Meyer hervor, der als der Berliner Vertreter der Firma seit 1855 den politischen Mikrokosmos gut kannte.¹⁵⁶ Meyer erkannte, daß die Firma sich den Entwicklungen der Gesellschaft nicht verschließen durfte, daß die Veränderungen im Zeichen des heraufziehenden «politischen Massenmarktes» das Unternehmen nicht unberührt lassen würden. 1875 plädierte er nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der östlichen Gruppe des VDESI für

151 Zur Gründung des VDESI Vgl.: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 43 ff. Zu den Quellen zur Organisationsgeschichte s.: Henning, *Dokumentation zur Organisationsgeschichte des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller*.

152 S. hierzu: Bueck, *Mein Lebenslauf*, 111; Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 110 ff.

153 Vgl.: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, bes. 58 ff.

154 Entwurf der Eingabe Alfred Krupps an Kaiser Wilhelm I. v. 4. 12. 1875, in: AK BN 21

(FAH 2 M 78.21), 139 ff. Er schloß sich darin auch der Forderung nach Einsetzung einer Enquête an (143).

155 S.u.: Kap. I.3.C: Alfred Krupp und die Presse.

156 Welches Ansehen sich Meyer dabei erwarb, wird auch daran sichtbar, daß er nach der Kruppschen Finanzkrise 1873/74 auf Drängen der Gläubigerbanken als deren Vertrauensmann in die Prokura aufgenommen wurde. Vgl.: Kefler, *Zur Geschichte des Managements bei Krupp*, 62; WA 9 v 245, 9; WA 56/345, 13.

einen Beitritt der Firma, denn er schätzte die Aussichten des Verbandes günstig ein, für die vom Reichstag bereits beschlossene Aufhebung der Eisenzölle zumindest einen weiteren Aufschub zu erwirken. «Wir werden dem Verein der Eisen-Industriellen entschieden beitreten müssen», schrieb er im Februar 1875 an seinen Kollegen in Essen, Sophus Goose. «Der Verein ist sehr tätig und versucht auf Umwegen zum Ziel zu gelangen. Er tritt nie herausfordernd auf!»¹⁵⁷ Es war dann auch Meyer selbst, der die Firma Fried. Krupp in den Wirtschaftsverbänden vertrat, seit 1875 in der VDESI¹⁵⁸, deren stellvertretender Präsident er von 1876 bis 1880 war, ebenso wie im 1876 gegründeten «Centralverband deutscher Industrieller» (CdI). Dabei behielt er seine Reserve gegenüber der Verbandspolitik. «Wo soll man aber auch Zeit und Lust für diese (Vereine) hernehmen?», schrieb er Ende 1875 an Goose: «Wie ich schon sagte bin ich für meine Person ein ausgesprochener Particularist!»¹⁵⁹ Anders als später der Prokuravorsitzende Hanns Jencke, der sich intensiv der Verbandsarbeit widmete, fand Meyer keinen großen Gefallen an der Verbandsarbeit. Daß er sich dennoch engagierte, obwohl sogar Alfred Krupp zusätzlich Bremse, zeigt, wie hoch er die Bedeutung der Verbände einschätzte.

Das Eintreten für Schutzzölle, für eine Abkehr vom reinen Wirtschaftsliberalismus und die Forderung nach staatlicher Intervention waren das beherrschende Thema der Anfangsjahre des VDESI¹⁶⁰ und auch Anstoß für die Gründung des CdI 1876, der die Kräfte des ebenfalls am Schutzzoll interessierten «Verband süd-deutscher Baumwollindustrieller» (VSB) und des VDESI in einem Dachverband bündeln sollte.¹⁶¹ Die Initiative hierfür ging von dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm v. Kardorff aus.¹⁶² In seiner volkswirtschaftlichen Streitschrift «Gegen den Strom» hatte er bereits die liberale Handelspolitik des Deutschen Reiches, besonders den Freihandel, scharf kritisiert. Kardorff bezeichnete es als Problem, daß die deutsche Industrie, anders als die Landwirtschaft und der Großhandel, nicht über einen reichsweiten Zusammenschluß zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen verfüge. Um dem abzuhelfen, lud er im Dezember 1875 einige Industrielle und Verbandsvertreter, darunter auch Bueck, den Generalsekretär des Langnamvereins und der nordwestlichen Gruppe des VDESI, zu einem Treffen in Berlin, bei dem die Gründung eines Dachverbandes der Industrieverbände beschlossen wurde. Dessen vordringliches Ziel sollte darin bestehen, die Aktivitäten der Industrie zugunsten eines Schutzzolls weiter zu bündeln und in ihrer Effektivität

157 Meyer an Goose v. 17. 2. 1875, in: FAH 2 B 191, 37 (Abschrift in: WA 9 d 517, 3).

158 S.: Meyer an Goose v. 13. 8. 1875, in: FAH 2 B 191, 71 f. (Abschrift in: WA 9 d 517, 8).

159 Meyer an Goose, v. 15. 12. 1875, in: FAH 2 B 191, 79 (Abschrift in: WA 9 d 517, 8).

160 Vgl. den Gründungsaufwurf bei: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 349 ff.; s.a. Bueck, *Mein Lebenslauf*, 109 ff.

161 Vgl.: Blaich, *Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945*, 8 f.; Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. I, 126 ff., 178 ff., 307 ff.

162 Zu Kardorff s.: Kardorff, *Wilhelm v. Kardorff*, 116 ff.; Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, 316 f.

zu verstärken. Die konstituierende Versammlung des «Centralverband deutscher Industrieller zum Schutze der nationalen Arbeit» fand dann schließlich am 15. Februar 1876 statt.¹⁶³

Meyer beteiligte sich zunächst nicht an den Vorbereitungen zur Gründung des Cdl im Dezember 1875, er lehnte den neuen Verband sogar als unnötig ab.¹⁶⁴ Besonders mißbägte ihm die offensive schutzzöllnerische Haltung der Cdl-Gründer um Kardorff, Bueck und Rentzsch. «Der Industrie-Verein ist übrigens eine pure Schutzzoll-Agitation! Danke!!», schimpfte er, «das große Wort führen die Spinner, welche mit den jetzigen Zöllen [...] unzufrieden sind».¹⁶⁵ Meyer lag, hierin mit Alfred Krupp übereinstimmend, ganz auf der zurückhaltenden Linie des VDESI, der Ende 1875 noch für gemäßigten Schutzzoll eintrat.¹⁶⁶ Für die Interessen der Firma, ja selbst der Eisenindustrie insgesamt, sei die Neugründung deshalb unnötig. Auch Stumm vertrete diese Meinung, berichtete Meyer, er werde zwar eventuell beitreten, sich aber nicht weiter engagieren. Nach der Niederlage im Reichstag, wo der VDESI mit seiner Petition am 8. Dezember scheiterte¹⁶⁷, schwenkten auch die Eisenindustriellen allmählich auf einen schutzzöllnerischen Kurs ein und waren schließlich an der Gründung des Cdl im Februar 1876 doch beteiligt. Auch Meyer und damit die Firma Krupp trat bei, sein Engagement galt aber weiterhin dem VDESI, mit dem er in der folgenden Zeit in vielen Gesprächen in den Ministerien und mit Reichstagsabgeordneten für Schutzzölle focht.¹⁶⁸ Sein Engagement hierfür nahm schließlich immer mehr Zeit in Anspruch. Er sei «die reine Zollfrage», stöhnte er beispielsweise Ende 1876.¹⁶⁹

Regierung, Parlament und Öffentlichkeit waren die Adressaten, an die sich die Verbände mit ihrem Anliegen richteten. Sie malten in einer Flut von Petitionen, die an die Regierung, den Bundesrat und an den Reichstag gerichtet waren, in Broschüren, Denkschriften, auf Versammlungen und in ihren Jahresberichten die

163 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 114; ders., *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, 136 ff.; Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, 78; Nussbaum, *Zentralverband Deutscher Industrieller*.

Der Hauptverband des VDESI war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht Mitglied des Cdl, da er, anders als seine nordwestliche Gruppe, eine Forderung nach höheren Zöllen ablehnte und statt dessen lediglich forderte, daß der Aufhebungsbeschuß von 1873, der die Abschaffung der Zölle für 1877 vorsah, rückgängig gemacht werden, der derzeitige Zustand also beibehalten werden sollte. Erst nachdem der Reichstag im Dezember 1876 alle Forderungen nach einer Revision des Tarifgesetzes von 1873 abgelehnt hatte, schwenkte der Hauptverband auf die Linie seiner nordwestlichen Gruppe ein und trat dann auch am 25. April 1877 dem

Cdl bei. S.: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 135.

164 «Mir erscheint Kardorff von zu geringem Einfluß, als daß ich unter seiner Fahne kämpfen möchte! Offen gesprochen: ich halte diesen ganzen ‚Ind.Verein‘ ausgeheckt durch Bueck u. Rentzsch; diese Herren Generalsekretäre wollen ihre Stellungen behaupten und befestigen.» Meyer an Goose v. 15. 12. 1875, in: FAH 2 B 191, 79 (Abschrift in: WA 9 d 517, 8).

165 Meyer an Goose, v. 15. 12. 1875, in: FAH 2 B 191, 79 (Abschrift in: WA 9 d 517, 8).

166 Vgl. hierzu: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 118 ff.

167 S.: Ebd., 124.

168 FAH 2 B 191, 97 ff. (Abschrift in: WA 9 d 517, 9 ff.).

169 Meyer an Goose, v. 21. 11. 1876, in: FAH 2 B 191, 142f. (Abschrift in: WA 9 d 517, 15).

Notlage der deutschen Industrie aus.¹⁷⁰ Dabei präsentierten sie sich nicht als Vertreter des partikularen Interesses der Fabrikbesitzer, sondern betonten ihren wirtschaftlichen Sachverstand, aus dem ihnen eine Rolle als neutraler Gutachter, als Experte in allen Fragen der Wirtschaft erwachsen müsse. Die Unternehmerverbände beanspruchten daher, für das Gesamtinteresse des Staates einzutreten.¹⁷¹ Mit dieser Haltung waren sie bei der Regierung auch durchaus erfolgreich, zumal Bismarck hoffte, hier ein Gegengewicht gegen die Parteien und das ungeliebte Parlament zu finden.

Problematischer hingegen war besonders in den Anfangsjahren des CdI dessen Verhältnis zur Presse, denn die großen liberalen Tageszeitungen verfochten das Prinzip des Freihandels, waren also nicht geneigt, dem CdI eine publizistische Plattform zu bieten. In dieser Situation kam der Kontakt zu dem Journalisten Victor Schweinburg zustande, dessen Nachrichtendienst «Berliner Politische Korrespondenz» in den Ministerien und Reichsämtern gelesen wurde und zudem den mittleren Provinzblättern als Quelle für Nachrichten und regierungstreue Meinungsartikel diente, dem CdI also das benötigte Forum zur Darstellung seiner Haltung bieten konnte.¹⁷²

Mit diesen von der Geschäftsstelle geleiteten Aktivitäten hatte Meyer wenig zu tun. Er bemühte sich im Gespräch mit wichtigen Persönlichkeiten, die Notwendigkeit des Schutzzolls plausibel zu machen. Einen wichtigen Schritt bedeutete in dieser Hinsicht der Kontakt zu dem liberalen Reichstagsabgeordneten Ludwig Bamberger, einem der angesehensten Wirtschaftsfachleute und entschiedensten Verfechter des Freihandels, den Meyer Ende 1876 knüpfen konnte.¹⁷³ «Könnte man irgend einen Weg finden der ihm und seinen Freunden die Gewißheit gebe, daß in 2–3 Jahren die Zölle tatsächlich fielen, er würde mit ihnen unbedingt für das Hinausschieben des Termins sein», berichtete er von dem Gespräch mit dem angesehenen Wirtschaftsfachmann der Liberalen, doch dieser fürchte, daß die «Schutzzöllner» alles unternehmen würden, um die schließliche Permanenz des Schutzzolles zu erreichen. «Ich persönlich bin überzeugt, daß uns diese Schutzzöllner reinsten Wassers, diese Lueg – Haniel – Schimmelbusch und Konsorten schwer geschädigt haben!», lautete denn auch Meyers Urteil, «ohne sie wäre vielleicht jetzt eine Verlängerung der Zölle auf 2–3 Jahre gesichert!»

Von der Firma Krupp spreche Bamberger «mit großer Achtung», er sei auch

170 S.: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 122 ff.; Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, 421 ff.

171 S. hierzu: Breger, *Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891*, 31 f.

172 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 126 f. Ab Mitte der 1880er Jahre erschien auch Schweinburgs «Deutsche Reichskorrespondenz», die vom CdI mit 12.000 Mark jährlich subventioniert

wurde. Sie versorgte die Provinzpresse zunächst wöchentlich, später täglich mit kostenlosen Nachrichten und war «in der Hauptsache bestimmt [...], den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen». Bueck, *Mein Lebenslauf*, 142.

173 Hier u. i. folgenden: Meyer an Goose, v. 23. 11. 1876, in: FAH 2 B 191, 145 ff. (Abschrift in: WA 9 d 517, 16 f.)

Alfred Krupp bereits persönlich begegnet und wolle sich der Interessen der Eisenindustrie «nach Kräften annehmen», im darauffolgenden Sommer vielleicht sogar einmal die Essener Fabrik besuchen, um sich ein genaueres Bild zu machen. Meyer nutzte das Gespräch also auch zur Imagewerbung für die Firma und blieb nicht bei den politischen Themen stehen. Persönlich waren sich die beiden schnell sympathisch. «Er machte auf mich durchaus einen anderen Eindruck, als den erwarteten! Er ist ein sehr ruhiger besonnener Mann, freundlich, entgegenkommend! Ich glaube wir schieden als Freunde – das Gefühl scheint gegenseitig!» So verabredeten sie sogar, den Kontakt aufrechtzuerhalten. «Mir ist's lieb, daß ich Fühlung mit diesem Manne habe; sein Ansehen ist sehr groß! Für Handelssachen ist er Autorität», resümierte Meyer die Begegnung zufrieden.

Bereits im Sommer 1876 zeigte die intensive Agitation zugunsten des Schutzzolls erste Wirkung. Auf einer Reise durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet äußerte Wilhelm I. Verständnis für die Zolltarifforderungen der Eisenindustrie, und auch Bismarck rückte allmählich von der freihändlerischen Linie ab.¹⁷⁴ Die Wahlen vom Januar 1877 und mehr noch diejenigen vom 30. Juni 1878 brachten eine Schwächung der freihändlerischen Nationalliberalen zugunsten sowohl des Zentrums, das zunehmend für den Schutzzoll eintrat, als auch der Konservativen. Im Wahlkampf warben die Interessenverbände verstärkt für Schutzzölle und für solche Kandidaten, die diese Forderung zu unterstützen bereit waren. Ein Erfolg in dieser Hinsicht war die Bildung der «freien wirtschaftlichen Vereinigung», geführt von dem exponierten Schutzzöllner v. Varnbüler, der sich 204 Abgeordnete des neuen Reichstages anschlossen.¹⁷⁵ Wie eng deren Kontakt zu den Industrieverbänden war, wird bereits daran deutlich, daß die Vereinigung von dem Geschäftsführer des VDESI, Rentzsch, geleitet wurde. Auch die bereits seit langem geforderte Einrichtung einer Enquêtekommision zur Lage der Industrie wurde vom Bundesrat noch während des Wahlkampfes beschlossen. Sie trat unmittelbar nach den Wahlen vom 30. Juni 1878, am 8. und 9. Juli, zusammen und legte ihren Bericht im Januar 1879 vor.¹⁷⁶ Der neue Reichstag machte die Abkehr von der bisherigen liberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik möglich, die Bismarck bereits im Februar 1878 im Reichstag angekündigt hatte. Mit 217 gegen 117 Stimmen bewilligte das Parlament am 12. Juli 1879 die Wiedereinführung von Eisenzöllen und vollzog damit den Umschwung in der deutschen Wirtschaftspolitik vom Freihandel zum Protektionismus, den die Interessenverbände als einen Erfolg ihrer Arbeit feierten.¹⁷⁷

Die Gründung der Interessenverbände hat sich durch diesen Erfolg schnell als der richtige, der wirksame Weg der Interessenvertretung erwiesen. Der Einfluß

174 Gall, *Bismarck*, 59; Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, 422.

175 Einige Namen bei Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, 506 f.

176 S.: Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. I, 185 f.

177 Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 154; Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. I, 188 f.

der Industrieverbände ist auch ein Verdienst von Henry Axel Bueck, der als Funktionär für die Interessen zunächst der westdeutschen Schwerindustrie, später der gesamten Industrie eigenständig und mit viel Elan eintrat. Der Generalsekretär des Langnamvereins, der nordwestlichen Gruppe des VDESI und von 1887 an auch des CdI, stieg dabei allmählich zur zentralen Figur der Verbände im Kaiserreich auf. Er hatte insgesamt großen Anteil an den Aktivitäten der Wirtschaftsverbände im persönlichen Gespräch mit Politikern und Parlamentariern, als Redner, Autor von Denkschriften und journalistischen Artikeln. So betreute er zwischen 1882 und 1887 als verantwortlicher Redakteur den Wirtschaftsteil der sonst eher technisch ausgerichteten, vom «Verband Deutscher Eisenhüttenleute» herausgegebenen Zeitschrift «Stahl und Eisen». ¹⁷⁸ Wenn er also durchaus eigenständig agierte, so versicherte er sich dabei doch stets der Rückendeckung der Industriellen und wurde damit «zum Vorbild und Lehrer eines neuen Berufs, des praktischen Volkswirts im Dienst der Wirtschaft und im Rahmen ihres Verbandswesens». ¹⁷⁹

Als «eine ausgesprochene Kämpfernatur, nicht sehr verbindlich und keineswegs vermittelnd» ¹⁸⁰, wurde der 1830 als Sohn eines Arztes in Ostpreußen geborene Henry Axel Bueck geschildert. ¹⁸¹ Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung war er zunächst Verwalter eines Rittergutes, bis er bei seiner Heirat 1860 einen eigenen Hof erwarb. 1866 wurde er zum nebenamtlichen Generalsekretär des «Landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren» gewählt. Seine Rede auf dem Berliner Landwirtschaftstag 1867, wo er kurzfristig für einen erkrankten Redner einsprang, erregte einiges Aufsehen. Sie beeindruckte auch den Bielefelder Textilfabrikanten Konrad Bertelsmann, den Gründer des Langnamvereins, der sich 1871 an Bueck wandte und ihm den Posten des Generalsekretärs des neugegründeten Wirtschaftsverbandes anbot. Zunächst lehnte Bueck ab, erst 1873 entschloß er sich zur Übersiedelung nach Düsseldorf. Damit begann der Aufstieg Buecks zum wichtigsten Verbandsführer der deutschen Industrie im Kaiserreich.

Die Sozialversicherungsgesetze

Auch nach der Abkehr vom Freihandel blieben Zoll- und Handelspolitik zunächst das beherrschende Thema der Interessenverbände ¹⁸², daneben gewannen aber auch die Kartellpolitik – dies stärker im VDESI als im CdI ¹⁸³ – und die Sozialpolitik ¹⁸⁴ wachsenden Stellenwert. Ebenso wie die Einführung von Schutzzöllen stehen auch

178 Vgl.: Kirchner, «Stahl und Eisen».

179 Winschuh, *Der Verein mit dem langen Namen*, 61; ebenso Bühler, Einleitung zu Bueck, *Mein Lebenslauf*.

180 Winschuh, *Der Verein mit dem langen Namen*, 36.

181 Vgl.: Bueck, *Mein Lebenslauf*.

182 Hierzu sehr ausführlich: Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. I, 307 ff.

183 S. hierzu: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 163 ff.

184 Vgl.: Nussbaum, *Zentralverband Deutscher Industrieller*, 860 ff.; Blauch, *Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945*, 14 ff.

die Arbeiterversicherungen der 1880er Jahre im Zusammenhang mit der Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus und der Hinwendung zum Interventionsstaat.¹⁸⁵

Bereits in den 1860er und 1870er Jahren hatten sozialreformerische Kreise des Bürgertums gesehen, daß Arbeitslosigkeit, Krankheit oder ein Unfall die Arbeiter und ihre Familien in große Not stürzten.¹⁸⁶ Beamte wie Hermann Wagener und Theodor Lohmann hatten an Gesetzesinitiativen und -reformen gearbeitet, die die Fabrikinspektion ausweiten und die Haftpflicht der Unternehmer bei Betriebsunfällen ausdehnen sollten, waren damit aber regelmäßig am Widerstand Bismarcks gescheitert.¹⁸⁷ Auch die Industriellen, von denen einige, wie Krupp und Stumm, in ihren Betrieben bereits soziale Sicherungssysteme eingerichtet hatten, hatten – allerdings mit gänzlich anderen Lösungsvorschlägen – zunehmend darauf gedrängt, die sich aus der Situation ergebenden sozialen Spannungen zu entschärfen.¹⁸⁸ Wenn sich einzelne Industrielle und zunehmend dann die Verbände auch bemüht hatten, sich in Fragen der staatlichen Sozialpolitik Gehör und Einfluß zu verschaffen¹⁸⁹, so darf doch nicht übersehen werden, daß Initiative und Entscheidungsbefugnis stets bei der Verwaltung und natürlich bei Bismarck selbst lagen. So hatte Stumm mit Interpellationen im Reichstag im September 1878 und im Februar 1879 dem Referenten im preußischen Handelsministerium, Lohmann, die Gelegenheit gegeben, seine seit langem verfolgten Pläne wiederum zu

185 Während die Sozialversicherungsgesetze im Anschluß an Hans Rothfels (*Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik*) lange Zeit vor allem als positive Ergänzung der Sozialistengesetze galten, betonen neuere Forschungen stärker das Eigengewicht der Sozialversicherung. Vgl.: Tennstedt, *Geschichte des Sozialrechts*, 25.; ders., *Quellensammlung Sozialpolitik I. Abt.*, Bd. 2, Einleitung, XXIII. Zur Sozialversicherung allgemein vgl. u. a.: Frerich/Frey, (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 1; Flora/Heidenheimer (Hrsg.), *The Development of Welfare State in Europe and America*; Gladen, *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*; Hentschel, *Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880–1980)*; Hockerts, *Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland*; Mock/Mommsen (Hrsg.), *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950*; Reidegeld, *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland*; Ritter, *Sozialversicherung in Deutschland und England*; ders., *Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates in vergleichender Perspektive*; ders., *Der Sozialstaat*; ders., *Sozialpolitik im Zeitalter Bismarcks*; Ullmann, *Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889*; ders., *Deutsche Unternehmer und Bismarcks Sozialversicherungssystem*.

Vgl. a.: Jessen, *Polizei, Wohlfahrt und die Anfänge des modernen Sozialstaates in Preußen während des Kaiserreiches*; Steinmetz, *The Myth of an Autonomous State*.

186 Vgl.: vom Bruch (Hrsg.), *Bürgerliche Sozialreform*; Kaiser/Loth, (Hrsg.), *Soziale Reform im Kaiserreich*.

187 Tennstedt, *Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat: Der Irvingianer Herrmann Wagener und der Lutheraner Theodor Hermann Lohmann als Ratgeber und Gegenspieler Bismarcks*.

188 Fischer, *Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert*; Puppke, *Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen*; Breger, *Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891*; Hellwig, *Karl Ferdinand Fhr. v. Stumm-Hallberg 1836–1901*, 185 ff.; Ullmann, *Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889*; ders., *Deutsche Unternehmer und Bismarcks Sozialversicherungssystem*; Fridenson, *Herrschaft im Industrieunternehmen*.

189 S. hierzu v. a.: Breger, *Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891*; vgl. a.: Ullmann, *Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889*.

präsentieren, die von Stumms Vorstellungen nicht nur abwichen, sondern in eine gänzlich andere Richtung zielten und mit denen er bis dahin bei Bismarck stets auf Ablehnung gestoßen war.¹⁹⁰

War Stumm damit also gewissermaßen die Rolle eines Stichwortgebers zugefallen, so betrat der Bochumer Stahlindustrielle Louis Baare 1880 die sozialpolitische Bühne zunächst nicht auf eigene Initiative, sondern nach dem Aufruf durch den preußischen Handelsministers Karl Hofmann. Nachdem sie sich bei einer Abendgesellschaft kennengelernt und über Sozialpolitik gesprochen hatten, bat Hofmann den Vorsitzenden des Bochumer Vereins, seine Vorstellungen in einer Denkschrift darzulegen.¹⁹¹ Baares Promemoria war mit den Spitzen der Wirtschaftsverbände intensiv abgesprochen¹⁹² und spiegelt insofern nicht allein seine persönliche Meinung, sondern durchaus diejenige der Industrie, zumindest der Stahlindustrie.

Baare sprach einer Reform der Unfallversicherung höchste Priorität zu. Ihre Aufgabe bestehe darin, die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern zu mindern, ohne dabei die letzteren finanziell zu stark zu belasten. Beidem entspreche die bisherige Gesetzgebung nicht, die auf der Grundlage der Haftpflicht eine Entschädigung der Arbeiter bei vom Arbeitgeber verschuldeten Unfällen vorsah. Da das Verschulden des Unternehmers nachgewiesen werden mußte, hatte diese Regelung zu einer Fülle von Prozessen geführt und damit das Klima eher verschlechtert, ohne daß eine wirkliche Erleichterung für die Arbeiter erreicht worden war. Baare plädierte deshalb dafür, «die Fürsorge für den in Ausübung seines Arbeitsbetriebes von einem Unfall betroffenen Arbeiter aus dem engen Rahmen einer Quasidelikts-Obligation herauszunehmen und auf die höhere Stufe des Versicherungswesens zu stellen».¹⁹³ Der Arbeitsunfall, hieß das, solle nicht mehr nach dem Prinzip der Haftpflicht wie ein schuldhaftes Verhalten gewertet werden, sondern als ein Risiko, gegen das eine Versicherung abgeschlossen werde. Er schlug daher die Gründung von Kassen vor, in die Beiträge einzuzahlen seien und die dann unabhängig von der Schuld für die Schäden eintrete (außer bei grobem Verschulden des Arbeiters etwa durch Trunkenheit, die aber der Unternehmer nachweisen müßte). Getragen werden sollten die Kassen nach der Vorstellung Baares von Unternehmern, Arbeitern und Kommunen, nach dem ersten Promemoria zu jeweils

190 Lohmann trat von einem konservativ-christlichen Standpunkt aus argumentierend für eine Erweiterung der Haftpflicht ein. die nach seiner Vorstellung die Grundlage bilden sollte für eine freiwillige genossenschaftliche Organisation der Betroffenen, und das hieß: auch der Arbeiter.

Vgl.: Rothfels, *Theodor Lohmann und die Kampffahre der staatlichen Sozialpolitik (1871–1905)*, 48 ff.; Ullmann, *Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889*, 597.

191 Tennstedt, *Quellensammlung Sozialpolitik*, I. Abt., Bd. 2, Einleitung, XXVI; s.: Promemoria des Kommerzienrats Louis Baare für den preußischen Handelsminister Karl Hofmann, ebd. Nr. 57, 161 ff.

192 Vgl.: Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. 2, 79 ff.; Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 196 ff.

193 Baare, *Gesetz-Entwurf betreffend die Errichtung einer Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Kasse nebst Motiven*, 77.

einem Drittel, der später von ihm vorgelegte Gesetzentwurf sah eine Aufteilung zur Hälfte auf den Arbeitgeber und zu jeweils einem Viertel auf Arbeiter und Kommune vor.¹⁹⁴

Aus Baares Promemoria und dem darauf aufbauenden Gesetzentwurf spricht eine Staatsauffassung, die den starken, den interventionistischen Staat befürwortet, der auch in die Wirtschaft aktiv lenkend und regulierend eingreifen, sie vor allem unterstützen sollte. Baare wandte sich gegen den Liberalismus besonders in der Sozialpolitik, wozu der Wunsch nach finanzieller Entlastung durch eine zumindest teilweise Verlagerung der Kosten für eine Sozialversicherung auf die Allgemeinheit nicht unerheblich beigetragen hat. Daneben erwartete er vom Staat, daß dieser die sozialen Konflikte zwischen den Klassen ausgleichen sollte. Die Arbeiter sollten dabei allerdings durchaus nicht in die bürgerliche Gesellschaft integriert, sondern beruhigt und «mit ihrer Lage ausgesöhnt», ihre Oppositionshaltung «zum Arbeitgeber und zur bürgerlichen Gesellschaft überhaupt» gemildert werden.¹⁹⁵

Auf dem Umweg über die von Baare zu verfassende Denkschrift waren die Industrieverbände erstmals intensiv mit der Sozialgesetzgebung befaßt. Zum Zentralthema wurde sie dann nach der berühmten Thronrede vom 17. November 1881, mit der Bismarck die Sozialgesetzgebung auf die politische Tagesordnung setzte. So wie Hofmann den «Sachverstand» der Industrie als Gegengewicht gegen seinen Referenten einsetzen wollte, so versuchte Bismarck, ähnlich wie in der Frage der Außenhandelszölle auch bei der Sozialgesetzgebung die Industrie als Gegengewicht gegen die Parteien zu instrumentalisieren.¹⁹⁶ Die Industriellen wiederum bemühten sich, diese Konstellation zu nutzen, um eigene Vorstellungen durchzusetzen – dies dann in den 1880er Jahren zunehmend auch über die Interessenverbände.¹⁹⁷

194 Vgl. a.: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 197 f. Ullmann, *Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889*, 584 ff., weist darauf hin, daß Baare in erster Linie die Ansicht der Schwerindustriellen wiedergab, besonders die mittelständischen Unternehmer anderer Branchen waren hingegen durchaus anderer Ansicht.

195 Baare, *Gesetz-Entwurf betreffend die Errichtung einer Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Kasse nebst Motiven*, 83; vgl. a.: Promemoria des Kommerzienrates Louis Baare für den preußischen Handelsminister Karl Hofmann, in: Tennstedt (Bearb.), *Quellensammlung Sozialpolitik*, I. Abt., 2. Bd., Nr. 57, 161 ff.

196 So Gall, *Bismarck*, 600 ff. Dem entspricht, daß es Bismarck war, der sich an den Cdl wandte mit der Bitte, als Sachverständige zu dem Gesetzentwurf für das Unfallversicherungsgesetz Stellung zu nehmen, noch bevor

er im Reichstag eingebracht war. S.: Schreiben des Reichskanzlers Otto von Bismarck an den Vorsitzenden des Centralverbandes deutscher Industrieller Louis Schwartzkopff v. 8. 3. 1880, in: Tennstedt (Bearb.), *Quellensammlung Sozialpolitik*, I. Abt., 2. Bd., Nr. 50, 152.

197 Vgl.: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 192 ff.; Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. 2; Breger, *Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891*, 50 ff.; Tennstedt (Bearb.), *Quellensammlung Sozialpolitik*, I. Abt., 2. Bd., hier bes. Nr. 55, 156 ff. Bericht des Direktors des Centralverbandes deutscher Industrieller an den Reichskanzler Otto von Bismarck v. 26. 3. 1880, das die von Bismarck erbetene Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Unfallversicherung enthält und mit dem Dank dafür schließt, um diese Stellung-

Während Stumm durch sein Auftreten im Reichstag und Baare mit seinem Pro memoria in der Debatte um die Sozialgesetzgebung öffentlich das Wort ergriffen, beteiligte Alfred Krupp sich nicht. Es gibt keine Quellen darüber, wie er den Gesetzentwurf seines Bochumer Konkurrenten beurteilte. Die Grundzüge, die das Staatsverständnis und die Zielsetzung von Sozialmaßnahmen betrafen, entsprachen aber sehr weitgehend seinen Auffassungen, so daß davon ausgegangen werden kann, daß er Baares Vorschlägen zustimmte. Er befürwortete Bismarcks Pläne zur Sozialversicherung, in denen er das Pendant zum Sozialistengesetz sah und damit einen Beitrag zur Bekämpfung des Sozialismus. In seinen Augen war die Kombination aus politischer Repression einerseits und materiellem Entgegenkommen andererseits das geeignete Mittel, den gesellschaftlichen Frieden herzustellen, und er sah sich darin durch die Erfahrungen in seinem Betrieb bestätigt:

«Die Sozialisten hatten in meiner Fabrik sich eine Brutstätte errichtet», schrieb er an den Grafen Pückler, «in welcher erklärt wurde, daß man über meine Leiche zum Heile gelange. Zu jener Zeit war auf Regierungsunterstützung nicht zu rechnen. Ich stellte die entzündeten Gemüther kalt – an die Luft, unbeirrt wurden die Wohlfahrtseinstitute vervollkommnet und ich glaube, daß selbst *die* kurirt sind, die damals zu gleicher böser Richtung neigten. Die Wohlfahrtseinrichtungen welche dank dem Reichskanzler, der Staat jetzt auch einführt, können ähnliche Ziele nicht verfehlen.»¹⁹⁸

An der öffentlichen Diskussion um die Sozialgesetzgebung beteiligte sich wiederum nicht der Firmeninhaber selbst, sondern der Vorsitzende der Prokura, Hanns Jencke.¹⁹⁹ Er war, aus dem sächsischen Staatsdienst kommend, 1879 als Vorsitzender der Prokura bei Krupp eingetreten, hatte sich in den ersten Jahren zunächst ganz der Firma gewidmet und sich in die ihm in vielem neue Materie eingearbeitet. Die Vertretung der Firma in den Interessenverbänden lag weiterhin bei Carl Meyer. Nach dessen Ausscheiden aus der Firma am 1. April 1881 gingen die Mandate auf Sophus Goose über, der bereits vor diesem Termin an der Meinungsbildung in bezug auf die Unfallversicherung für Arbeiter intensiv Anteil genommen hatte. Neben dem Gewicht, das seine Meinung dadurch erhielt, daß er als Ver-

nahme gebeten worden zu sein sowie mit der Bitte, auch weiterhin «als vorzugsweise berechnete Vertreter der deutschen Industrie, der lebendigen werktätigen Arbeit, betrachtet und als Zeugen über die darin gesammelten Erfahrungen gehört zu werden».

198 AK an Graf v. Pückler v. 3. 10. 1884, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 45–49, hier 49. Seinem Sohn schrieb Krupp im folgenden Jahr im gleichen Sinne (AK an FAK v. 16. 1. 1885, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 69 ff., hier S. 73), er hege «nur den Wunsch, daß es dem großen Fürsten gelingen möchte das durchzusetzen was er in sei-

nem Programm bereits festgestellt hat und daß er das und die Freude des Gelingens erleben möge, daß er, wie bisher, seine mali-tiösen Gegner niederschmettern möge und daß es ihm gelingen möge den Geist des Socialismus und Communismus durch seine weisen Mittel auszurotten.»

199 Hanns Jencke, geb. 6. 4. 1843, trat Anfang Januar 1879 als Vorsitzender der Prokura bei Krupp ein. Er verließ das Unternehmen am 10. 10. 1902 und starb am 8. 3. 1910 in seiner Heimatstadt Dresden. Vgl.: Keßler, *Zur Geschichte des Managements bei Krupp*, 77 ff.; WA 9 v 245, S. 6; WA 56/345.

treter der Firma Krupp auftrat, war Gooses Rat nicht zuletzt aufgrund seiner juristischen Ausbildung gesucht. Er gehörte den verschiedenen Kommissionen an, die sich seit September 1880, im Anschluß an das von Baare verfaßte Promemoria zur Unfallversicherung, mit der Materie beschäftigten. Zwar blieb der Generaldirektor des Bochumer Vereins derjenige, der bei den Unternehmern den Ton angab, er hielt aber auch während des langwierigen Gesetzgebungsverfahrens den Kontakt mit Goose und versicherte sich wiederholt dessen Zustimmung und Unterstützung.²⁰⁰ Goose beteiligte sich an der verbandsinternen Meinungsbildung, ohne jedoch besonders hervorzutreten.²⁰¹

Für Jencke hingegen war die Auseinandersetzung um die Sozialversicherung der Anlaß, seine Mitarbeit in den Industrieverbänden seit Mitte der 1880er Jahre zu intensivieren.²⁰² Seine ersten Referate im Cdl im Februar und Mai 1884 und im Januar 1885 galten dem Entwurf einer gesetzlichen Unfallversicherung für Arbeiter. Bei der Delegiertenversammlung vom Oktober 1885 festigte er endgültig seine Position als Experte für Sozialpolitik mit einem Referat über die Sonntagsarbeit.²⁰³ Zu diesem Zeitpunkt wurde er auch in das Direktorium des Cdl gewählt. Die Beschäftigung mit sozialpolitischen Fragen und dann besonders mit der Sozialgesetzgebung und der lauter werdenden Forderung nach Arbeiterschutz und Änderung der Gewerbeordnung bildeten fortan den Schwerpunkt seiner Tätigkeit.

Jencke ging dabei – in völliger Übereinstimmung mit Alfred Krupp – von der Überzeugung aus, «dass der Arbeitgeber Herr in seinem Hause, d. h. in seinem Betriebe, sein und bleiben müsse»²⁰⁴ und lehnte von daher gesetzliche Bestimmungen zum Arbeiterschutz und die Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung ab. Dabei war er den Arbeitern gegenüber durchaus von «Freundlichkeit und Wohlwollen» geleitet, wie Bueck es schildert²⁰⁵, er befürwortete Maßnahmen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verbessern versprachen. Dies sollte aber aus unternehmerischer Verantwortung, aus patriarchalischem Pflichtbewußtsein gewährt werden, sich nicht aus einem Anspruch der Arbeiter ableiten und schon gar nicht durch Arbeitskampf erzielt werden. Soziale

200 S. als Bsp.: Tennstedt (Bearb.), *Quellensammlung Sozialpolitik* I. Abt., 2. Bd., Nr. 213, 568.

201 Vgl.: Ebd., Nr. 367, 557 u. 568; Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. 2, 193 f, 207.

202 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 122, weist auf das Engagement Jenckes hin, der «mehrmals außergewöhnlich wirkungsvolle und umfassende Referate» zu Fragen der Sozialpolitik gehalten habe, bei denen seine umfassenden Kenntnisse, sein scharfes und schnelles Urteil und sein rednerisches Talent beeindruckt hätten.

203 S.: Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. 1, 208; Vgl.: ebd. Bd. 2, 260.

204 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 158. Bueck zitiert damit Alfred Krupp, der 1872 in einem Schreiben «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» betont hatte, «daß ich in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben will», was zur häufig zitierten Referenz für den dann sogenannten «Herr-im-Haus-Standpunkt» der Industriellen wie Krupp und Stumm wurde. S.: Krupp «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» v. 24. 6. 1872, in: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 280. S. u.: Kap. I.4. Seigneurialer Patriarchalismus.

205 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 157.

Leistungen sollten «gewährt» werden, nicht auf einem, gar einklagbaren, Recht der Arbeiter beruhen. Jencke war damit ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung²⁰⁶ und auch nicht bereit, die Arbeiter als Verhandlungspartner zu akzeptieren, wenn es um betriebsinterne Abläufe wie die Organisation des Arbeitsalltages, um Arbeitsschutz oder gar um die Höhe der Löhne ging. Die Einrichtung von Arbeiterausschüssen widersprach seiner Ansicht nach der Organisation des Fabrikbetriebes, die auf Unterordnung, Gehorsam und Disziplin beruhen müsse. «Das Bestehen dieser Tugenden untergraben hieße eine Gefahr heraufbeschwören, deren Tragweite nicht zu übersehen sei. Diese Gefahr werde heraufbeschworen, wenn, wie das in dem Gesetz geschehe, der Arbeiter gegen den Arbeitgeber, der Untergebene gegen den Vorgesetzten organisiert werde, wenn der erstere darauf hingewiesen werde, daß seine Interessen mit denen seines Brotherren kollidieren, und wenn endlich die Befugnisse, die von Rechtswegen nur dem Arbeitgeber zukommen sollten, auf den Arbeiter übertragen werden.»²⁰⁷

Das Ziel der von der Industrie erbrachten Sozialleistungen bestand für Jencke ganz wesentlich auch darin, den sozialen Frieden dadurch zu gewährleisten, daß die Arbeiter den Fabrikanten gegenüber Dankbarkeit für die empfangenen Wohltaten empfinden sollten. Dies sah er im März 1889 durch das geplante Gesetz zur Alters- und Invalidenversicherung gefährdet, denn die Wohltaten würden künftig vom Staat kommen, nicht mehr vom Unternehmer. Er forderte die Industriellen daher auf, «um den in den großen Industriebezirken glücklich noch bestehenden Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu erhalten, nicht aufzuhören, die Fürsorge für ihre Arbeiter als ihre Pflicht zu erachten.»²⁰⁸

Jencke verwies in der Generalversammlung des Cdl «auf die großen freiwilligen Leistungen der deutschen Großindustrie für kranke, verunglückte, altersschwache oder invalide Arbeiter», die er als Vorläufer und in mancher Beziehung auch als Vorbild für die staatliche Gesetzgebung bezeichnete. Diese freiwillige Fürsorge habe das Maß der gesetzlichen Leistungen vielfach überschritten, und auch in Zukunft werde «der Umfang der Leistungen der Industrie zum Zwecke der Wohlfahrt ihrer Arbeiter auf das streng gesetzliche Maß nicht beschränkt bleiben können.»²⁰⁹ Jencke erhob damit den Anspruch, daß die eigenen Sozialleistungen Vorbildfunktion für die staatliche Sozialpolitik gehabt hätten, daß diese sich an der unternehmerischen Arbeiterfürsorge orientiert habe. Das ist zwar von der Substanz her wohl nur sehr eingeschränkt tatsächlich der Fall gewesen²¹⁰ – es

206 1903 gehörte er dem Gründungskomitee des «Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie» an. S.: Jaeger, *Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918)*, 147.

207 Rede Jenckes auf der Generalversammlung des Cdl am 14. 5. 1884, zit. n.: Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. 2, 266.

208 Rede Jenckes auf der Generalversammlung des Cdl v. 23. 3. 1889, zit. n.: Ebd., 411.

209 Ebd., 410.

210 Vgl.: Tennstedt, *Geschichte des Sozialrechts*, 25.; ders., *Quellensammlung Sozialpolitik*, I. Abt., Bd. 2, Einleitung, XXIff.; s.o.

macht aber den Anspruch der Großindustrie deutlich, die sich ihres gesellschaftlichen Gewichts bewußt war und daraus einen Anspruch auf politische Einflußnahme ableitete. Diesmal eben nicht allein aus dem «Expertentum» der Industriellen, sondern weil sie bereits vor dem Staat sozialpolitisch aktiv geworden seien. Es ist ein Mythos, den Industrievertreter wie Jencke bereits zur Zeit der Sozialgesetzgebung aufzubauen begannen, daß Bismarck für seine Sozialgesetzgebung bei Krupp Maß genommen habe. Auch Alfred Krupp selbst äußerte sich in diesem Sinne, wenn er es begrüßte, daß der Staat in seiner Sozialpolitik den Weg verfolge, der sich in der Industrie als erfolgreich erwiesen habe und der es deshalb auch für den Staat sein werde.²¹¹

Zusammenfassung

Alfred Krupp ist auch in bezug auf die Organe der wirtschaftlichen Interessenvertretung seinem Grundsatz treu geblieben, sich nicht politisch zu engagieren. Zwar hatte er schon früh die Auswirkungen der Politik auf sein Unternehmen – meist schmerzlich – gespürt, doch die Anordnungen von subalternen Beamten und abhängigen Ministern hoffte er durch direkte Verbindungen zum König zu seinen Gunsten beeinflussen zu können. Das ist ihm aufgrund seiner Sonderstellung als Kanonenlieferant in Einzelfragen auch durchaus gelungen. Eine Rolle als Experte für Wirtschaft, der in Fragen der Wirtschaftspolitik konsultiert worden wäre und damit direkten persönlichen Einfluß auf politische Entscheidungen gehabt hätte, resultierte daraus aber entgegen Krupps Hoffnung nicht.

Krupp hat seine ablehnende Haltung gegenüber politischer Partizipation auch beibehalten, als sich die Prozesse und Strukturen im Kaiserreich änderten. Demgegenüber sahen die leitenden Angestellten der Firma, die Angehörigen der Prokura, dies durchaus und drängten daher auf Beteiligung der Firma. Die betraf nicht das Parlament selbst, hier hat keiner der Prokura-Angehörigen ein Mandat übernommen, sondern die Mitarbeit in den industriellen Interessenvertretungen. Carl Meyer, dann Sophus Goose und schließlich Hanns Jencke beteiligten sich und gewannen innerhalb dieser Organisationen einigen Einfluß. Besonders Jencke, der sich seit Mitte der 1880er Jahre auf diesem Gebiet engagierte, übernahm innerhalb der Verbände sogar eine Führungsrolle – doch dies erst später, in den 1890er Jahren.

211 S. o. AK an Graf v. Pückler v. 3. 10. 1884, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 45–49, hier 49.

3. Die Entdeckung der Öffentlichkeit

«Zuvörderst muß ich nun wohl darauf bedacht sein in Glauben und Vertrauen zu den Leistungen und in Gunst festen Fuß mir zu versichern.»¹ Als Krupp 1844 dem Essener Bürgermeister Pfeiffer diese programmatisch klingenden Zeilen schrieb, lagen harte Jahre des Experimentierens, der Versuche und des Mißlingens endlich hinter ihm. Mittlerweile beherrschte er die Herstellung von qualitativ hochwertigem und auch gleichmäßig gutem Gußstahl, und allmählich begann auch mit dem Eisenbahnbau der Aufschwung, der das Unternehmen dann seit dem Beginn der 1850er Jahre an die Weltspitze führen sollte. Krupp wußte aber auch, das macht sein Bekenntnis deutlich, daß es nicht genügte, Qualität zu erzeugen – dies mußte auch allgemein bekannt werden. Er war bestrebt, als Fabrikant von Waren mit hoher Qualität und Zuverlässigkeit zu gelten, also ein «Image» aufzubauen.

Doch wie machte er das? Ein Image oder ein guter Ruf entsprechen einer allgemeinen Einschätzung, einem Vorwissen, über das auch derjenige verfügt, der kein besonderer Kenner der Materie ist. Ein solcher Ruf kann durch Mund-zu-Mund-Propaganda entstehen – bei dem differenzierten und räumlich verstreuten Kundenkreis der Stahlfirma wäre es riskant gewesen, allein hierauf zu vertrauen. Krupp tat es auch nicht, sondern bediente sich der Institutionen der entstehenden Öffentlichkeit. Die Industrieausstellungen sollen als das Forum der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit großer Dynamik sich entfaltenden Öffentlichkeit hier Gegenstand der Untersuchung sein. Gleichsam als eine Antwort auf Krupps eingangs angeführtes Streben nach Bekanntheit und als eine Bestätigung seines Vorgehens klingt es, wenn die Zeitschrift «Die Gegenwart» 1856 Weltausstellungen als das hierfür geeignete Mittel bezeichnete: «Wo solche Bedürfnisse vorhanden sind, da sind Industrieausstellungen ein sehr willkommenes und zugleich edles Mittel, sich in den Reihen der Concurrenten bemerklich zu machen, diesen vielleicht den Rang abzulaufen. Die eroberte Preismedaille ziert ja dann die Firma, die Etikette, die Factur.»²

Der Begriff «Reklame» war zu dieser Zeit in Deutschland noch wenig gebräuchlich.³ Zwar hatten Händler und Produzenten seit jeher ihre Produkte angepriesen, systematische Werbung im größeren Maßstab entwickelte sich jedoch erst mit der Industrialisierung. In Frankreich entwickelten sich diese neuen Absatzstra-

1 AK an Bürgermeister Pfeiffer, Essen, vom 8. 9. 1844, in: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 64.

2 «Die Gegenwart», Bd. 12/1856, 523. Vgl. a.: Haltern, *Die «Welt aus Schausstellung»*, 17.

3 Der Autor dieses Artikels verwendet das Wort nicht. Er spricht an dieser Stelle zwar davon,

«die Waaren marktgerecht zu machen und sie zur Geltung zu bringen», davon, das Produkt bekannt zu machen, beachtet zu werden, auch von Marktschreierei, hat für dieses von ihm selbst als neu angesehene Phänomen jedoch keinen Begriff.

regien früher, und die Zeitschriften berichteten über das als interessant und merkwürdig wahrgenommene Verhalten der Pariser Fabrikanten, die «keinen Weg [versäumen], wie kostbar er auch sei, um in dem allgemeinen Getümmel und Streben nicht unbeachtet zu bleiben». ⁴ – Das ist im Grunde eine frühe Definition von «Reklame», die diesseits des Rheins noch nicht üblich war und auch lange verpönt blieb. Noch am Ende des Jahrhunderts bezeichnete es Meyers Konversations-Lexikon als einen negativen Aspekt der Industrieausstellungen, «daß die Vorbereitungen für die Ausstellungen den regelmäßigen geschäftlichen Betrieb stören, oft zu übertriebenem Aufwand veranlassen, das Reklamewesen befördern und den Aussteller selbst seinem ruhigen, regelmäßigen Leben entfremden». ⁵

Wenn auch «Reklame» im allgemeinen Bewußtsein den negativen Beiklang behielt, läßt sich dennoch der beginnende Einsatz von Werbemitteln und deren Ausdifferenzierung bei Krupp beobachten. Gefragt wird, in welcher Weise Krupp sie für sein Unternehmen nutzbar machte, welches Instrumentarium er hierfür entwickelte und wie sich der Umgang mit der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit veränderte.

Neben den Industrieausstellungen und der Werbung als den neuen Institutionen der Öffentlichkeit war die Presse schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein bekanntes, ein eingeführtes Medium, wenn sie auch in der Folgezeit an Umfang, Verbreitung und dadurch an Bedeutung zunehmen sollte. Krupps Umgang mit diesem Medium ist ebenfalls in den Blick zu nehmen. Dabei soll, soweit dies die Quellenlage zuläßt, auch sichtbar werden, wie umgekehrt die Öffentlichkeit den aufstrebenden Stahlproduzenten und später das Weltunternehmen wahrnahm und beurteilte.

A: Krupps Triumphe auf den Weltausstellungen

Funktion und Bedeutung der Industrieausstellungen

Gewerbe- und Industrieausstellungen bildeten ein wesentliches Element staatlicher Wirtschaftsförderungspolitik im Zeichen des Liberalismus. Sie sollten das Konkurrenzprinzip entwickeln helfen, die gegenseitige Aufklärung von Konsumenten, Fabrikanten und Kaufleuten fördern und zur Etablierung eines nationalen Marktes beitragen. ⁶ Als erste moderne Industrieausstellung gilt die französische Nationalausstellung von 1798, die von der Regierung ausgerichtet wurde, um das Entstehen eines einheitlichen französischen Marktes zu erleichtern sowie

Zur Geschichte des Begriffs Reklame in Deutschland s.u. Kap. I.3.B: Reklame als Folge von Industrialisierung und Marktwirtschaft.

⁴ «Die Gegenwart», Bd. 12/1856, 523.

⁵ *Meyers Konversations-Lexikon*, 5. Aufl., Bd. 2, Leipzig und Wien 1897, 216.

⁶ Kroker, *Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert*, 24 ff., 173 ff.

die heimische Industrie zu fördern, die unter der englischen Handelsblockade und der allgemein angespannten wirtschaftlichen Situation litt.⁷ Indem die Veranstaltung zugleich die Ergebnisse der durch die Revolution errungenen Gewerbefreiheit aufzeigen und gegenüber dem Kriegsgegner England wirtschaftliche Macht demonstrieren sollte, wurden außenpolitische mit den wirtschaftspolitischen Zielen verquickt. «...Nos manufactures sont les arsenaux d'où doivent sortir les armes des plus funestes à la puissance britannique», hieß es dementsprechend in einem Schreiben zum Schluß der Pariser Ausstellung.⁸ Die nationalpolitische Bedeutung der Ausstellung wird auch durch die symbolträchtige Wahl des Marsfeldes als Austragungsort unterstrichen und dadurch, daß sie am 17. September, dem Jahrestag der Gründung der Republik, eröffnet wurde. Auch in den Jahren 1801, 1802 und 1806 wurden nationale Industrieausstellungen veranstaltet – sie etablierten sich als Ausdruck der neuen Zeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und als Element der nationalen Repräsentation. Ihre zunehmende Bedeutung für die Wirtschaft zeigt das Ansteigen der Teilnehmerzahl von 110 Ausstellern bei der ersten Ausstellung auf 1422 bei der vierten.⁹

Auf die Initiative Napoleons geht auch die erste deutsche Gewerbeausstellung zurück, die 1811 im Großherzogtum Berg stattfand, aber auch andere Staaten ahmten das französische Vorbild nach. In Preußen war es der Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe im preußischen Finanzministerium, Beuth, der das Instrument der Gewerbeausstellungen in das Konzept einer Gewerbeförderung im Zeichen des Liberalismus integrierte. Die Schaffung eines nationalen Marktes und vor allem die Vermehrung und Verbreiterung von Kenntnissen waren die wesentlichen Ziele dieser Politik, die sich deshalb um die Verbesserung des Schul- und Ausbildungswesens bemühte und Auslandsreisen von Fabrikanten und Arbeitern förderte. Auch die Gründung des «Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen» 1821 sollte diesem Ziel dienen und eben die Veranstaltung von Gewerbeausstellungen. Diese sollten es den Konsumenten ermöglichen, einen besseren Überblick über die verschiedenen Fabrikate zu erlangen, und den Produzenten helfen, einen größeren Markt zu erschließen. Die erste preußische Industrieausstellung begann für die Dauer von sechs Wochen am 1. September 1822 in Berlin.¹⁰ Den besten Fabrikanten wurden Denkmünzen in Gold, Silber und Bronze in Aussicht gestellt sowie die Übernahme der Transportkosten.

Die Ausstellung wurde eine Enttäuschung. Obwohl Beuth sich mehrfach an die Provinzialregierungen gewandt und um rege Teilnahme gebeten hatte, war die Resonanz bei den Fabrikanten gering. Die Ideen des Wirtschaftsliberalismus waren noch längst nicht allgemein verbreitet. So waren die Fabrikanten oftmals nicht

7 Vgl.: Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 19.

8 Zit. n.: Ebd., 20.

9 Art. *Industrieausstellungen*, in: *Deutsches Staats-Wörterbuch*. Bd. 5, 315.

10 Vgl.: Mieck, *Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806–1844*, 141 ff.

bereit, Formen und Muster ihrer Produkte zu zeigen, geschweige denn die Preise zu nennen, da sie fürchteten, dadurch ihren Konkurrenten Vorteile zu verschaffen.¹¹ Auch die zweite preußische Gewerbeausstellung fünf Jahre später lieferte «nur ein schwaches Bild der Leistungen des preußischen Gewerbefleißes», wie Beuth in seinem Schlußbericht beklagte.¹² Die Ausstellung, die vom 2. September bis zum 14. Oktober 1827 in den Räumen der Akademie geöffnet war, wurde, wie bereits die Vorgängerveranstaltung, mehrheitlich von Berliner Fabrikanten besichtigt und nur schwach besucht.

In den 1830er und 1840er Jahren etablierten sich die Gewerbe- und Industrieausstellungen allmählich, sie fanden aber vorwiegend auf regionaler Ebene statt. Zwar gab es bereits relativ früh Bestrebungen, auch in Deutschland eine überregionale, nationale Gewerbeausstellung einzurichten¹³, doch der geringe Erfolg der 1832 parallel zur Leipziger Ostermesse abgehaltenen Nationalausstellung bestätigte für das folgende Jahrzehnt den regionalen Charakter dieser Veranstaltungen in Deutschland. Erst 1841 wurde im Rahmen des Zollvereins der Gedanke einer gesamtdeutschen Gewerbeausstellung wieder aufgegriffen, und zum zehnjährigen Jubiläum des Zollvereins fand dann vom 15. August bis zum 24. Oktober 1844 im Berliner Zeughaus die «Allgemeine Ausstellung deutscher Gewerbeserzeugnisse» statt. An ihr nahmen 3040 Aussteller teil, was den absoluten Rekord aller bisherigen Ausstellungen bei weitem übertraf und damit zugleich den Umfang der Pariser Nationalausstellungen erreichte.¹⁴ Die zweite Zollvereinsausstellung 1850 in Leipzig «war sehr lückenhaft, nahezu von beschränkt sächsischen Charakter»¹⁵, die 1854 in München veranstaltete «allgemeine Ausstellung deutscher Industrie- und Gewerbeserzeugnisse» wurde demgegenüber wieder zu einem Ereignis von nationaler Tragweite. 6588 Aussteller nahmen an der Ausstellung im eigens errichteten «Industriepalast» teil, die bereits im Banne der glanzvollen ersten Weltausstellung in London stand.

England war als das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Land und als das Zentrum des Welthandels in gewisser Weise der selbstverständliche Austragungsort dieser ersten weltweiten Industrieausstellung, obwohl hier die ersten Ausstellungen sehr spät, erst 1843 in Birmingham und 1845 in London abgehalten wurden. Ihr wirtschaftlicher Erfolg ließ eine Weltausstellung möglich und lukrativ erscheinen. Sie wurde erstmals 1851 unter der Patronage des Prinzen Albert, aber ohne finanzielle Beteiligung des Staates von der Society of Arts in dem eigens dafür errichteten Kristallpalast veranstaltet.¹⁶ Die Eröffnung am 1. Mai durch Queen

11 Vgl.: Ebd., 142f.

12 Zit. n.: Ebd., 144.

13 Vgl.: List, *Grundzüge eines Planes zu einer Nationalindustrie- und Kunstausstellung während der Messen in Frankfurt und Leipzig*.

14 Vgl.: Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 27f.

15 Art. *Industrieausstellungen*, in: Deutsches Staats-Wörterbuch. Bd. 5, 316; vgl. a.: Schroeder-Gudehus/Rasmussen, *Les Fastes du Progrès*.

16 Hierzu: Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*.

Victoria wurde zum glanzvollen Ereignis, über das die Zeitungen in aller Welt berichteten, und auch während der folgenden Monate entwickelte sich die Great Exhibition zum Publikumsmagneten. Die Zeitungen auch in Deutschland vermeldeten regelmäßig neue Besucherrekorde. «Die Bourgeoisie der Welt errichtet durch diese Ausstellung im modernen Rom ihr Pantheon, worin sie ihre Götter, die sie sich selbst gemacht hat, mit stolzer Selbstzufriedenheit ausstellt.»¹⁷ Das Urteil von Marx und Engels war sehr treffend, denn in der Tat war die allgemeine Ausstellungsbegeisterung sehr wesentlich getragen von dem kollektiven Glauben an den industriellen Fortschritt. Der nur aus Eisen und Glas bestehende Kristallpalast selbst wurde zum Symbol der neuen Zeit, des Zeitalters der Industrie, das in England bereits begonnen hatte und auch auf dem Kontinent anbrach.

Die Gewerbe- und Industrieausstellungen galten als «ein machtvolles Werkzeug der Beförderung und Verallgemeinerung des gewerblichen Fortschritts»¹⁸, die erste Weltausstellung wurde sogar als «olympische Spiele der Concurrenz und gegenseitiger Belehrung und Vervollkommnung» gefeiert, der Kristallpalast als ihr Austragungsort als «allgemeiner Friedens- und Culturtempel»¹⁹ bezeichnet. Ihre Bedeutung ging also auch im Verständnis der Zeitgenossen weit über den engeren wirtschaftlichen Bereich hinaus. «Sie sind zugleich als eine spezifische Festform eines Zeitalters zu betrachten, welches die materielle Arbeit als Mittel des sittlichen Zwecks geädelt hat», hieß es 1860 im Deutschen Staatswörterbuch.²⁰

Bereits seit dem Mittelalter hatten Messen und Ausstellungen für den Handel und die Wirtschaft eine herausragende Rolle gespielt. Sie waren Umschlagplatz für Waren und darüber hinaus stets auch dasjenige Forum, auf dem Neuheiten und Neuigkeiten ausgetauscht wurden, Schnittstellen, an denen sich die lokalen Wirtschaftsräume miteinander vernetzten. Die Industrieausstellungen und besonders dann die Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts entwickelten jedoch weniger den Charakter dieser traditionellen Handelsmessen. Auf den Messen wurden die Waren von Händlern und Kaufleuten angeboten, deren Ziel nicht die Information, sondern der Verkauf war. «Die alten Verkaufsmessen und lokalen Märkte erfüllten hinsichtlich der Verbrauchsgüter eine Verproviantierungsfunktion und stellten ansonsten Sammelstellen für Rohstoffe und zumeist exotische Kaufmannsgüter dar.»²¹

Auf den Industrieausstellungen hingegen erfolgte die Präsentation durch die Produzenten selbst, verbunden mit Angaben über Rohmaterialien, Herstellungs-

17 Karl Marx/Friedrich Engels, *Revue, Mai bis Oktober 1850*, 431. Nicht bewahrheitet hat sich hingegen ihre Vorhersage, daß die Bourgeoisie «dies ihr größtes Fest in einem Augenblick [feiert], wo der Zusammenbruch ihrer ganzen Herrlichkeit bevorsteht [...]. Bei zukünftigen Ausstellungen werden die Bourgeois vielleicht nicht mehr als Inhaber dieser Produktivkräfte, sondern nur noch als ihre Ciceroni figurieren.»

18 Art. *Industrieausstellungen*, in: Deutsches Staats-Wörterbuch. Bd. 5, 315. S. hierzu a.: Krasny, *Zukunft ohne Ende – das Unternehmen Weltausstellung*.

19 «Die Gegenwart», Bd. 8, Leipzig 1853, 319.

20 Art. *Industrieausstellungen*, in: Deutsches Staats-Wörterbuch. Bd. 5, 315.

21 Gessner, *Industrialisierung, staatliche Gewerbepolitik und die Anfänge und Entwicklung des industriellen Ausstellungswesens in Deutschland*, 131.

weise und – dies allerdings nicht immer – Preise, ohne daß sofortiger Verkauf das primäre Ziel darstellte. Sie erfüllten damit zunächst «die Aufgabe der Ausweitung von Öffentlichkeit im Marktgeschehen». ²² Daneben wurden sie auch zu Gradmessern des Fortschritts in Industrie, Wissenschaft und Technik. ²³ Immer neue Erfindungen, Konstruktionen und Produkte wurden dem staunenden Publikum vorgeführt. In diesem ‚immer mehr und immer besser‘ schien der rationalistische Glaube an unbegrenzten Fortschritt und an die Perfektibilität des Menschen Gestalt anzunehmen. «Die Weltausstellungen des 19. und 20. Jahrhunderts wurden auf diese Weise auch in ihrer äußerlichen Erscheinung zu monumentalen Darstellungen des bürgerlichen Fortschritts, zu Stadien und Höhepunkten der globalen Entwicklung der modernen industriellen Welt, die sie selbst auf vielfältige Weise zum Ausdruck bringen.» ²⁴

Hinzu kam eine eminent politische Bedeutung der Gewerbeausstellungen. «Wenn Du aber dieses Jahr nicht kommst und die Gewerbe-Ausstellung in Augenschein nimmst», schrieb der Kaufmann Johann Gottfried Henckels im Jahr der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1844 seinem Bruder Johann Abraham in Solingen, «so nenne ich Dich keinen warmen Gewerbefreund und Deutschen Patrioten.» ²⁵ Die Ausstellung sprach also nicht nur Anhänger der wirtschaftlichen Modernisierung, der Industrialisierung Deutschlands an, sondern appellierte darüber hinaus auch an den Patriotismus. Sie sollte auf wirtschaftlichem Gebiet die Formierung der deutschen Nation fördern. Das politisch zersplitterte Deutschland verfügte seit der Gründung des Zollvereins 1834 zumindest auf wirtschaftlichem, steuerlichem Gebiet über eine gemeinsame Institution, die bei dieser Gelegenheit gefeiert und gefestigt werden sollte. Von der Art ihrer Inszenierung her entsprachen die Gewerbeausstellungen den bürgerlichen Festen, auf denen sich das europäische Bürgertum des 19. Jahrhunderts als soziale und als nationale Einheit konstituierte. ²⁶ Als «Fest» wurden die Ausstellungen auch offiziell bezeichnet, als «Industriefest», «Gewerbefest», «Deutsches Nationalfest» oder «Vereinigungsfest» ²⁷, damit vergleichbar dem Kölner Dombaufest von 1842, wo das historische und kulturelle Erbe als gemeinschaftsstiftendes Band der Nation und als Zukunftsauftrag verstanden wurde. Auch die Weltausstellungen wurden vielfach unter nationalen Gesichtspunkten betrachtet. Sie waren das Forum des friedlichen Wettstreits der Nationen auf wirtschaftlichem und künstlerischem Gebiet, ein Gradmesser für die jeweilige Entwicklung. Staatliche Stellen waren deshalb mit der Repräsentation

22 Ebd.

23 Vgl.: Haltern, *Die «Welt als Schaustellung»*, 13f.

24 Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 3; vgl. a.: ders., *Die «Welt als Schaustellung»*, 20ff.

25 Zit. n.: Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 28 Anm. 50.

26 Vgl.: Hettling/Nolte, *Bürgerliche Feste als symbolische Politik*.

27 Vgl.: Art. *Industrieausstellungen*, in: Deutsches Staats-Wörterbuch. Bd. 5, 314: Der Institution der Gewerbeausstellung liegt «in allen ihren Erscheinungsformen [...] die Idee eines Festes zugrunde».

tion ihres Landes beauftragt, und das Abschneiden deutscher Firmen wurde aufmerksam registriert und als nationaler Erfolg oder Mißerfolg gewertet.

Das Bürgertum schuf sich mit diesen Festen nicht nur ein Forum nationaler Integration, sie sind gemeinsam mit den Vereinen und den aufblühenden Zeitungen eine Ausprägung der entstehenden spezifisch bürgerlichen Öffentlichkeit.²⁸ Die Ausstellungen ermöglichten das Aufeinandertreffen von Produzenten, Konsumenten, Wissenschaftlern und Politikern und waren damit auf wirtschaftlichem Gebiet das Pendant zu den ebenfalls aufblühenden gelehrten Kongressen. In ihnen kam «über die unmittelbare Zweckbindung hinaus ein gesteigertes Bedürfnis der bürgerlichen Gesellschaft nach neuen Formen öffentlicher Kommunikation zum Ausdruck».²⁹

Erste Auftritte auf der neuen Bühne 1844 bis 1854

Viele Gewerbetreibende scheuten gerade in den Anfangsjahren die Gewerbeausstellungen und die auf ihnen gebotenen Vergleichsmöglichkeiten für die Kunden. Wer seine Waren hauptsächlich in der näheren Umgebung absetzte, sah durch die Belebung der Konkurrenz seine oft monopolartige Stellung bedroht.³⁰ Die Essener Gußstahlfabrik hingegen war schon sehr früh darauf angewiesen, für ihre hochwertigen, spezialisierten und damit teuren Produkte, die noch dazu neu waren und erst eingeführt werden mußten, Kunden in ganz Deutschland und sogar im Ausland zu suchen. Hierfür gab es lange Zeit keinen anderen Weg als Briefkontakt und Kundenbesuche. Vor dem Hintergrund dieser Vertriebsbedingungen wird deutlich, warum Alfred Krupp früher als andere sah, welche Chance sich ihm auf den Gewerbeausstellungen bot: Hier konnte er die Firma und ihre Produkte einem größeren Publikum vorstellen. Neben der Hoffnung auf neue Kontakte und zusätzliche Kunden bildete auch die Aussicht auf eine Auszeichnung durch die Jury einen Anreiz, denn eine solche Auszeichnung ließ sich werbewirksam einsetzen als eine gewissermaßen amtliche Referenz, als Bestätigung der Qualität der Produkte und der Solidität des Unternehmens.

Vielleicht war man in Essen nach der Berliner Gewerbeausstellung von 1827 auf diese Möglichkeit aufmerksam geworden, im Jahr 1828 jedenfalls wandte sich der jugendliche Alfred Krupp mit der Bitte um Rat an die Firma Schmoele & Romberg in Iserlohn, die bei der Gewerbeausstellung von 1827 eine Auszeichnung erhalten hatte. «Ich bezwecke nämlich bei der diesjährigen Waarenausstellung in Berlin Proben von Gußstahl und daraus gefertigten Waaren einzusenden», begründete er seinen Wunsch zu erfahren, «wann die Proben in Berlin sein müssen, woran solche zu adressieren sind, und welchen Weg ich dabei einzuschlagen

28 Vgl.: Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 29.

29 Ebd., 9.

30 Vgl.: Mieck, *Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806–1844*, 146f.

habe, daß diese Artikel gehörig untersucht werden».³¹ Die Formulierung macht deutlich, daß Krupp lediglich von der Existenz der Gewerbeausstellung gehört haben konnte, daß die Firma aber offenbar keine Einladung zu der im vorangegangenen Jahr veranstalteten erhalten haben kann. Auch wußte der junge Unternehmer nicht, daß 1828 keine Ausstellung stattfinden würde.

Auf die nächste Chance, an einer Gewerbeausstellung teilzunehmen, mußte Krupp bis 1844 warten. Bei der Berliner Zollvereinsausstellung konnte er dann aber bereits eine goldene Medaille erringen. Der politische Impetus der Veranstaltung hat ihn zwar im Grunde wenig interessiert, er nahm ihn aber durchaus wahr und versuchte, ihn für die Präsentation seiner Produkte nutzbar zu machen. Neben einem dreitönigen Stabgeläute, einer gewalzten Gußstahlplatte, einem Paar polierter Streckwalzen und zwei hochpolierten Lahnwalzen zeigte er zwei Gewehrläufe aus Gußstahl.³² Dabei hoffte er nicht eigentlich auf Aufträge für Gewehrläufe, sie dienten mehr als Demonstrationsobjekt für die besonderen Qualitäten seines Gußstahls – und hierfür machte er sich geschickt zunutze, daß Waffen in Preußen eher beachtet wurden als Maschinenteile. Einer der Gewehrläufe war roh geschmiedet, der andere etwas abgeschliffen, was die Gleichmäßigkeit des Materials demonstrieren sollte, und durch Hammerschläge kalt umgebogen, «ohne das Brüche zu bemerken waren», wie die Ausstellungsjury in ihrem Bericht anerkennend vermerkte.³³ Zum gleichen Zweck zeigte er auch eine gewalzte Gußstahlplatte mit geschliffener Oberfläche, die kalt umgebogen und im Winkel flach aufeinander gehämmert war, ohne Brüche oder Risse zu zeigen.

Krupps Geschick, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, wird auch an der Zusammenarbeit mit dem Elberfelder Fabrikanten Jaeger deutlich, der aus Kruppschen Stahlplatten gefertigte Brustpanzer präsentierte, also wiederum ein militärisches Objekt. Obwohl diese Harnische eigentlich im Zusammenhang mit der Firma Jaeger von der Jury besprochen werden sollten, ging sie auch bei der Würdigung Krupps ausführlich auf die Versuche ein, die mit diesen angestellt wurden und bezeichnete die Ergebnisse als ein «sehr befriedigendes Resultat».³⁴ Daß der Stahl sich auch zur Herstellung von Dampfkesseln eignen könne, wurde hingegen nur mit einem Nebensatz erwähnt.

Der Central-Commission für die Gewerbe-Ausstellung in Berlin kündigte

31 AK an Schmoelle & Romberg v. 30. 6. 1828, AK BN 1 (FAH 2 M 78.1), 33.

32 Vgl.: WA 7 f 666, 1.

33 Amtlicher Bericht über die allgemeine Deutsche Gewerbeausstellung zu Berlin im Jahre 1844, 2. Abschnitt, Nr. 1995. Abschrift in: WA 9 z 65, 19.

34 Ebd.

Krupps Bemühungen, als Hersteller des Stahls der Kürasse anerkannt zu werden und nicht im Schatten Jaegers zu stehen, war damit

schließlich erfolgreich. Da er in den Zeitungsberichten nicht erwähnt wurde, kam es zur Auseinandersetzung mit dem Elberfelder Fabrikanten und schließlich zum Ende der Zusammenarbeit. Vgl.: AK an den Essener Bürgermeister Pfeiffer v. 8. 9. 1844, in: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 64; AK an Jaeger v. 11. 9. 1844, in: ebd., 66; AK an die Central-Commission für die Gewerbe-Ausstellung v. 6. 10. 1844, in: ebd., 76. S. dazu u. Kap I.3.C: Alfred Krupp und die Presse.

Krupp im August nachträglich die Löffelwalze als weiteres Exponat an: «Wenn es einer Wohlhälllichen Central-Commission genehm ist, so wäre ich bereit nachträglich noch das Produkt einer kürzlich für Fabrikation im Großen in Gebrauch genommenen von mir erfundenen Maschine einzusenden, welche aus rohen Platten von Silber, Neusilber oder jedem anderen dehnbaren Material Löffel und Gabeln von jeder Form und mit jeder gebräuchlichen Verzierung mittelst Walzdruck flach ausgeschnitten scharf und rein ausgeprägt liefert.»³⁵

Als «Hauptprodukt meiner Fabrik»³⁶ präsentierte Krupp die Walzen, die bei der Münzherstellung sowie bei anderen Edelmetallverarbeitern Absatz fanden. Ihre Qualität sollten neben den Exponaten selbst Zeugnisse zufriedener Kunden demonstrieren, die Krupp hier wie auch im Geschäftsverkehr präsentierte. Er betonte gegenüber der Ausstellungskommission, daß diese Walzen zu einem Großteil ins Ausland verkauft würden und sogar in England, dem eigentlichen Zentrum der Stahlherstellung, geschätzt würden.³⁷ Daß seine Gußstahlwalzen sehr viel haltbarer waren als die herkömmlichen aus Schweißstahl oder Hartgußeisen, konnte er anhand solcher Objekte erweisen, die bereits seit einiger Zeit in der Berliner Münze in Gebrauch waren. Die Jury der Ausstellung lobte daher in ihrem Bericht «die außerordentlichen Verdienste, welche sich der Aussteller um die vaterländische Industrie durch Vervollkommnung der Gußstahlfabrikation erworben hat».³⁸

Das allgemeine Publikum wurde auf die Essener Firma vor allem durch das dreitönige Stabgeläute aufmerksam, das jeden Tag die Eröffnung und das Ende der Ausstellung anzeigte. Das Geläute, eine Erfindung von Alfreds jüngstem Bruder Friedrich, bestand aus drei hufeisenförmigen Stäben, die mit nach unten gerichteten Schenkeln an einem hölzernen Querbalken nebeneinander aufgehängt waren. Es wog 800 Pfund und kostete 800 Taler, so daß es vor allem für ärmere Kirchengemeinden ein preisgünstige Alternative zu Bronzeglocken bieten konnte, zumal hier kein Glockenturm erforderlich war. «Ich verfertigte dergleichen Geläute schon für mehrere Kirchen», pries Krupp das Geläute in einem Brief an den Düsseldorfener Regierungsrat Quentin. «Der Vorteil derselben besteht in geringem Gewicht, beträchtlichem Effekt, unnötigem massiven Thurmbau [...] und in lang anhaltendem feierlichen Klang.»³⁹ Auch die Ausstellungsjury lobte den «intensiven, angenehmen Ton» des Geläutes.⁴⁰

35 AK an die Central-Commission für die Gewerbe-Ausstellung, v. 24. 8. 1844, in: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 61.

Zur Löffelwalze s.o. Kap. I.1. Probleme der frühen Jahre.

36 AK an die Central-Kommission für die Gewerbe-Ausstellung v. 6. 10. 1844, in: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 77.

37 Ebd.

38 Amtlicher Bericht über die allgemeine Deutsche Gewerbeausstellung zu Berlin im Jahre 1844, 2. Abschnitt, Nr. 1995. Abschrift in: WA 9 z 65, 20.

39 AK an Regierungsrat Quentin, Düsseldorf v. 2. 7. 1844, in: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 45.

40 Amtlicher Bericht über die allgemeine Deutsche Gewerbeausstellung zu Berlin im Jahre 1844, 2. Abschnitt, Nr. 1995. Abschrift in: WA 9 z 65, 18.

Der Erfolg bei der Berliner Zollvereinsausstellung hatte Krupp gezeigt, daß die Industrieausstellungen geeignet waren, seine Firma und deren Produkte der nationalen und dann der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Bei der fünf Jahre später in London stattfindenden ersten Weltausstellung wollte er dann die Gelegenheit nutzen, im Mutterland der Stahlherstellung zu demonstrieren, daß er der englischen Konkurrenz mindestens ebenbürtig sei. Seit Anfang April war er selbst in England, nahm die ankommenden Exponate entgegen, überwachte den Aufbau der Ausstellung und fuhr zwischendurch immer wieder nach Birmingham, wo bei der Firma Elkington & Mason eine große Besteckwalze aufzustellen war. Krupp erlebte also in England selbst die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die Öffentlichkeit der Eröffnung der Weltausstellung entgegenseh. Als er in einer Zeitung las, «daß Torton in Sheffield ein Stück Gußstahl von 27 Zentner nach der Ausstellung schicken wolle», forderte er in Essen sofort einen noch viel größeren Gußstahlblock an. «Es ist daher um so mehr nöthig, daß wir den Guß von 98 Tiegeln hierher schicken und wenn wir 14 große Tiegel hätten im alten Bau und auf die Form noch einen Aufsatz machen müßten.»⁴¹ In den folgenden Wochen drängte er immer wieder, daß man in Essen den englischen Gußstahlblock mit einem größeren übertreffen müsse. Sein Partner Sölling war davon gar nicht begeistert. Er hielt das für Spinnereien, die nichts einbrächten, nur die Ausführung der bestehenden Aufträge verzögerten und damit die Kunden verärgern konnten. Es müsse «stets das Reelle dem Ideellen vorangesetzt werden», mahnte er, erst müßten die Bestellungen abgewickelt werden, «bevor *irgend etwas* für Proben oder Ausstellungen pp. gemacht wird [...]».⁴²

Trotz dieser Einwände Söllings versuchte Adalbert Ascherfeld den großen Guß⁴³, und Ende April war ihm auch ein Block von 4325 Pfund⁴⁴ gelungen. Zwar war er zur Eröffnung am 1. Mai 1851 noch nicht im Kristallpalast angekommen – Krupp hatte zu diesem Zeitpunkt lediglich einen Guß von 1745 Pfund⁴⁵ vorzuweisen – doch als Turton & Söhne aus Sheffield einen 2400 Pfund schweren Block präsentierte und als «monsterpiece» bezeichnete, konnte Krupp ein wenig großspurig dagegenhalten: «Ich habe gesagt, so Stückchen machen wir alle Tage, ich wollte den Großpapa schicken.»⁴⁶ Noch am Tag der Eröffnung bedankte er sich bei Ascherfeld

41 AK an die Firma v. 18. 4. 1851, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 120.

42 Sölling an Gantesweiler v. 30. 5. 1851, in: WA 9 d 394, (Original in: FAH 2 B 21, 6).

43 Nachdem der neue Schmelzbau fertiggestellt war, trainierte Ascherfeld seit Februar die Präzision der Arbeitsabläufe, die die Voraussetzung war für das Gelingen großer Güsse. Erst im April, also nach Krupps Abreise, konnten erstmals solche versucht werden. S. hierzu: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 260.

44 S. die Randbemerkungen Ascherfelds zu ei-

nem Brief AKs v. 1. 5. 1851, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 121. In WA 7 f 666, 3. wird das Gewicht des in London gezeigten Blocks geringfügig anders mit 2500 kg angegeben, in WA 1/45, 220 (Abschrift in HA Krupp Sachkartei Grupp N II 8) ist ein Gewicht von 4290 Pfd. netto genannt.

45 HA Krupp Sachkartei Grupp N II 8, Abschrift aus: WA 1/45, 188. Nach anderen Angaben wog dieser Block 1500 kg. S.: WA 7 f 666, 3.

46 AK an die Firma vom 11. 5. 1851, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 122.

für dessen Leistung mit der stolzen Summe von 30 Friedrichsd'or, also 450 Talern, die er sogar von dem Tag an mit fünf Prozent verzinste – «statt aller Redensarten zum Beweise meiner Gesinnung».⁴⁷ Sölling durfte hiervon allerdings nichts erfahren.

So sehr der mäßigende Einfluß seines Partners dem Geschäft oftmals zugute kam, diesmal hatte nicht Sölling, sondern Krupp recht, denn mit dem Block, der um die Hälfte größer war als das englische monsterpiece, erregte er riesiges Aufsehen. Der Block war eine logistische Meisterleistung, denn der Stahl konnte nicht in einem, sondern mußte in einer Vielzahl von Tiegeln geschmolzen und aus diesen nach einem genau abgestimmten und exakt einzuhaltenden Zeitplan gegossen werden. Aus 84 Tiegeln stammte der Stahl für den Block von 1851, am Ende des Jahrhunderts wurden Blöcke von über 80 Tonnen Gewicht aus mehr als 2000 Tiegeln gegossen. Hierfür waren gut ausgebildete und motivierte Arbeiter die wichtigste Voraussetzung, denn Unaufmerksamkeit oder Schlamperei konnten schnell einen Guß verderben. Die großen Blöcke erschlossen dem Stahl neue Anwendungsbereiche, denn es wurde damit auch möglich, große Werkstücke herzustellen.⁴⁸ Zwar interessierte dies vor allem die Fachleute, doch durch die schiere Größe war das Besondere dieses Werkstückes auch für Laien ersichtlich. Die Bewunderung war deshalb allgemein:

«Alle Techniker sind darüber einig, daß der Krupp'sche Gußstahl jetzt der erste der Welt ist», hieß es in der Augsburger «Allgemeinen Zeitung», die mit patriotischem Stolz im Unterton einen mehrteiligen Bericht über die Great Exhibition mit dem Blick auf die Ausstellung der Essener Stahlfirma abschloß. «Das Hauptstück der Eisenfabrikation, die wahre Krone der Eisenindustrie ist nämlich trotz allem nicht englisch, sondern deutsch», hieß es dort. Der Stahlblock biete «auf seiner Bruchfläche den Beweis einer Vollendung [...] wie es bis jetzt noch nicht in der Welt producirt ist».⁴⁹ Auch Friedrich Harkort urteilte: «Dieses Ding da wird einer der merkwürdigsten Denksteine in der Geschichte der industriellen Entwicklung Deutschlands werden».⁵⁰ Noch 1887, in den Nachrufen auf Alfred Krupp nach seinem Tod, wurde auf diesen Gußstahlblock der ersten Weltausstellung hingewiesen, der «das Erstaunen der Welt wachrief, da man solches bisher noch nicht gesehen hatte».⁵¹ Mit diesem Block nämlich hatte ein deutscher Fabrikant auf dem Gebiet der Stahlherstellung, auf dem der englische Vorsprung bis dahin uneinholbar erschienen war, die britische Konkurrenz übertrumpft. Er wurde damit zum sinnfälligen Symbol des industriellen Aufstiegs der deutschen Staaten und demonstrierte zugleich das «erwachende Repräsentationsbedürfnis der aufkommenden Großindustrien in Europa und Amerika».⁵²

47 AK an Ascherfeld v. 1. 5. 1851, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 121.

48 Reif, «*Ein seltener Kreis von Freunden*», 59 ff.

49 «*Allgemeine Zeitung*», Augsburg, v. 18. 6. 1851, Beilage, 2698.

50 Berger, *Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild*, 397.

51 «*Generalanzeiger für Crefeld und Umgehung*» Nr. 167, v. 18. 7. 1887, 2; vgl. a.: «*Deutsche Konsulats-Zeitung*» Nr. 11, v. 16. 7. 1887, 89.

52 Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 201.



Abbildung 2: Geschäftskarte mit Ansicht der Gußstahlfabrik und Abbildungen von Ausstellungsmedaillen, im Vordergrund Vor- und Rückseite der Council Medal von 1851, 1853/54.

Hierfür wurde ihm auch eine große Verdienstmedaille, die sogenannte Council Medal, verliehen.⁵³ Nur 170 erste Preise oder Council Medals wurden neben 2918 Preismedaillen an die insgesamt 17.000 Aussteller vergeben, die meisten an englische Firmen, nur 13 kamen in die Zollvereinsstaaten.⁵⁴ Um sie zu erhalten, reichte es nicht, wenn das Produkt von hervorragender Qualität war, zudem wurde «eine neue Erfindung und Anwendung oder [...] eine besondere Eigentümlichkeit in der Art der Fabrikation» gefordert.⁵⁵

Die auf den Gewerbe- und erst recht auf den Weltausstellungen errungenen Preise hatten für Krupp wie für alle Industriellen große Bedeutung als Werbemittel. Mit ihnen war gewissermaßen amtlich, von einer kompetenten und unabhängigen Jury die Qualität und Preiswürdigkeit der jeweiligen Produkte anerkannt. Sie dienten dem Anknüpfen neuer Kundenbeziehungen, vor allem mit Fabrikanten,

53 Anders als sonst üblich, wurden in London statt Gold-, Silber- und Bronzemedailles ausschließlich solche aus Bronze vergeben. Die Council Medal entsprach dem ersten Preis.

54 Vgl.: Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 216 Anm. 307. Bei Krupp hieß es spä-

ter, die Council Medal sei sonst niemandem, auch keinem Engländer zuerkannt worden, was in dieser Absolutheit nicht stimmt. Vgl.: Alfred Krupp. Ein Gedenkblatt für seine Arbeiter, Essen 1887, FAH 2 G 5, 10.

55 «Die Gegenwart», Bd. 12/1856, 503.

ten in weiter entfernten Gegenden, wo Bekanntschaften und soziale Netzwerke keine Hilfestellung boten. Gerade Krupp hatte in den Anfangsjahren sehr genau erlebt, wie schwierig der Verkauf ohne solche Unterstützung war. Neben Zeugnissen zufriedener Kunden, die er bis dahin als alleinige Referenz vorweisen konnte⁵⁶, setzte er fortan zusätzlich die Ausstellungsmedaillen ein. Sie wurden auf den Rechnungsbögen und auf Geschäftskarten präsentiert gemeinsam mit einer Abbildung der Fabrikgebäude, die die Größe des Unternehmens augenfällig machte.⁵⁷

Außer dem riesigen Gußstahlblock führte Krupp in London natürlich auch seine Produkte vor: mehrere Walzen und Walzmaschinen, Eisenbahnzubehör wie Wagenachsen, Stoß- und Tragefedern⁵⁸, die ebenfalls große Anerkennung durch die Jury fanden. Über eine 15 Zoll (etwa 40 cm) starke, in der Mitte durchgebohrte Walze hieß es im Bericht des Preisgerichtes, das «prächtige Ausstellungsstück» habe wegen der Feinkörnigkeit und Homogenität des Materials «die Aufmerksamkeit des Preisgerichtes besonders gefesselt. In der Ausstellung hat kein anderes Land einen Stab aus gegossenem oder geschmiedetem Stahl von solch großen Abmessungen und gleicher Schönheit ausgestellt». Die Mitglieder des Preisgerichtes konnten sich nicht erinnern, «irgendwo etwas Ähnliches gesehen zu haben».⁵⁹

Darüber hinaus hatte er eine weitere Attraktion, die ebensoviel Aufmerksamkeit erregte wie der Stahlblock: Die bereits erwähnte Kanone, die er auf einer Lafette unter einem Militärzelt und von Brustharnischen flankiert regelrecht inszenierte und damit sein sicheres Gespür für öffentlichkeitswirksame Präsentation bewies.

Durch die Kanone war die Ausstellung des Essener Gußstahlfabrikanten eine Attraktion auch ohne den riesigen Gußstahlblock, der ja erst nach Beginn der Weltausstellung, Ende Mai, in London eintraf. «Unsere Ausstellung wird fast am meisten bewundert», meldete Krupp zufrieden nach Hause. «Alle anwesenden Fürsten mit Einschluß der Königin von England und Don Miguel von Portugal haben sich an unserer Krämerbude ergötzt.»⁶⁰ Während die Feinkörnigkeit seines Stahls hauptsächlich die Techniker begeisterte, während der Stahlblock immerhin durch seine bis dahin unbekannte Größe auch über die reichen Fachkreise hinaus beachtet wurde, war dieses Exponat auch für das allgemeine Publikum interessant. «Die Kanone aus Gußstahl von F. Krupp aus Essen hat anerkanntermaßen an Vortrefflichkeit des Stoffes nicht ihres Gleichen», notierte der deutsche Feuilletonist Lothar Bucher.⁶¹ Auch die Londoner Zeitungen nahmen von dem Essener Stahlfabrikanten Notiz. So bezeichnete der «Observer» die Kanone als «a piece of workmanship he may well be proud of, and shows to what perfection of hardening and density the metal can be brought». Wenn es weiter hieß, «the beauty of the

56 S.o.: Kap. I.1. Probleme der frühen Jahre.

57 WA 16 a 221; s. u. Abb. 10–12.

58 WA 1/45, 188.

59 WA 80/26, 2: Übersetzung aus dem Bericht des Preisgerichtes.

60 Zit. n.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 261.

61 Bucher, *Kulturhistorische Skizzen aus der Industrieausstellung aller Völker*, 185 f.

polish was the admiration of number of English mechanics», kam dies angesichts der bis dahin unangefochtenen Überlegenheit britischer Stahlindustrie einem öffentlichen Ritterschlag Krupps gleich.⁶²

Die Jury hingegen sah die militärischen Exponate eigentlich nicht so gerne, sollte die Weltausstellung doch dem allgemeinen Fortschritt dienen, die Künste befördern, «add to the comforts and enjoyments of life»⁶³, wie es hieß, und dabei sei, so die Einschätzung, Kriegsgerät doch wohl fehl am Platz. England und Frankreich hatten daher gar keine Waffen eingesandt. Diejenigen der anderen Staaten wurden aber dennoch nicht abgewiesen, denn sie würden doch eher als Anwendungsbeispiele des jeweiligen Materials oder Ausweis besonderer Kunstfertigkeit in der Herstellung präsentiert und weniger wegen ihrer Zerstörungskraft. In diesem Sinne wurde auch die Kruppsche Kanone wegen der «remarkable beauty of the workmanship of the piece of ordonance» hervorgehoben.⁶⁴

Im amtlichen Bericht der deutschen Ausstellungscommission wurde das Exponat ebenfalls nicht mit artilleristischen, sondern mit ästhetischen Kriterien gewürdigt. «Die Idee und Konstruktion des Ganzen, die Bewältigung der Schwierigkeiten in der Darstellung und Bearbeitung eines solchen Materials, der Geschmack, die Eleganz und Feinheit der Ausführung, die unübertreffliche Politur des Rohrs und aller Eisen- und Stahlteile bis zum kleinsten Band oder Stift des Beschlages, alles dies erhob die Arbeit von Krupp zum Range eines wahren Kunstwerkes», hieß es. Der Bericht erwähnte zwar, daß bereits zwei Jahre zuvor Schießversuche stattgefunden und «sehr gute Resultate ergeben» hätten, stärker zu fesseln schien aber die handwerkliche, als gleichsam künstlerisch bezeichnete Ausführung der Kanone, von der es weiter hieß, sie habe Krupp die höchste Anerkennung selbst bei denen eingebracht, «welche den Fortschritt, der dem Geschützwesen aus der Verwendung eines solchen Materials erwachsen mag, nicht weiter ins Auge faßten».⁶⁵ Die Öffentlichkeit folgte dieser Einschätzung. Die «Illustrated London News», die in jeder Ausgabe ausführliche Berichte und zahlreiche Illustrationen von der Weltausstellung brachte, ging nicht auf technische Daten oder eine mögliche militärische Bedeutung ein. Sie erwähnte die «beautiful steel canon» eher als ein Kuriosum, das, anders als Pistolen und Schwerter nicht nach ihrer militärischen Bedeutung beurteilt wurde.⁶⁶

Die Kanone und der Gußstahlblock, vor allem aber die Auszeichnung mit der Council Medal machten die Londoner Weltausstellung für Krupp zu einem grandiosen Erfolg. Diesen Erfolg verdankte er nicht allein der allgemein gerühmten Qualität des Stahls und der aus ihm gefertigten Waren, er beruhte zu einem guten

62 «The Observer» v. 15. 6. 1851; vgl.a.: «The Illustrated London News» v. 31. 5. 1851; «The Daily News» v. 10. 6. 1851.

63 Exhibition of the works of Industry of all Nations 1851. Reports of the Juries, 220.

64 Ebd.

65 Abschrift aus dem Amtlichen Bericht über die Industrie-Ausstellung aller Völker zu London im Jahre 1851, Erster Teil, Berlin 1852, 685, in: WA 80/20.

66 «The Illustrated London News» v. 31. 5. 1851, 490.

Teil auch auf dem geschickten Auftreten Krupps. Ihm gelang es, die sich auf den Weltausstellungen formierende Öffentlichkeit zunutze zu machen, und dies bereits zu einem Zeitpunkt, als viele Fabrikanten gerade in Deutschland sich noch wenig um die Präsentation ihrer Produkte kümmerten. Zu diesen Zögerern gehörte auch Sölling. Er blieb skeptisch gegenüber Krupps Ruhm, dessen Nutzen er nicht erkannte: «Von der Bewunderung der allerhöchsten Potentaten und wenn selbst der Kaiser des himmlischen Reiches dabei wäre, werden wir nicht fett, wohl aber sehr mager (im Beutel), wenn wir darauf warten müßten, bis uns die Bewunderung was einbringt», wandte er ein. Wenn es nur Ehre zu gewinnen gab in London, das schien ihm die Mühe nicht wert, für ihn zählte als Erfolg nur, wenn es «gehörig was ins Buch» gab.⁶⁷

Krupp hingegen schien gar nicht in erster Linie um Aufträge zu werben. Die Kanone brachte gar keine Bestellungen, aber eben Aufmerksamkeit von allen Seiten. Ein «marktreifes» Produkt war sie sowieso nicht, denn es war erst das zweite Kanonenrohr, das Krupp überhaupt hergestellt hatte.⁶⁸ Diese war mit der Lafette, den Harnischen und dem Militärzelt als Blickfang inszeniert, eigentlich ein Anwendungsbeispiel, ein Demonstrationsobjekt seiner technischen Fertigkeiten, mit dem er zugleich auf der Klaviatur der nationalen Gefühle spielte. Und die von Sölling etwas abschätzig beurteilte «Bewunderung der allerhöchsten Potentaten» war ihm sehr wichtig, ganz besonders diejenige des preußischen Königs. Aus diesem Grund schenkte er das ausgestellte Geschütz auch später Friedrich Wilhelm IV. Neben der Anerkennung durch Staatsoberhäupter und Militärs brachte die Kanone auch Ablehnung, denn Teile der englischen Presse sahen darin den Ausdruck des preußischen Militarismus.⁶⁹ Für Krupp war diese Kritik kein Grund zur Besorgnis, zumal sie seine Bekanntheit noch erhöhte.

Geschickt verstand er es auch, die Inszenierung des Sheffielder Stahlblocks als «monsterpiece» zu parieren und, indem er ankündigte, den «Großpapa» schicken zu wollen, die bereits entstandene Aufmerksamkeit zu steigern und auf seine Firma zu lenken. Ebenso wie die Kanone hat Krupp auch den Stahlblock nicht verkauft, beide haben auch nicht sofort Aufträge eingebracht. Ausgezahlt hat sich die Strategie Krupps vor allem mittel- und langfristig. Sein Name war bekannt und dies sogar über den engen Kreis der Fachleute hinaus, der Essener Fabrikant gehörte von da an zur Spitzengruppe der deutschen Industriellen. «Mit dieser Ausstellung war der Weltruf der Firma Krupp für immer begründet»⁷⁰, dessen war man sich in Essen stets bewußt. Er hatte ein Image geschaffen, das er auf den kommenden Industrie- und Weltausstellungen pflögte.

Zur «Provinzial-Gewerbe-Ausstellung für Rheinland und Westfalen», die 1852 in Düsseldorf veranstaltet wurde, schickte Krupp allein diejenigen Produkte, auf

67 Sölling an Gantesweiler v. 30. 5. 1851, in: WA 9 d 394.

68 S.o.: Kap. I.2.A: Krupp als «Nationalwerk» – Das Verhältnis zum König.

69 S.: Haltern, *Die Londoner Weltausstellung von 1851*, 293.

70 Alfred Krupp. Ein Gedenkblatt für seine Arbeiter, Essen 1887, FAH 2 G 5, 10.

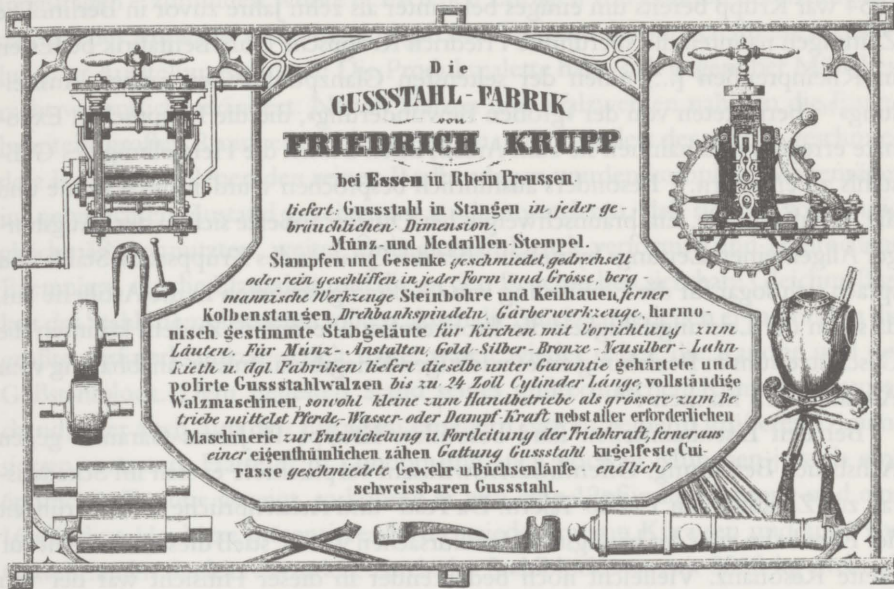


Abbildung 3: Geschäftskarte der Gußstahlfabrik Fried. Krupp, um 1845, Rückseite.

denen das Geschäft beruhte: Walzen, Walzmaschinen, Achsen und Federn.⁷¹ Erst zur Zollvereinsausstellung, die zehn Jahre nach der Berliner 1854 in München veranstaltet wurde, präsentierte er wieder repräsentative und spektakuläre Objekte. Eine 6-Pfünder-Kanone war ausgestellt, Gewehrläufe und verschiedene Kürasse, daneben Wagen-, Lokomotiv- und Dampfschiffachsen, Bandagen, Federn für Eisenbahnwagen und Lokomotiven, Walzen, Gußstahl in Stangen, Blechen und Drähten.⁷² Von der Münchener Industrieausstellung sind auch erstmals schriftliche «Werbemittel» überliefert, die die Präsentation der Firma unterstützten. Dazu gehörten ein gedrucktes Verzeichnis der Exponate ohne Angabe von Preisen⁷³, das auf die jeweiligen Eigentümlichkeiten und Charakteristika des Stahls und der Produkte hinwies, und ein Schmuckblatt mit einer Ansicht des Fabrikgeländes und Vorder- und Rückseiten der bei den Ausstellungen in Berlin, Düsseldorf, und London errungenen Auszeichnungen, von denen natürlich die Council Medal besonders hervorgehoben wurde.⁷⁴ Potentiellen Kunden seiner Walzen konnte er zudem die Geschäftskarten überreichen, die wohl schon früher auch von den Vertretern bei Kundenbesuchen eingesetzt wurden. Sie zeigen neben den Walzen auch die anderen Produkte der Gußstahlfabrik.⁷⁵

71 Er erhielt eine silberne Medaille als ersten Preis. S.: WA 7 f 666, 4.

72 Verzeichnis der Exponate in: WA 4/268a, 79.

73 WA 4/268a, 79.

74 WA 16 a 221.

75 WA 4/268a. S.: Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*; s.u.: Kap. I.3.B: Die ersten Werbemittel.

1854 war Krupp bereits um einiges bekannter als zehn Jahre zuvor in Berlin. Die Zeitungen nannten die «berühmte Friedrich Kruppsche Gußeisenfabrik bei Essen in Rheinpreußen [...] einen der seltensten Glanzpunkte der ganzen Ausstellung»⁷⁶, berichteten von der «großen Bewunderung», die die Kruppschen Exponate erregten und nahmen sie zum Anlaß, ihren Lesern die Herstellung des Gußstahls zu erläutern.⁷⁷ Besonders ausführlich besprochen wurden die Kanone und die Eisenbahnteile. Ein braunschweigischer Offizier äußerte sich in der «Augsburger Allgemeinen Zeitung» hymnisch über die Qualität des Kruppschen Stahls und sprach sich sogar für die Einführung von Gußstahlgeschützen in die Artillerie aus, da sie in der Leistungsfähigkeit die Bronzerohre überträfen. Zudem könnten die Geschütze «uns in Beziehung eines wichtigen Kriegsbedürfnisses unabhängig vom Auslande [...] machen».⁷⁸

Bei den Eisenbahnteilen fand besonders Krupps 10-Jahres-Garantie gegen Achsbruch Beachtung. Öffentlichkeitswirksam verpflichtete er sich im Schadensfall zur Zahlung von 15.000 Talern. Da Rad- und Achsenbrüche in der Frühzeit der Eisenbahn eine der häufigsten Unfallursachen waren, stieß diese Nachricht auf breite Resonanz. Vielleicht noch bedeutender in dieser Hinsicht war der von Krupp entwickelte nahtlos geschmiedete Radreifen, der in München erstmals einem großen Publikum präsentiert wurde. Die Schweißstelle hatte bis dahin nämlich den Schwachpunkt der Räder gebildet, an dem es häufig zu Brüchen kam. Die Zeitungen brachten Berichte über die harten Belastungsproben, die er glänzend bestanden hatte.⁷⁹ Nicht nur Fachleute, auch Laien bestaunten die Ausstellung der Essener Fabrik, sicherlich auch aufgrund des Ruhmes, den sich Krupp in London drei Jahre zuvor erworben hatte. Man feierte ihn nicht nur wegen der Qualität und des Nutzens seiner Produkte, sondern auch aus patriotischen Gründen, hatte er doch «England eines seiner stolzesten Monopole – die Gußstahlfabrikation – entrisen».⁸⁰

Die gefeierte Berühmtheit auf den Weltausstellungen von 1855, 1862 und 1867

Nach dem überwältigenden Erfolg der Great Exhibition von 1851 war die deutsche Beteiligung an der zweiten Weltausstellung, die vom 1. Mai bis zum 31. Oktober 1855 in Paris stattfand, gegenüber London mit knapp 2200 Ausstellern um die Hälfte angewachsen. Krupp war mittlerweile fast ein Routinier in Ausstel-

76 «Der Korrespondent von und für Deutschland» v. 22. 9. 1854.

77 «Allgemeine Politische Nachrichten» vom 30. 8. 1854.

78 «Allgemeine Politische Nachrichten», Essen, v. 9. 9. 1854, Nachdruck aus: «Augsburger Allgemeine Zeitung» v. 31. 8. 1854.

79 Vgl.: «Augsburger Allgemeine Zeitung» Nr. 262/1854, Beil., 4186.

80 «Der Korrespondent von und für Deutschland» v. 22. 9. 1854.

lungsfragen – zumindest wußte er nach den Erfolgen von London und München, daß sich der Aufwand auszahlte, und gab detaillierte Anweisungen für die Herstellung der Ausstellungsstücke.⁸¹ Die Produktpalette hatte sich gegenüber München nicht wesentlich verändert: Neben Walzen und Walzwerken nahmen die Eisenbahnteile großen Raum ein, Federn, Achsen und besonders der nahtlos geschmiedete Radreifen. Neben den reinen Radbandagen wurden komplette Wagenräder im gebrauchten Zustand gezeigt, um zu demonstrieren, daß sie sich vollständig gleichmäßig abnutzten, weiter unter hohem Druck verformte und zerbrochene Exemplare, die die Elastizität und die an den Bruchstellen sichtbare Gleichmäßigkeit des Stahls demonstrieren sollten. Auch die Stücke, mit denen er in London die größte Aufmerksamkeit erzielt hatte, waren wieder dabei: die Kanone und der Gußstahlblock. Dem neuesten Stand seines gußtechnischen Könnens entsprechend, aber auch, um den Erfolg zu erneuern, waren beide in größeren Dimensionen vertreten. Hatte er in London und auch noch in München jeweils eine 6pfündige Kanone gezeigt, so konnte er nun eine 12pfündige Kanone und eine 16pfündige Haubitze präsentieren⁸², die wiederum von Kürassen und auch von Gewehrläufen flankiert wurden. Auch der Stahlblock war mit 5000 kg mehr als doppelt so groß wie der vier Jahre zuvor zeigte.

Vor Ort kümmerte sich diesmal nicht Krupp selbst, sondern, wie bereits im Jahr zuvor in München, der Pariser Vertreter der Firma, Heinrich Haaß, um den Empfang der Kisten und die Aufstellung der Exponate. In seinen Briefen gab er eine anschauliche Schilderung der Betriebsamkeit und des Durcheinanders, die in den Wochen vor Ausstellungseröffnung herrschten.⁸³ Haaß klagte, daß das in den Champs-Élysées errichtete Hauptgebäude der Ausstellung nicht wesentlich größer sei als das Münchner, es gab aber zusätzlich einen ebenso großen Annex, der mit dem Hauptgebäude durch einen Glasgang verbunden war. Preußen sei insgesamt «sehr in den Hintergrund gestellt worden», vor allem gegenüber England, das «den besten Platz» habe.⁸⁴ Einen mühsam erkämpften guten Platz im Hauptgebäude, der allerdings nur vier Quadratmeter groß war, hatte Haaß wieder aufgeben müssen, denn er war genau über einem der Luftschächte postiert, die unter dem Hallenboden entlangliefen – so daß ein Durchbrechen des Bodens zu befürchten war, ja, es schien nicht einmal möglich, die Exponate innerhalb der Halle bis zum Firmenstand zu transportieren. Krupp mußte also mit einem Platz im Annex vorliebnehmen, es war jedoch «einer der Besten im Annexe mit herrlicher Beleuchtung mitten im Hauptgange», wie Haaß hinzufügte. Immerhin war Krupp bereits so berühmt, daß er auf einen exponierten Platz eigentlich gar nicht mehr

81 Ins Bestellbuch, in das die als Ausstellungsstücke für Paris geplanten Stücke notiert waren, machte er zu jedem einzelnen Posten eine Randbemerkung. S.: Abschrift aus Bestellbuch von November 1853 bis Dezember 1856, in: WA 9 h 618.

82 Die Gewichtsangabe bezieht sich nicht auf das Gewicht des Rohres, sondern auf dasjenige der als Ladung vorgesehenen Kanonenkugel.

83 Vgl.: WA 9 h 629.

84 Haaß an AK v. 19. 4. 1855, Abschrift in: WA 9 h 629, 1.

unbedingt angewiesen war, um beachtet zu werden, oder, wie der Ausstellungsleiter der preußischen Delegation es formulierte: «Wo Herr Krupp ausstellt – da schafft er sich selbst seinen Platz & er braucht nicht einmal Licht, da seine Sachen überall genug glänzen!»⁸⁵ Tatsächlich wurde die Kruppsche Ausstellung in den deutschen Blättern gelobt als «der Glanzpunkt der ganzen Metallindustrie [...], soweit sie im Industriepalast vertreten ist. Niemals hat man so ungeheure Stücke Gußstahl gesehen, wie die, welche Herr Krupp ausstellt».⁸⁶

Die größte Aufmerksamkeit beim Publikum erregte er wie in London wieder mit dem Gußstahlblock. Dabei unterstützte ihn diesmal der Zufall, oder eigentlich: ein Unfall. Es bereitete nämlich große Schwierigkeiten, den Block vom Bahnhof zum Ausstellungsgebäude zu schaffen. Zunächst sollte er mit einem Wagen transportiert werden, den Haaß mit einer Kupferplatte verstärkt hatte. Der Wagen brach jedoch beim Beladen sofort unter dem fünf Tonnen schweren Block zusammen. Auf dem Weg vom Hauptgebäude zu seinem Bestimmungsort im Annex kollabierte ein zweiter Wagen unter seiner Last – diesmal jedoch mitten auf der Straße, im Zentrum des Ausstellungstumultes. «Nun lag er, von Schaaren von Gaffern umgeben, von Mittags 11 Uhr bis zum anderen Morgen auf offener Straße», hieß es in der «(Augsburger) Allgemeinen Zeitung».⁸⁷ Es kostete Haaß einige Mühe und Gespräche mit verschiedenen Verantwortlichen, den Transport des Ungetüms zum Annex zu organisieren. Dort angekommen, bestand die nächste Schwierigkeit darin, ihn innerhalb der Halle zu bewegen, was auch mit untergelegten Walzen und Bohlen «sechs Stunden der angestrengtesten Arbeit» in Anspruch nahm. Dann jedoch «brach er durch Balken und Dielen und etablirte sich gemächlich auf dem nackten Boden, wo er noch in diesem Moment der Auferstehung harrt». Erst an dieser Stelle erfuhr der Reporter der «Augsburger Allgemeinen», «daß dieser ungeheure und außerdem sehr unscheinbare Klotz, welchen die Arbeiter seit zwei Tagen höchst ehrenrührig als *Sacré tête carée d'Allemand* geschimpft, wahrscheinlich der Glanzpunkt der Ausstellung sein werde». Die Bezeichnung, die sowohl Respekt als auch eine Geringschätzung des unförmigen Exponats beinhaltete, wurde bald für Krupp selbst gebraucht, schien er doch die deutsche Dickschädeligkeit und den mehr durch Kraft und Militär als durch Eleganz und verfeinerte Lebensart geprägten preußischen Nationalcharakter in den Augen der Franzosen geradezu idealtypisch zu verkörpern.

Der Block war durch die Unfälle zur Sensation geworden und wurde allgemein bestaunt. Daß Krupp die Lektion hieraus sehr genau gelernt hat, wird an einem Vorfall von 1867 deutlich, als wiederum bei den Vorbereitungen zur Weltausstellung der Transport der Riesenkanone Probleme bereitete. Krupp wies Haaß an,

85 Ebd.

86 Abschrift aus: «Allgemeine Politische Nachrichten», Essen, v. 31. 8. 1855, in: WA 9 z 82, 2.

87 Hier u. i. folgenden: Nachdruck des Artikels in den «Allgemeinen Politischen Nachrichten», Essen, Nr. 54 vom 6. 5. 1854, Abschrift in: HA Krupp Sachkartei Grupp N II 10.

den Transport auf keinen Fall abzusagen. Die Kanone müsse auch unter den widrigsten Umständen nach Paris gebracht werden: «Je mehr Schwierigkeiten und je mehr Umstände, je mehr Spectacle, bruit und relief für die Fabrik.»⁸⁸

Auch auf der zweiten Weltausstellung erhielt Krupp wiederum die höchste Auszeichnung, eine von insgesamt fünf großen Ehrenmedaillen, die nach Preußen gingen. Außer der Essener Gußstahlfabrik wurden die Lokomotivfabrik Borsig in Berlin ausgezeichnet, die Stadt Solingen für ihre Waffen-, vor allem Säbelindustrie, das Hüttenwerk Hörde und der Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation.⁸⁹ Dies letztere war für Krupp besonders ärgerlich, wurde doch damit sein direkter Konkurrent auf eine Stufe mit ihm gestellt.⁹⁰ Der Bochumer Verein wurde für Kirchenglocken aus Gußstahl ausgezeichnet, die nach dem von Jacob Mayer, dem Gründer und technischen Kopf des Bochumer Vereins, entwickelten Stahlformguß direkt in die Form gegossen wurden. Da der Formguß bis dahin nur bei dem dünnflüssigeren Roheisen möglich war, während der zähflüssigere Stahl gereckt und geschmiedet werden mußte, behauptete Krupp, daß es sich bei dem von Mayer verwendeten Material nicht um Stahl, sondern lediglich um Roheisen handeln könne. Krupp und Mayer lieferten sich über Jahre eine wesentlich in den Zeitungen ausgetragene Auseinandersetzung, die ihren Höhepunkt während der Pariser Weltausstellung hatte.⁹¹ Krupp unterlag in der Sache und erweckte auch durch die Art seines Auftretens einen schlechten Eindruck, so daß das Ergebnis dieser zweiten Weltausstellung nicht ganz so glänzend war wie das der Londoner Vorgängerin.

Die Würdigung von Krupps besonderem Talent für Öffentlichkeitsarbeit, das sich auf den Weltausstellungen bemerkbar machte, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Öffentlichkeit an sich nicht der eigentliche Adressat war – was sich aus der Kundenstruktur der Firma ergibt. Krupp war kein Hersteller von Konsumartikeln, die in einem breiten Publikum Verwendung fanden, sondern von Spezialprodukten für einen kleinen Kundenkreis. Neben den bereits erwähnten Militärs, den Edelmetallverarbeitern und Münzen als Abnehmern seiner Walzen waren es besonders die Ingenieure und Techniker der Eisenbahngesellschaften. Sein eigentlicher Adressat war also nicht die allgemeine Öffentlichkeit, sondern die spezialisierte Fachöffentlichkeit, was besonders an seiner Art des Umgangs mit Zeitungen deutlich wird.⁹² Gerade um die Spezialisten zu erreichen, waren die Weltausstellungen hervorragend geeignet, denn hier gab sich die internationale Fachwelt ein Stelldichein. Krupp wies denn auch seinen Agenten Haab

88 AK an Haab v. 7. 2. 1867, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 114f..

89 Vgl.: «Allgemeine Politische Nachrichten», Essen, v. 16. 11. 1855, Abschrift in: HA Krupp Sachkartei Gruppe N II 10.

90 Vgl. a.: Amtlicher Bericht über die Allgemeine Pariser Ausstellung von Erzeugnissen

der Landwirtschaft, des Gewerbefleißes und der schönen Künste im Jahre 1855, Berlin o.J., 783; Abschrift in: WA 80/26.

91 S. hierzu u.: Kap. I.3.C: Der Gußstahlglockenstreit.

92 S. hierzu u.: Kap. I.3.C: Der Gußstahlglockenstreit.

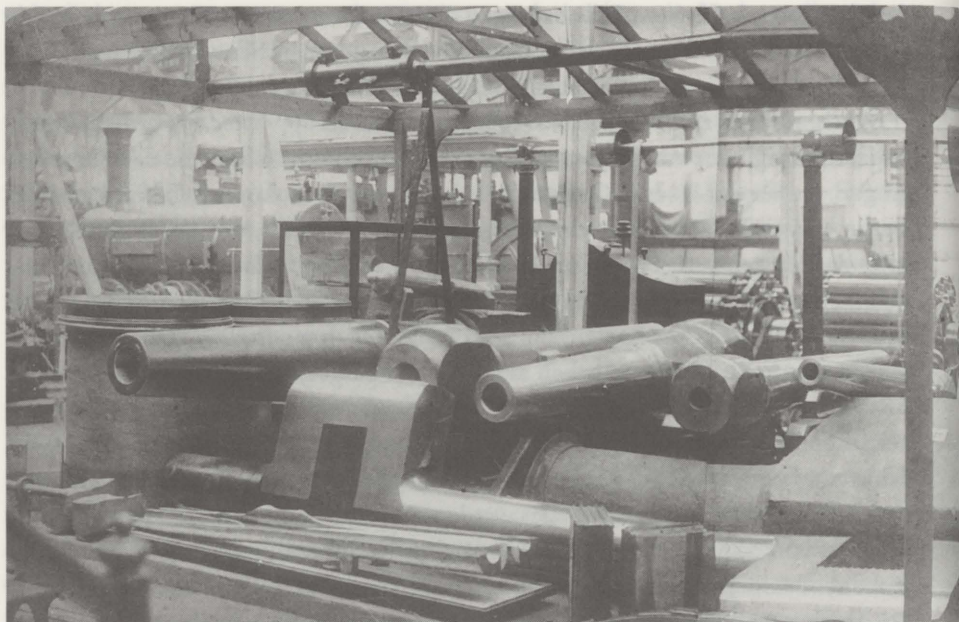


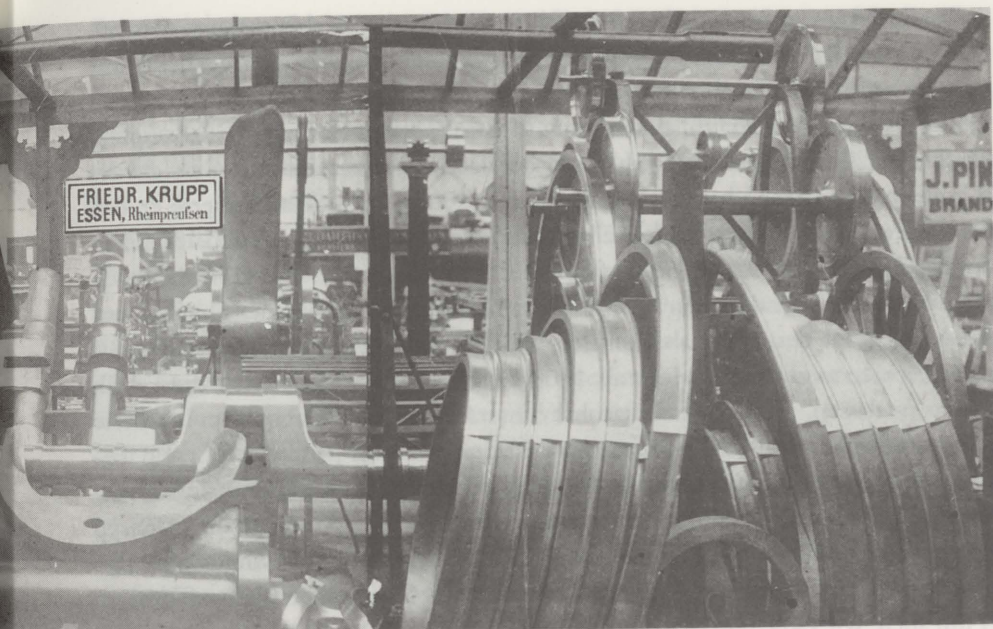
Abbildung 4: Der Kruppsche Stand auf der Weltausstellung in London 1862 mit nachträglich einmontiertem Firmenschild.

an, keine Gelegenheit ungenutzt zu lassen, um neue Kontakte zu knüpfen und Kunden zu gewinnen.

«Hoffentlich haben Sie bald von Eisenbahnleuten zu berichten, Urtheile und Bestellungen auf Locomotiv Krummachsen. Sie müssen die Leute durch Besuch einladen, und wenn Sie dieselben nicht getroffen haben, sie schriftlich zur Ansicht der Ausstellung einladen, dann haben Sie eine bessere Anknüpfung, als wenn dieselben kommen, die Sachen sehen und wieder gehen. Wenn Sie d. H. Schneider sehen und kennen lernten wäre gut, da er das bedeutende Werk von Creuzot dirigiert. Gut wäre es, das gedruckte Verzeichnis gleich dabei einzusenden, damit das Interesse erhöht wird. Lassen Sie keinen vorbeigehen ohne anzuknüpfen und die Adressen zu verzeichnen, er mag kommen von was für einem Winkel der Erde, damit unsere Verbindungen sich immer mehr verzweigen.»⁹³

Wiederum wird das große Gespür Krupps für Vermarktung deutlich, wenn er anregte, aktiv auf die bisherigen und potentiellen Kunden zuzugehen, sie zu einem Besuch des Ausstellungsstandes einzuladen und nicht nur ein Angebot bereit zu halten und auf deren Kommen zu warten. Die Initiative sollte hierbei und auch bei der Anknüpfung von neuen Kontakten von Haaß ausgehen. Auch hier verwies Krupp wieder auf das Verzeichnis der Ausstellungsgegenstände, das

93 AK an Heinrich Haaß v. 19. 6. 1855, in: WA 9 h 201, 2, auch in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 186 f.



bei den Einladungen als Werbemittel eingesetzt werden sollte, um das Interesse für die Produkte der Firma zu erhöhen. Das war kein zünftisches, handwerksmäßiges Verhalten, sondern entsprach vollständig dem beginnenden Industriezeitalter.

Die dritte Weltausstellung fand 1862 wieder in London statt, sie konnte aber nicht an den Glanz der ersten heranreichen. Einerseits drückte der Tod von Prinz Albert, der am 14. 12. 1861 gestorben war, die Stimmung, vor allem aber fürchteten die englischen Fabrikanten, daß der Technologietransfer zu ihren Ungunsten verlaufen würde. Diesmal kamen 2875 deutsche Firmen nach London, ebenso viele wie aus Frankreich. Den Franzosen gegenüber wurden die Deutschen aber bei der Zuteilung der Ausstellungsfläche erheblich benachteiligt: Sie erhielten insgesamt nur ein Drittel des den Franzosen zugestandenen Platzes, der zudem vergleichsweise ungünstig gelegen und schlecht beleuchtet war.⁹⁴ Auch Krupp mußte sich mit einem wenig vorteilhaften Platz begnügen, was sogar die «Times» zu der empörten Frage veranlaßte: «Wessen Fehler ist das? Offenbar stehen Talg, Spielwaren und Eingemachtes sehr hoch in der Achtung der Kommissarien Ihrer Majestät.»⁹⁵

94 Vgl.: Paquet, *Das Ausstellungsproblem in der Volkswirtschaft*, 159.

95 Vgl.: Abschrift aus «Essener Zeitung» v.

22. 8. 1862, dort wird der Artikel der «Times» in Übersetzung wiedergegeben, in: WA 9 z 108.

Diesmal kam er bereits als Berühmtheit. Krupp'scher Stahl war zum Begriff, zum Symbol für besondere Härte geworden, von der in- und ausländischen Konkurrenz wurde der Essener Fabrikant gefürchtet. Dennoch verwendete er noch immer viel Sorgfalt darauf, seinen Ruf auf den Weltausstellungen zu behaupten. Mit einem 20 t schweren Gußstahlblock, der damit fast das zehnfache Gewicht des «Großpapas» von 1851 hatte und mit schweren Geschützen demonstrierte er, daß die Firma mittlerweile die Herstellung auch sehr großer Mengen Gußstahl in durchgängig gleichmäßiger Beschaffenheit sicher beherrschte. Die Geschütze waren nicht mehr in erster Linie Schaustücke seines Könnens sowie der Qualität und Anwendbarkeit des Materials, sondern wurden seit 1859 auch von der preußischen Armee angeschafft. Mehr als 1000 Geschützrohrlöcher hatten die Fabrik bereits verlassen. Sechs Geschützrohre unterschiedlichen Kalibers präsentierte Krupp, vom Vierpfünder bis zum 110pfünder, dazu als größtes Rohr ein Festungsgeschütz von 50.000 Pfund Gesamtgewicht.⁹⁶ Auch für seine Walzen, Achsen und Bandagen bescheinigte der amtliche Bericht über die Ausstellung Krupp wieder «ganz außerordentliche Leistungen» und bestätigte die «vorzügliche Beschaffenheit» des Stahls, der den englischen in einigen Bereichen übertreffe, wenn er ihn auch, wie einschränkend vermerkt wird, nicht in allen Bereichen erreiche.⁹⁷ Dennoch erhielt Krupp diesmal keine der höchsten Auszeichnungen, sondern mußte sich mit zwei bronzenen Medaillen bescheiden.⁹⁸

Das war eine Enttäuschung, denn nach den Erfolgen in Berlin und München, London und Paris schien eine höchste Auszeichnung Krupp fast selbstverständlich zuzufallen, und er legte auch nach wie vor Wert darauf. Aus diesem Grund hatte er auch das Angebot des preußischen Handelsministers abgelehnt, als einer der Juroren für Stahlwaren zu fungieren, denn ein Preisrichteramt hätte es ausgeschlossen, selbst ausgezeichnet zu werden. Wenn er die Aufgabe selbst nicht übernehmen wollte, so war ihm auch daran gelegen zu verhindern, daß etwa einer seiner Konkurrenten sich hierzu bereit finden würde. Er legte v. d. Heydt deshalb nahe, statt dessen einen Abnehmer von Stahlprodukten oder einen Großhändler als unparteiischen Juror zu verpflichten.⁹⁹ Ebenso wie in der Politik zeigt sich auch hier, daß Krupp nicht bereit war, das Interesse der Firma zugunsten von Ehrenämtern oder patriotischen Pflichten zurückzustellen.

Wenn ihm auch die Jury die höchste Auszeichnung verweigerte, die Zeitungen waren wiederum voll des Lobes: «The improvements in steel making can hardly be overestimated, Krupp's contribution to the Exhibition being one of the most extraordinary visible illustrations of progress in this respect.»¹⁰⁰ Auch die Essener

96 Vgl.: Abschrift aus: Amtlicher Bericht über die Industrie- und Kunstausstellung zu London im Jahre 1862, Berlin o.J., 275, in: WA 80/26.

97 Vgl.: Ebd.

98 WA 9 a 98.

99 Vgl.: Handelsminister v. d. Heydt an AK v. 17. 2. 1862, in: WA 3/3; AK an Handelsminister von der Heydt vom 21. 2. 1862, in: AK BN 8 (FAH 2 M 78.8), 41 f.

100 «The Engineer» v. 25. 4. 1862, Abschrift in: HA Krupp Sachkartei Grupp N II 8.

Zeitung jubelte: «In der am 1. Mai zu eröffnenden Welt-Industrie-Ausstellung zu London werden die Erzeugnisse der Kruppschen Gußstahlfabrik zu denjenigen Gegenständen gehören, welche vor Allem die Blicke der Beschauer auf sich ziehen und auch bei englischen Fabrikanten Bewunderung finden werden.» Die Fabrik wurde als «eine der ersten Zierden der deutschen Industrie» bezeichnet, denn «selbst die größten Anstalten Altenglands müssen gegen die Riesenprodukte dieser Gußstahlfabrik zurückstehen».¹⁰¹ Ein paar Monate später zitierte das Blatt die «Berliner Börsen-Zeitung» folgendermaßen: «Die Krupp'schen Gußstahl-Fabrikate auf der letzten Londoner Weltausstellung erregten bekanntlich allgemeines Aufsehen und begründeten den Weltruf des Etablissements aufs Neue.»¹⁰² Auch «The Engineer» zeigte sich von den Fortschritten der Stahlherstellung beeindruckt, die Krupp besonders eindrucksvoll sichtbar mache.¹⁰³

Diese hymnischen Lobesworte dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß Krupp dieses Mal vom allgemeinen Publikum nicht in dem gleichen Maße wie bei den ersten Weltausstellungen beachtet wurde. Trotz der gigantischen Ausmaße der Exponate beschränkte sich das Besucherinteresse doch stärker als früher auf das Fachpublikum, was zum Teil allerdings wohl dem ungünstigen Platz zuzuschreiben war.¹⁰⁴

Die vierte Weltausstellung fand erneut in Paris statt, das Ausstellungsgelände auf dem Marsfeld war vom 1. April bis zum 3. November 1867 geöffnet. Neben den ersten mechanischen Aufzügen war die Kruppsche Riesenkanone, ein Unge-
tüm mit einem Gewicht von 100.000 Pfund, also 50 Tonnen, die Sensation dieser Schau. Das Rohr war auf einer Gußstahllafette montiert und für ein Geschöß von 1000 Pfund ausgelegt. Krupp setzte damit die 1851 begonnene Praxis fort, zur Weltausstellung jedesmal die größte Kanone zu zeigen. Diesmal handelte es sich, wie schon 1851, um einen Prototyp, für den noch keine Bestellungen vorlagen. Selbst Schießversuche hatten noch nicht stattgefunden. Die Riesenkanone wurde in erster Linie als Zeugnis der höchsten Perfektion in der Metallbearbeitung bestaunt, denn das Gelingen dieser großen Güsse, die aus Tiegeln von jeweils nur 60 Pfund zustandekamen, erforderte eine perfekte Arbeitsorganisation und höchste Disziplin und Konzentration aller Beteiligten.¹⁰⁵ Ganz in diesem Sinne präsentierte die «Illustrierte Welt» ihren Lesern das Geschütz: Als Ergebnis des Könnens deutscher Metallarbeiter, das die französischen Militärs neugierig bestaunen.¹⁰⁶ Die politischen Spannungen zwischen Preußen und Frankreich steigerten zwar das Interesse der französischen Artilleristen, doch die meisten bezweifelten, daß das Geschütz, das als Waffe zur Küstenbefestigung präsentiert wurde, jemals mili-

101 «Essener Zeitung» v. 27. 4. 1862, Abschrift in: WA 9 z 108.

102 «Essener Zeitung» v. 14. 1. 1863, Abschrift in: HA Krupp Sachkartei Gruppe N II 8.

103 «The Engineer» v 25. 4. 1862, Abschrift in: HA Krupp Sachkartei Gruppe N II 8.

104 Vgl.: Bucher, *Die Londoner Industrie-Ausstellung 1862*, 125 f.

105 «Standard» v. 11. 11. 1867, in: WA 14/67; vgl.: Reif, «Ein seltener Kreis von Freunden», 58 ff.

106 «Illustrierte Welt» Nr. 1 1868.

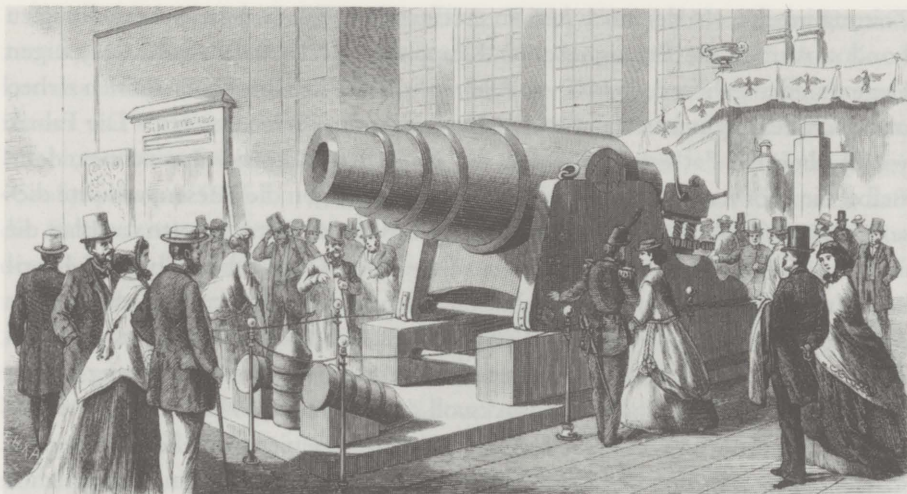


Abbildung 5: Die Kruppsche Tausendpfünder-Kanone auf der Pariser Weltausstellung von 1867.

tärische Bedeutung erlangen würde. Einige vermuteten sogar, daß sie angesichts der für ein Geschöß von 1000 Pfund nötigen gigantischen Pulvermengen schon beim ersten Schuß bersten würde.¹⁰⁷

Für die französische Öffentlichkeit gewann die Kanone vor allem im nachhinein an Bedeutung. Sie wurde als Vorbote der Niederlage im deutsch-französischen Krieg gedeutet. «Je le vois encore», notierte E. Malo noch 1900, «renfrogné et menaçant, niché dans son petit temple d'ordre dorique, solennel comme une sorte de dieu nouveau.» Dabei habe man die Kanone nicht wirklich als bedrohlich empfunden, sondern eher als Kuriosität belächelt. «Typisch deutsch» sei sie gewesen in ihrer Monstrosität und Häßlichkeit, man habe sie bestaunt «comme l'éléphant du jardin des Plantes» ohne auf die Idee zu kommen, daß sie eines Tages die Stadt bombardieren könnte. Doch vier Jahre später trat genau dies ein. Die Riesenkanone und die Reaktion der französischen Öffentlichkeit auf sie wurden damit als Antizipation der Konstellation von 1870/71 gedeutet, als der martialische deutsche Militarismus über die friedfertige, im Grunde höherstehende französische Kultur habe siegen können, weil die Bedrohung nicht rechtzeitig gesehen worden sei.¹⁰⁸

Einmal mehr wurde Krupp damit identifiziert mit dem wirtschaftlich, politisch und militärisch aufstrebenden Preußen.¹⁰⁹ Dies lag durchaus in Krupps Interesse, der genau diese Identifikation denn auch nach Kräften verstärkte.

So, wenn er den Sieg Preußens im deutsch-österreichischen Krieg des vorangegangenen Jahres mit seinen Kanonen in Verbindung brachte. Zwar führten die

107 Vgl.: «Standard» v. 11. 11. 1857.

108 Malo, «L'Art de tuer». *Guide de l'Exposition universelle de 1889*, 75 f.

109 Im gleichen Maße wurden in Frankreich die Schneider-Werke aus Le Creusot als Sinnbild des französischen Aufholens gegenüber

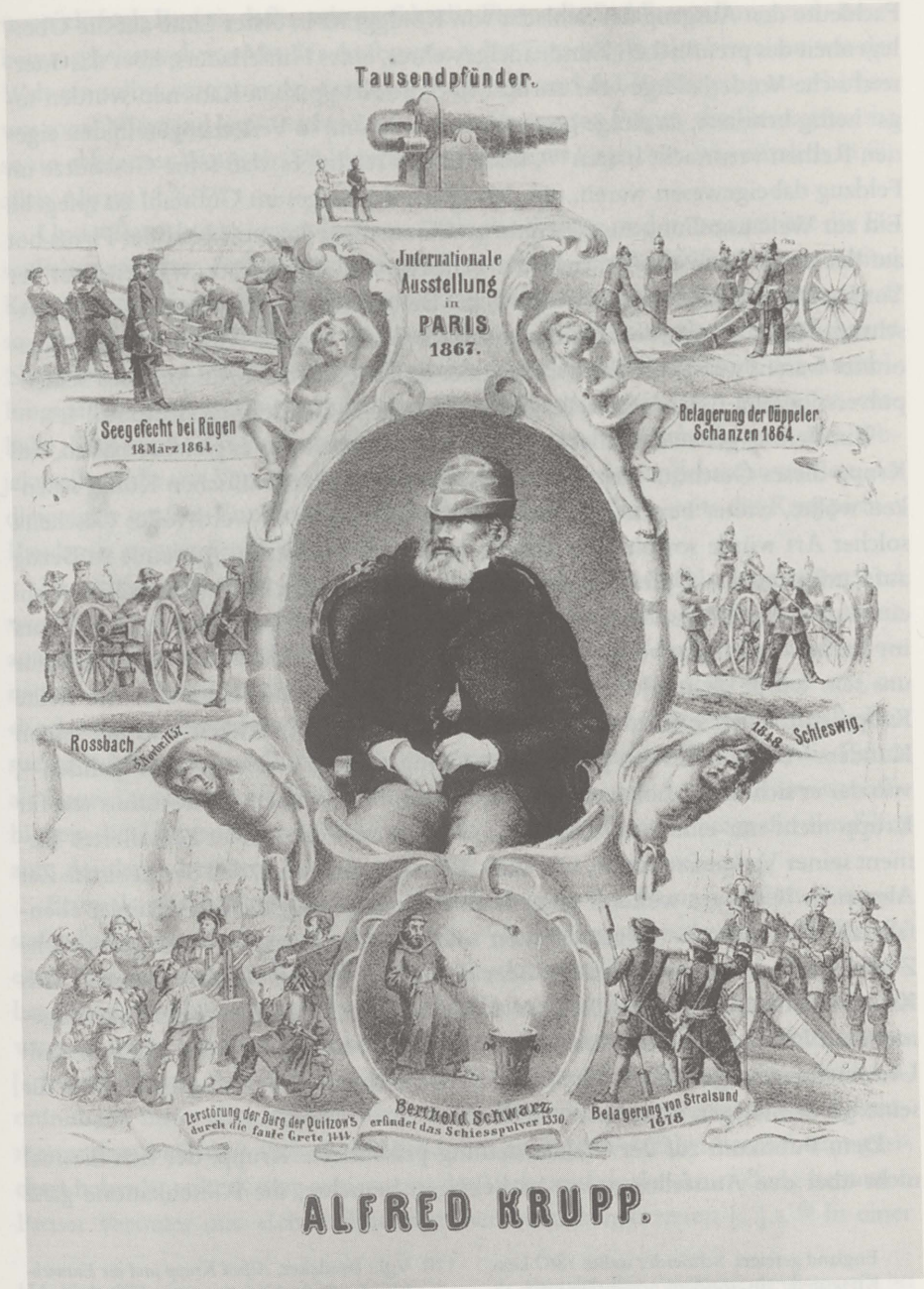


Abbildung 6: Schmuckblatt zur Weltausstellung in Paris 1867.

Vorderseite: Um Alfred Krupp als Zentralfigur wird in mehreren Episoden der Fortschritt in der Geschütztechnik illustriert.

Fachleute den Ausgang der Schlacht von Königgrätz in erster Linie auf die Überlegenheit des preußischen Zündnadelgewehres, eines Hinterladers, über das österreichische Vorderladergewehr zurück, und die Kruppschen Kanonen wurden sogar heftig kritisiert, da einige gesprungen waren und so Verletzungen in den eigenen Reihen verursacht hatten¹¹⁰, doch Krupp reichte es, daß seine Geschütze im Feldzug dabeigewesen waren, um den Glanz des Sieges im Gußstahl zu spiegeln. Ein zur Weltausstellung angefertigtes großformatiges Schmuckblatt der Firma bot auf der einen Seite eine Ansicht der Schlacht von Königgrätz, während auf der Vorderseite Alfred Krupp als wesentlicher Beförderer des militärtechnischen Fortschritts dargestellt wurde. In mehreren Bildern, die um das Portrait Krupps angeordnet waren, wurde die Entwicklung der Kanone seit der Erfindung des Schießpulvers im Jahr 1330 dargestellt, gipfelnd in der Tausendpfünderkanone.¹¹¹

Ein Beitrag genau kalkulierter Öffentlichkeitsarbeit war es gleichermaßen, daß Krupp dieses Geschütz nicht verkaufen, sondern dem preußischen König schenken wollte, wie er bereits am Jahresanfang plante. «Ein so werthvolles Geschenk solcher Art würde sowohl dem Credit der preuß. Nation im Auslande in Bezug auf Patriotismus u. Opferwilligkeit als dem Etablissement im Auge der Welt wohl einen größeren Dienst leisten, als dies Opfer selbst werth ist», teilte er der Prokura im April mit. «Ich glaube, daß Verkauf sogar à 100.000 Thaler nicht so nützlich für uns sein würde als [ein] Geschenk.»¹¹² Höher als den sofortigen Gewinn stellte Krupp damit den Effekt, die Wirksamkeit in der Öffentlichkeit und bei seinen Kunden – besonders beim preußischen König als dem bedeutendsten Kunden –, von der er sich um so höhere zukünftige Gewinne versprach. Patriotismus war für Krupp nicht nur eine Geisteshaltung, sondern auch ein genau kalkuliertes Element seiner Verkaufsstrategie, was auch daran deutlich wird, daß der russische Zar Alexander II. als ein weiterer guter Kanonenkunde ein gleiches Exemplar ebenfalls als Geschenk der Firma erhalten sollte. Und selbst wenn «der patriotische Zweck nicht vollkommen realisiert oder gewürdigt werden würde», versprach sich Krupp von dem Geschenk «Credit und Wohlwollen».¹¹³ Neben diesem eher allgemeinen Nutzen einer positiven Grundhaltung des Königs und der Minister dem Unternehmen gegenüber wollte er mit dem Geschenk aber auch ganz konkret für seine großkalibrigen Kanonen werben.

Dem Publikum auf der Weltausstellung präsentierte Krupp, der sich diesmal nicht über den Ausstellungsplatz zu beklagen brauchte, die Riesenkanone ganz

England gefeiert. Schneider stellte 1867 kein Kriegsgerät aus, sondern präsentierte sich als die friedfertige, friedliebende Stahlfirma und damit als Exponent des friedliebenden Frankreich gegenüber dem bellizistischen Preußen mit seinem Kanonenfabrikanten Krupp. Vgl.: Mathieu, *Les Etablissements Schneider et les Expositions universelles*.

110 Vgl.: Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 64 ff.

111 WA 16 m 119.

112 AK an die Firma v. 5. 4. 1867, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 125.

113 AK an Pieper v. 8. 4. 1867, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 131.

wesentlich als Beweis dafür, wie perfekt die Firma die Stahlherstellung und -bearbeitung beherrschte. «Mit der Anfertigung der Tausendpfünder beweisen wir der Welt ein selbst vertrauendes kräftiges Vorgehen und die Befähigung zu schaffen, was sonst Niemand kann», schrieb er seinem Vertrauten Pieper, die Firma erwerbe so «in eclatanter Weise ein Weltvertrauen zu unserer Capacität, was nützlich ist für allen Absatz [...]». ¹¹⁴

Und «aller Absatz» waren in erster Linie die Walzen und immer stärker die Eisenbahnprodukte: Federn, Achsen, und vor allem die Radreifen. Wenn Alfred Krupp an der Vorbereitung der Ausstellung auch nicht mehr ständig beteiligt war, so verfolgte er die Planungen doch sehr genau. So bemängelte er brieflich von Nizza aus, wo er die Wintermonate verbrachte, daß das Verzeichnis der Ausstellungsgegenstände nur einen einzigen der nahtlos geschmiedeten Radreifen enthalte. Dies werde der Bedeutung dieses Produktes nicht gerecht. Neben dem Objekt selbst solle ein Verzeichnis «groß in die Augen fallend» angebracht werden, das diejenigen großen Eisenbahngesellschaften aufführte, die bereits die Kruppschen Bandagen verwendeten. ¹¹⁵

Die Präsentation der Firma wurde durch solche Wandtafeln unterstützt und wiederum durch ein ausführliches Verzeichnis der Ausstellungsgegenstände sowie auch durch Fotografien. ¹¹⁶ Fotokarten mit Ansichten der Fabrikanlagen sollten einerseits, was bereits seit einiger Zeit im direkten Kundenkontakt üblich war, an «hochstehende Personen» verschenkt und zudem auf dem Stand selber für alle Besucher sichtbar ausgestellt werden. Nicht nur die Produkte selbst, auch die Firma als Ganzes wurde damit inszeniert, deren Aufgeschlossenheit und Innovationsfähigkeit die Verwendung des immer noch neuen Mediums Fotografie sinnfällig zum Ausdruck brachte. ¹¹⁷

Erstmals wurden 1867 auch die Sozialleistungen der Firma ausführlich vorgestellt. Es war innerhalb der Ausstellung eine eigene Gruppe eingerichtet für Sozialeinrichtungen, also für alle diejenigen Institutionen und Maßnahmen, die der Verbesserung der physischen und moralischen Lage der unteren Schichten dienen. Es wurden auch besondere Preise vergeben «für solche Personen Etablissements [...], welche durch ihre Organisation oder durch besondere Einrichtungen und Anordnungen unter allen an derselben Arbeit Beteiligten ein einträchtiges Zusammenwirken befördert und die leibliche und geistige Wohlfahrt der Arbeiter gesichert haben!», teilte Krupp seinem mit der Vorbereitung der Ausstellung betrauten Pariser Vertreter mit. «Ich beabsichtige hierbei zu concurrieren [...]». ¹¹⁸ In einer

114 Ebd., 134.

115 Vgl.: AK an die Firma v. 11. 4. 1867, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 136. Darin noch weitere detaillierte Anweisungen für die Präsentation der Firma.

116 Seit 1861 gab es in der Fabrik eine eigene Abteilung für Fotografie, die «Graphische

Anstalt». Zur Geschichte der Fotografie bei Krupp s.: Tenfelde (Hrsg.), *Bilder von Krupp*, darin besonders Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 41–66.

117 S.u. Kap. I.3.B: Die ersten Werbemittel.

118 Fried. Krupp, Essen, an Fried. Krupp, Paris, v. 16. 1. 1867, in: WA 3/28, 55.

französischsprachigen Broschüre wurden nach einigen statistischen Angaben zum Werk die Sozialleistungen der Firma aufgelistet, angefangen von der Kranken- und Pensionskasse über den Werkwohnungsbau – wobei besonders die Bemühungen um Hygiene hervorgehoben wurden – bis hin zur werkseigenen Bäckerei, der Keimzelle der späteren Konsumanstalt. Die Werkskrankenkasse wurde durch den Abdruck des Statutes und eine tabellarische Darstellung ihrer Einnahmen und Leistungen ausführlicher vorgestellt. Bezeichnenderweise wurde auch die Bezahlung der Arbeiter nach Akkord angeführt als eine Maßnahme, die dem Wohl des Volkes diene, denn auf diese Weise werde der tüchtige und aktive Arbeiter belohnt. Sozialleistungen umfaßten im Verständnis der Zeit durchaus nicht nur finanzielle Zuwendungen, sondern beinhalteten auch Anstrengungen zur Erziehung der Arbeiter.¹¹⁹ Als weiterer Leistungsanreiz wurden die Geschenkscheine angeführt. Es sei wohl wesentlich auf diese Sozialleistungen zurückzuführen, heißt es schließlich, «que jusqu'à présent aucun conflit entre les ouvriers et le patron n'a encore eu lieu».¹²⁰

Die Beteiligung der Firma Krupp an den späteren Weltausstellungen

Spätestens bis zur vierten Weltausstellung stand das Schema fest, nach dem die Beteiligung der Firma Krupp durchgeführt wurde. Trotz Veränderungen und Abweichungen hielt man an diesem Muster auch nach der Reichsgründung weitgehend fest. Im folgenden sollen daher nicht die einzelnen Weltausstellungen je für sich geschildert, sondern die weitere Entwicklung nach systematischen Kriterien verfolgt werden.

Dank seines Talents für Öffentlichkeitsarbeit war es Krupp bereits auf der ersten Weltausstellung 1851 gelungen, sich einen internationalen Ruf zu erwerben, den er auf den folgenden nationalen und internationalen Industrieausstellungen bestätigte.¹²¹ Medaillen bildeten dabei den sichtbaren Ausdruck der offiziellen Anerkennung, und selbst als die Firma bereits Weltruf hatte, blieb es ein Anreiz zur Teilnahme an den Weltausstellungen, eine solche Auszeichnung zu erlangen. Krupp wurde stets ausgezeichnet, meistens sogar mit der höchsten Stufe (siehe Tabelle).

Die Medaillen brachten Prestige für die Firma, das sich recht schnell in ökonomischen Nutzen umwandeln ließ. Söllings 1851 geäußerte Bedenken bewahrheiteten sich also nicht. So blieb das Interesse der Firma an Selbstdarstellung vor einem großen Publikum groß nach dem regelmäßigen, fast schon selbstverständlichen Erfolg Krupps auf den Gewerbe- und den ersten vier großen Weltausstellungen. Mit viel Aufwand wurde auch die Darstellung der Firma 1873 in Wien vorbereitet, auf der sich das politisch geeinte Deutsche Reich nach dem militärischen Tri-

119 S. hierzu: Beitz, «Das wird gewaltig ziehen und Früchte tragen...».

120 Acierie de M. Fried. Krupp à Essen, Institutions et Dispositions établies dans le but

d'améliorer la Situation morale et physique de ses ouvriers, qui, avec leurs familles, comptent 25.000 âmes, Paris 1867, in: S2 FK 8.1/1, p. 7.

121 Vgl.: von Klass, *Die drei Ringe*, 83.

Auszeichnungen und Preise, die der Firma Fried. Krupp bis 1900
auf Ausstellungen verliehen wurden:

Jahr	Ort	Art der Ausstellung	Auszeichnung
1844	Berlin	Allgemeine Deutsche Gewerbeausstellung	1 Goldmedaille
1851	London	Great Exhibition of the Works of Industry of all Nations	Council Medal
1852	Düsseldorf	Provinzial-Gewerbeausstellung für Rheinland und Westfalen	Erster Preis
1854	München	Allgemeine deutsche Industrieausstellung	Gr. Gedenkmünze goldene Medaille für Kunst und Industrie
1855	Paris	Weltausstellung	Gr. Ehrenmedaille in Gold
1862	London	Weltausstellung	2 Bronzemedailen
1867	Paris	Weltausstellung	1 Goldmedaille 1 Silbermedaille
1873	Wien	Weltausstellung	Ehrendiplom als höchste Auszeichnung
1876	Philadelphia	Weltausstellung	2 Bronzemedailen*
1876	Brüssel	Exposition et Congrès d'Hygiène et de Sauvetage	1 Goldmedaille 1 Bronzemedaille
1878	Paris	Weltausstellung	nicht teilgenommen
1879	Sydney	Weltausstellung	1 Goldmedaille 1 Bronzemedaille
1880	Melbourne	Weltausstellung für Stahlfabrikate	1 Goldmedaille
1880	Düsseldorf	Kunst- und Gewerbeausstellung	keine Teilnahme am Medaillenwettbewerb
1883	Berlin	Hygiene-Ausstellung	1 Goldmedaille
1889	Paris	Weltausstellung	nicht teilgenommen
1893	Chicago	Weltausstellung	20 Diplome 13 Medaillen
1900	Paris	Weltausstellung	1 Diplom 3 (?) Bronzemedailen für Wohlfahrtseinrichtungen

* Vgl. WA 9 a 98. Nach einer Aufstellung in WA 7 f 666 erhielt die Firma 1876 drei Diplome und drei Bronzemedailen. Quelle: WA 9 a 98; WA 7 f 666.

umph über Frankreich präsentierte.¹²² Die Firma Krupp war hier erstmals mit einem eigenen Pavillon vertreten.¹²³ Es war die letzte Weltausstellung in Europa, an der Krupp teilnahm, denn 1878 in Paris war Deutschland aufgrund der gespannten Beziehungen zu Frankreich überhaupt nur mit einer kleinen Kunstausstellung ver-

122 Zur Wiener Weltausstellung von 1873 allgemein s.: Pemsel, *Die Wiener Weltausstellung von 1873*; Roschitz, *Wiener Weltausstellung 1873*.

123 Auch in Düsseldorf 1880 und in Chicago 1893 errichtete die Firma jeweils einen eigenen Pavillon.

treten¹²⁴, 1900 präsentierte die Firma lediglich die Wohlfahrtseinrichtungen. Die Wiener Ausstellung setzte mit etwa 70.000 Ausstellern den bisherigen Trend des «immer-mehr-immer-größer» fort. Das Besucherinteresse blieb aber zumindest in den ersten Monaten hinter den Erwartungen zurück, so daß es bereits hieß, «daß der Gewinn aus dem Unternehmen nicht mit den gebrachten Opfern in Einklang stand»¹²⁵, obwohl Deutschland in der Menge der ersten Preise alle anderen Nationen übertraf. Es ist nicht zu ermitteln, ob dies auch für Krupp galt. Zunächst wurde die Ausstellungspraxis der Firma jedenfalls nicht geändert. Das mag auch am Inhaber selbst gelegen haben, der in Erinnerung an die frühen Erfolge nicht von den Weltausstellungen lassen mochte. Wenn er sich auch besonders nach 1870 mehr und mehr aus dem täglichen Geschäft und auch von den Ausstellungsvorbereitungen zurückzog, so nahm er doch brieflich weiterhin Anteil und gab auch stets detaillierte Anweisungen.¹²⁶

Die drei überseeischen Weltausstellungen der 1870er Jahre fanden also durchaus noch mit Kruppscher Beteiligung statt, allerdings abgestuft nach der Bedeutung des Gastlandes als Markt für das Unternehmen. Amerika, Ausrichter der Weltausstellung von 1876 in Philadelphia, war da natürlich wichtiger als Australien, 1879 in Sydney und 1880 auf der Weltausstellung für Stahlfabrikate in Melbourne, die daher mit geringerem Repräsentationsaufwand beschickt wurden. Krupp als Firma von Weltruf und zudem als Waffenproduzent gewann dabei auch für die Selbstdarstellung des Reiches an Bedeutung, sie wurde eines der wichtigsten Aushängeschilder der aufstrebenden Industrie. Alfred Krupp hinterfragte diese Stellung und die Kosten, die sie verursachte, nie, hatte er doch stets genau darauf hingearbeitet, als «Nationalwerk» betrachtet zu werden. Er unterschied sich damit von Kollegen und Konkurrenten wie Louis Baare, der bereits 1876 die Höhe der Repräsentationskosten für das Deutsche Reich beklagte. Zwar sei die Industrie «für den Ruhm des Deutschen Reiches [...] jederzeit bereitwillig eingetreten, auf dem kostspieligen Felde der internationalen Ausstellungen», doch angesichts der Wirtschaftskrise sei das künftig nicht mehr möglich.¹²⁷

Diese Art der Kalkulation erlangte nach dem Tod des bis zuletzt ausstellungsbegeisterten Alfred Krupp 1887 auch in Essen größeres Gewicht. Nach einem Jahrzehnt ohne Weltausstellung in den 1880er Jahren änderte sich hier die Stimmung

124 Vgl. hierzu: Kroker, *Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert*, 38 f.; Pohl, *Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert und die Nichtbeteiligung Deutschlands in den Jahren 1878 und 1889*, 398 ff.

125 Amtlicher Bericht, 80, zit. n.: Paquet, *Das Ausstellungsproblem in der Volkswirtschaft*, 165.

126 Alfred Krupp drängte z. B. darauf, «zur Amerikanischen Ausstellung ein Monstrestück auszustellen, wie es bisher nicht geliefert worden ist», obwohl die Prokura ange-

sichts der hohen Kosten ungern an den schweren Geschützen arbeiten ließ. AK an die Prokura v. 22. 7. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 302.

127 Baare sprach sich mit diesem Argument gegen eine Beteiligung an der Pariser Weltausstellung von 1878 aus, die dann aus politischen Gründen unterblieb. Louis Baare in den «Neuen Rheinischen Wochenblättern» v. 15. 12. 1876, zit. n.: Kroker, *Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert*, 38.

bis zur nächsten Weltausstellung 1893 in Chicago, die Amerika, wenn auch mit einem Jahr Verspätung, zur Feier des 400. Jahrestages der Landung von Christoph Columbus ausrichtete. Das Direktorium sprach sich gegen eine Beteiligung aus, denn man rechnete nicht damit, daß eine Teilnahme das Amerikageschäft steigern werde. Im Gegenteil könne es der Firma sogar schaden, den neuesten Stand der Technik dort vorzuführen und der Konkurrenz damit gleichsam Nachhilfeunterricht zu geben. Kosten und Nutzen stünden damit in keinem Verhältnis.¹²⁸ Erst nachdem der Kaiser selbst bei Friedrich Alfred Krupp interveniert hatte, entschloß sich dieser «trotz schwerwiegender Bedenken» seiner Direktoren zur Teilnahme. Der Name Krupp war so eng mit dem Deutschen Reich verbunden, daß eine Repräsentation Deutschlands ohne den Stahlgiganten unvollständig gewesen wäre, und der Firmeninhaber beugte sich der Indienstrafe durch den Kaiser. Das bereits im Vorfeld der 1893er Ausstellung gefällte Urteil der Krupp-Direktoren behielt allerdings für die Folgezeit seine Gültigkeit, und es wurde dann auch danach gehandelt. An der Weltausstellung in Paris 1900 beteiligte Krupp sich endgültig nicht mehr, lediglich die Wohlfahrtseinrichtungen wurden vorgestellt.¹²⁹

Von diesem Nachlassen des Interesses an den Weltausstellungen wurden die Kunst- und Gewerbeausstellungen in Düsseldorf 1880 und 1902 jedoch nicht berührt, auf denen sich die Firma Krupp jeweils mit großem Aufwand, wenn auch außerhalb der Medaillenkonkurrenz, präsentierte.

Bereits seit 1851 beeindruckte bei den Exponaten auf den Weltausstellungen besonders die Größe, die die technische und logistische Leistung bei der Stahlherstellung sogar für Laien augenfällig machte. Es blieb daher dabei, sowohl beim sogenannten Friedensmaterial als auch bei den Kanonen jeweils große, imponierende Stücke zu zeigen. In Wien 1873 wurde noch einmal ein Gußstahlblock gezeigt. Er wog 105.000 Pfund (also 52 ½ Tonnen) und war aus 1800 Tiegeln mit einem Fassungsvermögen von jeweils etwa 60 Pfund gegossen. Der ursprünglich runde, zylindrische Block war unter dem Hammer «Fritz» achtkantig geschmiedet worden. Er war vier Meter lang bei einem Durchmesser von 1,5 Metern und mußte in zwei speziellen, sechsachsigen Eisenbahnwagen, die der Firma selbst gehörten, transportiert werden.¹³⁰ In Philadelphia 1876 wurde dann erstmals kein Gußstahlblock ausgestellt, doch andere Exponate zeigten dafür die Leistungsfähigkeit des Unternehmens bei der Herstellung und Bearbeitung großer Mengen Gußstahl, so eine geschmiedete Schiffswelle mit drei Kurbeln und Kuppelscheibe mit einem Gewicht von 13,5 Tonnen, die aus einem 30 Tonnen schweren Block geschmiedet worden war. Eine zweite Schiffswelle wog 9 Tonnen.¹³¹ Zu den Weltausstellungen in Sydney 1879 und Melbourne 1880 schickte die Firma aufgrund der Transportschwierigkeiten keine

128 Vgl.: Köhne-Lindenlaub, «Trotz schwerwiegender Bedenken...», 18.

129 FAH 3 B 256. Ebenso war es zur Weltausstellung in Brüssel 1910. S.: Krupp v. Bohlen

u. Halbach an Prinz Reuß v. 12. 5. 1909, in: FAH 4 C 326.

130 Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 112.

131 Ebd., 135.

großen Exponate, hier wurden allein Eisenbahnräder, Achsen und Federn gezeigt¹³², erst zur Düsseldorfer Kunst- und Gewerbeausstellung wurden wieder repräsentative Stücke gesandt. Darunter war eine 14 Tonnen schwere Schiffswelle, die für einen Atlantikdampfer des Norddeutschen Lloyd bestimmt war. Eine zweite, 11,5 t schwere Welle war bereits fünf Jahre lang, von 1872 bis 1877, auf einem Postdampfer der Hapag im Einsatz gewesen, hatte dabei auf 262.000 Seemeilen 66 ½ Millionen Umdrehungen absolviert, ohne Abnutzungserscheinungen zu zeigen.¹³³ Auch in Chicago wurden eine Schraubenwelle, eine Drucklagerwelle und eine Kurbelwelle für Transatlantikdampfer gezeigt, obwohl der Transport dieser Exponate große Schwierigkeiten bereitete. Zwar wurde es diesmal nicht bewußt inszeniert und dramatisiert, die Entladung der Stücke mit Spezialkränen erregte aber dennoch allgemeine Aufmerksamkeit. An jeder Station ihrer Reise in Amerika berichtete die lokale Presse, was man bei Krupp doch gern sah, und man klebte die Artikel in ein Prachtalbum ein.¹³⁴ Daneben war die ganze Palette der Kruppschen Produktion vertreten, neben verschiedenen Stahlblechen vor allem Eisenbahnzubehör sowie immer noch die Präzisionswalzen für die Edelmetallindustrie.¹³⁵

In der öffentlichen Wahrnehmung allerdings traten die zivilen Produkte gegenüber den Kanonen zunehmend in den Hintergrund, ein Trend, der nach der Reichsgründung noch an Dynamik gewann. Der deutsch-französischen Krieg hatte Krupp und seine Kanonen zum Symbol für die neue Stärke des dann auch staatlich geeinten Deutschland werden lassen. Auf der Weltausstellung in Wien 1873 bildeten Kanonen schon deshalb den Schwerpunkt der Kruppschen Ausstellung. Gezeigt wurden drei Feldkanonen unterschiedlichen Kalibers, neun verschiedene Systeme von Schiffs-, Küsten- und Belagerungskanonen, von denen das schwerste Kaliber eine 30,5 cm Kanone in Küstenlafette war. Das 6,7 m lange Rohr wog 36,6 Tonnen, die dazugehörige, ebenfalls in Essen hergestellte Granate hatte ein Gewicht von fast 300 kg. Für den Transport dieser Kanone waren ebenso wie für den Gußstahlblock zwei Spezialeisenbahnwagen nötig. Die Ausstellung zeigte das hohe Niveau, das Krupp bei der Kanonenproduktion verschiedenster Kaliber mittlerweile erreicht hatte.¹³⁶

In Philadelphia war das Hauptstück der Waffenabteilung eine 35,5 cm Kanone, deren 8 m langes Rohr mit dem Verschuß 57,5 Tonnen wog. Das Rohr war auf einer schmiedeeisernen Lafette mit einem Gewicht von 34 Tonnen montiert. Ein zweites Riesengeschütz war eine 24 cm Kanone in Küstenlafette, deren Rohr eine Länge von 5,23 m und inklusive Verschuß ein Gewicht von 15,75 t hatte.¹³⁷ Daneben wurden auch Feld- und Gebirgsgeschütze mit Kalibern von 6 und 7,5 cm gezeigt. Hier bestand das Ziel darin, die Rohre und Lafetten so zu konstruieren, daß

132 Vgl.: Ebd., 179.

133 Ebd., 180 f.

134 WA 14/238.

135 Köhne-Lindenlaub, *«Trotz schwerwiegender Bedenken...»*.

136 Baedeker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 113 f.

137 Ebd., 133, dort auch weitere technische Details dieser Waffen.

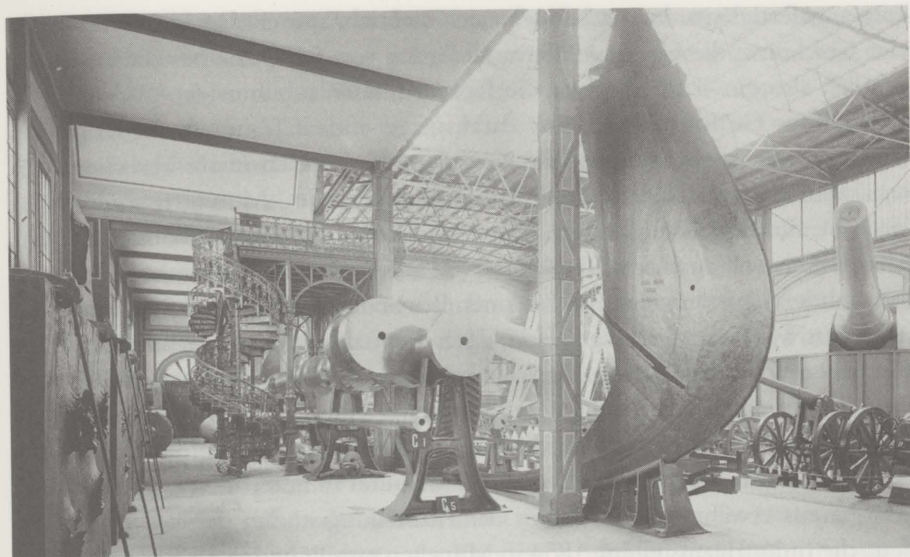


Abbildung 7: Innenansicht des Krupp-Pavillons auf der Weltausstellung in Chicago 1893.

sie möglichst leicht und damit besser transportierbar waren. Ebenso wie bei den großen Kalibern hatte Krupp auch hier wieder deutliche Fortschritte vorzuweisen.¹³⁸ Die Kruppsche Kanonenausstellung lag damit ganz auf der Linie der bisherigen Ausstellungen, doch diesmal gab es auch Kritik. Bei französischen Beobachtern erstaunt sie kaum. «Leider fehlt auch nicht der unselige Krupp, um das Fest mit einem neuen Kinde seiner destruktiven Phantasie zu trüben», klagte der «Petit Marseillais» mit Blick auf die Riesenkanone. «Doch lachen wir nicht», hieß es weiter, «wie wir es, Gott sei es geklagt, auf der Pariser Weltausstellung von 1867 noch taten».¹³⁹ Doch auch der deutsche Kommissar Franz Reuleaux urteilte kritisch. Die Ausstellung Krupps war für ihn Ausdruck einer übertrieben nationalistischen Präsentation des Deutschen Reiches: «Und wieder in der Maschinenhalle, sieben Achtel des Raumes, so scheint es, für Krupps Riesenkanonen, die killing machines, wie man sie genannt hat, hergegeben, die da zwischen all dem friedlichen Werk, das die anderen Nationen gesandt haben, wie eine Drohung stehen! Ist das wirklich der Ausdruck von Deutschlands «Mission»? Muß man nicht den Chauvinismus und Byzantinismus bei uns noch in höchster Blüte stehend annehmen?»¹⁴⁰

Dennoch ging die Kanonen-Gigantomanie weiter. In Chicago war die größte Kanone noch einmal doppelt so schwer wie das in Philadelphia gezeigte Exponat, das Rohr hatte ein Gewicht von 120 Tonnen! Sie war nicht eigens für die Ausstel-

138 Ebd., 133f.

139 Zit. n.: Ebd., 133.

140 F. Reuleaux, *Briefe aus Philadelphia*, (zuerst erschienen in der *Nationalzeitung*), Braunschweig 1877, 5–6; zit. n.: Paquet, *Das Aus-*

stellungsproblem in der Volkswirtschaft, 167. Zum allgemeinen Schlagwort wurde sein Verdikt, die deutschen Produkte seien im Vergleich zu denen anderer Länder «billig und schlecht».

lung angefertigt worden, es handelte sich vielmehr um ein Reserveexemplar für vier Geschütze, die für die Hafenverteidigung von La Spezia bestellt waren, eigentlich also ein «Ladenhüter», wie Köhne-Lindenlaub anmerkt.¹⁴¹ Allein aufgrund ihrer Größe und der sich daraus ergebenden Transportschwierigkeiten wurde sie zur Attraktion, und die Zeitungen berichteten in ausführlichen Artikeln, zum Teil mit Illustrationen, über die Landung des «Monsters» am 20. März 1893. Da für das Riesengeschütz Wagen und Kräne sogar eigens konstruiert werden mußten, war auch dies Gegenstand der allgemeinen Sensationslust.¹⁴² Natürlich wurden daneben auch die Kanonen der anderen Kaliber ausführlich vorgestellt. Das war zwar stets so gewesen, doch diesmal geschah es auf ausdrücklichen staatlichen Wunsch, vor allem der Kaiser drängte, daß Krupp deutsche industrielle Potenz und militärische Stärke demonstrieren sollte.

Bereits recht früh hatte Krupp begonnen, die Präsentation der Produkte durch den Einsatz weiter Informations- und Werbemittel zu unterstützen. Zunächst mit dem bereits erwähnten Verzeichnis der Ausstellungsstücke, das erstmals für die deutsche Industrieausstellung 1854 in München erstellt wurde.¹⁴³ Für die Londoner Weltausstellung 1862 handelte es sich bei dem Verzeichnis bereits um eine zehnsseitige Broschüre, die in 32 nummerierten Abschnitten zu jeder Gruppe von Exponaten einige Sätze zur Information enthielt.¹⁴⁴ Fünf Jahre später war die Broschüre in verschiedene Abschnitte unterteilt. Einer Liste der einzelnen Exponatgruppen folgte eine «Nähere Beschreibung einzelner ausgestellter Gegenstände» auf knapp sechs Seiten. Besonders ausführlich waren dabei die Erläuterungen zu den Kanonen. Erstmals wurde zusätzlich zu diesen Produktinformationen die Firma insgesamt präsentiert: Auf dem Titelbild wurden bereits die Auszeichnungen der vorangegangenen Industrieausstellungen angeführt, auf der Umschlagseite waren Namen und Adressen der Vertreter verzeichnet. Der Beschreibung der Exponate folgten dann «statistische Daten» über die Fabrik mit Angaben zu Alter, räumlicher Ausdehnung, Zahl der Arbeiter, mit einer Liste der Öfen, Hämmer und Maschinen, Nennung der Länge des werkseigenen Schienennetzes und einer Umsatzzahl von 10 Millionen Taler jährlich. Es wurden also nicht mehr allein die Produkte präsentiert, sondern zudem das vielfach ausgezeichnete Großunternehmen, das bereits aus sich selbst heraus Vertrauen erwecken konnte.¹⁴⁵ Dieser die Firma selbst präsentierende Part wurde auch für künftige Weltausstellungen beibehalten und sogar erweitert¹⁴⁶, denn die Öffentlichkeit reagierte sehr positiv auf diesen Teil, der sogar Autoren metallurgischer Fachartikel beein-

141 Köhne-Lindenlaub, «Trotz schwerwiegender Bedenken...», 20.

142 S. z. B.: «New York Times» v. 21. 3. 1893; «Philadelphia Record» v. 21. 3. 1893; «Baltimore American» v. 20. 3. 1893.

143 WA 4/268a, 78 u. 79.

144 S 2 FK 12/1. Der Katalog wurde sogar vom

Berichterstatter der «Times» erwähnt, S.: WA 9 z 108.

145 S 2 FK 12/2.

146 S 2 FK 12/3; Katalog zur Weltausstellung in Wien 1873; S 2 FK 12/4; Katalog zur Weltausstellung in Philadelphia 1876; S 2 FK 12/6; Katalog zur Gewerbe- und Kunstausstellung in Düsseldorf 1880 etc.

druckte.¹⁴⁷ 1873 wurde ein Foto des Krupp-Pavillons vorab an einen ausgewählten Kundenkreis verschickt, um auf die Ausstellung neugierig zu machen, war doch der Ausrichter dieser Weltausstellung, Österreich, für Krupp als Waffenkunde in besonderem Maße interessant. Natürlich ging Preußen immer vor, doch Österreich und Rußland waren danach die wichtigsten Kunden.

Bei Krupp wurde ein sorgfältig erstellter Ausstellungskatalog zur Selbstverständlichkeit. Selbst zu den Weltausstellungen in Australien, die in der Firma weniger wichtig genommen wurden, entstanden solche Broschüren, die neben der Beschreibung der Exponate, also einem als Produktwerbung zu bezeichnenden Teil, und einer Liste der Krupp-Vertreter in aller Welt auch Angaben zur Firma selbst enthielt, die das Gründungsdatum ebenso beinhalteten wie ihre Ausdehnung und die zugehörigen Werke, Gruben und Minen, die Zahl der Arbeiter und der verschiedenen Dampfhammer und Maschinen; auch der Verbrauch an Kohle, Wasser und Gas wurde aufgelistet.¹⁴⁸ Das war Firmenwerbung: Die Zahlen und Daten sollten imponieren, sollten die Größe und Leistungsfähigkeit des Unternehmens erweisen und damit das Vertrauen der Kunden verstärken. Dabei darf man nicht übersehen, daß es noch längst nicht selbstverständlich war, solche Ausstellungsverzeichnisse zu erstellen. Noch 1893 – nachdem diese Praxis bei Krupp also bereits 40 Jahre lang üblich war – beklagten Beobachter, daß viele deutsche Aussteller eben keine schriftlichen Informationen zu ihren Produkten bereithielten.¹⁴⁹ Krupp hingegen legte ein mehr als 200 Seiten umfassendes, gebundenes Buch etwa im Format A 6 vor, das die Produkte mit technischen Angaben, Versuchsergebnissen, Zeichnungen und zum Teil sogar Fotografien sehr ausführlich vorstellte.¹⁵⁰

Nachdem die Präsentation des Sozialwerks erstmals 1867 erfolgt war, damals aus Anlaß eines eigenen Wettbewerbs zu diesem Thema, behielt die Firma dies auch für die folgenden Ausstellungen bei.¹⁵¹ Im Rahmen der allgemeinen Angaben über die Firma in den Ausstellungsbroschüren wurden stets auch die Versicherungseinrichtungen, der Werkwohnungsbaue, die Konsumanstalt und alle sonstigen Aktivitäten zum Wohle der Arbeiter dargestellt.¹⁵² Daraus kann man schlie-

147 Vgl. z. B.: Dufree, *Notes on Foreign Forgings at the Centennial Exhibition*, 239: Nach einer Zusammenfassung der statistischen Daten heißt es: «From the foregoing brief outline of the organization and means of production of this immense establishment, which is without no doubt the most extensive under one management in the world, we will turn our attention to what more immediately concerns us, viz., its exhibited products.»

148 Broschüre zur Weltausstellung in Melbourne 1880, in: S 2 FK 12/8(e).

149 «Stahl und Eisen» 19/1893, 835. Krupp wurde dabei allerdings nicht explizit als Ausnahme hervorgehoben oder anderen Firmen gar als Beispiel empfohlen.

150 S 2 FK 12/12: Ausstellungskatalog der Gusstahlfabrik Fried. Krupp Essen a.d.Ruhr zur World's Columbian Exposition 1893.

151 Vgl.: S 2 FK 12/3: Ausstellungskatalog der Gusstahlfabrik Fried. Krupp Essen zur Weltausstellung in Wien 1873, 5f. und die Kataloge zu den nachfolgenden Ausstellungen in: WA S 2 FK 12.

152 Vgl. z. B.: S2 FK 12/3: Katalog zur Weltausstellung in Wien 1873; S2 FK 12/8(e) Katalog der Weltausstellung in Melbourne, 6. Zur Düsseldorfer Kunst- und Gewerbeausstellung 1880 umfaßte dieser Teil in der Ausstellungsbroschüre bereits 17 von 38 Seiten.



Abbildung 8: Inneres des Krupp-Pavillons auf der Chicagoer Weltausstellung 1893, Seitenwand mit Werksansichten und einem Modell vom Alfred-Krupp-Denkmal.

Ben, daß die Resonanz positiv war, daß es ankam, sein soziales Engagement zu demonstrieren in einer Zeit, die die sogenannte «soziale Frage» zunehmend ins allgemeine Bewußtsein treten ließ. Auch das war Firmenwerbung. Kurz nach der Eröffnung der Wiener Ausstellung ordnete Alfred Krupp an, das Generalregulativ «an Ministerien etc.» zu senden, um die Behörden für das Unternehmen einzunehmen. 1900 präsentierte Krupp auf der Weltausstellung in Paris dann sogar ausschließlich das Sozialwerk. Zunächst hatte die Firma auch dies nicht vor, gab dann aber der Bitte des Leiters der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, Post, nach, dem dies «durchaus geboten» schien.¹⁵³ Der Bitte Posts, auch ein Mitglied des Direktoriums in das Ausstellungskomitee zu entsenden, entsprach man jedoch nicht, sondern beauftragte hiermit statt dessen den Leiter des Nachrichtenbüros, Adolf Lauter.¹⁵⁴ Neben der Größe und Leistungsfähigkeit präsentierte Krupp somit auch ein Image, das die Firma als verantwortungsbewußt, als den Nöten und Bedürfnissen der Arbeiter gegenüber aufgeschlossen zeigte und

153 Post an Korn v. 7. 12. 1897, in: FAH 3 B 256.

154 FAH 3 B 256. Zu Lauter s.u.: Kap. II.3.B. Aufgaben und Tätigkeit des Nachrichtenbüros.

Abbildung 9:
Alfred-Krupp-Denkmal
von 1892 am Eingang der
Gußstahlfabrik in Essen.



das dem sozialistischen Bild des ausbeuterischen Kapitalisten entgegengehalten wurde.

In Chicago 1893 wurde dann mit einem Modell des Alfred-Krupp-Denkmal¹⁵⁵ auch die überragende Persönlichkeit des 1887 verstorbenen Alfred Krupp beschworen, der den Aufstieg gegen alle Widerstände geschafft hatte. Das zeigte zunächst, wie sehr seine Nachfolger auch nach dem Tod Alfreds das Unternehmen mit seiner Person in Verbindung brachten. Man berief sich auf seinen Ruhm, den er zudem auf den Weltausstellungen begründet hatte. Doch über das unmittelbare Geschäftsinteresse offenbart die Präsentation des Denkmalsmodells auch das Selbstbewußtsein der Industrie. Mit Alfred Krupp wurde der Fabrikant, der wirtschaftende Bürger als denkmalswürdig bezeichnet und damit in seiner Bedeutung auf eine Stufe gehoben mit politischen und militärischen, intellektuellen und künstlerischen Größen, denen Denkmäler lange Zeit vorbehalten waren. Nicht nur Bismarck, Wilhelm I. und Goethe, denen im 19. Jahrhundert die meisten Denkmäler gewidmet wurden, waren der hierin zum Ausdruck kommenden Ver-

¹⁵⁵ Becker-Romba, *Die Denkmäler der Familie Krupp*; Beumer, *Das Alfred-Krupp-Denkmal*.

ehrerung würdig, hieß das, sondern eben auch der «Industriefürst», der «Kanonenkönig» Alfred Krupp. Auch er war als «staatstragend» anzusehen, war Bestandteil der nationalen Identitätsbildung.¹⁵⁶ Als ein Denkmal in anderer Form ist die Firmengeschichte zu bezeichnen. Auch ein solches Werk war aus Anlaß der Weltausstellung von Chicago geplant. Zwar wurde die Arbeit von Friedrich Müller, seinerzeit ein angesehenener Schriftsteller für Metallurgie, nicht mehr rechtzeitig fertig und erschien also erst 1894¹⁵⁷, dennoch wird wiederum der Anspruch der Firma Krupp deutlich, ein eigenes Sozial- und Herrschaftsgebilde zu sein, das über einen denkmalswürdigen Begründer und eine Tradition, über berichtenswerte Vergangenheit verfügte.

B: Die Entstehung und Entwicklung von Werbung

Angesichts von Krupps virtuossem Spiel auf dem neuen Instrument Weltausstellung, dem er seinen Durchbruch als internationale Berühmtheit verdankte, staunt man zunächst über die Beteuerung, er habe «immer alles vermieden, was der Reclame ähnlich sieht». ¹⁵⁸ Werbung im heutigen Verständnis nämlich betrieb er allemal. Nach betriebswirtschaftlicher Definition bezeichnet Werbung «den Bereich des Marketing, der sich mit der Übermittlung von Informationen aus dem Unternehmen an den Markt bzw. die Marktteilnehmer befaßt»¹⁵⁹, ist sie «die verkaufspolitischen Zwecken dienende, absichtliche und zwangfreie Einwirkung auf Menschen mittels spezieller Kommunikationsmittel». ¹⁶⁰ Mit Werbung wird demnach nicht die unmittelbare persönliche Kommunikation von Person zu Person bezeichnet, sondern eine unpersönliche, vom Einzelnen losgelöste verallgemeinerte Form der Kommunikation, bei der Nachrichten und Informationen nur in eine Richtung fließen. Eine Rückkopplung, d. h. ein Dialog zwischen Werbetreibendem und Umworbenem findet nicht statt.¹⁶¹

156 Vgl. hierzu: Gall, *«Reichsgründer»: Otto von Bismarck und Alfred Krupp*.

157 Müller, *Krupp's Gußstahlfabrik*; vgl.: Köhne-Lindenlaub, *Essen in Chicago – Krupp auf der «Columbischen» Weltausstellung in Chicago 1893*, 15.

Das Werk Müllers war allerdings nicht die erste Geschichte des Unternehmens, denn Dietrich Baedeker hatte bereits 1889, unabhängig von der Firma, eine Geschichte der Firma veröffentlicht mit dem Titel «Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik». Das Werk des Redakteurs der Essener «Allgemeinen Politischen Nachrichten» war ebenfalls von einer sehr positiven

Grundhaltung Alfred Krupp gegenüber geprägt, vom Stolz auf den «großen Sohn» der Stadt. Eine zweite Auflage 1912 korrigierte mit Unterstützung der Firma Fehler und Ungenauigkeiten der Erstauflage.

158 AK an Albert Pieper v. 27. 11. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 89.

159 Rogge, *Werbung*, 13.

160 Behrens, *Absatzwerbung*, 14. Hieran anknüpfend definieren Huth/Pflaum, *Einführung in die Werbelehre*, 16, Werbung als «ein Instrument zu Lösung absatzpolitischer Teilziele auf dem Wege der Kommunikation».

161 Vgl.: Rogge, *Werbung*, 13.

Die Entstehung der Reklame aus den Bedingungen industrieller Produktionsweise

Der Begriff Werbung war im 19. Jahrhundert nicht gebräuchlich. Auch Krupp verwendete das Wort «Reklame», das sich noch nicht lange eingebürgert hatte. Zum Verständnis von Krupps werblichen Aktivitäten ist es deshalb nötig, zunächst einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Reklame zu werfen, die mit der industriellen Produktionsweise in bis dahin unbekannt Dimensionen vorstieß. Der Begriff kam aus Frankreich. Auf Französisch bedeutet «reclamer» eigentlich «zurückrufen, dagegensprechen, laut seinen Unwillen bekunden», was sich auch in dem deutschen Terminus «reklamieren» erhalten hat. Gleichzeitig war «réclame» in der älteren französischen Druckersprache das Fachwort für das erste Wort der neuen Seite, wenn es unter die letzte Zeile der vorangegangenen Seite gesetzt wird, deutsch «Kustos» oder «Blatthüter». ¹⁶² Das Wort wurde dann für ein neues Phänomen benutzt, das sich in Frankreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausbildete und seit etwa 1821 nachweisbar ist, nämlich für bezahlte Buchbesprechungen, die dem redaktionellen Teil von Zeitschriften folgten. In Deutschland findet sich das Wort in dieser Bedeutung, als Anpreisung von Literatur und Theaterstücken mit dem Ziel der Verkaufsförderung, seit Beginn der 1840er Jahre. In der Zeitschrift «Die Grenzboten» erschien 1846 unter dem Titel «Reclamen» eine Beschreibung des «Phänomens», für das es allerdings kein geeignetes deutsches Wort gebe:

«Ein Verleger kündigt ein so eben bei ihm erschienenenes Buch an. Nach dem Titel und dem Preis folgt gewöhnlich ein Lobhudel über den Inhalt. Dieser ist die Reclame. Aber das französische Publicum würde es für eine Beleidigung halten, wenn man ihm eine so plumpe Kritik aufdringen wollte, die offenbar von dem Verleger, von dem ersten Commis, von dem Corrector oder von dem Autor selbst verfaßt worden ist. Die Ankündigung muß also geteilt werden; Titel und Preis des Buches kommen in die Annoncen auf der Rückseite des Journals, der Lobhudel aber kömmt unter die Reclamen, d. h. ins Journal selbst unter seine letzten Notizen.» ¹⁶³

Es ist wohl kein Zufall, daß *das* Instrument der modernen Absatzförderung für Bücher entwickelt wurde und hier zuerst seine Anwendung fand, können Bücher doch als die ersten industriell gefertigten Waren bezeichnet werden. Durch den Buchdruck konnten größere Mengen, ganze Auflagen eines identischen Produktes hergestellt werden, und es mußten Massen verkauft werden, um eine lohnende Produktion zu gewährleisten. ¹⁶⁴ Damit ging es nicht nur darum, eine bereits vorhandene Nachfrage zu decken, sondern es mußte das neu erschienene Buch zunächst bekannt gemacht und sein Kauf als lohnenswert dargestellt werden. Die po-

¹⁶² Vgl.: Hundhausen, *Wirtschaftswerbung*, 47 ff.

¹⁶³ Reclamen, in: «Die Grenzboten» Nr. 5/1846, 581–584.

¹⁶⁴ Vgl.: Hundhausen, *Wirtschaftswerbung*, 63.

tentiellen Leser sollten mit der Reklame über das Buch informiert und zugleich zum Kauf angeregt werden. Es war ein Angebot vorhanden, das sich seine Nachfrage suchen, sie vielleicht sogar schaffen, zumindest verstärken mußte.

Zwar hatte es verschiedene Formen, seine Waren und Dienstleistungen anzupreisen, bereits seit der Antike gegeben¹⁶⁵, ganz offensichtlich entwickelte sich hier jedoch etwas Neues. Mindestens nahm das Anpreisen auf der Suche nach Kunden eine neue Qualität und Dimension an, die schon in den Augen der Zeitgenossen einen neuen Begriff erforderlich machte: nämlich das Wort Reklame. Der Begriff und das durch ihn beschriebene Phänomen fanden rasch Verbreitung, und bereits zwanzig Jahre später war sie zu einem allgemeinen Phänomen geworden. Wieder widmeten die «Grenzboten» ihr einen Artikel, in dem bereits eine allgemeine Definition des Phänomens geliefert wird: «Reclame nennen wir im weiteren Sinne jedes Bestreben durch überlautes, ungewöhnliches oder geradezu barockes Reden oder Tun, die Blicke der Menge auf sich zu lenken, Stadt und Land von sich reden zu machen und dadurch einen persönlichen Vortheil zu erreichen.»¹⁶⁶

Bereits die Herkunft des Wortes Reklame legt also die Annahme nahe, daß ihr Aufkommen und vor allem Ausmaß und Bedeutung, die sie sehr schnell gewann, zurückzuführen sind auf den Übergang zur industriellen Produktionsweise und zu einem absatzorientierten Marktgeschehen.¹⁶⁷ Die massenhafte Fertigung von Gütern, zum Teil auch von gänzlich neuen Produkten, machten die Belebung, gar die Weckung der Nachfrage nötig, während bis dahin die Märkte jahrhundertlang vom Mangel geprägt waren. Handwerker als die wesentlichen Träger der vorindustriellen (nichtlandwirtschaftlichen) Güterproduktion waren – zumal bei nachfrageorientiertem Marktgeschehen – weniger auf Instrumente der Absatzförderung angewiesen. Zudem waren sie eingebunden in das strenge Reglement der Zünfte, die jedem Mitglied die gesicherte Nahrung zu erhalten bestrebt waren. Ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern war nicht vorgesehen, sogar verboten, der Kunde sollte allein aufgrund von Qualität und Preis entscheiden.¹⁶⁸

Der Niedergang, die Aufhebung der Zünfte in weiten Teilen war damit eine Voraussetzung für das Aufblühen der Reklame, das freilich langsam begann. In Frankreich, das früher als Deutschland zu einer liberalen Wirtschaftsordnung überging, setzten sich die neuen Formen der Absatzförderung entsprechend früher durch und wurden erst allmählich diesseits des Rheins aufgegriffen.¹⁶⁹ Noch

165 Vgl.: Buchli, *6000 Jahre Werbung*.

166 Zit. n.: Hundhausen, *Wirtschaftswerbung*, 56.

167 Dennoch blieb die Mehrzahl auch der industriell produzierenden Fabrikanten noch lange einer produktorientierten Absatzpolitik verhaftet, die allein auf die Qualität und den Preis des Produktes setzte und verkaufsfördernde Maßnahmen ablehnte. Vgl.: Bleich, *Absatz-*

strategien deutscher Unternehmen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

168 Vgl.: Borscheid, *Am Anfang war das Wort*, 20 ff.

169 Sombart, *Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert*, 263, nennt die Pariser *Magasins de Nouveautés* als erste Werbetreibende, sieht den Ursprung der Werbung also ebenfalls in Frankreich.

Mitte der 1850er Jahre berichtete die Zeitschrift «Die Gegenwart» mit staunendem Unterton – und ohne den Begriff Reklame zu verwenden – über die Bemühungen der französischen Produzenten um Absatzförderung:

«Interessant ist es wahrzunehmen, auf welche Weise der Pariser Fabrikant sein Produkt bekannt macht. Er zahlt enorme Summen für gutgelegene Verkaufsläden und für deren prachtvolle Ausschmückung, für Anzeigen in den Tagesblättern und für Affichen; er versäumt keinen Weg, wie kostbar er auch sei, um in dem allgemeinen Getümmel und Streben nicht unbeachtet zu bleiben. Eine gewisse Marktschreierei wird zur Pflicht, welche ihm die Selbsterhaltung auferlegt.»¹⁷⁰

Das vom Autor als neu geschilderte Phänomen waren also nicht die Annoncen an sich, der Hinweis auf ein Produkt oder einen Hersteller, sondern die «gewisse Marktschreierei», das Bemühen, «in dem allgemeinen Getümmel nicht unbeachtet zu bleiben» – die werbende Absicht eben. So urteilte 1857 bereits Karl Knies. Ohne den Begriff «Reklame» zu verwenden, schrieb er über das sich zur Werbung entwickelnde Annoncenwesen:

«Wo Bannrechte, Zunftprivilegien, Personal- und Realgerechsamte u. dgl. in Geltung sind, Käufer und Verkäufer sich wohlbekannt in demselben Quartier, in derselben Gasse wohnen, hat die Annonce keinen Sinn», befand er. «Sie begleitet um so wirksamer und massenhafter den Wettbewerb in freier Bewegung und die locale Ausdehnung des Verkehrsmarktes.»¹⁷¹

Erstaunlicherweise ist dieser Zusammenhang in der bisherigen Forschung zur Geschichte der Werbung noch kaum beachtet worden, statt dessen wird meist die Weiterentwicklung der Annonce zur Werbeanzeige verfolgt, das Aufkommen von Werbung aus der Entwicklung des Pressewesens und dem Finanzierungsbedarf der Verlage erklärt.¹⁷² Daß die Zeitungsanzeige derart ins Zentrum der Forschung gerückt wurde, mag auch darin begründet liegen, daß bisherige Untersuchungen überwiegend auf Quellen der Konsumgüterindustrie basieren. Für diese gewann die Zeitungsannonce bereits sehr früh Bedeutung, war es auf diesem Wege doch möglich, ein großes Publikum zu erreichen. «In der Maschinenbauindustrie dagegen gilt es – je nach Art des Produktes – eine eher begrenzte Zahl von Kunden, beispielsweise im Bereich des Eisenbahnzubehörs Vertreter von Eisenbahngesellschaften und Eisenbahnbehörden, für in der Regel größere Aufträge zu gewinnen.»¹⁷³

170 «Die Gegenwart», Bd. 12/1856, 523.

171 Knies, *Der Telegraph als Verkehrsmittel*, 52 f. Vgl.a.: Sombart, *Der Bourgeois*, 204.

172 Vgl.: Borscheid, *Am Anfang war das Wort*; Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*; Ingenkamp, *Werbung und Gesellschaft*, 154 ff; Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 278 f. Auch Homburg (*Werbung – «eine*

Kunst, die gelernt sein will», 11 ff.) geht von der Annonce aus, hebt dabei jedoch die Bedeutung der Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur als Voraussetzung für die Entwicklung von Werbung hervor.

173 Köhne-Lindenlaub, *Krupp und die Eisenbahn*, 211.

Gerade der Blick auf Krupp bestätigt, daß allein die Betrachtung der Zeitungen und der Entwicklung des Inseratenwesens zu kurz greift, daß vielmehr der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsform, der industriellen Produktionsweise, und dem Bedürfnis nach Maßnahmen zur Absatzförderung auf Seiten der Produzenten als Ursache angesehen werden müssen für das Aufkommen systematisch betriebener Werbung.¹⁷⁴

Dem entspricht, daß auch im zeitgenössischen Verständnis «Reklame» nicht über das Medium definiert und deshalb auch von der «einfachen Anzeige» unterschieden wurde. Noch an der Jahrhundertwende differenzierte Meyers Konversationslexikon¹⁷⁵ zwischen der «einfachen Annonce» und der Reklame, die als «empfehlende Anzeige» bezeichnet wurde, «bei der [...] die Anwendung raffinierter Mittel zur Erweckung des öffentlichen Interesses wesentlich ist.» Als Reklame sei auch jeder Versuch zu bezeichnen, «durch erlaubte oder unerlaubte Mittel das öffentliche Interesse auf sich zu lenken, was besonders von Schauspielern, Sängern und anderen Künstlern, aber auch von Politikern geübt wird». Geblieben war dem Begriff die pejorative Konnotation, die er auch für Alfred Krupp hatte, wenn auch mittlerweile durchaus positive Aspekte gesehen wurden, denn «trotz der Ausschreitungen des Reklamewesens und des Vorschubs, den es dem Schwindel leistet,» sei es als «ein bedeutsames Kulturmoment unserer Zeit» zu werten, als «eine Macht, welche sowohl segensreich als auch verhängnisvoll auf den modernen Handel und Verkehr einwirkt».¹⁷⁶

Die ersten Werbemittel bei Krupp

Dieses Verständnis von Reklame mehr nach dem absatzfördernden Ziel als über das Medium selbst ist gerade für die Firma Krupp hilfreich, für die die in der Regel als «das älteste Werbemittel»¹⁷⁷ bezeichnete Zeitungsanzeige nicht am Anfang stand. Das erklärt sich daraus, daß die Essener Gußstahlfabrik keine Konsumgüter für ein breites Publikum, also nicht für das Zeitungspublikum produzierte. Die erste bekannte Zeitungsanzeige der Firma, in der die Witwe Krupp nach dem Tod des Unternehmensgründers die Fortführung des Unternehmens bekanntgab¹⁷⁸, kann nach der eben angeführten Unterscheidung sogar als einfache Anzeige gewertet werden, da sie in erster Linie mitteilenden Charakter hatte, mehr der Familienanzeige ähnelt als der Absatzförderung zuzurechnen ist. Zudem wurden Annoncen bei Krupp nicht regelmäßig eingesetzt.

174 Diesen Zusammenhang nennt auch Sombart (*Der Bourgeois*, 204) als den entscheidenden. Vgl.: Blaich, *Absatzstrategien deutscher Unternehmen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*.

175 Hier u. i. folgenden: *Meyers Konversationslexikon* 1897, Bd. 14, 617 f.

176 Ebd.

177 Reinhardt, *Von der Reklame zum Marketing*, 169.

178 WA 4/268a.

Ältestes Werbemittel der Gußstahlfabrik, das bereits Friedrich Krupp einsetzte¹⁷⁹, waren «Preis-Courant» und «Circular», letzteres ein gesetztes Werbeschreiben, das mit dem Preisverzeichnis versandt wurde. Gegenüber der sachlichen Preisliste ist der werbende Charakter des Zirkulars deutlicher: Der «ungetheilte Beifall, welchen [mein Gußstahl] bei Sachkennern sowohl im In- als Auslande findet», hätten den Inhaber zu einer bedeutenden Vergrößerung der Gußstahlfabrik veranlaßt, heißt es in einem Zirkular von 1820, er könne «den Bedarf des Stahls für jeden Stahlschmidt, in der besten Qualität, zu billigen Preisen liefern». ¹⁸⁰ Solche gedruckten Werbeschreiben wurden, mit handschriftlich eingefügter Anrede und Unterschrift, regelmäßig versandt, um einerseits bestehende Kundenbeziehungen zu pflegen und zu erneuern und daneben auch, um neue Kunden zu gewinnen. Diese Form der «Direktwerbung», die heute als «Mailing» bezeichnet wird¹⁸¹, war durchaus keine Kruppsche Erfindung oder Besonderheit, sie war aber eine der Kundenstruktur der Stahlfirma entgegenkommende Form der Verkaufunterstützung. Diese Praxis wurde deshalb auch beibehalten und im Laufe der Jahre und Jahrzehnte weiterentwickelt und ausdifferenziert.

Die Zirkulare dienten der ausführlichen Vorstellung von Neuerungen und Weiterentwicklungen, der Erläuterung von Versuchen und Materialprüfungen¹⁸² und auch der direkten Auseinandersetzung mit Konkurrenten. So reagierte Krupp im Dezember 1849 auf die ebenfalls mit einem Zirkular veröffentlichten Versuche eines Konkurrenten, der Vergleichsversuche zwischen seinen und Krupps Eisenbahnwagenachsen angestellt hatte, die (natürlich) zu Ungunsten Krupps ausgefallen waren. Krupp legte nun auf gleichem Wege dar, daß diese Versuche mit manipulierten Achsen stattgefunden haben mußten und forderte Vergleichsversuche «auf neutralem Boden», die eine Gleichbehandlung der Probestücke gewährleisten. ¹⁸³ Auch positive Urteile und Gutachten von Kunden und neutralen Sachverständigen wurden auf diese Weise dem «konsumierenden Publikum», wie die Kundschaft bezeichnet wurde, mitgeteilt.¹⁸⁴ Seit dem Ende der 1850er Jahre sind dann mehrseitige, «Memoire» genannte Beschreibungen einzelner Produkte, z. B. Münzwalzwerke, Pumpgestänge, Gußstahlachsen oder Scheibenräder überliefert, die sich an die jeweiligen Interessentenkreise richteten¹⁸⁵ und als Vorläufer von Produktprospekten gelten können.

179 FAH 4/743, 2. Danach stammt das älteste «Preis-Courant» aus dem Jahr 1814 oder 1815. Vgl. a.: Köhne-Lindenlaub, *Krupp und die Eisenbahn*, 212.

180 WA 4/268a, 6.

181 Vgl.: Huth/Pflaum, *Einführung in die Werbelehre*, 207 ff.

182 Viele Beispiele in WA 4/268a, 51–56.

183 Zirkular v. Dezember 1849, in: WA 4/268a, 31 f.

184 So ist ein siebenseitiges Zirkular von 1857 in französischer Sprache überliefert, das positive Zeugnisse und Gutachten deutscher und österreichischer Eisenbahndirektionen versammelt, in: WA 4/268a, 84 ff.

185 WA 4/268a, 213 ff.; vgl. a.: Über eine neue Konstruktion der Gußstahl-Achsen und Stahl-Scheibenräder aus der Gußstahl-Fabrik von Friedrich Krupp in Essen, Rheinpreussen, 1860, WA 4/268b., 228 ff. In der

In eine ähnliche Richtung wurden auch die Preislisten weiterentwickelt. Nachdem es sich bei den ersten Exemplaren um vorgedruckte reine Listen gehandelt hatte, enthielten sie bereits in den 1830er Jahren lithographierte Abbildungen verschiedener Gußstahlwalzen.¹⁸⁶ In den 1850er Jahren war die reine Listenform bereits durch erläuternde Zusätze und Einschübe aufgebrochen, die z. B. «Das Aufziehen der Gußstahl-Bandagen» erklärten oder eine Übersicht über die verschiedenen Sorten und Härtegrade des Gußstahls und dessen jeweiliges Anwendungsgebiet sowie das dafür verwendete Fabrikzeichen gaben.¹⁸⁷ Ein mehrseitiges Preisverzeichnis von 1853/54 enthält dann bereits ein Deckblatt mit lithographischer Fabrikansicht sowie den Preismedaillen, die die Firma auf den Industrieausstellungen in Berlin, Düsseldorf und London erhalten hatte.¹⁸⁸ Seit den 1870er Jahren war die Produktpalette der Fabrik so breit und so stark differenziert, daß ein einziges Preisverzeichnis zu umfangreich und unübersichtlich geworden wäre. Es wurden daher mehrere Verzeichnisse nicht allein nach den Produktgruppen Eisenbahn, Kanonen, Münzwalzwerke differenziert, sondern sogar innerhalb dieser Gruppen einzelne Preislisten auf kartoniertem Papier gefaltet für jeweils einzelne Produkte angefertigt.¹⁸⁹

Zunächst in Anlehnung an die Form der Preislisten wurden für die Industrieausstellungen stets spezielle Verzeichnisse der Exponate angefertigt.¹⁹⁰ Im Laufe der Zeit entwickelten sie sich aber hin zu umfangreichen Broschüren, die neben einer ausführlichen Präsentation der Produkte die Firma insgesamt vorstellten. Sie konnten den interessierten Besuchern als Erinnerungshilfe an die Hand gegeben werden und sollten auch, mit einer Einladung zum Besuch des Standes an bisherige und potentielle Kunden gesandt, das Interesse für die Kruppschen Produkte wecken.¹⁹¹

Ein weiteres Werbemittel, dessen sich die Firma Krupp bediente, waren gedruckte und mit Abbildungen versehene Geschäftskarten.¹⁹² Diese Kurzdarstellung der Firma und der wichtigsten Produkte etwa auf Karteikartenformat konnten Krupp und seine Vertreter bei den Kundenbesuchen hinterlassen und auch Besuchern auf den Industrieausstellungen überreichen, um auf diese Weise besser in Erinnerung zu bleiben. Die ersten Exemplare, stammen aus den 1840er Jah-

13 Seiten umfassenden Schrift wird sogar die «Wirkungsart der angreifenden Kräfte» mathematisch dargestellt.

Vgl.: Randbemerkung Krupps, gerichtet an das Kanonen-Ressort, zum Entwurf einer Druckschrift über den schmiedeeisernen Panzerstahl und die Panzerkanone v. 13. 3. 1879, in: AK BN 18 (FAH 2 M 78.18), 60.

186 WA 4/268a, 14.

187 WA 4/268a, 58.

188 WA 4/268a, 73. Vgl. a. ein gefaltetes Preisverzeichnis nur für Eisenbahnprodukte von

1859 auf Französisch. Das in reiner Listenform gestaltete, zweiseitige Verzeichnis im Format A 5 enthielt auf dem Titelblatt zwar keine Fabrikansicht, aber Abbildungen der bis dahin errungenen mittlerweile sechs Preismedaillen sowie die Lithographie zweier Handwalzen. WA 4/268a, 206.

189 WA 4/268b.

190 S.o.: Kap. I.3.A: Die Beteiligung der Firma Krupp an den späteren Weltausstellungen.

191 AK an Haaß v. 19. 6. 1855, in: WA 9 h 201, 2, auch in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 186f.

192 WA 4/268a. S.a. o. Abbildungen 2 und 3.



Abbildung 10: Geschäftskarte der Gußstahlfabrik Fried. Krupp in französischer Sprache um 1845, Vorderseite mit Fabrikansicht, Abbildung der Ausstellungsmedaille der Berliner Gewerbeausstellung von 1844 und Walzwerken.

ren.¹⁹³ Die Geschäftskarten enthielten den Firmennamen und, bei französischen Karten, die Adresse der Pariser Vertretung. Die wichtigsten Produkte wurden genannt und zwei Handwalzen zudem in einer Lithographie gezeigt. Auch eine Fabrikansicht im Steindruck und dann die Preismedaillen der Industrieausstellungen sind auf diesen ältesten Geschäftskarten abgebildet. Krupp war in diesem Punkt kein Pionier, er verwendete vielmehr das zu der Zeit übliche Repertoire.¹⁹⁴

Die Darstellung der Fabrikansicht auf Geschäftskarten, Preislisten und Rechnungsbögen¹⁹⁵, stets mit den für die Industrie charakteristischen rauchenden Schloten, war bis zur Jahrhundertmitte weithin üblich.¹⁹⁶ Man wollte für die Firma insgesamt werben und operierte hierfür mit bildlichen Elementen. Neben der Außenansicht der Fabrik, die die Ausdehnung der Anlagen zeigen und damit

193 WA 4/268a, 47a, 48. Vgl.: Köhne-Lindenlaub, *Krupp und die Eisenbahn*, 214.

194 S.: *Fabrik im Ornament*.

195 Neben den bereits erwähnten Geschäftskarten und Preislisten ein Rechnungsbogen von 1850, Abbildung 11, der die gleiche Abbildung enthält wie eine Geschäftskarte von

1844, WA 4/268a, 48. Der Kopf des «normalen» Briefbogens war demgegenüber 1859 ohne Lithographie, lediglich mit dem von Ornamenten umrahmten Schriftzug «Gußstahlfabrik bei Essen» versehen.

196 Vgl.: *Fabrik im Ornament*.



Abbildung 11: Briefkopf aus der Zeit um 1850 mit Fabrikansicht und Ausstellungsmedaillen.

die Größe des Unternehmens anschaulich machen sollte, ohne auf trockene Zahlen oder Produktionsziffern zurückgreifen zu müssen, dienten auch die Preismedaillen diesem Zweck: Bedeutung und Reputation des Unternehmens auf einen Blick erfassbar zu machen. Daß die Geschäftskarten ein «Mittel zum Entrée» auch bei den preußischen Behörden sein würde, davon war Alfred Krupp überzeugt und sandte deshalb dem Berliner Vertreter der Firma einen ganzen Stapel hiervon, «die sie mit meiner Empfehlung überbringen wollen».¹⁹⁷

Neben den etwa karteikartengroßen «normalen» Geschäftskarten wurden in den 1850er Jahren größerformatige Exemplare hergestellt, die als Werbegeschenk bei preußischen Beamten und Eisenbahndirektoren dienten.¹⁹⁸ Auch dem König selbst ließ Krupp 1857 eine Fabrikansicht¹⁹⁹ überbringen mit der Bitte, «allergnädigst Anschauung nehmen zu wollen von der Entwicklung einer Industrie, welche einst ausschließlich England angehörend, nunmehr im Preußischen Vaterlande unter Eurer Majestät Regierung mit Gottes und Friedens Segen den Standpunkt einer gesicherten Selbstständigkeit und Anerkennung in erfreulicher Bedeutung gewonnen hat».²⁰⁰

197 AK an Ernsthäusen v. 6. 1. 1853, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 103.

198 Hierzu: Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 48.

199 S.: Abb. 12. Es war die letzte große lithographische Fabrikansicht vor Einführung der

Fotografie. S: Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, Anm. 35. Hierzu bes.: Köhne-Lindenlaub, *Krupp und die Eisenbahn*, 214.

200 AK an Meyer v. 13. 4. 1857, in: AK BN 7 (FAH 2 M 78.7), 89.

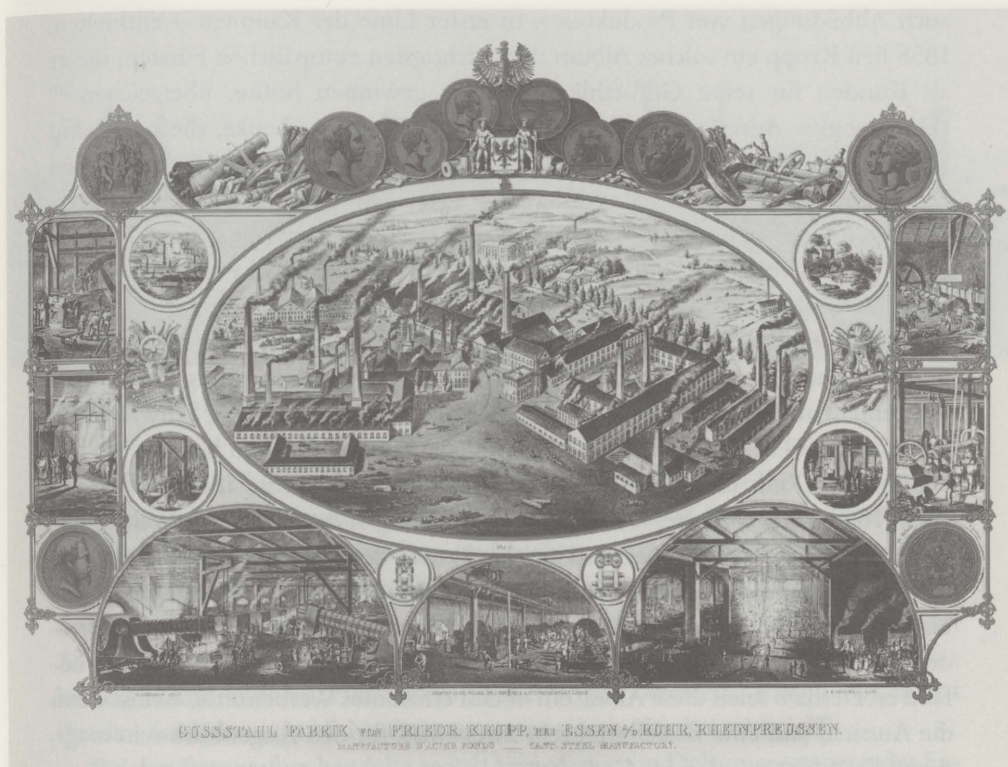


Abbildung 12: Farbige Lithographie der Gußstahlfabrik Fried. Krupp von 1857 mit einer Gesamtansicht des Unternehmens, Innenansichten, Abbildungen von Medaillen und von Produkten.

Auf dieser Karte wurde die immer im Zentrum stehende Gesamtansicht des Fabrikgeländes durch Einblicke in einzelne Fertigungsbereiche ergänzt wie die Arbeit am Schmelzofen, das Recken und Walzen der Werkstücke sowie die Dampfhammer. Alle zu dieser Zeit von der Gußstahlfabrik hergestellten Produkte sind auf der Lithographie abgebildet, dazu alle Preismünzen; die Komposition ist von ornamentalen Zierleisten zusammengehalten und vom preußischen Adler gekrönt. Damit wurde die auf den Weltausstellungen mit so großem Erfolg angewandte Methode, die Kruppschen Produkte mit preußischen Symbolen in Verbindung zu bringen, auf das Medium der Geschäftskarte übertragen. Dabei ist bemerkenswert, daß diese repräsentative visuelle Darstellung der Firma und ihrer Produkte wohl auf Anregung eines Engländers entstanden ist, des Ingenieurs Alfred Longsdon, ein enger Vertrauter des Firmeninhabers, der seit Ende 1856 Vertreter Krupps in London war und 1873 auch Mitglied der Prokura wurde.

Ein weiteres exquisites Geschenk waren Alben, die neben der Fabrikansicht

auch Abbildungen von Produkten – in erster Linie der Kanonen – enthielten. 1858 ließ Krupp ein solches Album den wichtigsten europäischen Fürsten, die er als Kunden für seine Gußstahlkanonen zu gewinnen hoffte, überreichen.²⁰¹ «Hochrangige Adressaten verlangten wertvolle Werbegeschenke, die nachhaltig Eindruck machten, und dies entsprach nur zu gut den gewachsenen Ansprüchen des Unternehmens nach Repräsentation.»²⁰² Den Werbewert dieser Alben schätzte Krupp auch später noch sehr hoch ein. «Es ist gar nicht genug erwogen, daß so ein prachtvolles Album mehr macht, als der schönste Reisende», notierte er Ende 1872. «Dem wird der Empfang schwer, dem Album leicht; das wird besprochen, man hält Nachfrage, im höchsten Kreise interessiert man sich für die Sache und bei einer Tasse Thee wird Abends am Album die Ausrüstung beschlossen während man, wenn der interessierte Agent sich introducieren will, Schwierigkeiten macht weil er lästig werden kann und jedenfalls auf Gewinn bedacht ist. Das Album mit Dank und Dienstbereitschaft ist die angenehmste Introduction.»²⁰³ Auch 1878, als er forderte, «besondere Anstrengungen zu machen die Welt heranzuziehen, damit wir in großen und kleinen Partien Bestellungen auf Geschütze erhalten», sollten als Werbegeschenk alle Staaten ein «möglichst vollständiges Album, welches Werke und Produkte zeigt», erhalten.²⁰⁴ «Fürsten und Prinzen werden solche Bilder mit Leben gern sehen und sich Gedanken darüber machen», befand er. Deshalb seien diese Alben ein höchst effizientes Werbemittel, «selbst wenn die Aussicht [auf eine Bestellung] sehr zweifelhaft für den Augenblick sein mag», denn die Bilder würden im Gedächtnis bleiben.

Der Einsatz der Fotografie

Seit Anfang der 1860er Jahre waren die Industriebetriebe zu groß geworden, um auf Briefköpfen Platz zu finden. Das heißt jedoch nicht, daß die Fabrikansicht als Werbemittel damit an Bedeutung eingebüßt hätte. Im Gegenteil begann Krupp nun, die noch junge Fotografie für Werksansichten einzusetzen. Das war nicht nur aus Sachgesichtspunkten geboten, die Verbindung mit diesem modernen Medium war zudem geeignet, die Aufgeschlossenheit und Fortschrittlichkeit des Stahls und damit der Gußstahlfabrik sinnfällig zum Ausdruck zu bringen. Eine eigene «Photographische Abteilung» wurde eingerichtet und der erste Werksfotograf Hugo van Werden nahm 1861 die ersten mehrteiligen Panoramen vom Turm des Hammers Fritz aus auf.²⁰⁵

201 Dankschreiben Favés im Auftrag Napoleons III. v. 21. 5. 1858 und des französischen Kriegsministers Vaillant v. 19. 5. 1858, in: WA 4/1226, 17 und 18.

202 Herz, *Gesammelte Fotografien und fotografierte Erinnerungen*, 254.

203 AK an die Firma o.D., wahrsch. Ende 1872, in: AK BN 11 (FAH 2 M 78.11), 247.

204 AK an die Firma v. 23. 5. 1878, in: AK BN 17 (FAH 2 M 78.17), 99.

205 Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 51 ff.

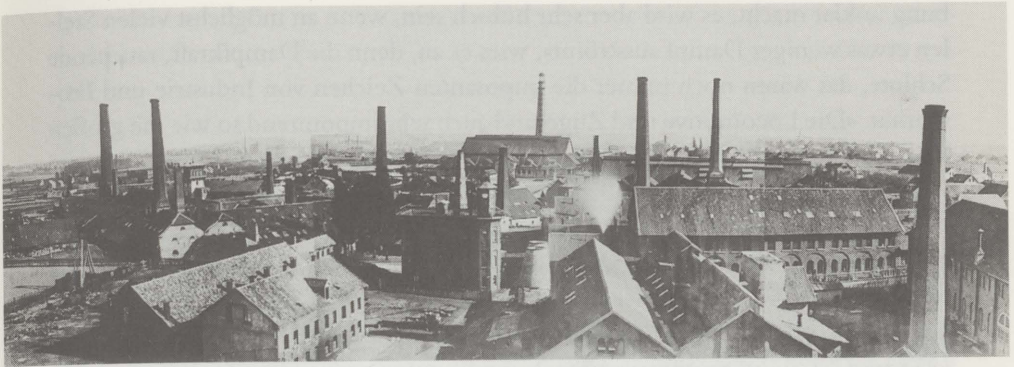


Abbildung 13: Panoramaaufnahme der Gußstahlfabrik von Westen, 1862.

In dieser Abteilung, die bald Lithographische Anstalt, später nur noch Graphische Anstalt hieß²⁰⁶, wurden Außenansichten der Fabrik hergestellt, Fotos vom Inneren der Fabrik, von Produkten und auch von den Arbeitern. Letztere aufgenommen, wurden sie einzeln an «hochstehende Personen» verschenkt, zur Repräsentation des Unternehmens auf den Weltausstellungen eingesetzt, sie wurden zu Alben zusammengefaßt, daneben aber auch Musterbüchern, Weltausstellungskatalogen und anderen Firmenveröffentlichungen beigelegt. Krupp war hierin Pionier, fand aber schnell Nachahmer unter seinen Konkurrenten.²⁰⁷

Bei den Fotografien handelte es sich keineswegs um Dokumentationen des Fabrikalltags, sondern um gezielt inszenierte Bilder, die Arbeit und Betriebsamkeit demonstrieren sollten, ohne durch allzuviel Bewegung zu verwirren, die den für die Industrie charakteristischen Dampf zeigen sollten, doch in einer Dosierung, die noch nicht die Sicht trübte oder Assoziationen an schlechten Geruch wecken konnte. Der Firmeninhaber selbst forderte im Januar 1867, daß für die Weltausstellung neue Fabrikansichten aufgenommen werden müßten, und präziserte in seiner üblichen Detailversessenheit, wie diese Bilder zu sein hatten. Krupp war weit davon entfernt, ein simples Abbild der Wirklichkeit für ausreichend zu halten, sondern ordnete an, daß die Bilder im Mai aufgenommen werden sollten, «wenn Alles grünt und der Wind stille ist», zudem an einem Sonntag, «weil die Werkstage zuviel Rauch, Dampf und Unruhe mit sich führen, auch der Verlust zu groß wäre». Neben menschenleeren Ansichten der Gebäude sollten auch «eine oder zwei Ansichten mit Staffage und Leben auf den Plätzen, Höfen und Eisenbahnen» inszeniert werden. «Es ist nachtheilig, wenn zu viel Dampf die Umge-

206 Zur Geschichte der Graphischen Anstalt s.: Kraft, *75 Jahre Graphische Anstalt der Fried. Krupp Aktiengesellschaft 1861–1936*; Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 42.

207 S. hierzu: Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 54.

bung unklar macht, es wird aber sehr hübsch sein, wenn an möglichst vielen Stellen etwas weniger Dampf ausströmt», wies er an, denn die Dampfkraft, rauchende Schloten, das waren noch immer die imposanten Zeichen von Industrie und Prosperität. «Die Locomotive und Züge sind auch sehr imponierend so wie die großen Transportwagen für Güsse.»²⁰⁸

Neben Fabrikansichten und Bildern vom Produktionsprozeß wurden zunehmend Aufnahmen einzelner Produkte zu Werbezwecken eingesetzt. Sie dokumentierten die Weiterentwicklung und Neuheiten, mithin den Fortschritt. Sie waren auch ein willkommener Anlaß, sich bei den Kunden in Erinnerung zu bringen, sollten aber vor allem natürlich das jeweilige Produkt anpreisen. So wurde 1878 und 1879 die Einführung der Panzerkanone mit großem Werbeaufwand in Form von Druckschriften, Zeichnungen, und Fotografien begleitet.²⁰⁹

Krupps Kommentar zu einer Fotografie der Panzerkanone macht deutlich, wie genau die Wirkung dieser Bilder kalkuliert wurde: «Das Bild zeigt, daß die Panzerkanone das Schiff sofort vertilgen kann aber umgekehrt die Pivotkanone dort nichts ausrichten wird», lobte er die Inszenierung, mahnte aber zugleich, «die beiden dürfen nicht als im Kampf begriffen dargestellt werden, sondern als zufällig nebeneinander aufgestellt» – die Hinweise auf Kampf und Gefecht sollten nicht aufdringlich sein, die Geschütze Macht demonstrieren, aber nicht Aggression. Die Panzerkanone wirkt allein durch ihre Massigkeit imposant, sie brauchte nicht in Aktion gezeigt zu werden. Dies war eine neue Art der Waffenpräsentation. Zuvor waren die Kanonen bevorzugt in Verbindung mit Preußen oder sogar mit Kampf und Schlacht gebracht worden, z. B. auf dem Blatt, das 1867 die Tausendpfünderkanone als Gipfelpunkt der artilleristischen Entwicklung seit der Erfindung des Schießpulvers preist.²¹⁰ Schlachtenszenen aus verschiedenen Jahrhunderten illustrieren hier die technische Weiterentwicklung der Kanone, daneben die Abbildungen von Berthold Schwarz, dem Erfinder des Schießpulvers, und, dominierend im Zentrum, Alfred Krupp. Die Rückseite des Blattes zeigt eine Darstellung der Schlacht bei Königgrätz. Zwar sind hier keine Kanonen zu sehen, dennoch ist deutlich, daß Krupp die Verbindung zum preußischen Sieg herstellen will.

Der Kontrast dieser figurenreichen, von Bändern und ornamentalen Figuren umrahmten Darstellung zur elf Jahre später entstandenen Fotografie der Panzerkanone könnte kaum größer sein: Der geometrische Bildaufbau ist dreigeteilt in die Zonen Wasser im unteren Bild Drittel, einem Küstenstreifen in der Mitte und dem Himmel im oberen Drittel. Im Bildmittelpunkt befindet sich die Panzerkanone, deren Mündung direkt auf den Betrachter gerichtet ist. Die Strenge der parallelen

208 AK an die Firma v. 12. 1. 1867, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 108. Vgl. a.: Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 49.

209 AK an die Firma v. 29. 8. 1878, in: AK BN

17 (FAH 2 M 78.17), 169–172, AK an das Kanonen-Ressort v. 13. 3. 1879, in: Ebd., Bd. 19, 60.

210 S.: Abbildung 6.

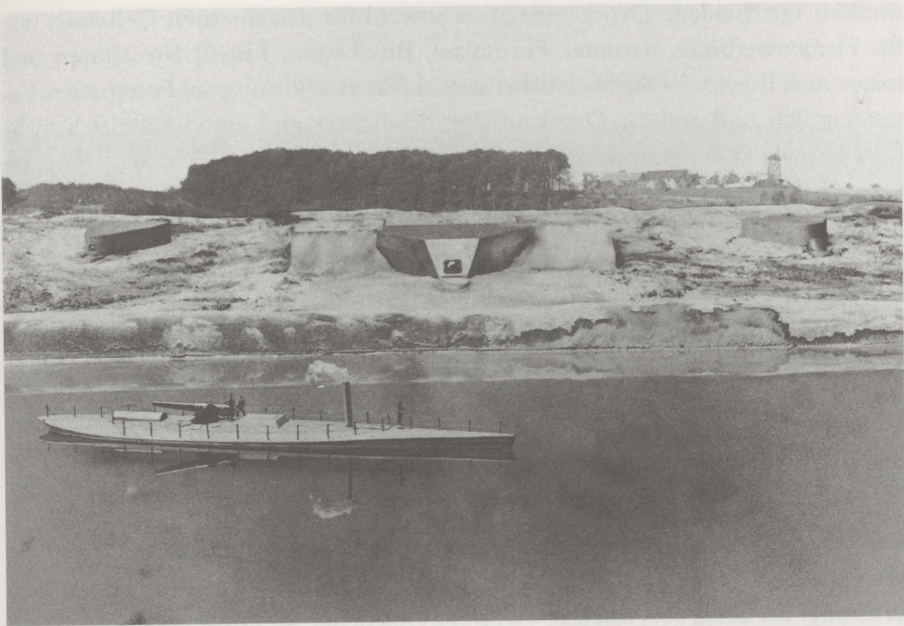


Abbildung 14: Modellfoto des Pivotkanonenbootes und der Panzerkanone zur Küstenbefestigung.

Uferlinien wird lediglich gebrochen durch das Pivotkanonenboot, das leicht schräg steht. Das Bild ist unbelebt, statisch. Das Boot bewegt sich nicht, selbst der Rauch aus seinem Schornstein scheint stillzustehen. Die Menschen auf dem Boot dienen allein als Größenmaßstab. Nicht Feuerkraft wird hier gezeigt, auch militärische Accessoires fehlen. Statt dessen entsteht der Eindruck der Macht durch Technik, Präzision und Größe. Die Wirkung der Kanone wird allein durch den Bildaufbau unmittelbar einsichtig, ohne daß es technischer Angaben bedürfte. Das Bild gibt ihr zudem einen defensiven Charakter. Sie scheint wie ein Wachhund im Küstensand zu kauern, um das schemenhaft am Horizont sichtbare Bauernhaus und die Mühle zu beschützen. Die potentiell angreifende Bootskanone zeigt denn auch in die entgegengesetzte Richtung, sie weist aus dem Bild hinaus und scheint also einen – offensichtlich aussichtslosen – Angriff gar nicht zu versuchen. Die Idee sei «köstlich», notierte Krupp zu diesem Bild, «ich wünsche, daß man auf diese Weise Hafen- und Flußmündungsforts construiren und photographiren möchte zur Illustration für Laien und solche Bilder mit den Details in Druck begleiten. Dann werden wir bald die ganze Welt darauf aufmerksam gemacht haben.»²¹¹

In der Lithographischen Anstalt wurden nicht allein Fotografien hergestellt,

211 AK an Neu v. 23. 9. 1878, in: AK BN 17 (FAH 2 M 78.17), 201. Im Oktober ordnete Krupp den Versand der Bilder von Panzer-

und Pivotkanone an den Kaiser an. S.: AK an die Firma v. 8. 10. 1878, ebd., 208.

sondern verschiedene Druckerzeugnisse sowohl für den internen Gebrauch wie für Firmenwerbung, darunter Formulare, Briefbögen, Listen, Broschüren und später auch Bücher.²¹² Sie blieb dabei aber auf die Ausführung der Fotografien, Lithographien und anderer Druckaufträge beschränkt und entwickelte sich nicht zum Kern einer Werbeabteilung modernen Zuschnitts. Nicht allein, daß die Texte der Broschüren nicht hier, sondern in den Fachressorts, später zumindest teilweise im 1890 gegründeten Nachrichtenbüro verfaßt wurden, auch Konzepte und Strategien zum Werbeverhalten wurden nicht hier entwickelt. Sie stammten entweder von Alfred Krupp selbst oder von der Prokura.

Als Werbung, als Werbeveranstaltungen müssen auch die Schießversuche bezeichnet werden, die Krupp im Beisein von Fachleuten und Militärs veranstaltete, um sie von seinen Kanonen zu überzeugen. Zudem wurde hierbei die Fotografie als unterstützendes Medium eingesetzt. Der Fotograf dokumentierte den Verlauf der Versuche, und seine Bilder wurden mit einem Gruppenbild der Teilnehmer anschließend an diese verschickt, um die Erinnerung wachzuhalten und den Eindruck zu verstärken.²¹³ «Nur nicht sparsam mit der Zahl der Exemplare», riet Krupp, «denn das ist eine gute Saat». Noch nach Jahren zeigten die Fotografien Wirkung, vor allem aber seien sie «würdige Geschenke für Fürsten, Behörden und Private».²¹⁴ Er empfahl der Prokura, «für die ganze Zukunft von allen bedeutenden Ereignissen Bilder aufzunehmen – auch wenn man sie im Moment nicht verwerthen könnte».²¹⁵

1872 regte Krupp auch an, die Wiener Weltausstellung vorzubereiten und damit ihre Werbewirkung zu erhöhen, indem die neuesten Krupp-Kanonen bereits vor der Eröffnung den entscheidenden Militärs verschiedener Staaten bei einem Probeschießen vorgeführt würden. Dieses Probeschießen, als «Generalprobe der verschiedenen Geschütze» bezeichnet, wäre natürlich eine Werbeveranstaltung der Firma gewesen, deren Kosten Krupp auf insgesamt 25.000 bis 50.000 Taler schätzte, doch er rechnete, es kämen «auf jeden Staat 5/m Thlr. und Alle nehmen Partei für die Fabrik. So bitte alles zeitig zu arrangieren».²¹⁶ Häufig jedoch sind Krupps zahlreiche, oft dem Augenblick entspringenden Wünsche und Anordnungen von den leitenden Angestellten nicht umgesetzt worden. Sie dachten pragmatischer, waren stärker mit den Alltagsgeschäften vertraut und ließen deshalb manches zunächst auf sich beruhen, so daß es unterblieb, wenn Krupp nicht insistierte.

212 Zur organisatorischen Entwicklung und den Aufgaben der Graphischen Anstalt s.: Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 55 ff.

213 S. hierzu: Herz, *Gesammelte Fotografien und fotografierte Erinnerungen*, 263 f.; Aufnahmen von einem Probeschießen in Dülmen am 7. 7. 1875 bei: Dewitz, *Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt*, 52. GSt 59 (WA 7f 828: Schießstand und Schießplatz

Essen von 1863 bis 1912); GSt 60 (WA 7f 830: Schießplatz Dülmen 1873–1887). Die Liste der Schießversuche in: WA 7f 691.

214 AK an die Firma v. 10. 7. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 296. Vgl. a.: AK an Eichhoff o.D. (Anfang April 1875), in: ebd., 168 f.

215 AK an Eichhoff o.D. (Anfang April 1875), in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 169.

216 AK an die Prokura v. 3. 4. 1872, in: AK BN 11 (FAH 2 M 78.11), 145.

Bredelar, 7. und 8. November 1877

Vorführung der 15 cm Kugelkopfkano



Geschütz nach dem Beschuß durch 15 cm Kaliber.

Abbildung 15: Grußkarte mit Abschlußfoto der Schießversuche am 7. und 8. 11. 1877 auf dem Schießplatz Bredelar.

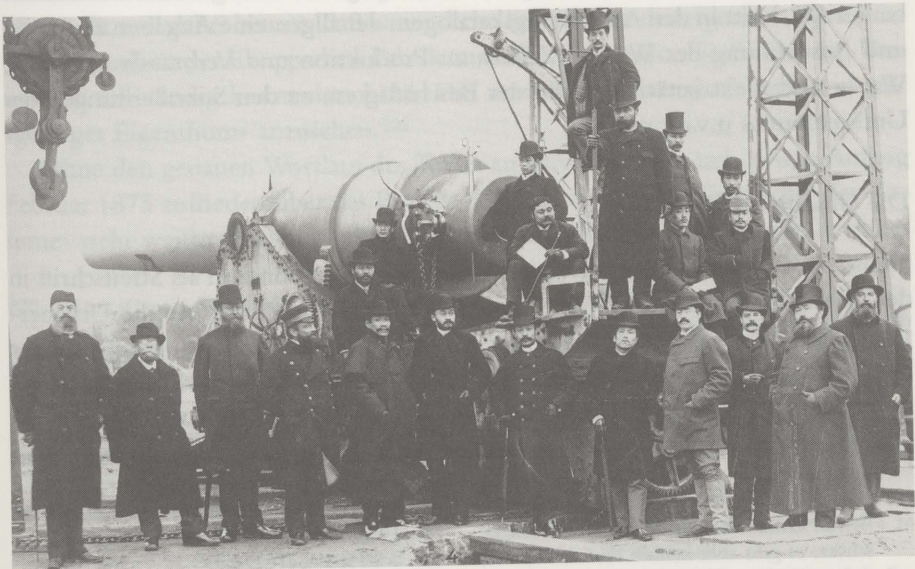


Abbildung 16: Abschlußfoto nach Schießversuchen am 1. 2. 1887 vor einer japanischen Delegation auf dem Schießplatz Meppen.

Was er in diesem Fall nicht tat, so daß diese Anregung des Chefs nicht umgesetzt wurde.²¹⁷ Doch allein der Vorschlag zeigt bereits, daß Alfred Krupp auf das Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen der Verkaufsförderung setzte.

Bei diesem Ineinandergreifen verschiedener Werbeformen nahmen die Industrieausstellungen eine Scharnierfunktion wahr.²¹⁸ Sie waren die ersten Veranstaltungen, auf denen sich das Unternehmen einem größeren Publikum präsentierte, dazu mit sehr großem Erfolg. Obwohl man damit die Bühne der Weltöffentlichkeit betrat, waren die «Streuverluste» doch gering, die Werbebotschaft ging also nicht verloren, sondern erreichte mit einem hohen Effizienzgrad die angesprochenen, für die Firma Krupp relevanten Personen, die alle die Weltausstellungen besuchten: Techniker und Autoren der Fachzeitschriften ebenso wie Eisenbahndirektoren, Minister, Militärs und sogar die Staatsoberhäupter selbst. Der Eindruck der Exponate sollte beim Besuch der Ausstellung verstärkt werden, der flüchtige Moment zudem ein Element von Dauerhaftigkeit erhalten durch Material, das das Gesehene in Erinnerung rufen und den Eindruck lebendig halten könnte. Zunächst wurden allein Produktverzeichnisse hierfür eingesetzt, der hieraus entstandene Ausstellungskatalog enthielt dann aber immer mehr Informationen sowohl über einzelne Produkte und Produktgruppen als auch über das Werk insgesamt. Dieses für die Weltausstellungen entwickelte Werbemittel wurde dann Ausgangspunkt für andere, die auch unabhängig von diesen Großereignissen eingesetzt werden konnten. Dazu gehörten neben ausführlichen Schriften zu einzelnen Produkten und Produktgruppen auch die Broschüre «Statistische Daten», die erstmals 1877 aufgelegt wurde.²¹⁹ Sie entsprach ziemlich genau dem genauso überschriebenen Abschnitt in den Ausstellungskatalogen, der allgemeine Angaben zu Größe und Ausdehnung des Werkes, Ziffern zu Produktion und Verbrauch an Kohle, Wasser und Elektrizität, zur Zahl der Beschäftigten, zu den Sozialleistungen des Unternehmens u.v.m. machte.

Die Geschichte der Kanone

Nicht im Zusammenhang mit den Weltausstellungen, sondern als Streitschrift in der Auseinandersetzung mit den preußischen Militärbehörden um die Urheberschaft des Feldgeschützes C 73 ist der Anstoß zur Denkschrift «Entwicklung der Kanonen-Fabrikation in der Gusstahlfabrik von Fried. Krupp in Essen» zu sehen. Im Februar 1874 forderte Krupp, daß «die Geschichte des neuen Geschützes» geschrieben werden sollte, nachdem in einem Artikel das neue Feldgeschütz C 73 als

217 Zwar gab es im Herbst 1873 ein Probeschießen in Österreich mit dem 8,7 cm Feldgeschütz, es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß es mit einem größeren Repräsentationsaufwand stattgefunden hätte. S. hierzu: WA 7 f 691.

218 Vgl. a.: Kroker, *Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert*, 71 ff.

219 S 2 FK 3/1 [1877 ff.].

Konstruktion der preußischen Artillerieprüfungskommission bezeichnet worden war. Dagegen sollte die vom Kanonenressort zu verfassende Schrift nachweisen, «daß die Commission doch nur unsere Schöpfung probirt hat und nichts daran ihr Werk ist». ²²⁰ Krupp beanspruchte das alleinige Urheberrecht an der Neuentwicklung und damit auch das Recht, das Feldgeschütz ohne preußische Genehmigung an andere Staaten zu verkaufen. Mit Österreich gab es bereits erste Kontakte. ²²¹

Die Schrift sollte als Argumentationshilfe in der Auseinandersetzung mit den preußischen Behörden eingesetzt werden, zugleich aber auch der Werbung für das neue Geschütz dienen. Nachdem auf seine Anregung hin zunächst offenbar wieder einmal nichts geschehen war, wiederholte Krupp im Oktober seine Forderung nach einer «Denkschrift, welche geeignet sein müßte, über das Wesen unserer Geschützfabrikation, über ihre Entwicklung und Bedeutung in solcher Weise Aufschlüsse zu geben, daß man einen vorteilhaften Eindruck davon bei allen gebrauchmachenden Staaten erwarten dürfte». ²²² Diesmal wurde die Aufforderung des Chefs nicht übergangen und unter der Aufsicht des Leiters des Kanonenressorts, Groß, entstand in den folgenden Monaten die im März 1875 fertiggestellte, als Manuskript gedruckte Denkschrift «Entwicklung der Kanonen-Fabrikation in der Gußstahlfabrik von Fried. Krupp in Essen». ²²³ Der Inhaber selbst gab brieflich wiederholt Hinweise zu dieser Denkschrift, so regte er an, neben dem Kaiser auch die Generäle v. Voigts-Rhetz und v. Neumann angemessen zu würdigen, da sie als Förderer der Gußstahlkanone gewirkt und sich damit um die Fabrik verdient gemacht hätten. ²²⁴ Beginnend mit den ersten Versuchen in den 1840er Jahren wird in der Denkschrift die Entwicklung und Weiterentwicklung der Gußstahlkanonen dargestellt und dabei betont, daß wesentliche Fortschritte der eigenständigen Entwicklungsarbeit der Kruppischen Fabrik zuzuschreiben seien, die Rohre und Verschlüsse selbständig konstruiert habe. Die neue Ringkanone, sei mithin als ihr «geistiges Eigentum» anzusehen. ²²⁵

Ohne den genauen Wortlaut des Textes zu kennen, zeigte sich Krupp Anfang Februar 1875 zufrieden über das Projekt. Er glaube, daß die «Geschichte der Kanone» «sehr weittragenden Nutzen bringen wird», schrieb er und mahnte: «Jedes

220 AK an «Canonici» [das Kanonenressort der Firma] v. 13. 2. 1874, Druck bei Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 300.

221 S.a.o. Kap. I.2.A: Der Nutzen der Sonderbeziehung.

222 AK an die Firma v. 9. 10. 1874, zit. n.: GSt 75 (WA 7 f 375: Geschichtliche Darstellungen und Denkschriften in der Kruppischen Fabrik zu Lebzeiten Alfred Krupps), 9.

Jetzt gab es zudem Gerüchte, daß auch Rußland am C 73 Geschütz interessiert war, es aber nicht in Essen bestellen wollte, sondern lediglich die Konstruktionspläne vom preußischen Kriegsministerium zu erhalten hoffte.

Die Denkschrift sollte also auch deutlich machen, daß die preußischen Behörden kein Recht hätten, über das Geschütz zu disponieren. Vgl.: AK an die Prokura v. 28. 10. 1874, in: AK BN 13 (FAH 2 M 78.13), 247 ff.

223 S. hierzu: GSt 75 (WA 7 f 375: Geschichtliche Darstellungen und Denkschriften in der Kruppischen Fabrik zu Lebzeiten Alfred Krupps), 9 ff.

224 AK an Groß v. 31. 1. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 68 f.

225 WA 10 a 3,2: Entwicklung der Kanonen-Fabrikation in der Gußstahl-Fabrik von Fried. Krupp in Essen, 35.

Wort muß gewogen sein.» «Wir müssen recht klar sein, so daß wir nichts ungesagt lassen, was bekannt sein soll – ohne zu verletzen, wo die Verletzung nicht beabsichtigt wird.»²²⁶ Hierfür sollte das Werk nicht nur dem deutschen Kaiser, den Spitzen der Militärbehörden und Generälen Preußens, Rußlands und Österreichs überreicht werden, sondern auch allen anderen Kanonenkunden oder solchen Staaten, auf deren Bestellung man in Essen hoffte. Explizit nannte Krupp die Türkei, Ägypten, China, Japan, Brasilien und Nord-Amerika.²²⁷ Diesen Enthusiasmus teilten die Prokuristen nicht. Sie fürchteten den Eklat mit den preußischen Militärs, die durch die Denkschrift verärgert werden könnten und die Geschäftsbeziehungen zu Krupp möglicherweise sogar abzubrechen versuchen würden. Zwar hieß es im Vorwort, die Geschichte der Kruppschen Gußstahlkanonen sei «lediglich zu dem Zweck geschrieben, aufgetretene irrige Ansichten an der Hand der Thatsachen zu widerlegen. Jeder Gedanke an Reklame oder Huldigung lag fern und sorgsames Streben wurde darauf gerichtet, einseitige Auffassungen zu vermeiden». – Doch natürlich war es eine Streitschrift in der Auseinandersetzung mit der Artillerieprüfungskommission, in der Krupp sein Recht untermauern wollte, jeden Staat mit jedem seiner Produkte nach Belieben zu beliefern.²²⁸ Mit ihren Kassandrarufern konnten sich die leitenden Angestellten beim Firmeninhaber allerdings nicht durchsetzen, der auf seinem Recht und auf der Notwendigkeit, es auch durchzusetzen, beharrte.²²⁹

Seine Prokuristen aber sollten recht behalten. Das Kriegsministerium, das eines der ersten Exemplare erhalten hatte, verlangte sofort, die Schrift nicht zu veröffentlichen, sie schon gar nicht ans Ausland gelangen zu lassen. Sie enthalte Angaben über die Versuche mit dem neuen Feldgeschütz, die durch den Kaiser als geheim eingestuft seien, was, so das Kriegsministerium, der Firma Krupp auch bereits mehrmals mitgeteilt worden sei. Zudem nahm man an der tabellarischen Auflistung aller jemals in Essen gefertigten Kanonen und ihrer Auftraggeber Anstoß, denn sie ermögliche es anderen Staaten, sich ein allzu genaues Bild von Art und Umfang der Ausrüstung der preußischen Armee zu machen.²³⁰

Alfred Krupp versuchte einerseits, die Verantwortung für die Verstimmung auf die Autoren des Textes und die Prokura abzuwälzen²³¹, beharrte aber dennoch zunächst auf seinem Standpunkt, daß eine solche Denkschrift nötig sei, um das

226 AK an Goose v. 9. 2. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 84f.

227 Ebd.

228 S.: AK an die Prokura v. 19. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 138.

229 Vgl.: AK an Goose v. 1. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 117f.

230 Allgemeines Kriegs-Departement an die Firma Fried. Krupp v. 25.3.1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 155f. Anm.; vgl. a.: Generalinspekteur der Artillerie, Podbielski,

an Fried. Krupp v. 13. 4. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 188 Anm.

231 «Ich setzte voraus, daß in der Geschichte der Kanone nichts Unwahres, nichts Ungerechtes oder Verletzendes und außerdem nichts enthalten ist, dessen Mittheilung nicht unsere Berechtigung wäre», begann er seine an die Prokura gerichtete Reaktion vom 29. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 155ff.

Vertrauen «unserer näheren Kundschaft» und damit Bestellungen zu erhalten, denn aus ihr gehe hervor, «daß die ganze Canone unser Werk ist und daß die preußische Artillerie eine Frucht davon ist und nicht der Ursprung».²³² Die «Geschichte der Kanone»²³³ wurde noch dem Kaiser gesandt²³⁴, darüber hinaus dann aber nur noch einem kleinen Kreis preußischer Militärs zugestellt²³⁵, um eine Verstimmlung mit dem Staatsoberhaupt zu verhüten und den Konflikt mit Kriegsministerium und Allgemeinem Kriegsdepartement zu beenden. Bei Krupp sah man, daß die Vorwürfe der preußischen Militärs teilweise durchaus berechtigt waren und eine Veröffentlichung zumindest zu diesem Zeitpunkt den preußischen militärischen Interessen schaden würde.²³⁶

Erst einmal also wurde abgewartet, doch schon im Sommer desselben Jahres empfahl der Firmenchef, daß, «da der Sturm sich gelegt hat, wir nun mäßigen Gebrauch von diesem Werke machen sollten». Zunächst sollten nur weit entfernte Staaten wie China, Japan, Ägypten oder Brasilien bedacht werden, «wo nicht Huhn noch Hahn darnach kräht», doch sollten auch Longsdon in London und Meyer in Berlin stets Exemplare für den Bedarfsfall zu ihrer Disposition haben.²³⁷ Im Frühjahr des folgenden Jahres forderte Krupp dann sogar, die Denkschrift fortzuschreiben, als Argumentationshilfe für mögliche künftige Auseinandersetzungen.²³⁸

232 AK an die Prokura v. 29. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 156.

233 WA 10 a 3,2: Entwicklung der Kanonen-Fabrikation in der Gussstahl-Fabrik von Fried. Krupp in Essen.

234 Begleitschreiben zur Denkschrift v. 30. 3. 1875, AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 160 f.

235 Am 30. März hatten sie neben dem Kaiser und dem Kronprinzen die Generäle Voigts-Rhetz und Stosch erhalten; bis zum 8. Mai daneben der Fürst von Hohenzollern, Kriegsminister v. Kameke, v. Moltke, v. Podbielski, Ribbentrop, v. Kamecke (Insp. d. f. Art.), und neben Alfred Krupp selbst von der Firma Meyer, Major Trautmann und Groß. S. Aufstellung v. 8. 5. 1875, Abschriften in: WA 10 a 3,2.

236 Vgl.: Gooses Bericht über ein Gespräch mit dem bei Krupp angestellten Major Trautmann als Anmerkung zum Brief AK an Goose v. 30. 3. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 166.

237 Vgl.: AK an die Prokura v. 25. 7. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 308.

In den «Briefen und Niederschriften» befindet sich auf der Seite 224f. ein weiteres Schreiben Krupps an den Leiter des Kanonenressorts, Groß, in dem er sich allgemein zustimmend zu dem Werk äußert und mehrere kleinere Änderungen ankündigt. Die

allgemeinen Bemerkungen, die der Brief enthält («Ich finde das ganze Opus sehr inhaltsreich und freue mich darüber, daß solche Arbeit – auch so gern und so bereitwillig – bei uns gemacht wird. Der Werth solcher Ausarbeitungen ist über alle Maaßen bedeutend, wenn es auch sofort keine Frucht zeigt.») machen seine Datierung auf Mitte Mai unwahrscheinlich. Die Datierung erfolgte offensichtlich aufgrund der Ortsangabe München, denn Krupp befand sich zu dieser Zeit auf der Rückreise von Italien und machte in München Station. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß er diese Bemerkungen nach dem erst kurz zurückliegenden Eklat mit den Militärbehörden gemacht hat, zumal er eine vorsichtige Verwendung des Werkes dann erst zwei Monate später, im Juli, anregte. In der Geschichtlichen Studie Nr. 75, Geschichtlichen Darstellungen und Denkschriften in der Kruppschen Fabrik zu Lebzeiten Alfred Krupps, wird der Brief denn auch auf Februar datiert, als er sich während einer Reise nach Ouchy in München aufgehhalten habe. Diese Reise ist allerdings im Verzeichnis der Reisen Alfred Krupps (WA 7 f 1043) nicht erwähnt.

238 AK an die Prokura v. 31. 3. 1876, in: AK BN 15 (FAH 2 M 78.15), 124 f.

Die Unannehmlichkeiten und Differenzen mit den preußischen Behörden, die die Geschichte der Kanone zunächst heraufbeschworen oder doch zumindest verstärkt hatte, lassen es verständlich erscheinen, daß in der Firma die Neigung gering war, weitere Denkschriften dieser Art zu verfassen. Dabei hatte Krupp vor dem Eklat gewünscht, «daß solche Arbeiten nicht blos für Kanonen-Fabrikation, sondern für alle anderen Zweige des Verkehrs und der Interessen ausgeführt werden»²³⁹, und im Februar 1875 noch angeregt, eine Darstellung des Unternehmens in «Ursprung und Bestand» aufzulegen. Sie sollte seine Geschichte und aktuelle Tätigkeit darlegen, Ziffern zu Produktion und Leistung enthalten, mit Statuten, Regulativen und Verordnungen auch die innere Struktur und Organisation dokumentieren und das Sozialwerk beinhalten. Die Erfolgsgeschichte des Aufstieges sollte präsentiert werden, die eigene Tüchtigkeit, die Leistungsfähigkeit der Fabrik. Die Fabrik zu historisieren, ihr eine «Geschichte» zu verleihen, hieß zugleich, dieses Bild der Dynamik durch Tradition und Beständigkeit zu ergänzen. Diese Firmengeschichte sollte die Geschichte des Sozialverbandes sein, des Gemeinwesens in seiner Organisation. So konnte man Offenheit und Transparenz demonstrieren, ohne tatsächlich über den Fertigungsprozeß und technische Einzelheiten zu berichten, denn diese Dinge wurden nach wie vor aus Angst vor Nachahmung streng geheimgehalten. «Ich glaube aber, daß wir für den Weltruf der Fabrik nichts besseres thun können, als wenn man sie mit ihren Einrichtungen kennt. Wenn Letztere recht vollkommen daraus erscheinen, so muß das Werk uns das Vertrauen der entferntesten Länder gewinnen.»²⁴⁰ Die Konzeption dieser Werksgeschichte ähnelt damit den Panoramafotografien der Fabrik, die Größe und Ausdehnung anschaulich machen und damit beeindrucken sollten, ohne aber Details der Produktion erkennen zu lassen. Krupp wollte nicht nur die einzelnen Produkte anpreisen und ihre Eigenschaften bekanntmachen, sondern darüber hinaus um Vertrauen für die Firma insgesamt werben. Dafür sollte sie historisch fundiert, solide organisiert, den Angehörigen gegenüber verantwortlich und in ihrer Ausdehnung eindrucksvoll erscheinen.

Die Vertrauenswürdigkeit der Firma als solcher sollte dazu beitragen, Käufer zu gewinnen. Vertrauen bezeichnete er immer wieder als den Schlüssel zu einer erfolgreichen Kundenbeziehung, und dieses Vertrauen basiere nicht allein auf der Qualität und den Eigenschaften eines einzelnen Produktes. Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Firma erfordere vielmehr, sie zu kennen: Ihre Geschichte, ihre derzeitige Gestalt, die Bereiche, die Produktionsziffern und die Sozialleistungen. «Das ganze Werk in seinem Ursprung und seinem Bestande», nannte es Krupp.

239 Der bei der Zusammenstellung der Briefe und Niederschriften Alfred Krupps als aus der Mitte Mai stammend angenommene undatierte Brief muß wohl in diesem Zusammenhang gesehen werden. S. o., Anm. 237.

AK an die Firma o.D., in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 224 f.

240 AK an die Firma v. 12. 2. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 89.

Diese Kenntnis der Fabrik hat er dem preußischen König ebenso wie vielen ausländischen Staatsoberhäuptern und Militärs bei Besuchen in Essen vermittelt und auf diese Weise für Vertrauen geworben. Die geplante Broschüre sollte den Effekt der Fabrikbesuche auf ein anderes Medium übertragen, um nicht an die tatsächliche Anwesenheit in Essen gebunden zu sein, sondern auch in den «entferntesten Ländern» zu wirken.²⁴¹ 1875, wie gesagt, wurde diese Anregung nicht aufgenommen. Erst zwei Jahre später entstanden Broschüren, die die Firma insgesamt vorstellten, die also Krupps Vorstellungen vom Februar 1875 nahekamen. Sie wurde aber nicht in Analogie zur Kanonendenschrift angefertigt, sondern als «Auskopplung» aus den für die Weltausstellungen angefertigten Broschüren, die bereits seit einiger Zeit solche «Statistische Daten» genannten allgemeinen Angaben enthielten.²⁴²

Eine veritable Geschichte der Fabrik, einzelner Ressorts oder der Entwicklung einzelner Produkte wurde nach der Kanonendenschrift nicht wieder in Angriff genommen. Krupps Wünsche verhallen ungehört, obwohl er nicht nachließ, sondern immer wieder auf die Abfassung solcher Schriften drängte, in denen er wichtige Werbemittel sah. Nur so könne die Firma ihre Erfahrungen, den Wert ihrer Produkte und ihre Leistungen gebührend zur allgemeinen Kenntnis bringen, befand er. Deshalb müsse in jedem Ressort mindestens eine Person dafür sorgen, «daß jede für das Publicum dienliche Information veröffentlicht werde. Alle diese Schilderungen in Schrift und Zeichnung müssen immer in einem Leselokal zu Jedermanns Ansicht in mehreren Exemplaren bereit liegen und müssen solche die geschichtliche Entwicklung der verschiedenen Produktionen darstellen.»²⁴³

Die drei Ringe

Schließlich ist im Zusammenhang mit der Werbung der Firma Krupp auf die Verwendung eines Fabrik- oder Markenzeichens einzugehen. Das Markenzeichen ist Teil der Bemühungen, das eigene Produkt als Markenartikel zu etablieren und damit von anderen unterscheidbar zu machen. Der Schriftzug «Fried. Krupp» sollte schon in den 1820er Jahren als Garant für qualitativ hochwertigen Stahl etabliert werden. Entsprechend alarmiert reagierte Therese Krupp, als minderwertiger Stahl mit dem Kruppschen Zeichen auftauchte, und warnte in den «Allgemeinen Politischen Nachrichten» vor der Fälschung.²⁴⁴ Es blieb noch lange Zeit bei der Verwendung des Firmennamens als Fabrikzeichen, mit dem die Produkte gekennzeichnet wurden. Zwar listeten die Preisverzeichnisse der 1850er Jahre bereits gra-

241 So gab es zu dieser Zeit Eisenbahnprojekte in China, die den Hintergrund dieses Wunsches bildeten. S.: AK an die Prokura v. 13. 2. 1875, in: AK BN 14 (FAH 2 M 78.14), 92 f.

242 S 2 FK 12.

243 AK an die Prokura v. Oktober 1882, in: AK BN 19 (FAH 2 M 78.19), 195.

244 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 59.

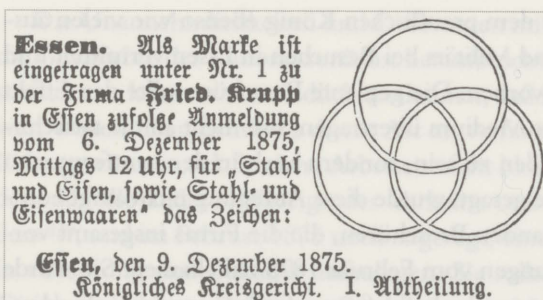


Abbildung 17: Mitteilung über die Eintragung der drei Ringe als Kruppsches Firmenzeichen 1875.

phische Zeichen auf, diese (Kronen, Sterne, Rauten und Kreuze in unterschiedlicher Anzahl) dienten jedoch nicht primär der Unterscheidung Kruppschen Stahls von dem anderer Produzenten. Es waren vielmehr übliche Freizeichen, mit denen unterschiedliche Härtegrade und Verwendungszwecke des Stahls bezeichnet wurden.²⁴⁵

Obwohl es bereits seit 1847 möglich gewesen wäre, ein Fabrikzeichen eintragen zu lassen²⁴⁶, bedurfte es eines Anstoßes von außen, daß die Firma ein Warenzeichen gesetzlich schützen ließ. Erst nach Erlaß des Reichsgesetzes über Markenschutz vom 30. November 1874²⁴⁷ stellte man bei Krupp Überlegungen an, ein eigenes Markenzeichen einzuführen. Mehrere Entwürfe wurden angefertigt, darunter eine Granate mit zwei Blitzen, ein halbes geflügeltes Eisenbahnrad, Abbildungen eines Dampfhammers und des Turms vom Hammer «Fritz» und eben das Zeichen der drei aufeinandergelegten Ringe. Alfred Krupp selbst entschied zugunsten dieses Zeichens, einer Stilisierung der nahtlos geschmiedeten Eisenbahnradreifen. Diesen, den Tyre, hat er wiederholt als seine bedeutendste Erfindung bezeichnet, die das Werk groß gemacht habe, was mit dem Zeichen sinnfällig zum Ausdruck kommt. Die Wahl dieses Zeichens war dabei mehr als ein Bekenntnis zum Radreifen.

Er wählte das abstrakteste Symbol, das auf allegorisches Beiwerk verzichtete, ein Produkt nicht abbildete, sondern stilisierte, auf Ornament verzichtete und statt dessen auf die klare Ästhetik der Graphik setzte. Das Zeichen vermittelt damit Klarheit und Präzision, zudem Perfektion, die mit dem Symbol des Ringes assoziiert wird. Die Allusion der Vollkommenheit wird verstärkt durch die Zahl drei, die Zahl der göttlichen Trias, sowie durch den pyramidalen Aufbau, der zusätzlich das aufstrebende Element beifügt. Schließlich sind die drei Ringe nicht aneinandergelegt, sondern liegen aufeinander. Aneinanderliegende Ringe hätten an das Räder-

245 Preisverzeichnis der 1850er Jahre, in: WA 4/268a, 58.

246 Vgl. hier u. i. folgenden: WA 4/743: «Die Kruppsche Firmenbezeichnung und das Kruppsche Waarenzeichen 1808–1903».

247 Zur Geschichte des Markenschutzes in Deutschland und besonders auch zum Reichsgesetz von 1874 s.: Wadle, *Fabrikzeichen und Markenrecht*, bes. 241 ff.

werk der Maschine denken lassen können, die aufeinanderliegenden Ringe hingegen, die zudem bei flüchtigem Hinschauen als ineinander verschlungen erscheinen, wecken den Eindruck des Miteinanders, können mithin für die Fabrik als Sozialverband stehen. Die «drei Ringe» geben Raum für solche Assoziationen, ohne sie aufzuzwingen. Das Zeichen bleibt dabei ein zeitlos ansprechendes, auch ästhetisch überzeugendes Symbol, das niemals unmodern geworden ist.

Am 9. Dezember 1875 wurde dieses Zeichen beim Königlichen Kreisgericht Essen für die Produkte der Gußstahlfabrik eingetragen und am 5. April 1895 in das Warenzeichenregister des Kaiserlichen Patentamtes in Berlin übernommen. Das Zeichen wurde zudem in 56 weiteren Ländern gesetzlich geschützt.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurde das Zeichen nicht allein Erkennungszeichen der Firma auf Produkten, es entfaltete Integrationskraft darüber hinaus und wurde sogar metonymisch für das Unternehmen insgesamt gebraucht.²⁴⁸ In diesem Sinne wurde es auch verwendet auf den Ehrennadeln, die Fabrikjubilare für langjährige Zugehörigkeit erhielten. Angesichts dieses Erfolges der drei Ringe als Firmensymbol erstaunt es um so mehr, daß von Alfred Krupp keine Äußerungen hierzu erhalten sind.

C: Alfred Krupp und die Presse

Die bisherige Untersuchung hat Krupp als einen Fabrikanten gezeigt, der ebenso innovativ und aufgeschlossen wie bei seinen Produkten auch im Bereich der Verkaufsförderung war. Schnell begriff er, welche Chancen ihm die Gewerbe- und dann vor allem die Weltausstellungen bringen würden, früh schon setzte er Werbemittel ein, die ebenfalls neben Qualität und Solidität stets Innovation und Modernität der Produkte Krupps sowie der Firma insgesamt vermitteln sollten. Beide Male handelte es sich um neue Medien der Öffentlichkeit, die er nutzte, um den Bekanntheitsgrad und das Renommee seiner Firma und letztlich natürlich den Absatz der Produkte zu steigern. Zeitungen stellten demgegenüber keine eigentliche Neuheit dar, doch die gewaltige Expansion, die technischen und inhaltlichen Veränderungen, die das zentrale Medium der Öffentlichkeit erfuhr, ließen es substantiell und auch von der Bedeutung her in ganz neue Dimensionen vorstoßen. Die Frage lautet zunächst, wie sich Krupp diesem Medium gegenüber verhielt und wie sich sein Verhalten entwickelte, daneben soll aber auch, soweit die Quellenlage dies zuläßt, in den Blick genommen werden, wie die Presse die aufstrebende Firma und schließlich das Weltunternehmen wahrnahm.

248 Am augenfälligsten im Titel der Firmengeschichte von v. Klass: *«Die drei Ringe. Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens»*, das auf den Namen Krupp verzichten kann. Ledig-

lich im Schutzumschlag des 1953 erschienenen Werkes taucht der Name als Prägung, ohne Verwendung von Druckerschwärze, auf.

Eine der ersten Äußerungen Alfred Krupps zur Presse findet sich im Zusammenhang mit der geplanten Kooperation mit dem Elberfelder Fabrikanten Wilhelm Jaeger, der aus Kruppschem Stahl Brustpanzer, sogenannte Kürasse herstellte. Der Elberfelder war durch frühere Lieferungen im Ministerium bereits bekannt, so daß Krupp hoffte, auf diese Weise eingeführt zu werden und das Vertrauen, das sein Stahl als Rohmaterial für Jaegers Kürasse gewinnen würde, später auf andere Produkte übertragen zu können.²⁴⁹ Geplant war eine Arbeitsteilung zwischen der Essener Fabrik und dem Jaegerschen Etablissement: Krupp sollte die Stahlplatten liefern, aus denen Jaeger die Kürasse fertigen würde. Voraussetzung hierfür war natürlich, daß er auch als Hersteller des Ausgangsmaterials genannt und bekannt würde, und genau hier schien die Vereinbarung nicht zu funktionieren. Auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1844 fand Jaeger in der Presse positive Resonanz, doch blieb Krupp in diesen Berichten als Hersteller der Stahlplatten unerwähnt. In einem Brief an Jaeger beschwerte er sich bei diesem und verlangte eine Richtigstellung:

«Die öffentlichen Blätter bezeichnen das Material der von Ihnen zur Gewerbe-Ausstellung gesandten Cuirasse als Ihr Fabrikat und als Ihre Erfindung. Dies ist die Veranlassung zu gegenwärtigen Zeilen, womit ich Sie freundlichst um gefällige Mittheilung ersuche, was wohl der Grund dieser Unrichtigkeit sein kann.»²⁵⁰ In-geheim scheint Krupp davon ausgegangen zu sein, daß Jaeger selbst Urheber der Falschmeldung war, jedenfalls forderte er ihn auf, den Irrtum zu korrigieren. Krupp ging es nicht eigentlich um das, was die Zeitungen schrieben, er sah darin vielmehr einen Hinweis darauf, daß Jaeger sich als der Hersteller auch des Stahls ausgab. Wenn die Ausstellungsleitung und vor allem das Ministerium aber nicht erführen, daß das Material der Kürasse von ihm, Krupp, stammte, war alles Lob nichts wert, war die Zusammenarbeit für ihn wertlos. Zur Berichtigung war Krupp nicht in erster Linie an einem öffentlichen Dementi gelegen²⁵¹, doch gegenüber denjenigen Stellen, die er auf sich aufmerksam zu machen hoffte, sollte der Sachverhalt geklärt werden.

Der Vorfall erhellt damit schlaglichtartig die ambivalente Haltung Krupps zur Presse und zur Öffentlichkeit in diesen Jahren: Sehr genau registrierte er die Berichte der Zeitungen und schenkte ihnen viel Aufmerksamkeit, besonders wenn sie etwas Unrichtiges oder seiner Ansicht nach Falsches enthielten. Er war sorgfältig auf seinen guten Ruf bedacht, die Qualität seiner Erzeugnisse sollte über jeden Zweifel erhaben sein. Doch interessierte ihn hierbei eigentlich nur die Ansicht

249 Als Referenz für die Qualität seines Stahls führte Krupp die Kürasse dann bereits in einem Schreiben an die Central-Commission der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1844 an. AK an die Central-Commission für die Gewerbe-Ausstellung, Berlin v. 24. 8. 1844, in: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 61.

250 AK an Wilhelm Jaeger v. 7. 9. 1844, in: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 63.

251 «Ich will ihn nicht öffentlich Lügen strafen, wenn er meinem Verlangen noch zur Genüge nachkommt», schrieb Krupp an den Essener Bürgermeister Pfeiffer am 8. 9. 1844, vgl.: AK BN 5 (FAH 2 M 78.5), 64.

seiner Kunden, in diesem Falle der Berliner Behörden und natürlich die der für die Preisvergabe zuständigen Ausstellungsleitung, die durch solche Artikel beeinflusst werden könnten. Die allgemeine öffentliche Meinung war nur in zweiter Linie wichtig.

Diese Haltung zeigt sich ebenfalls, vielleicht sogar noch deutlicher, an einem Vorfall aus dem Frühjahr 1852. Ein halbes Jahr nachdem er auf der ersten Londoner Weltausstellung Furore gemacht und die Blicke der ganzen Welt auf sich gezogen hatte, betrachtete man ihn auch zu Hause mit anderen Augen. Er war eine Berühmtheit geworden, und die Vorgänge in der Fabrik vor den Toren der Stadt Essen zogen die Neugier auf sich. Als auf der Gußstahlfabrik ein neuer Dampfhammer mit einem Gewicht von 50.000 Pfund errichtet wurde, nahmen dies die Essener «Allgemeinen Politischen Nachrichten» zum Anlaß, einen wohlwollenden Artikel über die nun fast weltbekannte Firma zu drucken, der noch heute einen anschaulichen Eindruck vom Aussehen der Fabrik und der Umgebung am Beginn der industriellen *take-off-Phase* vermittelt.

«Wer sich jetzt der Krupp'schen Gußstahl-Fabrik nähert, staunt über die in jüngster Zeit eingetretene ansehnliche Erweiterung ihrer baulichen Anlagen. Es ist eine großartige industrielle Colonie, inmitten einer freundlichen, reichbelebten Landschaft, die weit übersät erscheint von Grubengebäuden mit hochragenden Schornsteinen, und von den langgestreckten Linien der Köln-Mindener Eisenbahn und der in sie einmündenden Kohlenzweigbahnen durchzogen wird. Die erwähnte Ausdehnung des Krupp'schen Etablissements besteht hauptsächlich in einem umfangreichen Gebäude, parallel und zunächst der Chaussee nach Mühlheim, dessen mächtiger Dachstuhl auf einer Menge von Pfeilern ruht. Dies Gebäude, das einen Morgen Land umfaßt, ist 250 Fuß lang und 100 Fuß breit. Ein kolossaler Hammer, ohne Stiel 6000 Pfund schwer, wird in demselben mit einem Aufgang von 6 Fuß eine gewaltige Wucht entwickeln; gestern ist er an Ort und Stelle eingetroffen. Der dazu gehörige Ambos wird noch erwartet; dessen Gewicht wird 50.000 Pfund betragen. Hammer und Ambos sind in der Sterkrader Hütte gefertigt. Der bisherige kleinere Hammer wog nur 1000 Pfund und hatte einen Aufgang von 1 1/2 Fuß, erzielte übrigens nicht weniger als 100 Niederschläge in einer Minute. In dem neuen Gebäude werden besonders Walzen von bedeutender Schwere geschmiedet werden. Unter den Erzeugnissen, die in der nächsten Zeit aus der Krupp'schen Gußstahlfabrik hervorgehen, verdient vor Allem eine starke Lieferung von Achsen für die Ostbahn Erwähnung.»²⁵²

Krupp und sein Teilhaber Friedrich Sölling waren aber nicht über den positiven Tenor erfreut, sondern eher verärgert wegen der Erwähnung einer Lieferung für die Ostbahn. Tatsächlich gab es keinen solchen Auftrag, statt dessen stand die Firma in Verhandlungen mit der Schlesisch-Märkischen Bahn, doch ein Abschluß war noch nicht erreicht und man hatte Sorge, daß ein solcher Artikel in Fachkreisen vielleicht als Aufschneiderei übelgenommen werden könnte. Als der Artikel dann noch «mit allen Unrichtigkeiten», wie Sölling sich empörte²⁵³, in zwei Zei-

252 «Allgemeine Politische Nachrichten», Essen, Nr. 10, v. 23. 1. 1852.

253 Sölling an AK v. 3. 2. 1852, in: WA 9 v 103, 8.

tungen nachgedruckt wurde, erbat er von seinem Partner genaue Angaben, um die Fehler korrigieren zu können: «Ob ich einen berichtigenden Artikel in der Cöl. Zeitung soll einrücken lassen, melde mir umgehend, bis dahin unterlasse ich es, da die paar Tage Verzögerung nichts schaden, selbst wenn er hinein soll – schreibe mir dann Deine Gedanken darüber – auch haben wir dann auch denklich den definitiven Zuschlag für die 450 Axen von der schles. Märk. Bahn, sodaß man davon ungescheut sprechen kann zur Berichtigung der Angabe wegen Lieferung von Axen für die Ostbahn.»

Krupp und Sölling legten auf solche Beachtung in den Zeitungen keinen Wert. «An Baedeker werde ich übrigens auch ein paar Worte richten, daß er uns künftig mit seinen Artikeln verschont, oder sich besser und an der richtigen Quelle informiert»²⁵⁴, schrieb Sölling an Krupp und sandte am gleichen Tag einen Brief an die Redaktion der «Allgemeinen Politischen Nachrichten»:

«Wenn zwar den Interessenten des Etablissements es nicht zusteht, sich überhaupt Artikel über dasselbe im Allgemeinen zu verbitten, obgleich ich erkläre, daß ihnen keinerlei Gefallen durch deren Anfertigung und Verbreitung geschieht, so glauben sie sich doch hierdurch das dringende Gesuch gestatten zu dürfen, es möge verehrlicher Redaktion gefallen, falls für die Folge Sie Sich dennoch dazu veranlaßt erachten möchte, Sich vorher an der rechten Quelle die richtigen Informationen zu verschaffen.»²⁵⁵

Krupp selbst hielt sich in diesen Wochen in Berlin auf. Er bemühte sich um einen Auftrag von Federn für die Ostbahn, mußte jedoch beim Vergleich seiner Produkte mit denen vor allem der englischen Konkurrenz erkennen, daß die Produkte seiner Fabrik längst nicht die gleiche Qualität aufwiesen. Die Zeitungsmeldung über eine große Lieferung an die Ostbahn kam zu diesem Zeitpunkt natürlich ungelegen, konnte sie doch wie Prahlerei des Unternehmers aussehen – zumal der Auftrag dann ja gar nicht zustande kam. «Die Zeitungsartikel fangen nun an mir ekelhaft zu werden»²⁵⁶, schrieb Krupp nach Essen, als Baedekers Artikel sogar noch von anderen Blättern der Region nachgedruckt wurde. Nicht nur die kleineren Unrichtigkeiten brachten Krupp auf, selbst über den positiven Grundton der Berichte konnte er sich nicht freuen, denn er fürchtete, man könne ihm unterstellen, daß er die Berichte in irgendeiner Weise veranlaßt oder gefördert habe. «Mancher kann sogar denken, wir hätten selbst Theil an der Renommage, obgleich für mich keine darin liegt.»²⁵⁷ Deshalb beauftragte er den Buchhalter Gantesweiler, in denjenigen Zeitungen, wo der Artikel erschienen war, eine Distanzierung von den Artikeln als bezahlte Annonce zu schalten. «Daraus ersieht man, daß an der Renommage wir keinen Theil haben», begründete er diesen Wunsch

254 Ebd.

255 Sölling an die Redaktion der «Allgemeinen Politischen Nachrichten», Essen v. 3. 2. 1852, in: WA 9 v 103, 12.

256 AK an Ascherfeld und Gantesweiler den 9. und 10. 2. 1852, Druck bei: Berdrow

(Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 128. FAH 2 B 23, 26.

257 AK an Ascherfeld und Gantesweiler, den 9. und 10. 2. 1852, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 129.

und fügte hinzu, «daß wir vom Publikum – nur nicht von den Consumenten – unbemerkt unseren Weg gehen wollen».²⁵⁸

Diese Formulierung macht deutlich, daß Krupp zu der Zeit die breite Öffentlichkeit, das «Publikum», wie er es dem Zeitgebrauch entsprechend nannte²⁵⁹, durchaus nicht als gezielt für seine Zwecke eingesetztes Forum benutzte. Statt dessen bemühte er sich, von der Öffentlichkeit «in Ruhe gelassen», von Zeitungsartikeln «verschont» zu werden. Hierin liegt nur ein scheinbarer Widerspruch zu seinem öffentlichkeitswirksamen Auftreten bei der Weltausstellung in London wenige Monate zuvor, als er sich einen Namen zu machen und ganz plötzlich eine enorme Bekanntheit zu erringen vermocht hatte. Offenbar war es Krupp weniger um die Aufmerksamkeit der Zeitungsöffentlichkeit und des allgemeinen «Publikums» zu tun, als vielmehr um seine unmittelbaren und potentiellen Kunden. Diese, die er als «Konsumenten» bezeichnete, wollte er erreichen. Er begann auf den Weltausstellungen, die allgemeine Öffentlichkeit aktiv als Mittel zu diesem Zweck einzusetzen und wachte darüber, daß Zeitungsberichte seinen Interessen nicht zuwiderliefen. Darüber hinaus war er wenig geneigt, dem Interesse, auch der Neugier des Publikums entgegenzukommen, das sich natürlich für das Unternehmen in der Nachbarschaft interessierte, das da in aller Welt Beachtung fand. Journalisten wurden abgewiesen, wenn sie über das Werk berichten wollten. Krupp verfügte, «daß auch nichts an Andere über das Geschäft gesprochen werden darf, denn Schreibsüchtige werfen da geschwind Brocken aus Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zusammen und schmücken eine Annonce aus fürs Publicum».²⁶⁰ Der Zugang zum Werk war ihnen sowieso versperrt²⁶¹, wobei allerdings auch die ständige Sorge mitspielte, daß Fabrikationsgeheimnisse nach außen dringen könnten.

Das «Geheimnis der Stahlherstellung» war er zu wahren bemüht. Hatte er auch selber in jungen Jahren englische Fabriken besucht, um dort Anregungen und Hilfestellungen zu erhalten, so ließ er später niemanden in seine Tiegel schauen. Auch als das Unternehmen seit 1862 neben dem hochwertigen Tiegelstahl auch den billigeren aber qualitativ nicht ebenbürtigen Bessemerstahl²⁶² (bei Krupp verschleiernd C-Stahl genannt) herstellte, wurde den Kunden nicht mitgeteilt, welche Stahlsorte jeweils verwendet worden war. Statt dessen berief man sich auf die Sonderstellung des Unternehmens als Hersteller von Spitzenqualität.²⁶³

258 Ebd.

259 Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat der heute gebräuchliche Begriff «Öffentlichkeit» an die Stelle des bis dahin gebrauchten «Publikum». Vgl.: Hölscher, *Öffentlichkeit*, 438.

260 AK an Ascherfeld und Gantesweiler, den 9. und 10. 2. 1852, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 129.

261 1855 erließ Alfred Krupp ein ausdrückliches Fabrikbesichtigungsverbot für Fremde, wenn er betonte, «daß das Innere der Fabrik

Jedermann ohne Ausnahme verschlossen und daß zur Aufhebung dieser Regel Niemandem die Vollmacht gegeben ist». (Anweisung ohne Datum in: AK BN 7 (FAH 2 M 78.7), 174).

262 Vgl. hierzu: König /Weber, *Netzwerke, Stahl und Strom 1840 – 1914*, 71 ff.

263 Vgl.: Betrachtungen von Albert Pieper über den Stand der Geschäfte v. 18. 2. 1867, WA 4/1455. Pieper warnte davor, diese von ihm beschriebene Haltung beizubehalten.

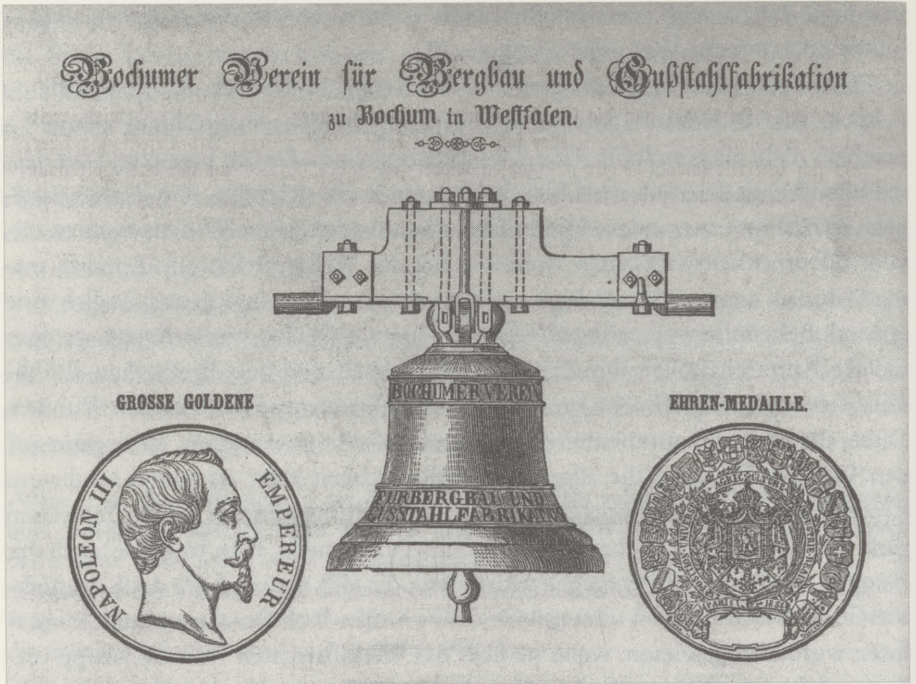


Abbildung 18: Erste Seite einer Werbeschrift des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation von 1858 mit Abbildung einer Gußstahlglocke und beiden Seiten der auf der Pariser Weltausstellung 1855 errungenen Goldmedaille.

Der Gußstahlglockenstreit

Nachdem er die Wirksamkeit seines öffentlichen Auftretens erfahren hatte, mußte Krupp Mitte der 1850er Jahre dann auch die umgekehrte Erfahrung machen, daß er sich und seinen Geschäftsinteressen durch sein öffentliches Auftreten massiv schaden konnte. 1854 begann der sogenannte «Gußstahlglockenstreit»²⁶⁴, den er mit Jacob Mayer ausfocht, dem technischen Kopf der in Bochum ansässigen Stahlfabrik Mayer & Kühne, die am 1. September 1854 in eine Aktiengesellschaft, den Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation umgewandelt wurde. Der Streit erreichte seinen Höhepunkt auf der Pariser Weltausstellung 1855, dort entschied die Ausstellungskommission gegen Krupp zugunsten von Bochum. Der Streit schwelte danach noch bis 1859 weiter. Wie schon in der Auseinandersetzung mit Jaeger zehn Jahre zuvor fürchtete Krupp, um den Ertrag seiner Mühe bei der Etablierung des Gußstahls, also hochwertiger, schmiedbarer Legierungen, gebracht zu werden. Gegenstand der Auseinandersetzung, die zu großen Teilen öf-

264 Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 301 ff.

fentlich, über die Zeitungen, ausgetragen wurde, waren Kirchenglocken aus Gußstahl, mit denen der Bochumer Verein Aufsehen erregte. Der Klang der Glocken wurde allgemein als «ein angenehm starker und namentlich sehr voller» bezeichnet, «welcher den Bedürfnissen eines Kirchengeläutes hinlänglich entspricht». ²⁶⁵ Wenn die Stahlglocken auch nicht ganz den Ton derjenigen aus Bronze erreichten, so wurde dieser Nachteil durch ihren Preis wettgemacht, der fast um die Hälfte niedriger lag als bei herkömmlichen Glocken.

Für die Fachwelt lag die Sensation aber vor allem darin, daß hier erstmals der gegenüber Eisen erheblich zähflüssigere Stahl direkt in eine Form gegossen wurde, das Werkstück also nicht aus einem Block geschmiedet werden mußte. Der von Jacob Mayer entwickelte Stahlformguß ²⁶⁶ bot damit die Perspektive, auch Kessel und Maschinenteile aus Gußstahl künftig direkt in Form gießen und damit erheblich verbilligen zu können. «Mit der Darstellung der Façongüsse aus Gußstahl, deren Detail er [Jacob Mayer] als sein Geheimniß bewahrt, ist der Anwendung dieses vortrefflichen Materiales ein neues, großes Feld eröffnet und der Maschinen-Konstruktion ein weiteres unschätzbare Hilfsmittel geboten» ²⁶⁷, hieß es anerkennend im amtlichen Bericht über die Pariser Weltausstellung. Krupp dagegen kannte nur die herkömmliche Weise der Stahlherstellung, nach der der zähflüssige Stahl zu Stangen oder Blöcken gegossen wurde und erst durch Recken, Walzen und Schmieden seine spätere Form erhielt.

Deshalb hielt er es für ausgeschlossen, daß das Material der Glocken tatsächlich schmiedbarer Stahl sein könne, sondern ging davon aus, daß es sich um das weit dünnflüssigere Roheisen handeln müsse. ²⁶⁸ Er zeigte sich überzeugt, daß eine Schmiedeprobe seine Vermutung in jedem Falle bestätigen werde. ²⁶⁹ Krupp verfaßte daher ein Rundschreiben an die Aktionäre des Bochumer Vereins, das er am 1. September 1854 auf der ersten Generalversammlung der soeben gegründeten Aktiengesellschaft verteilen ließ und zudem am folgenden Tag in der «Kölnischen Zeitung» inserierte. Er wiederholte darin seine Behauptung, «daß die Glocken der dortigen Gußstahl-Fabrik [...] durch keine Eigenschaft sich von Roheisen unterscheiden und durch keine die geringste Verwandtschaft mit Gußstahl bekunden». ²⁷⁰ In der Bezeichnung «Gußstahl» sah Krupp eine «Irreführung des Publicums», denn die Glocken ließen sich mit seinen Fabrikaten in keiner Weise ver-

265 *Amtlicher Bericht über die Allgemeine Pariser Ausstellung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gewerbefleißes und der schönen Künste im Jahre 1855*, Berlin 1856, 350; zit. n. Abschrift in: FAH 2 P 108, 189.

266 Vgl.: Bertram, *Jacob Mayer*, in: *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*; Däbritz, *Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation*, 15–17.

267 *Amtlicher Bericht über die Allgemeine Pariser Ausstellung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gewerbefleißes und der schönen*

Künste im Jahre 1855, Berlin 1856, 350; zit. n. Abschrift in: FAH 2 P 108, 191.

268 Vgl.: AK an die Königliche Regierung, Abteilung des Inneren, Düsseldorf, v. 21. 4. 1854, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 151.

269 Nur Gußstahl ist schmiedbar, Roh- oder Gußeisen aufgrund seines hohen Kohlenstoffgehaltes hingegen nicht.

270 «Kölnische Zeitung» v. 2. 9. 1854, Vgl.: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 168; Originale in: FAH 2 P 108, 47 ff.

gleichen.²⁷¹ Der Bochumer Verein reagierte ebenfalls mit einem Inserat in der «Kölnischen Zeitung». Am 24. September erschien auf Mayers Veranlassung die Beschreibung des erfolgreichen Versuches, den für die Glocken verwandten Stahl zu schmieden, was im Beisein von als Zeugen genannten Fachleuten geschehen sei.²⁷² Krupp zweifelte den Beweis an, er vermutete weiterhin, daß die Glocken aus Roheisen gegossen sein müßten, und führte seinerseits einen Zeugen an, den Redakteur des «Polytechnischen Journals», Emil Dingler. In dieser Weise zog sich das im Inseratenteil der Zeitungen ausgetragene Scharmützel zwischen den beiden Gußstahlfabrikanten noch bis in den November hin.²⁷³

Den heutigen Leser muten die Artikel fast skurril an in ihrer zum Teil unbeholfen wirkenden Langatmigkeit. Stets werden die Behauptungen der Gegenseite noch einmal wiederholt, der Ton ist aufgereggt und manchmal kleinkariert besserwisserisch, wenn der Gegenseite sogar Ausdrucksfehler vorgehalten werden.²⁷⁴ Krupps Teilhaber Sölling empfahl dringend, den Streit nicht weiterzuführen. «Dergleichen Zeitungskämpfe bringen überhaupt nichts ein», schrieb er an den Buchhalter Topp, denn er sah genau, daß diese öffentlich ausgetragene Fehde dem Ansehen Krupps schadete. Krupp stand als starrköpfig und stur da, als jemand, der dem Konkurrenten nicht nur dessen Erfolg mißgönnte, sondern ihn mit aller Macht, sogar mit unredlichen Mitteln bekämpfte. «Wir haben viel von dem hohen Standpunkt verloren, den man dem Schöpfer der Fabrik anerkennend eingeräumt, das muß man leider von Freunden hören», bemerkte Sölling.²⁷⁵

Entgegen seiner Hoffnung war die Auseinandersetzung allerdings am Jahresende 1854 nicht beigelegt, sondern flammte zur Weltausstellung im folgenden Jahr erneut auf. Krupps Ziel bestand natürlich darin, seinen Erfolg von London 1851 zu wiederholen.²⁷⁶ Jetzt mußte er jedoch fürchten, daß die Bochumer Glocken weit größere Sensation machen würden als seine Exponate und er nicht noch einmal als einziger, zumindest als einziger preußischer Stahlfabrikant, eine Auszeichnung erhalten würde.²⁷⁷ Zudem war Krupp sich seiner Sache auch inhaltlich ganz sicher: Bei dem Material der Glocken könne es sich nur um kohlenstoffreiches Eisen handeln, Stahl könne wegen seiner zähflüssigen Konsistenz unmöglich in eine Form gegossen werden.

Er wollte nun unbedingt verhindern, daß die Bochumer Glocken als «Gußstahl» deklariert werden durften. Um das zu erreichen, sollte sein Anliegen zu-

271 Ebd.

272 Ebd., 168 f.

273 Vgl.: FAH 2 P 108.

274 So heißt es in der «Schließlichen Abfertigung des Herrn Krupp», die als Inserat des Bochumer Vereins am 21. 10. 1854 in der «Kölnischen Zeitung» und am 22. 10. 1854 in der Zeitung «Der Aktionär» erschien: «Die gross gedruckte Stelle ist es, die nichts weniger als die Behauptung eines Vorsprunges vor

(nicht «über») Herrn Krupps Fabrikation enthält.» In: FAH 2 P 108.

275 Friedrich Sölling an Topp v. 14. 12. 1854, Abschrift in: WA 9 v 96, 9.

276 S.o.: Kap. I.3.A: Die gefeierte Berühmtheit auf den Weltausstellungen von 1855, 1862 und 1867.

277 AK an Haaß v. 19. 6. 1855, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 186 f.

nächst den Jurymitgliedern nähergebracht werden. «Der Präsident der Classe, Steinbeis, ist mir persönlich gewogen, und es würde vielleicht gut sein, wenn demselben recht gründlich die unangenehmen Folgen für mich erklärt würden, wenn blindlings ohne Prüfung das Material als solches bezeichnet würde», schrieb er an Topp.²⁷⁸ Krupp wollte sich nicht mit Analysen zufriedengeben, sondern bestand darauf, daß eine Glocke zerschlagen würde. Er war der festen Überzeugung, daß die Bruchstücke nicht schmiedbar sein würden.²⁷⁹

Krupp und Mayer & Kühne²⁸⁰ wandten sich beide jeweils direkt an den Vorsitzenden der Jury, zugleich wurde die Auseinandersetzung aber wiederum über die Zeitungen geführt. Als Krupp im Juni in dem Blatt «Monde Industriel» las, daß das Material der Bochumer Glocken als Gußstahl bezeichnet wurde, schrieb er aufgeregt an seinen Pariser Vertreter Haaß: «Sagen Sie mir was Sie von Seiten kompetenter Beurtheiler Gutes und Nachtheiliges hören und wenn wir irgend noch etwas von Bedeutung leisten müssen um eine alleinige Auszeichnung wie in England vor den Concurrenten zu erlangen so warte ich nur auf den Fingerzeig.»²⁸¹ Anders als im vorangegangenen Jahr in Deutschland wurde die Zeitungsfehde jetzt nicht in bezahlten Annoncen ausgetragen, sondern fand im redaktionellen Teil statt. Um hier seine Chancen zu verbessern, forderte Krupp Haaß auf, einen Journalisten zu bestechen, damit dieser im Sinne der Essener Fabrik berichte. Obwohl dessen Bestechlichkeit bekannt und der Wert seiner Artikel daher nicht allzu hoch zu veranschlagen sei, sollte Haaß ihm doch «das Doppelte was Gebrauch ist» zahlen, denn «zur Zeit wenn die Beurtheiler dort sind mag vielleicht es dienlich sein die Garantien und Sicherheiten der Fabrik durch Exempel bekannt zu machen, bis dahin haben wir auch noch Resultate von Kanonen-Proben aus Hannover und England».²⁸² Krupp zielte also auch mit diesem Vorstoß eigentlich auf die Jury. Das Urteil der Zeitschriften interessierte ihn nicht an sich, doch er nahm an, daß sich die Jurymitglieder davon beeinflussen lassen könnten.

Als sich im August abzeichnete, daß der Bochumer Verein sogar mit einer goldenen Medaille ausgezeichnet werden würde, wies Krupp seinen Vertreter Haaß an, den Antrag auf Zerschlagung einer Glocke und die Durchführung der Schmiedeprobe durch einen Strohmännchen stellen zu lassen, so daß er nicht als der wahre Auftraggeber zu erkennen sei. Den Preis der zu zerschlagenden Glocke in Höhe von 2100 Taler wolle er aber zur Verfügung stellen, später erhöhte er dieses Gebot

278 AK an Topp ohne Datum, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 181.

279 Vgl.: AK an unbekannt ohne Datum, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 185.

280 Auch nach der Umgründung der Bochumer Gußstahlfabrik von Mayer & Kühne in die Aktiengesellschaft «Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation» am 1. 9.

1854 wurde die vorherige Firmenbezeichnung in der Korrespondenz sowie in den erwähnten Zeitungsartikeln meist weiterverwendet. Vgl.: WA 80/23.

281 AK an Haaß v. 19. 6. 1855, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 186.

282 AK an Haaß v. 22. 6. 1855, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 188.

sogar auf 3000 Taler.²⁸³ Haaß war so ungeschickt, diesen Antrag selbst zu stellen, angeblich als Privatperson. Doch natürlich galt Haaß als der Repräsentant Krupps, so daß diese Intervention für Krupp eher Nachteile brachte. Der preußische Ausstellungs-Kommissar, der Geheime Ober-Finanzrat v. Viebahn, reagierte ungehalten auf den Versuch, einem Konkurrenten durch Intervention bei der Jury zu schaden, und berief sich auf den ausdrücklichen Wunsch des Handelsministers v. d. Heydt.²⁸⁴

Schließlich wurde eine nachträglich aus Bochum eingesandte kleine Glocke zerschlagen und das Material für schmiedbar befunden, doch Krupp ließ noch immer nicht locker. Hierbei könne es sich um ein anderes Material handeln als bei den großen ausgestellten Glocken. Diese, für die auch der Preis zuerkannt sei, müßten auf die Schmiedbarkeit des Metalls geprüft werden. Dies legte er dann auch in einem ausführlichen Brief an die Jury-Kommission der Weltausstellung dar und wiederholte seine Forderung, eine der großen Glocken zu zerschlagen und zu prüfen. Der Vorsitzende der preußischen Ausstellungskommission, v. Viebahn, untersagte Krupp allerdings, das Schreiben abzusenden.

Krupp hatte damit den Streit verloren und stand blamiert da. Der Bochumer Verein erhielt – ebenso wie die Essener Gußstahlfabrik – eine von insgesamt fünf großen Ehrenmedaillen, die nach Preußen kamen, und hatte damit in der Glockenfrage öffentlich recht bekommen. In Bochum frohlockte man über diesen Sieg und verhöhnte Krupp als den «Neider aus der Nachbarschaft», dessen «unwürdige Intriguen» die Ehrung nicht hatten verhindern können. «Die gute Sache siegt», schrieb der «Märkische Sprecher», «die Eitelkeit und Ignoranz des nun nicht mehr ersten Gußstahlfabrikanten mit all seinem Humbug hat eine derbe Lektion empfangen». Krupps eigene große Ehrenmedaille könne diese «Blamage vor der ganzen Welt» nicht wettmachen.²⁸⁵ Fritz Sölling beurteilte das Ergebnis letztlich ähnlich. Am Ende des Jahres 1855 bilanzierte er den enormen Ansehensverlust der Firma: «In England ließen wir den Nimbus der Unfehlbarkeit des Fabrikats²⁸⁶, in Bochum den Nimbus der Noblesse des Fabrikanten, so lautet jetzt das Verdikt der größten und unbestechlichsten Richterin – das Verdikt der öffentlichen Meinung», schrieb er in einem bitteren Brief an den Buchhalter Topp.²⁸⁷ Neben Söllings Enttäuschung wird an der Bemerkung auch sichtbar, welch große Bedeutung

283 Vgl.: AK an Topp ohne Datum, wahrscheinlich 20. 8. 1855, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 206–214.

284 «Nach den bestimmten Anweisungen des Herrn Ministers, welcher in einem ähnlichen Falle mich anwies, Angriffe preußischer Aussteller gegeneinander bei der Jury in keinem Falle zu dulden, habe ich nicht umhin gekonnt, dem Herrn Haaß meine Mißbilligung zu bekunden.» v. Viebahn an AK v. 18. 8. 1855, in: AK BN 6 (FAH 2 M 78.6), 211.

285 «Extra-Blatt» zu Nr. 92 des «Märkischen Sprechers» v. 17. 11. 1855.

286 Sölling spielt auf Versuche mit der Kanone an, bei denen in England einem Rohr der Mündungskeil abgesprengt worden war, was großes Aufsehen erregte. Vgl.: Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 1, 304f.

287 Sölling an Topp v. 30. 11. 1855, in: WA 9 v 96, 48.

er der öffentlichen Meinung beimaß und wie sehr er sie auch als moralische Instanz betrachtete, wenn er sie die «unbestechlichste Richterin» nannte.

Söllings Verwendung des Begriffs öffentliche Meinung entspricht durchaus dem Gebrauch der Zeit, wenn er damit die «maßgeblichen Männer» bezeichnete und in der Presse das Organ der öffentlichen Meinung sah. – Der Unterschied besteht jedoch darin, daß er den Gegenstand dieser öffentlichen Meinung ausweitete über den Staat und die politische Sphäre hinaus, wenn er den Gußstahlglockenstreit und Krupp als ein Objekt öffentlichen Interesses ansah. Diese Sichtweise erscheint zukunftsweisend und hellichtig, und in der Tat antizipierte sie die Entwicklung der folgenden Jahrzehnte. Wenn Sölling als Teilhaber der Fabrik und als persönlicher Freund Krupps in vielen Bereichen, meist mäßigend, auf den Inhaber einwirkte, hatte sein Einfluß doch Grenzen. In jenen Jahren bestimmte Krupp den Kurs weitgehend allein.

Ein erstes PR-Programm

So hat der leidige Gußstahlglockenstreit bei Krupp, der dabei doch so viel von seinem Prestige als der Gentleman des Stahls einbüßte, als der er sich 1851 in London präsentiert hatte, nicht zu einem grundsätzlichen Kurswechsel im Verhalten gegenüber der Presse geführt. Er achtete sehr genau darauf, was die Fachzeitungen über seine Produkte schrieben. Diese Organe, wie das «Militär-Wochenblatt», die in Darmstadt erscheinende «Allgemeine Militär Zeitung» oder die «Eisenbahn Zeitung», erreichten ganz gezielt seine Kunden und waren für deren Meinungsbildung von großer Bedeutung. Als beispielsweise im Januar 1861 die Zeitschrift des Vereins für Eisenhüttenwesen an seinen Radreifen Kritik übte und vor ihnen warnte, sah sich Krupp zu einer scharfen Erwiderung an die Redaktion veranlaßt, in der er sich gegen die Angriffe verteidigte und Zeugnisse sowie eine Bestellliste als Qualitätsbeweis beifügte.²⁸⁸

Die Unterscheidung zwischen den «Consumenten», deren Interesse man wecken und deren Wohlwollen gewinnen wollte, und dem für das Geschäft eher störenden Interesse des «allgemeinen Publikums» blieb dabei wohl mindestens in diesen Jahren bestehen, wenn sie nach dem Streit mit Bochum nicht sogar noch zunahm. Es gibt nur wenige Hinweise auf Krupps Haltung zur Presse aus diesen Jahren, auch wurde die Presse in Essen weder systematisch beobachtet noch zum Gegenstand von offensiven Unternehmensstrategien. 1862 ärgerte sich Krupp über einen Artikel in der «Berliner Börsen Zeitung» und schrieb darüber an seinen Berliner Vertreter Carl Meyer: «Sie wissen wie mir alle öffentliche Verhandlung hiesiger Angelegenheiten und Intereßen stets verhaßt war und wie ich immer auf Befragen der Zeitungsredaktionen gebeten habe, mich und mein Etablissement

²⁸⁸ AK an die Redaktion der «Eisenbahn Zeitung» v. 24. 1. 1861, in: WA 3/2, 449 f.

ungeschoren zu lassen.»²⁸⁹ Redakteure von Tageszeitungen wurden in Essen also nach wie vor brüsk abgewehrt.

Die leitenden Angestellten sahen zu dieser Zeit bereits, daß diese verschlossene Haltung dem Unternehmen eher schadete als nützte, und Albert Pieper, der seit 1862 gemeinsam mit seinem Kollegen Ludwig Wiegand Prokura hatte²⁹⁰, drängte ebenso wie Carl Meyer wohl schon seit längerem darauf, daß die Firma die Politik der totalen Abschottung gegenüber der Öffentlichkeit lockern solle. 1866 schwenkte Krupp endlich auf diese Linie ein und befürwortete eine offensive Haltung der Presse, auch den Tageszeitungen gegenüber. «Ich glaube daher, daß es jetzt Zeit ist, zu veranlassen, daß regelmäßig Berichte über die Fabrik durch Zeitungen, welche die ganze Welt erleuchten, verbreitet werden», schrieb er an Pieper.²⁹¹ Krupp begann zu sehen, daß es insbesondere bei der Produktion von Geschützen nicht ausreichte, qualitativ hochwertige Fabrikate zu liefern und die Fachleute, die Könige, Minister, und Staatssekretäre von den eigenen Produkten zu überzeugen, sondern daß eine breite Öffentlichkeit sich für Armeefragen interessierte und daß das Urteil der Zeitungen Stimmungen erzeugte, die auch auf die Ministerien erheblichen Eindruck machten.²⁹² Hinzu kam, daß allmählich auch andere Gußstahlfabriken begannen, Kanonen herzustellen. Hatte Krupp bisher gegen die Tradition der Bronzekanonen die Vorteile seines Gußstahls propagiert, so mußte er sich jetzt zusätzlich gegen Konkurrenz auch auf diesem Felde behaupten. In der Nachbarschaft wurde der Bochumer Verein ein ernstzunehmender Rivale, der zu dieser Zeit Anstalten machte, ebenfalls mit der Kanonenproduktion zu beginnen. Auch im Ausland erwachsen Krupp neue Konkurrenten, die auf dem für sie heimischen Markt einen natürlichen Vorsprung haben würden.²⁹³

Pieper beobachtete diese Entwicklung sehr genau. Der Ruf der Essener Fabrik war auf der Qualität des teuren Tiegelstahls gegründet, doch in dem Maß, in dem man auch hier dazu übergang, diesen durch den günstigeren Bessemerstahl zu ersetzen, würde dieser Nimbus schwinden, warnte er in einer Denkschrift. «Unsere Gußstahl-Fabrikate mit den erwähnten Ausnahmen²⁹⁴ sind Marktwaren geworden. – Ich halte es für gefährlich, wenn wir dem gegenüber zu viel noch von einer Sonderstellung erwarten, an die das technische Publicum nur selten noch

289 AK an Meyer v. 11. 2. 1862, in: WA 3/3, 94f.

290 Vgl.: Keßler, *Zur Geschichte des Managements bei Krupp*, 44ff.

291 AK an Pieper v. 27. 11. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 87–89.

292 In diesem Fall entnahm er Zeitungsberichten, daß in England die Stimmung zunehmend gegen die Hinterladertechnik seiner Geschütze ausschlug und statt dessen die alte Vorderladertechnik wieder befürwortet

worden sei. Vgl.: AK an Pieper v. 27. 11. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 87.

293 Vgl.: Betrachtungen von Albert Pieper über den Stand der Geschäfte v. 18. 2. 1867, WA 4/1455.

294 Als diese Ausnahmen nannte er schwerste Geschütze und Schiffsachsen als die einzigen Produkte, bei denen die anderen Gußstahlbetriebe noch nicht in der Lage seien, mit Krupp zu konkurrieren.

glaubt.»²⁹⁵ Vor allem drängte Pieper, die bis dahin geübte Praxis aufzugeben, den Kunden zu verheimlichen, ob ein Produkt aus Tiegel- oder Bessemerstahl hergestellt sei, um sie glauben zu lassen, alles sei aus Tiegelstahl gefertigt. Diese Geheimhaltung könne trotz aller Anstrengungen ohnehin nicht aufrechterhalten werden. Der technisch geschulte Beobachter könne auch ohne die Fabrik zu betreten bei der Betrachtung der Anlagen von außen grob abschätzen, welche Mengen Bessemerstahl produziert würden. Er bezeichnete es als «eine Lebensfrage, daß wir die Sonderung von T. und C.stahl dem konsumierenden Publicum gegenüber bestimmt declarieren; ich halte es ferner für eine gebietherische Nothwendigkeit, daß wir, wenn auch nicht in allen Fällen, doch in gewissen, die Fabrikate welche nicht T.stahl sondern C.stahl sind, geradezu als solche bezeichnen welche etwa nach einem modifizierten Bessemer Prozeß dargestellt worden sind». Konkret empfahl er, die Exponate auf der Pariser Weltausstellung im Katalog entsprechend zu deklarieren, «und ich schlage sogar vor, daß in Zukunft gewissen, entsprechend unschädlichen aber wichtigen und einflußreichen und befreundeten Konsumenten ein Einblick in unser Räderwalzwerk C bei etwaigem Besuche gestattet werden möchte».²⁹⁶

Die Eindringlichkeit dieser Mahnungen läßt deutlich werden, wie weit bis dahin Krupps Verschlossenheit auch gegenüber den Kunden reichte, wenn es darum ging, nicht Allgemeines, sondern Details des Produktionsprozesses offenzulegen. Pieper, der drängte, diese Haltung aufzugeben, muß Krupps Brief vom 27. November 1866 voller Erleichterung nach Berlin zu Meyer geschickt haben, mit dem er sich in der Sache einig wußte. Meyer war ebenso erfreut über den Meinungswechsel des Chefs, ohne dessen Anordnung nichts unternommen werden konnte. «Es ist allerdings recht erfreulich, daß Herr Krupp nunmehr nachgiebt, auch die Publicistik in unserem Interesse auszubeuten; es hätte nur wesentlich früher geschehen müssen, jedoch ist es immerhin noch äußerst nützlich!», antwortete Meyer nach Essen.²⁹⁷

Jener Brief Krupps kann als programmatische Äußerung angesehen werden, wie eine Pressearbeit künftig auszusehen habe. Daß auch Pieper dies so einschätzte und dem Brief deshalb große Bedeutung beimaß, wird allein daran ersichtlich, daß er ihn zum Anlaß nahm, eine eigene Akte zum Thema «Presse» anzulegen. Bei ihm würde ja auch die Umsetzung des Programms liegen, das Krupp wie immer nur in Umrissen skizzierte. Es sollte veranlaßt werden, daß in angesehenen überregionalen Zeitungen Artikel über das Unternehmen und vor allem über die Kruppsche Kanonenproduktion erschienen. Dem Unternehmen wohlgesonnene Journalisten sollten hierfür mit Material versorgt werden. Wenn sich kein geeigneter Berichterstatter fände, könnten die Artikel auch in der Firma ver-

295 Betrachtungen von Albert Pieper über den Stand der Geschäfte v. 18. 2. 1867, WA 4/1455, 5.

296 Ebd., 10f.

297 Meyer an Pieper v. 9. 12. 1866, in: WA 9 a 219.

faßt werden, so daß man sich nur noch mit einer Redaktion in Verbindung setzen müsse.

Als Inhalt nannte Krupp «das Alter und die Entwicklung der Fabrik, die Leistungen in der Canonen-Fabrikation seit 1847 – die Ausbildung derselben, die Staaten, welche Alle bisher sich damit ausrüsteten».²⁹⁸ Dabei müsse hervorgehoben werden, daß die Bestellungen, vor allem auch die große Nachfrage aus dem Ausland, allein auf die Qualität der Krupp-Kanonen zurückzuführen seien. Auch die ausgezeichnete Treffsicherheit, die Haltbarkeit und vor allem die besonderen Vorzüge des Verschlusses wollte Krupp herausgehoben wissen, dessen negative Beurteilung in englischen Zeitungen ja seine geänderte Haltung zu aktiver Pressearbeit mit ausgelöst hatte. Die Stoßrichtung ging allerdings wohl in erster Linie gegen den Bochumer Verein. Krupp befürchtete von hier die Absicht, ihm bei der Kanonenproduktion Konkurrenz zu machen. Daher, so schrieb er, «müssen wir vorher schon der Welt zeigen, daß wenn sie sich melden werden, man ein Neu-lingwerk vor sich hat, was auf nichts sich beziehen kann». Dagegen könne man in Essen darauf verweisen, über «das Verdienst der Einführung u. der großartigen Ausführung und langen Bewährung» zu verfügen.²⁹⁹

Mit diesem Programm entspricht das publizistische Vorhaben genau der betriebswirtschaftlichen Definition von «Public Relations» oder «Öffentlichkeitsarbeit». Die Betriebswirtschaftslehre versteht darunter «das planmäßige, wirtschaftlich sinnvolle Bemühen um Verständnis und Vertrauen in der Öffentlichkeit»³⁰⁰, oder, in einer anderen Definition, die «planmäßige, systematische und wirtschaftlich sinnvolle Gestaltung der Beziehung zwischen der Betriebswirtschaft und einer nach Gruppen gegliederten Öffentlichkeit [...] mit dem Ziel, bei diesen Teilöffentlichkeiten Vertrauen und Verständnis zu gewinnen bzw. auszubauen».³⁰¹ Im Gegensatz zur gezielten Produktwerbung werden die Public Relations daher auch als «Imagewerbung» und als «Werbung um öffentliches Vertrauen» bezeichnet, als Sympathiepolitik, die in der Öffentlichkeit ein positives Bild vom Unternehmen schaffen und unterhalten soll.³⁰²

Heute herrscht in der Betriebswirtschaftslehre zwar großes Interesse an Public Relations bzw. Öffentlichkeitsarbeit, die als Bestandteil von Unternehmenskommunikation oder Werbung behandelt werden, doch ist dieses Interesse noch nicht sehr alt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Public Relations zum Gegenstand betriebswirtschaftlicher Untersuchungen, wobei zunächst noch ausschließlich der englische Begriff verwendet wurde.³⁰³ Natürlich ging die Praxis der theoretischen Untersuchung immer voraus, doch auch das Praktizieren von PR

298 AK an Pieper v. 27. 11. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 87.

299 AK an Pieper v. 27. 11. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 89.

300 Zankl, *Public Relations*, 15.

301 Meffert, *Marketing*, 493.

302 Vgl.: Ebd.

303 Noch 1957 verwandte Carl Hundhausen in seinem Handbuch den deutschen Begriff «Öffentlichkeitsarbeit» nicht. Vgl.: Hundhausen, *Industrielle Publizität als Public Relations*.

setzte allgemein erst um die Jahrhundertwende ein.³⁰⁴ Krupps Bekenntnis zu einer aktiven Pressearbeit gilt daher als eines der frühesten Zeugnisse für die allmählich Platz greifende Vorstellung, daß man die Verbreitung von Nachrichten als Mittel der Unternehmenspolitik einsetzen kann.³⁰⁵

Wenn Krupp mit diesem Schritt Neuland betrat, so tat er es doch nicht im Bewußtsein, eine Pionierleistung zu vollbringen. Vielmehr entschuldigte er sich fast, wenn er betonte, er habe bisher «immer alles vermieden, was der Reclame ähnlich sieht».³⁰⁶ Offensichtlich war es für Krupp also nicht selbstverständlicher Teil seiner Absatzstrategie, für seine Produkte und sein Unternehmen in vielfältiger Form zu werben, statt dessen war «Reclame» für ihn negativ besetzt.³⁰⁷

Nachdem Krupp nun der Firmenleitung das offenbar lange erwartete und ersehnte Placet für publizistische Aktivitäten erteilt hatte, machten sich Meyer und Pieper sofort an die Arbeit und überlegten, wen man als Autor für einen solchen Artikel gewinnen könne, bei welchem Verleger und in welchem Organ er gut aufgehoben sei. Zunächst schlug Meyer vor, daß «ein längerer Aufsatz, in dem von Herrn Krupp angedeuteten Sinne, dort in Essen, mit Benutzung aller Quellen angefertigt werde, um ihn alsdann in einem namhaften Journal, beispielsweise bei dem bei Brockhaus in Leipzig erscheinenden «Unsere Zeit» (Forts. des Convers.Lexikons) zu veröffentlichen! Diese Zeitschrift steht in einem hohen Ansehen, hat große Verbreitung, und würde solchen Aufsatz jedenfalls sehr gerne nehmen.»³⁰⁸ Weiter schlug Meyer vor, regelmäßige Berichte über das Unternehmen in der liberalen «Vossischen Zeitung» zu plazieren, einer der angesehensten überregionalen und auch im Ausland verbreiteten Zeitungen der Zeit.³⁰⁹ Daneben empfahl er für Artikel, die sich speziell der Kanonteknik und -produktion widmen sollten, die «Darmstädter Militärzeitung».

Bald müssen auch die ersten Artikel im geplanten Sinn erschienen sein, denn bereits im Februar meldete Pieper an Krupp: «Schon Ende Decbr. ist, in dem Sinne, wie Sie es wünschen, ein Artikel in der allgem. Zeitung und von da in mehreren anderen Blättern (auch in Essener) erschienen...»³¹⁰ Pieper berichtete eingehend über die publizistischen Aktivitäten, die man zu entfalten begonnen habe,

304 Hategan, *Berufsgeschichte der Öffentlichkeitsarbeit*, 29. Vgl.: Kunczik, *Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland*, wendet sich gegen die in den Kommunikationswissenschaften geläufige These, Öffentlichkeitsarbeit sei erst nach dem Zweiten Weltkrieg aus Amerika kommend in Deutschland üblich geworden. Er macht darauf aufmerksam, daß der öffentlichen Wirkung auch in Deutschland bereits erheblich früher Bedeutung beigemessen wurde, daß es eine eigene deutsche Tradition der Öffentlichkeitsarbeit gibt, deren früheste Beispiele er im Investurstreit und in den Kreuzzügen sieht.

305 Vgl.: Hategan, *Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit*, 120.

306 AK an Pieper v. 27. 11. 1866, in: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 89.

307 S.o. Kap. I.3.B: Die Entstehung und Entwicklung von Werbung.

308 Meyer an Pieper v. 9. 12. 1866, in: WA 9 a 215.

309 Zur «Vossischen Zeitung» s.: Mendelssohn, *Zeitungsstadt Berlin*, 29 ff.

310 Pieper an AK v. 11. 2. 1867, in: WA 9 a 215 (Vgl.: AK BN 9 (FAH 2 M 78.9), 111–113). Gemeint war die in Augsburg erscheinende «Allgemeine Zeitung».

über die ersten Erfolge und die weiteren Pläne. Krupp scheint das jedoch nicht besonders interessiert zu haben, denn die Notizen, die er am Rand des Briefes machte, beziehen sich ausschließlich auf technische Fragen der Geschützfabrikation. Wahrscheinlich verlor er das Interesse ganz und stoppte die Initiativen in Richtung Pressearbeit sehr schnell wieder, zumal der Bochumer Verein seine Ankündigung doch nicht wahr machte, mit der Fabrikation von Kanonen zu beginnen, die unmittelbare Bedrohung durch den ältesten und gefährlichsten Konkurrenten also nicht mehr bestand. Jedenfalls führte Pieper die soeben begonnene Akte nicht mehr weiter.³¹¹

«Es fehlt uns noch immer ein Litterat»

Erst im Mai 1870, kurz vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, wurde das Thema wieder aktenkundig. «Es fehlt uns noch immer ein Litterat, der ausschließlich sich damit befaßt, Alles zu lesen, was in den verschiedenen Ländern und Sprachen erscheint»³¹², forderte da der Firmenchef. Den unmittelbaren Auslöser bildete wieder die Konkurrenz zu anderen Geschützfabrikanten, diesmal war es der Engländer Armstrong, der nach einigen mißlungenen Schießversuchen und Unfällen auch von der heimischen Presse mit Hohn übergossen wurde. Krupp witterte hier eine Möglichkeit, auf dem englischen Markt Fuß zu fassen.

Das Konzept war diesmal noch etwas umfangreicher, und es sollte sogar jemand eigens für diese Aufgaben eingestellt werden. Einerseits sollte dieser «Litterat», wie er genannt wurde, die Presse und die öffentliche Diskussion in den anderen Ländern verfolgen und damit die Techniker entlasten, die natürlich auch bisher schon die in- und ausländische Fachpresse zur Kenntnis nahmen.³¹³ Er sollte

311 Die Akte WA 9 a 215 enthält lediglich noch ein einziges weiteres Dokument aus dem Jahr 1881, elf Jahre nach dem plötzlichen Tod Alfred Piepers 1870. Dieser Brief Alfred Krupps an die Prokura vom 19. April 1881 mag durch einigen Zufall an dieser Stelle abgelegt worden sein. Der Tenor geht auch ganz in die entgegengesetzte Richtung. Statt von einer Öffnung gegenüber der Presse zu reden, spricht sich Krupp hier für eine restriktive Informationspolitik aus. Außer den Resultaten der Schießversuche sollten keine technischen Details über die Geschütze genannt werden, sofern sie nicht durch Patente geschützt seien. «Wir machen unsere Errungenschaften so zum Gemeingut und zeigen Anderen den Weg», führt er als Begründung an und zeigt damit einmal mehr, wie groß seine Angst vor möglichen Nachahmern stets blieb.

312 AK an die Prokura v. 7. 3. 1870, in: FAH 2 B 57, Abschrift in: WA 9 d 6.

313 Auch Carl Meyer verfolgte von Berlin aus die Presse sehr intensiv und versorgte Krupp auch mit relevanten Artikeln. So schrieb er beispielsweise in einem Brief vom 2. 3. 1869: «... Das Milit. Wochenblatt Nr. 17 vom 27. 2. enthält einen Artikel: (Ein Blick auf die Fortbildung der Feuerwaffen im Jahre 1868) der für die Gußstahlhinterlader durchaus günstig ist; ich sende heute pr. Kreuzband 5 Ex. Desselben an Sie ab! Die Darmstädter Milit. Zeitung sendet mir eben pr. Kreuzband ihre Nr. 9 in welcher in einem Bericht aus Österreich Ihr Gußstahl in günstiger Weise besprochen wird. ...» In: WA 9 h 197, 34. Wenn Meyer auch wohl einen guten Überblick über die Presselandschaft gehabt haben dürfte, so betrieb er doch in keiner Weise eine systematische Pressebeobachtung oder gar -auswertung, wie sie Krupp bei den Plänen zur Einstellung des «Litteraten» vor-schwebte.

ihnen die relevanten Artikel und Veröffentlichungen leichter zugänglich machen und dadurch Zeit sparen. Daneben griff Krupp aber auch den Gedanken von 1866 auf, aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, wenn er forderte, «[...] Er, der Litterat, muss je nach gemeinsamem Beschluß und Gutachten Epistel und Broschüren in die Welt senden, Correspondenzen mit Comittees, Autoritäten, Erfindern u. dergl. bearbeiten [...]».³¹⁴ Diese Strategie sollte dem Ziel dienen, die Produkte der Firma – in erster Linie die Kanonen – bekannt zu machen und natürlich ihren Absatz zu fördern. Doch anders als im ersten Vorstoß 1866 war diesmal nicht davon die Rede, daß zu diesem Zweck Zeitungs- und Zeitschriftenartikel lanciert oder initiiert werden sollten; Journalisten, Redaktionen und Verlage tauchen in der Liste von anzuschreibenden Institutionen und Persönlichkeiten nicht auf. Krupp setzte weniger auf die breite Öffentlichkeit als auf die für militärische Fragen relevanten Meinungsführer und Entscheidungsträger, die er gezielt mit hauseigenen Broschüren und ausgesuchten Zeitungsartikeln versorgt wissen wollte.³¹⁵

Krupp drängte, einen geeigneten Kandidaten zu finden. Selbst auf die Genesung des schwer erkrankten Albert Pieper, der stets eine aktive Pressepolitik befürwortet hatte, meinte Krupp nun nicht mehr warten zu können. Pieper konnte auch nichts mehr tun, er starb bereits am folgenden Tag, dem 8. März 1870. Doch Carl Meyer betrieb das Vorhaben von Berlin aus weiter und präsentierte auch schon wenige Tage später einen Kandidaten, mit dem es aber nicht zu einer Zusammenarbeit kam.³¹⁶ Offenbar noch im gleichen Jahr knüpfte Meyer Beziehungen zu einem anderen Berliner Journalisten, zu Josef Grünstein, der der Redaktion der «Berliner Börsen-Zeitung» angehörte. Grünstein selbst hat später angegeben, seit 1870 bei der Firma angestellt gewesen zu sein,³¹⁷ Gehaltsquittungen fanden sich im Nachlaß Meyers allerdings erst für den Zeitraum nach dem 1. Januar

314 AK an die Prokura v. 7. 3. 1870, in: WA 9 d 6.

315 «Die verschiedenen bekannten günstigen Broschüren und Zeitungsartikel müssen in den verschiedenen Sprachen und nach allen Richtungen an solche Behörden und Personen gelangen, welche durch Einsicht derselben dahin gelenkt werden können, unser Product anzuerkennen und auf Einführung desselben Bedacht zu nehmen.» AK an die Prokura v. 7. 3. 1870, in: WA 9 d 6.

Wenn man fragt, an welchen Adressaten diese geplanten Aktivitäten gerichtet waren, wird deutlich, daß dieser zweite Anlauf im Grunde dem Konzept von Öffentlichkeitsarbeit weniger entspricht als der erste aus dem Jahr 1866, denn er war an die eigene Klientel und eben nicht an die Allgemeinheit gerichtet. Von daher ist Hategan (Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit, 120) zu widersprechen, die den Fokus statt auf den

Adressaten auf die Aktivitäten legt und so zu dem Ergebnis kommt, Krupp habe mit seiner Anordnung zur Einstellung eines Literaten «die Arbeitsgebiete der internationalen Öffentlichkeitsarbeit definiert, wie sie auch in der heutigen Literatur nachzulesen sind: die interne Informationsarbeit, die eine Analyse der internationalen Fachpresse einschließt, und die externe Informationsarbeit mit Hilfe eigenproduzierter Medien und der Massenmedien».

316 Es handelte sich dabei um einen Ingenieur und Major a.D. mit politischen Ambitionen namens Steinhardt, der bei dem Versuch, eine liberale Zeitung zu gründen, sein Vermögen verloren hatte und deshalb auf eine Anstellung angewiesen war. Vgl.: Meyer an Lorsbach v. 19. 3. 1870, in: WA 9 d 6.

317 Grünstein an E.A. Krupp v. 27. 7. 1887, in: FAH 3 B 102, 14 ff.

1872.³¹⁸ Danach bezog Grünstein zunächst monatlich 83 Thaler und 10 Groschen, seit dem 1. 4. 1873 dann 91 Thaler und 20 Groschen. Vom 1. 7. 1879 an wurde quartalsweise abgerechnet: Grünstein erhielt jetzt jeweils 500 Mark, also 2000 Mark im Jahr, eine beachtliche Summe im Vergleich zum Durchschnittslohn von kaufmännischen Angestellten in Handel, Bankwesen und Industrie, den Handlungsgehilfen, der 1887 jährlich 1256 Mark betrug.³¹⁹ 2000 Mark entsprach bei Krupp etwa einem guten Gehalt für einen jungen Akademiker.³²⁰

Die Beziehung der Firma zu Grünstein und die Höhe seines Gehaltes wurden auch nach dem Ausscheiden Meyers aus der Firma beibehalten, sowie über den Tod von Alfred Krupp und den von Friedrich Alfred Krupp hinaus. Erst Ende 1920, nach fünfzig Jahren, wurden die Zahlungen an Grünstein eingestellt.³²¹

Eine Akte über die Zusammenarbeit mit dem Berliner Journalisten wurde in Essen aber nicht geführt, auch für seine Aufgaben war Meyer der Ansprechpartner. Genaue Anweisungen oder gar eine Tätigkeitsbeschreibung gibt es nicht. Hinweise lassen sich also nur bruchstückhaft aus dem Briefwechsel der beiden entnehmen. Daraus geht hervor, daß Grünstein die in- und ausländische Fachpresse zu Militär und Technik beobachtete³²² und auch versuchte, Artikel im Sinne der Firma zu lancieren. Hierfür nutzte er an erster Stelle die «Berliner Börsen-Zeitung», der er allerdings seine «Nebentätigkeit» für das Stahlunternehmen verheimlichte.³²³ Dabei war er auch stets bemüht, alle Krupp betreffenden oder berührenden Artikel vor ihrem Erscheinen einzusenden, was er dem Firmenerben noch 1887 zusicherte und was sicherlich bereits eine lange geübte Praxis war. Auf diese Weise sollten nicht nur offene Kritik an dem Unternehmen, sondern auch Bemerkungen, die ihrem Inhaber mißfielen, verhindert werden – das Blatt damit ohne Wissen des Chefredakteurs zur Meinungssteuerung genutzt werden.

Grünstein gelang es nach dem Beginn der Zusammenarbeit mit Meyer auch recht bald, bei anderen Zeitungen als freier Mitarbeiter angenommen zu werden, darunter bei der «Breslauer Zeitung».³²⁴ Dabei kann wohl angenommen werden, daß er auch diesen Blättern von seiner Verbindung zu Krupp nichts mitteilte. Etwas anders war es bei der «Nationalzeitung». Hier hatte Meyer selbst den Kontakt hergestellt und den Chefredakteur dafür gewinnen können, alle geschütztechni-

318 WA 7f 492.

319 Pierenkemper, *Arbeitsmarkt und Angestellte*, 69f., bes. 74.

320 Vgl.: WA 56/345: Tabellarische Zusammenstellung der Bezüge der Prokuristen bzw. der Vorstandsmitglieder von den Anfängen bis 1914.

321 Bilanzen der Jahre 1888 bis 1921/22, WA4/2403.2 bis WA 4/2437.5, zunächst Anlage 8: Vereinsbeiträge, Zeitungssubventionen; bei WA 4/2435.6 der Bilanz 1919/20 dann Anlage zum Generalunkostenkonto Nr. 3.

322 Grünstein an Meyer v. 6. 11. 1872, in: WA 4/208, 16. In einem späteren Brief gab er an, 70 Zeitungen täglich zu lesen. Grünstein an Meyer v. 20. 2. 1873, ebd., 22–25, hier 25.

323 Das läßt sich einem Brief entnehmen, den Grünstein 17 Jahre später, kurz nach dem Tod von Alfred Krupp an dessen Sohn Friedrich Alfred schrieb. Grünstein an F.A. Krupp vom 27. 7. 1887, in: FAH 3 B 102, 14–17, hier 15f.

324 Vgl.: Grünstein an Meyer v. 13. 9. 1870, in: WA 4/208, 1.

sche Fragen betreffenden Artikel von der Firma Krupp korrigieren zu lassen.³²⁵ Mit dem Engagieren Grünsteins gelang es Meyer, wie gezeigt, an den Vorschlag des Firmeninhabers anknüpfend, nicht allein diesen auszuführen, sondern seine weitergehenden Pläne von aktiver Pressepolitik durchzusetzen. Diese sahen einen für die Firma operierenden Journalisten vor, der Artikel in verschiedene Zeitungen und Zeitschriften lancieren sollte. Dabei sollten weder den betreffenden Redaktionen noch dem Publikum bekannt werden, daß diese Artikel in enger Abstimmung mit der Firma oder gar in deren Auftrag entstanden waren.³²⁶

Meyer verfolgte noch weitere Presseprojekte. Im Herbst 1871 gründete er die «Jahrbücher für die Deutsche Armee und Marine», die sich allerdings wegen der finanziellen Verluste, die sie verursachten, eher zum Sorgenkind entwickelten, so daß, wie es scheint, Meyer dieses Engagement bald beendete.³²⁷ Dann überlegte er Anfang 1873 kurzzeitig sogar, eine politische Tageszeitung zu gründen.³²⁸

Bedauerlicherweise reißt die Überlieferung der Korrespondenz zwischen Grünstein und Meyer nach dem März 1873 ab, so daß es keine konkreten Angaben über die Tätigkeit Grünsteins in den folgenden Jahren und Jahrzehnten gibt. Einziger Hinweis aus späterer Zeit ist der bereits erwähnte Brief an Friedrich Alfred Krupp vom 27. Juli 1887. Er ist die Antwort auf eine Beschwerde Krupps keine zwei Wochen nach dem Tod seines Vaters über einen Artikel in der «Börsen Zeitung», in dem Jencke als Generaldirektor und damit als der eigentliche Firmenleiter bezeichnet worden sei.³²⁹ Grünstein beteuerte, den Artikel nicht geschrieben und auch nicht gekannt zu haben, da er derzeit Urlaub habe. Er sicherte aber zu, «daß kein Artikel über die Firma mehr ins Blatt kommt, den ich nicht vorher einschicken konnte».³³⁰ Deutlich wird immerhin, daß Grünstein seine Tätigkeit, was ja die fortlaufenden Gehaltszahlungen bereits nahelegen, auch nach dem Ausscheiden Meyers 1881 fortführte.

325 Meyer an Lorsbach v. 19. 3. 1870, in: WA 9 d 6, 3.

326 Grünstein hatte sich Mitte September bereits erfolgreich darum bemüht, in der «Breslauer Zeitung» sowohl kurze Meldungen wie längere Artikel veröffentlichen zu können, was er Meyer als einen ersten Erfolg präsentierte. Weiter berichtete er, sofort weitere Kontakte aufzunehmen, sobald er «einen Auftrag von Ihnen erhalte, welcher die Veröffentlichung einer Notiz in den hies. Journalen zum Zwecke hat.» S.: Grünstein an Meyer v. 13.9. 1870, in: WA 4/208, 1.

327 WA 4/208, 2–15. Die überlieferte Korrespondenz zwischen Meyer, Grünstein und dem Redakteur der Jahrbücher, Heinrich v. Löbell, stammt aus der zweiten Jahreshälfte 1872. Gegenstand sind die finanziellen Schwierigkeiten. Es ist anzunehmen, daß

eine Besserung nicht erreicht werden konnte und Meyer – und damit Krupp – das Engagement bei dem Blatt beendeten. Gesicherte Informationen darüber gibt es nicht, aber am 1. Januar 1874 übernahm G. v. Marées die Redaktion von Heinrich v. Löbell. Der neue Redakteur äußerte sich nicht zur Finanzierung und zu Geldgebern des Blattes, er kündigte im Vorwort zur ersten von ihm verantworteten Ausgabe lediglich an, daß «eine Änderung in der Tendenz der Zeitschrift nicht eintreten» werde. S.: «Jahrbücher für die Deutsche Armee und Marine» Bd. 10/1874, 1.

328 S.u.

329 F.A. Krupp an Grünstein v. 26. 7. 1887, in: FAH 3 B 102, 12f.

330 Grünstein an F.A. Krupp vom 27. 7. 1887, in: FAH 3 B 102, 14–17, hier 16.

Die ungewöhnliche organisatorische Einbindung Grünsteins in die Firma zeugt von der zunächst geringen, erst allmählich Formen annehmenden Institutionalisierung des Komplexes Öffentlichkeitsarbeit in der Organisationsstruktur. Dies wird an dem Wege der Gehaltszahlung und an deren Bilanzierung ablesbar. Während in den Anfangsjahren Meyer der Ansprechpartner war und auch das Gehalt auszahlte³³¹, war der Berliner Journalist später dem Vorsitzenden der Prokura, Jencke, zugeordnet.³³² Das Gehalt wurde jetzt unter dem Titel «Privatkonto Alfred Krupp» verbucht³³³, Grünstein, der ja keiner Abteilung recht zuzuordnen war, wurde also nicht auf den Gehaltslisten der Firma geführt, sondern aus einem direkt dem Inhaber zugeordneten Etat bezahlt. Dies wurde nach dem Tod Alfred Krupps sofort geändert: Jetzt erhielt die Anlage 8 zum Generalunkosten-Konto «Beiträge zu diversen Vereinen» den Zusatz «...und Zeitungssubvention», und in dieser Rubrik wurde dann die vierteljährliche Zahlung von 500 Mark an Grünstein notiert.³³⁴ So blieb es auch nach der Gründung des Nachrichtenbüros 1890, dem Grünstein also nicht angegliedert wurde, sondern weiterhin direkt der Firmenleitung unterstand. Selbst der Tod Friedrich Alfred Krupps und die Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft änderten nichts an diesem Verfahren, das bis 1920 beibehalten wurde.³³⁵ Die Beschäftigung des Berliner Journalisten belegt damit eine aktive Öffentlichkeitsarbeit der Firma, die Pressebeobachtung und auch den Versuch ihrer Beeinflussung umfaßte.

Die Napoleon-Briefaffäre

Die Verbindung zu Grünstein änderte dennoch wenig an der grundsätzlich mißtrauischen Haltung Alfred Krupps gegenüber der Presse. Auf kritische Artikel über die Firma oder eines ihrer Produkte reagierte er sofort sehr empfindlich.³³⁶ 1873 hatte er allen Grund alarmiert zu sein. Die Aufregung im Zusammenhang mit den

331 Gehaltsquittungen vom 1. 1. 1872 bis 1. 1. 1881 in: WA 7f 492.

332 Er meldete selbst seinen Urlaub bei ihm an, was andeutet, daß die Bindung an die Firma durchaus sehr eng war. Vgl.: Grünstein an FA. Krupp vom 27. 7. 1887, in: FAH 3 B 102, 14f.

333 S.: WA 4/2402.2 Bilanz per 30. 6. 1887, 106.

334 WA 4/2403.2 Bilanz per 30. 6. 1888, 143; entsprechend die folgenden Jahre.

335 Hinweise auf Gründe für das Ende des Anstellungsverhältnisses gibt es nicht. Es liegt aber nahe anzunehmen, daß 50 Jahre nach Beginn der Tätigkeit für die Firma sein Alter oder vielleicht sogar bereits sein Tod die Ursache waren.

336 Vgl. die Bemerkung Krupps zu einem Zei-

tungsartikel: «Ich wünsche keinen Zeitungskampf, auch müssen wir nachträglich den Schreiber nicht kaufen. Aber es ist nicht zu verkennen, daß sein Ausspruch in alle Zonen geht, – daß Viele wirklich glauben werden, daß Bochum Besseres leistet als wir. [...] Ich wünsche daß wir irgendwo den Schreiber vor eine Commission bringen könnten, der er garnicht ausweichen kann, daß ihm vor derselben bewiesen werden könnte, daß er sich verkauft hat und daß ihm Grundeis unter seine Basis gebracht werden möchte.» AK an die Firma o.D. [1873], in: AK BN 12 (FAH 2 M 78.12), 100f.

Der Vertreter Krupps auf der Wiener Ausstellung hielt den Artikel inhaltlich nicht für falsch und wies die Beschuldigungen Krupps gegen den Autor zurück. Vgl.: ebd.

großen Bergarbeiterstreiks vom Sommer des vorangegangenen Jahres hatte sich noch kaum gelegt, Krupp versuchte mit einigem Kostenaufwand, die «soziale Frage» in seinem Umfeld durch den Bau von riesigen Arbeitersiedlungen zu entschärfen. Dann beendete der Börsenkrach abrupt die Hochstimmung nach dem Sieg über Frankreich sowie das Gründungsfieber und leitete die «Große Depression» genannte Wirtschaftskrise ein, in deren Strudel auch Krupp geriet. Er hatte in der Euphorie der vorangegangenen Monate zu großzügig gewirtschaftet, so daß die Firma jetzt am Rand des Abgrunds stand.³³⁷ Schon am Anfang dieses schrecklichen Jahres geriet Alfred Krupp zudem ins Schußfeld der öffentlichen Kritik.

Ihm wurde vorgehalten, nicht allein für die deutsche Armee zu produzieren, sondern auch ins Ausland zu liefern. «Wenn wir uns auch mit den Staaten, die Kruppsche Geschütze beziehen, augenblicklich im tiefsten Frieden und in den besten Beziehungen befinden, ist uns doch der Gedanke nicht angenehm, daß uns «möglicherweise» einmal unsere eigenen Geschütze gegenüber treten könnten», schrieb die konservative «Kreuzzeitung» und nahm damit in manchem die Argumente vorweg, die dann in den gegen Krupp gerichteten Kampagnen der Jahrhundertwende verwendet wurden. Das Blatt forderte deshalb, daß «derartige militärische Etablissements, welche ja erst durch das Bedürfnis und die Bestellungen der eigenen Armee eine Bedeutung erlangen, [...] entweder völlig Staatseigentum werden» oder doch mindestens alle Auslandslieferungen unter staatliche Kontrolle gestellt werden müßten. Die Kruppschen Lieferungen in alle Welt seien um so auffälliger, als von einer derartigen Praxis bei Gruson, dem Magdeburger Hersteller von Panzerungen und Hartgußgranaten, nichts bekannt sei. Mit der Bemerkung: «Wir kennen nicht das Verhältniß des Kruppschen Etablissements zum Staate», wurde auch der Verdacht eines Mangels an patriotischer Geschäftspraxis angedeutet.³³⁸

Wenige Monate später wurde Krupp offen antipatriotisches Verhalten vorgeworfen. Es hieß, er habe Napoleon III. kurz vor dem deutsch-französischen Krieg seine Kanonen angeboten. Die Zeitungen bezogen sich auf ein 1872 in Frankreich erschienenes Buch, «L'Allemagne aux Tuileries», das bereits im folgenden

337 Zur Finanzkrise s.: Bongartz, *Unternehmensleitung und Kostenkontrolle in der Rheinischen Montanindustrie vor 1914*; Wellhöner, *Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich*, 147–168. Vgl. o. Kap. I.2.A Der Nutzen der Sonderbeziehung zum König.

338 «Neue Preußische Zeitung» v. 15. 2. 1873, in: WA 4/208. Der Artikel ist ebenso wie ein weiterer mit ausführlichen Gegenargumenten aus der liberalen «Vossischen Zeitung» wahrscheinlich von Grünstein eingesandt worden und befindet sich in der Korrespon-

denz Meyer – Grünstein. Zwar sind die Artikel auf vorgedruckte Bogen des Nachrichtenbüros aufgeklebt, doch dies ist offenbar erst im Zusammenhang mit dem Aufbau des Archivs im Vorfeld des Firmenjubiläums erfolgt, denn die Bögen tragen zur Jahresangabe den Vordruck «190...». Man könnte deshalb vor dem Hintergrund der Korrespondenz mit Meyer annehmen, daß Grünstein die Antwort selbst verfaßt oder doch zumindest inspiriert haben könnte. Es gibt hierfür allerdings keinen Beweis.

Jahr auf Deutsch erschien mit dem Titel: «Briefe deutscher Bettelpatrioten an Louis Bonaparte». ³³⁹ Hierin enthalten war auch ein Brief, den – so die Angabe – Alfred Krupp im Jahr 1868 an Napoleon gerichtet haben sollte, also zu einem Zeitpunkt, als der französische Kaiser außen- und innenpolitisch bereits unter zunehmendem Druck stand und sich – zumindest retrospektiv aus der Sicht von 1873 – der deutsch-französische Krieg bereits abgezeichnet habe. Mit seiner Kanonen-Offerte sei er bereit gewesen, die wichtigste Waffe, die dann den Sieg Deutschlands ermöglicht habe, dem Feind an die Hand zu geben. Zudem habe er den Brief unterzeichnet mit der Formel: «Mit dem tiefsten Respekt, mit der größten Bewunderung bin ich Eurer Majestät untertänigster und ergebenster Diener». ³⁴⁰ Diese Formel galt den Zeitungen als zu unterwürfig. Man hielt dem Industriellen das Börne-Zitat vor, «Wir Deutschen sind ein Volk von Stiefelwischern». Es hieß, solcherart Anbiederung sei dem Angehörigen einer starken Nation unwürdig.

Krupp hatte mehrere Argumente zu seiner Verteidigung bei der Hand: Zunächst stammte der Brief nicht aus dem Jahr 1868, sondern war zehn Jahre älter, war also zu einer Zeit geschrieben, als Napoleon III. im Zenit seiner Macht stand und Spannungen zwischen Deutschland resp. Preußen und Frankreich noch nicht abzusehen waren. Krupp bemühte sich in den 1850er Jahren intensiv – und Eisenbahnmaterial betreffend auch erfolgreich – um Aufträge aus dem Nachbarland. Weiter war der Brief nicht von Alfred Krupp selber, sondern vom Pariser Vertreter der Firma, Haaß, verfaßt, der im Auftrag der Firma zeichnete. Wenn die Formulierungen in der deutschen Übersetzung auch befremdlich klingen mögen, so muß man weiter berücksichtigen, daß Höflichkeitsformeln in französischen Briefen anderen Regeln folgen, daß die wörtliche Übersetzung mithin dem Sinn nicht eigentlich entspricht. Die Firma ließ zu ihrer Verteidigung den Sachverhalt in der «Kölnischen Zeitung» ausführlich und etwas umständlich richtigstellen ³⁴¹ und konnte die Kampagne damit tatsächlich abschneiden.

Die Angelegenheit wirkte in der Firma allerdings alarmierend. Es wurde begonnen, negative Zeitungsartikel systematisch in einer eigenen Akte zu sammeln, die bezeichnenderweise den Titel erhielt: «Firma: Anfeindungen derselben und ihrer Inhaber». ³⁴² Besonders von dem Vorwurf mangelnden Patriotismus waren Krupp selbst und die Firmenleitung so empfindlich getroffen, daß noch 1887 in einem Gedenkblatt für die Arbeiter zur Erinnerung an den kurz zuvor verstorbenen Inhaber der Gußstahlfabrik betont wurde, sogar mit typographischer Sper-

339 Braunschweig 1873.

340 «Die Presse» Nr. 134 v. 11. Juli 1873, im gleichen Sinne «Braunschweiger Volksfreund», «Düsseldorfer Volkszeitung», «Elbinger Zeitung», «Elbinger Anzeigen», in: WA 9 a 64. Ebenso die «Handels- und Börsenzeitung» Nr. 186 v. 10. 7. 1873. GSt 74 (WA 7f 406):

«Fried. Krupp und Napoleon III. Briefaffaire 1858/1868», 4.

341 «Kölnische Zeitung» Nr. 202(II.) v. 23. 7. 1873, in: WA 9 a 64. Dort wird der Wortlaut des Briefes auf Französisch wiedergegeben sowie Napoleons Antwort.

342 WA 41/2–100b (Abschrift in: WA 9 a 64).

rung der Passage, daß «Herr Alfred Krupp trotz der verlockendsten Anerbietungen des Kaisers Napoleon niemals eine Kanone [nach Frankreich] lieferte».³⁴³

Wenn diese Attacke der öffentlichen Meinung auch recht schnell abgewehrt werden konnte, so stellte die Affäre doch einen der ganz seltenen Fälle dar, an denen die öffentliche Wahrnehmung des Unternehmers politisch faßbar wird. Die Firma war mittlerweile so groß, und ihr Inhaber wurde als so mächtig empfunden, daß seine Taten als Politikum gewertet und beurteilt werden konnten. Der Unternehmer, zumal der Waffenfabrikant, war im Begriff, aus der rein wirtschaftlichen, noch immer als «privat» empfundenen Sphäre auf die politische Bühne und in das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zu treten. Es handelte sich bei der Napoleon-Briefaffäre des Jahres 1873 nur um ein kurzes Aufblitzen des öffentlichen Interesses, die Geschichte war bald vorbei und hinterließ auch keinen nachhaltigen Schaden. Und doch zeigt sie die Richtung an, in die sich die öffentliche Wahrnehmung von Krupp, der riesenhaften Firma und ihres reichen Inhabers, entwickeln sollte. Besonders der Sohn Alfred Krupps, Friedrich Alfred, war später ähnlich lautenden, dann aber sehr viel schärferen Angriffen ausgesetzt.³⁴⁴

Möglicherweise hat Carl Meyer diese Entwicklung bereits sehr früh erfaßt und ist weiterhin dafür eingetreten, daß Krupp aktive Anstrengungen unternehmen sollte, um die öffentliche Meinung im Interesse der Firma zu beeinflussen. Dafür spricht, daß er als der Berliner Vertreter mitten im Zentrum der Politik und des politischen Lebens saß und die Dinge natürlich aus einer anderen Perspektive betrachtete. Unklar ist dabei, auf welche Resonanz er nach dem Tode von Albert Pieper in der Prokura und vor allem bei Krupp selber stieß. Offenbar bot ihm die Napoleon-Affäre 1873 den Anlaß, noch einen weiteren Vorstoß zu unternehmen.

Diesmal plante er die Gründung einer Tageszeitung und begann auch bereits, nach einem geeigneten Chefredakteur Ausschau zu halten. Der sofort «außerordentlich in Aufregung gesetzt[e]» Grünstein nannte die bekanntesten Namen, wenn er den Schriftsteller Gustav Freytag und den profilierten Finanzfachmann und liberalen Reichstagsabgeordneten Ludwig Bamberger vorschlug. Einige Tage später regte er an, eine Zeitung zu kaufen, statt eine neue zu gründen, und nannte die «Post». Sie gehe schlecht und wäre daher «um ein billiges zu haben», könne dann aber «über Nacht in Form, Inhalt und Werth gehoben, die Welt überraschen. Ein altes Blatt, wenn es plötzlich besser gemacht wird, hat das Vertrauen voraus», gab er zu bedenken.³⁴⁵ Diesen begeisterten und, was die Wahl eines Chefredakteurs betrifft, vielleicht auch etwas übereifrigen Vorschlägen ist Meyer nicht gefolgt, er hat seine Pläne vielmehr schnell wieder fallen lassen. Wahrscheinlich hat die in diesen Monaten beginnende Gründerkrise, die bald auch die Firma Krupp

343 Alfred Krupp. Ein Gedenkblatt für seine Arbeiter, Essen 1887, 12, FAH 2 G 5.

345 Grünstein an Meyer v. 20. 2. 1873, in: WA 4/208, 22–25, hier 25.

344 S.u. Kap. II.2.A; II.3.A und bes. II.4 und II.5.

in Bedrängnis brachte, das Projekt in den Hintergrund treten lassen, es gibt jedenfalls keine Hinweise darauf, daß Meyer es weiter verfolgt hätte.³⁴⁶ Im Gefolge der Kruppschen Finanzkrise von 1873/74 kam Meyer als Vertrauensmann der kreditgebenden Banken in die Prokura, stand also im Zentrum der Bemühungen um eine finanzielle Konsolidierung der Firma. Für Zeitungsgründungen blieb da wohl keine Zeit, und aus der Zeit nach 1873 sind denn auch keine weiteren Hinweise auf Aktivitäten Meyers im Hinblick auf die Presse bekannt.

Von Alfred Krupp sind aus den folgenden Jahren keine Äußerungen der Aufgeschlossenheit gegenüber der Presse mehr überliefert, sein Mißtrauen verstärkte sich eher noch. Er fürchtete, daß jede Information nur den Konkurrenten nützen, ihnen das Imitieren seiner Produkte erleichtern würde, und schrieb deshalb 1881 an die Prokura: «Ich bitte die Frage einmal ernstlich zu prüfen, ob es weise und nützlich ist, daß wir die Resultate unserer neuesten Construction an die Oeffentlichkeit bringen, damit sie beliebigst von anderen ausgebeutet werden.» Es sollten der Presse außer den Schießresultaten keine technischen Informationen mitgeteilt werden, forderte er und kritisierte die offenere Haltung der Prokura: «Ich glaube, daß zum Nutzen der Concurrrenz und zu unserem Nachtheil schon viel zu viel bisher veröffentlicht worden ist und begreife nicht den Standpunkt der Beurtheilung von unserer Seite.»³⁴⁷

Auch nicht technisch oder militärisch interessierten Journalisten gegenüber blieb er verschlossen. Als im Januar 1880 in einer Berliner Illustrierten ein Portrait seiner Person und der Firma mit durchaus positivem Tenor erschien³⁴⁸, korrigierte er Einzelheiten und mäkelte: «Manches Andere ist nicht ganz klar und das Meiste ist aus anderen Berichten abgeschrieben», wenn er auch einräumte, «das Ganze» sei durchaus «wohlwollend gemeint».³⁴⁹ Den Redakteur, der mehrfach um einen Termin bat, persönlich zu empfangen, war er keinesfalls bereit. Sein Mißtrauen gegenüber Journalisten tritt deutlich zutage, wenn er der Prokura mitteilte: «Ich glaube, daß Besagter hier auftritt als ein sogenannter Interviewer der – was er herauslockt – durch Veröffentlichung verwertet und ich empfehle daher – da man ja keine Feindschaft gerade sucht – ihm höflich klar zu machen, daß wir nicht auf solche Sachen eingehen.» Immerhin, bei aller nach wie vor vorhandenen Reserve der Presse und den Journalisten gegenüber war Krupp in seiner Ablehnung nicht mehr ganz so schroff wie früher. Er überließ es der Prokura zu entscheiden, ob der Berliner Journalist «für die Fabrik gebraucht ist oder mal gebraucht werden kann oder ob er mal ein Honorar verdienen kann».³⁵⁰ – Dieser sollte durchaus freund-

346 WA 4/208, 18–24, 30. Er hat jedenfalls keinen Kontakt zu Ludwig Bamberger aufgenommen, den er erst 1876 kennenlernte. S.o.: Kap. I.2.C: Der Kampf für den Schutz-zoll.

347 AK an die Prokura v. 19. 4. 1881, in: WA 9 a 215.

348 «Namenlose Blätter» v. 8. 1. 1880, in: FAH 2 L 6.

349 Notiz AKs v. 9. 1. 1880, in: AK BN 18 (FAH 2 M 78.18), 202.

350 AK an die Prokura v. 14. 3. 1880, in: WA 7 f 195.

lich behandelt werden, nur er selbst wollte mit solchen Kontakten nicht behelligt werden. Selbst positive Artikel erregten also bisweilen seinen Unmut. Wenn er gar den Eindruck gewann, daß der jeweilige Autor Informationen aus der Fabrik erhalten hatte, wurde er ungehalten, denn «das Publikum wird glauben daß wir selbst renommieren wollen». Er forderte, daß der Informant ausfindig gemacht und sein Verhalten «ebenso wie Auskunft über Fabrikate als untreu [zu] behandeln»³⁵¹ – und das hieß: zu entlassen – sei.

Zusammenfassung

In den Anfangsjahren der Gußstahlfabrik war Krupp ein privater Geschäftsmann, der seinem Gewerbe weitgehend unbeobachtet von Presse und Öffentlichkeit nachging. Während der folgenden Jahrzehnte änderten sich nicht nur Charakter und Struktur der Öffentlichkeit und des Zeitungswesens, auch die Firma Krupp wuchs zu einem Unternehmen von nationaler und sogar Weltgeltung und damit selbst zu einem Gegenstand des öffentlichen Interesses. Einerseits, beginnend mit den Weltausstellungen, suchte Krupp die Öffentlichkeit, weil er erkannte, daß er sie für seine Zwecke einsetzen konnte. Auf der anderen Seite behielt er sein Mißtrauen und seine schroffe Abwehrhaltung. Am Beginn der ersten Schritte der Firma in Richtung eines offensiveren Umgangs mit der Presse und einer beginnenden aktiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit steht zwar stets die explizite Aufforderung von Alfred Krupp, doch seine Angestellten warteten nur noch auf dieses Zeichen, um mit dem Umsetzen lange gehegter Pläne beginnen zu können. Albert Pieper, trotz seines frühen Todes, und dann vor allem Carl Meyer sind diejenigen, die sehr viel stärker als der Inhaber selbst hier die Zeichen der Zeit erkannten und danach handelten. Als sie von ihrem Chef 1866 und 1867 dessen programmatischen Aufforderungen zum Beginn einer Öffentlichkeitsarbeit erhielten, war ihre Reaktion Erleichterung, daß er endlich seinen Widerstand aufgab. Jetzt konnten sie beginnen, ihre Pläne umzusetzen, denn an der Ausführung hatte Krupp keinen Anteil mehr. Hierbei war es nach dem frühen Tod Piepers vor allem Meyer, der in vielfältiger Weise die Initiative ergriff. Als Berliner Vertreter befand er sich im Zentrum von Politik und Öffentlichkeit und beobachtete deren Mechanismen und Wirkungsweise schon von daher intensiver, als es von Essen aus überhaupt möglich war.

Das persönliche Verhältnis zum König, auch zu den politischen Entscheidungsträgern der Regierung und der Behörden, hatte Krupp selbst früh als lebenswichtig für seine Firma eingestuft. Die Repräsentation der Firma in der Öffentlichkeit hielt er demgegenüber für weniger wichtig. So war es Meyer, der auf eine Beteiligung an den Interessenverbänden als den politischen Organen der Industrie drängte und der sich bemühte, das in den Zeitungen von Krupp gezeichnete Bild zu beeinflussen.

351 AK an die Prokura v. 10. 3. 1881, in: WA 41/6–50, 190f.

4. Der Herr im Haus: Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung

Bisher ist das Verhältnis der Firma Krupp zum Staat und den politischen Institutionen erörtert worden sowie dann zur Öffentlichkeit, die Auftritte auf den Weltausstellungen, die Präsentation der Firma und der Umgang mit den Zeitungen. Bei dieser Öffentlichkeit handelte es sich doch weitgehend um die bürgerliche Öffentlichkeit, während das Verhältnis Krupps zur Arbeiterbewegung und zur Sozialdemokratie nur am Rande thematisiert wurde. Die soziale- oder Arbeiterfrage wurde im Kaiserreich allmählich zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema, von ihrer Lösung schien das Fortbestehen des Staates und seiner Wirtschafts- und Sozialordnung abzuhängen. Krupp, dessen Fabrik Anfang der 1870er Jahre mehr als 10.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte¹, stand im Brennpunkt dieses Konfliktes. Hier manifestierten sich die gesellschaftlichen Veränderungen, die die Industrialisierung hervorgerufen hatte, aber auch der Herrschaftswillen der etablierten Führungsschichten. Nicht zuletzt deshalb ist die Firma Krupp als «Mikrokosmos des Reiches» bezeichnet worden.²

Das Thema ist zu komplex und zu umfassend, als daß es an dieser Stelle systematisch oder gar erschöpfend behandelt werden könnte.³ Dennoch ist ein Blick darauf unerlässlich, da es stark mit dem Thema dieser Arbeit verbunden ist: mit der Frage nach der Stellung des Unternehmens und des Unternehmers in der Gesellschaft, ihrer Positionierung sowie der Wahrnehmung ihrer Rolle und Funktion durch die Öffentlichkeit. An dieser Stelle kann es also nicht darum gehen, Krupps Haltung gegenüber den Arbeitern und der Arbeiterbewegung umfassend darzustellen, sondern lediglich darum, schlaglichtartig zu beleuchten, wie er seinen Standpunkt im öffentlichen Diskurs des Kaiserreiches vertrat, welche Argumentationsmuster er verwendete, welcher Medien er sich bediente und welche Resonanz er fand.

Krupp war stets ein erklärter Gegner der Sozialdemokratie – zu der er übrigens auch die katholische Arbeiterbewegung unterschiedslos zählte – und lehnte auch jede Form der Verhandlung mit den Arbeitern strikt ab. Wiederholt erteilte er in der Firma die Anweisung, jeden sofort zu entlassen, der durch sozialistische Agita-

1 1871 übersprang die Zahl der Beschäftigten der Firma Krupp die Marke von 10.000 und legte im folgenden Jahr nochmals um fast die Hälfte auf 14.800 zu. S.: Tenfelde, *Krupp – der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns*, 20.

2 Owen, *Military-Industrial Relations*, 81.

3 Aus der Fülle der Literatur hier lediglich einige jüngere Titel: Ritter/Tenfelde, *Arbeiter im*

Deutschen Kaiserreich, 390ff., bes. S.414ff.; Paul, *Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung*; Hilger, *Sozialpolitik und Organisation*, die allerdings Krupp nicht untersucht; Lütke, *Gesichter der Belegschaft*; Reif, «Ein seltener Kreis von Freunden»; Schmidt, *Stammarbeiterschaft und Arbeiteraristokratie*; Stercken/Lahr, *Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer bei Krupp*.

tion auffiel, auch wenn es sich um einen handwerklich tüchtigen Mann handle. Dabei sah Alfred Krupp sich und sein Werk nur wenig bedroht. Bei ihm seien die Bedingungen für die Arbeiter zufriedenstellend, deshalb seien es auch nur einige Verblendete, wie er sie nannte, die aufbehrten. Er wolle sie zur Vernunft bringen oder nötigenfalls eben entfernen.⁴ Die Auseinandersetzung mit den Sozialisten war dabei durchaus kein rein innerbetriebliches Thema, hieran knüpften sich vielmehr Fragen nach der Herrschafts- und Gesellschaftsordnung insgesamt. Krupp nahm die sozialistischen Forderungen nach einer Vergesellschaftung des Eigentums als Bedrohung durchaus ernst, so sehr, daß er sogar in gemäßigten Forderungen eine reine Maskierung umfassender Revolutionspläne sah. «Die warten nur auf die ersten Erfolge mäßiger Forderungen, um solche zu steigern und so von Stufe zu Stufe das verblendete Volk mit sich fortzureißen; denn das ferne Endziel war, ist und bleibt vollkommener Umsturz, kein Thron u. dergl.»⁵ Deshalb war Krupp alarmiert durch Ereignisse wie den ersten größeren Streik in Essen 1872, als auf 40 Essener Zechen die gesamte Belegschaft von 15.000 Mann nicht zur Arbeit erschien. Auch wenn in seiner Fabrik nicht gestreikt wurde, waren dies doch bedrohliche Anzeichen.

Geschichte als Argument: Das Stammhaus

Das wichtigste Gegenmittel gegen die Bedrohung sah er in den Sozialleistungen der Firma, also in der Zufriedenheit der Arbeiter mit ihrer materiellen Lage. Dieses Mittel allein schien Krupp jedoch in den 1870er Jahren allein nicht mehr auszureichen. Zusätzlich suchte er mit Ansprachen und Broschüren auf die Arbeiter einzuwirken. Eine argumentative Figur, die er dabei zur Rechtfertigung seines Reichtums und seiner gesellschaftlichen Stellung einsetzte, ist der Hinweis auf die eigenen bescheidenen Anfänge.

Tatsächlich war Krupp Anfang der 1870er Jahre einer der reichsten Männer Deutschlands, die Kluft wurde unübersehbar, die mittlerweile den Fabrikhaber von den Arbeitern trennte. Die Zeiten, in denen er die Arbeiter mit Namen gekannt, mit ihnen gemeinsam im Schmelzbau gearbeitet hatte, gehörten zu diesem Zeitpunkt bereits lange der Vergangenheit an. Auch wohnte Alfred Krupp nicht mehr auf dem Fabrikgelände, sondern war «auf den Hügel» gezogen, 10 km entfernt von den qualmenden Schloten der Fabrik, hoch über der Ruhr bei Bredeney gelegen, wo er sich eine herrschaftliche Villa inmitten eines riesigen Parks errichtete.

Um so mehr fällt es auf, daß Alfred Krupp den Aufruf, den er während der Ruhrgebietsstreiks im Sommer 1872 «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» richtete, mit dem Hinweis auf seine frühere Armut begann: «Vor 45 Jahren stand ich in den ursprünglichen Trümmern dieser Fabrik, dem väterlichen Erbe, mit wenigen

4 Vgl.: AK an Dr. Pieper o.D. [März 1877], Abschrift in: WA 9 a 210, 7.

5 AK an Dr. Pieper v. 11. 2. 1877, in: AK BN 16 (FAH 2 M 78.16), 42.

Arbeitern in einer Reihe.» Selbst in dieser Situation habe er noch den Lohn erhöht und dann «fünfzehn Jahre lang [...] gerade soviel erworben, um den Arbeitern ihren Lohn ausbezahlen zu können, für meine eigene Arbeit und Sorgen hatte ich weiter Nichts, als das Bewußtsein der Pflichterfüllung». ⁶ Er hob damit hervor, daß er die Fabrik schuldenbeladen übernommen und den Erfolg erst nach der Überwindung großer Widerstände erreicht habe. Dabei habe er stets das Risiko des Scheiterns tragen müssen, während die Arbeiter ihren Lohn unabhängig von der Auftragslage erhalten hätten. Sein jetziger Reichtum sei also nicht das Ergebnis des «Systems» oder des «Kapitalismus», sondern durch harte Arbeit in vielen entbehrungsreichen Jahren erworben.

Diese Instrumentalisierung der persönlichen und der Firmengeschichte manifestiert sich in besonderer Weise an der Art, wie das «Stammhaus» für diese Argumentation eingesetzt wurde. Bei diesem Stammhaus handelt es sich um das kleine Häuschen, das 1818 als Aufseherwohnung auf dem Gelände der Gußstahlfabrik errichtet worden war. Die Familie des Unternehmensgründers Friedrich Krupp war 1824 dort eingezogen, nachdem Krupp das von seiner Großmutter Helene Amalie geerbte Vermögen vollständig in die Gußstahlfabrik investiert hatte, ohne jedoch nennenswerte Erträge erzielen zu können. Seine Finanzen waren schließlich so weit zerrüttet, daß er sogar sein Geburtshaus am Essener Flachsmarkt verkaufen mußte. Ein Stammhaus im eigentlichen Sinne war das Haus also nicht, eher ein Notquartier für schlechte Zeiten. Wenn der Umzug für den zu jenem Zeitpunkt 13jährigen Alfred auch ein einschneidendes Erlebnis gewesen sein mag, konnte er sich doch sicherlich an das Essener Stadthaus erinnern.

Auch nach dem Tod von Friedrich Krupp 1826 endeten die mageren Zeiten noch lange nicht. Bis Ende der 1840er Jahre blieb die Familie in dem kleinen Häuschen wohnen. 1844 baute Alfred Krupp ein zweistöckiges Wohnhaus an das alte an, in dem er auch nach seiner Hochzeit mit Bertha Eichhoff im Jahr 1853 weiter wohnte. Seit 1860 bewohnte er das auf dem Fabrikgelände errichtete sogenannte «Gartenhaus», das als eine Villa bezeichnet werden kann, bis er 1864 auf den «Hügel» umzog. Dort lebte er zunächst in einem Landhaus, bis er 1873 in die nach eigenen Entwürfen errichtete, prächtige «Villa Hügel» umzog. ⁷

Das Aufseherhäuschen geriet nach dem Auszug der Familie in Vergessenheit. Die Möbel wurden zum Teil entfernt, 1857 erwoog Krupp sogar den Abriß, um an der Stelle ein Fremdenhaus für die steigende Zahl von Besuchern der Gußstahlfabrik zu errichten. Dann wurde eine Abteilung des Lohnbüros hier untergebracht. Die Idee, das kleine Haus restaurieren zu lassen, formulierte Krupp erstmals 1869, als er also bereits nicht mehr auf dem Fabrikgelände wohnte. ⁸ Zunächst hat Bau-

6 Alfred Krupp «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» v. 24. 6. 1872, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 279.

7 Am 10. Januar 1873, vgl.: Berdrow, *Alfred*

Krupp, Bd. 2, 200. Zur Baugeschichte s. ebd., 190 ff.

8 AK an Baumeister Kraemer v. 22. 11. 1867, in: WA 7 c 63.

meister Kraemer, an den der Auftrag gerichtet war, Krupps Plan nicht recht beachtet. Er mag ihn für sinnlos gehalten haben, jedenfalls war noch nicht viel geschehen, als Krupp um die Jahreswende 1871/72 seinen Wunsch noch einmal nachdrücklich wiederholte, diesmal in einem Schreiben an die Prokura, und damit deutlich machte, daß es ihm ernst war. In diesem Winter, den er aus gesundheitlichen Gründen im milden Klima des englischen Seebades Torquay verbrachte, bemühte er sich, einige Dinge in der Firma grundsätzlich neu zu ordnen. Hier entwarf er das Generalregulativ, das die Organisation der Firma für die Zukunft festlegte⁹, und von hier aus erteilte er auch am 14. Januar 1872 der Prokura die Anweisung, daß das «kleine Haus, in der Mitte der Fabrik»¹⁰ wieder in den ursprünglichen Zustand versetzt werden solle. Dafür scheute er keine Kosten. Falls erforderlich müßten Sohlen und Pfosten ersetzt werden, etwaige Veränderungen am Grundriß, versetzte Wände oder zusätzliche Fenster, sollten sämtlich rückgängig gemacht werden, ordnete Krupp an und verlangte gleich eine Rohskizze. Jedes Detail wollte er wiederhergestellt wissen. Wie früher sollten sogar wieder Fensterläden mit einem herzförmigen Luftloch angebracht werden.

Eine geschäftliche Bestimmung sollte das Haus nicht erhalten.¹¹ Dennoch stand hinter Krupps Anordnungen mehr als nur eine Spinnerei oder eine sentimentale Grille, die sich vielleicht durch Nichtbeachten von selbst erledigt haben könnte, wie es Baumeister Krämer noch vorgekommen sein mag. Allein der Zeitpunkt läßt darauf schließen: Krupp besann sich auf das Häuschen in dem Moment, als die prächtige Villa auf dem Hügel über der Ruhr seinen Reichtum und den Abstand des Fabrikherrn zu seinen Arbeitern für alle sichtbar machte. In der Villa Hügel würde er wie ein Fürst residieren und dort auch Fürsten und Könige empfangen. Auf der Fabrik ließ sich Krupp schon seit seinem Umzug immer seltener sehen, und gerade in diesen Monaten um die Jahreswende 1871/72 versuchte er ja, die Firmenleitung so zu strukturieren, daß er sich noch weiter aus dem Tagesgeschäft zurückziehen könne.¹² Während also faktisch der Kontakt zur Fabrik und besonders zu den dort Beschäftigten immer geringer wurde, sich sein Lebensstil und –standard grundsätzlich und unübersehbar von dem der Arbeiter unterschied, bot sich hier die Möglichkeit, Nähe zu den Arbeitern und ihren Lebensumständen vorzuführen.

Der Zweck des Hauses bestand denn auch darin, als «Denkmal», so schrieb Krupp wörtlich, «an den «Ursprung des großen Werks» zu erinnern. Doch natürlich ging es ihm nicht in erster Linie darum, «daß meine Nachfolger so wie ich, mit Dank und Freude hinblicken werden», er wollte vor allem den möglichen Neid der Armen mit dem Hinweis auf seine eigenen harten Jahre dämpfen. «Das Haus und seine Geschichte mag dem Zaghaften Muth geben und ihm Beharrlich-

9 Schröder, *Alfred Krupps Generalregulativ*.

10 Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 272.

11 AK an die Prokura v. 14. 1. 1872, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 272.

12 S.: Schröder, *Alfred Krupps Generalregulativ*.

keit einflößen, es möge warnen, das Geringste zu verachten und vor Hochmuth bewahren.»¹³ Jeder andere könne es auch so weit bringen wie er, sollte das heißen, denn er habe seinen Erfolg allein harter Arbeit zu verdanken sowie seiner Zähigkeit und Beharrlichkeit beim Überwinden von Schwierigkeiten. Wer mit der eigenen Lage unzufrieden sei, müsse tüchtig und fleißig sein und bereit, Mühe und Risiko auf sich zu nehmen. Das sei der richtige Weg, nicht jedoch die sozialistischen Lehren.

Krupp formulierte damit das bürgerliche Selbstverständnis, das dem Einzelnen die Verantwortung für sein Handeln allein zusprach und Erfolg auf individuelle Lebensleistung zurückführte. Von diesem bürgerlichen Geist war Alfred Krupp ganz durchdrungen, diese Haltung setzte er dem sozialistischen Klassendenken entgegen. Dabei verschwieg er allerdings, daß er durchaus nicht der Unterschicht entstammte, sondern einer wohlhabenden, seit Generationen zum Essener Patriziat gehörenden Bürgerfamilie, wenn auch der Reichtum beim Betrieb der Gußstahlfabrik zusammengeschmolzen war. Er und seine Familie hatten Zeiten bitterster Armut durchzustehen, das stimmte schon, doch ohne den Hintergrund einer weitverzweigten und wohlhabenden Bürgerfamilie hätten das Überwinden dieser Durststrecke und der schließliche Aufstieg kaum gelingen können. Schon sein Vater hätte ohne das Vermögen seiner Großmutter Helene Amalie die Fabrik niemals gründen, geschweige denn ihren Betrieb so lange aufrechterhalten können. Und nach dessen Tod 1826 hat der junge Alfred die Firma durchaus nicht ganz allein übernommen, sondern hatte neben seiner Mutter seinen reichen Großvater Wilhelmi, den Vetter Carl Friedrich von Müller und später den Jugendfreund Friedrich Sölling als Rat- und vor allem auch als Kreditgeber an seiner Seite.

Die Beschwörung der Anfangsjahre, in denen er mit im Schmelzbau gestanden hatte, sollte die tatsächliche Distanz des Fabrikbesitzers zu den Arbeitern ein Stück weit einebnen. Eigentlich sei er auch einer von ihnen, lautete die Botschaft, er habe lange Zeit die gleiche Arbeit verrichtet und in der gleichen Armut gelebt. Den Aufstieg habe er also nicht einer gnadenreichen Geburt, sondern seiner eigenen Tüchtigkeit zu verdanken. Das hieß zugleich, jeder sei selbst verantwortlich, wenn er heute nicht so reich sei wie er, weil er das Risiko damals nicht habe tragen wollen und lieber den sicheren Lohn genommen habe. Niemand sei daher berechtigt, einen Anteil an dem schließlichen Erfolg einzufordern, der damals einen geringeren Einsatz als er geleistet habe.

Als die briefliche Anordnung zum Wiederaufbau des «Stammhauses» Anfang 1872 in Essen eintraf, machte man sich sofort ans Werk. Nach einer alten Zeichnung wurde das Gebäude in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt. Allzuviel war nicht zu ändern. Vor allem mußte das Lohnbüro, das bis dahin im Erdgeschoß untergebracht war, in andere Räume umziehen, dann zwei Mauern ersetzt wer-

13 AK an die Prokura v. 14. 1. 1872, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 272.

den, die entfernt worden waren. Sogar von den alten Möbeln war noch manches vorhanden, die fehlenden Gegenstände wurden durch ähnliche ersetzt.¹⁴ Bereits im Februar waren diese Arbeiten ausgeführt. Jetzt erhielt das Gebäude die in der Sache unzutreffende und euphemistische Bezeichnung «Stammhaus», als das Krupp es seinen Arbeitern präsentierte. Sie sollten es alle besichtigen und erhielten auch eine Bildpostkarte, auf der es hieß: «Möchte Jedem unserer Arbeiter der Kummer fern bleiben, den die Gründung dieser Fabrik über uns verhängte. [...] 25 Jahre lang blieb der Erfolg zweifelhaft, der seitdem allmählig die Entbehrungen, Anstrengungen, Zuversicht und Beharrlichkeit der Vergangenheit – endlich so wunderbar – belohnt hat.»¹⁵ Mit dem Hinweis auf seine eigene ehemalige Armut wolle er zudem «andere in Bedrängniß ermuthigen», doch das war natürlich vor allem eine Ermahnung, hart zu arbeiten, fleißig und beharrlich zu sein, Entbehrungen zu ertragen. «Möge in unserem Verbande Jeder vom Höchsten zum Geringsten mit gleicher Ueberzeugung sein häusliches Glück dankbar und bescheiden zu begründen und zu befestigen streben; dann ist mein höchster Wunsch erfüllt.» Der sozialistischen Utopie einer freien, gerechten Gesellschaft stellte er die biedermeierliche Idylle vom «häuslichen Glück» entgegen.

Auf sozialistischen Forderungen nach einer anderen Verteilung des Reichtums erwiderte er also mit dem Hinweis auf die Möglichkeiten, die die Bürgertugenden Fleiß, Sparsamkeit und Bescheidenheit jedem böten. «In den verschiedenen Klassen der Gesellschaft», mahnte er ganz in diesem Sinne auch einige Jahre später, «gibt es Leute, die irrthümlich die Besserung ihrer Lage von der Änderung der Verfassung, der Regierung und der Gesetze erwarten, dabei aber das Wesentlichste vernachlässigen, was in ihrer eigenen Gewalt liegt. Fleiß, Ordnung und Sparsamkeit ist der erste und sicherste Schutz gegen die beklagte Noth, und wo sie fehlen, helfen auch die beste Regierung und die besten Gesetze nicht.»¹⁶

Nicht nur den Arbeitern wurde diese «Legende» vom Aufstieg aus ärmsten Verhältnissen allein durch eigene Leistung immer wieder präsentiert. Das Bild kam überall an, es wurde auch Kunden und Geschäftspartnern gegenüber eingesetzt. Firmenprospekte enthielten stets ein Foto des Stammhauses¹⁷, es war auf Werbekarten und in Broschüren des Unternehmens abgebildet, mit denen sich das Unternehmen bei den Weltausstellungen auch dem allgemeinen Publikum präsentierte.

1887 verfolgte Krupp sogar die Idee, nach dem Muster des Stammhauses Arbeiterwohnungen zu errichten. Auch hier war es sein Ziel, wie bereits bei der Restaurierung des Häuschens, aller Welt, vor allem aber seinen Arbeitern vor Augen zu führen, aus wie bescheidenen Anfängen er sich emporgearbeitet habe. «Daß

14 Vgl.: Schreiben an AK v. 27. 1. 1872, in: FAH 2 F 2, 4.

15 In: FAH 2 F 2.

16 AK, Ein Wort an die Angehörigen meiner gewerblichen Anlagen, Essen 1877, 8.

17 Dies blieb auch nach dem Tod von AK so. Vgl. z. B. ein Prospekt aus dem Jahr 1909, in: WA 4/268 b.

wir so gern das vergangene Elend zeigen muß den Mißgünstigen versöhnen und den Wohlwollenden erfreuen»¹⁸, offenbarte Krupp selbst die auf Öffentlichkeitswirksamkeit gerichtete Absicht bei diesem Vorhaben. Ausgeführt wurde diese Idee zwar nicht, aber allein der Plan zeigt, in welchem Maße Krupp noch in hohem Alter an die Symbolkraft des «Stammhauses» und der hiermit transportierten Botschaft glaubte.

Gegenseitige Treue

Einen Teil von Krupps Abwehrschlacht gegen die Forderungen des Sozialismus bildete also der Mythos des Aufstiegs «von ganz unten», der in der Präsentation des «Stammhauses» seine Ausprägung fand. Mindestens ebenso wichtig wurde der Topos der gegenseitigen Treue und Loyalität zwischen Arbeitern und Fabrikherrn.

Er wurde gezielt den Forderungen der Sozialdemokraten entgegengehalten, die seit Ende der 1860er Jahre allmählich auch im Ruhrgebiet Fuß faßten. Die Arbeiter forderten höhere Löhne und Teilhabe an den Unternehmensgewinnen, im Juni 1872 gab es einen ersten größeren Streik. Bei Krupp wurde zwar nicht gestreikt, doch indirekt war das Werk auch betroffen, denn dringend benötigte Kohlelieferungen blieben aus. Die Unternehmensleitung ließ eine Erklärung anschlagen, die zusicherte, daß trotz der Streiks die Kohleversorgung der Fabrik und damit die Arbeitsmöglichkeit und der Lohn der Kruppschen Arbeiter gesichert seien. Ein Aufruf Krupps vom 24. Juni 1872 warnte vor Streik und beschwor die «gegenseitige Treue», die er auch in schweren Zeiten stets gezeigt und die den Aufstieg des Werkes ermöglicht habe.¹⁹

Diese Treue wurde als eine Art Verpflichtung zu unbedingter Loyalität beschworen, Krupp verwendete den Begriff in Analogie zum feudalen Lehnverhältnis²⁰: Ähnlich mittelalterlichen Rittern, die ihrem Lehnsherrn militärische Gefolgschaft gelobten und für diese Unterordnung mit Gütern materiell versorgt wurden, sollten auch die Arbeiter mit dem Eintritt in das Werk sich dem Fabrikherrn unterordnen, seine Herrschaft akzeptieren. Dessen Aufgabe bestand im Ge-

18 AK an Gußmann, v. 17. 5. 1887, in: AK BN 20 (FAH 2 M 78.20), 276.

19 Alfred Krupp «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» v. 24. 6. 1872, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 279.

20 Diese These von einem «Industriefeudalismus» war Anfang des Jahrhunderts verbreitet, vgl.: Reichwein, *Funktionswandlungen der betrieblichen Sozialpolitik*, 191–195; sie findet sich auch bei Weber, Schmoller, Sombart (z. B.: *Der Bourgeois*, 213) und L. Brentano. S. hierzu: Berghoff, *Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik*, 168f. Jürgen Kocka hat demgegenüber auf die Familie als Vorbild für den so-

nannten industriellen Paternalismus hingewiesen, s.: Kocka, *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung*; ders., *Familie, Unternehmer und Kapitalismus*; ders., *Stand – Klasse – Organisation. Ritter/Tenfelde (Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, 409) verbinden beide Ansätze, wenn sie in der betrieblichen Sozialpolitik einerseits einen «obrigkeitlich vorexerzierten, in alten preußischen Traditionen verwurzelten Habitus» sehen und zugleich auf Veränderungen innerbetrieblicher Herrschaftstechniken hinweisen, die sie mit dem Begriff des Patriarchalismus zusammenfassen.*

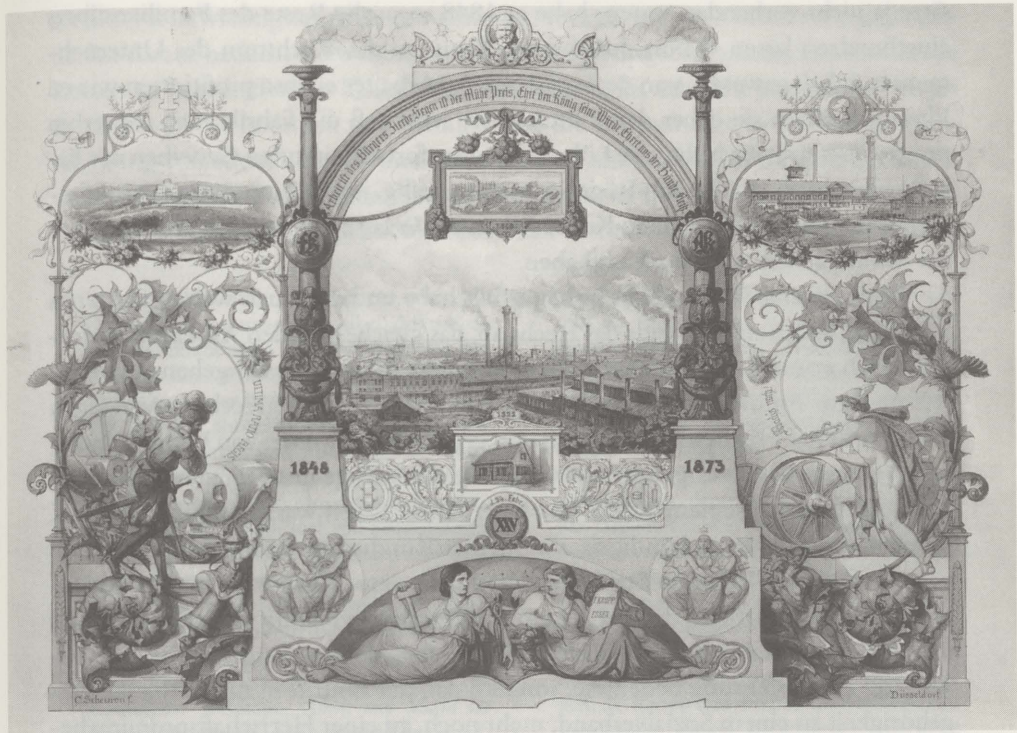


Abbildung 19: Gedenkblatt zum 25. Jahrestag der Fabrikübernahme durch Alfred Krupp als Alleininhaber am 24. 2. 1873. Im Zentrum steht eine zeitgenössische Fabrikansicht, darüber im Rahmen eine Fabrikansicht von 1848. Fast in der Bildmitte ist ebenfalls in einem kleinen Rahmen das sogenannte Stammhaus abgebildet, in einem Medaillon am rechten oberen Bildrand das Gartenhaus, Krupps Wohnhaus von 1860 bis 1864, die 1873 fertiggestellte Villa Hügel aus der Ferne gezeichnet am linken oberen Bildrand. Aquarell von C. Scheuren.

genzug darin, den Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie zu sichern, möglichst auch in schlechten Zeiten. Zum Nachweis seiner Bereitschaft, diese Verpflichtung einzulösen, verwies Krupp wiederum auf die Anfangsjahre der Fabrik, als der Auftragsmangel die Arbeit auf der Fabrik hatte stillstehen lassen. Dennoch habe er seine Arbeiter nicht entlassen.²¹ Um den Lohn zahlen zu können, da Um-

21 Vgl.: Alfred Krupp «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» v. 24. 6. 1872, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 279: «Wenn bei Verkehrsstockungen alle Industrien darniederlagen, wenn Bestellungen fehlten, so habe ich dennoch arbeiten lassen, niemals einen treuen Arbeiter entlassen.»

Schon ein flüchtiger Blick zeigt allerdings, daß Krupps Angaben nicht ganz stimmten. In der Wirtschaftskrise von 1844 bis 1848 hat er fast

die Hälfte seiner Arbeiter entlassen. Die Zahl fiel von 131 auf etwa 70 (*Krupp 1812–1912*, 96 u. 109). Das Weiterbezahlen der restlichen Belegschaft läßt sich dann durchaus aus geschäftlichen Gründen erklären, denn er brauchte die qualifizierten, gut eingearbeiteten Arbeiter für den nächsten Auftrag wieder. Sie waren nicht so leicht zu ersetzen, denn die Arbeitsvorgänge in der Gußstahlfabrik waren kompliziert und erforderten einige Anlern-

sätze ja nicht vorhanden waren, habe er 1848 sogar die Reste des Familiensilbers einschmelzen lassen.²² Nur durch diese Treue sei das Wachstum des Unternehmens möglich gewesen, von dessen Größe die Arbeiter ebenso profitierten wie er. Ebenso müßten sie daher daran interessiert sein, daß die Fabrik auch weiterhin prosperiere. Er habe bisher die Löhne bei «dem fortschreitenden Gedeihen der Fabrik» allmählich erhöht, «als Regel immer freiwillig, jeder Erinnerung zuvorkommend, und diese Regel soll in Kraft bleiben».²³ Er lasse die Arbeiter also durchaus am Wohlergehen der Fabrik teilhaben.

Wenn er seine Treuepflicht bisher erfüllt habe und dies auch weiterhin zu tun versprach, so leitete er daraus das Recht ab, das gleiche von den Arbeitern zu fordern. «Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf un gerechtfertigte Anforderungen ab, werde, wie bisher, jedem gerechten Verlangen zuvorkommen.»²⁴ Dieses Verständnis von gegenseitiger Treue, von Unterordnung gegen materielle Fürsorge war für Krupp die Grundlage der Zugehörigkeit eines jeden Arbeiters zu seinem Werk. Wer hierzu nicht bereit war, den forderte er auf, «je eher desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorzukommen, und so in gesetzlicher Weise das Etablissement zu verlassen».²⁵ Diese Formulierung unterstreicht einmal mehr, daß für Krupp die Vertragsbeziehung zwischen ihm und den Arbeitern nicht allein die Zahlung eines festgelegten Entgeltes für eine bestimmte Arbeitsleistung bedeutete, sondern daß der Eintritt in die Firma die Zugehörigkeit zu einem Sozialverband, mehr noch, zu einer Herrschaftsordnung begründete.

Die Treueleistung des Fabrikherrn umfaßte neben der Zahlung eines «gerechten» Lohnes und der Aussicht auf einen dauerhaften Arbeitsplatz die Leistungen des sogenannten Kruppschen Sozialwerkes. Auch dieses wurde dargestellt als Wohltätigkeit des Fabrikherren, als eine seiner Treue entspringende Verantwortung für das Wohlergehen «seiner» Leute.²⁶ «Die Lage meiner Arbeiter zu verbes-

und Einarbeitungszeit. Die Bildung einer «Stammarbeiterschaft» war daher wichtig, bei einer zu hohen Fluktuation unter den Arbeitern wäre die Qualität des Stahls gefährdet gewesen.

22 Vgl.: AK an die Firma v. 31. 10. 1871, in: AK BN 10 (FAH 2 M 78.10), 163.

23 Alfred Krupp «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» v. 24. 6. 1872, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 279.

24 Ebd., 280.

25 Ebd.

26 Die Frage nach den Gründen für diese freiwilligen, über den Lohn bzw. das gesetzlich geforderte Mindestmaß hinausgehenden Zuwendungen wird nach wie vor lebhaft diskutiert. Die Frage ergibt sich, wie Hartmut Berghoff in einem der jüngsten Beiträge zu

diesem Thema formuliert, «aus dem offensichtlichen Widerspruch zu zentralen Merkmalen des Industriekapitalismus wie «freier Lohnarbeit auf der Grundlage formaler Rechtsgleichheit und der Reduktion der Arbeitsbeziehung auf den «cash nexus.» (Berghoff, *Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik*, 167.) Dieses Verständnis des Verhältnisses zwischen ihm und seinen Arbeitern hatte Alfred Krupp hingegen ganz offensichtlich nicht. Für ihn war es eindeutig und auch ganz selbstverständlich eine Herrschaftsbeziehung, die analog frühmodernen, also vordemokratischen Herrschaftsverhältnissen als Untertanenverhältnis aufgefaßt wurde. Die Sozialleistungen wurden zur Legitimierung dieser Herrschaftsbeziehung herangezogen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sie ausschließ-

sern» sei sein wichtigstes Anliegen gewesen, verkündete er.²⁷ Er sei «von jeher zunächst darauf bedacht» gewesen, «ihnen ein möglichst sorgenfreies Dasein für die Zeiten zu verschaffen, in denen sie selbst nicht mehr arbeiten könnten».²⁸ Auch der Bau von Wohnungen und Schulen und die Konsumanstalt «zur billigen Beschaffung von allem Lebens- und Haus-Bedarf» seien solche Wohltaten als Nachweise seiner Treue gegenüber seinen Arbeitern. Er behauptete sogar, daß diese Ausgaben wesentlich die Schulden der Firma verursacht hätten, die 1873 beinahe

lich dieser Motivation entsprungen seien. Im Gegenteil ist es durchaus plausibel, daß sie zudem zweckrationalen Zielen dienten wie der Bildung einer Stammarbeiterschaft oder der Verbesserung der Betriebsabläufe.

Vgl. zur sehr ähnlichen Entwicklung in den Schneider-Werken im französischen Le Creusot: Georgel, *L'économie sociale au Creusot: patronage ou paternalisme?*; zum deutsch-französischen Vergleich, wenn auch mit Schwerpunkt auf der Zeit nach 1880: Fridenson, *Herrschaft im Industrieunternehmen*.

Neuerdings wird mit Hinweis auf solche zweckrationalen Gründe für betriebliche Sozialleistungen deren Bezeichnung als Paternalismus bzw. Patriarchalismus in Frage gestellt (besonders: Welskopp, *Arbeit und Macht im Hüttenwerk*, 354 ff.; ders., *Betriebliche Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert*; auf Krupp bezogen Beyer, *Ein «Musterbeispiel» des industriellen Patriarchalismus?* anders Berghoff, *Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik*; ders., *Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt*, der dessen Gültigkeit hervorhebt, allerdings in bezug auf ein mittelständisches Unternehmen). Auffällig ist jedoch, daß die «patriarchalischen» Begründungen für die den Lohn übersteigenden Zuwendungen in der Außendarstellung des Unternehmens einen großen Stellenwert einnahmen. Auch gegen die Arbeiterbewegung, ja, gerade gegen sie, hielt Krupp an diesem Muster fest, das noch nach seinem Tod für die Firmenleitung und für seinen Erben bestimmend blieb. Die sich auch bei Krupp zunehmend versachlichenden Arbeitsbeziehungen beendeten dies nicht, diese Entwicklung sollte vielmehr aufgehalten bzw. kompensiert werden durch die um so stärkere Betonung der Zuwendung des Fabrikbesitzers, seines Wohlwollens und Interesses am Wohlergehen «seiner» Arbeiter.

Während die ältere Forschung dieser Begründung der betrieblichen Sozialleistungen aus einer Selbstverpflichtung des Unternehmers im Zeichen des «Industriefeudalismus» gefolgt ist oder sie stärker am Vorbild der Großfamilie

bzw. des Handwerksbetriebs orientiert sah und als Paternalismus bzw. Patriarchalismus deutete, werden hieran neuerdings vermehrt Zweifel angemeldet, die demgegenüber die Zweckrationalität der Sozialleistungen betonen. S.: Beyer, *Ein «Musterbeispiel» des industriellen Patriarchalismus?*

Diese Diskussion wird an dieser Stelle nicht weitergeführt, denn hier soll nicht, wie dies in der Debatte um den Paternalismus geschieht, nach den tatsächlichen Motiven für das Gewähren von Sozialleistungen gefragt werden, sondern nach den Vorstellungen von den Beziehungen zwischen Fabrikant und Arbeiter. Bei dieser Betrachtungsweise wird dann allerdings das «feudalistische» Muster sehr deutlich, das Krupp und mit ihm die Mehrzahl der Fabrikanten diesen Beziehungen zugrunde legte. Das schließt nicht aus, daß die Sozialleistungen dem Unternehmer auch auf anderen Ebenen und für andere Zwecke als ein geeignetes Mittel erschienen sind, diese Möglichkeit erscheint sogar als sehr wahrscheinlich. Auch wenn Krupp das Sozialwerk also nur zum Teil tatsächlich aus tiefempfundener Verantwortung finanzierte, so war dies doch die Erklärung, die er als offizielle Version immer wieder verbreitete. Zumindest schien sie mithin geeignet, ihm einerseits innerhalb der Arbeiterschaft, aber auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt beim König Sympathien und Zustimmung einzubringen.

27 Hier u. i. folgenden: Alfred Krupp, Ein Wort an die Angehörigen meiner gewerblichen Anlagen, Essen 1877, 8, in: WA 10 a 3,5.

28 So ähnlich hatte Alfred Krupp bereits in dem Aufruf «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» v. 24. 6. 1872 argumentiert (Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 280): «Es ist im Kreise meiner Unternehmung dem braven ordentlichen Arbeiter die Gelegenheit geboten, nach einer mäßigen Arbeitsfrist im eigenen Hause seine Pension zu verzehren – in einem so günstigen Maaße, wie nirgendwo anders in der Welt.»

zum Zusammenbruch des Unternehmens führten.²⁹ Diese Kredite seien nur in gemeinsamer Anstrengung abzutragen. «Damit dies geschehen kann, muß jeder seine Schuldigkeit thun in Frieden und Eintracht und in Übereinstimmung mit unseren Vorschriften.»

Wie schon in anderen Zusammenhängen, soll auch hier nicht der Wahrheitsgehalt dieser Darstellung überprüft werden. Wichtig ist primär die Funktion der Argumente im Kampf gegen die «falsche Verlockung»³⁰, wie er die Forderungen sowohl der katholischen wie der sozialistischen Arbeiterbewegung bezeichnete: Es sollte demonstriert werden, daß Krupp kein profitsüchtiger Kapitalist war, der alles dem Ziele der Gewinnmaximierung unterordnete, sondern daß er seinen Teil des «Treuebundes», die Verpflichtung zur Versorgung seiner Arbeiter auch unter großen persönlichen Opfern einzulösen bereit war. Daraus leitete er im Gegenzug das Recht ab, von den Arbeitern Unterordnung zu verlangen. Sie sollten dankbar sein für ihre Arbeitsstelle und ihre Aufgaben dort pünktlich und gewissenhaft versehen, ohne sich in die allgemeinen Fragen der Unternehmensleitung sowie auch der Politik einzumischen.

Seigneurialer Patriarchalismus

Von einer politischen Betätigung konnte Krupp nur *abrat*en, innerhalb der Fabrik aber *verbat* er sich jede Einmischung – und als solche wertete er auch die Forderung nach höheren Löhnen oder Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Unter Berufung auf die Rechte, die ihm als dem Eigentümer der Fabrik zustünden, schloß er 1872 seinen Aufruf «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» mit «der Versicherung, daß ich in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben will».³¹ Aus dieser Formulierung entstand bald die Bezeichnung dieser Auffassung, die nicht nur in der Eisen- und Stahlindustrie allgemein verbreitet war, als «Herr-im-Haus-Standpunkt».³² Diese Bezeichnung manifestierte zunächst den Herr-

29 Dabei war offenkundig, daß die Schulden durch den Kauf von Zechen und Gruben entstanden waren. Zudem wußte Krupp insgeheim nur zu gut, daß auch das Fehlen einer effektiven Kostenkontrolle die Krise mitverursacht hatte. Vgl.: Wellhöner, *Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich*, 149; Bongartz, *Unternehmensleitung und Kostenkontrolle in der rheinischen Montanindustrie*, bes. 53 ff.; Feldenkirchen, *Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879–1914*, 54.

30 Alfred Krupp «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» v. 24. 6. 1872, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 279.

31 Ebd., 280.

32 Vgl.: Zunkel, *Der Rheinisch-Westfälische Unter-*

nehmer 1834–1879, 241: «Das Schlagwort vom «Herr-im-Hause» brachte den autoritären Herrenstandpunkt des rheinisch-westfälischen Großunternehmers am stärksten zur Geltung. Es wurde zur Devise, mit der er seinen Anspruch verteidigte, über seine Unternehmung, ungeachtet aller sozialen Bindungen und Verpflichtungen, die durchaus ernst genommen wurden, als einem persönlichen Eigentum frei zu verfügen, alle Verhandlungen mit seinen Arbeitern oder ihren Organisationen als nicht Gleichberechtigten abzulehnen und selbst zu entscheiden, ob Forderungen der Arbeiter berechtigt oder unberechtigt seien.» Vgl.: Weisbrod, *Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau*.

schaftswillen des Unternehmers in seinem Absolutheitsanspruch. Hier gab es kein Verhandlungsangebot und keine Aussicht auf Kompromiß: Wer sich den Regeln der Fabrik nicht unterwerfen wollte, sollte freiwillig kündigen, sonst würde er entlassen.

Bei der Begründung dieses Herrschaftsanspruches fällt auf, daß zwei Argumente aus verschiedenen Zusammenhängen verwendet wurden. Einerseits pochte Krupp auf sein Eigentumsrecht. Dies war die gleichsam «bürgerliche», die liberale Argumentation, denn das Privateigentum bildete den Eckpfeiler des liberalen Staats- und Wirtschaftsdenkens. Nur Eigentum an der Fabrik könne Mitspracherechte jeglicher Form über Fragen der Fabrikleitung begründen. Und die Höhe der Löhne wurde ebenso wie andere Leistungen an die Arbeiter und später die Fabrikordnung als Element der Firmenleitung bezeichnet. Die (Selbst-)Bezeichnung des Fabrikbesitzers als «Herr im Haus» spielt daneben auch auf die bereits angeführte Darstellung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Fabrikherr als eines reziproken Treuebundes an. Über eine «Warenbeziehung» des Tausches von Arbeitsleistung gegen Geld hinausgehend wurde es als ein Herrschaftsverhältnis verstanden, das sich durch den Arbeitsvertrag konstituierte. Danach hatte der Fabrikherr nicht nur einen Lohn zu zahlen, sondern war in einem umfassenden Sinne für das Wohlergehen «seiner Leute» verantwortlich, die ihm im Gegenzug wie einem Fürsten oder einer staatlichen Obrigkeitsinstanz Gefolgschaft und Untertanordnung schuldeten.

Nach diesem Verständnis war das Verhältnis zwischen Arbeiter und Fabrikbesitzer also in der Substanz ein Untertanenverhältnis, das durch das Eigentumsrecht begründet und durch den Arbeitsvertrag konstituiert wurde.³³ Diese Auffassung stand in direktem Widerspruch zum «Stammhaus-Mythos», der ja die Arbeiter auf ihre eigene Tüchtigkeit verwies und ihnen prinzipiell die Möglichkeit eines eigenen Aufstieges in Aussicht stellte. Wie wenig real diese Option war, wie wenig sie auch von Krupp und der Firmenleitung als tatsächlich umsetzbar angesehen wurde, macht die Argumentationsfigur des Treuebundes deutlich.

Wenn er sie den Arbeitern gegenüber auch beschwor, so war Krupp doch sehr weit entfernt von der frühliberalen Idee und Utopie einer «klassenlosen Bürgergesellschaft».³⁴ Von dem Ziel einer zunehmenden Angleichung der Lebensverhältnisse war hier keine Rede, im Gegenteil wurde die Kluft zwischen dem «Fabrikherrn» und dem Arbeiter und damit die zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterklasse letztlich als unüberbrückbar gedacht, als ähnlich unüberwindlich wie die der Ständegesellschaft. Die Arbeiter sollten, wenn sie bescheiden blieben und

33 In diese Richtung zielt bereits die Kritik Beyers an der Bezeichnung Krupps als Musterbeispiel industriellen Patriarchalismus oder Paternalismus. Krupp orientiere sich eben nicht, wie dieses Etikett suggeriere, am Vor-

bild des Hausvaters oder Handwerkers, sondern am frühneuzeitlichen Staat. Beyer, *Ein «Musterbeispiel» des industriellen Patriarchalismus?*, 67.

34 Gall, *Liberalismus und «bürgerliche Gesellschaft»*.

keine übermäßigen Ansprüche stellten, von Not und Elend befreit werden. Ein Aufstieg in andere gesellschaftliche Gruppen war jedoch nicht vorgesehen. Ebenso selbstverständlich setzte Krupp voraus, daß auch die Kinder der Arbeiter wieder Arbeiter sein würden, möglichst ebenfalls bei Krupp. Das wird beispielsweise daran deutlich, daß kinderreiche Familien bei der Vergabe von Werkswohnungen bevorzugt wurden, als «Aufmunterung für die Eltern dem Staate recht viele treue Untertanen zu liefern und der Fabrik Arbeiter eigener Race». ³⁵

Krupp vertrat mit dieser Ansicht keine Einzelmeinung, sondern befand sich im Einklang mit seinen Kollegen mindestens der westdeutschen Schwerindustrie. ³⁶ Ein weiteres Indiz dafür, wie weit verbreitet diese Vorstellung von der Arbeitsbeziehung innerhalb der Fabrik als eines vertraglich begründeten Untertanenverhältnisses war, ist die auch am Ende des 19. Jahrhunderts noch durchaus übliche Verwendung von «Fabrikherr» und «Brotherr» ³⁷ als Synonyme für «Arbeitgeber», die beide die Herrschaftsbeziehung implizieren. Noch stärker als der Begriff «Fabrikherr» weist dabei «Brotherr» auf die altständischen Wurzeln des industriellen «Gesellschaftsvertrages». Bereits im 1860 erschienenen Grimmschen Wörterbuch wurde dem Begriff die «altpatriarchalische» Bedeutung bescheinigt: «der seinen Leuten Brot gibt». «Brotherr» entstammt der gleichen altgermanischen Sprachwurzel wie das englische «Lord», und diese Erklärung des Grimmschen Wörterbuches trifft ins Zentrum des Selbstverständnisses der Arbeitgeber der rheinischen Schwerindustrie. ³⁸ Wenn sie diesen Begriff verwendeten, der mit Textbelegen aus dem 14. bis 16. Jahrhundert auch mit «Dienstherr» im Gegensatz zum «Knecht» erläutert wird ³⁹, zeigten sie, daß sie die Konzeption der Beziehung zwischen Fabrikherr und Arbeitgeber durchaus nicht als etwas Neues, von bisherigen Arbeits- und Herrschaftsverhältnissen Verschiedenes betrachteten. Auch stellten sie sich nicht in die Tradition des Bürgertums, der Beziehung zwischen Meister und Geselle im Handwerk oder der von Kaufmann und Gehilfe, die ja prinzipiell durchlässig war, also einen Aufstieg des Gesellen zum Meister, eine Aufnahme in das

35 AK an die Prokura v. 26. 12. 1871, Druck bei: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 269.

36 Dies war in anderen Industriezweigen zum Teil anders, wie zuletzt Berghoff in seiner Studie des Instrumentenbauers Hohner gezeigt hat (Berghoff, *Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik*; ausführlich ders., *Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt*). Für das aus einem Handwerksbetrieb hervorgegangene Unternehmen blieben die Strukturen des Handwerksbetriebes zumindest als Ideal gültig, auch als das Unternehmen größer und die Produktion von Maschinen bestimmt wurde. Daß der Instrumentenbauer mit der Stahlfabrik nicht vergleichbar ist, wird schon allein an den Beschäftigtenzahlen deutlich: Diese

stiegen bei Hohner von 25 Personen 1867 auf 410 im Jahr 1887. (Berghoff, *Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik*, 182.) Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Beschäftigten bei Krupp von 6944 auf 13.044 oder sogar von 7800 auf 20.200, wenn man neben dem Essener Stammwerk auch die anderen Betriebe des Konzerns berücksichtigt. (Tenfelde, *Krupp – der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns*, 20.)

37 Der Begriff wird ganz selbstverständlich verwendet z.B. bei: Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller*; ebenso: Haux, *Erinnerungen*, in: FAH 4 E 16, 25.

38 Grimm, *Deutsches Wörterbuch*, Bd. 2, 403.

39 *Deutsches Rechtswörterbuch*, Bd. 2, 519.

Bürgertum der Stadt nicht a priori ausschloß. Statt dessen knüpften sie an die gutherrschaftliche Verbindung von Arbeitsbeziehung und Herrschaft an, die neben wirtschaftlicher Abhängigkeit immer auch ein politisches Untertanenverhältnis beinhaltete, das auf einer unüberwindbaren standesmäßigen Trennung zwischen Herrschern und Beherrschten beruhte. Die Verwendung des Begriffs «Brotherr» ist in diesem Sinne eine Bestätigung der Marxschen Theorie, daß die ständische Gliederung der feudalen Gesellschaft im Industriezeitalter durch die Trennung der Klassen abgelöst worden sei. Krupp offenbarte ein seigneuriales Verständnis seiner Rolle als Arbeitgeber und gliederte sich damit gleichsam als Teil der Staatsgewalt in dessen Instanzenzug ein. Er verstand sich als die erste Ebene der «Obrigkeit» für «seine» Arbeiter – und leitete hieraus dann auch die Legitimierung von Eingriffen in die politische Betätigung der Arbeiter ab, in ihre Lektüre und die Beaufsichtigung ihres Wahlverhaltens.

Alfred Krupp, der auch seinem Verhältnis zum Staatsoberhaupt den Charakter einer Lehensbeziehung zu geben versuchte, knüpfte also in der Frage der Sozialordnung, die in den Fabriken herrschen sollte, an dieses Muster an, verlängerte es gleichsam in den Betrieb hinein. Krupp wollte durchaus die Klassenkonflikte mildern, aber nicht durch Aufhebung der Klassen, sondern durch materielle Besserstellung der Arbeiter bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der als unüberwindlich gedachten Klassenschranken. Er sah dabei ebenso wie später sein Sohn, wie Jencke und dessen Kollegen aus anderen Unternehmen in der Führung des Cdl eine enge Verbindung zwischen der betrieblichen und der politischen Sozialordnung. Ebenso wie sie die Monarchie und das «monarchische Prinzip» befürworteten, so sollte auch im Betrieb die Allmacht des Besitzers nicht durch Mitspracherechte der Arbeiter eingeschränkt werden. Die Idee, daß aus dem Untertanen der Alten Ordnung der Staatsbürger eines industrialisierten, demokratisch-parlamentarischen Staates werden könne, war ihnen fremd.⁴⁰

Die Bezeichnung des Fabrikbesitzers als «Brotherr» war auch im Betrieb, nicht nur bei Krupp, durchaus üblich⁴¹, was den Schluß nahelegt, daß das Selbstverständnis der Industriellen und Industrievertreter von den Arbeitern zunächst zumindest teilweise akzeptiert wurde. Häufig vom Land kommend, waren sie an diese Form der Beziehung zur «Herrschaft» gewöhnt. Allmählich aber, verstärkt einerseits durch die zunehmend anonyme Beziehung zu eben diesem «Brotherrn», den seit den 1870er Jahren kaum einer der Arbeiter noch persönlich kannte, und weiter durch die Arbeiterbewegung wuchs der Widerstand gegen den Herrschaftsanspruch der Unternehmer, schwand allmählich die Bereitschaft, die Kopplung des Arbeitsverhältnisses mit persönlicher und politischer Subordination hinzunehmen.⁴²

40 Vgl. hierzu: Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur*; Parsons, *Demokratie und Sozialstruktur*; Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie*.

41 Vgl.: Haux, *Erinnerungen*, FAH 4 E 16, 25.

42 Diese Konstellation lag als Muster dann auch dem Konflikt zugrunde, der nach dem Tode F

Die Ausrichtung am staatlichen Vorbild erscheint mithin als das hervorsteckende Kennzeichen der Kruppischen Herrschaftstechnik und auch als das Charakteristikum seines Fürsorgedenkens. Andere Unternehmer hingegen, die ebenfalls Fürsorge für die Arbeiter betrieben, orientierten sich stärker am Vorbild der Großfamilie oder des Handwerksbetriebes. Es ist deshalb zu fragen, ob es sinnvoll ist, weiterhin alle Formen unternehmerischer Fürsorge mit den weitgehend synonym gebrauchten Begriffen «Paternalismus» bzw. «Patriarchalismus» zu bezeichnen. Wenn beide Modelle auch gewisse Ähnlichkeiten aufweisen und auch zu ähnlichen Ergebnissen führten, so scheint doch eine begriffliche Unterscheidung geboten. Vorgeschlagen wird deshalb, bei Krupp wie möglicherweise auch bei anderen Großunternehmen dieser Art präziser von einem *seigneurialen Patriarchalismus* zu sprechen, um damit die Orientierung am «Seigneur», am Fürsten als einer Instanz staatlicher Hoheitsgewalt, deutlich zu machen.

Krupp war überzeugt, daß die große Mehrzahl der Arbeiter diesem Verständnis zustimmte, eine Gefahr sah er lediglich darin, daß sie von Sozialdemokraten in anderer Richtung beeinflusst, verhetzt werden könnten. «Bei den Wahlen regen sich jetzt die Lasalleaner und ergehen von auswärts Aufforderungen an die Brüder in Essen», befürchtete Krupp im Herbst 1874 und knüpfte daran die Mahnung an die Prokura, alle Sozialdemokraten zu entlassen. «Keiner dieser Bande, auch nicht der Geschickteste und Unentbehrlichste darf bleiben, weil Jeder ein Todfeind ist und der Meist-Angesehene der Gefährlichste.»⁴³ Diese Formulierung zeigt zudem, daß Krupp zu diesem Zeitpunkt vor allem fürchtete, daß die Wahlpropaganda den Sozialdemokraten Gelegenheit zur Agitation geben könnte, um die Arbeiter gegen den Staat, und das hieß zugleich gegen ihn als den Arbeitgeber, den Fabrikherrn aufzubringen. Er setzte – auch hier dem Staat vergleichbar – auf Strenge, auf Verfolgung und Isolierung, Ausschluß der Gegner. Anders als diese wenigen «Verblendeten» sollte die Mehrzahl argumentativ gewonnen werden.

In den 1870er Jahren wandte sich Alfred Krupp wiederholt mit Anschlägen, Aufrufen und Broschüren an die Belegschaft der Fabrik, um die Arbeiter von seinem Standpunkt zu überzeugen. Der bereits mehrfach angeführte Aufruf «an die Arbeiter der Gußstahlfabrik» vom Juni 1872 wurde gefolgt von einer Reihe weiterer Appelle, die bei verschiedenen Gelegenheiten in der Fabrik angeschlagen wurden, so zur Rechtfertigung von Lohnkürzungen während der Krise oder vor Wahlen. 1875 ließ Krupp dann die Schrift Friedrich Harkorts «Der Arbeiter-Spiegel» in mehreren tausend Exemplaren nachdrucken und mit einem eigenen Vorwort versehen an die Arbeiter verteilen.⁴⁴ Als dann im Januar 1877 bei den Reichstagswahlen in Essen mit Gerhard Stötzel erstmals ein Kandidat der Arbeiterbewegung

A. Krupps um die unter Druck zustande gekommenen Grußadressen der Arbeiter entstand. S.u.: Kap. II.5. Die Kaiseradressen.

43 AK an die Prokura v. Oktober 1874, in: AK BN 13 (FAH 2 M 78.13), 220.

44 FAH 2 F 8.

siegte, nahm Krupp dies zum Anlaß, in Broschürenform «Ein Wort an die Angehörigen meiner gewerblichen Anlagen» zu richten.

Die Resonanz auf diesen Standpunkt

Krupps «Herr-im-Haus-Standpunkt» kam vor allem bei den Verteidigern der etablierten Ordnung an. Die Düsseldorfer Regierung beispielsweise fand die Haltung des Fabrikherren schon 1870 sehr anerkennenswert. In einem Bericht heißt es über Krupps Fabrik, «daß gegenüber den sozialistischen Bestrebungen in Essen die Haltung der Kruppschen Verwaltung rühmlichst anzuerkennen sei. Während in liberalster und zweckmäßigster Weise für die Arbeiter gesorgt werde, sei unnachsichtige Ausmerzung unzuverlässiger Elemente und besonders an sozialen und politischen Agitationen teilnehmender Leute festgehaltenes Geschäftsprinzip.»⁴⁵

Unternehmer und Staat bildeten im Kampf gegen die Arbeiterbewegung eine Interessengemeinschaft. In diesem Sinne versicherte Krupp Anfang 1877 dem Regierungspräsidenten, «in welchem Maße es unser Ernst ist, den Grundsätzen der Regierung entsprechend die Leute zu kontrolliren».⁴⁶ Dieser hatte sich an den Fabrikanten gewandt, als im Vorfeld der Reichstagswahlen ein Zeitungsartikel von der täglich zunehmenden Zahl der Sozialdemokraten besonders unter den Krupp-Arbeitern berichtete.

In Unternehmerkreisen und in der Öffentlichkeit war das Interesse an Krupps Arbeiteransprache von 1877, «Ein Wort an die Angehörigen meiner gewerblichen Anlagen», groß, selbst der Kaiser erhielt durch Graf Pückler ein Exemplar der Broschüre.⁴⁷ Andere Fabrikbesitzer baten ebenfalls um Exemplare⁴⁸, dazu Zeitungen, die sie ganz oder in Auszügen druckten.⁴⁹ «Wir haben durch die Blätter erfahren, daß andere Werke mit ausdrücklicher Bezeichnung der Gußstahlfabrik ihr Vorge-

45 S.: Zunkel, *Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834–1879*, 241 Anm. 77.

Paul (*Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung*, 233) spricht demgegenüber davon, daß Krupps Schrift «bei staatlichen Stellen und in der Industrie keine ungeteilte Zustimmung» gefunden habe. Baare nahm jedoch lediglich an den Bemerkungen Anstoß, die sich auf die Erklärung der Wirtschaftskrise bezogen. Diese könnten, fürchtete er, die Befürworter des Freihandels bestärken. Baare bat um eine Richtigstellung. Bereits am folgenden Tag, dem 18. 3. 1877, teilte die Firma der Redaktion der «Kölnischen Zeitung» mit, «daß es Alfred Krupp durchaus fern lag, in der Broschüre eine Ansicht über die Handels- und speziell die Zollpolitik Deutschlands auszusprechen». S.: WA 9 a 210, 10 f.

46 AK an Regierungspräsident Bitter v. 13. 1.

1877, in: AK BN 16 (FAH 2 M 78.16), 10. S. hierzu: AK an die Prokura v. 9. 1. 1877, ebd., 10; Antwort der Firma an Regierungspräsident Bitter v. 6. 3. 1877, ebd., 11; vgl. a.: Paul, *Krupp und die Arbeiterbewegung*, 209 ff.

47 FAH 2 F 6, 213.

48 S.: FAH 2 F 6; WA 9 a 210, 10. Dieser Abschrift einer nicht mehr vorhandenen Akte der Central-Registratur ist zu entnehmen, daß die Empfängerliste vier Seiten lang gewesen ist.

49 Darunter die «Kölnische Zeitung» (vgl.: Baecker, *Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen*, 166.) und die in Elberfeld erscheinende «Tägliche Rundschau für Berg und Mark» (FAH 2 F 6, 211.). Zustimmung Besprechungen brachten die «Post» v. 25. 3. 1877 und die «Tribüne» v. 16. 3. 1877, vgl.: WA 9 a 210, 10.

hen sich zum Muster genommen haben», zeigte sich Krupp über die Aufnahme seiner Schrift zufrieden.⁵⁰

Selbst die wütende Reaktion in den Kreisen der Arbeiterbewegung stellte ihn zufrieden. «Das beweist, daß die Waffe getroffen hat», befand er.⁵¹ Tatsächlich zeigt die Reaktion, wie weit die Vorstellungen Alfred Krupps von denen der Arbeiter entfernt waren. In der Fabrik, wo die Schrift seit dem 14. 2. 1877 als Broschüre verteilt und auch öffentlich angeschlagen wurde, protestierten einzelne Arbeiter, indem sie Stücke des Aushangs herunterrissen.⁵² Artikuliert wurde der Protest auf mehreren Versammlungen in Altendorf und Essen⁵³ und in der örtlichen Parteipresse. In einer mehrteiligen Erwiderung ging die «Essener Freie Zeitung» Punkt für Punkt auf die Vorwürfe Krupps gegen die Sozialdemokratie ein und kehrte sie gegen den Industriellen.⁵⁴ Vor allem aber war es der Herrschaftsanspruch, der die Arbeiter aufbrachte. «Wir begreifen factisch nicht [...], daß [...] Herr Alfred Krupp, der, womit er sich bei jeder Gelegenheit brüstet, selbst in den Reihen der Proletarier gearbeitet hat, seinen Arbeitern [...] in einer derartigen frivol-venen Weise ihre untergeordnete knechtische Stellung fühlen lassen kann, ohne daß ihm die Schamröthe dabei ins Gesicht steigt», hieß es in einer ersten Reaktion der «Freien Zeitung» am Tag nach dem Erscheinen der Krupp-Ansprache. «Muß nicht jeder fleißige und charaktervolle Arbeiter», empörte sich das Blatt weiter, «beim Lesen dieses Pamphlets mit Haß und Verachtung gegen die besitzende Klasse erfüllt werden?»⁵⁵

Eben die Koppelung des Arbeits- an ein Herrschaftsverhältnis war es, die den Zorn vor allem erregte. Im gleichen Stil eiferte die «Magdeburger Freie Presse»: «Wo ist der Fürst, wo ist der absolute Herrscher, der heute eine solche Sprache zu führen wagt, wie Krupp?»⁵⁶ Sehr klar erkannte man, daß Krupp «die Rechte der absolutesten Staatsgewalt in Anspruch» nahm; zudem warf man ihm vor, daß er seinen Part des «Herrschaftsvertrages» eben nicht einhalte. Die Sozialleistungen, vor allem die Pensionen, beruhten nicht auf einem Rechtsanspruch, sondern blieben vom Wohlverhalten eines jeden abhängig, da alle Ansprüche beim Ausscheiden aus dem Betrieb erloschen und oppositionelles Verhalten jeder Form sofort mit Entlassung quittiert wurde. Krupp erlasse «als lieber Gott seine Gebote», wurde der Machtanspruch des Industriellen in einen anderen Vergleich gefaßt. Auch wenn die liberale Presse ihn deshalb lobte und rühmte, rief diese Haltung doch selbst bei altgedienten Krupp-Arbeitern Wut hervor.

50 Entwurf A. Krupps zu einer Ansprache an die Werksangehörigen v. 30. 7. 1878, in: AK BN 17 (FAH 2 M 78.17), 141.

51 Ebd.

52 Paul, *Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung*, 234.

53 Ebd. Krupp erhielt Polizeiberichte über die Versammlungen und ließ sie zum Teil sogar

selbst überwachen durch eigens entsandte Stenographen, die die Reden protokollieren sollten.

54 «Essener Freie Zeitung» v. 22., 24. u. 29. 3. 1877.

55 «Essener Freie Zeitung» v. 15. 3. 1877.

56 Hier u. i. folgenden: «Magdeburger Freie Zeitung» v. 24. 3. 1877.

Ganz so, wie die sozialdemokratische Presse es darstellte, ist die Reaktion wohl nicht gewesen. Tatsächlich waren das Empfinden von Treue und Loyalität auch bei den Arbeitern verbreitet. Doch in den 1870er Jahren waren sie politisch nicht unmündig und begehrten allmählich dagegen auf, wie Unmündige behandelt zu werden. Anders als ihre Väter oder zumindest Großväter waren sie keine Analphabeten mehr, sie lasen Zeitungen und Journale, und sie waren wahlberechtigt. Zu politischer Unterordnung und Abstinenz, wie Krupp sie ihnen nahelegte, war eine wachsende Zahl nicht mehr bereit. Krupp stieß mit seinem Anspruch, mit dem Arbeitsvertrag ein Herrschaftsverhältnis zu etablieren, das über die reine Arbeitsbeziehung hinausginge, auf Widerstand. Er sei «das Musterbild des Bourgeois», schloß die «Magdeburger Freie Zeitung», «die Selbstgefälligkeit, die auf nichts anderes pocht, als auf die brutale Thatsache des Besitzes». Natürlich wagten nur wenige die offene Rebellion, dafür war in der Tat die materielle Abhängigkeit der meisten zu groß. Doch allmählich stieg die Zahl derjenigen, die die Faust in der Tasche ballten und bei den Reichstagswahlen ihre Stimme dem katholischen Arbeiterkandidaten Gerhard Stötzel gaben.

Es war eben die Analogie zum absolutistischen Staat, die die Sozialdemokraten sehr genau sahen, und die sie entschieden bekämpften. So hieß es in dem sozialdemokratischen «Berliner Volksblatt» vom 1890, es sei ein Irrtum anzunehmen, daß es sich bei den Arbeitskämpfen lediglich um Auseinandersetzung über Löhne handle. Es dürfe nicht übersehen werden, «daß der im staatlichen Leben glücklich überwundene vormärzliche Absolutismus auf sozialem Gebiete, vor allem im Arbeiterverhältnisse, noch in schönster Blüte stehe. Der Unternehmer bestimme für seinen Geschäftsstaat die Arbeitszeit, die Höhe des Lohnes, die Arbeitsordnung vermöge seiner Machtstellung als Despot.» Die Arbeiterbewegung bedeute neben dem Kampf für höheren Lohn «zugleich eine energische Auflehnung gegen den unerträglich gewordenen Absolutismus der Unternehmer». ⁵⁷

57 «Berliner Volksblatt» v. 10. 5. 1890, zit. n.:
Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller*
1876–1901, Bd. 3, 241 f.

II. Die Zeit der Inhaberschaft Friedrich Alfred Krupps 1887 bis 1902

Nach dem Tode Alfred Krupps am 14. Juli 1887 ging die Firma auf seinen einzigen Sohn Friedrich Alfred, genannt Fritz, als den alleinigen Erben über.¹ In den 15 Jahren, die F. A. Krupp an der Spitze des Unternehmens stand, beschleunigte sich das Wachstum der Firma, nachdem es in den vorausgegangenen 15 Jahren mit Beginn der Gründerkrise eher langsam vorangeschritten war. Die Belegschaft verdoppelte sich von 30.200 auf 62.600, der Umsatz stieg von 42,2 Mio. Mark auf 101,4 Mio.² Die spektakulärsten Erweiterungen des Konzerns dieser Periode sind die Übernahme des Magdeburger Gruson-Werkes 1893, 1896 die Übernahme der Kaiser Germania-Werke und die Gründung des Hülsmaschinenwerkes, der später eigenständigen Friedrich-Alfred-Hülme in Rheinfelden 1895/97. Auch das Schienenwerk selbst wurde aus- und angebaut, sein Areal vergrößerte sich dabei um fast ein Viertel von 42 auf 51 ha. Zunächst wurde die Tiegelstahlherstellung erweitert und modernisiert, so daß Güsse von 80 t Gewicht möglich wurden. Der Bau von 2. Mechanischen Werkstätten, die ungewöhnlich große Ausmaße hatten³ und vorwiegend mit elektrischem Antrieb ausgestattet war, diente der Herstellung eines großen Teils vor allem für den Schiffbau. Hier brachte die unter Tarpis mit Maste vorangemessene Fließentwässerung einen großen Schach, denn Krupp lieferte neben Schiffen an der Germania-Werke auch deren Ausrüstung und die Powering.⁴ Die Dampfmaschinen wurden von hydraulischen Schmiedepressen mit einem Arbeitsdruck von bis zu 3000 t abgelöst. Nicht nur immer größere Werkstücke wurden gefertigt, es wurde auch intensiv an der Weiterentwicklung des Stahls, in neuen Stahlsorten gearbeitet, darunter der für Werkzeug verwendete Stahlschnitt. Außerdem die ersten belarbenen Chrom- und Chromnickelstähle, die in der Kanonen- und Panzerplattenherstellung eingesetzt wurden. Wesentlich hierzu war die Einrichtung von wissenschaftlichen Versuchsanstalten und Laborsystemen. Sie basierte zu einem bedeutenden Teil auf der persönlichen Initiative von F. A. Krupp, der die Metallkunde wie überhaupt den Naturwissenschaften große persönliche Aufmerksamkeit schenkte.⁵

1. Zu Friedrich Alfred Krupp vgl. Stefan-Lindendiek, Art. Friedrich-Alfred Krupp, in: NdB Bd. 13, 1983, 135-136; Krupp 1812-1912, 211 ff.; Bredow, Friedrich Alfred Krupp, in: Gf. Monographien PAH 3, 1.2. Bredow, Krupp und die Hülsmaschinen, 90 ff.

2. Vgl. Tschöke, Krupp - 100 Jahre des deutschen Hüttenwesens, 29 und 30f. Die langjährig bestehenden Schwankungen hoch der Aufschwungbewegung bis zum letzten Weltkrieg um 99,3 Mio. Beitrag des Konzerns im Geschichtsjahr 1913/14.

3. Die Größe der Eisenherstellung mit Chargenangeboten aus Stahlgießereien und 12 m hoch, dreistöckig, mit in den Seitenwänden eingebauten Hochwerken, so daß die Gesamtanzahl der WKO pro Betrieb, vgl. Krupp 1812-1912, 334.

4. Vgl. Kap. 2.1. Großschiffe von Zwickau Krupp und der Germania.

5. Vgl. Krupp 1812-1912, 330 ff.

1. Der Erbe

Nach dem Tode Alfred Krupps am 14. Juli 1887 ging die Firma auf seinen einzigen Sohn Friedrich Alfred, genannt Fritz, als den alleinigen Erben über.¹ In den 15 Jahren, die F. A. Krupp an der Spitze des Unternehmens stand, beschleunigte sich das Wachstum der Firma, nachdem es in den vorangegangenen 15 Jahren seit Beginn der Gründerkrise eher langsam vorangegangen war. Die Belegschaft verdoppelte sich von 20.200 auf 42.600, der Umsatz stieg von 42,2 Mio. Mark auf 101,4 Mio.² Die spektakulärsten Erweiterungen des Konzerns dieser Periode sind die Übernahme des Magdeburger Gruson-Werkes 1893, 1896 die Übernahme der Kieler Germaniawerft und die Gründung des Hüttenwerkes, der später sogenannten «Friedrich-Alfred-Hütte» in Rheinhausen 1895/97. Auch das Stammwerk selbst wurde um- und ausgebaut, sein Areal vergrößerte sich dabei um fast ein Viertel von 42 auf 51 ha. Zunächst wurde die Tiegelstahlschmelzerei erweitert und modernisiert, so daß Güsse von 80 t Gewicht möglich wurden. Der Bau der 8. Mechanischen Werkstatt, die ungewöhnlich große Ausmaße hatte³ und weitgehend mit elektrischem Antrieb ausgestattet war, diente der Herstellung extrem großer Teile vor allem für den Schiffbau. Hier brachte die unter Tirpitz mit Macht vorangetriebene Flottenrüstung einen großen Schub, denn Krupp lieferte neben Schiffen aus der Germaniawerft auch deren Armierung und die Panzerung.⁴ Die Dampfhammer wurden von hydraulischen Schmiedepressen mit einem Arbeitsdruck von bis zu 5000 t abgelöst. Nicht nur immer größere Werkstücke wurden gefertigt, es wurde auch intensiv an der Weiterentwicklung des Stahls, an neuen Stahlsorten gearbeitet, darunter der für Werkzeug verwendete Siliziumstahl und dann die extrem belastbaren Chrom- und Chromnickelstähle, die in der Kanonen- und Panzerplattenfabrikation eingesetzt wurden. Wesentlich hierfür war die Einrichtung von wissenschaftlichen Versuchsanstalten und Laboratorien. Sie basiert zu einem bedeutenden Teil auf der persönlichen Initiative von F. A. Krupp, der der Metallurgie wie überhaupt den Naturwissenschaften großes persönliches Interesse entgegenbrachte.⁵

1 Zu Friedrich Alfred Krupp s.: Köhne-Lindenlaub, Art. *Friedrich Alfred Krupp*, in: NDB, Bd. 13, 1982, 135–138; *Krupp 1812–1912*, 311 ff.; Berdrow, *Friedrich Alfred Krupp*, unveröff. Manuskript FAH 3 L 8; Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern*, 98 ff.

2 Vgl.: Tenfelde, *Krupp – der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns*, 20 und 35 f. Mit konjunkturbedingten Schwankungen hielt die Aufwärtsbewegung bis zum Ersten Weltkrieg an: 406,3 Mio. betrug der Umsatz im Geschäftsjahr 1913/14.

3 Das Gebäude, eine Eisenkonstruktion mit Umfassungswänden aus Stein, war 104 m lang und 22 m hoch, dreischiffig, mit in den Seitenschiffen mehreren Stockwerken, so daß die Gesamtnutzfläche 9000 qm betrug. S.: *Krupp 1812–1912*, 334.

4 S. u: Kap. II.4. Großindustrie im Zwielficht: Krupp und der Flottenbau.

5 Vgl.: *Krupp 1812–1912*, 328 ff.

Der beim Tod seines Vaters 33 Jahre alte Fritz war seit seiner Kindheit körperlich anfällig, litt unter Asthma, Gelenkrheumatismus und war auch nervlich labil. Häufige Reisen in warmes, trockenes Klima sollten Linderung bringen, auch später hielt er sich, besonders im Winter, bevorzugt im Süden auf. Aufgrund der häufigen Reisen und Kuren hatte er nur zwei Jahre lang das Essener Gymnasium besuchen können und war die übrige Zeit von Hauslehrern unterrichtet worden. Seine Erziehung und Ausbildung war dabei von Anfang an auf die spätere Übernahme der Fabrik ausgerichtet. Den Wunsch, eine Technische Hochschule zu besuchen, schlug ihm sein Vater mit dem Argument ab⁶, daß an der Spitze der Fabrik kein Spezialist, sondern ein Generalist nötig sei. Dieses Wissen jedoch könne er nur im Unternehmen selbst erwerben. Nach seiner Volljährigkeit trat F. A. Krupp 1875 in das Unternehmen ein, erhielt aber kein eigenes Aufgabengebiet und wurde auch erst 1882 zum Mitglied der Prokura ernannt.

In diesem Jahr heiratete er Margarete Freiin v. Ende. Sein Vater hatte der Hochzeit mit der Adelligen lange Zeit die Zustimmung verweigert und lehnte seine Schwiegertochter auch weiterhin ab. Auch sonst war das Verhältnis zwischen dem kränklichen, weichen Fritz Krupp und seinem übermächtigen Vater gespannt, der nie ganz sicher war, ob sein Sohn der Leitung der Fabrik gewachsen sein würde. Nicht zuletzt aus dieser Sorge rührte sein zunehmendes Bemühen, die Firma vom Inhaber unabhängig zu machen. Neben strukturellen Reformen sollte dies Hanns Jencke gewährleisten, der 1879 aus sächsischem Staatsdienst, wo er das Eisenbahnministerium geleitet hatte, als Vorsitzender der Prokura in die Gußstahlfabrik eintrat.

Jencke sollte der starke Mann in der Prokura sein, vor allem auch im Hinblick auf die Zeit nach seinem Tod. Friedrich Alfred Krupp hat diese Vorgabe weitgehend akzeptiert, hier, wie in allen Bereichen, keine radikalen Neuerungen versucht, sondern sich wesentlich an die vorgegebenen Linien gehalten. Dennoch war er unmittelbar nach dem Tod seines Vaters gewillt, in mancherlei Hinsicht einen «frischen Wind» wehen zu lassen. Sehr schnell nahm er einen Umbau der von seinem Vater errichteten Villa Hügel in Angriff, in der es bis dahin weder Holzvertäfelungen noch Ölbilder oder gar eine Bibliothek gegeben hatte, so sehr hatte der alte Krupp einen Brand gefürchtet. In der Firma wurde das oberste Leitungsgremium, die bisherige «Prokura», seit dem 25. Juli 1887 als «Direktorium» bezeichnet.⁷ Am 13. April 1888 wurde eine neue Geschäftsordnung für das Direktorium bekanntgegeben, die u. a. das Amt des Direktoriumsvorsitzenden einführte.⁸ Damit änderte sich aber nur wenig an den tatsächlichen Strukturen. Es entsprach einerseits dem moderneren Sprachgebrauch und drückte die doch recht weitgehende Verantwortung der Direktoren jetzt auch im Titel aus. Über die in dieser

6 Fritz Krupp erhielt dann im Sommer 1882 doch noch die Erlaubnis, die TH Braunschweig für einige Monate zu besuchen.

7 FAK an die Firma Fried. Krupp v. 25. 7. 1887, in: FAH 3 B 102. 10 f.

8 So Vgl. hierzu: Kessler, *Zur Geschichte des Managements bei Krupp*, 88 ff.

Hinsicht bestehende Diskrepanz hatten die «Prokuristen» bereits in den 1870er Jahren geklagt und die Bezeichnung als den Versuch Alfred Krupps gewertet, «seine höchsten Beamten in niedriger unbeachteter Stellung» zu halten.⁹ Eine Neufassung des Generalregulativs erfolgte am 14. März 1888, mit der einige organisatorische Veränderungen vorgenommen wurden.

Diese doch im Grunde rein sprachliche Aufwertung der leitenden Angestellten und vor allem die Einführung des Amtes eines Direktoriumsvorsitzenden führten allerdings dazu, daß die «Berliner Börsen-Zeitung» vermutete, Friedrich Alfred Krupp werde sich gänzlich aus dem Geschäft heraushalten und die Leitung der Fabrik den Direktoren überlassen. Das jedoch wies dieser sofort mit der gereizten Bemerkung zurück, daß Jencke «weder den Titel noch die Befugnisse eines Generaldirektors je hatte oder heute hat».¹⁰ Weiterhin war es für ihn selbstverständlich, daß er als der Firmeninhaber das letzte Wort behielt, also die eigentliche Geschäftsleitung innehatte. Er trat damit auch Jencke entgegen, der gehofft haben mag, daß Krupp junior sich noch mehr aus dem Geschäft zurückziehen werde, als dies sein Vater in den letzten Jahren getan hatte, und ihn frei schalten lassen werde. Im folgenden Jahr bekräftigte Krupp, daß er bei wichtigen Fragen die Entscheidung persönlich fällen wolle und betonte sein Vorhaben, «in den Gang von Geschäften einzugreifen, meine Ansichten über Geschehenes zu äußern, in den wichtigsten Fragen mein Einverständnis zu den Maßnahmen des Direktoriums mir vorzubehalten».¹¹ Trotz der also von Anfang an bestehenden Spannungen zwischen dem im Auftreten zurückhaltenden, bisweilen gehemmt wirkenden Firmenerben, der gleichwohl seine Position energisch behauptete, und dem elf Jahre älteren, gewandten und brillianten Vorsitzenden des Direktoriums war F.A. Krupp doch so klug, nicht auf Jencke zu verzichten. Zwischen den beiden spielte sich eine geschäftsmäßige und korrekte, wenn auch keine freundschaftliche Beziehung ein.

Während der Aufstieg der Gußstahlfabrik zu einem Weltunternehmen unbestritten ganz wesentlich der Leistung Alfred Krupps zuzuschreiben ist, ist der Beitrag seines Sohnes an der weiteren Entwicklung bisher vergleichsweise wenig gewürdigt worden, obwohl die Firma doch in ganz außerordentlicher Weise expandierte. Die von Wilhelm Berdrow¹² verfaßten Darstellungen, die im Zusammenhang mit dem Firmenjubiläum 1911 bzw. 1912 entstanden, heben die Rolle Alfred Krupps ganz besonders hervor. Alles erscheint als von ihm grundgelegt, die spätere Entwicklung als bloße Fortführung seiner Vorgaben.¹³ Dies ist zum Teil sicherlich auf den für die Zeitgenossen peinlichen Skandal zurückzuführen, in des-

9 Meyer an Goose v. 14. 6. 1875, in: FAH 2 B 191, 67 (Abschrift in: WA 9 d 517, 7).

10 FAK an Grünstein v. 26. 7. 1887, in: FAH 3 B 102, 12. Vgl. hierzu oben Kap. I.3.C: «Es fehlt uns noch immer ein Litterat».

11 FAK an das Direktorium v. 28. 8. 1888, in: FAH 3 B 102, 57 ff. Hierzu auch die folgen-

den Briefe, in denen Jencke mit Berufung auf Alfred Krupp widerspricht, Friedrich Alfred Krupp aber auf seinem Standpunkt beharrt.

12 Schröder, *Wilhelm Berdrow*.

13 Das hundertjährige Jubiläum der Firma wurde bezeichnenderweise nicht 1911, dem eigentlichen Jubiläumjahr, sondern zum hundertsten

sen Zusammenhang F. A. Krupp im November 1902 unter bis heute ungeklärten Umständen starb – die sozialdemokratische Presse hatte dem Inhaber homosexuelle Exzesse in seinem Winterquartier auf Capri vorgeworfen.¹⁴ Allen Unschuldsbeteuerungen und Solidaritätsbekundungen zum Trotz, die auch von allerhöchster Stelle kamen – immerhin erschien der Kaiser selbst zum Begräbnis – war Friedrich Alfred Krupp ins Zwielflicht geraten und war nur noch eingeschränkt als Identifikationsfigur einsetzbar. So war man anschließend bemüht, seinen Vater als Lichtgestalt um so heller strahlen zu lassen.

Darüber darf man aber nicht übersehen, daß schon zu Lebzeiten Friedrich Alfreds sein Vater eine fast mythisch überhöhte Rolle gespielt hatte. Dazu hatte einerseits Jencke beigetragen, der seine Stellung wesentlich dem Vertrauen Alfred Krupps verdankte und sich daher immer wieder, besonders natürlich im Falle von Divergenzen mit dem neuen Inhaber, auf Alfred berief.¹⁵ Andererseits hat sich auch Friedrich Alfred selber wenig bemüht, für die Öffentlichkeit sichtbar aus dem Schatten seines Vaters hervorzutreten, sondern seine Aufgabe vorrangig darin gesehen, die Firma in dessen Sinn fortzuführen – und das hieß natürlich: getreu den Ideen und Leitlinien des Vaters. Dennoch hat er einschneidende Neuerungen vorgenommen wie die Einführung der Versuchsanstalten und Labors, die die Weiterentwicklung des Stahls auf eine wissenschaftliche Grundlage stellten, und die weitere Expansion des Unternehmens entschieden, oft gegen den Widerstand des Direktoriums, vorangetrieben. Bei alledem hat F. A. Krupp jedoch stets die Kontinuität betont, die Fortführung der Tradition, und die Neuerungen dahinter zurücktreten lassen. Die vielen Vorgaben und Hinweise seines Vaters, mit denen er ihn hatte vorbereiten wollen, ließ er als seine Leitlinie weiterhin gelten, nach der er sich richtete und die er zumindest nicht sichtbar in Frage stellte oder einer grundlegenden Revision unterzog.

Geburtstag Alfred Krupps im darauffolgenden Jahr gefeiert. Neben der Firmengeschichte Krupp 1811–1911 verfaßte der Firmenarchivar Wilhelm Berdrow in den folgenden Jahren eine Reihe weiterer Studien zu Friedrich und Alfred Krupp, darunter eine zweibändige Biographie Alfred Krupps, begleitet von einem Band mit einer Auswahl seiner Briefe. Eine von Berdrow ebenfalls verfaßte Biographie Friedrich Alfreds ist nicht erschienen (Berdrow, Friedrich Alfred Krupp, FAH 3 L. 8).

14 S. u: Kap. II.5. «Krupp auf Capri».

15 Das wird beispielhaft deutlich an der oben bereits angeführten Auseinandersetzung zwischen Krupp und Jencke vom Sommer 1888, in der F. A. Krupp zunächst rügte, in eine wichtige geschäftliche Entscheidung nicht einbezogen worden zu sein und auf sein Recht pochte, stets die letzte Entscheidung zu fällen und zu den Beschlüssen des Direktoriums

seiner Einverständnis zu erteilen. (FAK an das Direktorium v. 28. 8. 1888, in: FAH 3 B 102, 57–60.) Jencke, der darin eine einschneidende Beschränkung seiner Kompetenzen sah, entgegnete, daß dieser Wunsch der Vorgabe Alfred Krupps zuwiderlaufe, der verlangt hatte, «daß die Verwaltung so geführt werde, als ob ich nicht da wäre» (Jencke an FAK v. 3. 9. 1888, ebd., 61–66). In seiner Antwort betonte der Erbe seinerseits die Kontinuität seines Wunsches zu den Absichten des Vaters. Er bezeichnete ihn geradezu ein Ergebnis seiner Verpflichtung diesem gegenüber, wenn er schrieb, er wünsche die laufenden Geschäfte eingehender zu verfolgen, als es seinem Vater in dessen letzten Lebensjahren möglich war, «da die mir zugefallene Aufgabe, das Erbtheil meines Vaters zu wahren und zu pflegen, im höchsten Maaße mir am Herzen liegt» (FAK an Jencke v. 9. 9. 1888, ebd., 69–73).



Abbildung 20: Auch auf dem Ölportrait Friedrich Alfred Krupps ist sein Vater Alfred präsent in Form eines Modells des 1889 auf dem Essener Rathausplatz aufgestellten Denkmals. Im Hintergrund ist weiterhin eine Büste Kaiser Wilhelms II, erkennbar. Gemälde von Elimar Ulrich Bruno Pighein, 1891.

2. Die Firma und der Staat

A: Die «Fürstenrundreise» – und das Mißtrauen der Öffentlichkeit

Einen Schwerpunkt seiner Aufgabe als Firmenchef bildete für Friedrich Alfred Krupp von Anfang an die Repräsentation des Werkes nach außen. Anders als interne Leitungsfunktionen und Entscheidungsbefugnisse war dies auch nicht auf leitende Angestellte delegierbar, sondern mußte stets von ihm als dem Inhaber der Firma wahrgenommen werden. Die Villa Hügel sei deshalb nicht als Familienhaushalt, sondern als «funktionale[r] Bestandteil, als eine spezifische Betriebsstätte des Unternehmens» anzusehen, hat Knut Borchardt gefolgert und für dieses Urteil auf F. A. Krupp selbst verweisen können, der in seinem Testament die Hügel-Besitzung nicht als Teil seines Privatvermögens, sondern «aus Gründen geschäftlicher Repräsentation» als «integrierenden» Bestandteil der Fabrik bezeichnete.¹

Die Funktion als oberster Repräsentant der Firma Krupp erforderte es, bereits wenige Wochen nach dem Tod seines Vaters den wichtigsten Kunden des Unternehmens einen persönlichen Besuch abzustatten. Da die Kanonen und Panzerplatten nur von Staaten gekauft wurden, handelte es sich bei diesen Klienten fast ausschließlich um gekrönte Häupter, so daß die dann auch «Fürstenrundreise» genannte Tour durch halb Europa führte und einiges Aufsehen erregte. Gleich in den ersten Monaten als Alleininhaber von «Fried. Krupp», wie die Fabrik immer noch firmierte, bekam er dabei seine exponierte Stellung heftig zu spüren. Wenn es auch eine im Grunde relativ bedeutungslose Affäre war, die in der letzten Septemberwoche 1887 durch den Blätterwald rauschte, so erhellt sie doch schlaglichtartig die Stellung des jungen Firmeninhabers in der Gesellschaft und die Bedeutung, die seinem Handeln beigemessen wurde.

Begleitet vom Vorsitzenden des Direktoriums, Jencke, und seinem Vertrauten Carl Menshausen, von seinem Schwager Felix von Ende und wegen seiner stets labilen Gesundheit von dem berühmten Arzt Dr. Schweningen, der auch Bismarck behandelte, hatte Krupp zunächst eine Audienz beim Kaiser und fuhr von dort aus weiter zu König Leopold von Belgien, zum König von Sachsen, dem rumänischen König Carol und reiste schließlich nach Konstantinopel. Das krisengeschüttelte Osmanische Reich wurde despotisch regiert von Sultan Abdul Hamid II., der den

1 Borchardt, *Der Unternehmerhaushalt als Wirtschaftsbetrieb*, 12; Nachtrag v. 25. 7. 1898 zum Testament F.A. Krupps von 1887, in: FAH 3

G 1e, fol. 27; hierzu auch: Augustine, *Patricians and Parvenus*, 228 u. 230 f.; Stürmer, *Alltag und Fest auf dem Hügel*.

Versuch seines Vorgängers beendet hatte, die Lage mit einer gewissen Liberalisierung zu verbessern. Innenpolitische Gegner wurden mit äußerster Härte verfolgt und Aufstände an den Rändern des Vielvölkerstaates rücksichtslos niedergeschlagen. Die Massaker gegen die Araber im Jemen, die Drusen des Libanon, gegen die Kurden, Luzen und Tscherkessen, gegen Albanier und die Griechen auf Kreta hatten seinen Ruf begründet, dabei sollte das grausamste, die Vernichtung der Armenier, noch folgen.

Natürlich wurden trotzdem Geschäfte mit dem «kranken Mann am Bosphorus» gemacht², Krupp lieferte Kanonen, später auch die Schienen für den Bau der Anatolischen Eisenbahn und dann der Bagdadbahn.³ Die Geschäftskontakte an sich stießen in Deutschland nicht auf Kritik, empört reagierte die deutsche Presse aber über eine Rede, die Krupp in Konstantinopel gehalten und darin den Sultan schmeichlerisch gelobt haben sollte, wofür ihn der gerührte Despot mit einem Orden ausgezeichnet habe. «Sire! Die Großmut und die Güte Eurer Majestät sind in ganz Europa sprichwörtlich geworden», wurde Krupp von der in Berlin erscheinenden, demokratisch ausgerichteten «Volks-Zeitung» zitiert, «sie bilden den Gegenstand von Lobpreisungen und Gebeten in der ganzen Welt.» Nicht nur die «getreuen Untertanen Eurer Majestät» erfreuten sich seiner «Güte und Gnade», «Eure Majestät kommen allen bedrängten Herzen ohne Unterschied des Stammes und der Religion, wo immer es auch sei, zu Hilfe».⁴

Krupp erklärte später, falsch zitiert worden zu sein, doch unabhängig von der Authentizität der angeblichen Zitate ist es interessant zu sehen, was genau man ihm mit welcher Begründung vorwarf. Auf Kritik stieß die Rede nicht deshalb, weil der Träger eines der klangvollsten Namen der deutschen Industrie einen menschenverachtenden Despoten gelobt habe, oder weil die angeblichen Aussagen im krassen Gegensatz standen zur politischen Realität des Osmanischen Reiches, wenn sie «Großmut und Güte» des Herrscher betonten. Die «Volks-Zeitung» warf Krupp vielmehr vor, «wie wenig selbstbewußt» er «dem Herrscher eines im tiefsten Verfall befindlichen Landes gegenüber auftritt, und wie er sich in Schweifwedeleien ergeht, die schlimmer kaum der Oberste der Eunuchen aussprechen kann!»⁵ Die Kritik der «Berliner Zeitung»⁶ ging in die gleiche Richtung. «Der allerwärts herrschende Byzantinismus» sei dem jungen Erben in die Glieder gefahren, hieß es dort; nur um einen Orden zu erhalten, habe Krupp so «untertänig» geredet.⁷ Diesem Verhalten wurde Alfred Krupp gegenübergestellt, der Adel,

2 Bei dieser Reise ging es nicht um konkrete Geschäfte. S. den Bericht F. A. Krupps über die Begegnung mit dem türkischen Sultan in: FAH 3 B 54, 19.

3 Vgl. hierzu: Gall, *Die Deutsche Bank von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1870–1914*, 71 ff.

4 «Volks-Zeitung», Berlin, v. 20. 9. 1887, in: WA 41/2–100b, Abschrift: WA 9 a 64.

5 Ebd.

6 Die seit 1877 erscheinende «Berliner Zeitung» gehörte neben der «Vossischen Zeitung», dem «Berliner Tageblatt» und dem «Berliner Börsencourier» zu den Organen, die der Fortschrittspartei, dem späteren Freisinn, nahestanden.

7 «Berliner Zeitung» v. 20. 9. 1887.

Titel und Orden stets geringgeschätzt habe und Königen und Fürsten gegenüber selbstbewußt aufgetreten sei.

Natürlich habe Krupp sich selbst lächerlich gemacht, aber wohl auch die deutsche Industrie, die sein Name wie kein anderer symbolisiere. Dennoch sah die «Volks-Zeitung» in ihm nicht in erster Linie einen Repräsentanten Deutschlands, da seine Kandidatur für den Reichstag ja gescheitert war. «Man stelle sich den Mann, der in solcher Weise ‚seine Gefühle an den Stufen des kaiserlichen Thrones‘ in Byzanz niederlegt, als den erwählten Vertreter des deutschen Volkes vor!»⁸ Dieser Vorstoß war damit zumindest zum Teil sicherlich gegen die Konservativen und die Nationalliberalen gerichtet, als deren Kandidat Friedrich Alfred Krupp sich, wenn auch vergeblich, um ein Reichstagsmandat beworben hatte. Darüber hinaus wird aber die Ambivalenz der öffentlichen Stellung Krupps deutlich: Er nahm einerseits eine deutlich herausgehobene Stellung in der Gesellschaft ein, die sein Tun nicht als «Privatsache», sondern als öffentliche, ja als Angelegenheit von politischem und nationalem Rang erscheinen ließ. Zugleich wurde eine besondere Nähe zur deutschen Regierung angenommen, die die «Volks-Zeitung» durch die Aussage insinuierte, Krupp sei «in Gesellschaft des Dr. Schweningen» nach Konstantinopel gereist. Daß der als Leibarzt Bismarcks bekannte Mediziner nur einer von mehreren Begleitern des Industriellen war, fand keine Erwähnung, denn indem man Schweningen als einzigen nannte, sollte der Anschein eines zumindest halboffiziellen Charakters der Reise erweckt werden.

Krupp reagierte relativ gelassen auf die Vorwürfe. Die Firma veröffentlichte keine aufgeregten Dementis oder Leserbriefe, die direkt auf die Angriffe eingingen, wie es Alfred Krupp während des Gußstahlglockenstreites getan hatte. Statt dessen bediente man sich der in Essen erscheinenden «Rheinisch-Westfälischen Zeitung». Dort erschien ein Artikel, in dem versichert wurde, die Ansprache sei «willkürlich und inkorrekt» wiedergegeben worden. Die Redaktion habe auf Nachfrage bei Krupp die Antwort erhalten, «daß das von den Blättern gebrachte Zitat allerdings inkorrekt sei, daß es Herrn Krupp aber aus naheliegenden Gründen nicht konvenieren könne, eine Berichtigung desselben zu geben und noch weniger, den hämischen Angriffen gewisser Blätter etwas anderes als stille Verachtung entgegenzusetzen».⁹ Natürlich war man nicht ganz so gelassen, wie diese Aussage glauben machen wollte. Aber der Umgang mit der Presse war doch mittlerweile etwas professioneller geworden. Auf Initiative von F. A. Krupp selbst wurden diejenigen Zeitungen, die man als der Firma wohlwollend einstufte, gebeten, die Meldung der «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» zu übernehmen. Dies waren die nationalliberale, traditionell industriefreundlich berichtende «Kölnische Zeitung», die von Bismarck genutzte «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» und die

8 «Volks-Zeitung» v. 20. 9. 1887.

9 «Rheinisch-Westfälische Zeitung» v. 24. 9. 1887.

«Berliner Börsen-Zeitung», in deren Redaktion der Journalist Josef Grünstein als Kruppsches «U-Boot» saß.¹⁰ Nachgekommen ist der Bitte neben der «Berliner Börsen-Zeitung» nur die «Norddeutsche Allgemeine», daneben auf eigene Initiative das «Deutsche Tageblatt».¹¹

Auch dem Erben dürfte damit aber klar vor Augen gerückt worden sein, daß sein Handeln von nun an stets im öffentlichen Raum stattfinden würde, daß das, was er sagte und tat, was in der Firma geschah, von allgemeinem Interesse war. Dabei bestand auch von Seiten der Öffentlichkeit noch eine gewisse Unsicherheit, an welcher Stelle dieser Platz sei und wie er genau legitimiert werde. Eine gewisse Staats- und Regierungsnähe wurde angenommen, doch man versuchte noch, im Grunde einigermaßen hilflos, sie durch die Verbindung zu Bismarcks Leibarzt plausibel zu machen. Als Repräsentant des deutschen Volkes mochten die Journalisten ihn wohl auch nicht bezeichnen, da er ja nicht Abgeordneter des Reichstages war. Dennoch wurde er in die Nähe dieser Position gerückt, allerdings wieder über eine Hilfskonstruktion, diejenige seiner gescheiterten Kandidatur für den Reichstag. Die Vorstellung, daß der Inhaber eines mächtigen Industriekonzerns auch ohne Amt und Mandat ein wichtiger Repräsentant Deutschlands sei, war also bereits vorhanden, wurde aber noch nicht als selbstverständlich vorausgesetzt – denn nur so ist die kleine Affäre im Grunde zu erklären, nur so wird verständlich, daß sich die deutsche Presse für Krupps Äußerungen in Konstantinopel interessierte.

Noch ein weiterer Aspekt wird an der Aufregung um Krupps angebliche Äußerungen in Konstantinopel sichtbar: Der Erbe hatte von Beginn an gegen ein schlechtes Image zu kämpfen. Während Alfred Krupp auch öffentlich in hohem Ansehen gestanden, als Verkörperung des wirtschaftlichen, industriellen, und auch des militärischen Aufstiegs Deutschlands seit der Jahrhundertmitte gegolten hatte, begann die Öffentlichkeit in den 1890er Jahren, mißtrauisch und zunehmend skeptisch auf die scheinbar unaufhörlich wachsenden Industrien zu blicken. In dem Moment, in dem der Wandel Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat offensichtlich und unumkehrbar wurde, schien die selbstverständliche Zustimmung zum ökonomischen Wandel in Frage gestellt zu werden. Zudem ließ der Reichtum einiger Großindustrieller, bei denen natürlich Krupp an erster Stelle stand, die Distanz spürbar werden, die sich nicht nur zur Arbeiterschaft, sondern immer mehr auch zu großen Teilen des Bürgertums auftrat. Friedrich Alfred schien das häßliche Gesicht des Kapitalismus und später auch des Militarismus zu zeigen. Zudem war er der Erbe, er hatte seine gesellschaftliche Stellung und seinen Reichtum nicht durch Fleiß, Entbehrung und harte Arbeit erworben, sondern durch

10 Der Journalist Josef Grünstein bezog seit 1870 ein regelmäßiges Gehalt von 2000 Mark jährlich. S.o.: Kap. I.3.C: «Es fehlt uns noch immer ein Litterat».

11 Inhaltsverzeichnis v. WA 41/2–100b, Abschrift in: WA 9 a 64.

seine Geburt erhalten. Nicht, daß die persönlichen Eigenschaften F. A. Krupps, eine möglicherweise mangelnde Befähigung zum Amt des Firmenchefs diskutiert worden sei, doch mehr als sein Vater jemals wurde er verdächtigt, die Firmeninteressen auf Kosten der Nation zu vertreten. Die Kritik an F. A. Krupp in der Sultan-Hamid-Affäre ließ damit das Thema anklingen, das zum Leitmotiv der öffentlichen Wahrnehmung Krupps in den 1890er Jahren werden sollte.

B: Friedrich Alfred Krupp und Wilhelm II.

Alfred Krupp war bemüht, seinen Sohn durch genaue Vorgaben auf die Leitung des Unternehmens vorzubereiten. Auch für das Verhältnis zum Staatsoberhaupt hatte er einen Ratschlag: «Du mußt beim künftigen Kaiser sein, was ich beim jetzigen», hatte der Senior seinem Nachfolger eingeschärft, «dann kann auch kein Schwindler der Fabrik schaden.»¹² 1887 fand dann der Generationenwechsel bei Krupp statt, nur ein Jahr darauf bestieg im sogenannten Dreikaiserjahr Wilhelm II. den Thron. Fast gleichzeitig brach damit sowohl im Reich als auch im Essener Imperium eine neue Ära an. Ebenso wie Bismarck war Alfred Krupp eine Symbolfigur für den Aufstieg Deutschlands auf wirtschaftlichem, militärischem und politischem Gebiet, der in der Reichsgründung von 1871 gipfelte. Mit Friedrich Alfred Krupp und Wilhelm II. wurden die Gründer von einer «Erbgeneration» abgelöst, die in vielem andere Vorstellungen hatte. Wenn auch der geltungssüchtige, Auftritt und Pose liebende, zudem sprunghafte Kaiser und der zurückhaltende, im öffentlichen Auftritt unsichere Krupp von unterschiedlichem persönlichem Zuschnitt waren, standen damit doch im Industrieimperium und im Deutschen Reich zwei Männer an der Spitze, die nicht allein der gleichen Generation zugehörten, sondern darüber hinaus auch manche grundsätzliche Anschauung teilten und einander zudem persönlich sympathisch waren. Auf die Beziehungen zwischen der Firma Krupp bzw. deren Inhaber, Friedrich Alfred Krupp, zum Kaiser wird bei der Betrachtung der Auseinandersetzungen um die deutsche Flottenrüstung noch in mancher Hinsicht einzugehen sein¹³; an dieser Stelle deshalb nur einige grundsätzliche Bemerkungen:

F. A. Krupp ist dem Auftrag seines Vaters gefolgt, wenn er die Pflege des guten Verhältnisses zum Kaiser stets als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtete. Neben dem Reeder Albert Ballin war er der einzige Wirtschaftsvertreter, der überhaupt dem weiteren Umkreis des Kaisers zugezählt werden kann¹⁴, doch einen politischen Einfluß auf das Staatsoberhaupt hatte er nicht, hier waren stets die

12 AK an FAK v. 8. 1. 1885, in: Sachkartei A II 2; vgl.: Berdrow, Friedrich Alfred Krupp, Bd. 3, FAH 3 L 8, 24.

13 S.u. Kap. II.4. Großindustrie im Zwielficht: Krupp und der Flottenbau.

14 Hull, *The Entourage of Kaiser Wilhelm II.*, 157–171.



Abbildung 21: Erinnerungsfoto vom Probeschießen in Meppen am 28. 4. 1892.

Offiziere aus der kaiserlichen Umgebung dominierend.¹⁵ Früh schon hatte F. A. Krupp sich um das Wohlwollen des Prinzen bemüht, ihm Veröffentlichungen und Fotografien zugesandt. Persönlich kannten sie sich seit einer ersten Begegnung 1869 in Essen, der gelegentliche Treffen während der Bonner Studienjahre Wilhelms gefolgt waren; eine erste Einladung nach Potsdam erhielt Krupp 1885. Nach der Thronbesteigung besuchte Wilhelm II. die Gußstahlfabrik erstmals offiziell im Sommer 1890, um ihr in der Folgezeit fast jährlich einen Besuch abzustatten. Zudem erhielt Krupp während seiner Berlin-Aufenthalte natürlich stets eine Audienz. Der Kaiser und der Industrielle sahen sich zudem bei der Kieler Woche und bei Versuchsschießen auf dem Kruppschen Schießplatz in Meppen.

Diese Begegnungen förderten in erster Linie die atmosphärischen Beziehungen zwischen dem Hof und der Stahlfirma.¹⁶ Es war eine Form der Kundenpflege, bei der nur der Inhaber die Firma angemessen repräsentieren konnte und nicht durch einen der Direktoren zu ersetzen war. Sie wurden natürlich auch genutzt, um konkrete Fragen und Probleme anzusprechen, wie zum Beispiel das trotz der en-

15 So Hull, *The Entourage of Kaiser Wilhelm II.*, 157f.; ebenso Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtfloottenbau*, 73; anders: Augustine, *Patriarchs and Parvenues*, 201 f.; Fischer, *Krieg der Il-*

lusionen, 42; Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern*, 108 f.

16 Vgl.: Pogge von Strandmann, *Krupp in der Politik*, 196 ff.

gen Zusammenarbeit stets gespannte Verhältnis der Firma zum Kriegsministerium. Hier kam dem Kaiser häufig eine Mittlerrolle zu, wenn er auch einschränkte, «er könne dem Kriegsminister nicht befehlen, Krupp zu lieben». ¹⁷ Um die eigenen Interessen gegenüber dem Monarchen zu vertreten, um vor allem ein Gegengewicht gegen dem Unternehmen feindliche Militärs zu bieten, bedurfte Krupp selbst später der Unterstützung. Er erhielt sie vor allem durch Admiral Hollmann, den Vorgänger Tirpitz' als Marineminister, der immer noch vom Kaiser sehr geschätzt wurde und mit dem er selbst eng befreundet war. «Hollmann ist (wie der gegen ihn ergrimte Tirpitz behauptet) «ein sehr geschickter Agent Krupps», notierte 1901 der Vertraute des Kaisers, Eulenburg, und fügte hinzu: «Das mag sein. Jedenfalls hält er die Beziehungen zwischen Sr. Majestät und Krupp warm.» ¹⁸

Im Oktober 1900 ernannte der Kaiser bei seinem Besuch auf dem Hügel Krupp zum «Wirklichen Geheimen Rat» mit dem Titel «Excellenz». Persönlich legte F. A. Krupp auf diese Anrede keinen Wert. Er bat darum, auch weiterhin schlicht mit «Herr Krupp» angesprochen zu werden und folgte auch hierin der Linie seines bürgerstolzen Vaters, der eine Nobilitierung stets abgelehnt hatte. Beachtenswert ist der Akt vor allem deshalb, weil damit erstmals einem Industriellen dieser Titel zuerkannt wurde. Es war also nicht nur eine hohe Auszeichnung für F. A. Krupp persönlich und für das Unternehmen insgesamt, sondern drückte die Anerkennung der gestiegenen Bedeutung von Industrie und Technik für das Reich aus. ¹⁹ Dennoch erwähnte Wilhelm II. Krupp nicht, als er nach dem Ersten Weltkrieg seine Ansichten über wichtige Persönlichkeiten des Reiches veröffentlichte. Neben ranghohen Politikern nannte er auch Vertreter von Kunst und Wissenschaft, jedoch keine Kaufleute oder Industriellen. Krupp kommt in dem Buch nicht vor, nicht einmal in dem «Heer und Flotte» gewidmeten Kapitel. ²⁰ Das zeigt recht deutlich, daß bei allem Anerkennen der gewachsenen Bedeutung der Industrie, der gewerblichen Wirtschaft insgesamt, die traditionelle Vorstellung vorherrschend blieb, nach der der Staat von den Politikern getragen und gelenkt wurde und nicht von Geschäftsleuten. Noch immer ging Wilhelm ganz selbstverständlich davon aus, daß Gewerbetreibende ihre privaten Geschäfte betrieben, die Belange der Allgemeinheit hingegen von den Politikern und Staatsbeamten verfolgt würden. Sie sind es folglich, die als ihre Epoche prägend, als mehr oder weniger bedeutend geschildert wurden, flankiert von einigen herausragenden Wissenschaftlern und Künstlern als gewissermaßen schmückendes Beiwerk.

17 FAK an Ardenne v. 8. 3. 1892, in: FAH 3 C 60.

18 Philipp Fürst zu Eulenburg an Bernhard Graf v. Bülow v. 3. 10. 1901, Druck bei Röhl (Hrsg.), *Eulenburgs politische Korrespondenz*, Bd. 3, 2037.

19 Vgl.: «Kölnische Zeitung» v. 26. 10. 1900.

20 Wilhelm II., *Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918*.

Das Verhältnis zu Bismarck

Ein besonders enges Verhältnis bestand auch zu Bismarck, mit dem die Firmenleitung vor allem in der Arbeiterfrage und der Sozialpolitik übereinstimmte, während Wilhelm II. hier andere Wege einschlagen wollte.²¹ Bismarck trat für eine Verschärfung des Sozialistengesetzes ein, Wilhelm hingegen wünschte eine Ausweitung der Sozialgesetzgebung durch Bestimmungen zum Arbeiterschutz und die Einführung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben.²² An dieser Frage entzündete sich dann im Frühjahr 1890 der Konflikt zwischen Bismarck und dem jungen Kaiser, der zum Bruch zwischen den beiden und schließlich zur Entlassung Bismarcks führte.

Eine der letzten Etappen auf dem Weg zu Bismarcks Rücktritt am 18. März 1890 war die Sitzung des Staatsrates vom 26. bis zum 28. Februar. Sie war in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar angekündigt worden, an deren Redaktion Bismarck zwar entscheidend beteiligt, die jedoch ohne seine Gegenzeichnung erschienen waren. Für diese Sitzung des Staatsrates, die seine letzte sein sollte, wurde das Gremium um neun Personen ergänzt. Unter ihnen waren neben Krupp und Jencke noch Stumm und der Kaliindustrielle Graf Hugo v. Sholto Douglas.²³ Ebenso wie die anderen Großindustriellen waren auch Krupp und Jencke entschieden gegen eine Ausweitung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, den sie als einen Eingriff in ihre unternehmerische Freiheit ansahen. Bismarck hatte gehofft, im Staatsrat von den dort vertretenen Industriellen Unterstützung zu erhalten in seiner Ablehnung der kaiserlichen Pläne. Er erhielt sie auch, jedoch nicht in dem von ihm gewünschten Ausmaß.²⁴

F. A. Krupp erweckte in der Sitzung des Staatsrates den Eindruck großer Unbeholfenheit. Er habe «schrecklich debütiert», urteilte der Korrespondent der «Kölnischen Zeitung», Franz Fischer, gegenüber dem Verleger des Blattes, «er sprach: Ich wollte, ich möchte, ich beabsichtige, ich meine, ich muß mich gegen die Arbeiterausschüsse aussprechen.»²⁵ Jencke hingegen widersprach deutlich den kaiserlichen Ansichten, beeindruckte dabei mit seiner Sachkenntnis und seinem Redevermögen. Graf Waldersee charakterisierte ihn als «klaren Kopf und tüchtigen Mann». «Er sieht die Arbeiterfrage mit nüchternen Augen an, tadelt u. a. in uner-

21 Vgl.: Aufzeichnungen F. A. Krupps über einen Besuch bei Bismarck am 6. 6. 1889, in: FAH 3 B 54, 103–106.

22 S. hierzu: Gall, *Bismarck*, 684 ff.; Wilhelm II., *Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918*, 27 ff.

23 S.: Jaeger, *Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918)*, 172; Schneider, *Der preußische Staatsrat 1917–1918*, 281.

24 Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*, III.6., 550 f. Der Kaiser hielt die Opposition der

Großindustriellen gegen seine Pläne demgegenüber durchaus für mühsam. S.: Wilhelm II., *Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918*, 31.

25 Zit. n.: Hellwig, *Karl Ferdinand Frh. v. Stumm-Hallberg 1836–1901*, 406. Auch der Diplomat Friedrich v. Holstein befand: «Krupp hat sich blamiert.» S.: Friedrich v. Holstein an Philipp Fürst zu Eulenburg v. 1. 3. 1890, Druck bei: Röhl (Hrsg.), *Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz*, 459.

schrockener Weise die Behandlung der vorjährigen Streiks durch Kaiser und Regierung und hat unbedingt recht.»²⁶

Das so stark kontrastierende Auftreten des Inhabers, der kein klares Wort herausbrachte, und des gewandten Managers, der seine Position sachlich und rhetorisch überzeugend vertrat, entspricht zunächst der Verschiedenheit der Charaktere. Die mangelnde Begabung F.A. Krupps, sich auszudrücken und öffentlich aufzutreten, trat deutlich hervor gegenüber dem eloquenten, scharf denkenden und präzise formulierenden Jencke. Das Zögern F.A. Krupps, seine Meinung deutlich auszusprechen, ist aber vielleicht darüber hinaus ein Indiz für den Interessenkonflikt, in dem sich der Besitzer der Gußstahlfabrik in dem Moment befand: Inhaltlich mit dem Reichskanzler übereinzustimmen, aber doch gleichzeitig der väterlichen Vorgabe folgend davon auszugehen, daß unbedingte Loyalität zum Monarchen eine Grundbedingung für das Wohlergehen der Firma darstellte.

Auch Jencke erregte trotz seines klaren Widerspruchs keinen Unmut an allerhöchster Stelle. Im Gegenteil trug ihm sein Auftreten sogar das Angebot ein, preußischer Finanzminister zu werden, das er dann aber schließlich ablehnte.²⁷ Sein politisches Bekenntnis zu Bismarck wiederholte er nach dessen Rücktritt gemeinsam mit anderen Industrievertretern. Er gehörte einer Deputation des Cdi an, die dem Altkanzler eine Dankadresse überbrachte «mit dem Ausdruck treuester, unveränderter und unvergänglicher Anhänglichkeit und Verehrung». Daß dies keine leeren Worte waren, wird auch daran sichtbar, daß es dem Cdi gelungen war, innerhalb recht kurzer Zeit Spenden in Höhe von 150.000 Mark für ein Geschenk an Bismarck zu sammeln. Für das Geld wurde neben einem Tafelsilber für 24 Personen ein Nachbargrundstück in Friedrichsruh gekauft, auf dem bis dahin Hamburger Familien ihre Sommerferien verbracht und damit die Ruhe des Altkanzlers gestört hatten.²⁸

Deutlich wird also eine Art Aufgabenteilung zwischen F.A. Krupp und Jencke: Während dieser die politische Position der Firma offensiv vertrat, hielt der Firmeninhaber sich zurück und achtete, dem eingangs zitierten Rat und Auftrag seines Vaters treubleibend, darauf, daß keine Situation der politischen Opposition oder Gegnerschaft zum Kaiser entstand. F.A. Krupp ließ sich in seiner unbedingten Loyalität zu ihm niemals beirren.

Das zeigte sich deutlich 1892, auf dem Höhepunkt des Konfliktes zwischen dem jungen Kaiser und dem 1890 entlassenen Kanzler, als die treuen Anhänger

26 Waldersee, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, 107 f. Anders Holstein, der befand, Jencke habe «schlecht abgeschnitten». S.: Friedrich v. Holstein an Philipp Fürst zu Eulenburg v. 1. 3. 1890, Druck bei: Röhl (Hrsg.), *Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz*, 459. Zur inhaltlichen Argumentation besonders Jenckes s.u.: Kap. II.2.D: Sozialpolitik in den 1890er Jahren.

27 Bachfeld, *Jencke*, 400; Jaeger, *Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918)*, 167 f.; s. a.: Kap. II.2.D: Hanns Jencke als Verbandspolitiker.

28 Spendenaufwurf des Cdi v. 25. 3. 1890, in: WA 4/851; s.a.: Haßler, *Aufzeichnungen über Bismarck und den Centralverband deutscher Industrieller*, 226; Bueck, *Mein Lebenslauf*, 131.

des Altkanzlers um Graf Guido Henckel von Donnersmarck planten, Bismarcks Opposition gegen den «Neuen Kurs» der Regierung Caprivi eine Plattform in Berlin zu schaffen. Das Ziel bestand darin, eine Bismarck-Partei zu gründen, die politisch zwischen den Nationalliberalen und den Konservativen angesiedelt wäre und für die Fortführung der Bismarckschen Politik eintreten sollte.²⁹ Als Vorbereitung hierfür sollte eine Tageszeitung in Berlin als publizistisches Sprachrohr der Kritik am «Neuen Kurs» etabliert werden. Man dachte an die angesehene, an das gebildete Bürgertum gerichtete ehemals Augsburger «Allgemeine Zeitung», die seit 1882 in München erschien.³⁰ Das Blatt hatte durch den Niedergang des klassischen Liberalismus so viele Abonnenten verloren, daß es in Schwierigkeiten war.³¹ Nach dem Tod von Karl Cotta, dem letzten Erben des Firmengründers Johann Friedrich Cotta, war es gemeinsam mit dem Cotta'schen Verlag an die Brüder Kröner in Stuttgart gegangen.³² Hugo Jacobi, der langjährige Chefredakteur der «Allgemeinen Zeitung» plante deshalb gemeinsam mit Henckel von Donnersmarck, das Blatt an eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung übergehen zu lassen und seinen Sitz von München nach Berlin zu verlegen.³³ Neben dem schlesischen Magnaten Henckel von Donnersmarck sollten die Gebrüder Kröner für die Cotta'sche Buchhandlung zu den Gesellschaftern gehören, der Bankier Adolph von Hansemann, Carl Egon Fürst zu Fürstenberg und der Herzog zu Ujest.³⁴ Im August 1892 wandte sich Bismarck persönlich auch an Friedrich Alfred Krupp.³⁵

Für Krupp stand eine Beteiligung überhaupt nicht zur Debatte. Sich gegen die Regierung und vor allem gegen den Kaiser zu stellen kam nicht in Frage. Die Ablehnung der Anfrage war Krupp offenbar so selbstverständlich, daß er den Brief Bismarcks nur mit der Bitte um Entwurf eines Antwortschreibens an Jencke weiterleitete. Auch Jencke hat eine Beteiligung an dem Projekt nicht ernsthaft erwogen, jedenfalls behandelte er in seinem Brief an Krupp die Absage als die größte Selbstverständlichkeit, die er nicht eigens rechtfertigte.³⁶ Möglicherweise, jeden-

29 Dem Gründungskomitee gehörten der Hamburger Reeder Adolph Woermann, die Landtagsabgeordneten Otto Arendt und Lückhoff, der Elberfelder Bankier und Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Karl von der Heydt, der Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes v. Eycken, Hans Kleser, Redakteur der in Köln erscheinenden Westdeutschen Zeitung, und der Chemieindustrielle vom Rath an. Das in Absprache mit Bismarck formulierte vorläufige Programm kritisierte vor allem Caprivis Politik der Handelsverträge, die Kolonialpolitik und die Änderung der Beziehungen zu Rußland; gefordert wurde eine andere Wirtschaftspolitik, koloniale Expansion und die Verantwortlichkeit der Reichsminister. Nachdem die Verlegung der Allgemeinen Zeitung gescheitert war, kam auch die Grün-

dung der Nationalpartei nicht zustande, obwohl noch im Januar 1893 ein Gründungsauftrag erging. S.: Stribrny, *Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung*, 170 ff.

30 Zur Geschichte der Allgemeinen Zeitung s.: Heyck, *Die Allgemeine Zeitung 1798–1898*; Requate, *Journalismus als Beruf*, 271–290.

31 Fuchs, *Studien zu Großherzog Friedrich I. von Baden*, 227.

32 Heyck, *Die Allgemeine Zeitung 1798–1898*, 337.

33 S. hierzu: Hank, *Kanzler ohne Amt*, 149 ff.

34 S.: Hank, *Kanzler ohne Amt*, 151; Vgl.: Waldersee, *Denkwürdigkeiten*, 265.

35 Bismarck an FAK v. 25. 8. 1892, in: FAH 3 E 10.

36 Vgl.: Jencke an FAK v. 6. 9. 1892, in: FAH 3 E 10.

falls behauptet dies Graf Waldersee in seinen Memoiren³⁷, hat Krupp nicht nur eine persönliche Beteiligung an dem Unternehmen abgelehnt, sondern das Vorhaben auch mit der Nennung von Namen dem Kaiser hinterbracht. Jedenfalls scheiterte das Zeitungs-Projekt schließlich am Widerstand des Kaisers und des Auswärtigen Amtes.³⁸

Wenn Krupps Position auch zweifelsfrei feststand, so war er doch gemeinsam mit Jencke bestrebt, dies im Antwortschreiben an den Fürsten Bismarck möglichst wenig deutlich werden zu lassen. Eine weitere Gefahr sah Jencke darin, daß der Brief irgendwann durch Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangen könnte. Nach den Erfahrungen mit den Briefen Alfred Krupps an Napoleon war man hier vorsichtig. Es galt, möglichst wenig politisch und inhaltlich Position zu beziehen. So beruft sich das offizielle Antwortschreiben auf die Zurückhaltung, die schon Alfred Krupp der Politik und dem öffentlichen Leben gegenüber stets geübt hatte. «Patriot durch und durch, stand er doch dem Parteileben fern; hätte er seine Thätigkeit zersplittert, so müßten sein Werk und die ihm obliegenden nächsten Pflichten darunter leiden.»³⁹ Das war in der Tat die Ergänzung zu Alfred Krupps Ratschlag, stets dem Unternehmen die Nähe und das Wohlwollen des Kaisers zu versichern: Aus den politischen Tagesfragen müsse der Inhaber sich tunlichst fernhalten.

C: Friedrich Alfred Krupp im Reichstag

Ein Parlamentsmandat, das den Auftrag der Wähler enthält, die politischen Fragen in ihrem Sinne zu debattieren und mitzuentcheiden, bedeutet das Gegenteil von politischer Abstinenz. Folgerichtig hatte Alfred Krupp die Annahme einer Kandidatur abgelehnt, nicht nur für sich, sondern auch für seinen Sohn, mit der Ausnahme der im Zeichen der Militärvorlage stehenden Wahl 1887, die der Industriellensohn dann aber gegen Gerhard Stötzel vom Arbeiterflügel des Zentrums verlor.⁴⁰ Als Krupp nach dem Tod seines Vaters 1889 wiederum gebeten wurde, für die nationale Partei zu kandidieren, lehnte er dessen Vorbild folgend ab. Wenn die Absage auch offiziell damit begründet wurde, daß die Fülle der neuen Aufgaben an der Spitze der Firma ein zusätzliches Engagement in der Politik nicht erlaube⁴¹,

37 Waldersee, *Denkwürdigkeiten*, Bd. II, 265 u. 285.

38 Hank, *Kanzler ohne Amt*, 153f. Hank erwähnt nicht, daß Krupp der entscheidende Informant gewesen sei, er spricht lediglich von «Pressemitteilungen und umlaufenden Gerüchten».

39 Entwurf Jenckes für das Antwortschreiben F.A. Krupps an Bismarck. Krupp hat keine Veränderungen mehr vorgenommen und die

Reinschrift mit dem Datum des 6. 9. 1892 an Bismarck abgesandt, in: FAH 3 E 10.

40 Vgl. o. Kap. I.2.B: Die Ablehnung persönlichen Engagements. Vgl. a.: Möllers, *Die politischen Strömungen im Reichstagswahlkreis Essen*, 320 ff.; Paul, *Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung*, 253 ff.; Schröter, *Gerhard Stötzel*.

41 FAK an Landrichter Schneider v. 9. 10. 1889, in: FAH 3 D 39, 37–38.

so fürchtete man in der Firma doch vor allem, daß der Wahlkampf mit klassenkämpferischen und konfessionellen Tönen aufgeladen werden könnte, was die Arbeiterschaft spalten, gegen Krupp aufbringen und auch dem persönlichen Ansehen des jungen Inhabers Schaden zufügen könne.⁴²

Bei der wiederum im Zeichen der Militärvorlage stehenden folgenden Wahl 1893 wurde Krupp dann gegen seinen ausdrücklichen Wunsch von der «nationalen Partei» nominiert – bei der es sich nicht eigentlich um eine Partei handelte, sondern um ein Wahlbündnis des Essener Bürgertums mit dem alleinigen Ziel, den für das Zentrum kandidierenden Arbeitervertreter Stötzel zu verhindern. Nur ihm räumte man eine Chance gegen Stötzel ein.⁴³ Auf Anraten seiner Direktoren nahm er die ungewollte Kandidatur dann doch an⁴⁴, vor allem mit dem Ziel, zur Verabschiedung der Militärvorlage beizutragen. Aktiven Wahlkampf werde er aber nicht betreiben, kündigte er in einem Flugblatt an, das gewissermaßen sein Wahlprogramm enthielt. Damit wolle er vermeiden, hieß es dort, den konfessionellen Gegensatz zu verschärfen, müsse es doch in seinem Interesse als Arbeitgeber liegen, «daß Evangelische und Katholiken in Freundschaft neben einander arbeiten».⁴⁵ Der «konfessionelle» war natürlich zugleich der Gegensatz zwischen den mehrheitlich katholischen, zugewanderten Arbeitern und dem überwiegend protestantischen Bürgertum. Er selbst war evangelisch, und auch unter den Krupp-schen Beamten waren Protestanten in der Überzahl.

Krupp erhielt das Mandat bei der Wahl am 24. Juni 1893, wenn auch mit knapper Mehrheit.⁴⁶ Deshalb stellte das bürgerliche Wahlbündnis Krupp auch bei den folgenden Reichstagswahlen wiederum auf. Wieder zögerte er, denn die Sorge vor einer Polarisierung der Arbeiterschaft durch einen auf seine Person konzentrierten Wahlkampf blieb bestehen.⁴⁷ Auch hatte er nicht wirklich Gefallen an der parlamentarischen Arbeit finden können, die seinen Interessen und Neigungen

42 Dies wird in dem – nicht abgesandten – ersten Entwurf Gußmanns für ein Antwortschreiben an Schneider sehr viel offener ausgesprochen, vgl.: Ebd., 33–36.

43 Klüpfel an FAK v. 17. 5. 1893, in: FAH 3 D 39, 41–43, hier S. 43; Landgerichtsdirektor Schneider an FAK v. 17. 5. 1893, in: FAH 3 D 148. Für die Behauptung Jaegers (*Unternehmer und Politik im wilhelminischen Deutschland*, 8), F. A. Krupp habe mit seiner Kandidatur einem Wunsch des Kaisers entsprochen, gibt es keinen Hinweis.

44 Klüpfel an FAK v. 19. 5. 1893, in: FAH 3 D 39, 49f.

45 Flugblatt «Annahme der Kandidatur seitens des Herrn Geheimraths Krupp im Wahlkreise Essen», in: FAH 3 D 39, 155.

46 Eine Anfechtung der Wahl durch das Zentrum mit dem Vorwurf, daß die Firma Druck

auf Kruppsche Arbeiter ausgeübt habe, die Wahl für diese nicht frei gewesen sei, wurde von einer Wahlprüfungskommission des Reichstages schließlich zurückgewiesen. Abschrift des Protestes der Zentrumsparlei gegen die Wahl Krupps, in: FAH 3 D 39, 74–97; Bericht der Wahlprüfungskommission v. 30. 1. 1896, in: FAH 3 B 131, 92–129.

47 Rede des Rechtsanwaltes Victor Niemeyer am 22. 5. 1898, in der er zur Wahl von F. A. Krupp aufrief, in: FAH 3 B 132, 161–164; vgl.: FAK an Rötger v. 2. 5. 1902, ebd., 167. Krupp spricht darin die Wahlen 1903 an, für die er ebenfalls wieder zu kandidieren aufgefordert worden ist, und erörtert die Argumente, die für bzw. gegen eine Annahme sprechen. Er hat diese Wahlen dann allerdings nicht mehr erlebt, er starb am 22. 11. 1902.

nicht entsprach. Zudem schadeten die langen Berlin-Aufenthalte wegen des dortigen Klimas seiner stets labilen Gesundheit. Er hoffte deshalb, ein anderer Kandidat werde ihm diese Bürde abnehmen, doch es fand sich niemand, dem man die Integrationskraft zugetraut hätte, über das Bürgertum hinaus Stimmen zu gewinnen und damit den Arbeiterkandidaten Stötzel vom Zentrum zu schlagen. Er willigte widerstrebend ein und zeigte damit, daß er sich nicht allein dem Unternehmen, sondern auch der Gesellschaft und dem Staat gegenüber verantwortlich fühlte und sich auch gegen seinen eigentlichen Wunsch in die Pflicht nehmen ließ. Das, so darf man mit Sicherheit annehmen, hätte sein Vater niemals getan. 1898 konnte F. A. Krupp allerdings seinen Sieg von 1893 nicht wiederholen, Stötzel eroberte den Wahlkreis Essen zurück, den er fortan nicht mehr verlieren sollte.

Natürlich richteten sich bei der Parlamentseröffnung 1893 in Berlin viele Augen auf den prominenten Neuling, der jedoch so ganz anders war, als man sich einen Großindustriellen, einen Kanonenfabrikanten zumal, vorstellte. Einen wenn nicht harten, so doch schneidigen Mann hatte man erwartet, statt dessen beschrieb der «Berliner Börsen-Courier» den neuen Parlamentarier mit leicht erstauntem Unterton folgendermaßen:

«Er ist ein eleganter, etwas beweglicher Herr, in mittleren Jahren, mit kurzgeschorenem, grauvermischem Haar, einem schwarzen Schnurbart, einer Brille auf der leicht geschwungenen Nase und giebt sich ungefähr so gut gelaunt, wie ein Börsenmann, welcher richtig gefixt und darauf angenehm gefrühstückt hat. Dieser Eindruck wurde noch erheblich verstärkt, als Krupp am zweiten Tage sich von Kopf bis zu den Füßen in einen hellen Strand-Anzug geworfen hatte, gewissermaßen als ob er bereit wäre, sich jeden Augenblick auf den Dünen sand zu strecken, anstatt sich in den Hochofen des Sitzungs-Saales mit seiner faustdicken Luft zu stürzen. Geheimrätlich sah er in dieser Verfassung ganz und gar nicht aus, noch viel weniger martialisch; auch sein leichtbeflügelter Schritt erinnert nicht an die schweren Dampfhammer, welche dröhnend alles zerstampfen, was unter sie kommt.»⁴⁸

Wenn F. A. Krupp also nicht dem Klischee des Fabrikanten entsprach, schien er sich auch in die Welt der Politik nicht recht einfügen zu wollen. Der Wahl seiner Kleidung, in der eine gewisse Distanz zum Ausdruck kam, entsprach sein Verhalten im Parlament: So wurde er nicht Mitglied einer Fraktion, sondern schloß sich den Freikonservativen, der sogenannten Reichspartei, lediglich als Hospitant an. Auch die ihm angetragene Mitgliedschaft in der «Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage» lehnte er ab.⁴⁹

Seine eigentliche Motivation zur Annahme des Reichstagsmandats, nämlich zur Verabschiedung der Militärvorlage beizutragen, hatte sich sehr schnell erledigt, da der neue Reichstag dem Gesetz bereits im Juli 1893 zustimmte.⁵⁰ Sein Grund-

48 «Berliner Börsen-Courier» v. 23. 7. 1893.

49 FAH 3 B 131, 9 u. 14.

50 Das Quinquennat sah eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 72.700 Mann auf

557.400 und eine Dienstzeit von zwei Jahren vor. Vgl.: Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1110 ff.

satz danach bestand darin, sich möglichst wenig politisch zu exponieren und vor allem, strenge konfessionelle Neutralität zu wahren. Dem trug er 1895 Rechnung, als er für die Wiederzulassung des seit 1872 verbotenen Jesuitenordens plädierte, dem er gleichwohl keine Sympathie bezeugte.⁵¹ Seine kurze Stellungnahme bei dieser Gelegenheit ist das einzige Mal, daß er im Plenum das Wort ergriff. Das hatte seinen hauptsächlichlichen Grund allerdings wohl weniger in der Firmeninteressen geschuldeten Neutralität als in der Abneigung Krupps gegenüber jeder Form des öffentlichen Auftritts und der Rede.

Tatsächlich ist Krupp der Maxime, sich aus den tagespolitischen Fragen herauszuhalten, nicht immer treu geblieben. So in der Diskussion um den Handelsvertrag mit Rußland, der im Winter 1893/94 ein Hauptthema der deutschen Politik bildete. Er sollte das System der Handelsverträge zum Abschluß bringen, mit dem der neue Reichskanzler Caprivi den wirtschaftspolitischen Protektionismus, der vor allem die Landwirtschaft begünstigt hatte, ablöste und der deutschen Industrie durch Liberalisierung im zwischenstaatlichen Handel größere Exportmöglichkeiten eröffnete. Diese Politik trug damit dem Wandel Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat Rechnung.⁵² Die Agrarier beharrten auf ihrer Position und liefen gegen die Handelsverträge Sturm. Die Industrie hingegen befürwortete den Vertrag. Auch Krupp wollte ihm zustimmen und sogar dazu beitragen, die Unentschiedenen und vielleicht sogar die Gegner zu überzeugen. Sein Mittel hierzu war nicht die Parlamentsrede. Er wollte vielmehr von Bismarck eine Stellungnahme zugunsten des Handelsvertrages erbitten, die auf die Handelsvertragsgegner aus dem konservativen Lager Eindruck machen würde. Das Wort des Altkanzlers hatte gerade in diesen Kreisen noch immer großes Gewicht und schien daher geeignet, einige zu beeinflussen. Jencke, beauftragt, den Brief zu entwerfen, sah sehr deutlich die politischen Risiken eines solchen Unternehmens und riet ab. Ein derartiger Schritt müsse mindestens mit dem Kanzler, wenn nicht sogar mit dem Kaiser abgesprochen sein, da er sonst möglicherweise als eine Brüskierung der neuen Regierung aufgefaßt werden könne.⁵³ Krupp beharrte auf seinem Standpunkt. Niemand könne ihm seinen gutgemeinten Willen verübeln, die Regierung zu unterstützen.

Bismarck jedoch lehnte es ab, eine für die politische Auseinandersetzung bestimmte Stellungnahme abzugeben. Sein wichtigstes Ziel sei es, zum Ausgleich zwischen Agrariern und Industriellen beizutragen, deshalb wolle er nicht für eine Seite Partei ergreifen. Dies legte er Krupp in einem freundlichen Brief dar, und damit hätte es sein Bewenden haben können. Doch noch bevor er den Brief abschicken konnte, erhielt er die Meldung, daß mit seinem Standpunkt bereits für

51 Redeentwurf o.D. (Ende Januar 1895) in: FAH 3 B 131, 58.

52 Vgl.: Weitowitz, *Deutsche Politik und Handelspolitik und Reichskanzler Leo von Caprivi 1890–1894*, bes. 274 ff.

53 Jencke an FAK v. 11. 2. 1894, in: FAH 3 C 59, 27 ff.; Jencke an FAK v. 12. 2. 1894, ebd., 36 f.

den Vertrag geworben wurde. Graf Dönhoff hatte verbreitet, er, Bismarck, sehe die Gefahr eines Krieges mit Rußland, falls der Vertrag nicht zustande kommen sollte. Und Dönhoff berief sich auf Krupp, der wiederum Schweninger, den Arzt sowohl Krupps als auch Bismarcks, als Quellenangabe genannt hatte.⁵⁴ Deutlich wird immerhin, daß es diese Aussage Bismarcks war, um derentwillen Krupp sich an den Altkanzler gewandt hatte.⁵⁵ Als dann bei einer Abendgesellschaft der Kaiser denselben Gedanken aussprach, ließ er sich im kleinen Kreis hinreißen zu sagen, daß dies genau der Ansicht Bismarcks entspreche.

Aufgebracht darüber, nun doch gegen seinen Willen in die Auseinandersetzung einbezogen worden zu sein, stellte Bismarck Krupp zur Rede und wies die Äußerung als unzutreffend zurück, Schweninger dementierte ebenfalls. Krupp war bestürzt: Zwar hatte er diese Äußerung gemacht, fühlte sich jedoch unschuldig, da er um Diskretion gebeten habe. Er schrieb entschuldigende Briefe nach Friedrichsruh und an Schweninger und beklagte sich bei Dönhoff, daß dieser seinen Wunsch nach Vertraulichkeit nicht respektiert habe.⁵⁶ Ganz offenbar hatte der Industrielle kein Gespür dafür, daß in den politischen Kreisen Berlins andere Regeln herrschten als in Essen, wo sein Wort Gesetz war. Hier mußte man seine Worte sorgfältig wägen, und einmal Gesagtes war auch mit der Bitte um Diskretion nicht zurückzunehmen.

Die Zeitungen diskutierten ausgiebig die Authentizität der angeblichen Meinung des Altkanzlers, die Quellenangabe Dönhoffs, das Dementi Bismarcks und seines Arztes.⁵⁷ Nur von Krupp fehlte lange eine öffentliche Stellungnahme, und als sie dann erfolgte, war sie umständlich und ungeschickt. Krupp gab an, sich in der Bezeichnung Schweningers als seines Gewährsmannes geirrt zu haben, die Äußerung selbst nahm er nicht zurück und relativierte sie auch nicht.⁵⁸ Sein ganz offensichtlich ungeschicktes Verhalten kritisierten die Zeitungen: «Die Wähler des Herrn Krupp werden diesen hoffentlich vor Ablauf seines Mandats nicht wieder in die Lage bringen, sich mit politischen Dingen beschäftigen zu müssen», schrieb die «Barmer Zeitung». «Er hat dazu offenbar kein Geschick.»⁵⁹

Politischen Einfluß, soviel wird deutlich, hat F. A. Krupp mit seinem Auftreten nicht gewinnen können, es hat seinem Ansehen sogar eher geschadet. Er hatte sein Mandat mehr gegen seinen Willen erhalten und aus Pflichtgefühl übernommen. Pflichtgefühl der Firma gegenüber, denn seine Direktoren hatten ihm im Interesse des Unternehmens geraten, das Mandat anzunehmen, um zur Verabschiedung der Militärvorlage beizutragen. Pflichtgefühl aber auch der Allgemeinheit gegenüber,

54 Bismarck an FAK v. 6. 3. 1894, in: FAH 3 C 59, 59–63.

55 FAK an Bismarck v. 9. 3. 1894, in: FAH 3 C 59, 77.

56 Ebd., 77–81; FAK an Schweninger v. 7. 3. 1894, ebd., 97.

57 Vgl. z. B.: «Allgemeine Zeitung» v. 15. 3.

1894; «Die Zukunft» v. 24. 3. 1894; «Vorwärts» v. 28. 3. 1894.

58 «Berliner Zeitung» v. 25. 3. 1894. Krupp hatte seine Stellungnahme zuerst in der «Post» veröffentlicht.

59 «Barmer Zeitung» v. 21. 3. 1894.

sollte und wollte er doch, indem er sich zur Wahl stellte, den Arbeiterkandidaten Stötzel verhindern. Deshalb auch hat er die von den Direktoren 1893 genannte Möglichkeit eines Rücktritts, nachdem die Militärvorlage verabschiedet sein würde, dann nicht wahrgenommen und fand sich sogar zu einer nochmaligen Kandidatur 1898 bereit. Mit diesem Verhalten unterschied sich F. A. Krupp deutlich von seinem Vater, der stets den Firmeninteressen oberste Priorität einräumte, denen alles andere untergeordnet wurde, selbst Patriotismus und Loyalität gegenüber dem Herrscher.

Krupps Engagement als Parlamentarier hat der Firma letztlich wenig genützt. Auf die Vertretung der politischen Interessen der Firma vor allem in der Sozial- und Handelspolitik übte er kaum Einfluß aus. Diesen machte statt des Inhabers der Direktoriumsvorsitzende Jencke über die Industrieverbände geltend.

D: Politische Interessenvertretung der Firma

Hanns Jencke als Verbandspolitiker

Als Jencke 1879 als primus inter pares in die Kruppsche Prokura eintrat, gehörte die Vertretung der Firma in den Interessenverbänden noch nicht zu seinem Aufgabengebiet. Die Engagements, die zuerst der Berliner Vertreter Meyer übernommen hatte, nahm seit seinem Ausscheiden Sophus Goose, der Justitiar des Unternehmens, wahr. Als auch dieser 1882 das Unternehmen verließ, gingen die Mandate auf Jencke über.⁶⁰ So gehörte er seit diesem Jahr dem Hauptvorstand des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDESI)⁶¹ an und wurde 1885 in das Direktorium des Centralverbandes deutscher Industrieller (CdI)⁶² gewählt, dessen Vorsitz er 1901 bis 1904 innehatte, faktisch aber bereits seit 1899 ausfüllte, nachdem nämlich der Vorsitzende, Theodor v. Haßler, einen Schlaganfall erlitten hatte, an dessen Folgen er 1901 starb.⁶³ Ebenfalls 1885 erfolgte seine Wahl zum Präsidenten der Essener Handelskammer, ein Amt, das er bis 1902 ausübte und das dann sein Nachfolger als Vorsitzender des Direktoriums, Max Rötger, bis 1909 übernahm.⁶⁴ Von 1890 bis zu seinem Ausscheiden bei Krupp 1902 war er zudem Vorsitzender des «Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund».

Zu Beginn seiner verbandspolitischen Arbeit noch zu Lebzeiten Alfred Krupps war Jencke von diesem darin zwar nicht behindert, aber ebensowenig un-

60 S.o. Kap.: I.2.C: Die Beteiligung an den industriellen Interessenverbänden.

61 Winschuh, *Der Verein mit dem langen Namen*; Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*.

62 Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wil-*

helminischen Gesellschaft; Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*.

63 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 149.

64 S.: Bak, *Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich*, 345; Fischer, *Herz des Reviers*, 403; Schröder, *Die Essener Handelskammer*, 22 ff.

terstützt oder gefördert worden. Friedrich Alfred nahm dagegen durchaus an der Verbandsarbeit Anteil, ohne dabei jedoch Jencke in irgendeiner Weise in den Weg zu treten. So nahm er selbst kein Mandat an, dieses Feld überließ er seinem Direktoriumsvorsitzenden vollständig, so daß es sich auf Dauer einbürgerte, daß dieser und nicht der Inhaber die Firma in den Wirtschaftsverbänden vertrat. F. A. Krupp hielt den Kontakt und bekundete sein Interesse, indem er gesellschaftlichen Verkehr mit dem Generalsekretär des Cdl, Bueck, pflegte, der auf den Hügel und zur Jagd nach Sayneck eingeladen wurde.⁶⁵ Auch wurde er von Jencke stets über wesentliche Vorkommnisse und Aktivitäten im Zusammenhang mit seiner Verbandstätigkeit informiert. Vor allem von seinen Begegnungen mit hochrangigen Politikern und Beamten berichtete Jencke dem Inhaber, stellte dieser persönliche Kontakt doch die wichtigste Form der politischen Interessenvertretung dar und des Versuchs, die Meinung der Verantwortlichen zu beeinflussen.⁶⁶

Die Verbandsarbeit nahm Jencke zunehmend in Anspruch. In den Memoiren von Ernst Haux⁶⁷, seit 1896 Jenckes Kollege im Kruppschen Direktorium und zuständig für Finanzen, klingt es so, als hätte Jencke sich Mitte der 1890er Jahre bereits stark aus dem eigentlichen Fabrikbetrieb zurückgezogen, den Vorsitz im Direktorium mehr formal innegehabt, und sich hauptsächlich verbandspolitisch, besonders im Cdl betätigt.⁶⁸ Jenckes Rolle innerhalb der Firma ist demgegenüber sicherlich höher zu bewerten. Bei Haux' Einschätzung spielt offenbar eine gewisse Antipathie mit, denn er äußert sich generell wenig freundlich über Jencke. Auch mag dem Finanzfachmann das Übergreifende etwas fremd, vielleicht auch unwichtig erschienen sein. Interessant ist dennoch die Erinnerung, daß Jencke mehr in der Öffentlichkeit als im Tagesgeschäft der Firma tätig war. Dies ist aber nicht Ausdruck eines Rückzugs aus der Firma, es zeugt vielmehr davon, wie wichtig F. A. Krupp und Jencke die Einbindung des Unternehmens in die politischen Institutionen mittlerweile nahmen.

Mit seinem vielfältigen Engagement gab Jencke der Firma Krupp in den Verbänden das Gewicht, das die Firma auch in der öffentlichen Wahrnehmung besaß – das bedeutendste Unternehmen gab mit ihm den Ton an. Jenckes Rolle in der Verbandsarbeit beruhte allerdings nicht allein auf seiner Funktion als Repräsentant von Krupp, er war persönlich gefragt und geschätzt. Hierzu hat auch seine Ausbildung beigetragen, denn der am 6. April 1843 geborene Sohn des Begründers und Leiters der Dresdner Taubstummen-Anstalt war nicht Kaufmann, sondern Rechtsanwalt. Seit 1869 hatte er als Beamter dem sächsischen Staat gedient, zunächst in der Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen. 1873 wurde

65 FAH 3 C 73, Briefwechsel mit Henry Axel Bueck 1887–1916; s.a.: Bueck, *Mein Lebenslauf*, 134f.

66 Vgl. Korrespondenz Jencke mit F. A. Krupp, in: FAH 3 B 125 – FAH 3 B 127.

67 Ernst Haux, 1863–1938, gehörte von 1896 bis 1921 dem Kruppschen Direktorium an. Er war dort für allgemeine Verwaltung und Finanzwesen zuständig. S.: Schröder, *Haux*.

68 Ernst Haux, Erinnerungen, FAH 4 E 16, 14.

er Finanzrat und danach Leiter der Verkehrsabteilung, bis er als Vorsitzender der Prokura in die Firma Fried. Krupp eintrat.⁶⁹ In seinen Funktionen in der sächsischen Verwaltung hatte er an den Verhandlungen über den Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes teilgenommen und in diesem Zusammenhang auch eine Denkschrift veröffentlicht.⁷⁰

Bei der politischen Arbeit in den Verbänden kamen ihm neben seiner auf große Sachkenntnis gegründeten persönlichen Autorität sein Repräsentationsvermögen und sein Verhandlungsgeschick zugute. Bueck hob in seinen Lebenserinnerungen hervor, daß Jenckes «scharfer Verstand und weiter Blick, [sein] schnelles und sicheres Urteil, reiche Erfahrungen und äußerst vielseitige, gediegene Kenntnisse ihn befähigten, der von den verschiedensten Seiten immer schärfer bedrängten Industrie die grössten Dienste zu leisten».⁷¹ Er bezeichnete Jencke denn auch als einen «anerkannten Führer der rheinisch-westfälischen Großindustrie», der großen Einfluß erlangt habe. «Von unwandelbarer Sachlichkeit und stets gleichbleibender Ruhe, scharf nur, dann aber schneidend, wenn es die Umstände unumgänglich erforderten, von unübertrefflicher Klarheit in allen seinen Ausführungen, immer und fast ausnahmslos mit Erfolg auf Vermittlung hinarbeitend, wo Gegensätze hervortraten, hat er in seiner langjährigen Mitarbeit dem Centralverbande unschätzbare Dienste geleistet.»⁷² Jencke erwarb sich eine solche Wertschätzung, daß er den Vorsitz des Cdl keineswegs zum Zeitpunkt seines Ausscheidens bei Krupp aufgab, sondern daß zunächst sogar von Seiten des Verbandes die Hoffnung bestand, er würde sich diesem nun intensiver widmen können.⁷³ Erst als er 1903 den Vorsitz im Aufsichtsrat der Dresdner Bank übernahm, konnte er diese neue Aufgabe mit den Pflichten im Verband nicht mehr vereinbaren und legte das Amt als Vorsitzender des Cdl nieder. Er blieb aber weiterhin, und zwar bis zu seinem Tod 1910, Mitglied im Direktorium des Cdl.

Bei diesen auf die Politik zielenden Interessen und auch angesichts des gespannten Verhältnisses zu F. A. Krupp mag es zunächst erstaunen, daß Jencke 1890 das Angebot Wilhelms II. ausschlug, als preußischer Finanzminister ganz in die Politik zu wechseln.⁷⁴ Wie bereits erwähnt, wurde der Kaiser auf den Kruppschen Direktoriumsvorsitzenden während der Sitzungen des preußischen Staatsrates aufmerksam, bei denen Jencke gegen die kaiserlichen Pläne zur Sozialpolitik, besonders gegen die Einrichtung von Arbeiterausschüssen Stellung bezog.⁷⁵ Jencke hat durchaus ernsthaft erwogen, das Angebot anzunehmen, so daß F. A. Krupp bereits nach einem Nachfolger Ausschau hielt, dann entschied er sich schließlich aber doch zu bleiben.⁷⁶ Über die Gründe hierfür ist viel spekuliert worden. Sein späte-

69 Zur Person Jenckes s.: Bachfeld, *Jencke*, 400.

70 Jencke, *Bemerkungen zu dem neuesten Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes*.

71 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 157.

72 Ebd.

73 Ebd., 158.

74 Bachfeld, *Jencke*, 400; Jaeger, *Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918)*, 167 f.

75 S.o.: Kap. II.2.B: Das Verhältnis zu Bismarck.

76 S.: FAH 3 B 104. Am 25. 8. 1890 verpflichtete sich die Firma gegenüber dem Geheimen Oberregierungsrat Hoeter, diesem die Stelle

rer Kollege Haux notierte in seinen Memoiren, daß Jencke zwar das Eisenbahnministerium gern übernommen, sich aber «trotz seiner hohen Selbsteinschätzung» das Finanzressort nicht zugetraut hätte.⁷⁷ Dieses etwas gehässige Urteil resultiert aber wohl eher aus der Abneigung und Geringschätzung Jenckes, die Haux in seinen Erinnerungen immer wieder einfließen ließ. Es ist jedenfalls ebensowenig durch weitere Hinweise gestützt wie die Erklärung Schröders, der die Ablehnung mit der «inneren Abneigung gegen den jungen Kaiser und aus seinem Loyalitätsverhältnis zu Bismarck» erklärte.⁷⁸ In erster Linie war es wohl die Abhängigkeit der Minister vom Wohlwollen des Monarchen, die ihm nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Abgang Bismarcks klar vor Augen getreten sein dürfte. Demgegenüber hatte er, trotz aller Schwierigkeiten, als Vorsitzender des Direktoriums bei Krupp einen erheblich größeren Handlungsspielraum und nutzte die Eigenständigkeit besonders in der Verbandsarbeit. Zudem hätte sein Gehalt als preußischer Minister spürbar unter seinen Bezügen bei Krupp gelegen.⁷⁹

Zwölf Jahre später hat Jencke die Firma Krupp dann doch vorzeitig verlassen – im Alter von 59 Jahren und damit einige Zeit vor einer Altersgrenze, die es in strenger Form sowieso nicht gab. Die Differenzen mit dem Inhaber dürften nicht der einzige Grund gewesen sein, wenn auch die Zusammenarbeit im Laufe der Jahre schwieriger wurde. Auch mit den Direktoriumskollegen gab es Reibungen. Einen plötzlichen Bruch gab es allerdings nicht, Jenckes Abschied war bereits lange geplant⁸⁰, Anfang Januar 1902 kündigte er endgültig zum 30. September.⁸¹ Wie schlecht die Stimmung war, wird schon allein daran sichtbar, daß der scheidende Direktoriumsvorsitzende sich in der Firma jeden Abschied, auch im kleinen Kreis, verbat, sich hingegen von den Industrieverbänden groß feiern ließ.⁸²

Die Kündigung bei Krupp bedeutete nicht das Ende seines verbandspolitischen Engagements, wenn er auch einige Mandate zurückgab, die bei der Firma verbleiben und also auf seinen Nachfolger als Direktoriumsvorsitzender, Max Rötger, übergehen sollten. Dies betraf den Vorsitz der Essener Handelskammer, der Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks sowie den Vorsitz im Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbe-

eines Vorsitzenden des Direktoriums zu übertragen, falls sie binnen eines Jahres frei würde. Ebd., 13.

77 Haux, Erinnerungen, maschinenschriftl. Manuskript, FAH 4 E 16, 49.

78 Schröder, *Die Firma Krupp und die Essener Handelskammer*, 24.

79 Vgl.: Jaeger, *Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918)*, 167; Hallgarten, *Imperialismus vor 1914*, Bd. 1, 330.

80 F.A. Krupp suchte bereits seit Ende 1900 nach einem Nachfolger, FAH 3 B 104; s.a.: «Stahl und Eisen» 30/1912, 481 ff.

81 Am 6. 1. 1902 stimmte FAK der Kündigung

Jenckes «wenn auch mit wehmütigen Gefühlen» zu. FAK an Jencke v. 6. 1. 1902, in: FAH 3 B 127, 197; s.a.: Rötger an FAK v. 2. 1. 1902, in: FAH 3 B 103, 115–118.

82 Haux, Erinnerungen, FAH 4 E 16, 50. Die Abschiedsfeier fand am 27. September 1902 statt, sie wurde von der Essener Handelskammer, der Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks, der Nordwestlichen Gruppe VDESI, dem Verein deutscher Eisenhüttenleute und dem Langnamverein veranstaltet. Gedrucktes Protokoll der Veranstaltung in: FAH 3 B 127, 236.

zirk Dortmund. Er blieb Delegierter der Nordwestlichen Gruppe im Hauptvorstand des VDESI noch bis 1909 und bis 1904 Vorsitzender des CdI. Auch ein Reichstagsmandat strebte er jetzt an. Er kandidierte für die Reichstagswahl am 16. Juni 1903 im erzgebirgischen Wahlkreis Marienberg, unterlag aber trotz großer Anstrengungen im Wahlkampf dem Kandidaten der Sozialdemokraten. Jencke hatte vor, sich ansonsten weitgehend in den Ruhestand zurückzuziehen. Er zog wieder in seine Heimatstadt Dresden und kaufte «in der schönsten Lage, in der Parkstraße, ein herrlich gebautes kleines Palais mit Garten und Stallungen». ⁸³ Einen Ruhestand konnte er dort allerdings nicht genießen, denn 1903 wurde er Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank. In diesem Jahr wurde er zudem in die sächsische erste Ständekammer berufen, wo «ihm als altem Eisenbahner und Finanzmann [...] alle die durch starke Eisenbahnbauten stark in Unordnung geratenen Staatsfinanzen betreffenden Fragen zu Bearbeitung überwiesen» ⁸⁴ wurden.

Mit diesen neuen Pflichten, besonders denen bei der Dresdner Bank, war selbst die Arbeit im Centralverband nicht mehr zu vereinbaren. Obwohl Jencke zunächst geplant hatte, nach seinem Ausscheiden bei Krupp die Arbeit dort zu intensivieren, legte er im September 1904 den Vorsitz nieder. Auch zunehmende körperliche Leiden führten dazu, daß er sich der Fülle der Aufgaben nicht mehr gewachsen sah. Jencke starb am 8. März 1910 kurz vor seinem 67. Geburtstag. ⁸⁵

Sozialpolitik in den 1890er Jahren

Inhaltlich blieben für Jencke sozialpolitische Fragen das Schwerpunktthema, mit denen sein industriepolitisches Engagement in den 1880er Jahren ja auch begonnen hatte. ⁸⁶ Nicht nur im Staatsrat, sondern vor allem auch im Rahmen der Verbandsarbeit bezog Jencke Stellung gegen die von Wilhelm II. geforderte Arbeiterschutzgesetzgebung, besonders gegen die Einführung von Arbeiterausschüssen. Die bereits mehrfach in anderem Zusammenhang erwähnte Auseinandersetzung soll deshalb an dieser Stelle etwas ausführlicher zur Sprache kommen. In der Thronrede vom 25. Januar 1890 hatte der Kaiser die weitere Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung angekündigt und sie als ein wirksames Mittel bezeichnet, um eine Revolution zu verhindern und «um den arbeitenden Klassen die Gewißheit zu verschaffen, daß die gesetzgebenden Gewalten für ihre berechtigten Interessen und Wünsche ein warmes Herz haben». ⁸⁷ Nach den Vorstellungen des Staatsober-

⁸³ Bueck, *Mein Lebenslauf*, 158.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Nachrufe in: «Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure» 54/1910, 771 f.; «Stahl und Eisen» 30/1910, Heft 12, 481–483; «Rheinisch-Westfälischer Anzeiger» v. 10. 3. 1910. S.a.: Bachfeld, *Jencke*.

⁸⁶ S.o.: Kap. I.2.C: Die Sozialversicherungsgesetze.

In der Feier, die die Industrieverbände für Jencke bei dessen Ausscheiden aus dem Kruppischen Direktorium 1902 veranstalteten, betonte er noch einmal den Stellenwert, den dieses Thema für ihn bei der Verbandsarbeit eingenommen hatte. S.: Gedrucktes Protokoll der Abschiedsfeier am 27. 9. 1902, in: FAH 3 B 127, 240.

hauptes sollte der Gesetzgeber damit erstmals direkt in den Alltag der Arbeiter regulierend eingreifen, während die bis dahin erlassenen Sozialgesetze für den Fall der Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Invalidität, Krankheit oder Alter eine materielle Absicherung geschaffen hatten.⁸⁸

Es gab durchaus Unternehmer, die diesen Vorschlägen aufgeschlossen gegenüberstanden⁸⁹, doch die Schwerindustriellen, die die Industrieverbände dominierten, lehnten sie mehrheitlich ab.⁹⁰ Neben dem saarländischen Stahlindustriellen und Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand von Stumm-Halberg, dem freikonservativen Abgeordneten Wilhelm von Kardorff und dem Bochumer Stahlindustriellen Louis Baare war Jencke in den sozialpolitischen Diskussionen, besonders im preußischen Staatsrat, tonangebend und prägte auch entscheidend die Meinungsbildung des Centralverbandes. Dort war man mehrheitlich für die Fortführung des Sozialistengesetzes und warnte vor einer Ausweitung der Sozialgesetzgebung sowie vor Arbeiterschutzbestimmungen, durch die man eine Einschränkung der unternehmerischen Freiheit fürchtete. Besonders gegen den ursprünglich vorgesehenen Zwang zur Bildung von Arbeiterausschüssen, die vor dem Erlaß einer Arbeitsordnung gehört werden mußten, was eine erste Beteiligung der Arbeiter an Belangen der Unternehmensführung bedeutet hätte, wandte sich Jencke im Staatsrat. Er bemühte sich aber vor allem, seinen Kollegen im CdI die Bedeutung und Tragweite dieser Gesetzesinitiative deutlich zu machen, die er als eine nicht hinnehmbare Beschneidung der Souveränitätsrechte des Unternehmers bezeichnete.⁹¹ Das Postulat einer Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezeichnete er als unmöglich, denn diese bestehe zwar vor Abschluß des Arbeitsvertrages, danach sei der Arbeiter dann allerdings als Untergebener des Fabrikanten anzusehen. Kraft des Arbeitsvertrages sei er den Anordnungen und der Strafgewalt des Unternehmers unterworfen. Der Unternehmer sei in seinem Betrieb Inhaber der unbeschränkten Souveränität, die sich auf seinem Recht als Eigentümer gründe. «Die Arbeitsordnung sei der Ausfluß des souveränen Willens des Arbeitgebers, und dieser souveräne Wille beruhe auf seinem Eigenthumsrecht, sei ein natürlicher Ausfluß seines Rechtes als Arbeitgeber und Eigenthümer.»⁹²

87 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, 5. Session 1899/90, Bd. II, 1257.

88 Vgl.: Berlepsch, «*Neuer Kurs*» im *Kaiserreich?*; Born, *Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz*; Hentschel, *Geschichte der deutschen Sozialpolitik*; Tennstedt, *Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg*.

89 S.: Jaeger, *Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918)*, 268 ff.; Ullmann (*Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889*) läßt die unter-

schiedlichen Fraktionen und Positionen der Unternehmer deutlich werden und muß deshalb hier genannt werden, auch wenn sein eigentlicher Untersuchungszeitraum die Sozialgesetzgebung nach Bismarcks Rücktritt nicht einschließt.

90 Vgl.: Breger, *Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891*, 159 ff.

91 Hier u. im folgenden: Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901*, Bd. 3, 268 ff.

Der Vorschlag Wilhelms II., Arbeiterausschüsse einzurichten, die an Arbeitsordnungen und damit an der Organisation der Herrschaft im Betrieb zu beteiligen wären, kam einem Frontalangriff auf die etablierte Herrschaftsordnung in der Großindustrie gleich – und das erfaßte niemand deutlicher als Jencke. Obwohl er sonst interventionistischen Vorstellungen, gerade auch in der Sozialpolitik, durchaus zugeneigt war, wandte er sich im preußischen Staatsrat mit den Argumenten des Wirtschaftsliberalismus gegen gesetzliche Bestimmungen zum Arbeiterschutz. Die Gesetzgebung habe «sich möglichst zu hüten [...], in das Erwerbsleben der arbeitenden Bevölkerung einzugreifen», sagte er. «Ein solcher Eingriff liege zweifellos in der Beschränkung der Arbeitszeit Erwachsener, sowie auch darin, wenn gesetzliche Bestimmungen getroffen würden, welche die Frau gegen ihren Willen von der Beschäftigung in der Fabrik ausschlossen.»⁹³ Daneben wies er auf den Kostenfaktor hin, den die zu diesem Zeitpunkt bestehende Sozialversicherung bereits für die Industrie bedeute. Sie treibe die Preise für deutsche Produkte in die Höhe und vermindere so deren Konkurrenzfähigkeit. «Eine übermäßige Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung [...] könne sehr leicht in das Gegentheil umschlagen, die deutsche Industrie vom Weltmarkte verdrängen und in Folge dessen einen Mangel an Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter zur Folge haben.»

Jencke führte weiter aus, daß in der Eisenindustrie Frauen- und Kinderarbeit nicht üblich sei und plädierte auch nicht für extensive Sonntagsarbeit. Sonntagsarbeit, die dazu diene, lediglich die Produktion zu vermehren, betrachte er vielmehr «unbedingt als verwerflich», trotzdem sei es in manchen Betriebsbereichen wie an Hochöfen unbedingt erforderlich, daß an jedem Tag gearbeitet werde. Wenn also ein Gesetz erlassen werde, so müsse es unbedingt Ausnahmeregelungen für solche Fälle enthalten. Der Kruppsche Direktoriums vorsitzende legte also Wert darauf, nicht für Sonntagsarbeit oder gar für deren Ausweitung einzutreten und auch die Frauen- und Kinderarbeit nicht aus eigenem Gewinnstreben zu befürworten. Vielmehr lehnte er, von einem konsequent liberalen Standpunkt aus argumentierend, lediglich gesetzliche Vorschriften für die Wirtschaft als Beschneidung der Freiheit sowohl der Arbeiter wie auch der Fabrikherren ab.

Er war derjenige, der schärfer als seine Kollegen auf das Grundsätzliche der geplanten Vorschrift hinwies und sich aus diesem Grund ganz entschieden gegen sie wandte. Er sprach dem Staat das Recht ab, in das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen, denn der Arbeitsvertrag sei eine private Abmachung. «Nur bei dieser Auffassung und ihrer unweigerlichen Durchführung werde dem Arbeitgeber diejenige Stellung im wirtschaftlichen Organismus gewahrt werden können, die er einnehmen müsse, wenn durch das Zusammenwirken von Intelligenz, Kapital und Arbeit in dem Rahmen der bestehenden Staats- und Wirt-

92 Ebd., 270.

93 Hier u. i. folgenden: Niederschrift über die Sitzung des Staatsrat – Abteilungen vom

26. Februar 1890 unter Vorsitz des Kaisers, Druck bei: Schneider, *Der preußische Staatsrat 1917–1918*, Anlage 8, 314 ff., hier 317.

schaftsordnung die notwendige höchste Wirkung erzielt werden solle.»⁹⁴ Wenn dies auch allgemein klingt, verknüpft es doch sehr eindeutig die Staatsordnung und die Wirtschaftsverfassung. Den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei den Arbeitsordnungen einzuräumen hieße, die Souveränität des Unternehmers in Frage zu stellen, und dann sei der Weg nicht mehr weit zur Infragestellung auch der monarchischen Autorität. Und diese hatten die Kritiker der Arbeiterausschüsse durchaus auch im Blick, nicht nur ihre Herrschaft im Betrieb. Aus genau diesem Motiv resignierte Stumm nach den Verhandlungen im Staatsrat recht bald. Er hielt nun die Einrichtung der Arbeiterausschüsse für unausweichlich, auch wenn er sie weiterhin entschieden ablehnte, denn nach den kaiserlichen Erlassen vom Februar, in denen Wilhelm II. seinen Willen hierzu explizit bekundet hatte, hätte, wie Stumm notierte, «ein *desaveu* derselben [...] dem monarchischen Prinzip mehr geschadet, als diese Arbeiterausschüsse es tun werden».⁹⁵

So entschieden sie die Pläne des jungen Kaisers ablehnten, so sehr stimmten Industrielle wie Jencke und Stumm demgegenüber mit Bismarck überein. Die große Unterstützung und Wertschätzung, die Bismarck stets aus den Reihen der Großindustrie erfuhr, erklärt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Anschauungen, die sich mit Bismarcks Ziel und Strategie in weiten Teilen deckten.⁹⁶ Man war zu materiellen Zugeständnissen bereit, solange diese nicht die Substanz bedrohten und vor allem, solange sie den Bestand der Herrschafts- und Sozialordnung nicht antasteten. Beide, die Industriellen und Bismarck, sahen hier eine Parallele zwischen der staatlichen und der betrieblichen Herrschaftsordnung, während der junge Wilhelm II. versuchte, über eine Änderung der betrieblichen Herrschaftsordnung die Zustimmung der Arbeiterschaft zur staatlichen Ordnung in der bestehenden Form, also zum monarchischen Prinzip, zu gewinnen. Hier war natürlich auch er nicht zu Reformen bereit, im Gegenteil: Seine Bemühungen, ein «persönliches Regiment» zu etablieren, selbst zu regieren, bedeuteten den Versuch einer Rückkehr zum Absolutismus, eine klare Absage an Bestrebungen zur Parlamentarisierung und Konstitutionalisierung. Seine Versuche, per Gesetz in die Organisation der betrieblichen Herrschaft einzugreifen, standen damit im Widerspruch zu seinen Vorstellungen von staatlicher Herrschaft.

Zusammenfassung

Im Verhältnis des Unternehmens zum Staat bestand die Devise beim Inhaberwechsel darin, die bisherige Linie fortzuführen und keine grundsätzlichen Veränderungen vorzunehmen. Zwei Bereiche waren in diesem Zusammenhang zu betrachten: Die in erster Linie atmosphärischen Beziehungen zum Kaiser und zu hohen Würdenträgern stellten einen zentralen Aufgabenbereich F. A. Krupps dar, in

⁹⁴ Bueck, *Der Centralverband deutscher Industrieller* 1876–1901, Bd. 3, 670f.

dem der Inhaber auch nicht durch einen angestellten Manager ersetzt werden konnte. Ihr Ziel bestand darin, das Wohlwollen und damit die Protektion Wilhelms, die Ausnahmestellung der Firma Krupp zu erhalten, die durch Krupp-Gegner in den Militärbehörden stets gefährdet waren. Die Vertretung der politischen Interessen der Firma hingegen fiel in die Zuständigkeit des Direktoriums-vorsitzenden Jencke. Auch mit dieser Aufgabenteilung wurde eine bereits zu Lebzeiten Alfred Krupps angelegte Linie fortgeführt. Daß die Kontinuität einen solchen Stellenwert erhielt, lag zum einen am erklärten Willen des Erben F.A. Krupp, zum anderen verbürgte die Person des Alfred-Vertrauten Jencke, daß auch weiterhin nach dessen Grundsätzen verfahren wurde.

Tatsächlich verhielt sich der neue Besitzer des Unternehmens dann doch in manchem anders als sein Vater. Anders als dieser ordnete er seine Loyalität zu Kaiser und Staat nicht unbedingt dem Firmeninteresse unter, sondern ließ sich vielmehr auch hier in die Pflicht nehmen. Dem Wunsch des Kaisers entsprechend ordnete er gegen den Rat der Direktoren die Teilnahme an der Weltausstellung von Chicago an⁹⁷, aus Pflichtgefühl und gegen seine Neigung kandidierte er für den Reichstag. Mit diesem halbherzigen Engagement erlangte er dort dann auch keinen politischen Einfluß.

Auffällig ist allerdings, daß seit den 1890er Jahren der Einbindung des Unternehmens in die politischen Strukturen, wie sie über die industriellen Interessenverbände erfolgte, von F.A. Krupp und von Jencke erheblich größeres Gewicht beigemessen wurde. Dabei blieb es, wie schon zu Alfred Krupps Lebzeiten üblich, dabei, daß dieses Engagement nicht vom Inhaber persönlich, sondern vom Direktoriumsvorsitzenden wahrgenommen wurde.

95 Zit. n.: Hellwig, *Karl Ferdinand Frh. v. Stumm-Hallberg 1836–1901*, 407 f.

96 Zu den Motiven und Zielen von Bismarcks Sozialpolitik seit den 1860er Jahren s.: Born, *Staat und Sozialpolitik*; Vogel, *Bismarcks Arbei-*

tersicherung, 131 ff.; zur Haltung der Unternehmer ebd., 34 ff.

97 S.o.: Kap. I.3.A: Die Beteiligung der Firma Krupp an den späteren Weltausstellungen.

3. Industrielle Öffentlichkeitsarbeit

A: Die Selbstdarstellung der Firma

Ein neuer Wind?

Bestand im Bereich der Beziehungen von Krupp zum Staat und zum Monarchen das erklärte Ziel in den 1890er Jahren darin, die Kontinuität zu wahren, wurden im Bereich des Umgangs mit der Öffentlichkeit schon bald nach dem Inhaberwechsel neue Akzente gesetzt. Obwohl F. A. Krupp in der Sultan-Hamid-Affaire bereits hatte spüren können, wie aufmerksam und teilweise mißtrauisch er von der Presse beobachtet wurde, war er von Anfang an sehr viel stärker als sein Vater gewillt, die Firma nach außen zu öffnen. Leider sind keine Dokumente erhalten, die diese grundsätzlichen Überlegungen dokumentieren. Dem Bereich scheint auch nicht die höchste Dringlichkeit eingeräumt worden zu sein, denn Friedrich Alfred Krupp führte keinen abrupten Kurswechsel herbei. Doch im November 1890 erschien in der Leipziger «Illustrierten Zeitung» ein Artikel, der zu Lebzeiten seines Vaters undenkbar gewesen wäre.¹ Das 1843 von Johann Jacob Weber gegründete Blatt war die älteste illustrierte Wochenschrift Deutschlands, ein Unterhaltungsmagazin, das mit Holzschnitten und Lithographien reich bebildert war und sich an ein breites Publikum richtete. Dieses Forum wollte die Firma nun für einen auf Imagegewinn zielenden Artikel nutzen. Autor der reich illustrierten, ausschließlich der Essener Gußstahlfabrik gewidmeten «Krupp-Nummer» war der Leiter des Kanonenressorts, Hermann Haedenkamp², und so kann man davon ausgehen, daß der Text nicht nur im Sinne der Firma geschrieben war, sondern daß die Sache sogar auf ihren Wunsch und ihre Initiative zustande kam.

Während Alfred Krupp Besucher stets von der Fabrik ferngehalten hatte, wurden hier gewissermaßen die Fabrikttore weit geöffnet, denn der Artikel ist in der Form eines Rundganges über das Firmengelände geschrieben. Darin eingewoben werden das Herstellungsverfahren von Tiegelstahl und das Bessemerverfahren ausführlich erläutert, das Schmieden mit den Dampfhammern und die Schienenherstellung beschrieben. Sogar in die Kanonenwerkstatt erhielten die Leser Einblick.

Die Illustrationen machen den Fertigungsprozeß anschaulich und vermitteln einen Eindruck von der Fabrik, vom glühenden Stahl und den Dimensionen der

1 «Illustrierte Zeitung» Nr. 2471 vom 8. 11. 1890.

2 Hermann Haedenkamp war seit 1877 Ressortchef im Kanonenressort und erhielt 1895

Prokura. S.: HA Krupp Sachkartei, Gruppe R II L, Stichwort «Leipziger Illustrierte Zeitung» 1890, zu Haedenkamp s.: Kessler, *Zur Geschichte des Managements bei Krupp*, 251.

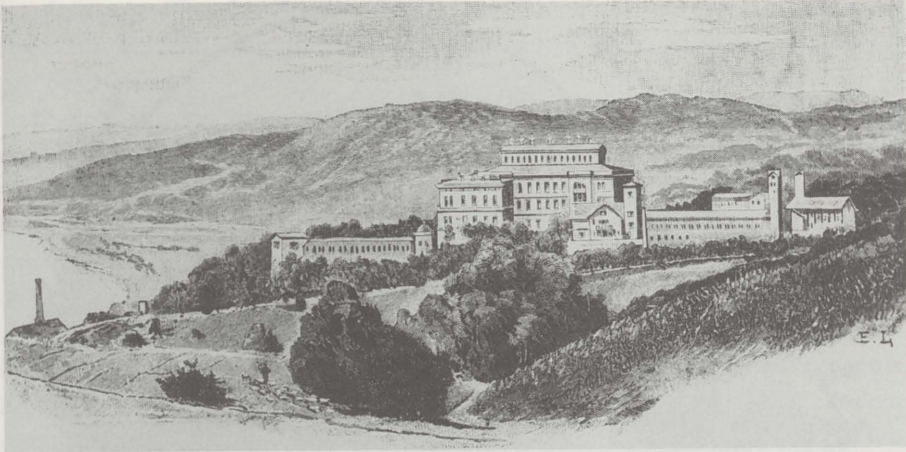


Abbildung 22: Villa Hügel, Holzstich aus «Leipziger Illustrierte Zeitung» v. 8. 11. 1890.

Maschinen. Zugleich liefern sie Momentaufnahmen aus dem Fabrikalltag, die nicht unmittelbar mit dem Produktionsprozeß in Verbindung stehen. Zwar werden die Arbeiter in dem Text, der sich hauptsächlich mit dem Fertigungsprozeß und seinen technischen Dimensionen beschäftigt, kaum berücksichtigt, doch die Illustrationen zeigen wartende Frauen «Mittags 12 Uhr vor dem Eingang der Fabrik», die ihren Männern das Essen bringen, und das Gewimmel auf der Limbeker Chaussee «vor Beginn der Arbeit». Auch die Verbandstelle kommt im Text nicht vor, doch im Bild wird gezeigt, wie ein Sanitäter in Uniform einem verletzten Arbeiter Kopf und Hand verbindet. Standen am Anfang des Artikels die rauchenden Schloten der Fabrik in einer Gesamtansicht, so werden zum Schluß der Lazarettgarten und die baumbestandene Straße einer Arbeiterkolonie gezeigt, auf der Kinder spielen und Frauen die Wäsche zum Bleichen in der Sonne ausgebreitet haben – eine Idylle, die Gedanken an schlechte Luft und den schwarzen Rauch der nahen Fabrik nicht aufkommen lassen soll.

Wenn diese Bilder von der Großzügigkeit der Fabrikherren und ihrer Fürsorge für die Arbeiter sprechen, so illustriert die Abbildung des kleinen Stammhauses inmitten der gigantischen Fabrikanlagen ihre Bescheidenheit. Das «Motto» Alfred Krupps ist in seiner Handschrift zu lesen: «Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein, dann bringt Arbeit Segen, dann ist Arbeit Gebet».³ Für die Darstellung der Villa Hügel ist eine Form gewählt, die dem Bild des bescheidenen, dem Gemeinwohl verpflichteten Fabrikherrn so wenig als möglich widerspricht: Man sieht die Gebäude nur von weitem, so daß ihre Pracht kaum deutlich wird und statt dessen die Landschaft stärker in den Vordergrund tritt.

3 S. Abbildung 19.



Abbildung 23: Das Kruppsche Stammhaus auf dem Fabrikgelände; Holzstich aus «Leipziger Illustrierte Zeitung» v. 8. 11. 1890.

Ein solcher Artikel sollte zunächst das Interesse eines breiten Lesepublikums an der Firma befriedigen, das sich natürlich aus der reinen Größe und dem Reichtum ihres Inhabers ergab. Trotz der fortschreitenden Industrialisierung hatten weite Teile des Bürgertums kaum eine Vorstellung vom Fabrikalltag. Gegen die Kritik der Sozialdemokraten, die aber mittlerweile auch von zeitkritischen Literaten und Malern aufgegriffen wurde, setzte man mit einem solchen Artikel die Schilderung der Großartigkeit der Leistungen, die die Industrie vollbrachte, ergänzt durch die Darstellung der Fürsorge der Firmenleitung für die Werksangehörigen. Eine nachhaltige Beeinflussung der Stimmung war mit einem solchen Artikel allerdings kaum zu erzielen, zumal er ein Einzelfall blieb.

Gegenwind: Die zweite Napoleon-Affäre

Zugleich führte der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Firma Krupp dazu, daß die Öffentlichkeit ihren Inhaber zunehmend aufmerksam beobachtete. Dabei wurde, was in Essen geschah, durchaus auch als Politikum wahrgenommen. Der mächtiger werdende «Industriebaron» mußte gegen den Verdacht kämpfen, es an

Loyalität gegenüber dem Staat, an Patriotismus fehlen zu lassen und statt dessen die eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen höher zu stellen als diejenigen der Nation.

Diese Erfahrung, die man bereits 1887 während der Sultan-Hamid-Affaire gemacht hatte, wiederholte sich 1892. Wieder wurde dem Firmeninhaber – ähnlich wie 1887 – devotes Verhalten gegenüber einem auch diesmal wieder als schwach bezeichneten Herrscher und zugleich antipatriotischer Firmenegoismus vorgeworfen. Diesmal geriet aber nicht Friedrich Alfred Krupp ins Kreuzfeuer der Medienkritik, sondern sein Vater Alfred. Der Sachverhalt war der gleiche wie 1873, als die «Napoleon-Briefaffäre», wie bereits geschildert, das erste Mal die Öffentlichkeit beschäftigt hatte.⁴ Auslöser war diesmal die «Judenflintenhetze» genannte Kampagne gegen Ludwig Loewe, dem vorgehalten wurde, im Jahr 1886 mit dem damaligen französischen Kriegsminister über Waffenlieferungen verhandelt zu haben. Um den Vorwurf zu entkräften, der Jude Loewe sei zu wenig patriotisch und habe aus Profitstreben dem Vaterland schaden wollen, verwiesen die «Vossische Zeitung» und das «Berliner Tageblatt» auf Alfred Krupp, der sich 1868 genauso verhalten habe. Wieder wurde der Brief vom 29. April 1858 mit dem falschen Datum 1868 angeführt sowie diesmal ein weiterer, tatsächlich aus dem Jahr 1868, vom 23. Januar stammender. Es handelte sich um ein von Heinrich Haaß, dem Pariser Vertreter der Firma, verfaßtes Begleitschreiben zu zwei Broschüren über Schießversuche. Der französische Kaiser galt als besonders interessiert an Artillerie und als versiert auf diesem Gebiet, dennoch erhielt Krupp keine Antwort aus den Tuileries.⁵

Durch die abermalige, durch Krupp 1873 bereits widerlegte falsche Datierung des Briefes vom 29. April 1858 auf das Jahr 1868 schien es, als habe Krupp vom Desinteresse zeigenden Schweigen Napoleons unbeeindruckt einen zweiten Annäherungsversuch im April gemacht. Das formelhaft höfliche Begleitschreiben, das 1858 den Atlas mit Zeichnungen Kruppscher Produkte begleitete, der gleichzeitig an mehrere Staatsoberhäupter versandt wurde, mußte durch das falsche Datum als plumpe Anbiederung erscheinen, vor allem aber dann die gestanzte höfliche und dennoch distanzierte Antwort des französischen Kaisers als der blanke Hohn.

Als die Geschichte im Dezember 1892 von der «Vossischen Zeitung» und dem «Berliner Tageblatt» erneut thematisiert wurde, ging es zunächst gar nicht eigentlich um Krupp, sondern darum, mit dem Hinweis auf ein ähnliches Verhalten Krupps den jüdischen Fabrikanten Loewe zu verteidigen, der unter dem Verdacht

4 S.o.: Kap. I.3.C: Die Napoleon-Briefaffäre.

5 Der Brief war dem 1873 in Paris erschienenen Werk entnommen «Papiers secrets et Correspondance du second Empire». Vgl.: Aktennotiz Ernst Schröder zu «Alfred Krupp und Napoleon III. v. 15. 8. 1955, 2, einliegend in:

GSt 74 (WA 7 f 406: Fried. Krupp und Napoleon III. Briefaffäre 1858/1868 und Stellung Alfred Krupps zur französischen Regierung hinsichtlich Waffenlieferungen 1855–1879).

stand, ein Vaterlandsverräter zu sein. Die Sache wurde dann allerdings schnell zur gegen Krupp gerichteten Affäre, woran nicht zuletzt das ungeschickte Verhalten der Firma schuld war, das von den Grundsätzen «Dementieren und Vertuschen» geleitet zu sein schien.

Als Forum der eigenen Rechtfertigung nutzte man die «Berliner Politischen Nachrichten», die als Nachrichtendienst eine hohe Verbreitung ermöglichten. Dort erschien am 20. Dezember 1892 ein Dementi⁶, in dem wie bereits 1873 darauf hingewiesen wurde, daß der April-Brief zehn Jahre älter sei als in den Zeitungen angegeben. Allerdings unterstellte man den Zeitungen eine absichtliche Fälschung, indem unzutreffenderweise behauptet wurde, das richtige Datum sei in dem französischen Briefband «L'Allemagne aux Tuileries» genannt. So erschien nun Krupp als der Fälscher. Hinzu kam, daß man den im Januar 1868 geschriebenen Brief nicht dementieren konnte und also dazu schwieg. Das wurde als Schuld eingeständnis gewertet. Krupp verkündete in den «Berliner Politischen Nachrichten», die Firma sei «ihrem Grundsatz, keinerlei Kriegsmaterial, insbesondere auch keine Gußstahlgeschütze an Frankreich zu liefern, zu keiner Zeit untreu geworden».⁷ Auch das entsprach nicht den Tatsachen: Krupp hatte Gußstahlkanonen nach Frankreich geliefert, wenn auch nicht sehr viele und in Absprache mit der preußischen Regierung.

Durch diese ungeschickte Mischung aus Unrichtigkeiten, falschen Beschuldigungen und Schweigen machte sich Krupp erst recht verdächtig. Die «Vossische Zeitung» wiederholte am Tag darauf die Behauptung, Krupp habe 1868, als Frankreich «Rache für Sadowa» forderte und der deutsch-französische Zusammenstoß bereits zu erwarten gewesen sei, sich bei dem auch innenpolitisch geschwächten Napoleon III. mit «unablässigen Angebote[n] und Aufmerksamkeiten»⁸ angebidert. Wenn Krupp nicht nach Frankreich geliefert habe, so die weitere Folgerung der Zeitung, so sei das folglich nicht in patriotisch motivierter Zurückhaltung begründet, sondern allein darauf zurückzuführen, daß er keine Aufträge erhalten habe. Eine nochmalige Erwiderung von Seiten des angegriffenen Unternehmens erfolgte nicht, so daß die Vorwürfe im Raum stehenblieben und auch in Krupp-Monographien stets wiederholt wurden – selbst der Autor der offiziellen Firmengeschichte Berdrow kam nicht an dem Thema vorbei und versuchte lediglich, die politische Situation von 1868 zu relativieren, um Krupp zu entschuldigen.⁹

Hier soll nun nicht die tatsächliche Haltung Alfred Krupps diskutiert werden, vielmehr wird deutlich, in welchem Ausmaß die Firma Fried. Krupp mittlerweile

6 Abgedruckt in: GSt 74 (WA 7f 406), 9ff.

7 «Berliner Politische Nachrichten» Nr. 297 v. 21. 12. 1892, Abschrift in: GSt 74 (WA 7f 406), 13.

8 «Vossische Zeitung» Nr. 598 v. 21. 12. 1892, Abschrift in: GSt 74 (WA 7f 406), 18.

9 Vgl.: Menne, *Krupp. Deutschlands Kanonenkönige*, 108 ff; Berdrow, *Alfred Krupp*, Bd. 2, 169 f.; s.a. Pritzkolet, *Männer – Mächte – Monopole*, 132.

als die «Waffenschmiede der Nation» zu einem Gegenstand des öffentlichen politischen Interesses geworden war. Was sich in der ersten Auflage der Napoleon-Briefaffäre 1873 angedeutet hatte, wurde nun manifest: Das Geschäftsverhalten Krupps wurde nicht mehr als Firmenangelegenheit und damit als Privatsache angesehen, sondern als Politikum. Auffällig ist auch, daß es gerade Krupp nur unzureichend gelang, sich in der nationalistisch aufgeladenen Atmosphäre der 1890er Jahre als patriotisches Musterbeispiel darzustellen. Der Verdacht mangelnder Loyalität dem eigenen Staat gegenüber hatte sich zunächst gegen Juden gerichtet, denen man sowohl in Deutschland als auch in Frankreich – was in der Dreyfus-Affäre deutlich wurde – unterstellte, nicht dem Vaterland, sondern zuerst der jüdischen «Nation» gegenüber loyal zu sein. Daß Krupp dem gleichen Verdacht ausgesetzt war, zeigt, daß ein Großindustrieller also auch bereits latent verdächtig war, den finanziellen Eigennutz, das Eigeninteresse der Firma der Loyalität zu Staat und König überzuordnen. Indem man die fast 20 Jahre alten und seinerzeit zurückgewiesenen Vorwürfe gegen Alfred Krupp wiederholte, traf der Vorwurf des mangelnden Patriotismus einen hoch angesehenen Mann, der im allgemeinen Bewußtsein als herausragender Industrieller und großer Patriot galt und dem ein großer Anteil am wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Deutschlands zugeschrieben wurde.

Alfred Krupp war seit den fünfziger Jahren bis in die Reichsgründungszeit nicht nur für die Kanonen gefeiert worden, die zu den preußischen Siegen von Königgrätz und Sedan beigetragen hatten, sondern zunächst vor allem dafür, daß er als Gußstahlproduzent, mit seinen Erfolgen auf den Weltausstellungen in London und Paris und mit seinen Eisenbahnradreifen, maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands beigetragen hatte. Dieses hohe Ansehen des Industriellen begann in den 1890er Jahren allmählich zu schwinden, dafür gewann die Vermutung Raum, daß Krupp seinen Erfolg und seinen immensen Reichtum auf Kosten der Gesellschaft und des Staates erreicht haben könnte. Dieser Wandel der öffentlichen Einschätzung des Unternehmens und seiner Inhaber wurde in der Firma sehr spät und nur unzureichend wahrgenommen. Nur so ist es erklärlich, daß man in der Napoleon-Briefaffäre so unbeholfen und ungeschickt reagierte und damit das negative Bild des eigensüchtigen, nur auf seinen Gewinn fixierten und dafür alle Bindungen und Loyalitäten hintanstellenden Industriellen in den Augen der Öffentlichkeit bestätigte, wenn nicht sogar verstärkte.

Wie stark das Unternehmen in der Öffentlichkeit beachtet wurde, sein Geschäftsgebahren als politisches, zumindest aber als gesellschaftlich relevantes Handeln betrachtet wurde, wie sehr man den Namen Krupp in politischen Auseinandersetzungen einsetzen konnte, wurde vom Nachrichtenbüro und vom Direktorium offenbar nicht wahrgenommen.

B: Das Kruppsche Nachrichtenbüro

«Eine Art Intelligence Office»: Die Denkschrift Menshausens

Das Jahr 1890 brachte für den Umgang des Unternehmens mit der Presse eine weitere Neuerung von größerer Tragweite, als es die Sondernummer der «Illustrierten Zeitung» darstellte: Im November dieses Jahres wurde in der Firma ein «Nachrichten-Bureau» eingerichtet.¹⁰ Als eine Pressestelle im heutigen Sinne war die neue Abteilung allerdings nicht geplant, sondern als «artilleristisches Informations-Bureau, eine Art Intelligence Office», wie es in der Denkschrift zur Einrichtung dieser neuen Abteilung heißt.¹¹ Der Autor dieser Denkschrift war Carl Menshausen, ein persönlicher Freund F. A. Krupps und Vertreter der Firma in den Mittelmeerländern.¹² Er ging bei seinen Überlegungen von der Feststellung aus, daß sich die Konkurrenzsituation gerade auf dem Gebiet der Waffenproduktion zu dieser Zeit zuspitzte, daß Krupp nicht mehr die unangefochtene Sonderstellung einnahm, die das Unternehmen in den sechziger und vor allem den siebziger Jahren innegehabt hatte. Es bedürfe daher größerer Anstrengungen, um einerseits die Konkurrenz zu beobachten und daneben auch und vor allem mit den Regierungen derjenigen Staaten in Kontakt zu bleiben, die als Kunden in Frage kämen, auch wenn gerade kein konkretes Geschäft verhandelt werde.

Hierfür sollten, so schlug Menshausen vor, die Kontakte zwischen der Zentrale in Essen und den Vertretern der Firma im Ausland intensiviert werden. Es sei nicht ausreichend, wenn die Korrespondenz zwischen den Vertretern und der Firma lediglich die Berichte über konkrete Verhandlungen betreffe, die als «KriegsMaterial Korrespondenz», im Firmengebrauch «K.M.» abgekürzt, bezeichnet und mit der Abteilung für Kriegsmaterial geführt wurde. Menshausen wies darauf hin, daß

10 Rundschreiben v. 13. 11. 1890, in: HA Krupp WA 4/1800, Druck bei Benz, *Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes*, 209f. Die Dokumente entsprechen vollständig, bis hin zu handschriftlichen Unterstreichungen, dem Exemplar im Krupp-Archiv, was die Annahme nahelegt, daß es sich bei Muehlons Handexemplar, das Benz hier veröffentlicht hat, um eine Kopie aus der Akte WA 4/1800 handelt.

11 Carl Menshausen an das Direktorium der Firma Friedr. Krupp v. 30. 5. 1890, in: HA Krupp, WA 4/1800; Druck bei Benz, *Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes*, 204ff., hier 205.

12 Carl Menshausen (1847–1909) war bereits seit langem als Kaufmann in Ägypten tätig gewesen, als er dort 1875 Friedrich Alfred Krupp kennenlernte. 1878 trat er in die Firma Krupp ein, organisierte 1880 die Vertretung

in China und übernahm 1881 die Pariser Vertretung. Friedrich Alfred Krupps Versuch, ihn kurz nach dem Tod seines Vaters ins Direktorium zu berufen, scheiterte zunächst am Einspruch Jenckes. Menshausen vertrat daher bis 1893 die Interessen der Firma in den Mittelmeerländern und trat schließlich 1893 in das Direktorium ein. Sein Tätigkeitsfeld blieb dabei die kaufmännische Seite des Waffengeschäftes, zu der vor allem auch die Pflege der Beziehungen zu ausländischen Regierungen gehörte. 1904 schied er aus gesundheitlichen Gründen aus dem Direktorium aus, blieb der Firma aber als Mitglied des Aufsichtsrates bis zu seinem Tod verbunden.

S.: AK BN 21 (FAH 2 M 78.21), 260; Nachruf auf Carl Menshausen, in: «Stahl und Eisen» 29/1909, 1337f.; HA Krupp Personenkartei.

über diese konkreten Geschäftsnachrichten hinaus zuwenig allgemeine Informationen zwischen der Zentrale und den Vertretern im Ausland ausgetauscht würden. So seien die Vertreter einerseits häufig nicht ausreichend über neue technische Entwicklungen und das Geschehen in der Firma informiert, zugleich wisse die Firma nicht genug über die Verhältnisse in den jeweiligen Ländern, über wirtschaftliche und politische Entwicklungen, über eventuell geplante Rüstungskäufe und die Aktivitäten der Konkurrenz sowie über die öffentliche Diskussion zu diesen Themen.

Menshausen schlug vor, den Informationsaustausch zwischen den Vertretern und der Firma zu intensivieren und auf Bereiche auszudehnen, die nicht unmittelbar und direkt mit einem konkreten Geschäft zu tun hätten. Als Anlauf- und Koordinierungsstelle für diese Nachrichtenströme sollte das einzurichtende Nachrichtenbüro dienen, das alle Informationen zu sammeln und an die jeweils betroffenen Stellen innerhalb der Firma weiterzuleiten hätte. Die Vertreter sollten aufgefordert werden, hierher «alle Nachrichten, Zeitungsausschnitte und Broschüren gelangen zu lassen, die sich irgendwie auf Kriegsmaterial beziehen oder die nach ihrem Ermessen von Einfluß auf Bestellungen in solchem Material sein können, also auch finanzielle, persönliche und eventuell politische Nachrichten».¹³ Auf diese Weise würde die Firma zugleich ein wenig unabhängiger werden von ihrem jeweiligen Vertreter in einem Land, meinte Menshausen, denn wenn nicht er allein über genaue Kenntnis der dortigen Verhältnisse verfügte, sondern diese auch in der Firma selbst zur Verfügung stünden, seien strategische Entscheidungen leichter zu treffen und auch die Kontinuität bei einem Vertreterwechsel besser zu gewährleisten.

Das «Informations-Bureau», wie Menshausen es in dieser ersten Denkschrift zunächst noch nannte, sollte also einerseits Informationen über die ausländischen Waffenkunden sammeln und so für die Zentrale leichter zugänglich machen, daneben war es aber auch als Ansprechpartner für die Vertreter gedacht, von dem sie über waffentechnische Neuerungen und Neuentwicklungen informiert würden sowie über mittel- und langfristige Planungen der Firma. Es war damit als eine Art Verbindungsglied konzipiert, das neben kaufmännischen und technischen alle weiteren politischen, persönlichen, strategischen oder sonstigen Informationen bündeln und den jeweils betroffenen Stellen zugänglich machen sollte, um auf diese Weise den Vertrieb zu unterstützen.

Menshausen wollte also die Kommunikation zwischen der Firma und ihren Vertretern bei den ausländischen Regierungen ausweiten und hierfür eine Zentralstelle schaffen, daneben sollte diese auch von Essen aus selbständig die öffentliche artilleristische und politische Diskussion der in- und ausländischen Presse beobachten und selbst Kontakte zu den Zeitungen unterhalten. Wenn auch die

¹³ Menshausen an das Direktorium der Firma Friedr. Krupp v. 30. 5. 1890, Druck bei:

Benz, *Die Entstehung des Kruppischen Nachrichtendienstes*, 205.

Fachpresse für Militärtechnik dabei zunächst im Vordergrund stand – ging es doch gezielt darum, mit Hilfe der neuen Abteilung den Waffenverkauf zu erhöhen –, so sah Menshausen doch auch, daß darüber die Tageszeitungen nicht ganz vernachlässigt werden durften. Er wies darauf hin, «daß die Firma diesen mächtigen Faktor in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung nicht unberücksichtigt lassen sollte»¹⁴, lieferte allerdings für dieses Gebiet noch keine genauen Vorschläge. «Die Praxis würde bald die geeignete Form für diese Benutzung der Presse finden lassen»¹⁵, bemerkte er nur knapp.

Daß Menshausen gerade über den Umgang der von ihm angeregten Abteilung mit der Presse so wenig konkrete Aussagen machte, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß er sich auf diesem Gebiet weniger gut auskannte als im Umgang mit Regierungen und in denjenigen Fragen, die das Verhältnis zwischen den Auslandsvertretern und der Essener Zentrale betrafen. Ein weiterer Grund mag darin liegen, daß die Firma hiermit Neuland betrat. Vom Unternehmen aus den direkten Kontakt zur Presse zu suchen, war Anfang der 1890er Jahre noch keineswegs üblich.¹⁶

Die öffentliche Meinung entwickelte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einem Kontrollorgan, vor dem sich staatliches Handeln zu rechtfertigen hatte. Dabei kam der Presse, die einen enormen technischen und ökonomischen Aufschwung erlebte, zunehmend eine zentrale Rolle als Kristallisationskern und Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung zu. Die Regierungen haben der Presse daher relativ früh hohe Aufmerksamkeit geschenkt und auch mit verschiedenen Mitteln versucht, sie zu beeinflussen.¹⁷ So gab es im Deutschen Reich von Anfang an ein Pressereferat, das im Auswärtigen Amt angesiedelt war und die in- und ausländische Presse beobachtete. Die Vorläufer dieser – zunächst und noch für einige Zeit recht bescheidenen – Abteilung reichten bis ins Jahr 1863 zurück, als Bismarck erstmals einen direkten Auftrag zur Beobachtung der Presse erteilt hatte.¹⁸

Der hohen Aufmerksamkeit, die der Staat der Presse und der in den Zeitungen zum Ausdruck kommenden öffentlichen Meinung schenkte, und der wachsenden Bedeutung, die die Presse für politische Prozesse gewann, steht eine auffällige Mißachtung oder besser Nichtbeachtung der Presse durch private Unternehmer gegenüber. Dies mag entscheidend damit zusammenhängen, daß «öffentlich» noch immer verstanden wurde als die Angelegenheiten des Staates betreffend.¹⁹ Handel und Industrie, Wirtschaft allgemein wurden hingegen als private Angelegenheiten der Unternehmer betrachtet. Presse und öffentliche Meinung galten

14 Ebd., 209.

15 Ebd.

16 Vgl.: Kunczik, *Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland*; Hategan, *Berufsgeschichte der Öffentlichkeitsarbeit*.

17 S.: Sängler, *Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung*; Groth, *Die*

Zeitung; Hategan, *Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit*, hier bes. Kap. 6.1: Berufsanfänge staatlicher Öffentlichkeitsarbeit.

18 S.: Vogel, *Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches*.

19 Vgl.: Höltscher, *Öffentlichkeit*, 438.

traditionell als ein Forum, auf dem die Belange der Politik und des Staates verhandelt wurden, während man Wirtschaft als Privatangelegenheit der Unternehmer betrachtete. Ganz in diesem Sinne hatte ja auch Alfred Krupp gedacht und gehandelt, wenn er wünschte, von der Presse «ungeschoren» zu bleiben.

Nach allem, was man bisher weiß, war die Firma Krupp die erste, die für den Umgang mit der Öffentlichkeit eine eigene Abteilung einrichtete.²⁰ Menshausens Argumentation macht deutlich, daß hierfür die Waffenproduktion entscheidend war, die eine besondere Kundenstruktur des Unternehmens bedingte. Bei Kanonen und Panzerplatten kamen nur Staaten als Kunden in Frage, mit denen die Firma also besonders enge Beziehungen pflegen mußte, von denen sie aber häufig allein aufgrund der räumlichen Entfernung nur wenig wußte. Politiker haben sich ebenso wie die politische Öffentlichkeit umgekehrt auch stets in erster Linie für diesen Zweig der Kruppschen Produktion interessiert und nicht für Achsen oder Bandagen. Menshausens Konzept des Nachrichtenbüros entspricht deshalb weniger den Presseabteilungen, wie sie Unternehmen heute unterhalten, sondern sehr viel mehr der des damaligen Auswärtigen Amtes. Die Vertreter sollten, so sein Vorschlag, nicht nur Aufträge akquirieren, sondern wie Botschafter Berichte und Dossiers über die Entwicklung in ihrem jeweiligen Land in die Zentrale senden. Die Beobachtung und gezielte Beeinflussung paßte sich dann in diese «Außenpolitik der Firma» ein. Menshausen wies zur Verdeutlichung seines Vorschlages und um klar zu machen, was genau er sich vorstellte, sogar selbst auf das Vorbild staatlicher geheimdienstlicher Informationsbeschaffung hin, wenn er die zu gründende Abteilung als «eine Art Intelligence Office»²¹ bezeichnete.

Aufgaben und Tätigkeit des Nachrichtenbüros

Als Menshausen seinen Vorschlag Anfang Mai²² 1890 dem Direktorium unterbreitete, waren dem bereits ausführliche Gespräche mit F. A. Krupp vorausgegangen.²³ Man kann also annehmen, daß die eigentliche Entscheidung, im Sinne Menshausens zu verfahren, zu diesem Zeitpunkt bereits gefallen war. In den folgenden Monaten war das Projekt häufig Gegenstand von Besprechungen, und im November konnte Menshausen einen «Entwurf der vorläufigen Organisation des Nachrichten-Bureaus für Kriegsmaterial», wie es von nun an in der Firma genannt wurde, vorlegen.²⁴ Danach sollte er selbst für die Organisation zuständig sein und

20 S.: Hategan, *Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit*, 120ff.

21 Menshausen an das Direktorium der Firma Friedr. Krupp v. 30. 5. 1890, in: HA Krupp, WA 4/1800; Druck bei: Benz, *Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes*, 205.

22 Das Dokument trägt das Datum vom 7. Mai 1890, ebd., 207.

23 Vgl.: Postskriptum zu: Menshausen an das Di-

rektorium der Firma Friedr. Krupp v. 30. 5. 1890, Druck bei: Benz, *Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes*, 208.

24 K.M. Nr. 1760 v. 13.10.90: «Entwurf der vorläufigen Organisation des Nachrichten-Bureaus für Kriegsmaterial», Druck bei: Benz, *Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes*, 208f.

auch die Leitung übernehmen. Zunächst waren vier Referenten als Angehörige der Abteilung vorgesehen, zusätzlich war geplant, einen Artillerie-Offizier als Fachmann für waffentechnische Fragen einzustellen.²⁵

Die Aufgaben des Nachrichtenbüros gliederten sich danach in drei Bereiche: So war einerseits die in- und ausländische Presse zu beobachten und relevante Artikel nach Ländern geordnet in einem Archiv zu erschließen.²⁶ Weiter sollte es über alle Veröffentlichungen der Firma, die Kriegsmaterial betrafen, informiert werden, eventuell sogar die Zuständigkeit für solche Veröffentlichungen erhalten. Als dritter Bereich sollte das Nachrichtenbüro resp. dessen Leiter immer über den Stand aller Verhandlungen der Firma über Waffengeschäfte informiert sein und auch die Korrespondenz mit den ausländischen Vertretern vor Ausgang paraphieren. Für das Funktionieren der Abteilung war zudem die Mitarbeit der ausländischen Vertreter von besonderer Bedeutung, und diese sollten dann auch gleich zu Beginn in einem ausführlichen Rundschreiben über die neue Einrichtung und ihre Ziele informiert werden.²⁷ Darin wurden sie zugleich aufgefordert, ein Organigramm derjenigen Behörden mit Angabe der verantwortlichen Persönlichkeiten anzufertigen, die Kriegsmaterial bestellten, die staatlichen und privaten Waffenfabriken des jeweiligen Landes zu nennen sowie den Stand der dortigen Rüstung anzugeben bzw. zu eruieren. Auch über die Zeitungslandschaft des jeweiligen Staates, zumindest, soweit sie die Rüstungsindustrie betraf, sollten die Vertreter eine Übersicht nach Essen schicken. Es war geplant, die Presse nicht nur zu beobachten, sondern nach Möglichkeit auch aktiv zu nutzen, d. h. Artikel zu initiieren oder gar zu lancieren.

Die Leitung des Nachrichtenbüros übernahm dann doch nicht Menshausen selbst. Sie wurde Adolf Lauter übertragen, den F. A. Krupp zwei Jahre zuvor der Deutschen Metallpatronenfabrik in Karlsruhe abgeworben hatte, weil er Erfahrungen bei der Organisation und Durchführung von Schießversuchen und der Repräsentation auf Industrieausstellungen hatte.²⁸ Lauter war weniger ein Fach-

25 Diese Planungen ließen sich dann aber nicht voll erfüllen, da die für das Nachrichtenbüro vorgesehenen Personen andere Tätigkeiten auszuführen hatten. So verfügte das Nachrichtenbüro zeitweilig nur über einen einzigen Referenten. Vgl.: Brief des Direktoriums an F.A. Krupp v. 30. 1. 1893, Druck bei: Benz, *Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes*, 211 f.

26 Diese Aufgabe entspricht sehr wesentlich den frühen «Bankarchiven», bei denen es sich weniger um historische Archive handelte als vielmehr um Dokumentationsstellen. Sie sammelten veröffentlichte Informationen über alle die Bank betreffenden Gebiete aus Politik und Wirtschaft, was der Aufgabe heutiger

Volkswirtschaftlicher Abteilungen entspricht. S. hierzu: Obst, *Bankarchive*.

27 S.: K.M. Nr. 1760 v. 13. 11. 1890, Entwurf Menshausens eines Rundschreibens an die Vertreter der Firma im Ausland, Druck bei: Benz, *Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes*, 209 f.

28 Adolf Lauter, geb. 1857, hatte sich nach einem Studium an der Polytechnischen Hochschule in seiner Heimatstadt Karlsruhe 1879 mit einer kunstgewerblichen Firma selbständig gemacht und mit dieser einige Auszeichnungen auf Ausstellungen erhalten. 1884 hatte er seine Firma liquidiert, um als Repräsentant bei der Deutschen Metallpatronenfabrik in Karlsruhe einzutreten. Zu seinen Aufgaben gehörte die

mann für Pressearbeit als für «Kundenveranstaltungen», die Pflege der Beziehungen eines Waffenproduzenten zu seinen Abnehmern. Daß man also Lauter die neue Abteilung übertrug und nicht einem Journalisten oder einem Techniker des Kanonenressorts, macht deutlich, daß deren Einrichtung nicht in erster Linie auf die Öffentlichkeit zielte, sondern auf die staatlichen Großkunden der Firma. Das Nachrichtenbüro sollte helfen, diese Beziehungen zu verstetigen und zu professionalisieren, sie vor allem stärker als bisher in der Essener Zentrale zu verankern.

Lauter orientierte sich beim Aufbau der Abteilung sehr eng an den Vorgaben Menshausens. So wurden die beim Nachrichtenbüro eingehenden Informationen und Zeitungsartikel in drei sogenannten «Zettelregistern» archiviert mit den Betreffs Kriegsmaterial (K.M.Z), Technik und Metallurgie (T.M.Z.) und Allgemeines (A.Z.). In diese letztere Kategorie wurden Nachrichten über Handel, Industrie, Politik, Soziales usw. aufgenommen.²⁹ Es entstand auf diese Weise ein Archiv, dessen Aufgabe darin bestand, «jederzeit schnell und sicher eingehend Auskunft [zu] erteilen über die Veröffentlichungen, die über einen bestimmten Gegenstand erschienen sind».³⁰

Das Nachrichtenbüro hatte die wichtigsten politischen Zeitungen Deutschlands sowie in- und ausländische Armee- und Militärzeitungen abonniert, die von den Referenten systematisch durchgesehen und ausgewertet wurden. Im Jahr 1902, für das ein Tätigkeitsbericht des Nachrichtenbüros erhalten ist, wurden insgesamt 238 Zeitungen und Zeitschriften mit 48.937 Einzelnummern durchgesehen.³¹ Den größten Teil machten dabei Militär- und Armeefachzeitschriften aus, neben der politischen Tagespresse Deutschlands, die natürlich ebenfalls aufmerksam beobachtet wurde. Daneben gingen noch Presseauschnitte von den ausländischen Vertretern ein sowie von je zwei Presseauschnittbüros aus Berlin, London und Paris. Auffällig ist dabei, daß Eisenbahn- oder Maschinenbaufachzeitschriften so gut wie keine Beachtung fanden, obwohl Krupp in diesem Jahr 1902 knapp 54% seines Umsatzes mit sogenanntem «Friedensmaterial» erzielte.³² Auch wenn

Organisation und Durchführung von mehrwöchigen Schießversuchen, durch die F.A. Krupp auf ihn aufmerksam wurde. Eingestellt wurde er zudem wegen seiner Ausstellungserfahrung, und er blieb auch nach der Gründung des Nachrichtenbüros für die Repräsentation der Firma auf den Industrieausstellungen zuständig. Für die Vorbereitung der Weltausstellung in Chicago 1893, die einen längeren Amerikaaufenthalt erforderlich machte, wurde er 1893 von der Leitung des Nachrichtenbüros entbunden, übernahm sie jedoch 1894 wieder bis zu seinem Tod am 22. 12. 1908. Lauter hatte stets ein recht vertrautes Verhältnis zu F.A. Krupp. Vgl.: Lebenslauf Lauters v. 2. 10. 1889, in: FAH 3 C 9; Lauter an Fried. Krupp v. 26. 4. 1894, in: WA 41/3-732.

²⁹ WA 11a 1,65, 1.

³⁰ Notiz v. 12. 9. 1900, in: WA 4/1800, 18. Das Archiv wurde im Zweiten Weltkrieg vernichtet.

³¹ WA 11a 1,65 und WA 4/1629.

³² S.: WA 56/360, 4. Allerdings muß man beachten, daß die prozentuale Verteilung des Umsatzes von Jahr zu Jahr schwankte und der Anteil des sogenannten Friedensmaterials im Geschäftsjahr 1902/03 mit 53,98% hoch war gegenüber 45,67% im vorangegangenen und 50,78% im folgenden Jahr. Hatte er sich bis dahin aber stets um die 50 Prozent Marke bewegt, sank er bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges auf unter 40 Prozent.

Am Bruttogewinn der Firma hatten die Friedensprodukte einen geringeren Anteil als am

die Firma also in ihrer Produktion durchaus nicht so einseitig auf Rüstungsgüter konzentriert war, blieb der von Menshausen bei der Gründung des Nachrichtenbüros 1890 vorgegebene Schwerpunkt der Tätigkeit auf dem Gebiet des «Kriegsmaterials», wie man es in der Firma nannte, sichtbar bestehen. Das zeigt sich auch an den Themen der internen Berichte, die auf der Grundlage dieser Presseartikel verfaßt wurden. Gegenstand dieser bis zu etwa 50 Seiten langen, gedruckten sogenannten «Avisé» waren wichtige Konkurrenzunternehmen, technische Neuerungen auf militärischem Gebiet und Berichte über einzelne Länder, meist Schießversuche oder andere waffentechnische Fragen.

Neben der Pressebeobachtung stellte 1902 der Kontakt zur Presse einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Arbeit des Nachrichtenbüros dar. Dieser Bereich, der in Menshausens Überlegungen noch eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, hatte im Laufe der Zeit an Umfang und Bedeutung zugenommen. Das Nachrichtenbüro erhielt damit allmählich – neben seiner Funktion als «Intelligence Office» – auch mehr und mehr die Funktion einer zentralen Anlaufstelle für die Presse und einer Koordinierungsstelle für die zunehmende Pressearbeit des Unternehmens. So sollte seit 1897 kein Briefwechsel mit Redaktionen und Journalisten mehr ohne die Beteiligung des Nachrichtenbüros stattfinden.³³ An das Nachrichtenbüro konnten sich Journalisten, Wissenschaftler und Militärs wenden, wenn sie Informationen und Material brauchten für Artikel und Vorträge sowie Fotos über das von ihnen recherchierte Thema. Hier wurden daneben auch von den Mitarbeitern selbst Artikel geschrieben und dann offen oder versteckt in der Presse «lanciert». Den weitaus größten Teil dieser «literarische Tätigkeit» genannten Aktivitäten machte allerdings das Überarbeiten und Korrigieren von Manuskripten aus, die von externen Journalisten verfaßt wurden. Insgesamt wurden im Verlauf des Jahres 1902 für mehr als dreißig Personen Artikel im Kruppschen Nachrichtenbüro kontrolliert oder überarbeitet. Einige Namen tauchen dabei nur sporadisch oder, besonders im Zusammenhang mit der Düsseldorfer Ausstellung, sogar nur einmal auf. Wie genau die Zusammenarbeit in diesen Fällen ausgesehen hat, ist nicht festzustellen. Eine Handvoll Namen allerdings werden immer wieder genannt. Diese Journalisten dürften also in einem engeren Verhältnis zur Firma gestanden haben. Häufig waren es ehemalige Militärs, die von Krupp bezahlt wurden und ihre Artikel mit der Firma abstimmten, offiziell aber als unabhängige Journalisten in verschiedenen politischen oder Fachzeitschriften veröffentlichten, meist ohne daß die jeweiligen Redaktionen, jedenfalls aber ohne daß das Publikum von der Verbindung zu Krupp wissen sollte.³⁴

Umsatz: Der Wert lag für das Geschäftsjahr 1902/03 bei 27,48 %. Er hatte 1889 bis 1891 noch um die 50 Prozent betragen, sank dann aber kontinuierlich auf etwa 20 Prozent bei Kriegsbeginn. S.: Ebd., 6.

33 Rundschreiben des Direktoriums v. 14. 7. 1897, in: WA 41/3–732.

34 S. Muehlon, *Ein Fremder im eigenen Land*, 82. Der in der Redaktion der «Berliner Börsen-Zeitung» tätige und von 1870 bis 1920 regelmäßige Zahlungen von Krupp erhaltende Jo-

Es wurden aber auch Redaktionen und Verlage von der Firma finanziell unterstützt, was als Möglichkeit genutzt wurde, Druck oder doch zumindest Einfluß auf die jeweiligen Presseorgane auszuüben.³⁵ Das Interesse hieran konzentrierte sich seit der Gründung des Nachrichtenbüros auf die militärischen Fachzeitschriften, auf deren Inhalte sich die Firma allmählich einigen Einfluß verschaffen konnte. Im Bilanzjahr 1896/97 erhielten – neben dem bereits in anderem Zusammenhang erwähnten Redakteur der «Berliner Börsen Zeitung», Josef Grünstein³⁶ – folgende Zeitungen regelmäßige Zahlungen aus Essen: R. Felix erhielt 2000 Mark für die «Deutsche Heereszeitung», Das Abonnement der «Militärisch Politischen Correspondenz» wurde mit 360 Mark verbucht.³⁷ Seit September 1898 wurde auch die «Marine Politische Correspondenz» gehalten für jährlich 480 Mark.

Rudolf Romane, der Leiter des Nachrichtenbüros nach dem Tod Lauters am 22. Dezember 1908³⁸, beschrieb von daher sicherlich keine Neuheit, sondern eine seit langem geübte Praxis, wenn er 1910 an den für Kriegsmaterial und damit auch für seine Abteilung zuständigen Direktor Eccius berichtete, daß das Verhältnis der Firma zu den führenden Fachzeitschriften «das denkbar beste» sei. Sie würden, schrieb er, «in den die Firma interessierenden Teilen mehr oder weniger von uns fertig redigiert [...]».³⁹

Man kann also sehen, daß die Firma Krupp in den 1890er Jahren begann, der Presse und damit der öffentlichen Meinung zunehmende Aufmerksamkeit zu schenken, sich dabei aber zunächst fast ausschließlich auf die Fachpresse für artilleristische und militärische Belange konzentrierte. Neben Angeboten, den Journalisten bei der Recherche und der Beschaffung von Material behilflich zu sein, steuerte das Unternehmen mit finanziellen Zuwendungen an Redaktionen und freie Journalisten die Blätter, so daß um die Jahrhundertwende in den für Krupp relevanten Fachzeitschriften im Grunde nichts mehr erschien, das nicht in irgendeiner Form mit der Firma abgesprochen und in ihrem Sinne war.

Anders sah es mit der allgemein-politischen Presse aus, die erheblich geringere Beachtung fand. Hier verzichtete man darauf, flächendeckenden Einfluß auszuüben – was auch schwieriger gewesen wäre als bei dem kleinen und überschauba-

sief Grünstein wird in der Aufstellung nicht erwähnt. S.: WA 4/1629: Nachrichten-Büro: Tätigkeitsbericht für 1902; vgl. o. Kap. I.3.C: «Es fehlt uns noch immer ein Litterat».

35 So wurde im Januar 1899 die Hauptkasse des Unternehmens angewiesen, vor der Ausführung von Zahlungen stets das Nachrichtenbüro zu unterrichten um sicherzustellen, daß nicht etwa gegen das Blatt oder den betreffenden Journalisten etwas vorliege. S.: Mitteilung d. Direktoriums für die Hauptkasse v. 3. 1. 1899, in: WA 41/3–732.

36 S.o.: Kap. I.3.C: «Es fehlt uns noch immer ein Litterat».

37 WA 4/2412.3 Bilanz pro 30. Juni 1897, Anlage 8: Beitrag zu diversen industriellen und wirtschaftlichen Vereinen & Zeitungssubventionen. Außerhalb der im engeren Sinne militärisch ausgerichteten Fachpresse erhielt in diesem Jahr Arthur Strecker 1500 Mark als Subvention der «Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz».

38 Cirkular v. 11. 3. 1909, in: WA 41/3–732. Romane wurde am 1. 7. 1915 von Dr. Andrew Thorndike abgelöst, der bis dahin dem Statistischen Büro vorgestanden hatte.

39 Exposé von Romane an Eccius v. 18. 2. 1910, in: WA 4/1800, 180.

ren Markt der militärtechnischen Fachpresse – und beschränkte sich statt dessen auf wenige Organe. Seit 1897 erhielten die «Berliner Politischen Nachrichten» jährlich 2800 Mark in der Form des Mehrfachabonnements von 7 Exemplaren⁴⁰, die «Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz» 600 Mark (5 Exemplare) und die «Neue politische Korrespondenz» 1200 Mark (10 Exemplare).⁴¹ Im Bereich der politischen Tagespresse war der Einfluß also weniger direkt, das Unternehmen erwartete aber durchaus Gegenleistungen in Form von freundlicher Berichterstattung. Erst nach der Jahrhundertwende wurden allmählich weitere Möglichkeiten genutzt, Druck auf die Tagespresse auszuüben oder zumindest Einfluß geltend zu machen.⁴² In diesem Sinne galten Anzeigen und auch das Bereitstellen von Informationen als «Unterstützung», die von einer wohlwollenden Haltung der Firma gegenüber abhängig gemacht wurden.⁴³ Aus diesem Grund hatten die Außenwerke dem Nachrichtenbüro regelmäßig Listen über alle Geschäftsinserate zu übermitteln. «Das N.B. ist, auf Grund der täglichen Zeitungskontrolle, am ehesten in der Lage, Tendenz, sowie Haltung der Blätter der Industrie im allgemeinen und Krupp im besonderen gegenüber zu beurteilen und zu prüfen, ob Gesuche um Unterstützung irgend welcher Art (durch Annoncen, oder Unterlagen) zu befürworten sind.»⁴⁴

Die allgemein-politische Presse, so war die lange Zeit vorherrschende Meinung des Direktoriums, berühre die Interessen der Firma nur indirekt, etwa in Fragen der Sozialpolitik, der Zoll- und Handelspolitik oder neuer Handelsgesetze. Da diese Themen die Industrie insgesamt betrafen, handelte man hier gemeinsam, also über die Interessenverbände, die auch die politische Pressearbeit besorgten.⁴⁵ Von Essen aus gab es nur «gelegentlich» «absichtlich herbeigeführte Inspirationen der Tagespresse»⁴⁶, denen das Direktorium dann auch nur geringes Gewicht beimaß, was bedeutete, daß diese Form von Pressearbeit ohne Beteiligung des Direktoriums erfolgen sollte. Nur in Fällen von herausragender Bedeutung, die zudem «einer gewissen politischen Färbung nicht entbehren»⁴⁷, hielt man eine Beteiligung der Konzernspitze und des Inhabers für notwendig. Seit der Napoleon-Briefaffäre von 1892 sei ein solcher Fall bislang nicht wieder vorgekommen, teilte das Direktorium dem Inhaber im Jahr 1900 mit.

40 Zu den Beziehungen F.A. Krupps zu Victor Schweinburg, dem Herausgeber der «Berliner Politischen Nachrichten» s.u.: Kap. II.4.A: Die Zusammenarbeit des Firmeninhabers mit Victor Schweinburg.

41 Vgl.: Aufstellung über die Beziehungen zwischen Nachrichtenbüro und Presse ohne Datum (wohl 1906), in: WA 4/1800, 123–124. Hierin werden die Mehrfachabonnements ausdrücklich als eine Form der Subventionierung bezeichnet.

42 S.u.: Kap. II.4.D: «Es herrscht gegen Krupp eine allgemeine Animosität».

43 Vgl.: Aufstellung über die Beziehungen zwischen Nachrichtenbüro und Presse ohne Datum (wohl 1906), in: WA 4/1800, 124.

44 WA 4/1800, 124. (Exposé ohne Datum und Autor über das Verhältnis der Firma zur politischen Tagespresse).

45 S.u.: Kap. II.3.C: Pressepolitik der Industrieverbände: Die Berliner Neuesten Nachrichten.

46 Bericht des Direktoriums an F.A. Krupp v. 1. 3. 1900, in: WA 4/1800, 9.

47 Ebd.

Der Tätigkeitsbericht von 1902 macht deutlich, daß der Aufgabenbereich des Nachrichtenbüros im Laufe der Zeit ausgeweitet wurde. Neben der Kontaktpflege zu den Firmenvertretern im Ausland und der Pressearbeit war das Nachrichtenbüro mittlerweile auch für allgemeine Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Zu diesem «Propagandatätigkeit» genannten Tätigkeitsbereich gehörte vor allem das Erstellen von Broschüren für ein breites Publikum. Hierin waren statistische Angaben zusammengefaßt, und sie enthielten Beschreibungen der Firma und ihrer Werkstätten. 1902 wurde auch ein «Führer durch die Kruppschen Arbeiterkolonien» erstellt. Weiter bereitete das Nachrichtenbüro die Präsentation der Firma auf Messen und Ausstellungen vor: Zunächst auf der Chicagoer Weltausstellung 1893, für die der Leiter des Nachrichtenbüros, Adolf Lauter, für ein Jahr von allen anderen Pflichten entbunden wurde, später auf der Düsseldorfer Ausstellung 1902⁴⁸, die in diesem und im vorangegangenen Jahr einen eindeutigen Schwerpunkt der Aktivitäten des Nachrichtenbüros bildete.⁴⁹

Das Nachrichtenbüro nahm daneben noch weitere Aspekte der Vertretung der Firmeninteressen nach außen wahr. So saß beispielsweise ein Beamter im Gemeinderat und in wichtigen Kommissionen von Altendorf – denn Kruppsche Werksangehörige der Siedlung Kronenberg machten einen Großteil der Bevölkerung Altendorfs aus.⁵⁰ Seit 1895 gehörte weiter die Fremdenführung zum Aufgabengebiet, die seit 1906 als «Abteilung für Fremdenführung und allgemeine Information» innerhalb des Nachrichtenbüros verselbständigt wurde.⁵¹ Um das Firmenjubiläum 1912 und die dann erscheinende Festschrift vorzubereiten, wurde 1905 die Geschichtliche Abteilung – die Vorläuferin des heutigen Historischen Archivs – als Teilbereich des Nachrichtenbüros eingerichtet.⁵² Ebenso wie das Büro für allgemeine Information und Fremdenführung und die Kruppsche Bücherhalle blieben sie zunächst noch unter der gemeinsamen Leitung von Lauter, erst unter seinem Nachfolger Romane wurde im Frühjahr 1909 die Ge-

48 S.o.: Kap. I.3.A: Die Beteiligung der Firma Krupp an den späteren Weltausstellungen.

49 So bestand 1902 ein eigenes Brief-Journal für diejenige die Düsseldorfer Ausstellung betreffende Korrespondenz, es wurden 14 Drucksachen und 27 Broschüren, zusätzlich je fünf auf englisch und französisch, allein im Nachrichtenbüro hergestellt. Einzig die Broschüren über die verschiedenen Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen stammten nicht aus dem Nachrichtenbüro. Vgl.: WA 4/1629.

Auf der Pariser Weltausstellung 1900 stellte Krupp nicht aus. Die Firma war lediglich, und auch das nur auf Aufforderung, an der Präsentation der deutschen Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen beteiligt. Dem Wunsch der Centralstelle für Wohlfahrts-Einrichtungen, ein Direktoriumsmitglied in das Vor-Jury-Co-

mité zu entsenden, wurde nicht entsprochen, sondern die Aufgabe wiederum Lauter übertragen. S.o.: Kap. I.3.A: Die Beteiligung der Firma Krupp an den späteren Weltausstellungen; FAH 3 B 256.

50 Seit dem 1. Januar 1874 war Altendorf eine eigene Gemeinde bestehend aus den Bauernschaften Altendorf, Holsterhausen und Fronhausen. Am 1. August 1901 wurde Altendorf nach Essen eingemeindet.

Jahn, *Essener Geschichte*, 453 f., 468.

51 Vgl.: Vorbemerkung zu Findbuch zum Bestand WA 48: Besuchswesen, I.

52 S.: Vorbemerkung zu Findbuch zum Bestand WA 56: Geschichtliche Abteilung, If.; Köhne, *Das Krupp-Archiv*; Köhne-Lindenlaub, *Das Historische Archiv der Fried. Krupp GmbH*.

schichtliche Abteilung vom Nachrichtenbüro abgetrennt und verselbständigt.⁵³ Bereits im darauffolgenden Jahr erfolgte eine weitere Umorganisation: Auch die Abteilung für Fremdenführung wurde nun vom Nachrichtenbüro separiert und mit der Geschichtlichen Abteilung zum Statistischen Büro zusammengefaßt.

Der stetigen Ausweitung des Tätigkeits- und Zuständigkeitsbereiches des Nachrichtenbüros entspricht das Anwachsen der Mitarbeiterzahlen. Menshausens Denkschrift hatte zunächst eine Ausstattung der neuen Abteilung mit vier Referenten vorgesehen. Zu dieser Zahl müssen dann noch Hilfskräfte für die Schreibstube, die Postexpedition und das Archiv hinzugerechnet werden. Genaue Zahlen über die Mitarbeiter des Nachrichtenbüros liegen erst für das Jahr 1900 vor, als das Nachrichtenbüro bereits ein mächtiges Wachstum hinter sich hatte.⁵⁴ Zu diesem Zeitpunkt gehörten ihm sechs Referenten an, weitere fünf Angestellte, die zugleich als Referenten und als Betreuer für Besucher tätig waren, zudem der Vorsteher der Schreibstube, der ebenfalls zugleich Referententätigkeiten zu erfüllen hatte, und ein Übersetzer. Mittlerweile waren also 13 Beamte im Nachrichtenbüro, die die inhaltliche Arbeit trugen. Zugenommen hatte aber auch der sie unterstützende Apparat, einschließlich der abteilungsinternen Verwaltung. So gehörten der Abteilung je ein Buchhalter, Archivar, Bücherwart und Buchbinder an, daneben sechs Hilfskräfte in Schreibstube und Expedition sowie zwei Gehilfen im Archiv. Die Zahl der Referenten änderte sich bis 1902 nicht.⁵⁵ Größer wurde die Schreibstube, in der mittlerweile anstelle von sechs Gehilfen vier Stenographen und vier Lehrlinge beschäftigt waren, auch der Buchbinder bildete einen Lehrling aus. Das Übersetzungsbüro war nunmehr mit drei Kräften besetzt. Für die Vorbereitung und Begleitung der Düsseldorfer Ausstellung war ein eigenes Büro eingerichtet worden, das mit zwei Referenten und zwei Schreibgehilfen besetzt war.⁵⁶

Im Oktober 1904 waren im Nachrichtenbüro sieben Referenten beschäftigt, hinzu kam der Referent Eduard Stockder, der zugleich dem Schreibbüro, der Kanzlei, vorstand. Dort waren mittlerweile zehn Stenographen und ein Lehrling tätig. Auch der Vorsteher von Archiv und Bücherei, Otto Hartleben, war zugleich Referent. Das Archiv beschäftigte drei Kräfte und zwei Lehrlinge, der Buchbinder wurde von einem Tagelöhner unterstützt. Bis 1911 stieg die Zahl der Referenten auf zehn an, hinzuzurechnen ist wiederum Kanzleivorsteher Stockder. Die Kanzlei hatte acht Angestellte, dazu drei Lehrlinge. Fünf der Referenten hatten jeweils einen Hilfsarbeiter und einen Lehrling, die sie unterstützten. Der Bücher-, Zeitungs- und Verteildienst wurde von neun Personen, davon vier Lehrlinge, besorgt, hinzu kamen ein Buchhalter und ein Übersetzer. Für dieses Jahr ist auch die Geschichtliche Abteilung getrennt ausgewiesen mit drei Referenten, vier Stenogra-

53 Büro-Zirkular Nr. 1 v. 4. 2. 1909, zit. n. HA Krupp Sachkartei Gruppe B I 7b (N). Vgl. a.: Vorbemerkung zu Findbuch zum Bestand WA 56: Geschichtliche Abteilung, II.

54 Arbeitseinteilung des Nachrichten-Bureaus vom März 1901, in: WA 4/1800.

55 Arbeitseinteilung vom 6. 2. 1902, ebd.

56 Hier u. i. folgenden: WA 4/1800.

phen und Registratoren sowie einem Lehrling. Das nunmehr abgetrennte Büro für Fremdenführung und allgemeine Information umfaßte sieben Mitarbeiter, davon ein Stenograph und ein Lehrling. Insgesamt waren danach 1908 51 Personen im Nachrichtenbüro beschäftigt. 1911 waren zwei Referentenstellen nicht besetzt, auch wurden für dieses Jahr nur noch dreißig Hilfskräfte und damit zwei weniger als 1908 angeführt, insgesamt also nur noch 45 Personen.⁵⁷

Zum Stichtag 1. Mai 1914 war die Zahl der Referenten weiter gesunken und betrug nur noch elf, sie wurden von 18 Hilfskräften unterstützt. Romane hoffte aber offenbar darauf, daß nicht alle der sechs offenen Stellen unbesetzt bleiben würden. Ob er hierbei erfolgreich war, ist nicht mehr festzustellen, langfristig schrumpfte das Nachrichtenbüro jedenfalls weiter, wie ein Nachtrag auf dem Dokument von anderer Hand zeigt. Danach gehörten der Abteilung 1921 nur noch neun Referenten an, die Zahl der Hilfskräfte wird nicht genannt.⁵⁸

Das Nachrichtenbüro erlebte also zunächst eine stetige Ausweitung seiner Aufgaben und wurde damit von der ursprünglich geplanten Informationsbeschaffungsstelle zu der Abteilung, die für die Repräsentation und Außenkontakte des Unternehmens verschiedener Art zuständig war. Erst nach der Ausgliederung der Geschichtlichen Abteilung und der Abteilung für Fremdenführung 1909 bzw. 1910 stand die Presse im Zentrum der Arbeit des Nachrichtenbüros. Der Umgang mit der Presse änderte sich von einer schwerpunktmäßig beobachtenden Haltung zu einer Politik der gezielten Einflußnahme, dabei dominierte jedoch bis zur Jahrhundertwende die militärisch ausgerichtete Fachpresse. Entsprechend den wachsenden Aufgaben nahm die Zahl der Mitarbeiter zu, von vier Angestellten bei der Gründung 1890 auf 13 im Jahr 1900. Ihren höchsten Stand erreichte die Zahl der Angestellten 1908 mit 17, die jeweils von einer etwa doppelt so großen Zahl von Hilfskräften unterstützt wurden.

C: Pressepolitik der Industrieverbände: Die «Berliner Neuesten Nachrichten»

In gleicher Weise wie der Kontakt zu Reichsleitung und Parlament wurde auch die politische Pressearbeit bei Krupp lange Zeit als Domäne der Verbände betrachtet.⁵⁹ Inhaber und Direktorium gingen davon aus, daß die allgemeinen Interessen

57 In einer 1914 angefertigten Aufstellung, die nur in Beamte und Hilfskräfte unterteilt, ohne nähere Tätigkeiten anzugeben, nennt Romane für Ende 1908 die von obigem leicht abweichende Zahl von 17 Beamten und 32 Hilfskräften, was zusammen 49 Mitarbeiter ergibt. S.: WA 4/1800, 203.

58 WA 4/1800, 203f.

59 Daß Verbände und Zeitungen in der Firma als

prinzipiell zusammengehörig angesehen wurden, wird auch daran deutlich, daß in der Bilanz die Aufwendungen für beide Bereiche, Vereinsbeiträge und Zeitungssubventionen, in einem Punkt erschienen, nämlich als Anlage zum Generalunkosten-Konto: Beiträge zu industriellen und wirtschaftlichen Vereinen, Zeitungssubventionen.

des Unternehmens, soweit sie sich auf Zoll- und Handels-, Außen- und Sozialpolitik bezogen, von der in diesen Fragen ja insgesamt betroffenen Industrie gemeinsam wahrgenommen werden müßten und nicht von Krupp als einzelner Firma. Das Unternehmen betrieb über das Nachrichtenbüro zwar eine intensive Pressearbeit in Richtung der einschlägigen Fachpresse, die man sogar möglichst vollständig zu kontrollieren bestrebt war, der allgemein-politischen Tagespresse schenkte man demgegenüber lange Zeit vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit. Selbst zur in Essen erscheinenden «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» bestanden nur sehr lose Kontakte; jedenfalls benutzte Krupp sie nicht regelmäßig als «Hauszeitung», um Nachrichten zu lancieren.⁶⁰

Doch auch im VDESI und im Cdl wurde die Pressearbeit lange Zeit nur sehr zögernd und zurückhaltend betrieben. Statt dessen galt das direkte Gespräch mit den politisch Verantwortlichen, die «persönliche Fühlungnahme» als der beste Weg, für die eigenen Vorstellungen zu werben und ihre Durchsetzung zu befördern. Die in der Literatur häufig anzutreffende Ansicht, daß die Industrie seit den Gründerjahren ihren Einfluß auf die Presse massiv ausgeweitet habe⁶¹, stimmt in dieser Form nicht. Das Verhalten der Verbände gegenüber der Presse wurde wesentlich von deren Generalsekretär Bueck bestimmt. Wie wenig Bedeutung er der Öffentlichkeit beimaß, wird daran deutlich, daß er die Pressearbeit in seinen Lebenserinnerungen nicht oder kaum erwähnt. Dies erstaunt zunächst, da er von 1872 bis 1887, also bevor er das Amt des Generalsekretärs des Cdl übernahm, den wirtschaftspolitischen Teil der Verbandszeitschrift «Stahl und Eisen»⁶² redigiert

60 Vgl.: FAH 3 E 61: Rheinisch-Westfälische Zeitung. 1895–1901.

Die Ausnahme bildet die Sultan-Hamid-Affäre im September 1887, als das Essener Blatt eine redaktionelle Notiz brachte, daß die Angriffe auf Krupp und die in anderen Blättern wiedergegebenen Zitate inkorrekt seien. Es gibt aber keine Hinweise, daß dies auf Veranlassung der Firma geschah, die dann allerdings andere Zeitungen aufforderte, die Meldung der «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» zu übernehmen. (WA 41/2–100b, 78, s.o.: Kap. II.2.A: Die «Fürstenrundreise» und das Mißtrauen der Öffentlichkeit.

Auch machte FA. Krupp es durch persönliche Intervention möglich, daß bereits 1879 eine Telefonleitung von Essen nach Berlin gelegt wurde, die dann ganz erheblich zum Erfolg der «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» beitrug. S.: Reismann-Grone an Margarethe Krupp v. Nov. 1919, in: FAH 4 E 89.

61 So Koszyk, *Deutsche Presse* Bd. 2, 265. Er führt die «Neue Preußische Zeitung», die sogenannte «Kreuzzeitung» an, daneben die «Post», die «Deutsche Zeitung» und die «Deutsche Ta-

geszeitung». Die genannten Blätter stehen der Aussage Koszyks jedoch eher entgegen, auf sie hatte der Cdl keinen oder kaum Einfluß: Die «Kreuzzeitung» war eine konservative Zeitung eher agrarischer Richtung, die «Post» wurde bis 1872 von der Disconto-Gesellschaft finanziert und war dann das Blatt der freikonservativen Reichspartei, der Industrielle wie Stumm angehörten. Allerdings spielte Stumm im Cdl keine Rolle, ebensowenig wie Adolph v. Hansemann von der Disconto-Gesellschaft. Die «Deutsche Zeitung» mit dem Untertitel «unabhängiges Tageblatt für nationale Politik» erschien erst seit 1896, kann also auch nicht als Beleg für einen in den Gründerjahren zunehmenden Einfluß der Industrie auf die Presse dienen. Die «Deutsche Tageszeitung» schließlich stand nun wirklich nicht dem Cdl nahe, sondern wurde vom Bund der Landwirte herausgegeben.

Vgl.: Brunhuber, *Das moderne Zeitungswesen*, 10f.

62 Sie richtete sich an die Mitglieder des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, dessen Geschäftsführer den technischen Teil redigierte, und an

hatte. Doch «Stahl und Eisen» war in erster Linie eine Mitgliederzeitschrift, und die Information der Mitglieder nahm Bueck durchaus wichtig. Beim Cdl betreute er die «Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte», die die Mitglieder sachlich über die Verbandsarbeit und deren Inhalte auf dem laufenden hielt. Hierbei handelte es sich allerdings nicht um eine nach außen gerichtete Öffentlichkeitsarbeit, die Bueck ablehnte. In diesem Sinne kritisierte er noch 1909 bei den Parteien «die Sucht, sich bei den Massen beliebt zu machen».⁶³

Zwar hatte der erste Generalsekretär des Cdl, Beutner, bereits 1880 prinzipiell erkannt, welche Bedeutung die Öffentlichkeit für die Durchsetzung von Interessen und Standpunkten gewinnen konnte, und deshalb zu Beginn der öffentlichen Diskussion um die Sozialgesetzgebung an Louis Baare, den Generaldirektor des Bochumer Vereins, geschrieben: «Ich bin der Ansicht, wir müssen etwas tun, um die öffentliche Meinung, die man jetzt gegen die Industriekreise einnimmt, für dieselbe zu gewinnen, weil wir die Unterstützung der öffentlichen Meinung haben müssen, wenn wir die Absichten der Reichsregierung und die Vorlage derselben, bezüglich der Abwälzung aller Lasten auf die Industrie durchkreuzen wollen.»⁶⁴ Konsequenzen zeitigte diese Einsicht jedoch nicht. Einziger Vorstoß in Richtung Pressearbeit war der Kontakt zu dem Berliner Journalisten Victor Schweinburg, den Beutner 1882 knüpfte. Da die Verbände besonders in den ersten Jahren über mangelnde Resonanz bei den Tageszeitungen klagten⁶⁵, diente diese Verbindung einerseits dazu, die eigene Position über die von Schweinburg herausgegebene Korrespondenz «Berliner Politischen Nachrichten» den staatlichen Organen zu Gehör zu bringen, denn sie wurde dort aufmerksam gelesen. Daneben konnte man über den Journalisten wegen dessen guter Kontakte zu den Behörden interne Informationen erhalten.⁶⁶ Seit Mitte der 1880er Jahre veröffentlichte Schweinburg als weiteren Pressedienst die «Deutsche Reichskorrespondenz», die vom Cdl mit 12.000 Mark jährlich subventioniert wurde. Sie versorgte die Provinzpresse zunächst wöchentlich, später täglich mit kostenlosen Nachrichten und war «in der Hauptsache bestimmt [...], den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen».⁶⁷ Nach seiner Übernahme des Generalsekretariats des Cdl

die Mitglieder des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der den Redakteur des wirtschaftlichen Teils stellte.

63 Zit. n.: Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, 117. Vgl. a.: Guratzsch, *Macht durch Organisation*, 82f.

64 Georg F. Beutner an Louis Baare v. 29. 9. 1880, in: Tennstedt (Bearb.), *Quellensammlung Sozialpolitik I. Abt.*, 2. Bd., Nr. 93, 275.

Vgl. a.: Beutner an Baare v. 2. 10. 1880, ebd. Nr. 98, 281. In diesem Brief berichtet Beutner, daß mehrere Zeitungen eine Erklärung Baares gedruckt haben. «Damit ist den Schreibern der Mund gestopft. Sie können nicht

mehr sagen, daß die Industrie engherzig sich verhalte und nur auf ihren Vorteil bedacht ist [...] Wir haben damit die öffentliche Meinung gewonnen und mit ihr eine Stütze gegen die weitergehenden Pläne des Herrn Reichskanzlers.»

65 S.o.: Kap. I.2.C: Der Kampf für den Schutzzoll.

66 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 126f.

67 Bueck, *Mein Lebenslauf*, 142. Vgl. a. Kap. I.2.C: Der Kampf für den Schutzzoll; Kap. II.4.A: Die Zusammenarbeit des Firmeninhabers mit Victor Schweinburg.

1887 führte Bueck zwar den Kontakt mit Schweinburg fort, zu dem sich sogar eine enge persönliche Freundschaft entwickelte, daneben entfaltete er aber lange Zeit keine weiteren Aktivitäten zum Ausbau der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Erst um die Jahrhundertwende begann der CdI allmählich, seine Pressepolitik im Sinne gezielter Öffentlichkeitsarbeit auszubauen. Seit 1897 bezeichnete sich die «Deutsche Industrie-Zeitung» im Untertitel als Organ des CdI. Es handelte sich nicht um eine eigentliche Verbandspublikation, das Blatt wurde vielmehr selbständig, wenn auch mit Zuschuß und Unterstützung des CdI, von Steinmann-Bucher geleitet.⁶⁸ Dies führte schließlich zu Spannungen mit der Geschäftsführung einerseits wegen der rassistischen Haltung Steinmann-Buchers, daneben wegen Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Kartellpolitik und zur journalistischen Präsentation und Aufmachung. Erst mit der Übernahme der DIZ in das Büro des CdI, die 1912 auf Vorschlag Buecks erfolgte, wurde das Blatt tatsächlich zum Sprachrohr des Verbandes.⁶⁹

Der Ankauf der «Berliner Neuesten Nachrichten»

Die eigentliche Hinwendung des industriellen Spitzenverbandes zu einer aktiven Pressepolitik betrieb Jencke. Er engagierte sich intensiv und wurde zum Impulsgeber und Initiator einer politischen Pressearbeit der Industrie. Die Geschäftsstelle des CdI war nicht involviert, als F. A. Krupp sich 1898 gemeinsam mit van der Zypen (Stahlwerke Köln) und dem oberschlesischen Magnaten Graf Guido Henckel von Donnersmarck an den «Berliner Neuesten Nachrichten» beteiligte.⁷⁰ Mochte

68 Dies geht aus einer Denkschrift Steinmann-Buchers vom November 1900 hervor, in der er sich gegen eine Verschmelzung von «Deutscher Industrie Zeitung» mit den «Berliner Neuesten Nachrichten» wandte, obwohl dies seinen finanziellen Interessen entgegenstehe, «da mir ein preiswürdiger Verkauf meiner Zeitschrift sehr willkommen sein kann». WA 4/2807, 85v.

Bueck erwähnt die Zusammenarbeit mit Steinmann-Bucher in seinen Lebenserinnerungen nicht und macht auch damit deutlich, daß er sie nicht als integralen Teil der Verbandsarbeit ansah.

69 So mit einer Fülle von Belegen Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, S. 15f. Stegmann (*Die Erben Bismarcks*, 166) bezeichnet diese Darstellung als «absurd», ohne jedoch hierfür Belege anzuführen oder diejenigen Kaelbles zu entkräften. Daß Kaelble (118) die offen antiparlamentarische und antidemokratische Haltung der DIZ von derjenigen des CdI unterscheidet, der zwar die soziale Struktur des Reichs-

tages kritisiere, aber keine direkt antiparlamentarischen Tendenzen aufweise, hält Stegmann (166) für unzulässig, ohne dies durch Quellen zu untermauern.

70 Stegmann (*Die Erben Bismarcks*, 166) nennt die «Post» als Zeitung, die sich in den 1890er Jahren durch eine besondere Nähe zum CdI ausgezeichnet habe. Kaelble (*Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, 16) schreibt, Krupp habe die «Post» zusammen mit Henckel von Donnersmarck und van der Zypen gekauft, die Aktien jedoch bald wieder abgegeben, da die Kontrolle über die Redakteure nicht befriedigend gewesen sei. Im Krupp-Archiv finden sich keine Hinweise auf einen Kontakt zur «Post», auch Boelcke erwähnt in seiner Quellensammlung *Krupp und die Hohenzollern* den angeblichen Ankauf des freikonservativen Blattes nicht. Es ist deshalb anzunehmen, daß es sich hier um eine Verwechslung mit den «Berliner Neuesten Nachrichten» handelt.

Die «Post» gehörte seit 1872 der «Diskontogesellschaft», s.: Heidorn, *Monopole-Press-*

dies also auf den ersten Blick wie ein rein privates Engagement der Industriellen erscheinen, verstanden es doch Krupp selbst ebenso wie Jencke als Bestandteil der Verbandsarbeit.

Nachdem, wie in anderem Zusammenhang bereits geschildert⁷¹, die zunächst geplante Verlegung der in München erscheinenden «Allgemeinen Zeitung» nach Berlin von der Regierung verhindert worden war, hatte eine Gruppe Bismarckanhänger unter der Führung von Graf Guido Henckel von Donnersmarck, dem Bankier Adolph von Hanseemann und Carl Egon Fürst zu Fürstenberg 1893 die «Berliner Neuesten Nachrichten» mit dem Ziel gekauft, ein publizistisches Forum in der Reichshauptstadt für Bismarcks Angriffe gegen Caprivis «Neuen Kurs» zu schaffen. Obwohl Hugo Jacobi⁷², einer der wichtigsten Vertreter der sogenannten «Bismarckpresse» und bisherige Redaktionsleiter der «Allgemeinen Zeitung», am 1. April 1894 als Chefredakteur bei den «Berliner Neuesten Nachrichten» eintrat, wurden sie nicht zum ausgesprochenen Bismarckblatt, denn der Altkanzler bediente sich auch weiterhin in erster Linie der «Hamburger Nachrichten», wenn er sich zu politischen Vorgängen äußerte.⁷³ Immerhin lagen «regelmäßig Mittags und Abends sechs Exemplare auf dem bekannten runden Tisch im Salon zu Friedrichsruh für den Fürsten und seine Gäste» aus.⁷⁴ Diese Nähe zu Bismarck führte dazu, daß sich die bismarcktreuen Kreise für das Blatt interessierten, der Name Henckel von Donnersmarck lockte den schlesischen Adel. Zudem konnte Jacobi in einem Gespräch mit Wilhelm v. Kardorff erreichen, daß die Fraktion der Freikonservativen sich zu zwei Dritteln von der «Post» abwandte und statt dessen die «Berliner Neuesten Nachrichten» abonnierte.⁷⁵

Der spürbare Rückzug Bismarcks aus dem politischen Geschehen 1897 und dann schließlich sein Tod am 30. Juli 1898 brachten für die Zeitung die Notwendigkeit, eine neue Ausrichtung und angesichts jährlicher Verluste von 40.000 bis 50.000 Mark auch neue Geldgeber zu suchen. Man wandte sich deshalb an den Cdi, der zudem, anders als die Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen, noch nicht über eine Tageszeitung verfügte.⁷⁶ Für Krupp und vor allem Jencke bot sich

Krieg, 41; sie war bis 1894 das Blatt der freikonservativen Fraktion, Kardorff, *Wilhelm v. Kardorff*, 293. Mommsen (Editorischer Bericht zu: Max Weber, Die Kampfweise des Freiherrn v. Stumm., in: Max Weber Gesamtausgabe, I. Abt. Bd. 4.1, 513 Anm. 7.) bezeichnet die «Post» noch für 1895 als das offizielle Organ der Reichspartei, dessen sich Stumm auch in seiner öffentlichen Auseinandersetzung mit Adolph Wagner im Zusammenhang mit der sogenannten Umsturzvorlage bediente.

71 S.o.: Kap. 2.B.: Das Verhältnis zu Bismarck.

72 Hugo Jacobi, 1842–1906, war zunächst Redakteur der «Vossischen Zeitung», der «Nord-

deutschen Allgemeinen Zeitung», der in Straßburg erscheinenden Landeszeitung, 1889–1892 Chefredakteur der «Münchener Allgemeinen Zeitung», dann bis 1894 deren Berliner Korrespondent. Vgl.: Hank, *Kanzler ohne Amt*, S. 824.

73 Stribny, *Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung*, 173.

74 Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 78v.

75 Eintragung v. 8. 3. 1894, in: Kardorff, *Wilhelm von Kardorff*, 293.

76 Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 78.

damit die Gelegenheit, an Überlegungen anzuknüpfen, die sie bereits sieben Jahre zuvor angestellt hatten. Als 1891 das «Deutsche Tageblatt»⁷⁷ auf den Markt kam, hatte Jencke bereits den Kauf erwogen, die Überlegung ist zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht sehr weit gediehen und hat auch kaum aktenmäßigen Niederschlag gefunden.⁷⁸ Obwohl der Direktoriumsvorsitzende bekundete, «viel Sympathie» für das Blatt zu haben, ist der Ankauf dann wohl daran gescheitert, daß sich nicht genug finanzkräftige Gleichgesinnte fanden, die ebenfalls an einer publizistischen Vertretung in der Hauptstadt interessiert waren. Und ein Alleingang der Firma Krupp sollte es nicht werden. Dennoch zeigt die beiläufige Briefnotiz, daß man in Essen schon geraume Zeit nach einer geeigneten publizistischen Vertretung Ausschau hielt, sich allerdings erst in der zweiten Jahreshälfte 1898 eine passende Gelegenheit dazu fand. Die «Berliner Neuesten Nachrichten» konnten mit einer Auflage von knapp 24.000 im Dezember 1898⁷⁹ zwar nicht mit den Massenblättern der Hauptstadt mithalten, wie dem «Berliner Lokalanzeiger» (209.350), der «Berliner Morgenzeitung» (150.000) oder dem «Berliner Tageblatt» (65.000), ebensowenig mit der «Deutschen Tageszeitung» des Bundes der Landwirte (40.000–45.000) oder dem sozialdemokratischen «Vorwärts» (52.000). Sie hatte aber immerhin eine vergleichbare Auflage wie die «Vossische Zeitung» (24.500) oder die «Berliner Volkszeitung» (deren Auflage stieg von 25.600 im Jahr 1886 auf 28.000 1906), während die «Kreuzzeitung» genannte «Neue Preußische Zeitung» lediglich 9.500 Exemplare täglich verkaufte.⁸⁰

Von den alten Eigentümern der «Berliner Neuesten Nachrichten» blieb nur Henckel von Donnersmarck dem Unternehmen noch eine Zeitlang verbunden. Die anderen Teilhaber der Gesellschaft, an die die Zeitung zum 1. Januar 1899 übergang, waren zu gleichen Teilen Julius van der Zypen (Stahlwerke Köln) und eben F. A. Krupp.⁸¹ Hugo Jacobi blieb Chefredakteur, die Interessen der neuen Eigentümer sollte Victor Schweinburg wahrnehmen, der als Generalbevollmächtigter der Eigentümer in den folgenden Monaten Ausrichtung und Entwicklung des Blattes wesentlich bestimmte.⁸²

77 Das «Deutsche Tageblatt» war eine ausgesprochene Bismarck-Zeitung, redigiert von Martin Griesemann. Sie wurde 1891 [so Brunhuber, Naschéer nennt 1892 den Zeitpunkt der Fusion] von der konservativen «Neuen Preußischen Zeitung», der sogenannten «Kreuzzeitung» gekauft. Koszyk, *Deutsche Presse des 19. Jahrhunderts*, Bd. 2, 251; Naschéer, *Das Berliner «Deutsche Tageblatt»*, 153 f.; Brunhuber, *Das moderne Zeitungswesen*, 91.

78 Hugo Jacobi, der Chefredakteur der «Berliner Neuesten Nachrichten» seit 1894, gibt demgegenüber an, daß das «Deutsche Tageblatt» mit der kleinen Lokalzeitung «Berliner Neueste Nachrichten» zusammengelegt worden sei,

die dadurch «das Format einer Tageszeitung angenommen hatte». Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 78r.

79 Es gibt nur einen beiläufigen Hinweis in einem Brief Jenckes an Krupp v. 17. 3. 1891, in: FAH 3 B 125, 89.

80 S.: Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 79v.

81 Heenemann, *Die Auflagenhöhe der deutschen Zeitungen*, 73 ff.

82 Gesellschaftsvertrag v. 31. 12. 1898, in: WA 4/1137.

83 Ebd. § 4.

Zwar hat F. A. Krupp die Anteile persönlich erworben, nicht die Firma, dennoch verstand er das Engagement als Teil von Jenckes Arbeit im CdI. So war es dieser, der für das Unternehmen warb. Er zeichnete das gedruckte Rundschreiben nur mit seinem Namen, schrieb also nicht in seiner Funktion als Vorsitzender des Kruppschen Direktoriums, sondern als Person, als Vertreter der Industrie, der er als Direktoriumsmitglied des CdI sowie als Vorsitzender bzw. führendes Mitglied zahlreicher anderer Verbände und Vereine durchaus war.

Jencke nannte als Ziel, die täglich mehrmals in einer Auflage von knapp 25.000 Exemplaren⁸³ erscheinende Tageszeitung «thatsächlich zu einem Organ der deutschen Industrie» werden zu lassen.⁸⁴ In einem Rundschreiben, das er an seine «zahlreichen Bekannten nicht nur in der Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch in anderen Industrien in Rheinland-Westfalen, Sachsen, Schlesien pp»⁸⁵, beim Bergbau und ebenso in den wirtschaftlichen Vereinen und Verbänden sandte, warb er darum, das Blatt wirtschaftlich durch Abonnements und Inserate zu unterstützen, insbesondere Einladungen zu Generalversammlungen, Geschäftsergebnisse etc. dort zu publizieren.⁸⁶ Jencke hoffte dabei durchaus, daß die Tageszeitung nicht nur ein Kostenfaktor bleiben, sondern «die gebrachten finanziellen Opfer wieder einbring[en]» würde⁸⁷ – was dem Bund der Landwirte mit seiner «Deutschen Tageszeitung» durchaus gelang.⁸⁸

Interessant ist das mit dem Vermerk «Vertraulich» versehene Rundschreiben vor allem als programmatische Konzeption publizistischer Interessenvertretung der Industrie. Hier legte Jencke dar, aus welchen Gründen, zu welchen Zielen und mit welchen Mitteln industrielle Pressearbeit betrieben werden müsse. Zunächst beschrieb er die gegenwärtige Situation als unbefriedigend: Die Interessen der Industrie würden in der deutschen Presse «überhaupt nur unvollkommen oder gar nicht zur Geltung» kommen.⁸⁹ Jencke erkannte die Bedeutung der Presse, die als Mittel der Interessenvertretung nicht länger außer acht gelassen werden könne. Adressat waren dabei in erster Linie aber weiterhin ganz im traditionellen Sinne Regierung und Parlament, durchaus nicht die Öffentlichkeit oder die «allgemeine Meinung». Um bei der Regierung und im Parlament beachtet zu werden, sei es aber geboten, daß die Interessen und Standpunkte der Industrie in der Tagespresse angemessen berücksichtigt würden. Mit dem Einsatz des Mediums Tageszeitung sollte also weiterhin die alte Zielgruppe – wenn auch natürlich effektiver – er-

83 Jacobi nennt die Zahl von 23.780 Abonnenten zum 31. 12. 1898. Den höchsten Stand hatte diese Ziffer im Jahr 1891 mit annähernd 30.000 erreicht. Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 78 u. 79v.

84 Jencke an FAK v. 6. 3. 1899, in: FAH 3 B 127, 7.

85 Ebd., 6.

86 Datiert auf den 3. 3. 1899, dem Brief Jenckes an FAK v. 6. 3. 1899 beigefügt, in: FAH 3 B 127.

87 Jencke an FAK v. 6. 3. 1899, in: FAH 3 B 127, 7.

88 Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914)*, 58.

89 Hier und im folgenden: Rundschreiben Jenckes v. 3. 3. 1899, dem Brief Jenckes an FAK v. 6. 3. 1899 beigefügt, in: FAH 3 B 127, 8f.

reicht werden. Als Gegenstand gemeinsamer Interessen der Industrie, der eine publizistische Vertretung erfordere, nannte Jencke «alle Fragen der Gesetzgebung, wie insbesondere auch der Wirtschafts-, Zoll-, Handels- und Social-Politik». Es sei hierfür nicht mehr ausreichend, lediglich «Führung mit der oder jener großen Zeitung» zu halten. Ebenso wie die Landwirtschaft bedürfe die Industrie eines eigenen Organs, einer «großen, täglich mehrmals erscheinenden politischen Zeitung». Jenckes Argumentation dokumentiert somit eine Umbruchphase in der Verbandsstrategie. Das Ziel bestand zwar weiterhin vorrangig darin, auf die Meinungsbildung von Regierung und Parlament einzuwirken, bei der Wahl der Mittel aber wurde der klassische Lobbyismus, also das direkte Gespräch mit den Verantwortlichen, ergänzt durch die Nutzung der politischen Tagespresse als Möglichkeit, für den eigenen Standpunkt an diesen Stellen zu werben.

Das Vorbild der Agrarier

Als Beleg für die Richtigkeit dieser Entwicklung verwies Jencke darauf, daß die Indienstnahme der Tagespresse «in allen Ländern mit hochentwickelter Industrie» bereits üblich sei. Der Ankauf einer politischen Tageszeitung und ihre Nutzung als Sprachrohr der Industrie stelle somit nicht im eigentlichen Sinne eine Neuerung dar, sondern lediglich ein Aufholen Deutschlands gegenüber den bereits stärker fortgeschrittenen Nachbarn, führte Jencke aus, mögliche Einwände konservativer Kollegen vorwegnehmend. Aufzuholen galt es aber im Grunde weniger gegenüber der Konkurrenz des Auslandes als gegenüber den Agrariern und damit den unmittelbaren innenpolitischen Konkurrenten um politisches und parlamentarisches Gehör.

Aufgrund des Selbstverständnisses des 1893 gegründeten Bundes der Landwirte (BdL) als Massenbewegung betrieben die dort organisierten Vertreter der Großgrundbesitzer, aber auch des bäuerlichen Mittelstandes eine sehr viel stärker auf die breite Öffentlichkeit gerichtete Verbandsarbeit.⁹⁰ Der BdL publizierte Agitationsmaterial in Form von Flugblättern und Broschüren, organisierte Vortragsabende mit geschulten Wanderrednern, unterhielt einen eigenen Pressedienst und neben dem «Bund der Landwirte», seinem wöchentlich erscheinenden eigentlichen Zentralorgan, zwei Tageszeitungen: das populäre, auf die Landbevölkerung zielende «Berliner Blatt»⁹¹ und die seriöse «Deutsche Tageszeitung»⁹². Wie hoch man im BdL die Bedeutung einer Tageszeitung für die Beeinflussung der öf-

90 Vgl.: Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914)*, 55; Flemming, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie*, 18 ff.

91 Das «Berliner Blatt» erschien seit 1897, da man im BdL gemerkt hatte, daß «die Deutsche Tageszeitung» sehr viel mehr von Guts-

besitzern und Domänenpächtern, aber auch von Beamten, Offizieren, Juristen und Ärzten gelesen wurde als von Bauern. Vgl.: Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914)*, 60.

92 Vgl.: ebd., 55 ff.

fentlichen Meinung und diese für die Durchsetzung der eigenen Interessen veranschlagte, wird daran deutlich, daß die Herausgabe der am 1. September 1894 gegründeten «Deutschen Tageszeitung» bereits vor der Gründung des BdL geplant worden war.⁹³

Diese Form der Verbandsarbeit war zu einem großen Teil der Mitgliederstruktur geschuldet: Der BdL war, anders als der CdI, eine Massenorganisation mit mehr als 200.000 Mitgliedern bereits 1894 – und konnte deshalb nicht vollständig zum Vorbild für die Vertretung industrieller Interessen werden. Eine publizistische Vertretung ähnlich der «Deutschen Tageszeitung» bräuchte aber auch die Industrie durchaus, argumentierte Jencke. Die Landwirtschaft verfüge damit über ein «wirksames und verbreitetes Organ», «das sich die energische Vertretung der agrarischen Interessen, oft unter directer Bekämpfung der Interessen der Industrie, zur Aufgabe gemacht» habe.

An dieser Stelle wird deutlich, daß die Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit der Industrie, besonders der westdeutschen Schwerindustrie, mit den Agrariern im Zeichen der Sammlungspolitik Miquels durchaus ihre Grenzen hatte.⁹⁴ Auch Jencke, der vor den Wahlen von 1898 als ein Befürworter des Ausgleiches mit den Agrariern aufgetreten war⁹⁵, war sich durchaus des fortbestehenden Gegensatzes bewußt und auch nicht bereit, hier allzu große Zugeständnisse zu machen. Trotz aller Bereitschaft zur Kooperation mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessen sah Jencke in ihnen doch denjenigen politischen Konkurrenten, gegen den sich die Industrie behaupten mußte, wofür sie der «Berliner Neuesten Nachrichten» als publizistischer Waffe bedurfte. Jencke ging es, so macht sein Konzept nochmals deutlich, weniger darum, Anhänger der Sozialdemokratie oder der Linksliberalen zu überzeugen, statt dessen sollten Kaiser, Kanzler, Minister und hohe Beamte ein gleichwertiges publizistisches Gegengewicht zur «Deutschen Tageszeitung» erhalten. Dies war die unkämpfte «Zielgruppe», der Rivale beim publizistischen Kampf um dieses Terrain waren die Agrarier lange vor den Linksliberalen oder gar den Sozialdemokraten.

93 Ebd., 58. Die zweimal täglich erscheinende «Deutsche Tageszeitung» hatte bereits nach ihrem ersten Jahr eine Auflage von 40.000. Zwar konnte sie sich in Berlin nicht recht durchsetzen, war aber im Reich weit verbreitet. Für den BdL war sie nicht allein als Propagandainstrument von Bedeutung, sondern auch dadurch, daß sie einigen Gewinn brachte.

94 Sehr hohen Stellenwert erlangt die Sammlungspolitik bei Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 63 ff. Wehler (*Deutsche Gesellschafts-*

geschichte, Bd. 3, 934–936) sieht eine Kontinuität der Sammlungspolitik von 1878/79 bis 1918, die zwar ein «spannungsreiches, zeitweilig auch von schweren Antagonismen erschüttertes Bündnis» (S. 935) gewesen sei, aber dennoch «alle Divergenzen überlebte». Skeptisch beurteilt Nipperdey (*Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, 721 ff.) den Erfolg der Miquelschen Bemühungen um «Sammlung».

95 S.: Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 74 f.

Das Ausscheiden Henckel von Donnersmarcks 1899

Selbst zwischen den rheinischen und den schlesischen Industriellen war die gemeinsame politische Basis schon bald zu schmal, um das Projekt der politischen Tageszeitung gemeinsam zu tragen. Der Interessengegensatz brach auf an der Auseinandersetzung um den Mittellandkanal, den Krupp und van der Zypen befürworteten, den die schlesischen Industriellen und damit auch Henckel allerdings gemeinsam mit den ostelbischen Agrariern ablehnten.⁹⁶ Mit Rücksicht auf ihn hatten die «Berliner Neuesten Nachrichten» zunächst nicht eindeutig zugunsten des Kanals Stellung bezogen. Nach der Ablehnung des vom Kaiser geforderten Kanals im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die neutrale Haltung dann aber aufgrund einer direkten Intervention der Regierung aufgegeben. Schweinburg berichtete an Krupp, daß Finanzminister Miquel unmißverständlich deutlich gemacht habe, «daß erwartet wird, daß die «Berliner Neuesten Nachrichten» in diesem dem Kaiser und der Regierung aufgezwungenen Kampfe die Partei der Krone nehmen würden».⁹⁷ Unter diesen Voraussetzungen war Henckel nicht mehr an einem Engagement bei den «Berliner Neuesten Nachrichten» interessiert. Hatte er zunächst 84.000 M für seine Anteile gefordert, so akzeptierte er jetzt sofort das Angebot, sie für 50.000 M an van der Zypen und Krupp zu verkaufen. Er schied also im August 1899 aus dem Konsortium der Zeitung aus, die danach fest in der Hand der westdeutschen Industrie war. Die «Berliner Neuesten Nachrichten» wurden, wie Schweinburg formulierte, zur publizistischen Interessenvertretung «nicht nur für die deutsche Industrie, sondern in aller erster Linie für den Kaiser und seine Hohen Intentionen».⁹⁸

Für den Bau des Mittellandkanals trat das Blatt nun also mit Nachdruck ein und griff dessen konservative Gegner im Reichstag zum Teil scharf an. Auch der Flotte wurde breiter Raum gegeben, so mit zwei aufwendigen, illustrierten Beilagen über die Kaisermanöver 1899. Neben diesem politischen Kurswechsel fiel besonders die Zunahme des Gewichts wirtschaftlicher Themen auf. Es wurde sogar eine eigene wirtschaftliche Beilage eingeführt, zu deren Gunsten andere Beilagen eingestellt wurden.⁹⁹ Dies alles war ganz von den Anliegen der Eigner geleitet und nahm wenig Rücksicht auf die Erwartungen und Vorlieben der Leser, von denen dann auch viele ihr Abonnement kündigten. Zusätzlich wirkte sich eine allgemeine industriefeindliche Stimmung aus, die im Frühjahr 1900 nach dem Skandal im Flottenverein und der Debatte um die Panzerplattenpreise einen Höhepunkt erreichte.¹⁰⁰ Statt, wie erhofft, von der Finanzkraft der Industrie zu profitieren

96 S. hierzu: Bleich, *Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945*, 32 ff.; Horn, *Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals*.

97 Schweinburg an FAK v. 19. 8. 1899, in: FAH 22/11, 26–28, hier 27.

98 Ebd., 27 f.

99 Aus Kostengründen wurde die Beilage aber bald wieder eingestellt. S.: Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 79 v.

100 S.u.: Kap. II.4.D: «Die unerhörteste Agitation».

und publizistisch zu ihren Gunsten wirken zu können, war nun die Nähe zu Krupp ein Handicap für die «Berliner Neuesten Nachrichten», ohne daß ein Imagegewinn spürbar geworden wäre. Im Gegenteil steigerte Krupps Engagement das Mißtrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Industrie, deren Finanzkraft zunehmend die Befürchtung nährte, daß damit unmittelbarer politischer Einfluß auf Kosten der Allgemeinheit zugunsten des industriellen Partikularinteresses erkaufte werden solle. Sichtbar wurde die Krise nicht zuletzt am Rückgang der Abonnentenzahl, die innerhalb der zwei Jahre seit dem Beginn der Beteiligung von Krupp und van der Zypen um mehr als 17 Prozent von 23.780 im Dezember 1898 auf 19.630 im November 1900 sank.¹⁰¹

Umstrukturierung und Neukonzipierung des Blattes Ende 1900

Eine Reform wurde nötig, und sie erfolgte über einen Wechsel der Rechtsform und die Erweiterung des Eigentümerkreises: Zum 1. Dezember 1900 wurden die «Berliner Neuesten Nachrichten» in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Vom Aktienkapital in Höhe von 575.000 Mark übernahm Krupp 150.000 und blieb damit neben van der Zypen, der ebenfalls Aktien für 150.000 M zeichnete, der größte Anteilseigner. Die anderen Teilhaber waren das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat (100.000 M), die Nordwestliche Gruppe des VDESI (20.000 M), Gutehoffnungshütte (20.000 M), Bochumer Verein (20.000 M), Dortmunder Union (20.000 M), Hörder Bergwerks- und Hüttenverein (20.000 M), Rheinische Stahlwerke (10.000 M), Phoenix (10.000 M), Gesellschaft für Stahlindustrie (15.000 M), A. Schaaffhausen'scher Bankverein (20.000 M), Essener Creditanstalt (20.000 M).¹⁰² Jencke war Vorsitzender des Aufsichtsrates¹⁰³, der die «Überwachung der politischen und wirtschaftlichen Haltung», wie es im Protokoll der ersten Aktionärsversammlung heißt, nicht selbst übernahm, sondern an einen aus den Verbandsfunktionären bestehenden Redaktionsrat delegierte.¹⁰⁴

Chefredakteur des Blattes blieb weiterhin Hugo Jacobi. Victor Schweinburg wurde als Geschäftsführer der «Berliner Neuesten Nachrichten» noch im Dezem-

101 Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 79v; vgl. a.: Denkschrift von Arnold Steinmann-Bucher v. Nov. 1900, ebd., 84 ff.

102 S.: Wandel an Goose o.D. (16. 10. 1900), in: WA 4/2807, 75 ff.; Protokoll der Vorbesprechung betr. die Gründung der AG «Berliner Neueste Nachrichten» am 26. 11. 1900, ebd., 98 ff; vgl. a.: Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 167.

103 Weitere Mitglieder waren: Lueg, v. d. Zypen, Brauns, Baare, Beumer, Olfé, Kirdorf. Vgl.: Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 167.

104 Dessen Vorsitzender war der Generalsekretär

des Cdi, Henry A. Bueck; weiter gehörten dem Gremium an der Generalsekretär der Nordwestlichen Gruppe des VDESI, Wilhelm Beumer; der Generalsekretär des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, Alexander Emil Schrödter; der Bergmeister Engel vom Bergbaulichen Verein und der Syndikus der Essener Handelskammer, Wilhelm Hirsch. S.: Protokoll der Vorbesprechung betr. die Gründung der AG «Berliner Neueste Nachrichten» am 26. 11. 1900, in: WA 4/2807, S. 99 v., vgl.: Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 167.

ber 1899 von v. Binzer¹⁰⁵ abgelöst. In der Presse wurde zum Teil spekuliert, daß dieser Rücktritt mit den Angriffen auf ihn im Deutschen Flottenverein zusammenhänge, sein Amt als Generalsekretär des DFV mußte er ebenfalls im Dezember 1899 räumen.¹⁰⁶ Auf diese Weise wollte man verhindern, daß auch die «Berliner Neuesten Nachrichten» Gegenstand öffentlicher Angriffe würden. Schweinburg wurde aber nur pro forma ersetzt, er blieb den «Berliner Neuesten Nachrichten» über seine Generalvollmacht verbunden und sollte weiterhin die inhaltliche Ausrichtung des Blattes an den Interessen des CdI gewährleisten.¹⁰⁷

Mit der organisatorischen Umstrukturierung verbunden war eine inhaltliche Neukonzipierung des Blattes, die auf der Grundlage einer Denkschrift des Chefredakteurs Hugo Jacobi eingeleitet wurde.¹⁰⁸ Er definierte es als die Aufgabe, die allgemeine Öffentlichkeit, «breite Wählerschichten» anzusprechen und diesen die Standpunkte der Industrie näherzubringen. Damit wandte er sich implizit gegen das ursprüngliche Ziel Jenckes vom Frühjahr 1899, der vor allem dem mit Hilfe der «Deutschen Tageszeitung» ausgeübten Einfluß des Bundes der Landwirte auf Reichsleitung, Parlament und Bürokratie ein publizistisches Gegengewicht entgensetzen wollte. Die öffentlichen Angriffe der vorangegangenen Monate hatten deutlich werden lassen, daß auch die Industrie, daß Krupp die öffentliche Meinung nicht ignorieren konnte. Zudem war die Auflagenhöhe einer Zeitung entscheidend nicht nur für deren wirtschaftlichen Erfolg, sondern vor allem auch für ihr publizistisches Gewicht und damit indirekt doch wieder für das Gehör, das sie an offizieller Stelle finden würde.

Die Kritik Jacobis richtete sich ebenso wie diejenige von Arnold Steinmann-Bucher, dem Herausgeber der ebenfalls dem CdI nahestehenden «Deutschen Industrie Zeitung»¹⁰⁹, in erster Linie gegen Schweinburg und die von ihm nach der Übernahme der «Berliner Neuesten Nachrichten» durch Krupp und van der Zypen durchgesetzte Regierungsnähe des Blattes. Sie habe in der Öffentlichkeit den Eindruck eines allzu starken Einflusses der Industrie verstärkt. «Unbedingter Ministerialismus» würde aber vor allem «die Zeitung zu einer stumpfen und werthlosen Waffe» machen, urteilte Jacobi, da so die Leser das Vertrauen in die Unabhängigkeit des Blattes verlören.¹¹⁰ Ein weiterer Fehler habe darin bestanden, den Schwerpunkt der Berichterstattung, der zuvor politisch gewesen sei, allzu stark zugunsten der Wirtschaft zu verschieben. Die schnell bekannt gewordenen Eigen-

105 Zuvor war v. Binzer Geschäftsführer des DFV, bat jedoch im Zusammenhang mit den Angriffen auf Schweinburg dort um seine Entlassung, die Schweinburg noch als Sekretär des DFV ihm zum 1. 1. 1900 gewährte. Schweinburg holte v. Binzer sofort zu den «Berliner Neuesten Nachrichten», wo er dann von ihm die Geschäftsführung übernahm. Vgl.: Schweinburg an Korn v. 5. 12. 1899, in: FAH 22/12, 54–58, hier 58.

106 S.u.: Kap. II.4.B: Der Sturz Schweinburgs.

107 S.: Jencke an Innenminister Rheinbaben v. 4. 1. 1900, in: FAH 22/13, 7.

108 Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, in: WA 4/2807, 78 ff.

109 Denkschrift von Arnold Steinmann-Bucher v. November 1900, ebd., 84 ff.

110 Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, ebd., 82r.

tumsverhältnisse, die Stellung Schweinburgs als Generalbevollmächtigter und die Rundschreiben an die Industriellen mit der Aufforderung, das Blatt durch Abonnement und Inserate zu unterstützen, hätten dem Blatt bald das «Odium der industriellen Interessenvertretung»¹¹¹ gegeben, ergänzte Steinmann-Bucher. Das habe seiner Glaubwürdigkeit zusätzlich geschadet. Den so in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck, das Blatt sei Sprachrohr Krupps, es solle ihm genehme politische Entscheidungen wie den Bau der Flotte und des Mittellandkanals propagieren, wies Jacobi von sich. Er habe niemals direkte Instruktionen von der Firma erhalten, im Gegenteil habe sogar deren «geradezu hermetische Zurückhaltung uns eher Anlaß zur Beschwerde geboten».¹¹² «Uns als ‹Organ für Panzerplatten› auszusprechen, gehört somit in jene verlogene und boshafte Methode, die die freisinnige und Centrumpresse leider von der Sozialdemokratie angenommen hat.»¹¹³

Als Hauptaufgabe der «Berliner Neuesten Nachrichten» nannten Jacobi und Steinmann-Bucher übereinstimmend, dem auf einem Tiefpunkt angelangten Ansehen der Industrie in der breiten Bevölkerung entgegenzuwirken, ihre «wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen [...] im Rahmen der Pflege des nationalen Gedankens und auf den von dem Schöpfer des Reiches gegebenen Grundlagen»¹¹⁴ zu vertreten. Die Zeitung müsse hierfür möglichst breite Kreise der Bevölkerung ansprechen, also vor allem auch von Leuten gelesen werden, die nicht in unmittelbarem Bezug zur Industrie stünden. Diese würden aber keine Zeitung abonnieren, die in dem Ruf stehe, Verlautbarungs- und Kampforgan der Großindustrie zu sein. Wichtig sei also von daher zuallererst, daß das Blatt den Ruf wiedererlange, redaktionell unabhängig zu sein. Weiter müsse die Zeitung den Wünschen und Interessen ihrer Abonnenten stärker entgegenkommen, um das Sinken der Auflage zu stoppen und den Trend möglichst sogar wieder umzukehren. Das bedeute zunächst, sie müsse wieder eindeutig als eine *politische* geführt werden und dürfe nicht zu einem wirtschaftlichen Spezialblatt werden. Die inhaltliche Linie müsse wieder stärker an der Tradition des Blattes orientiert werden, also: Betonung des Nationalismus, Bekenntnis zu den Grundsätzen Bismarckscher Politik, dazu sozialpolitischer Konservatismus.

Wenn das Blatt also seinen Charakter als politische Tageszeitung behalten sollte, hielt Jacobi doch einen wirtschaftlichen Schwerpunkt durchaus für denkbar. Seinem Vorschlag, hierzu erneut eine Beilage einzuführen, die aus der Fusion mit der «Deutschen Industrie Zeitung» hervorgehen könne, wurde dann allerdings nicht gefolgt.¹¹⁵ Weiter schlug er die Einstellung eines Wirtschaftskorrespondenten im Industrieviertel des Westens vor, um dem Blatt eine exklusivere und bessere Berichterstattung zu ermöglichen. Vor allem aber sei die Kooperation mit der In-

111 Denkschrift Steinmann-Bucher, ebd., 84v.

112 Denkschrift von Hugo Jacobi v. November 1900, ebd., 80v.

113 Ebd.

114 Ebd., 83r.

115 Kürschner, *Handbuch der Presse*, 147. Der Chefredakteur der «Deutschen Industrie Zeitung», Steinmann-Bucher, hatte sich ge-

dustrie unabdingbar. Die Unternehmen müßten «ihre» Zeitung bevorzugt und schnell mit Nachrichten versorgen, um ihr einen Vorsprung vor den Konkurrenzblättern zu verschaffen.

Schließlich warnte der Chefredakteur vor einem allzu stark an wirtschaftlichen Kriterien orientierten Vorgehen der Eigentümer. Nachdem im ersten Jahr der Beteiligung Krupps und van der Zypens großzügig gewirtschaftet worden war, z. B. aufwendige Hochglanzbeilagen zu den Kaisermanövern erschienen, hat man, erschrocken über ein Defizit von 217.000 Mark, im darauffolgenden Jahr die Aufstellung eines Etats veranlaßt. So hätten, klagte Jacobi, 1900 die Mittel kaum für eine «einigermaßen eingehendere Berichterstattung» über die Manöver gereicht. Auch sei es aus Kostengründen nicht möglich gewesen, während des Boxeraufstandes «eine gute Karte des chinesischen Aufstandes» anfertigen zu lassen, «obwohl eine solche Karte eine viel wirksamere Abonnementspropaganda gewesen wäre, als die Bilderbogen vom vorigen Jahre». ¹¹⁶ Wichtig für eine kontinuierliche Entwicklung sei also auch in der Finanzplanung eine stetige Haltung ohne abrupte Kurswechsel. Weiter warnte er davor, den Preis des Abonnements zu erhöhen. Um die Auflage zu halten und möglichst zu steigern, müsse statt dessen die Werbung verstärkt werden. Eine dauerhafte Steigerung der Einnahmen sei nur durch eine Ausweitung des Anzeigengeschäftes zu erreichen. ¹¹⁷

Nur an einem Punkt folgten die Eigner des Blattes ihrem Chefredakteur nicht. Während Jacobi das Propagieren einer Annäherung von Landwirtschaft und Industrie besonders betonte mit dem Hinweis darauf, daß «deren Gegnerschaft [die von Agrariern und Industrie, BW] nur den gemeinsamen Gegnern beider zu Gute kommt» ¹¹⁸, hielten die Industriellen selbst «eine entschiedeneren Stellungnahme gegenüber den extremen Agrariern für nothwendig», was gleich an zwei Stellen im Protokoll vermerkt ist. ¹¹⁹ Sie lehnten es auch ab, schlesische Industrielle oder, wie Jacobi anregte, Vertreter des Ostmarkenvereins in den Kreis der Aktionäre aufzunehmen. Die Erfahrung mit Henckel von Donnersmarck hatte gezeigt, daß die sich aus gegensätzlichen Positionen ergebenden Konflikte nicht zu überbrücken sein würden. «Wenn auch die Zeitung die Interessen der gesammten deutschen Industrie vertreten solle, so müsse doch in Fällen der Collision das Interesse der westdeutschen Industrie den Ausschlag geben», hieß es im Protokoll. ¹²⁰ Dieser Punkt ist in mancher Hinsicht aufschlußreich. Zunächst wird wiederum deutlich, daß Jencke zwar eine Verständigung suchte und zur Kooperation bereit war, aber

gen die Fusion ausgesprochen. Denkschrift 117 Ebd., 83r.

Steinmann-Bucher, in: WA 4/2807, 85v., 118 Ebd., 82r.

auf der Aktionärsversammlung waren die 119 Protokoll der Vorbesprechung betr. die Meinungen ebenfalls geteilt. Protokoll der Gründung der Actiengesellschaft «Berliner Vorbesprechung betr. die Gründung der Actiengesellschaft «Berliner Neueste Nachrichten» am 26. 11. 1900, in: WA 4/2807, 98v. u. 99r.

116 Denkschrift von Hugo Jacobi, in: WA 4/2807, 80r.

120 Ebd., 99r. u. v.

dennoch die Möglichkeit zur Kritik an den Agrariern durch eine allzu enge, gar institutionalisierte Zusammenarbeit nicht ausschließen lassen wollte. Die Bereitschaft zur «Sammlung» verhinderte nicht das Fortbestehen von Gegensätzen, und Jencke war sich dessen auch bewußt. Daneben wird deutlich, daß der Chefredakteur der «Berliner Neuesten Nachrichten» die Sammlungspolitik sehr viel stärker befürwortete als die Industriellen selbst. Zwar wurde ein Redaktionsrat eingerichtet, der die inhaltliche Ausrichtung des Blattes überwachen sollte, dennoch wird an dieser Stelle deutlich, daß durchaus Meinungsverschiedenheiten zwischen den Industriellen und den in ihrem Dienst stehenden Journalisten bestehen konnten. Es ist danach anzunehmen, daß auch die als industrienah bekannte Presse nicht unbedingt in allen Punkten immer das Sprachrohr der Industrie war.¹²¹ Dies gilt mehr noch für Steinmann-Bucher und seine «Deutsche Industrie-Zeitung», denn trotz bestehender Kooperation übte der Cdi lange Zeit keinen direkten Einfluß auf die Redaktion aus.¹²²

Der von Krupp angeführte erste Anlauf der Schwerindustrie, mit dem Ankauf der «Berliner Neuesten Nachrichten» das Massenmedium Tageszeitung zu nutzen, hatte also zunächst einen Mißerfolg beschert. Unter dem Einfluß Schweinburgs hatte das Unternehmen finanzielle Verluste gebracht. Das Blatt verlor durch die Verbindung zur Industrie und manche redaktionelle Veränderung Abonnenten und war somit selbst bedroht, statt den Ansehensverlust der Industrie zumindest abmildern zu können. Wie in der Firma Krupp kam es 1900 auch in der Industrie insgesamt daher zu einer Neuausrichtung des Umgangs mit der Presse: Hatten sich die Verbände in den Anfangsjahren darauf konzentriert, Einfluß auf die Entscheidungsträger der Politik in Reichsleitung, Bürokratie und Parlament zu gewinnen, so rückten nun die «breiten Wählerschichten», also die allgemeine Öffentlichkeit zusätzlich ins Blickfeld. Hier um Sympathie und Verständnis zu werben, sollte fortan die Hauptaufgabe der von der Industrie finanzierten Tageszeitung sein. Man mußte erkennen, daß man später als die Vertreter der Landwirtschaft sich dieser neuen Form der Interessenvertretung durch Öffentlichkeitsarbeit zugewandt hatte. «Lernen wir von der Landwirtschaft jene Intensität der Interessenvertretung, die sich in unserem öffentlichen Leben durchzusetzen weiß», forderte Jacobi in diesem Sinne.¹²³

Zunächst war die Gründung der Aktiengesellschaft und die damit verbundene inhaltliche Neuausrichtung durchaus erfolgreich, die Auflage konnte sich zumindest stabilisieren.¹²⁴ Doch als die «Berliner Morgenpost» 1902 die Liste der Aktio-

121 S.: Breger, *Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891*. Sie beurteilt diese fast ausschließlich auf der Grundlage der Meinungsäußerungen in der industrienahen Presse, besonders der «Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz».

122 S.o.

123 Denkschrift von Hugo Jacobi, in: WA 4/2807, 83v.

124 Kürschner, *Handbuch der Presse*, 147, gibt in der Ausgabe 1902 die Zahl von 20.000 an.

näre veröffentlichte, gingen die Abonnementszahlen sprunghaft zurück.¹²⁵ Zwar hatte die Zeitung nie ihre Nähe zur Industrie geleugnet, damit sogar in Anzeigen geworben¹²⁶, doch Krupp mußte jetzt feststellen, «daß meine Beteiligung an dem Unternehmen diesem nur Schaden brachte, ich für jede Ansichtsäußerung der Zeitung verantwortlich gemacht wurde».¹²⁷ Das Blatt war für eine wirksame politische Interessenvertretung unbrauchbar, denn es galt nach der Veröffentlichung der Besitzverhältnisse als Sprachrohr und Propagandablatt seines Großaktionärs Krupp, dem nach der öffentlichen Debatte um die Panzerplattenpreise in den vorangegangenen Jahren großes Mißtrauen entgegenschlug. Zwar gab es auch Zustimmung, so von dem mit Krupp befreundeten preußischen Kultusminister v. Studt, der schrieb, die «Berliner Neuesten Nachrichten» gehörten «zu den leider nur wenigen, eine energische nationale Politik im besten unseres Vaterlandes vertretenden Preßorganen»¹²⁸, doch der publizistische Schaden war zu groß. Krupp zog sich daraufhin pro forma von dem Unternehmen zurück, unterstützte es aber weiterhin finanziell.¹²⁹ Faktisch war das Konzept, über eine eigene Tageszeitung die öffentliche Meinung zugunsten der Industrie beeinflussen zu wollen, gescheitert.¹³⁰ Zum 31. Dezember 1904 wurden die Anteile der Aktiengesellschaft dann schließlich dem Deutschen Verlag verkauft.¹³¹ Zwar sollte dadurch die inhaltliche und politische Ausrichtung nicht berührt werden, doch bedeutete es die Trennung des CdI von dem Blatt, das schließlich 1919 in der «Post» aufging.

125 So Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 167. Zahlen nennt er nicht.

126 Im Jahr 1900 hieß es in einem Anzeigentext der «Berliner Neuesten Nachrichten»: «Keiner Partei dienstbar, nehmen die Berliner Neuesten Nachrichten zu den politischen Tagesfragen vom Standpunkte nationaler, monarchischer Gesinnung Stellung. Ausgezeichnet durch intime Beziehungen zur deutschen Industrie, treten die Berliner Neuesten Nachrichten entschieden für den Schutz der gesamten nationalen Arbeit und die gleichmäßige Beurteilung der grossen vaterländischen Erwerbsgruppen ein.» in: *Jahrbuch des Deutschen Flotten-Vereins* 1/1900.

127 FAK an d. preuß. Kultusminister v. Studt v. 12. 2. 1902, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern*, Nr. 79, 153 f.

128 v. Studt an FAK v. 9. 2. 1902, in: FAH 3 C 140.

129 Vgl.: Rötger an FAK v. 28. 2. 1902, in: FAH 3 B 261, 27–30, hier S. 28; FAK an d. preuß. Kultusminister v. Studt v. 12. 2. 1902, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern*, Nr. 79, 153 f.

130 Mit dem Hinweis auf dieses Scheitern lehnte dann auch der Vorsitzende des Kruppschen Direktoriums, Rötger, 1909 den Vorschlag ab, eine Tageszeitung herauszugeben, um das öffentliche Ansehen der Industrie zu verbessern. S.: Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 169.

131 S.: Ebd., 167.

4. Großindustrie im Zwielficht: Krupp und der Flottenbau

Es fänden sich «wenig Spuren der Interessengemeinschaft mit dem Kapital [...] bei der Durchforstung der deutschen Gelehrtenstuben», sagte Max Weber 1895 in seiner Freiburger Antrittsvorlesung¹ und thematisierte damit die tiefe Kluft, die zwischen dem Bildungs- und dem Wirtschaftsbürgertum, besonders den Großindustriellen, an der Jahrhundertwende entstanden war, als immer stärker sichtbar wurde, daß die Industrialisierung Deutschlands in vielen Bereichen zu Veränderungen in der Struktur des Kaiserreiches führte. Wie in einem Brennglas werden diese Veränderungen und die mit ihnen verbundenen Spannungen und Verwerfungen gebündelt in den Auseinandersetzungen um den Aufbau einer deutschen Schlachtflotte seit der Mitte der 1890er Jahre. An diesem Komplex werden die Auseinandersetzungen zwischen Kaiser und Reichsleitung einerseits und Parlament und Öffentlichkeit andererseits deutlich, er berührt die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, das Verhältnis der alten Eliten zum neuen Mittelstand und zur beständig an Bedeutung gewinnenden Sozialdemokratie. Zugleich ist dies der Punkt, an dem die Firma Krupp als der wichtigste Lieferant der Marine in besonderem Maße mit den Bereichen Politik und Öffentlichkeit in Berührung kam. Dabei kam es zu Konflikten und Auseinandersetzungen, die zu Positionsbestimmungen und -beschreibungen geführt haben und es so ermöglichen, Aufschluß zu gewinnen über die öffentliche Wahrnehmung des Industrieunternehmens sowie über dessen Selbstwahrnehmung und Positionierung.

Die Firma Krupp wurde seit der Jahrhundertwende Gegenstand heftiger Angriffe im Reichstag und in der Presse. Man warf dem Unternehmen vor, den Flottenbau aus geschäftlichem Eigennutz zu fördern, wenn nicht gar voranzutreiben, und die eigene Monopolstellung für die Forderung überhöhter Preise auszunutzen. Dabei war die Firma zunächst mit den öffentlichen Auswirkungen der Marineringung gar nicht befaßt. Den Ausgangspunkt bildete vielmehr das persönliche politische Engagement des Firmeninhabers. Es wurde bereits deutlich, daß F. A. Krupp anders als sein Vater Politik nicht allein unter Firmengesichtspunkten betrachtete, sondern durchaus bereit war, aus seiner Staats- und vor allem Kaiserstreue ein Engagement erwachsen zu lassen. Zwar ist er als Politiker im eigentlichen Sinne auch während seiner Zeit als Reichstagsabgeordneter in den Jahren von 1893 bis 1898 nicht hervorgetreten², seit der Mitte der 1890er Jahre unternahm er jedoch den Versuch, aus dem Hintergrund mit publizistischen Mitteln auf den po-

1 Max Weber, *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik*, in: Max Weber Gesamtausgabe, I. Abt. Bd. 4.2, 543–574, hier 571.

2 S.o.: Kap. II.2.C: Friedrich Alfred Krupp im Reichstag.

litischen Willensbildungsprozeß Einfluß zu nehmen. Er wollte damit das zu jener Zeit stark gesunkene Ansehen des Kaisers heben und für dessen Lieblingsidee werben, für die er sich seit seiner Thronbesteigung mit Nachdruck stark machte: den Bau einer deutschen Kriegsmarine. Dieser «Ausflug in die politische Öffentlichkeit» stellte ein persönliches Engagement dar, über das noch nicht einmal die Direktoren der Firma immer informiert waren. Es erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Berliner Journalisten Victor Schweinburg, ohne dessen Bekanntschaft Krupps Aktivitäten zunächst auch nicht denkbar waren. Schweinburg war nicht nur die ausführende Hand, von ihm ging in manchem sogar die Initiative aus.

A: Die Zusammenarbeit des Firmeninhabers mit Victor Schweinburg

Schweinburg verstand sich nicht in erster Linie als unabhängiger Berichterstatter, sondern mehr als ein Propagandist der Regierung, der außerhalb der Pressestellen angesiedelt war und deshalb um so wirkungsvoller agieren konnte.³ Gute Kontakte zu den jeweiligen Amtsinhabern waren deshalb stets sein wichtigstes Kapital. Nachdem er mehrere Jahre der Redaktion der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» angehört hatte, gab er seit 1881 den Pressedienst «Berliner Politische Nachrichten» heraus, der die mittleren und kleinen Provinzblätter mit Nachrichten und regierungstreuen Meinungsartikeln versorgte.⁴ Dieses Konzept, besonders die Provinzpresse im Sinne der Regierung beeinflussen zu wollen und hierfür nicht offizielle Wege zu benutzen, sondern einen privaten Pressedienst, entsprach ziemlich genau demjenigen, das Bismarck seit 1882 mit den «Neuesten Mitteilungen» verfolgte.⁵ Wenn es Schweinburg auch nicht gelang, in Bismarcks Presseorganisation eine bedeutende Rolle zu spielen⁶, so hatte er doch gute Kontakte ins Aus-

3 Vgl.: Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 168 Anm. 112: Nachruf auf Schweinburg in der «Deutschen Volkswirtschaftlichen Correspondenz» v. 23. 1. 1914. Darin heißt es, seine Artikel seien «stets repräsentativ für die jeweilig in den leitenden Kreisen des Reiches und Preußens geltenden Auffassungen gewesen».

4 Vgl.: Heidorn, *Monopole-Pressen-Krieg*, 55 f.; Bueck, *Mein Lebenslauf*, 126 f.

5 S. hierzu: Stöber, *Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882*.

6 Schweinburg wird in der Literatur zwar immer wieder als «Günstling Bismarcks» bezeichnet, doch fehlen hierfür Belege. S.: Heidorn, *Monopole-Pressen-Krieg*, 55; auf ihn berufen sich: Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 168; Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wil-*

helminischen Gesellschaft, 17; Röhl, *Germany without Bismarck*, 249. In Untersuchungen über Bismarcks Pressepolitik taucht Schweinburg dagegen nicht an prominenter Stelle auf. Vgl.: Stöber, *Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882*; Hank, *Kanzler ohne Amt*.

In den «Gesprächen» Bismarcks wird Schweinburg nur ein einziges Mal erwähnt, im Gespräch mit Poschinger am 20. 7. 1890. Poschinger plädiert für einen näheren Kontakt mit Schweinburg, der «durch seine Korrespondenz einen großen Einfluß, sowohl in der Berliner als auch in der Provinzialpresse» habe. Doch Bismarck lehnt eine Zusammenarbeit ab. Otto v. Bismarck, *Gespräche*, Gesammelte Werke, Bd. 9, 69.

wärtige Amt, die sein wichtigstes Kapital bildeten. Um so stärker traf es ihn, als ihn Marschall von Bieberstein unmittelbar nach seiner Berufung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes 1890 von Informationen aus seinem Haus abschnitt, weil er ihn verdächtigte, mit vertraulichen Bundesratsdrucksachen Handel getrieben zu haben.⁷ Auch der Versuch, den Kontakt zum Pressereferat über Bülow wieder herzustellen, war zunächst nicht erfolgreich. Erst als Marschall von Bieberstein 1897 als Botschafter nach Konstantinopel versetzt wurde, erhielt Schweinburg wieder Zugang zum Auswärtigen Amt⁸, wo er besonders mit Otto Hammann, seit 1894 Leiter der Presseabteilung⁹, gute Kontakte pflegte. Den versiegenden Informationsfluß aus der Wilhelmstraße konnte Schweinburg allerdings durch besondere Nähe zu Finanzminister Miquel ausgleichen, als dessen Sprachrohr er in den 1890er Jahren galt.¹⁰

Wenn man sich in Regierungskreisen auch des wendigen Journalisten bediente, so genoß er doch ein durchaus ambivalentes Ansehen. Kiderlen-Wächter beispielsweise versuchte zwar, über Schweinburg Einfluß auf die öffentliche Meinung zu gewinnen, er vertraute ihm dabei aber nicht rückhaltlos, denn er hielt seinen «Patriotismus» nur für eine auf pekuniäre Vorteile berechnete Marke.¹¹ Ähnlich war das Urteil auch in badischen Regierungskreisen.¹² In der Tat stand Schweinburg auch in den Diensten des Centralverbandes deutscher Industrieller (Cdi), von dem er regelmäßige Zahlungen erhielt, und sein vertrautes Verhältnis zu dessen Generalsekretär Henry A. Bueck war allgemein be-

7 «Schweinburg wird beim Auswärtigen Amt längst nicht mehr empfangen, weil Tatsachen vorliegen, welche die illoyale Ausnutzung seiner journalistischen Wahrnehmungen an der Börse in dem Maße dartun, daß man in einem Fall nach einem von ihm geschlossenen Geschäft sogar morgens an der Börse richtig voraussagte, daß Schweinburg abends durch Artikel in Börsenblättern einen Preissturz der Pikrinsäure herbeiführen werde. Auch sei ihm nachgewiesen, vorzeitig in einer großen Disziplinaruntersuchung sodann behandelten Veröffentlichungen von Drucksachen [!]; er habe abermals als Zeuge eidlich ausgesagt, die Drucksachen von einer nicht bekannten Handschrift adressiert erhalten zu haben und nichts weiter zu wissen. [...] Außerdem habe Schweinburg Freiherrn von Marschall in den Berliner Politischen Nachrichten für den schlechten Ausfall der letzten Wahlen in Baden verantwortlich gemacht, und zwar aus dem brotneidischen Argument, daß das Auswärtige Amt sich anderer Blätter bedient.» Jagemann (Berlin) an Brauer (Karlsruhe) v. 17. 12. 1897, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 3, Nr. 1791, 739 f.

8 Meyer, «*Endlich eine Tat, eine befreiende Tat...*», 46.

9 Zu Hammanns Rolle in der Pressepolitik des Reiches vgl.: Jungblut, *Unter vier Reichskanzlern*.

10 Vgl.: Brauer an Jagemann v. 16. 12. 1897, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 3, Nr. 1790, 739; s. a.: ebd. Nr. 1791.

11 Kiderlen-Wächter an Hammann v. 2. 21. 1898 in: BA Abt. Potsdam, NL Hammann, Bl. 15; zit. n.: Meyer, «*Endlich eine Tat, eine befreiende Tat...*», 46.

12 «Schw[einburg] ist jedenfalls ein sehr gerissener Herr, der Geld zu machen versteht, er besitzt auch eine gewisse Intelligenz, aber nach dem Eindruck, den ich heute erhalten habe, keinen tiefen Einblick in die ganze Sache. Er kam mir so vor, als ob er nicht viel weiter dringt, als man ihm zu sagen für gut findet. Und das wird eben doch nicht allzuviel sein.» Karl Glockner (?) an Julius Jolly v. 21. 10. 1897, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 3, Nr. 1758, 709.

kannt.¹³ So waren die von Schweinburg redigierten Pressedienste «Berliner Politische Nachrichten»¹⁴, später die «Süddeutsche Reichskorrespondenz» und die «Neue Reichs-Korrespondenz»¹⁵ und ebenso die Tageszeitung «Berliner Neueste Nachrichten», in deren Geschäftsleitung er mit einer Generalvollmacht im Auftrag des Cdi die Interessen der Eigentümer wahrnahm, in der politischen Ausrichtung stets auf Seiten der Regierung und vertraten zugleich die Interessen der Industrie.¹⁶

Über den Cdi ist sicherlich auch der Kontakt Schweinburgs zu F. A. Krupp zustande gekommen, der 1896 in einen regelmäßigen Briefkontakt mündete.¹⁷ Vieles spricht dafür, daß Krupp anfangs nicht einen Berater für den Umgang mit der Öffentlichkeit suchte, sondern in erster Linie daran interessiert war, während seiner häufigen und oft mehrere Monate dauernden Auslandsreisen stets über die aktuelle politische Entwicklung in Berlin informiert zu sein. So hatte er 1894 gegenüber dem Direktorium geklagt, daß er in Capri unzureichend und zu spät von politischen Ereignissen erfahre, woraufhin das Direktorium ein Abonnement bei Wolff's Telegraphen-Büro vorschlug. Krupp stimmte dem zu, wünschte aber zusätzlich, daß ihm wichtige Tagesereignisse durch einen in Berlin ansässigen Journalisten mitgeteilt würden.¹⁸ Hier bereits fiel auch der Name Schweinburgs, dessen Depeschen zunächst nur auf dem Umweg über die Firma an Krupp selbst gelangen sollten. Das Abonnement bei Wolff's Telegraphen-Büro bestand nur in den Jahren 1894 und 1895, es hat also offenbar das Informationsbedürfnis Krupps nicht hinreichend befriedigen können. Im Frühjahr 1896 begann dafür dann der direkte und regelmäßige Briefwechsel mit Schweinburg, der bis zum Bruch 1901 anhielt. Ein Schwerpunkt der Korrespondenz bestand von Anfang an darin, daß Krupp durch den Berliner Journalisten zum Teil vertrauliche Informationen aus den inneren Zirkeln der Regierung erhielt und manche Vorgänge direkt und so-

13 Der Kontakt zwischen Schweinburg und dem Cdi bestand seit 1882. S.: Bueck, *Mein Lebenslauf*, 126 f; s. o.: Kap. II.3.C: Pressepolitik der Industrieverbände: Die Berliner Neuesten Nachrichten.

14 1897 bediente diese Korrespondenz ca. 300 Zeitungen. S.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 136 Anm. 212. Die «Berliner Politischen Nachrichten» wurden seit 1897 bis mindestens 1906 durch die Firma Krupp mit 2800 Mark pro Jahr in Form von 7 Abonnements unterstützt. S.: WA 4/1800, 123 f.

15 S.: Bueck, *Mein Lebenslauf*, 142; Guratzsch, *Macht durch Organisation*, 413; Koszyk, *Deutsche Presse*, 266.

16 S.o. Kap. II.3.C: Pressepolitik der Industrieverbände: Die Berliner Neuesten Nachrichten; vgl.: Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, 17.

17 1891 waren die Verbindungen zwischen Krupp und Schweinburg offenbar noch recht lose. Jedenfalls fügte Jencke in einem Brief, in dem er von einer Begegnung mit ihm am Rande einer Sitzung des Cdi berichtete, eine kurze Erläuterung zur Person Schweinburgs an, daß er nämlich der Herausgeber der «Berliner Politischen Nachrichten» sei. S.: Jencke an FAK v. 15. 11. 1891, in: FAH 3 B 125, 112 f. Der rege Briefwechsel zwischen Friedrich Alfred Krupp und Schweinburg begann im März 1896.

Krupp konnte Schweinburg im Februar 1896 bei einem Mittagessen im Hause Buecks kennengelernt haben, zu dem neben Krupp und Jencke auch Schweinburg eingeladen war. S.: Bueck an FAK v. 4.2. u. 8. 2. 1896, in: FAH 3 C 73.

18 FAH 3 B 147, 84.

fort erfuhr.¹⁹ Bald ging die Zusammenarbeit, für die Krupp zum Teil aus privaten Mitteln große Summen zahlte²⁰, allerdings weiter. Schweinburg veröffentlichte in den «Berliner Politischen Nachrichten» auch Artikel mit von Krupp vorgegebener Tendenz, so wenn es darum ging, diesen oder jenen Politiker zu stützen oder zu schwächen.²¹ Das hieraus entstandene Vertrauensverhältnis führte bald zu einer Ausweitung der Zusammenarbeit auf neue Felder, so daß Schweinburg in den folgenden Jahren bei allen Kontakten, die F. A. Krupp persönlich zur Presse und zur Öffentlichkeit unterhielt, stets beratend oder ausführend, oft auch als der eigentliche Initiator beteiligt war. Mit der Firma waren diese Projekte teilweise nicht abgesprochen, selbst Jencke war nicht immer informiert.²² Zwei Projekte sind es, die hier besondere Beachtung verdienen und die zugleich in gewisser Weise miteinander verknüpft sind: Die «Süddeutsche Reichskorrespondenz», ein Pressedienst für die süddeutsche Provinzpresse, der das zu jenem Zeitpunkt stark angeschlagene Image des Kaisers und die Popularität der Marine verbessern sollte, und das direkte publizistische Werben für die Flottenrüstung im Deutschen Flottenverein, durch das die Nähe Krupps persönlich und schließlich auch der Firma zur Marine weiter zunahm.

Die Gründung der «Süddeutschen Reichskorrespondenz»

Die Initiative zur Gründung der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» (SRK) ging von Schweinburg aus, der ja durch die «Berliner Politischen Nachrichten» (BPN) bereits über Erfahrungen mit einem Pressedienst verfügte. Er berichtete Krupp im Sommer 1897 über eine sich besonders in Süddeutschland zeigende zunehmend kaiserfeindliche Stimmung, die er als «die Folge einer jahrelang mit großem Vorbedacht gepflegten Preßmache»²³ bezeichnete. Da die dortigen Zeitungen ihre Information nur aus «demokratischen, partikularistischen und ultramontanen Organen» bezögen – gemeint waren vor allem die «Frankfurter Zeitung» und die «Kölnische Zeitung»²⁴ –, würden sie unweigerlich deren Ausrichtung

19 Vgl.: FAH 22/10–13.

20 Bereits kurze Zeit nach Beginn des direkten Briefwechsels im März 1896 erhielt Schweinburg eine erste Überweisung in Höhe von 3000 Mark «für gehabte Auslagen und Tätigkeit», im Januar 1897 folgte eine Überweisung in Höhe von 45.000 Mark; s.: FAH 22/10. Im Juni 1898 erhielt Schweinburg von Krupp ein Geschenk in Höhe von 20.000 Mark, eine weitere Zahlung in Höhe von 45.000 Mark ohne Verwendungszweck ist für Februar 1899 in Krupps privatem Kontokorrentbuch vermerkt; s.: FAH 3 B 114, S. 2f. Allein in den Jahren 1896 bis 1898 erhielt Schweinburg hierfür von Krupp Zahlungen in Höhe von

113.000 Mark; s.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 210.

21 Vgl. z. B.: FAK an Schweinburg v. 4. 3. 1896, in: FAH 22/10, 1f.

22 Von der Beteiligung Krupps an der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» wußte Jencke nichts. S.: Korn an Nicolai v. 18. 10. 1900, in: WA 60/206.

23 Schweinburg an FAK v. 27. 7. 1897, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 139.

24 Vgl.: Schweinburg an F.A. Krupp v. 27. 7. 1897, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 141.

übernehmen. Das Ergebnis dieser einseitigen Information sei, so Schweinburg, daß die süddeutschen Blätter «den Kaiser als einen höfischen Einflüssen zugänglichen Monarchen» darstellten und «allerlei Pikanterien über die Person des Kaisers» verbreiteten.²⁵ Auch daß weite Teile der Öffentlichkeit in Süddeutschland die kaiserlichen Marinepläne ablehnten, sei allein auf oppositionelle Stimmungsmache zurückzuführen.

Schweinburg hat mit seiner Darstellung die öffentliche Meinung in vielem richtig beschrieben, wenngleich die gegen den Kaiser und seine militärischen, insbesondere die Marine betreffenden Pläne gerichtete Stimmung wohl nicht das Ergebnis gezielter Propaganda gewesen ist. Schweinburg beobachtete und beklagte einen Legitimations-, zumindest aber Popularitätsmangel des Kaisers und seiner Lieblingsidee, des Aufbaus einer leistungsfähigen Kriegsmarine. Wenn in Anlehnung an Kehr²⁶ von der historischen Forschung immer wieder die These vertreten worden ist, daß die «wilhelminische Weltpolitik» «in erster Linie wegen der inneren Legitimationsbedürfnisse betrieben worden» sei²⁷, so ist auffällig, daß Schweinburg als Zeitgenosse den Flottenbau nicht als Heilmittel ansah. Er hielt die geringe Popularität der Marine – deren Notwendigkeit an sich ihm außer Frage stand – vielmehr für einen Ausdruck der von ihm ebenfalls konstatierten Legitimationskrise. Beides, die Beliebtheit des Kaisers und die Popularität der Marine, bedurfte seiner Ansicht nach der publizistischen Förderung. Mit gezielter Propaganda, so lautete Schweinburgs Vorschlag, sei die Situation im Sinne des Kaisers und der Regierung zu verbessern. Die Provinzpresse Süddeutschlands müsse eine Alternative zu ihren bisherigen Informationsquellen erhalten, einen Pressedienst also, der sie schnell mit exklusiven Nachrichten aus der Regierung versorgen würde und damit zugleich deren Sichtweise verbreiten könne. Dieser Pressedienst dürfe aber keinesfalls als offiziös, als von der Regierung direkt inspiriert, und ebensowenig als aus Berlin kommend kenntlich werden. Er solle daher zwar von ihm, von Schweinburg, in Berlin redigiert werden, dann aber von Karlsruhe aus mit dieser Ortsangabe als «Süddeutsche Reichskorrespondenz» an die Zeitungen Süddeutschlands versandt werden.

Öffentlich sollte sein Name überhaupt nicht auftauchen. Wenn er auch der Redakteur und eigentliche Kopf des Blattes wäre, so sollte nach außen hin doch Julius Katz, der Chefredakteur der «Karlsruher Zeitung», als Chefredakteur firmieren. Da die «Karlsruher Zeitung» als offiziöses Blatt direkt der Regierung unterstand, war er für die Nebentätigkeit auf deren Zustimmung angewiesen. Die badische Regierung war zunächst über den eigentlichen Urheber und das Ziel des Projektes unsicher, vor allem fürchtete sie Animositäten innerhalb der Reichsregierung, in die sie nicht verwickelt werden wollte. Schließlich entschloß man sich aber doch,

25 Schweinburg an FA. Krupp v. 27. 7. 1897, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 139.

26 Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik*.
27 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1020; vgl. a. ebd., 1138.

das Vorhaben zu unterstützen, jedoch nicht, weil man sich davon eigene Vorteile versprochen hätte, sondern allein deshalb, «weil wir allerdings glauben, daß die Gründung in hohem Maße im Reichsinteresse liegt».²⁸

Den Kontakt zu Katz und damit nach Baden stellte Schweinburg selber her, in Berlin war es allerdings Krupp, der das Projekt präsentierte. Schweinburg hätte es nur auf der Ebene der Minister, wahrscheinlich bei Miquel, vorstellen können und damit riskiert, an den Spannungen, die zwischen den Ministerien bestanden, zu scheitern. Krupp hingegen konnte das Vorhaben direkt dem Kaiser vortragen²⁹, und es gelang ihm, diesen und vor allem den zunächst skeptischen Chef des Geheimen Zivilkabinetts, v. Lucanus, zu gewinnen.³⁰ Vor allem aber konnte Schweinburg auf diese Weise erreichen, daß das Projekt nicht einem Regierungsmitglied übertragen wurde, wodurch er weisungsgebunden geworden wäre. Genau diese Unabhängigkeit nannte er nämlich als die Bedingung, die für das Gelingen des Vorhabens unerlässlich sei: Er müsse direkten Zugang erhalten zu den wichtigsten preußischen Ministern und Leitern der obersten Reichsbehörden. Hier führte er den preußischen Finanzminister Miquel an, Innenstaatssekretär Graf Posadowsky, den Leiter des Auswärtigen Amtes, v. Bülow, den Staatssekretär im Reichsmarineamt, Adm. v. Tirpitz, den Leiter des Reichsschatzamtes, Frhr. v. Thielmann und den preußischen Minister für öffentliche Arbeiten, Thielen. Er dürfe nicht etwa auf einen Pressedezernenten wie Otto Hammann³¹ im Auswärtigen Amt verwiesen werden. Unbedingt wichtig sei weiter, daß das Vorhaben «als ein rein journalistisches Unternehmen auftauchen»³² müsse, daß also keine Namen derjenigen, die an dem Projekt beteiligt seien, genannt werden dürften. Auch dies bedeutete natürlich zugleich, daß das Projekt an seine Person gebunden sein sollte. Krupp übernahm die Finanzierung der Korrespondenz, deren erste Nummer am 26. Februar 1898, einem Samstag, in Karlsruhe erschien. Im Editorial wurde als Ziel des neugegründeten Organs angegeben, daß es zwischen Süd- und Norddeutschland vermitteln und den Bestrebungen der oppositionellen Presse entgegenarbeiten wolle, «eine unzufriedene Stimmung gegen Kaiser und Reich in den ihr zugängli-

28 Brauer an Jagemann v. 19. 12. 1897, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 3, Nr. 1792, 740.

29 Krupp an den Kaiser v. 25. 8. 1897, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 138 f.

30 Vgl.: FAK an Lucanus v. 6. 9. 1897, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 142.

31 Hammann war von 1894 bis 1916 Leiter des Pressedezernates im Auswärtigen Amt. Er dürfte Schweinburg bis 1897 als ein unüberwindbares Hindernis erschienen sein, denn Außenminister Marschall von Bieberstein hatte ihn von Informationen aus dem Auswärtigen Amt abgeschnitten.

Die Befürchtung, daß Hammann die Sache an sich ziehen und Schweinburg ausschalten könne, war wohl nicht ganz unberechtigt, Karl Glockner berichtete jedenfalls davon, daß noch im Dezember nicht klar gewesen sei, «ob die Korrespondenz Miquel bzw. Schweinburg oder dem Reichskanzler bzw. Herrn Hammann unterstellt wird.» Vgl.: Karl Glockner an Julius Jolly v. 15. 12. 1897, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 3, Nr. 1789, 737 f.

32 Schweinburg an FAK v. 27. 7. 1897, Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 139–142, hier 141.

chen Kreisen der süddeutschen Bevölkerung zu erzeugen». ³³ Schweinburg hatte bewußt darauf geachtet, daß diese erste Nummer einige Artikel enthielt, die den Kaiser besonders interessieren würden ³⁴, und auch Graf Eulenburg zeigte sich von der Süddeutschen Reichskorrespondenz angetan. Er ließ Krupp wissen, «daß er dem Unternehmen die wärmste Theilnahme entgegen bringe». ³⁵

Krupps Beteiligung an dem Unternehmen ist teilweise dahingehend interpretiert worden, daß er mit diesem Instrument vor allem Propaganda für die Flotte habe machen wollen und also lediglich seine eigenen geschäftlichen Interessen unter patriotischem Deckmäntelchen verfolgt habe. ³⁶ Wenngleich Krupps Interesse am Flottenbau auf der Hand liegt, so dürfte es doch zu kurz greifen, sein Engagement allein mit materiellen Interessen zu begründen. ³⁷ Bei der Frage nach seinen weiteren Beweggründen darf man nicht vergessen, daß Schweinburg für Krupp zunächst als Informant wichtig war, der ihm von den Vorgängen in Berlin schnell und präzise berichtete. ³⁸ Die Süddeutsche Reichskorrespondenz war auch in dieser Hinsicht bedeutsam, denn sie eröffnete die Perspektive, zu allen wichtigen preußischen und Reichsministerien direkten Zugang und dort ohne einen filternden Pressedezernenten direkte Informationen zu erhalten – dies zudem mit dem expliziten Auftrag und damit unter dem Schutz des Kaisers. Auf der Suche nach konkreten Interessen darf man diesen Aspekt nicht vernachlässigen: Schweinburg handelte mit Informationen, und die SRC bot ihm die Möglichkeit, exklusivere Informationen noch früher als bis dahin zu erhalten. Sie eröffnete ihm einen direkten Zugang zu den Nachrichtenquellen. Krupp war als einer der wichtigsten Kunden dieser Nachrichten an deren Exklusivität, Zuverlässigkeit und Schnelligkeit in hohem Maße interessiert.

Daneben muß man durchaus ernst nehmen, daß Krupp von den Berichten Schweinburgs über die Krisenstimmung in Süddeutschland alarmiert war. Er war kaisertreu aus persönlicher Neigung und Sympathie zu Wilhelm II., darüber hinaus ein wichtiger Protagonist und Träger des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems des Kaiserreiches. In Parteistreitigkeiten und politischen Sachfragen versuchte er sich so wenig wie möglich zu exponieren, doch für den Kaiser war er zu hohem Einsatz bereit. In der bereits von Alfred Krupp gepflegten «special relation» zwischen dem Inhaber der Essener Gußstahlfabrik und dem Herrscher Preußens und dann des Deutschen Reiches sah auch Friedrich Alfred Krupp eine wesentliche Voraussetzung für das Gedeihen des Werkes. ³⁹ Mit dem Kaiser stützte er aber zugleich den politischen, sozialen und ökonomischen Status quo, mit dem

33 Süddeutsche Reichskorrespondenz Nr.1 v. 26. 2. 1898, in: FAH 22/10, 35.

34 S.: Schweinburg an FAK v. 26. 2. 1898, in: FAH 22/10, 36–39.

35 FAK an Schweinburg vom 2. 3. 1898, in: FAH 22/10, 40.

36 Vgl.: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, 112.

37 So bereits Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 200.

38 Informationen über politische Vorgänge nehmen in der Korrespondenz zwischen Krupp und Schweinburg besonders in der Anfangszeit großen Raum ein. Vgl.: FAH 22/10–13.

39 S.o. Kap.: II.2.B: Friedrich Alfred Krupp und Wilhelm II.

auch seine Stellung untrennbar verknüpft war. Er war in mehrerer Hinsicht Wilhelminer: als prominenter Vertreter dieses Systems, als sein Exponent und wichtiger Nutznießer.

Krupp war sich dieser engen, untrennbaren Verbindung zwischen seiner Stellung und Position und derjenigen des Kaisers sehr wohl bewußt, und er erkannte auch, daß die zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu einer systembedrohenden Opposition werden könnte. Umgekehrt galt Krupp in der Öffentlichkeit weniger als integraler Bestandteil, als tragende Säule des wirtschaftlichen und sozialen Systems des Kaiserreiches, sondern als allein auf seinen Profit bedachter Geschäftsmann. Krupp war sich dieses negativen Images bewußt und berücksichtigte die Tatsache insofern, als er darauf drang, daß seine Unterstützung der Süddeutschen Reichskorrespondenz geheim blieb.

Friedrich Alfred Krupp wußte um das Mißtrauen, das ihm entgegenschlug, wenn er seine Finanzkraft einsetzte, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Er trug dem Rechnung, indem er stets darauf bedacht war, nichts über seine Aktivitäten auf diesem Gebiet bekannt werden zu lassen. So verfuhr er auch, als ihn Tirpitz Mitte 1897 aufforderte, sich an einer Kampagne zugunsten des geplanten Flottengesetzes zu beteiligen. Wieder sollte Schweinburg die Aufgabe übernehmen, doch damit wurde Krupp schließlich nicht aus der öffentlichen Kritik herausgehalten, im Gegenteil: Als Schweinburg 1899 Gegenstand und Ziel einer heftigen, zum Teil polemisch geführten Kampagne wurde, wurde auch Krupp selbst davon erfaßt.

B: Propaganda für die Flotte

Unter dem Eindruck zeitgenössischer Diskussionen und Auseinandersetzungen ist der Schlachtflottenbau vielfach unter innenpolitischen Aspekten, im Zeichen eines «Primats der Innenpolitik», betrachtet worden.⁴⁰ Danach sei der Aufbau der Marine in erster Linie im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das machtpolitische Gleichgewicht im Innern des Reiches zu sehen, als systemstabilisierende Krisenstrategie, die das 1870 entstandene Herrschafts- und Gesellschaftssystem bewahren und stabilisieren sollte. Die Marine sei das Vehikel gewesen, mit dem die Reichsleitung das Budgetrecht des Reichstages habe unterminieren, den Demokratisierungs- und Parlamentarisierungstendenzen entgegentreten und die immer offenkundiger zutage tretenden sozialen Gegensätze zudecken wollen. Diese These ist in ihrem Absolutheitsanspruch seither vielfach in Frage gestellt

⁴⁰ So vor allem durch Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik*.

Anknüpfend an Kehr durch: Berghahn, *Der Tirpitz-Plan*; Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*; Hallgarten, *Imperialismus vor 1914*,

Bd. 1, 371 ff.; Röhl, *Germany without Bismarck*, 251 ff.; Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, 63 ff.; Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 165 ff.; zuletzt ders., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1129 ff.

worden, ohne daß dabei jedoch die innenpolitischen Dimensionen des Flottenbaus bestritten wurden.⁴¹ Marinerüstung und die damit einhergehende, weite Teile der Bevölkerung erfassende Marinebegeisterung waren zugleich aber auch der vielleicht deutlichste Ausdruck des gewachsenen deutschen Selbstbewußtseins und Weltmachtstrebens, des sich seit dem Ende der Ära Bismarck wandelnden Selbstverständnisses Deutschlands. An die Stelle der Parole von der außenpolitischen «Saturiertheit» des Reiches trat die Forderung, ins «Konzert der Weltmächte» einzutreten und ebenfalls einen «Platz an der Sonne», Kolonien zu erringen. Auch meinte man, die bestehenden Kolonien und Handelsstützpunkte ebenso wie den zunehmenden Außenhandel nur mit einer eigenen Schlachtflotte wirksam schützen zu können.

Wichtigster Vorkämpfer einer deutschen Kriegsmarine war seit seiner Thronbesteigung Wilhelm II., der für die Flotte stets eine besondere Vorliebe geäußert hatte⁴² und mit großem Nachdruck ihren Ausbau betrieb.⁴³ Zunächst stieß er dabei allerdings auf den Widerstand des Reichstages, der den stereotyp vorgetragenen Forderungen bei gleichzeitiger Konzeptionslosigkeit in der Planung des Flottenaufbaus mißtraute und daher regelmäßig die hierfür veranschlagten Summen kürzte.⁴⁴ Als im März 1897 Marinestaatssekretär Hollmann wiederum mit seinem Flottengesetz im Reichstag gescheitert war, sprach Wilhelm II., obwohl auch die öffentliche Meinung zunehmend gegen ihn eingenommen war, sogar von der Möglichkeit eines Staatsstreiches, wenn der Reichstag nicht zu gewinnen sein würde.

In dieser Situation trat Alfred Tirpitz⁴⁵ im Juni 1897 die Nachfolge Hollmanns als Staatssekretär im Reichsmarineamt an. Für den Admiral stand die Notwendigkeit einer starken Kriegsmarine außer Frage. Sie wurde machtpolitisch begründet

41 S.: Kennedy, *The Rise of the Anglo-German Antagonism*, xi, 223 ff.; Epkenhans, *Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914*, besonders auch der Forschungsüberblick 1 ff.; Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1871–1918*; ders., *Das vergangene Reich*, 200 ff., bes. 203; Thomas Nipperdey hat die außenpolitische Funktion und Bedeutung der Flotte hervorgehoben und den «Primat der Innenpolitik» als «falsch» bezeichnet, ohne dabei die innenpolitische Bedeutung des Flottenbaus abzustreiten. S.: Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2., 637 f. Ullmann, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 147 ff. referiert die gegensätzlichen Standpunkte und vermeidet eine eindeutige Festlegung; Wehler geht im dritten Band seiner *Geschichte der deutschen Gesellschaft* zwar auf die außenpolitische Stoßrichtung des Tirpitz-Planes ein, legt aber weiterhin auch für die Motive Tirpitz' das Schwergewicht auf die Funktion der Flotte als eines «innenpolitischen Kampfstru-

ments im Sinne des Sozialimperialismus», vgl.: Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1129 ff.

42 Bezeichnenderweise benutzten Krupp und Schweinburg in ihrem Briefwechsel für Wilhelm II. das Codewort «Schiff».

43 Zur Vorgeschichte der Tirpitzschen Marinerüstung vgl.: Kamberger, *Flottenpropaganda unter Tirpitz*, 5–23.

44 S.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 21 ff.

45 Alfred Tirpitz, 1849–1930, Staatssekretär des Reichsmarineamtes 1897–1916. 17. 9. 1881 Beförderung zum Korvettenkapitän, 1888 Kapitän zur See, 1891 Chef des Stabes der Marinestation der Ostsee, 1892 Chef des Stabes des Oberkommandos, 1895 als Konteradmiral Chef des Ostasiengeschwaders, nobilitiert 1900, seit 1911 Großadmiral. Zu Tirpitz s.: Salewski, *Tirpitz*; Steinberg, *Yesterdays Deterrent*.

sowie mit dem Argument, daß die ständig wachsende Bedeutung des Reiches als Wirtschafts- und Handelsmacht eines militärischen Äquivalents bedürfe, wollte es die neugewonnene Position auf Dauer behaupten. Um allerdings den kontinuierlichen Aufbau einer leistungsfähigen Kriegsmarine zu ermöglichen, strebte Tirpitz ein Flottengesetz an, das den Sollbestand der Marine festlegen und so verhindern sollte, daß jedes Schiff einzeln zum Gegenstand von Diskussionen und Verhandlungen würde.⁴⁶ Genau darin lag die faktische Äternisierung des Flottenhaushalts und damit die Aushöhlung des parlamentarischen Budgetrechts. Es ist dem außerordentlichen taktischen Geschick von Tirpitz zu verdanken, daß das Flottengesetz im März 1898 den Reichstag passierte.⁴⁷ Die Verabschiedung bereits dieses Flottengesetzes, vor allem dann aber seiner Novellen in den folgenden Jahren war nicht denkbar ohne die Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Bereits vor seiner Ernennung zum Staatssekretär plante Tirpitz ganz gezielt, die öffentliche Meinung für seine Pläne zu gewinnen und als Instrument gegen den Widerstand des Reichstages einzusetzen. «Wenn es auch schwer sein wird, die jetzige Mehrheit des Reichstages zu überzeugen, daß die Verstärkung der Flotte besonders auch der wirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands und seinen Wohlfahrtseinrichtungen im erweiterten Sinne dient», notierte er im Januar 1896, «so würde ich doch glauben, daß es möglich ist, größere Kreise der Nation für dieses Vorgehen so zu erwärmen, daß von ihnen schließlich der erforderliche Druck für [die] Reichstagsbewilligung ausgeht.»⁴⁸

Von Anfang an war also das Augenmerk Tirpitz' nicht allein auf den Reichstag, sondern daneben auf die öffentliche Meinung gerichtet. Hier gab es bereits seit längerem Stimmen, die sich für ein stärkeres Engagement Deutschlands in Übersee aussprachen, um einerseits die zunehmende Handelsschifffahrt militärisch abzusichern, aber auch, um dem Machtanspruch Deutschlands Geltung zu verschaffen. Am einprägsamsten hat es Max Weber 1895 in seiner dann vielzitierten Freiburger Antrittsvorlesung formuliert, in der er «die Bedeutung der politischen Machtfragen» betonte und zur «Weltpolitik» aufrief: «Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.»⁴⁹ Tirpitz gelang es, diese Stimmung «umfassend und nachhaltig zu steigern»⁵⁰, wie er es 1896 noch als Programm formuliert hatte, und in eine von gro-

46 Vgl.: Berghahn, *Der Tirpitz-Plan*, 111 ff.

47 S.: Ebd., 112.

48 Auszug aus dem undatierten Entwurf der Denkschrift des Kontreadmiral Tirpitz vom 3. Januar 1896 zum Flottenbauprogramm des Oberkommandos der Marine, Druck bei: Berghahn/Deist, *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik*, Dokument IV/2, 195–198, hier 197.

49 Weber, *Der Nationalstaat und die Volkswirt-*

schafspolitik, in: Max Weber Gesamtausgabe, I. Abt. Bd. 4.2, 543–574, hier 571.

Ähnlich Tendenz z. B. bei: Rassow, *Die deutsche Flotte und das deutsche Volk*; W. E., *Zur Flottenfrage*, in: *Preußische Jahrbücher* 89/1897, 470–487.

50 Auszug aus dem undatierten Entwurf der Denkschrift des Kontreadmiral Tirpitz vom 3. Januar 1896 zum Flottenbauprogramm des Oberkommandos der Marine, Druck bei:

ßen Teilen des Bürgertums geteilte Flottenbegeisterung münden zu lassen, die den Flottenausbau der folgenden Jahre unterstützte.⁵¹ Dabei hatte Tirpitz selbstverständlich die innenpolitische Dimension des Flottenbaus stets fest im Auge, denn das war zugleich die realpolitische Dimension, diejenige der politischen Durchsetzbarkeit der Flottenpläne. Er war auf die Zustimmung des Reichstages angewiesen, wenn er einen Staatsstreich vermeiden wollte. Diese Möglichkeit wurde vom Kaiser als Ausweg durchaus erwogen, denn ein Verzicht auf den Flottenbau als Folge einer eventuell andauernden parlamentarischen Ablehnung kam für das Staatsoberhaupt nie in Frage.

In der Tat bedeutete die Äternisierung des Marinehaushaltes, wie sie mit dem Flottengesetz erfolgte, eine Beschneidung des parlamentarischen Budgetrechtes. Aber daraus als eigentliche Zielsetzung der ganzen Flottenpolitik abzuleiten, sie habe in erster Linie «die überkommenen politischen, sozialen und ökonomischen Privilegien der altpreußisch-agrarischen Führungsschichten» absichern und zementieren sollen⁵², sei dabei ihrer ursprünglichen Konzeption nach «gegen Parlament und England» gerichtet gewesen und habe das «Fernziel» verfolgt, «das preußisch-deutsche Herrschaftssystem unter Ausnutzung der industriewirtschaftlichen Expansionskräfte gegen strukturelle Veränderungen abzuschirmen»⁵³, findet in den Quellen keine hinreichende Basis.⁵⁴ Diese sprechen vielmehr recht deutlich dafür, daß, jedenfalls für Tirpitz, der Ausbau der Flotte Zweck an sich, nicht in erster Linie Mittel zu anderen Zwecken gewesen ist.⁵⁵

Operationsbasis für den Feldzug von Tirpitz zugunsten seiner Flottenpolitik war das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes, das der neue Staatssekretär bereits im Juni 1897 einrichtete und Korvettenkapitän August v. Heeringen unterstellte.⁵⁶ Um die Öffentlichkeit zu gewinnen, sollte die Pressearbeit verstärkt werden, sollten populäre Vorträge zu Marinethemen gehalten und das Literaturangebot – Sachbücher und Abenteuerromane – zu Themen der Seefahrt, der Flotte und der Marine erweitert werden. Tirpitz und Heeringen suchten zunächst die Unterstützung des Offizierskorps der Marine, der Reichsämtler und der preußischen Ministerien, daneben sollten aber auch die Hansestädte besonders eingebunden werden und die Privatindustrie – und hier war Krupp schon aufgrund der

Berghahn/Deist, *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik*, Dokument IV/2, 195–198, hier 197.

51 S. hierzu: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, bes. 325 ff.

52 Berghahn, *Der Tirpitz-Plan*, 15.

53 Ebd., 593.

54 Eley relativiert auch die im Zusammenhang mit der Annahme eines «Primats der Innenpolitik» vertretene These, daß das Flottengesetz von 1898 integraler Bestandteil der Miquel'schen Sammlungspolitik gewesen sei. Er zeigt demgegenüber, daß Miquel im Gegen-

teil den Flottenbau nicht nur kaum erwähnte, sondern hierin im Gegenteil sogar eine Gefahr für seine Sammlungspolitik sah. Vgl.: Eley, *Sammlungspolitik, Social Imperialism and the Navy Law of 1898*, 38.

55 Das geht deutlich hervor aus seinen Notizen für den Immediatvortrag am 15. Juni 1897 über das Flottenrüstungsprogramm, Druck bei: Berghahn/Deist, *Rüstung im Zeichen der Wilhelminischen Weltpolitik*, Dokument III/1, 134–136.

56 S.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 71 ff.

Größe des Unternehmens, sicherlich aber auch, weil die Interessen der Firma unmittelbar mit Rüstung und besonders der Marine verknüpft waren, derjenige, an den man zuerst dachte. In der Öffentlichkeit und in der Forschung ist deshalb lange Zeit die Meinung geäußert worden, daß Krupp hierbei entscheidenden Einfluß auf den Flottenbau genommen habe, daß Friedrich Alfred Krupp und seine Nachfolger an der Spitze des Stahlkonzerns den Flottenbau wesentlich vorangetrieben hätten, daß es ihnen also gelungen sei, die Politik und den Staat zur eigenen Profitmaximierung zu beeinflussen.⁵⁷ Demgegenüber haben die Forschungen von Owen⁵⁸ und vor allem von Epkenhans⁵⁹ gezeigt, daß die Initiative zum Flottenbau stets beim Reichsmarineamt lag, das Krupp zu einigen Investitionen, wie dem Bau des Panzerplattenwalzwerkes, sogar drängen mußte.

Die Gründung des Flottenvereins

Ähnlich war es auch bei der Gründung des Flottenvereins, mit dem das Reichsmarineamt eine «stärkere Anteilnahme der direkt von der Flotte Nutzen ziehenden Privat-Industrie zu Gunsten der Flotte»⁶⁰ erreichen wollte. Die Idee hierzu stammte von Heeringen, der später als Leiter des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamtes die Flottenpropaganda organisierte und koordinierte. Bereits im Januar 1896 hatte er vorgeschlagen, in ganz Deutschland Marinevereine zu gründen, die vom Reichsmarineamt insgeheim gesteuert für die Flotte agitieren sollten, ohne daß jedoch die Verbindung zur Regierung bekannt sein sollte.⁶¹ Von vornherein war geplant, daß diese Vereine als eine Gründung der Schwerindustrie und der hanseatischen Kaufleute erscheinen und von diesen getragen sein sollten.⁶²

Im Herbst 1897, kurz nach seinem Amtsantritt, wandte sich Tirpitz an die Industrie, an den Centralverband deutscher Industrieller⁶³ und an Friedrich Alfred Krupp persönlich.⁶⁴ Wenn auch kein unmittelbarer Zusammenhang bestand zu der gleichzeitig von Krupp und Schweinburg geplanten «Süddeutschen Reichskorrespondenz», so ist es aufgrund der Ähnlichkeit der Stoßrichtung doch nahe-

57 Menne, *Krupp. Deutschlands Kanonenkönige*; Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*; Manchester, *Krupp. Zwölf Generationen*; Engelmann, *Krupp. Die Geschichte eines Hauses – Legenden und Wirklichkeit*; Weir, *Building the Kaiser's Navy*.

58 Owen, *Military-Industrial Relations: Krupp and the Imperial Navy Office*.

59 Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*.

60 S.: Denkschrift Tirpitz vom 3. 1. 1896, Druck bei: Berghahn/Deist, *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik*, Dokument IV/2, 197; vgl.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 54f.

61 Randbemerkungen Heeringens zu der Denk-

schrift Tirpitz' vom Januar 1896, in: BA-MA N 253/3. Vgl.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 55.

62 So Heeringen in einem Brief an Tirpitz vom 5. 8. 1897, vgl.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 112 Anm. 137.

63 Auf diesem Wege kam der Direktoriumsvorsitzende Jencke mit den Tirpitz'schen Plänen in Berührung. Vgl.: Jencke an FAK v. 13. 10. 1897, in: FAH 3 B 126, 96 ff.

64 Vgl.: Heeringen an Tirpitz v. 13. 8. 1897, in: BA-MA N 253/4, 148f.; Tirpitz an FAK v. 12. 9. 1897, in: FAH 3 B 231; FAK an Jencke v. 14. 10. 1897, in: FAH 3 B 126, 102f., Druck bei: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtfloottenbau*, 95.

liegend, daß F. A. Krupp die Initiative des Staatssekretärs begrüßte und daß er sie mit den gleichen politischen Intentionen und der gleichen publizistischen Zielsetzung auszuführen gedachte wie diese. Es ging Krupp nicht um den Flottenbau als Selbstzweck, die Marine stand für ihn zugleich für die Industrialisierung und Modernisierung Deutschlands bei gleichzeitiger Stärkung des sozialen und politischen Status quo. Besonders erhoffte er sich von der Marine eine Hebung der Popularität des Kaisers und eine Unterstützung der Regierung.⁶⁵ In diesem Sinne informierte er Jencke über seine Unterstützung dieser Aktion, «die einen gewissen Eindruck nicht verfehlen und der Regierung etwas Zuversicht geben wird».⁶⁶

Wenn Krupp auch bereit war, Tirpitz bei seiner publizistischen Kampagne für die Marine zu unterstützen, wußte er dabei durchaus um seine ambivalente Stellung in der Öffentlichkeit.⁶⁷ Seit der Napoleon-Briefaffäre hatte er ausreichend Erfahrungen gesammelt, um zu wissen, daß seine Beteiligung an der Flottenpropaganda, sein finanzielles Engagement hierfür nicht bekannt werden durfte, wenn sie dem Projekt nicht mehr schaden als nützen sollte. Deshalb teilte er dem verwunderten Tirpitz mit, daß er zwar zur Mithilfe bereit sei, allerdings nur unter der Bedingung, nicht «in der Sache selbst thätig zu sein, weil jede Indiskretion nach dieser Richtung hin die Wirkung vereiteln konnte». Sein Name sollte «mit dieser Sache nicht in Verbindung gebracht werden».⁶⁸ Statt dessen verwies er den Staatssekretär an Schweinburg.

Wenngleich also die Idee und Initiative zur Gründung des Flottenvereins vom Reichsmarineamt ausgegangen war, so lag die organisatorische Vorbereitung und Durchführung in der Hand Schweinburgs.⁶⁹ Von Capri aus warb auch Krupp selbst um Mitglieder und konnte den Fürsten Wied, den Vorsitzenden des preußischen Herrenhauses, für die Übernahme des Vorsitzes gewinnen.⁷⁰ Insgesamt hatte der Flottenverein bei der Gründungsversammlung am 30. April 1898 in Berlin nicht ganz das von Heeringen zunächst angestrebte Profil einer Verbindung von Handel und Industrie. Wenn auch der Hamburger Reeder Adolf Woermann und Heinrich Wiegand vom Norddeutschen Lloyd in Bremen anwesend waren, so wurde die aus 51 Persönlichkeiten bestehende Versammlung doch wesentlich von den Vertretern der Industrie bestimmt, darunter der Präsident des Cdi, der

65 S.: FAK an den Kaiser v. 3. 12. 1899 (Abschrift), in: FAH 22/12, 36; Vgl.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 208.

66 FAK an Jencke v. 14. 10. 1897, in: FAH 3 B 126, 103.

67 FAK an Tirpitz v. 16. 9. 1897, in: FAH 3 B 231.

68 FAK an Jencke v. 14. 10. 1897, in: FAH 3 B 126, 102; vgl. a.: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtfloottenbau*, 95.

69 Dem entspricht, daß die Akten des Reichsmarineamtes wenig über die Gründungsphase des

DFV enthalten. S.: BA-MA RM 3. Vgl. a.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 148. Schweinburg berichtete Jencke bereits am 6. 10. 1897 über vorbereitende Gespräche, u. a. mit Tirpitz, Miquel und Frenzel vom Handelstag, dessen Mitarbeit er gewinnen konnte. Auch hier wurde besprochen, daß der Cdi insgesamt sich beteiligen sollte, daß aber Jencke ebenso wie Krupp persönlich möglichst im Hintergrund bleiben sollten. S.: FAH 3 B 40, 65–66.

70 Vgl.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 202 f.

bayerische Industrielle Theodor Ritter v. Haßler, und dessen Generalsekretär, Henry Axel Bueck – Krupp selbst allerdings war nicht erschienen.⁷¹ Die Schirmherrschaft über den Verein übernahm der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich von Preußen, was dem Verein zu hohem Ansehen verhalf und es ihm ermöglichte, in der Öffentlichkeit als überparteilicher, «nationaler» Verein aufzutreten.⁷² Die starke Prägung des Deutschen Flottenvereins (DFV) durch die Industrie stellte dennoch schon bald ein gewisses Hindernis für dessen Wirksamkeit dar, weil angenommen wurde, die finanzkräftigen Förderer hätten eigennützige Motive.⁷³ Krupp drängte denn auch gegenüber Schweinburg nochmals darauf, daß sein Name nicht genannt und die 2000 Mark betragende Höhe seines Jahresbeitrages nicht bekannt würde.⁷⁴ Dabei bleibt es unverständlich, daß F. A. Krupp offenbar annahm, es würde keine Verbindung hergestellt werden zwischen Schweinburg und ihm, wo doch dessen enge Beziehung zum Cdi ebenso wie seine Tätigkeit für die «Berliner Neuesten Nachrichten» bekannt war.

Mit der Gründung des Flottenvereins wurde ein Nerv getroffen – das zeigt sich an der enormen Resonanz, die er schnell fand. Noch im Jahr 1898 traten ihm mehr als 14.000 Einzel- und 64.000 korporative Mitglieder bei, so daß er insgesamt mehr als 78.000 Mitglieder zählte. Im folgenden Jahr verdreifachte sich die Mitgliederzahl: Knapp 247.000 Mitglieder gehörten dem DFV insgesamt an, davon fast 94.000 Einzel- und 153.000 korporative Mitglieder.⁷⁵ Um allgemein als nationaler, nicht parteipolitisch festgelegter Verein zu gelten, war es zudem ein wichtiger Schritt, daß der Kaiser noch im Sommer 1898 Marineoffizieren die Mitgliedschaft gestattete und damit Bedenken der Seeoffiziere ausräumte, ob eine Mitgliedschaft aufgrund der politischen Zielsetzung zulässig sei.⁷⁶

71 Vgl.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 203; Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 148; Meyer, *Die Propaganda der deutschen Flottenbewegung*, 174 ff.; Schilling, *Geschichte des radikalen Nationalismus*, 184 ff.; Wulf, *Deutscher Flottenverein (DFV) 1898–1934*, 433 ff.

72 Gerade diese Überparteilichkeit entsprach einem weit verbreiteten Bedürfnis. «Und dahin muß es auch in Deutschland kommen, daß Landheer und Flotte über den Parteien steht», forderte Rassow in der von Friedrich Naumann herausgegebenen Göttinger Arbeiterbibliothek. Rassow, *Die deutsche Flotte und das deutsche Volk*, 120.

73 In den «Berliner Neuesten Nachrichten» jedenfalls hieß es zur Verteidigung: «Der Umstand, daß die Gründung des Deutschen Flottenvereins durch einige hervorragende Großgewerbetreibende in Befolg der in der Presse ergangenen und vielfach beifällig aufgenommenen

Hinweise angeregt und im Wesentlichen auch ausgeführt worden ist, sowie daß gerade in den Kreisen der Industrie und der diesen nahestehenden Geschäftswelt der Flottenverein viele Mitglieder zählt, bietet der flottengegenrischen Presse fortwährend willkommenen Anlaß, diese Förderer des Flottengedankens eigennütziger Bestrebungen in ihrer Vereinstätigkeit zu verdächtigen.» Zit. n.: Meyer, *Die Propaganda der deutschen Flottenbewegung*, 176.

74 FAK an Schweinburg v. 14.6. u. 18. 6. 1898, in: FAH 22/10. Neben diesem offiziellen Vereinsbeitrag hat Krupp den Flottenverein 1898 mit weiteren 20.000 Mark unterstützt. S.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 210.

75 Wulf, *Deutscher Flottenverein (DFV) 1898–1934*, 432.

76 Schweinburg an FAK v. 2. 6. 1898, in: FAH 22/10; vgl.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 151.

Der Konflikt mit Stroschein und den «Flottenprofessoren»

Wie stark weite Teile des Wirtschafts- und des Bildungsbürgertums bereit waren, sich für die deutsche Kriegsmarine zu engagieren, wird auch an der Initiative des Besitzers einer kleinen chemischen Fabrik in Berlin, Stroschein, deutlich, der ebenfalls einen Reichsmarine-Verein gründen wollte und sich mit der Bitte um Unterstützung Anfang Januar 1898 an das Reichsmarineamt gewandt hatte.⁷⁷ Stroschein äußerte etwas anmaßende Pläne, wenn er das Protektorat des Kaisers selbst über seinen Verein erbat und eine aufwendig ausgestattete Flottenzeitschrift herausbringen wollte. Demgegenüber klang es etwas kleinkariert, daß seine Vereinsgründung eine «Volksschule zur Vorbereitung der Marine-Elementarkenntnisse» werden sollte. Tirpitz jedenfalls hielt Stroschein für einen Phantasten mit einem «gehörigen Apothekersparren».⁷⁸ Immerhin war es Stroschein aber gelungen, neben Apothekern, Ärzten, Kaufleuten und Lehrern eine Reihe prominenter Namen für sein Gründungskomitee zu gewinnen, darunter den Herausgeber der «Preußischen Jahrbücher», Hans Delbrück, den Chefredakteur der «Berliner Neuesten Nachrichten», Hugo Jacobi, den Chefredakteur der «Täglichen Rundschau», Heinrich Rippler, und die «Flottenautoren» Ernst Francke, Hermann Rasmussen und Georg Wislicenus.⁷⁹ Gegenüber dem vom Reichsmarineamt und der Großindustrie gegründeten DFV handelte es sich hier um eine wesentlich vom Bildungs- und dem mittleren Wirtschaftsbürgertum getragene Initiative. Das Reichsmarineamt hat nie auch nur erwogen, Stroschein zu unterstützen⁸⁰, allerdings wollte man – hierin durchaus im Einklang mit Stroschein – die Gründung von zwei konkurrierenden Flottenvereinen unbedingt vermeiden, da die Marine ja als eine nationale Mission gelten sollte.

77 BA-MA RM 3/9907. Vgl.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 150; vgl. a.: Wulf, *Deutscher Flottenverein (DFV) 1898–1934*, 433f. Hier wird Stroschein als Vertreter einer bildungsbürgerlichen, der Nationalliberalen Partei nahestehenden Richtung bezeichnet. Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 202, sieht in Stroschein dagegen einen Vertreter der neuen «nationalen Rechte». Letzteres trifft wohl eher zu, wenn für Stroschein auch der nationale Aspekt gegenüber parteipolitischen Erwägungen eindeutig im Vordergrund stand, denn er kündigte an, Sozialdemokraten, Angehörige der Freisinnigen Partei und sogar des Zentrums nicht aufnehmen zu wollen. S.: BA-MA RM 3/99007, 11. In einem Rundschreiben zur Mitgliederwerbung schloß er dann allerdings nur noch Sozialdemokraten aus. Ebd., 21.

78 So Tirpitz handschriftlich auf die Durchschrift eines Briefes Stroscheins an Bismarck, in dem

dieser sehr devot und umständlich um kaiserliche Unterstützung des von ihm geplanten Reichs-Marinevereins bat. Stroschein an Bismarck v. 15. 1. 1898, in: BA-MA RM3/9907, 14. Vgl. a.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 150 Anm. 11.

In einem ersten Schreiben an Tirpitz bezeichnete sich Stroschein als eine «harmlosen Mann»; Tirpitz unterstrich das Wort «harmlos» und fügte «ja, das ist richtig» hinzu. BA-MA RM 3/9907, 11.

79 Listen der Unterstützer von Stroscheins Initiative in: BA-MA RM 3/1890.

80 Stroschein hingegen behauptete später, die eigentliche Idee der Gründung des Flottenvereins sei von ihm ausgegangen und dann von der Großindustrie vereinnahmt worden. So auch Schilling, *Geschichte des radikalen Nationalismus*, 185, der allerdings die Akten des Reichsmarineamtes für seine Untersuchung nicht benutzt hat.

Unter Vermittlung von Jacobi, der als Chefredakteur der «Berliner Neuesten Nachrichten» auch Schweinburg und Krupp nahestand, wurde Stroschein in den Vorstand des DFV kooptiert. Damit sollten auch die Anhänger der von ihm geplanten Gründung gewonnen werden. Hier lag jedoch bereits der Anfang des Konfliktes, der im Dezember 1899 schließlich zum Rücktritt Schweinburgs als Sekretär des Flottenvereins führte. Denn es blieb noch ungeklärt, ob Stroschein, Delbrück und ihren Unterstützern im DFV neben der reinen Mitgliedschaft auch eine entsprechende Mitwirkung und Mitbestimmung eingeräumt werden sollte, was eine Öffnung des zunächst vorwiegend aus konservativen Industriellen bestehenden Vorstandes bedeutet hätte.

Von Anfang an bestanden also Spannungen zwischen Stroschein und der Leitung des DFV. Daß es zum offenen Konflikt kam, ist dennoch sicherlich zu einem großen Teil auf das ungeschickte, in manchem wohl selbtherrliche Vorgehen und arrogante Auftreten Schweinburgs zurückzuführen. Die Argumente und Anschuldigungen, die dann allerdings in der wesentlich über die Zeitungen ausgetragenen Auseinandersetzung vorgebracht wurden, gingen schon bald über persönliche Querelen hinaus und bezogen schließlich sogar Krupp mit ein.

Zunächst jedoch schien es ein rein persönlicher Streit zwischen Schweinburg und Stroschein zu sein, der sich und seine patriotischen Bemühungen um die Flotte nicht ausreichend gewürdigt sah und vor allem – da er ja die tatsächlichen Hintergründe der Gründung des Flottenvereins nicht kannte – für sich in Anspruch nahm, daß von ihm zuerst die Initiative zur Gründung eines Flottenbundes ausgegangen sei. Es begann damit, daß Stroschein die ihm bei seinem Beitritt zugesagte Stelle eines stellvertretenden Sekretärs nicht erhielt. Das war jedoch, anders als Stroschein meinte, nicht Ausdruck von Schweinburgs persönlichem Übelwollen, sondern Ergebnis politischer Absprache, denn die Position erhielt der Verbindungsmann zum Reichsmarineamt, Gercke. Stroschein fühlte sich dann beleidigt und in seinen patriotischen Motiven mißverstanden durch Äußerungen Schweinburgs und Buecks, die die Initiative zur Gründung des Flottenvereins für sich und die durch sie repräsentierten Industriellen und Adligen in Anspruch nahmen. Schließlich habe Schweinburg – so Stroschein – im Vorstand des Flottenvereins gesagt, daß der Flottenbund lediglich «ein störendes Hinderniss für den Flottenverein gewesen wäre, welches durch den geschäftsführenden Ausschuß zu beseitigen war».⁸¹ Stroschein versuchte, durch Briefe an die Vorstandsmitglieder des DFV und an Konteradmiral Frhr. v. Senden-Bibran, den Chef des kaiserlichen Marinekabinetts, Schweinburgs Ablösung zu bewirken, hatte damit jedoch keinen Erfolg und schied schließlich im Dezember 1898 unter Protest aus dem Flottenverein aus.⁸²

81 So Stroschein in einem Brief an Bueck v. 17. 12. 1898, Abschrift in einer Denkschrift Stroscheins vom März 1899, in: BA-MA RM 2/1890, 84.

82 Denkschrift Stroscheins vom März 1899, in: BA-MA RM 2/1890, 82–95; vgl.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 154.

Auch mit den sogenannten «Flottenprofessoren» um Hans Delbrück und Gustav Schmoller kam es zu keiner Einigung.⁸³ Sie wollten nur beitreten, wenn alle drei von ihnen repräsentierten Fraktionen der Berliner Professorenschaft, die Angehörigen der Freisinnigen Vereinigung, der National-Sozialen und der akademisch-sozialpolitischen Gruppe dem Beitritt zustimmen würden. Die Freisinnigen hatten das bis dahin jedoch abgelehnt, da der Flottenverein einen «ausschließlich gouvernementalen Charakter» habe.⁸⁴ Vor allem aber forderte Delbrück, daß von jeder Gruppe ein Vertreter in den Geschäftsführenden Ausschuß des DFV aufgenommen werde. Dies sollte die Überparteilichkeit des Vereins gewährleisten und hätte eine Öffnung des DFV nach «links» bedeutet.⁸⁵ Genau dies lehnten der Geschäftsführende Ausschuß⁸⁶ und Schweinburg als der Verhandlungsführer entschieden ab. Zwar boten sie Delbrück selbst die Aufnahme an, verweigerten sie aber einem Vertreter der Freisinnigen Vereinigung oder der National-Sozialen. Die Berliner Professoren erklärten sich daraufhin bereits Anfang Juli 1898 außerstande, dem Flottenverein beizutreten.⁸⁷

Schweinburg als faktischer Leiter des Flottenvereins verfolgte eine Strategie, die eben nicht darauf abzielte, alle gesellschaftlichen und politischen Gruppen im Flottenverein zusammenzubringen, sondern wollte – ebenso wie bei der Süddeutschen Reichskorrespondenz – die Flottenbegeisterung als Vehikel für Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Regierung und zur Hebung der Popularität des Kaisers nutzen. Dieses Ziel widersprach zwar den Intentionen von Tirpitz und Heeringen, zunächst griffen sie jedoch nicht ein, sondern ließen Schweinburg freie Hand.

«Die Flotte muß über den Parteien stehen»

Dies änderte sich im Oktober 1899, nachdem der Kaiser in der «Hamburger Rede» mit dem Ausspruch «bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte»⁸⁸ den – von Tirpitz zunächst für verfrüht gehaltenen⁸⁹ – Startschuß zur Flottennovelle ge-

83 Im Juni 1898 ging Schweinburg allerdings noch davon aus, daß eine Einigung kurz bevorstehe. Vgl.: FAK an Schweinburg v. 18. 6. 1898, in: FAH 22/10.

84 Delbrück an Schweinburg v. 20. 6. 1898, zit. n: Rechenschaftsbericht Schweinburgs, in: BA-MA RM 3/9907, 257.

85 Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 153; Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 203.

86 Ihm gehörten neben dem Präsidenten Wilhelm Fürst zu Wied der Erbprinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst als erster Vizepräsident an, Admiral Hollmann als zweiter Vizepräsident, Robert von Mendelssohn als Schatzmeister, Schweinburg als Sekretär und Korvettenkapitän a.D. Hermann Gercke als dessen Stellver-

treter, daneben als Beisitzer Generalleutnant z.D. Freiherr von Dinklage-Campe, Geheimrat Professor Busley, der Abgeordnete Freiherr von Zedlitz-Neukirch und schließlich Henry A. Bueck, der Generalsekretär des Cdl. S.: Meyer, *Die Propaganda der deutschen Flottenbewegung*, 176.

87 S. den Briefwechsel Schweinburg-Delbrück, den Schweinburg im Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit als Sekretär des DFV publiziert hat, in: BA/MA RM3/9907, 248 ff.

88 Wilhelm II., Rede im Rathaus der Freien Stadt Hamburg am 18. Oktober 1899, in: Penzler (Hrsg.), *Die Reden Kaiser Wilhelms II. in den Jahren 1896–1900*, Bd. 2, 175–178, hier 176.

89 Tirpitz, *Erinnerungen*, 104.

geben hatte. Nun bedurfte der Staatssekretär jeder Unterstützung, um das Gesetz durch den Reichstag zu bringen. Der Flottenverein mußte zu einem nationalistischen Sammelbecken für Angehörige aller Parteien und gesellschaftlichen Klassen werden, die Flottenbegeisterung auch in politisch links stehende Gruppen und in die Arbeiterschaft getragen werden. Schweinburgs politisches Konzept geriet jetzt in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu den Plänen Tirpitz' und gefährdete sie sogar.

Dem Staatssekretär mußte nun daran gelegen sein, jede Konfrontation zu vermeiden und einen breiten Konsens zugunsten der Flotte herzustellen. Er konnte zu diesem Zweck direkt an den Aufruf Wilhelms II. anknüpfen, der in Hamburg gesagt hatte, daß die «Aufgaben für unser Deutsches Reich und Volk» nur dann lösbar seien, «wenn einheitlich und fest, den Parteien entsagend, die Deutschen hinter uns stehen». Das deutsche Volk müsse «ablegen seine Sucht, das Höchste in immer schärfer sich ausprägenden Parteirichtungen zu suchen», hatte der Kaiser gefordert, denn der Parteienstreit schwäche Deutschlands internationale Position. Darauf vor allem sei es zurückzuführen, daß die deutsche Flotte erst am Anfang stehe.⁹⁰ Mit diesem Aufruf traf Wilhelm ein breites Bedürfnis der Zeit, über die Parteigrenzen hinweg ein gemeinsames Ziel ins Auge zu fassen. Das scheint sogar Tirpitz ein wenig überrascht zu haben. Er notierte nach dem Ersten Weltkrieg rückblickend, es habe sich «ein gewisses Bedürfnis der Nation nach einem Ziel, nach einer vaterländischen Sammlungssparole» gezeigt.⁹¹

So trat beispielsweise Hans Delbrück in den «Preußischen Jahrbüchern» immer wieder für einen Patriotismus ein, der über den Parteien stehen, die Partei- und Interessengegensätze überwölben sollte. Er beklagte, daß wirtschaftliche Interessen immer mehr an Bedeutung gewöhnen und stärker zu werden drohten als politische Gegensätze⁹² und begrüßte von daher die patriotische Aufwallung, die der Burenkrieg auslöste, was die Stimmung zugunsten der Flottennovelle erheblich

90 Wilhelm II., Rede im Rathaus der Freien Stadt Hamburg am 18. Oktober 1899, Druck bei: Penzler (Hrsg.), *Die Reden Kaiser Wilhelms II. in den Jahren 1896–1900*, Bd. 2, 177.

91 Alfred v. Tirpitz, *Erinnerungen*, 98.

92 Vgl. z. B. «Preußische Jahrbücher» 88/1897, 361: «Wenn nicht alle Zeichen trügen, so lösen sich unsere Parteien in wirtschaftliche Gruppen auf. Der nächste Reichstag wird eine agrarische Gruppe haben, eine Industrie-Gruppe, eine Arbeiter-Gruppe und zwei bürgerliche Gruppen, eine in der die Kleinbürger, Handwerker und Bauern überwiegen (Antisemiten), eine, in der die Kaufleute und Hausbesitzer überwiegen («Freisinn»). Auch in den überlieferten Parteien ist dies oder jenes wirtschaftliche Element bereits vorherrschend. Aber das wirtschaftliche Element war

bisher nicht das einzige, sondern amalgamiert mit Tendenzen und Ideen anderer Art und erst ein solches Amalgam macht in Wahrheit eine Partei.» Und später 364: «Der zukünftige Zerfall des Reichstages in bloße wirtschaftliche Gruppen bildet für ein gesundes nationales Dasein ein so große Gefahr, daß man sehr ernstlich erwägen muß, ob nicht selbst eine ultramontane Regierung, vorübergehend, wie sie ja doch nur sein könnte, das kleinere Übel wäre.»

«Preußische Jahrbücher» 92/1898, 185: «Die rein wirtschaftlichen Gegensätze, unter denen wir heute leben, werden bezeichnet durch die drei Gruppen Landwirtschaft, Industrie und Handel.» Daneben gebe es noch den «Gegensatz des Arbeiters und des Arbeitgebers».

verbesserte.⁹³ Ganz ähnlich forderte Hermann Rassow, daß die Armee aus den politischen Tageskämpfen herausgehalten werden müsse. In der von Friedrich Naumann herausgegebenen «Göttinger Arbeiterbibliothek» plädierte er dafür, daß «auch in Deutschland [...] Landheer und Flotte über den Parteien steht».⁹⁴ Auch Friedrich Naumann selbst sprach sich dafür aus, «daß in großen vaterländischen Dingen der Streit der Parteien ruhen soll».⁹⁵ Der Parteienstreit wurde zwar einerseits als notwendiges Element des Parlamentarismus in Kauf genommen, verlor damit aber nicht das Stigma, der nach wie vor als ungelöste Aufgabe empfundenen inneren Reichsgründung entgegenzuwirken. Er galt als Krisenindiz des noch jungen Nationalstaates.

Deshalb begrüßte Delbrück im Dezember 1899 die Flottenbegeisterung, die die «Interessenkämpfe und Fraktionszänkereien» für einen Moment in den Hintergrund drängte, wenn er feststellte, «im Augenblick geht ein Zug durch unsere Politik, dem man mit Freudigkeit folgen kann».⁹⁶ Er forderte von daher, daß auch der Deutsche Flottenverein über den Partei- und Interessengegensätzen stehen sollte: «Was könnte heute ein wahrhaft volksthümlicher Flotten-Verein für eine heilende und stärkende Wirkung auf lange Zeit hinaus auf die deutsche Volksseele ausüben! Ein Verein, in dem sich, ohne den berechtigten Partei-Interessen entgegenzutreten, alle von nationaler Gesinnung erfüllten Männer zu einer praktischen Aufgabe vereinigen!»⁹⁷

Und genau dies, den Flottenverein zu einem nationalistischen Sammelbecken für Flottenbegeisterte aus allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zu machen, nicht die konservativen Industriellen in den Leitungsgremien dominieren zu lassen, sondern auch Vertreter anderer politischer und gesellschaftlicher Gruppen aufzunehmen, hatte Schweinburg im Sommer 1898 abgelehnt. Hatte Tirpitz dies zu diesem Zeitpunkt noch hingenommen, so war es nun untragbar, zumal die Zeitungen der Flottengegner den DFV als Interessenvertretung der Großindustrie und Hochfinanz bezeichneten. Zum offenen Ausbruch des Konfliktes kam es, als die von Heinrich Rippler herausgegebene «Tägliche Rundschau» am 12. November 1899 einen Brief Stroscheins veröffentlichte, in dem dieser nochmals darauf beharrte, daß zuerst *er* die Idee zur Gründung einer Flottenliga in der Öffentlichkeit vorgestellt habe. Er verwahrte sich wiederum dagegen, daß Schweinburg «wiederholt in den von ihm redigierten Mitteilungen des deutschen Flottenvereins (Flot-

93 Preußische Jahrbücher 99/1900, 189: «In der Gesamtheit des Volkes haben sie die Partei-gegensätze für einen Augenblick in den Hintergrund gedrängt und eine schöne Einmüthigkeit der Stimmung läßt alten Hader vergessen. Jedermann ist für die Buren; jedermann empfindet, daß die nächste große Entscheidung auf dem Wasser ausgefochten werden wird und daß Deutschland dazu gerüstet sein muß.»

94 Rassow, *Die deutsche Flotte und das deutsche Volk*, 120.

95 Naumann, *Flotte und Reaktion*, 4.

96 Delbrück, Politische Korrespondenz v. 17. 12. 1899, in: «Preußische Jahrbücher» 99/1900, 191.

97 Ebd.

tenfreund) 30 größtenteils der Großindustrie und Hochfinanz angehörige Herren» als diejenigen bezeichne, die das Projekt angeregt und auf den Weg gebracht hätten.⁹⁸ Hatte sich Stroschein anfangs vor allem in seiner persönlichen Eitelkeit gekränkt gefühlt, so gab er seinem Widerspruch jetzt eine Wendung ins Grundsätzliche. «Im Interesse der vaterländischen Sache» sei es wichtig darauf hinzuweisen, «daß die deutsche Flottenliga, ob sie nun Flottenbund oder Flottenverein heißt, mitten aus dem deutschen Volk heraus in der Öffentlichkeit zuerst angeregt worden ist». Die Flottenbegeisterung werde vom Patriotismus großer Teile der Bevölkerung getragen und sei eben nicht eine «Interessengründung der Großindustrie und Hochfinanz». In einem Kommentar schloß sich Rippler der Kritik an Schweinburg an, den er als «das Haupthemmnis einer gedeihlichen Entwicklung des für unsere vaterländischen Interessen so wichtigen Vereins» bezeichnete. Unter Schweinburgs Leitung sei der Flottenverein nicht wirklich volkstümlich geworden, lautete die Kritik, und er habe deshalb auch zuwenig Mitglieder gewonnen. Statt den «Flottengedanken ins Volk [zu] tragen» sei der DFV in seiner derzeitigen Form eine elitäre Vereinigung von «Kommerzienräthen und Regierungsbeamten, die ohnedies längst für den Flottengedanken gewonnen sind». Der Verein sei «von oben protegirt» und trage einen «nachgerade fast offiziellen Anstrich», kurz: Er sei elitär und gouvernemental und eben deswegen kein wirklicher Volksverein.

Schweinburg, dessen gute Beziehungen sowohl zur Industrie als auch vor allem zu Miquel bekannt waren, erschien als der willige Erfüllungsgehilfe seiner Auftraggeber in der Industrie und der Regierung, und sein Auftreten trug nicht dazu bei, die Spannungen zu mindern. Sowohl die persönlichen Angriffe gegen Schweinburg als auch die inhaltlichen gegen Charakter und Struktur des Flottenvereins wurden zwei Tage später im Zentrumsblatt «Germania» deutlich verschärft und anders akzentuiert.⁹⁹ Der Artikel war die Antwort auf einen Beitrag in den «Berliner Neuesten Nachrichten», der dem Zentrum ganz im Sinne des zu diesem Zeitpunkt eigentlich der Vergangenheit angehörenden Kulturkampfes vorwarf, nicht dem nationalen Staat, sondern der Kirche als einer «internationalen hierarchischen Ordnung» loyal zu sein.

Die «Germania» schlug auf der gleichen polemischen Ebene zurück und sprach Schweinburg unter Hinweis auf seine jüdische Abstammung und seine Herkunft aus Mähren echte nationale Gesinnung ab. Er sei vielmehr ein «Soldschreiber in fremden Diensten ohne eigene Meinung». Das Blatt führte die Besitzverhältnisse der «Berliner Neuesten Nachrichten» an, die als «Organ der Großindustriellen» bezeichnet wurden. Damit wurde offenkundig, daß Krupps Versuch mißglückt war, selbst nicht in Erscheinung zu treten, denn die Verbindung Schweinburgs zu ihm wurde doch schnell allgemein angenommen. Daß Schweinburg der faktische Leiter sowohl der «Berliner Neuesten Nachrichten» als auch des Flottenvereins

⁹⁸ Hier und im folgenden: «Tägliche Rundschau» v. 12. 11. 1899.

⁹⁹ Hier und im folgenden: «Germania» v. 14. 11. 1899.

war, wertete die «Germania» als Zeichen dafür, daß der Flottenverein den Geschäftsinteressen der Großindustrie und hier an erster Stelle denjenigen Krupps diene. Krupp als Kanonenproduzent, als Besitzer der Germaniawerft und der Grusonwerke habe ein zunächst geschäftliches Interesse am Flottenbau. Der Flottenverein sei damit im Grunde ein Betrug der Öffentlichkeit, lautete der Vorwurf: «Die breite Masse des Volkes wird aufgefordert, Opfer für die Verstärkung der Flotte zu bringen, aber es darf schließlich doch auch nicht verschwiegen werden, daß ein nicht unerheblicher Theil dieser Opfer in die Taschen der Großkapitalisten fließt.» Daß die «Berliner Neuesten Nachrichten» für den Flottenbau eintreten, sei angesichts dieser Interessen «kein Wunder», schrieb die «Germania» und übertrug dies ebenso auf den Flottenverein: «Der nackte Geschäftspatriotismus verbirgt sich hier in der abstoßendsten Weise unter der Hurrah-Reclame für die Flottenvermehrung.» Ohne Krupp selbst anzugreifen, wurde doch insinuiert, daß die Schwerindustrie kein wahrhaft «patriotisches», sondern ein eigennützig gewinnorientiertes und daher im Grunde zu verurteilendes Interesse am Flottenbau habe.

Die Debatte nahm mit diesem Artikel eine neue Wendung, einerseits in bezug auf die Person Schweinburgs, andererseits aber standen nun die Großindustrie und vor allem Krupp im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Die Beteiligung der Regierung am Flottenverein erregte hingegen keinen Anstoß mehr. Was Krupp zu vermeiden versucht hatte, indem er nicht selbst aktiv wurde, trat nun ein, noch dazu durch den Mann, der Krupp von der Öffentlichkeit hatte abschirmen sollen. Und Tirpitz, der noch 1897 mit Unverständnis auf die Warnung Krupps reagiert hatte, daß eine zu offensichtliche Prägung durch die Großindustrie den Zielen des Vereins schaden müsse, sah sich jetzt genau damit konfrontiert. Unter Schweinburgs Führung war es nicht möglich, ein breites Spektrum der Gesellschaft im Flottenverein zusammenzubringen, sicherzustellen, daß er über Parteigrenzen hinweg Zustimmung fände. Als dann wiederum zwei Tage später die Meldung erschien, daß die «Flottenprofessoren» um Delbrück und Schmoller die «Freie Vereinigung für Flottenvorträge» gegründet hatten, da sie zwar für «die Entwicklung Deutschland zur See [als der] größte[n] Aufgabe der Gegenwart» eintreten, aber nicht mit dem Flottenverein kooperieren wollten, wurde offensichtlich, daß der Flottenverein unter Schweinburgs Führung, statt ein Instrument der Flottenwerbung im Sinne der Regierung zu sein, zunehmend zu einer Belastung für sie wurde. Wenn der Flottenverein ein Agitationsinstrument für die Flotte bleiben und nicht selbst Gegenstand heftigster öffentlicher Angriffe werden sollte, mußte Schweinburg dringend entfernt und der Einfluß der Schwerindustrie zumindest nach außen hin zurückgedrängt werden.¹⁰⁰

100 S.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 206 ff. Schweinburg an Korn v. 1. 12. 1899, in: FAH 22/12, 1.

Der Sturz Schweinburgs

Tirpitz verstärkte deshalb das publizistische Trommelfeuer, das zum Sturz Schweinburgs entfesselt wurde, und versuchte Anfang Dezember, Krupp sowohl in einem direkten Schreiben als auch über Admiral Hollmann zu bewegen, Schweinburg zum Rücktritt zu veranlassen.¹⁰¹ Dabei waren die gegen Schweinburg erhobenen persönlichen Vorwürfe in der Substanz recht fadenscheinig. So hieß es, er sei 1896 in eine Affäre wegen des unlauteren Erwerbs amtlicher Aktenstücke verwickelt gewesen, habe sich im Mai 1899 eine Schlägerei mit einem Vizekonsul a.D. geliefert und sogar, er sei Geheimagent für ausländische Regierungen. Letzterer Verdacht wurde auch mit antisemitischen Ressentiments geschürt. Tirpitz ließ vertraulich beim Polizeipräsidenten nach der Substanz dieser Vorwürfe anfragen, erhielt allerdings die Antwort, daß Schweinburg in der Aktenaffäre lediglich als Zeuge vernommen worden sei, auch über eine etwaige Agententätigkeit sei nichts bekannt. Lediglich die Schlägerei wurde bestätigt, die wohl aus gegenseitigen Beleidigungen eskaliert war – zu einer Anklage war es jedenfalls nicht gekommen.¹⁰²

Krupp stellte sich schützend vor Schweinburg und hoffte hierbei sogar auf die Hilfe von Tirpitz, da er diesen zunächst nicht zu den Gegnern Schweinburgs zählte, sondern die Initiative allein bei Delbrück und Rippler vermutete und zudem annahm, daß sie hierfür in erster Linie persönliche, gegen Schweinburg selbst gerichtete Motive hätten.¹⁰³ Dies konnte aber Ende November nichts mehr bewirken, als Stroschein Beleidigungsklage gegen Schweinburg und den Fürsten zu Wied erhob und die öffentlichen Forderungen nach dem Rücktritt Schweinburgs immer lauter wurden. Es wurde sogar bereits über das Auseinanderbrechen des Flottenvereins oder die Abspaltung einzelner Landesverbände spekuliert¹⁰⁴ – das hätte eine Steuerung der Flottenagitation durch das Reichsmarineamt vollständig unmöglich gemacht. Schließlich befürworteten auch Admiral Hollmann und der Kaiser selbst die Entfernung Schweinburgs aus dem Amt des Geschäftsführers.¹⁰⁵ Damit war seine Position unhaltbar geworden, und er trat am 2. Dezember 1899 schließlich zurück.

In seinem Entlassungsgesuch stellte er sich nicht ohne eine gehörige Portion Selbstmitleid als das nötige Opfer dar, das für den Erhalt des Flottenvereins gebracht werden müsse. Wenn das Reichsmarineamt seine Entfernung aus dem Flottenverein betreibe, gebe es keine Möglichkeit für ihn, im Amt zu bleiben. Dennoch betonte er seine persönliche Unschuld und verwies – nicht ganz zu Un-

101 Tirpitz an FAK v. 2. 12. 1899, in: FAH 22/12. Vgl. hierzu: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 206 ff.

102 Mitteilung des Polizei-Präsidenten vom 29. 11. 1899, in: BA-MA RM3/10111, 76.

103 FAK an Hollmann o.D. (wohl 1. oder eher noch 2. 12. 1899), in: FAH 22/12, 9–18.

104 S. z. B.: «Leipziger Tageblatt» v. 31. 11. 1899.

105 Vgl.: FAK an den Kaiser v. 3. 12. 1899; Lucanus an FAK v. 6. 12. 1899, Hollmann an FAK v. 4. 12. 1899, alle in: FAH 22/12.

recht – darauf, «daß der Kampf nicht mir, sondern der Organisation gilt, die wir geschaffen haben». ¹⁰⁶ Noch immer glaubte er, daß der preußische Finanzminister Miquel und dessen «Sammlungspolitik» das eigentliche Ziel der gegen ihn gerichteten Angriffe seien. Zudem sah er seine bereits im Frühjahr 1899 geäußerte Vermutung bestätigt, daß Tirpitz nur auf einen passenden Zeitpunkt gewartet habe, «den Verein in seine Hand zu bekommen». ¹⁰⁷ Im Kern hatte Schweinburg damit das Problem richtig erkannt. Spätestens seit Beginn der Kampagne für das zweite Flottengesetz war Tirpitz bestrebt, alle Teile der Bevölkerung für die Flotte zu mobilisieren. So liefen auch einige Vorstöße in Richtung der Arbeiterschaft, die überzeugt werden sollte, daß die Flotte auch für sie von Vorteil sei. ¹⁰⁸ Das bedeutete zugleich, daß das ursprüngliche Vorhaben Krupps und Schweinburgs, die Flottenpropaganda auch als Vehikel zu nutzen, um die Popularität des Kaisers zu steigern und im Sinne von Miquels Sammlungspolitik die agrarischen und die industriellen Eliten zu Wahrung des sozialen und politischen status quo zusammenzuführen, aufgegeben werden mußte. Auch Krupps Vorstoß beim Kaiser selbst, in dem er noch einmal für dieses Konzept warb ¹⁰⁹, konnte nicht verhindern, daß Tirpitz sich durchsetzte. Der Flottenverein hatte sich künftig auf die Flotte zu beschränken, er mußte ansonsten politisch und sozial integrieren.

Aus genau dem gleichen Grund wandte sich Naumann vehement gegen einen Verbleib Schweinburgs im DFV. Wenn er auch den Flottenbau befürwortete, so lehnte er doch die Sammlungspolitik Miquels scharf ab, denn er betrachtete sie als eine «Interessengemeinschaft der Oberschichten von Industrie und Landwirtschaft» ¹¹⁰ gegen die Arbeiter, was der wahren Frontlinie im Reich nicht entspreche. Diese verlaufe zwischen den Konservativen einerseits, die den agrarischen Charakter Deutschlands bewahren wollten und seine Umwandlung in einen Industriestaat ablehnten ¹¹¹, und den Vertretern dieses neuen, industriellen Deutschlands andererseits. Zu dieser Gruppe rechnete er neben den Industriellen auch die Arbeiter. Er versuchte deutlich zu machen, daß nicht allein die Aktien- und Fabrikbesitzer vom Flottenbau profitierten, sondern auch die Arbeiter. «Hinter jedem Schiff steht ein Haufen Arbeiter, die durch seinen Bau ihren Lohn haben.» ¹¹² Naumann zitierte die vom «Vorwärts» veröffentlichten Kurssteigerungen der

106 Abschrift des Entlassungsgesuchs Schweinburgs o.D., Anlage zu dem Brief Schweinburgs an FAK v. 2. 12. 1899, in: FAH 22/12, 34.

107 Schweinburg an Korn v. 5. 12. 1899, in: FAH 22/12, 54–58, hier 56.

108 Sehr hilfreich war in dieser Hinsicht Friedrich Naumann, der eben diesen Standpunkt öffentlichkeitswirksam vertrat. S. z.B.: Naumann, *Flotte und Reaktion*.

109 FAK an den Kaiser v. 3. 12. 1899 (Abschrift), in: FAH 22/12, 36; Vgl.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 208.

110 Naumann, *Flotte und Reaktion*, 7.

111 «Die neue Flottenvorlage bedeutet wie jede frühere Flottenvorlage einen Rückschritt gegenüber dem Industrialismus, gegenüber dem Export und dem ganzen modernen Verkehr. Und wenn die Flottenvorlage durchgeht, so braucht man auch neue Arbeiter. Die Konservativen haben gegen den Kanal protestiert, weil man neue Arbeiter braucht. Für die Flotte braucht man sie gerade so.» Naumann, *Flotte und Reaktion*, 12.

112 Ebd., 10.

Bergwerke und der Eisen- und Stahlindustrie und räumte ein, «daß der Patriotismus der Kommerzienräthe in bezug auf Flottenangelegenheiten an sich leichter ist als der Patriotismus anderer Volkskreise»¹¹³, aber in diesen Interessen sah er zunächst noch kein Problem. Die Schwierigkeit ergab sich für ihn erst durch die Verbindung des Flottengesetzes mit der Zuchthausvorlage, denn «Flotte und Zuchthaus, das heißt jene Steigerung des Ertrages der Großindustrie, ohne daß die Arbeiterschaft im Stande ist, durch ihre Organisation sich einen entsprechenden Anteil an dem Gesamtertrage zu erwerben».¹¹⁴ Und für genau diese Verbindung von «Flotte und Reaktion» stand der Finanzminister, stand Miquel als die Zentralfigur der neuerlichen Sammlung und stand auch Schweinburg. Dessen Tätigkeit für den Cdi beschrieb Naumann als «die Aufgabe, die er heute noch im Nebenamte weiter betreibt, den Riß zwischen dem deutschen Unternehmertum und den deutschen Arbeitern immer größer zu machen». Naumann schloß daher: «Wir haben kaum einen intensiveren geheimen Feind der sozialen Bewegung gehabt, als jenen Herrn Viktor Schweinburg.»¹¹⁵

Schweinburg rechnete noch damit, die Vorstandssitzung des Flottenvereins, die für den 16. Dezember 1899 angesetzt war, zu seiner Rechtfertigung nutzen zu können, doch auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. In weiteren Zeitungsartikeln erneuerte Rippler den Vorwurf, daß Schweinburg ein politischer Konspirateur und ein Agent sei. Auch Fürst Wied wandte sich jetzt von Schweinburg ab. Zunächst forderte er ihn auf, der Vorstandssitzung fernzubleiben, da andernfalls alle anwesenden Offiziere ebenso wie er selbst den Raum verlassen würden, dann sagte er die Sitzung zwei Tage vor dem anberaumten Termin ab.¹¹⁶

Nach Schweinburgs Rücktritt hatten Tirpitz und Heeringen freie Hand, den Flottenverein nach ihren Vorstellungen zu steuern.¹¹⁷ Der Weg war frei für eine Öffnung des Flottenvereins, die dem Reichsmarineamt unerläßlich schien, um die Flottennovelle durchzubringen. Ein erster Erfolg bestand darin, daß die sogenannten «Flottenprofessoren» um Delbrück und Schmoller jetzt bereit waren, sich dem Flottenverein anzuschließen. Bereits im Frühjahr 1900 ging die von ihnen im November 1899 in bewußter Abgrenzung zum DFV gegründete «Freie Vereinigung für Flottenvorträge» dann in diesem auf. Insgesamt mehr als 3000 Vorträge wurden allein in den ersten Monaten des Jahres 1900 veranstaltet, um die Beratungen der Flottennovelle im Reichstag zu flankieren, zusätzlich verteilte der Flottenverein unentgeltlich mehr als sieben Millionen Bücher und Broschüren. Im «Jahrbuch des Deutschen Flottenvereins» rühmte man sich daher: «Dieser großen, über das ganze Reich sich erstreckenden Organisation ist es in erster Linie mit zu verdan-

113 Ebd., 9.

114 Ebd., 11.

115 Ebd., 4.

116 Vgl.: Lechleitner an Schweinburg v. 13. 12. 1899; Rundschreiben des Fürsten Wied v. 14. 12. 1899, beide in: FAH 22/12.

117 Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß die Akte des Nachrichtenbüros im Reichsmarineamt «Korrespondenz mit dem Flottenverein» am 20. 12. 1899 beginnt. BA-MA RM 3/10412.

ken, daß das Flottengesetz vom Jahre 1900 in den weitesten Kreisen des Volkes Verständniß und Billigung fand und schließlich vom Reichstag mit überwiegender Mehrheit angenommen worden ist.»¹¹⁸

Wenn auch nach außen hin der Schein der Unabhängigkeit des Flottenvereins gewahrt wurde, so wurde er doch tatsächlich nach Schweinburgs Ausscheiden weitgehend vom Reichsmarineamt aus gelenkt. Anders als die Verbindung zur privaten Wirtschaft ist die Möglichkeit einer Abhängigkeit von der Regierung, daß der Verein im Grunde ein Instrument regierungsamtlicher Agitation war, in der Öffentlichkeit nie thematisiert worden. Die Vermutung hätte durchaus nahegelegen, aber offenbar wurde sie – im Gegensatz zu einer Nähe zur Industrie – nicht als anstößig angesehen. Dies mag ein Hinweis darauf sein, daß hier eine Haltung fortwirkte, die im Staat und seiner Bürokratie, dem «allgemeinen Stand», mit Hegel den «objektiven» Wahrer des Gemeinwohls sah, während Parteipolitiker und Wirtschaftsvertreter nicht als Repräsentanten des Volkes, sondern als Vertreter von Partikularinteressen angesehen wurden.¹¹⁹

Der Verlauf der Auseinandersetzung macht zugleich deutlich, daß es der Regierung, daß es Tirpitz und auch dem Kaiser eben nicht im Sinne eines «Primats der Innenpolitik» um weiterreichende politische Ziele ging, sondern vordringlich darum, daß das Flottengesetz den Reichstag passierte. Diesem Ziel hatte sich alles unterzuordnen. Die Marine wurde nicht benutzt, um gesellschaftliche Diskrepanzen zu überbrücken, vielmehr waren Zugeständnisse in Richtung der «linksliberalen» und der Arbeiterschaft nötig, um das eigentliche Ziel zu erreichen, und das war der Bau einer leistungsfähigen Kriegsflotte selbst. Krupp wiederum, von dem angenommen wurde, daß er allein am Flottenbau und an den damit verbundenen Aufträgen interessiert sei, hatte solche weitergehenden politischen Ziele. Doch als diese Ziele der breiten Akzeptanz des Flottenvereins und der Marine im Weg zu stehen begannen, wurde Krupp vom Reichsmarineamt fallengelassen.

C: Der Bruch zwischen Krupp und Schweinburg

In der folgenden Zeit betrieb Schweinburg mit großer Energie seine Rehabilitierung. Er strengte ein Gerichtsverfahren gegen den Herausgeber der «Täglichen Rundschau», Rippler, an, das im April 1900 mit einem außergerichtlichen Ver-

118 *Jahrbuch des Deutschen Flotten-Vereins* 2/1901, 1.

119 Beispielsweise konstatiert Naumann einen enormen Bedeutungsgewinn des Kaiseramtes, der sich daran zeige, daß die Kaiserrede ausgereicht habe, die Flottennovelle zu initi-

ieren. Den Grund dafür daß «diese noch unformulierte politische Gewalt mit jedem Jahr stärker wird» sieht er darin, daß «unser Parteilieben eine feste einheitliche Grundlage für nationale Weltmachtspolitik nicht bietet.» Naumann, *Flotte und Reaktion*, 5.

gleich endete. Krupp unterstützte ihn hierbei und erwirkte zudem ein Geständnis von Korvettenkapitän a. D. Gercke, Tirpitz' Vertrauensmann im Flottenverein, der schließlich die Beteiligung des Reichsmarineamtes an den Intrigen gegen Schweinburg zugab.¹²⁰ Das Verhältnis Krupps zu Schweinburg und auch seine politischen Ziele wurden durch die Affäre zunächst scheinbar nur wenig berührt. Zwar hatte Schweinburg formell auch die Geschäftsführung der «Berliner Neuesten Nachrichten» abgeben müssen, doch bei der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» lief die Zusammenarbeit weiter. Für Krupp bedeuteten die Ereignisse eine herbe menschliche Enttäuschung, das betraf Tirpitz und vor allem den Fürsten Wied. Bereits im Januar zog er sich vom Flottenverein zurück, was natürlich die Einstellung seiner beträchtlichen Subventionszahlungen bedeutete.¹²¹ Zusätzlich veranlaßte er andere Industrielle wie z. B. van der Zypen dazu, ihre Subventionszahlungen ebenfalls einzustellen.¹²² Durch den neuen Sekretär des Flottenvereins, General Keim, der im Oktober 1900 an ihn herantrat, ließ Krupp sich ebensowenig umstimmen und trat sogar im Dezember 1900 auch formell aus dem Vorstand aus.¹²³

Auch bei der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» führte der Eklat im Deutschen Flottenverein bald zu Schwierigkeiten. Die Verbindung zum Reichsmarineamt war gestört, Heeringen verfügte eine generelle Distanzierung des Nachrichtenbüros von allen Unternehmungen Schweinburgs, so daß für diesen eine wichtige Informationsquelle versiegt.¹²⁴ Zudem wurde dem badischen Großherzog die Verbindung mit dem ins Zwielicht geratenen Schweinburg zu eng. Obwohl die badische Regierung nach Erscheinen der ersten Nummer noch skeptisch war, die Korrespondenz gegenüber dem Großherzog als «nicht gerade sehr gedankenreich oder inhaltsschwer» bezeichnet hatte, hatte die «Süddeutsche Reichskorrespondenz» sich doch in der Folgezeit zur Zufriedenheit des Großherzogs entwickelt, der auch im eigenen Interesse Nachrichten dort lancieren konnte.¹²⁵ Er sah dieses brauchbare Presseinstrument nun durch die finanzielle Abhängigkeit von Krupp und durch die Verbindung zu Schweinburg gefährdet, denn sie hätte, falls sie bekannt geworden wäre, das Unternehmen vollständig diskreditiert.

120 Gercke an Korn v. 6. 7. 1900, in: FAH 22/13, 53–57. Vgl.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 209.

121 Während der offizielle Jahresbeitrag 2000 Mark betrug, ist für 1898 noch eine weitere Zahlung in Höhe von 20.000 Mark nachweisbar. S.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 210.

122 S.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 210; Vgl.: Korn an FAK v. 3. 2. 1900, in: FAH 3 B 210, 95; FAK an Korn v. 7. 2. 1900, ebd. 97.

123 Im April 1901 unternahm Keim einen neuen Versuch, Krupp wieder für den Flottenverein zu gewinnen, war aber auch diesmal nicht erfolgreich. Vgl.: Korn an FAK v. 11. 4. 1901, in: FAH 3 B 211, 35f.

124 Vgl.: Deist, *Flottenpolitik und Flottenpropaganda*, 136f.

125 Großherzog Friedrich an FAK v. 21. 5. 1900, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 4, Nr. 2088, 244.

Großherzog Friedrich ließ sich zunächst von Bülow – auch die Reichsregierung sah die Korrespondenz mit Wohlwollen – die Zusage geben, daß das Auswärtige Amt für die jährlichen Kosten in Höhe von 12.000 M aufkommen werde¹²⁶, und wandte sich dann Ende Mai 1900 an Krupp, war dabei allerdings bestrebt, mit dem Industriellen zu einer Konsenslösung zu gelangen. Krupp bekundete zwar einerseits seine Bereitschaft, dem Wunsch des Großherzogs zu entsprechen und sich von der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» zurückzuziehen, machte aber zugleich deutlich, daß er dies entgegen seinen eigentlichen Absichten aus Entgegenkommen täte. Er stellte sich in dem Antwortschreiben erneut vor Schweinburg, der «auch in dieser Beziehung seine freiwillig übernommenen Pflichten auf das beste ausgefüllt hat»¹²⁷, und teilte mit, daß er von sich aus zumindest mittelfristig die «Süddeutsche Reichskorrespondenz» weiter unterstützen werde, er habe Schweinburg bereits die Mittel zur Fortführung der Korrespondenz in den nächsten eineinhalb Jahren zur Verfügung gestellt.¹²⁸ Daraufhin ließ der Großherzog die Sache zunächst auf sich beruhen. Krupp solle den Vorschlag als «nicht gemacht betrachten», schrieb er und bot gleichzeitig an, daß Krupp jederzeit auf sein Angebot zurückkommen und sich aus dem Unternehmen zurückziehen könne.¹²⁹ Weder in der badischen Regierung noch in Berlin war man allerdings sehr glücklich darüber, daß alles beim alten blieb. Bülow wollte «an der Hoffnung festhalten, daß die Veränderung im Sinne des weisen Vorschlags S. K. H. nur einige Zeit aufgeschoben sei».¹³⁰

Wenige Monate später spitzte sich die Situation zwischen dem formellen Herausgeber Katz und Schweinburg so zu, daß Katz sich im November 1900 weigerte, weiterhin mit Schweinburg zusammenzuarbeiten. Dafür mag es einerseits persönliche Gründe gegeben haben –Katz beschwerte sich über das «herrische Auftreten» Schweinburgs –, vor allem aber warf er diesem vor, zu scharfe Artikel, die zu eindeutig die Interessen des Centralverbandes deutscher Industrieller verträten, ins Blatt heben zu wollen, was der Korrespondenz insgesamt, vor allem aber den badischen Interessen schaden müsse.¹³¹ Bereits im Oktober deutete Krupps Privatsekretär Korn einem badischen Vertrauten an, daß Krupp sein finanzielles Engagement bei der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» einstellen wolle, auch wenn dies noch «Zukunftsmusik» sei.¹³² Anfang Dezember fuhr Krupp nach Berlin, und es ist anzunehmen, daß er Schweinburg dort getroffen hat. Anschließend teilte er

126 Bülow an Ghz. Friedrich v. 8. 5. 1900, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 4, Nr. 2087, 244.

127 FAK an Ghz. Friedrich, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 4, Nr. 2097, 251.

128 Ebd.; vgl. a.: Korn an Nicolai v. 31. 5. 1900, in: WA 60/206.

129 Ghz. Friedrich I. an FAK v. 16. 6. 1900,

Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 4, Nr. 2099, 252.

130 Ebd., 253.

131 Vgl.: Babo (Hugo Frhr. v. Babo, Geheimer Kabinettssekretär des Großherzogs) an Ghz. Friedrich I. v. 17. 11. 1900, Druck bei: Ebd., Nr. 2125, 272.

132 Korn an Nicolai v. 18. 10. 1900, in: WA 60/206.

nämlich dem Großherzog von Baden mit, daß Schweinburg die Redaktion der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» vollständig nach Karlsruhe an Katz übergeben solle.¹³³

Das Verhältnis von Krupp und Schweinburg war seitdem gestört. Krupp hatte Schweinburg in allen Schwierigkeiten stets unterstützt, doch nun wandte auch er sich von dem Journalisten ab. Zunächst riß die zuvor rege Korrespondenz für einige Monate ganz ab.¹³⁴ Im Juni 1901 wandte sich Schweinburg mit einem Bittschreiben erstmals wieder an Krupp, meldete dieses Vorhaben allerdings zunächst bei Korn an.¹³⁵ Seine finanziellen Verhältnisse seien bedroht, schrieb er, appellierte an angebliche Zusagen Krupps, und verknüpfte dies mit der Bitte um 48.000 M. Krupp antwortete nicht direkt, sondern ließ durch Korn mitteilen, daß er zu keinen weiteren Zahlungen mehr bereit sei. Die «Berliner Neuesten Nachrichten» werde er nicht persönlich unterstützen, er betrachte dies als Angelegenheit des CdI und damit Jenckes.¹³⁶ Auch eine weitere Klage Schweinburgs, der darauf hinwies, was er alles für Krupp getan habe, ohne an seine eigene Zukunft zu denken, fand kein Gehör. Jencke selbst sagte Schweinburg, daß seine Forderungen unbegründet seien¹³⁷, und Korn versicherte Schweinburg schließlich des unveränderten Wohlwollens von Krupp, der aber «wegen veränderter Sachlage nicht weiter bezahlen» könne.¹³⁸ Wenn auch die persönlichen Beziehungen Krupps zu Schweinburg damit wohl beendet waren, erhielt er doch auch weiterhin noch eine – wenn auch im Verhältnis zu den früher gezahlten Summen geringe – finanzielle Zuwendung von 2800 Mark jährlich in Form eines Mehrfachabonnements der «Berliner Politischen Nachrichten», das vom Nachrichtenbüro selbst als «Subventionierung» bezeichnet wurde.¹³⁹

F. A. Krupp war nach all dem die Lust an jedwelchen Engagements vergangen, die auf die politisch motivierte Beeinflussung der öffentlichen Meinung zielten. Als Jencke ihm im Frühjahr 1901 von Plänen Miquels berichtete, eine Zeitung zu gründen oder zu kaufen, lehnte er ab: «Bestimmend ist schon der eine Grund für mich, daß ich nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe, mich grundsätzlich

133 FAK an Ghz Friedrich I. v. 8. 12. 1900, Druck bei: Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik*, Bd. 4, Nr. 2134, 278.

134 Vgl.: FAH 22/12. Dort ist in der Korrespondenz eine Lücke zwischen dem 27. 10. 1900 und dem 14. 5. 1901.

135 Vgl.: FAH 22/13.

136 Korn an Schweinburg v. 22. 6. 1901, in: FAH 22/13, 90 ff. Schweinburg blieb weiterhin für den CdI tätig und konnte auch seine Verbindungen zur Regierung wieder verbessern.

137 Vgl.: Jencke an Korn v. 27. 6. 1901, in: FAH 22/13, 100 ff.

138 Korn an Schweinburg v. 26. 6. 1901, in: FAH 22/13, 104 ff.

139 WA 4/1800, S. 123 (Exposé ohne Datum und Autor über das Verhältnis der Firma zur politischen Tagespresse, wohl aus dem Jahr 1906).

Neben den Zahlungen, die F. A. Krupp von seinem Privatkonto an Schweinburg leistete, hatte er seit September 1898 erstmals Geld von der Firma erhalten, immerhin die stolze Summe von 3000 Mark ohne Nennung eines Verwendungszweckes. WA 4/2414.3, Anlage 8, 150.

Schweinburg starb am 22. Januar 1914 an einem Krebsleiden.

von jeder Mitwirkung bei einem Unternehmen fernhalte, bei dem durch die Presse auf die öffentliche Meinung eingewirkt werden soll, auch wenn dies im Sinne nationaler und aufrichtig volksbeglückender Gesinnung geschieht.»¹⁴⁰

Fragt man noch einmal nach den Motiven und Zielen der beteiligten Parteien, vor allem der Regierung einerseits, Krupps und Schweinburgs andererseits, so ergeben sich im Lichte der Schweinburg-Affäre im Flottenverein auffällige Verschiebungen. Das Verhalten Tirpitz' zeigt, daß sein Ziel primär darin bestand, die Verabschiedung der Flottennovelle im Reichstag zu sichern. Alle anderen Erwägungen ordnete er diesem Ziel unter. So bemühte er sich, das in der Öffentlichkeit tonangebende Bildungsbürgertum und auch die Arbeiterschaft für die Flotte zu begeistern. Um den Flottenverein aus der öffentlichen Schußlinie zu ziehen, war er bereit, die finanzkräftige Großindustrie zu brüskieren. Tirpitz zielte auf die breite Öffentlichkeit und befand sich von daher in Gegnerschaft zu Miquels Konzept der Sammlung, das die Eliten in Landwirtschaft und Industrie zur Wahrung des politischen und sozialen status quo vereinen wollte.

Anders als Tirpitz, dem Macht- und Weltpolitik und die hierfür nötige deutsche Kriegsflotte Selbstzweck waren, verfolgte Krupp mit seinem Engagement im Deutschen Flottenverein durchaus über dieses primäre Ziel hinausgehende Absichten. Selbstverständlich ist es nicht zu leugnen, daß die Firma wirtschaftlich am Flottenbau interessiert war, dennoch betrachtete Krupp sein publizistisches Engagement, das er seit 1897 gemeinsam mit Schweinburg betrieb, nicht in erster Linie als Wirtschaftswerbung. In der Person Schweinburgs, der enge Beziehungen sowohl zum Cdi und zu Krupp als auch zum preußischen Finanzminister Miquel unterhielt, wird die Verbindung der politischen und der wirtschaftlichen Elite deutlich. Krupp befürwortete das persönliche Regiment des Kaisers. Diese Herrschaftsform war ihm von seinem Unternehmen her vertraut und erschien ihm als die natürlicherweise angemessene. Auch er kümmerte sich nicht um jedes Detail, hatte ein effizientes und weitgehend selbständiges Direktorium, so wie der Kaiser eine Regierung, doch behielt er sich stets das Recht vor, einzugreifen und im Bedarfsfall das letzte Wort zu sprechen. Die Sozialdemokratie erschien ihm von daher als eine Bedrohung des Gemeinwohls, die es mit einer Mischung aus sozialfürsorglichen und restriktiven Maßnahmen abzuwehren galt. Vor allem baute er wie schon sein Vater auf ein besonderes Treueverhältnis zwischen ihm und seinen Arbeitern, – und ein ähnliches besonderes Treueverhältnis bestand in seinen Augen auch zum Kaiser. Als das Ansehen des Kaisers sank, sah er darin zugleich eine Bedrohung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die auch für seine eigene Stellung entscheidend waren. Mit dem publizistischen Engagement bei der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» und im Flottenverein verfolgte er also durchaus, wohl erheblich stärker als Tirpitz, innenpolitische Ziele, die dem

140 FAK an Jencke v. 1. 5. 1901, in: FAH 3 B
127.

entsprechen, was unter Berufung auf Kehr vor allem von Wehler und Berghahn als «Primat der Innenpolitik» bezeichnet worden ist.

Erreicht hat Krupp mit diesem Engagement wenig. Haben die Repräsentanten des Staates, der Kaiser und der Großherzog von Baden, die Initiativen Krupps zunächst begrüßt, hat Tirpitz sogar die Mithilfe der Industrie erwartet, so wurde sie in der Öffentlichkeit doch sehr negativ aufgenommen. Die Öffentlichkeit reagierte äußerst mißtrauisch auf die publizistischen Aktivitäten des Industriellen. Industrielle wie Krupp oder Stumm wurden als Vertreter einer neuen Aristokratie angesehen, auch wenn sie wie Krupp den Adelstitel stets ablehnten und ihre «Bürgerlichkeit» betonten. Vor allem aber nahm man an, daß ihr Handeln allein dem Wohl ihres Unternehmens diene, daß sie also nicht zuerst dem Gemeinwohl, sondern ihren partikularen Interessen verpflichtet seien. Nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen, sondern bis weit ins bürgerliche Lager hinein war um die Jahrhundertwende eine kapitalismuskritische Stimmung entstanden. Man sah in den scheinbar unaufhörlich wachsenden Konzernen, die, ob als Personen- oder als Kapitalgesellschaften, gigantische Gewinne machten, eine latente Bedrohung für den Staat, der von ihnen abhängig werden könne. In merkwürdigem Widerspruch hierzu war man sich andererseits durchaus bewußt, daß der wirtschaftliche und damit der politische Aufstieg Deutschlands auf der enormen Leistungskraft seiner Industrien beruhten. Viele Autoren begrüßten von daher den weiteren Ausbau der Industrien als «Modernisierung».

D: Die öffentlichen Angriffe wegen der Preise für die Panzerplatten

«Die unerhörteste Agitation» 1900

Die Angriffe im Zusammenhang mit dem Deutschen Flottenverein hatten Krupp meist nur mittelbar getroffen. Tirpitz legte Wert darauf, Krupp als finanzkräftigen Unterstützer des Flottenvereins nicht direkt zu attackieren, und in der Öffentlichkeit stand die enge Verbindung Schweinburgs mit Miquels Sammlungspolitik anfangs im Vordergrund gegenüber direkten Vorwürfen gegen die Großindustrie. Allmählich wurde dann allerdings der kapitalismuskritische Aspekt stärker betont, und schließlich geriet Krupp selbst in die Schußlinie der öffentlichen Kritik. Als bei der Etatdebatte im Reichstag im Dezember 1899 immer wieder auch die geplante Flottennovelle zur Sprache kam, wurde die Industrie insgesamt, in erster Linie aber die Firma Krupp, massiv angegriffen. Vor dem Hintergrund der in diesen Tagen auf dem Höhepunkt befindlichen Schweinburg-Affäre wurde von allen Parteien die Beteiligung der Industrie an der Flottenagitation kritisiert. Darüber hinaus warfen der Sozialdemokrat August Bebel und der Freisinnige Eugen Rich-

ter Krupp und Stumm, der als Teilhaber der Dillinger Hüttenwerke ebenfalls an der Produktion von Panzerplatten beteiligt war, vor, ihre Monopolstellung zu Lasten des Reiches auszunutzen und für die Panzerung der Schiffe überhöhte Preise zu fordern.

Die Forschung hat sich bisher mit beträchtlichem Aufwand um die nachträgliche Klärung des Sachverhaltes bemüht. Zuletzt hat Michael Epkenhans deutlich machen können, daß Vorwürfe, Krupp habe den Staat skrupellos finanziell ausgepreßt und übervorteilt, in dieser Form nicht aufrecht erhalten werden können.¹⁴¹ Hier werden deshalb nicht noch einmal die Argumente der Zeitgenossen auf ihren tatsächlichen Gehalt und ihre inhaltliche Tragfähigkeit hin überprüft, vielmehr stehen die öffentliche Wahrnehmung und die Selbstdarstellung der Firma im Mittelpunkt. Die hier gestellte Frage lautet damit: Welche Argumentationsmuster wurden von den Krupp-Kritikern verwandt und welche Auffassung vom Unternehmen und seiner Rolle wird dabei sichtbar? Auf der Seite der Firma ist zu fragen, wie man die öffentlichen Angriffe aufnahm und in welcher Form man reagierte. Welche Bedeutung maß man der gegen Krupp gerichteten öffentlichen Meinung bei, und änderte sich diese Einschätzung unter dem Eindruck der anhaltenden Kampagnen? Ist möglicherweise eine Neuorientierung im Umgang der Firma mit der Öffentlichkeit zu beobachten?

Bebel knüpfte in der Etatdebatte im Dezember 1899 mit seiner Argumentation zunächst an die Kritik der Kosten des Flottenbaus an, die auch von anderen Parteien, besonders vom Zentrum und den Agrariern, vorgebracht wurde, um dann in «klassischer» sozialistischer Argumentation die Großindustrie als Ausbeuter nicht nur des Volkes, sondern in diesem Falle auch des Staates darzustellen. So seien

«alle diese Lieferanten in der Lage, Monopolpreise zu machen, nicht allein, weil es überhaupt keine Auswahl giebt – wer kann denn z. B. mit Krupp konkurrieren, wer kann mit dem Grunschen Stahlwerk in Magdeburg konkurrieren? – die großen Werften, die wir haben, stehen alle miteinander in Verbindung, desgleichen die Pulverfabriken, die Patronen- und Waffenfabriken, die Fabriken für Militär- und Marineausrüstungsgegenstände, sie alle bilden zusammen einen großen Ring, der hier in Berlin seine Zentrale hat, wo die Preise diktiert werden, wobei das deutsche Volk geschröpft wird, daß ihm die Augen übergehen und wobei die Herren Millionen und aber Millionen jährlich auf Kosten des Volkes einsacken, ohne daß die Militär- und Marineverwaltung das geringste dagegen machen können, weil sie in ihren Händen sind; sie müssen das Material dort nehmen, wo sie es bekommen können – und das sind die Leute vom Ring, vom Trust, die alles in der Hand haben, die die Preise machen.»¹⁴²

141 Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*; ders., *Großindustrie und Schlachtfloottenbau*; ders., *Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914*. Demgegenüber: Weir, *Building the Kaiser's Navy*.

142 August Bebel im Reichstag, 120. Sitzung v. 12. 12. 1899, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Bd. 168, 3313 ff., hier 3320.

Krupp erscheint in dieser Äußerung nicht als Ausnahme, sondern als das größte und repräsentativste Unternehmen, das aber doch stellvertretend für die gesamte Industrie angegriffen wurde, die Bebel als «Blutsauger» und «Ausbeuter» bezeichnete.¹⁴³ Bebel insinuierte zudem, daß die Industrie aufgrund ihrer finanziellen Interessen die Regierung zu einer Verstärkung des Flottenbaus veranlaßt haben könnte. Besonderes Gewicht erhielten seine Äußerungen durch Zeitungsberichte, die er gleichsam als Beleg für seine Thesen anführen konnte, daß «allein in jedem Kilo Nickelplatten nicht weniger als 1 Mark 80 Pfennig Reingewinn sei».¹⁴⁴

Tirpitz reagierte zwar direkt, aber inhaltlich recht schwach auf die Rede Bebels. Er wies zunächst die Behauptung zurück, daß die Industrie eine Ausweitung der Marinerüstung angeregt habe, und betonte, die Initiative sei stets von der Regierung ausgegangen. Er sei es gewesen, der die Industrie zu einer Erweiterung ihrer Kapazitäten veranlaßt habe. Auf den Vorwurf, daß die Industrie bei der Belieferung der Marine Monopolpreise erziele, ging Tirpitz nicht direkt ein, sondern verwies statt dessen darauf, daß es doch eigentlich die Arbeiter seien, die die größten finanziellen Interessen am Flottenbau haben müßten, da sie am stärksten von der Flottenrüstung und den hierdurch geschaffenen Arbeitsplätzen profitierten.¹⁴⁵

Mit seinen Einlassungen konnte Tirpitz kaum überzeugen. Von mehreren Rednern wurde der Zusammenhang hergestellt zwischen der Unterstützung der Flottenagitation durch die Großindustrie, angeführt durch Krupp, und den kursierenden Zahlen über die enormen Gewinne. Die eindeutige Stellungnahme der «Berliner Neuesten Nachrichten» für die Marine mußte ebenso wie Schweinburgs Auftreten als Generalsekretär des Flottenvereins jetzt erst recht als gezielte Werbekampagne zugunsten eines extrem lukrativen Produktbereichs erscheinen, der Patriotismus des Unternehmers als aufgesetzt, das ganze eine strategische Werbekampagne zur Sicherung von gigantischen Profiten, die durch die schamlose finanzielle Übervorteilung des Staates entstanden. Der Abgeordnete der Freisinnigen Volkspartei, Eugen Richter, vertrat im Reichstag die Ansicht, daß es in der Realität gar keine wirkliche «Volksbewegung» zugunsten der Marine gebe, daß die demonstrierte allgemeine Marinebegeisterung vielmehr das Ergebnis einer von der Industrie – und hier fiel wieder in erster Linie der Name Krupp – inszenierten Propagandakampagne sei. Besonders nach der Hamburger Kaiserrede habe diese sich zu einem «wahren Hexensabbath» ausgeweitet, «an welchem theilgenommen haben der Geschäftspatriotismus, der Servilismus und die elendste Liebedienerei». Diese Allianz sei unterstützt worden durch «eine gewisse Hurrahgarde [...], die für alles zu haben ist, wenn es oben gewünscht wird, die sich aufregt und wieder abregt, je nachdem von oben her die Losung gegeben wird».¹⁴⁶ Die Flottengegner versuch-

143 Ebd., 3321.

144 Ebd., 3320.

145 Tirpitz im Reichstag, Ebd., 3325 f.

146 Eugen Richter im Reichstag, 122. Sitzung v.

14.12.1899, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Bd. 168, 3371.

ten also, die allgemeine Stimmung der öffentlichen Meinung zugunsten der Flotte dadurch zu diskreditieren, daß sie sie als von der Großindustrie aus Geschäftsinteresse inszeniert darstellten.

Die Vorwürfe spitzten sich Anfang 1900 zu. In den Sitzungen der Budgetkommission hieß es, Krupp und Stumm als die einzigen Produzenten von Panzerplatten hätten Preisabsprachen getroffen, so daß das Reichsmarineamt faktisch einem Monopol gegenüberstehe. Die Firmen nutzten diese Situation, um überhöhte Preise zu fordern. Von den 260 Millionen Mark, die das Reich nach den vorliegenden Plänen in den folgenden 16 Jahren für Panzerplatten ausgeben, wären damit 130 Millionen Mark reiner Unternehmensgewinn.¹⁴⁷ Die «Frankfurter Zeitung» knüpfte an diese Meldung die Frage nach der Substanz des «uns so oft gerühmte[n] Patriotismus dieser Herren» und die Folgerung, daß die von Befürwortern der Marine so häufig betonten Vorteile auch der Arbeiter durch den Flottenbau zu denen der Industriellen in keinem Verhältnis stünden. Die Meldung über die gigantischen Firmengewinne bei den Panzerplatten veranlaßte das Blatt auch, die von Bebel im Reichstag geäußerte Annahme zu wiederholen, daß die Großindustrie, daß Stumm und vor allem Krupp nicht nur zu den wichtigsten Agitatoren der Marinerüstung, sondern wohl sogar zu deren Initiatoren gehörten. Es wurde darauf hingewiesen daß Krupp und Stumm Haupteigentümer der «Berliner Neuesten Nachrichten» und der «Post» seien, «beides Blätter, die mit der größten Begeisterung für die Flottenvorlage kämpfen, aus der ihre Geldgeber so kolossale Vortheile ziehen sollen». Krupp wurde zudem als eine graue Eminenz der Berliner Politik dargestellt, der «das System der Mittelmänner zu einer gewissen Virtuosität ausgebildet» habe und auf diese Weise den CDI beherrsche. Auch an die Schweinburg-Affäre wurde erinnert, allerdings zielte der Einwand gegen diesen jetzt nicht mehr auf seine Persönlichkeit, seine politische Haltung oder seine Verbindungen zu Miquel und dessen Sammlungspolitik. Statt dessen wurden seine «Beziehungen zu den genannten Unternehmerkreisen» angeführt. Aus all diesen Einwänden zog die – allerdings ohnehin den Flottenskeptikern zuzurechnende – «Frankfurter Zeitung» den Schluß: «Man wird sich beeilen müssen den Thatbestand zu klären, wenn nicht eine starke Ernüchterung der Flottenstimmung eintreten soll».¹⁴⁸

In den folgenden Tagen und Wochen tauchten immer mehr Zahlen über angebliche Unternehmensgewinne auf, nun auch bei der Panzerung von Schiffen und beim Schiffbau selbst.¹⁴⁹ «Wenn nur eine Konkurrenz geschaffen würde für Krupp und Stumm, so könnte der Bedarf um die Hälfte billiger gegen den an Krupp gezahlten Preis gedeckt werden», schrieb die «Freisinnige Zeitung».¹⁵⁰ Die

147 Vgl.: Bericht der Budgetkommission, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Bd. 178, Anlagenband, Reichstagsdrucksache Nr. 836, 12.

148 «Frankfurter Zeitung» v. 26. 2. 1900.

149 Zeitungsausschnittsammlung in: FAH 3 B 36.

150 «Freisinnige Zeitung» v. 27. 3. 1900.

dem Zentrum nahestehende «Kölnische Volkszeitung» forderte sogar, die Flottenvorlage nicht zu bewilligen, solange nicht sichergestellt sei, daß «die Schiffe und Kanonen wirklich den reellen Wert haben, der dafür bezahlt werden soll, oder ob ein paar Großindustrielle Unsummen als Monopolgewinn in die Taschen stecken». ¹⁵¹

So weit ging der Reichstag schließlich nicht. Die Budgetkommission empfahl dem Reichstag die Annahme der Flottenvorlage, doch in ihrem Bericht sind die kritischen Töne deutlich. Es sei dringend zu wünschen, hieß es dort, daß das Monopol der Panzerplattenproduzenten gebrochen werde, entweder, indem ein staatliches Panzerplattenwerk errichtet oder indem eine «leistungsfähige Konkurrenz» herangezogen werde. «Das Flottengesetz dürfe nicht dazu führen, das Reich in solcher Weise ausbeuten zu lassen». ¹⁵² Tirpitz trat den Vorwürfen gegen die Industrie nicht entgegen, sondern bestätigte sie indirekt und weitete sie sogar aus. «Solche Monopole beständen aber nicht nur für Panzerplatten, sondern auch für Geschütze und Munition», wurde seine Stellungnahme wiedergegeben. Von staatlichen Werken sei keine Abhilfe zu erwarten, das Bestreben der Marineverwaltung gehe vielmehr dahin, «Konkurrenz zu schaffen und die Monopole zu durchbrechen». Dies sei nach Annahme der Flottenvorlage um so leichter, da für die Firmen eine Grundlage für langfristige Planung bestehe. ¹⁵³

Bei Krupp war man empört, daß Tirpitz die kursierenden Zahlen über Firmengewinne im Reichstag nicht zurückgewiesen hatte ¹⁵⁴, dabei war ihm eine zahlenmäßige Auskunft über deren Höhe verweigert worden. ¹⁵⁵ Schon bald hegte Jencke allerdings den Verdacht, «daß diese Agitation aus dem Reichsmarineamt heraus, wenn nicht inauguriert, so doch jedenfalls genährt worden ist». ¹⁵⁶ So rechnete man schließlich nicht mehr damit, von Tirpitz Schützenhilfe gegen die Angriffe zu erhalten. Dabei war man im Reichsmarineamt durchaus besorgt über die Kampagne gegen die Industrie, die die Annahme der Flottennovelle zu gefährden drohte. Der dort für Etatfragen zuständige Capelle regte deshalb in einem Gespräch mit Jacobi, dem Chefredakteur der «Berliner Neuesten Nachrichten», an, Krupp und Stumm sollten eine öffentliche Erklärung abgeben, in der ihre Preispolitik erläutert und für die Zukunft Rabatte in Aussicht gestellt würden. ¹⁵⁷ Dieser Weg, der den heutigen Beobachter an das mittlerweile ganz übliche Verfahren der Presseerklärung, der offiziellen Stellungnahme erinnert und deshalb als die selbstverständliche Reaktion auf öffentlich geäußerte Vorwürfe erscheint, hielt der

151 «Kölnische Volkszeitung» v. 22. 3. 1900.

152 Bericht der Budgetkommission, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Bd. 178, Anlagenband, Reichstagsdrucksache Nr. 836, 12.

153 Ebd., 13.

154 Jacobi an Jencke v. 9. 3. 1900, in: FAH 3 B 36.

155 Tirpitz an Jencke v. 27. 2. 1900, Jencke an Tirpitz v. 27. 2. 1900, in: FAH 3 B 36.

156 Denkschrift Jenckes für FAK v. 31. 3. 1900, in: FAH 3 B 36; Druck bei: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtfloottenbau*, 96 f.

157 Jacobi an Jencke v. 9. 3. 1900, in: FAH 3 B 36, 9 ff.

erfahrene Journalist Jacobi jedoch für gänzlich ungeeignet. Es sei vielmehr die Aufgabe von Tirpitz, die angegriffenen Unternehmen zu verteidigen.¹⁵⁸

Jencke reagierte auf den Vorschlag sogar richtiggehend ungehalten. «Die Anschauungen, daß die Firma Krupp zur Panzerplattenfrage eine Erklärung abgeben solle, sind beinahe naiv zu nennen», antwortete er barsch. Dann könnte genauso gut eine Rechtfertigung der Preise für Artilleriematerial oder vom Eisenbahnminister für Schienen und Räder verlangt werden, über die die Parlamente dann debattieren könnten. Die Höhe der Firmengewinne und das Zustandekommen der Preise erachtete er hingegen nicht als Größen, die seinen Kunden – also dem Reichsmarineamt – oder der Öffentlichkeit mitzuteilen seien und für die die Firma sich gar zu rechtfertigen habe. «Das wäre ja dann im Effect einer Stellung der Firma Krupp unter die Curatel der Regierung oder der Volksvertretung gleich», resümierte er und beschied, daß es nicht lohne, «in der Sache auch nur ein Wort durch die Presse zu erklären».¹⁵⁹

Stumm hingegen versuchte, als Reichstagsabgeordneter dieses Forum zu seiner Rechtfertigung zu nutzen, flankiert von Artikeln in der «Post». Er richtete ein Schreiben an den Parlamentspräsidenten, das in der Budgetkommission verlesen wurde. Es brachte die Kritiker aber nicht zum Schweigen, sondern verstärkte eher noch den Ruf nach Errichtung eines staatlichen Panzerplattenwerkes oder nach einer effektiven privatwirtschaftlichen Konkurrenz.¹⁶⁰ Das Kruppsche Direktorium wollte diesen Weg daher nicht einschlagen, «durch irgendwelche Erklärungen oder Zeitungspolemik» bestehe gar keine «Aussicht auf Erledigung der Sache».¹⁶¹

Die in der Presse genannten Zahlen waren von der Realität nicht sehr weit entfernt. Die Firma Krupp hat an den Panzerplatten um die Jahrhundertwende Gewinne von bis zu 60% gemacht, was etwa das Doppelte der sonst bei Kriegsmaterial erzielten Gewinne war, während die Gewinne bei Friedensmaterial Anfang der 1890er Jahre sogar bei unter 10% gelegen hatten, um dann auf Werte um 20% zu steigen.¹⁶² Epkenhans weist allerdings darauf hin, daß die Kruppschen Preise im Vergleich zu denen ausländischer Firmen dennoch fast stets niedriger gewesen seien, daß die Gewinne damit nicht «über das damals übliche Maß hinausgingen». Die Vorwürfe gegen die Firma Krupp, «den Staat in extremer Weise ausgebeutet zu haben», könnten daher «in dieser Form nicht aufrecht erhalten werden».¹⁶³ Weder das Direktorium noch Krupp oder sein Freund und Berater Admiral Hollmann, der Vorgänger von Tirpitz im Amt des Marine-Staatssekretärs war, hegten

158 Ebd.

159 Jencke an Jacobi v. 10. 3. 1900, in: FAH 3 B 36.

160 Vgl.: Bericht der Budgetkommission, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, Bd. 178, Anlagenband, Reichstagsdrucksache Nr. 836, 12f.

161 Denkschrift Jenckes für FAK v. 31. 3. 1900, in: FAH 3 B 36; Druck bei: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachflottenbau*, 96 f.

162 Umsatztabellen in: WA 56/360.

163 Epkenhans, *Großindustrie und Schlachflottenbau*, 72f.

bei der Höhe der Preise ein subjektives Unrechtsbewußtsein oder hatten auch nur Verständnis für die Haltung ihrer Kritiker, vielmehr hielten sie ihre Forderungen für durchaus berechtigt. Dennoch waren sie zu Zugeständnissen bereit, die allerdings an Abnahmegarantien und -mengen geknüpft sein sollten. Jencke schlug eine Rabattskala vor, die bei größeren Abnahmemengen zu Preisreduktionen führen sollte.¹⁶⁴

Einigermaßen Unsicherheit herrschte im Direktorium allerdings zunächst darüber, wie man sich der Öffentlichkeit gegenüber verhalten solle. Man war empört über die «unerhörteste Agitation» und fühlte sich zu Unrecht angegriffen: Jencke verwies auf allerlei halb- und unwahre Behauptungen, die in den Zeitungen kursierten, und als deren Urheber er zum Teil Konkurrenzfirmen ausmachte.¹⁶⁵ Anders als die Zeitungen zum Teil behaupteten, trug die Firma einen großen Teil der Versuchs- und Entwicklungskosten selbst, unterhielt einen eigenen Schießplatz und hatte überhaupt die Produktion von Panzerplatten nur widerwillig, auf Drängen des Reichsmarineamtes aufgenommen und dafür ein eigenes Werk errichtet, das sich amortisieren mußte.¹⁶⁶ Von daher seien die Preise durchaus gerechtfertigt. Man hielt also die öffentlichen Vorwürfe nicht für substantiell berechtigt, sondern sah sie allein im Neid auf den Erfolg der Firma und das mittlerweile gigantische Vermögen ihres Inhabers begründet.¹⁶⁷

Friedrich Alfred Krupp selbst verbrachte die Frühjahrsmonate 1900 auf Capri und blieb so vom vollen Ausmaß der Vorwürfe einigermaßen verschont. «Selbst das wenige», das er den Zeitungen entnahm, habe ihn, so schrieb er Jencke, «in Beziehung auf die Presse, auf den Deutschen Reichstag und den Charakter des Deutschen Publikums recht peinlich berührt». Ebenso wie der Direktoriumsvorsitzende sah er in den Angriffen eine persönliche Beleidigung, die aus dem Neid auf seinen Reichtum und den Erfolg des Werkes resultiere. Er betrachtete sich vollständig als Opfer und klagte, «dass ein grosses Theil Gleichmuth und Schaffensfreude dazu gehört sich über dergleichen Dinge hinwegzusetzen, und das ist nicht gerade leicht, wenn man mit seinen Nerven nicht ganz in Ordnung ist».¹⁶⁸

164 Denkschrift Jenckes für FAK v. 31. 3. 1900, in: FAH 3 B 36; Druck bei: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, 97; s.a.: Jencke an FAK v. 10. 4. 1900, in: FAH 3 B 36, 48; Original in: FAH 3 B 127, 120.

165 So hatte die «Freisinnige Zeitung» v. 21. 3. 1900 unter Berufung auf einen Konkurrenten behauptet, Krupp fordere überhöhte Preise für Kanonenrohre und ebenso, die Firma habe den Schießplatz Meppen, der ihr allerdings seit 1876 gehörte, zu günstigen Konditionen vom Staat gepachtet. Weiter schrieb das Blatt, Stumm werde von Krupp mit hohen Summen abgefunden, um ihm bei der Produktion von Nickelstahlpanzerplat-

ten keine Konkurrenz zu machen. S.: FAH 3 B 36; vgl.: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, Anm. 226–228.

166 Vgl.: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, 71.

167 Auch Tirpitz bezeichnete in seinen nach dem Ersten Weltkrieg erschienenen Erinnerungen den Neid auf die Privatindustrie als die Ursache für die häufigen Angriffe im Reichstag. «Vom Standpunkt des künftigen Staatssozialismus» hätten die Kritiker «mehr dem Grundsatz der Staatswerkstätten zugeneigt». Tirpitz, *Erinnerungen*, 33.

168 FAK an Jencke v. 6. 4. 1900, in: FAH 3 B 36, 45v.

Als Reaktion auf die öffentlichen Vorwürfe verstärkte das Direktorium die persönlichen Kontakte zur Reichsleitung, benutzte Wege und Methoden der Diplomatie. Es wurden Gespräche mit ranghohen Regierungsmitgliedern geführt, hier in erster Linie natürlich mit Tirpitz, daneben vor allem aber mit Admiral Sack und mit dem persönlichen Freund F. A. Krupps, Admiral Hollmann, der das Krupp'sche Direktorium in der ersten Jahreshälfte 1900 in Fragen des Umgangs mit dem Reichsmarineamt beriet. Hollmann war als Vermittler ganz besonders geeignet, da er das Reichsmarineamt kannte und zudem das besondere Vertrauen und die Zuneigung des Kaisers genoß, so daß er dort als eine Art Botschafter die Interessen Krupps vertreten und dem Einfluß Tirpitz' auf den Monarchen entgegenwirken konnte.¹⁶⁹ Er korrespondierte intensiv mit F. A. Krupp, stand auch mit dem Direktorium in engem Kontakt und nahm sogar z.T. an dessen Verhandlungen mit dem Reichsmarineamt teil. In diesen Gesprächen und Konsultationen wurde auch die Frage diskutiert, wie die Firma sich der Öffentlichkeit gegenüber verhalten solle. Tirpitz riet zur Offensive, was sicherlich nicht allein aus der Art seines Umgangs mit der Presse resultierte, sondern wohl auch als Versuch gelten kann, die Firma aus der Reserve zu locken und dazu zu bewegen, Zahlen und Fakten zu präsentieren. Genau darauf wollte man sich in Essen aber keinesfalls einlassen, und auch die Militärs Hollmann und Sack rieten zur Zurückhaltung. Der geringe Erfolg, den Stumm mit seinen öffentlichen Verteidigungsversuchen erzielt hatte¹⁷⁰, sprach zudem gegen diese Strategie. Die Presse wertete das Schweigen allerdings als Schuldeingeständnis. «Es wäre doch die Aufgabe der Interessentenpresse gewesen, diese Angaben über die ungeheuren Profite ihrer Gönner richtig zu stellen, wenn sie falsch wären», schrieb die «Kölnische Volkszeitung», doch habe es nur einen «sehr lahmen Versuch der Berliner Neuesten Nachrichten» in diese Richtung gegeben.¹⁷¹

Aus der Denkschrift, in der Jencke für Krupp am 31. März 1900 die Ereignisse zusammenfaßte, spricht gegenüber der Öffentlichkeit eine eher trotzig verschlossene Haltung. Vor allem war man bemüht, auf keinen Fall den Eindruck zu erwecken, dem Druck der Presse oder des Reichstages in irgendeiner Weise nachzugeben. «Auch nur der leiseste Schein», daß dem so sein könne, müsse vermieden werden, legte Jencke den Kurs fest. Deshalb sollten die Rabatte auch nicht sofort veröffentlicht werden, sondern erst, nachdem «die Annahme der Flottenvorlage eine lange Zeit dauernde regelmäßige und erhebliche Beschäftigung des Walzwerks erwarten läßt». ¹⁷² Auch solle die Bereitschaft der Firma zu Entgegenkom-

169 Vgl.: Briefwechsel FAK-Hollmann, in: FAH 3 C 233; vgl.: FAK an Jencke v. 6. 4. 1900, in: FAH 3 B 36. S. a.: Hull, *The Entourage of Kaiser Wilhelm II.*, 161 ff.; vgl. o.: Kap.: II.2. B: Friedrich Alfred Krupp und Wilhelm II. 170 S.: Denkschrift Jenckes für FAK v. 31. 3. 1900, in: FAH 3 B 36; Druck bei: Epken-

hans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, 96f.

171 «Kölnische Volkszeitung» v. 22. 3. 1900, in: FAH 3 B 36, 18.

172 Denkschrift Jenckes für FAK v. 31. 3. 1900, in: FAH 3 B 36; Druck bei: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, 97.

men bei den Preisen weder der Öffentlichkeit noch Tirpitz mitgeteilt werden, sondern nur dem Kaiser selbst.

Auf den Kaiser zielte letztlich auch die Verteidigungsstrategie des Unternehmens. Keinesfalls wollte man sich auf eine öffentliche Debatte einlassen. Die öffentliche Meinung, auch die Haltung des Reichsmarineamtes wurden vielmehr als untergeordnete Größen eingeschätzt. Wichtig erschien in erster Linie, den Kaiser selbst von der Berechtigung der eigenen Forderungen und der Lauterkeit des eigenen Standpunktes zu überzeugen. Krupp selbst ging ebenso wie sein Direktorium von der im Zeitalter des Parlamentarismus und des «politischen Massenmarktes» seltsam altertümlich anmutenden Vorstellung aus, daß es letztlich allein auf die Unterstützung und das Wohlwollen des Kaisers ankomme, daß Angriffe der Öffentlichkeit, der Presse und des Reichstages, zwar ärgerlich seien, aber nicht wirklich entscheidend. Als ausschlaggebend wurde allein beurteilt, ob diese öffentlichen Angriffe die Meinung des Kaisers beeinflussen könnten. Dies galt es zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, hielt das Direktorium eine öffentliche Reaktion auf die Vorwürfe nicht für den angemessenen Weg – möglicherweise auch deshalb, weil man wußte, daß man diese Schlacht nicht wirklich würde gewinnen können. Statt dessen wurden über Admiral Sack und vor allem Admiral Hollmann die diplomatischen Kontakte verstärkt; in erster Linie aber hoffte man, daß F.A. Krupp durch eine Audienz, also im direkten Gespräch mit dem Kaiser die Entscheidungen zugunsten der Firma beeinflussen könne. Diesen Standpunkt vertrat auch Admiral Hollmann.

Auch Hollmann hielt es für das wirksamste Mittel, daß Krupp selbst dem Kaiser in einer Audienz den Standpunkt der Firma vortragen solle. Bei dieser Gelegenheit sollte dieser auch als erster von der beabsichtigten Rabattskala erfahren.¹⁷³ Wenn man also einerseits Entgegenkommen demonstrierte, so wollte man doch zugleich Wilhelm II. deutlich machen, daß er und die Marine ein Interesse daran hätten, die öffentlichen Angriffe gegen Krupp einzudämmen. Er verwies bei der Audienz, die schließlich Mitte Mai in Wiesbaden stattfand¹⁷⁴, darauf, «dass die Firma Fried. Krupp nicht aus eigener Initiative, sondern nur auf fortgesetztes Drängen und sehr entschiedenes Zureden des Reichs-Marine-Amtes, und zwar sehr ungern, in die Fabrikation der Panzerplatten überhaupt eingetreten ist».¹⁷⁵ Ausgehend von der Gewißheit, daß der Kaiser und die Regierung auch deshalb lieber mit Krupp als mit anderen Firmen zusammenarbeiteten, weil das Unternehmen noch ganz in Privatbesitz war, drohte Krupp zudem damit, daß er das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umwandeln werde, wenn die Kampagne gegen ihn anhalte, die er ebenso wie Jencke allein aus dem Neid auf seinen Reich-

173 Vgl.: FAK an Jencke v. 6. 4. 1900, in: FAH 3 C 233, 45 f.

174 Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtfloottenbau*, 70.

175 Undatierte Denkschrift F.A. Krupps für Wilhelm II., in: FAH 3 B 36, Druck bei: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtfloottenbau*, 97; vgl. a.: ebd., 71 zu den Argumenten Krupps.

tum erklärte, den er nicht mit Aktionären teilen mußte.¹⁷⁶ Man hatte sich in der Firma zwar – vor allem aus erbrechtlichen Gründen – bereits mit der Möglichkeit einer Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft befaßt¹⁷⁷, ein Wunsch-szenario war dies für die nächste Zukunft allerdings zumindest wohl nicht. Dennoch wurde es in der Firma im Sommer 1900 und wieder im folgenden Jahr offenbar ernsthaft erwogen und die Notwendigkeit seiner eventuellen Realisierung ganz von der Haltung des Kaisers abhängig gemacht.¹⁷⁸

An einer solchen Umwandlung aber war auch Tirpitz nicht gelegen, denn er ging davon aus, daß Aktiengesellschaften ihre Geschäftspolitik viel stärker auf die jährliche Dividendenzahlung an die Anteilseigner ausrichteten und sich deshalb den Wünschen des Reichsmarineamtes nach Vergrößerung und Modernisierung der Anlagen gegenüber weit verschlossener verhalten würden als Krupp.¹⁷⁹ Auch nutzten die Aktiengesellschaften den Kriegsschiffbau sehr viel stärker zu Werbezwecken, was dem Ziel des Reichsmarineamtes zuwiderlief, Waffen möglichst geräuschlos technisch weiterzuentwickeln.¹⁸⁰ Zudem schaffte auch die Ähnlichkeit in der Führungsstruktur der Personengesellschaft mit dem «persönlichen Regiment» des Kaisers einen Vertrauensvorsprung vor den als anonym empfundenen Aktiengesellschaften mit ihrer Publizitätspflicht. Krupp hatte als Besitzer der Fabrik dem Kaiser gegenüber einen anderen Stand, als es ein Vorstandsvorsitzender einer Aktiengesellschaft je hätte haben können, denn er war nicht angestellt, war kein «Ministerpräsident», sondern der Inhaber, der «König in seinem Reich», bei dem die letzte Verantwortung lag und der auch nicht überstimmt oder abgelöst werden konnte. Diese Führungsstruktur schuf eine Vertrauensbasis, sie stärkte das Bewußtsein, von gleichen gesellschaftlichen und damit politischen Grundüberzeugungen auszugehen.¹⁸¹ Diese besondere Qualität der Beziehungen zwischen der Firma Krupp und dem Staat, zwischen dem Firmeninhaber und dem Monarchen hatte beispielsweise darin ihren Niederschlag gefunden, daß Krupp den Erwerb des Gruson-Werkes in Magdeburg und auch der Germania Werft erst nach vorheriger Rücksprache mit dem Kaiser vollzog.¹⁸²

Krupp war 1900 schon lange kein «normales» Unternehmen mehr, das zeigt die Auseinandersetzung um die Panzerplattenpreise, die öffentliche Debatte und die auf den Mitteln der klassischen Diplomatie beruhende Verteidigungsstrategie des Unternehmens sehr deutlich. Aufgrund seiner schieren Größe, der Besitzstruktur, die Krupp einen fast unvorstellbaren Reichtum bescherte, und nicht zu-

176 Jencke an FAK v. 10. 4. 1900, in: FAH 3 B 36, FAK an Jencke v. 17. 4. 1900, ebd.

177 Vgl. die zusammenfassende Denkschrift vom 3. 12. 1902, in: FAH 4 C 5; vgl.: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, Anm. 64.

178 S.: Hollmann an FAK v. 19. 8. 1900, in: FAH 3 C 233; Korn an FAK v. 17. 3. 1901, in: FAH 3 B 211, 22 f.

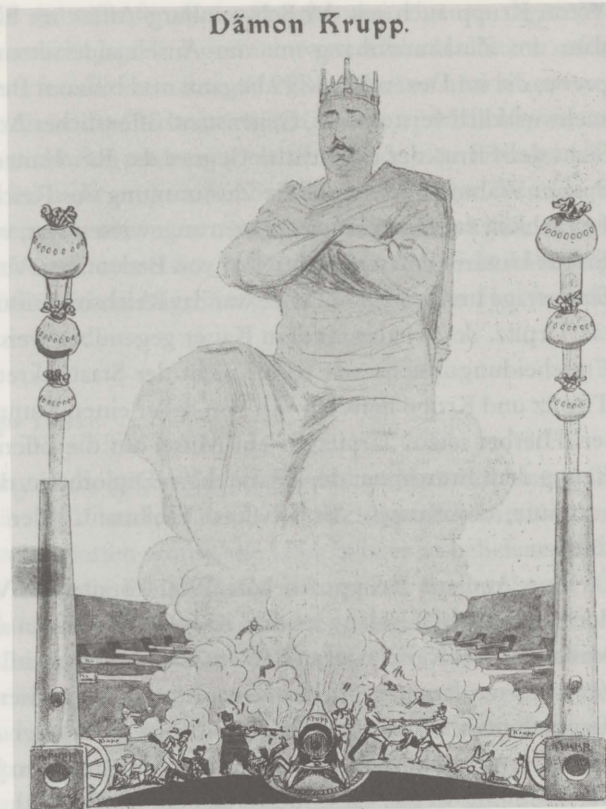
179 S.: Tirpitz, *Erinnerungen*, 32.

180 Vgl.: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, 72.

181 Vgl.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 217, vgl. a.: Owen, *Military-Industrial Relations*, 77 ff.

182 Vgl.: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, 70.

Abbildung 24:
 Karikatur Krupps
 als Kriegsdämon, für den
 die Kanonen Geldsäcke
 speien, mit der Unterzeile:
 «Wenn es einst zum
 Weltkrieg kommt,
 und es bluten rings
 die Wunden,
 denkt der Einzige,
 dem es frommt:
 Alles meine Kunden.»
 Aus «Ulk» v. 13. 7. 1900.



letzt, weil Krupp als Waffenproduzent als gleichsam «nationales» Unternehmen galt, nahm die Firma in den Augen der Öffentlichkeit eine Sonderstellung ein, die Bewunderung und «nationalen Stolz» ebenso wie Mißtrauen und natürlich auch Neid auf sich zog. Jedenfalls wurde alles, was in Essen geschah, mit der größten Aufmerksamkeit registriert, aus der Größe und dem Reichtum wurden Macht und Einfluß abgeleitet. Hollmann hat diese herausgehobene Position klar erkannt und ohne den bei Krupp selbst und bei Jencke gelegentlich spürbaren leicht beleidigten Unterton die Konsequenzen daraus abgeleitet, wenn er riet:

«Sie dürfen nie vergessen, daß Sie in einem Glashause sitzen; bei der Kenntniß der Gefährlichkeit dieser Position, sollten Sie dem Feinde keine Steine in die Hände geben. – Wenn andere Geschäftsvortheile wahrnehmen, ganz gleichgültig, um was es sich handelt, ohne sich auch nur den geringsten Vorwurf zuzuziehen, so ist eben Ihre Position eine so außergewöhnliche geworden, daß man Ihnen nicht gestattet, einen Geldesdienst beanspruchen zu dürfen. Ein kaufmännisches Gebahren gesteht man Ihnen nicht zu.»¹⁸³

183 Hollmann an FAK v. 19. 7. 1900, in: FAH 3
 C 233.

Wenn Krupp auch seit der Schweinburg-Affäre im Flottenverein und vor allem dann im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Panzerplattenpreise, die im Dezember 1899 begann und bis zum Beginn des Weltkrieges nicht mehr wirklich verstummte, Gegenstand öffentlicher Angriffe war, so war doch aus Sicht der Firma der eigentliche Gegner das Reichsmarineamt mit Tirpitz an der Spitze. Während dieser auf die Zustimmung des Reichstages und damit der Öffentlichkeit zu seinen Flottenplänen angewiesen war, war der öffentliche Konsens für das Unternehmen nur mittelbar von Bedeutung. Verhandlungspartner für Lieferverträge und vor allem Preise war das Reichsmarineamt, war dessen Staatssekretär Tirpitz, der wiederum dem Kaiser gegenüber weisungsgebunden war. Letzte Entscheidungsinstanz war damit nicht der Staatssekretär, sondern der Monarch. Tirpitz und Krupp lieferten sich von daher einen Kampf um Einfluß auf den Kaiser. Hierbei setzte Tirpitz als ein Mittel auf die öffentliche Meinung, während Krupp dem Instrument der «klassischen» Diplomatie, dem persönlichen Gespräch vertraute, das Krupps «Botschafter» Hollmann oder der Firmeninhaber selbst führten.

Eine Audienz Krupps im Mai 1900 konnte das Verhältnis zunächst klären, doch im Sommer gelang es den Krupp-Gegnern in den Behörden erneut, das Mißtrauen des Kaisers gegen das Unternehmen zu schüren – diesmal kam der Gegenwind aus dem preußischen Kriegsministerium. Hierbei spielte das sprunghafte Temperament Wilhelms II. eine wichtige Rolle, der dazu neigte, eine Ansicht schnell und ungeprüft zu übernehmen. So kam es im Juli 1900 zu einer ernsten Verstimmung wegen Geschützverkäufen. Wilhelm II. sandte ein unfreundliches Telegramm an Krupp, woraufhin Hollmann die Wogen zu glätten versuchte. Während schrieb er an F. A. Krupp: «Von Seiten Fried. Krupp dürfte man sich doch nun vor Augen halten müssen, daß die äußerst feindlich gesinnten Gegner [...] den geringfügigsten Anlaß benutzen werden, um daraus eine Waffe zu schmieden, die sie S.M. in die Hand drücken können, um damit auf Fried. Krupp loszuschlagen. Bessere Gelegenheit wie die vorliegende, um die Zustimmung S.M. für ihre Seite zu gewinnen, konnte sich ihnen ja gar nicht bieten: hier sollte die Gewinnsucht in ihrer unerfreulichsten Gestalt vorgeführt werden.»¹⁸⁴ Zusätzlich müsse das Temperament des Kaisers berücksichtigt werden, seine Impulsivität, «die rasch mit der Verurtheilung zur Hand ist, ohne die altera pars auch nur anzuhören».¹⁸⁵

Mit großem diplomatischem Geschick Krupps, unterstützt von Hollmann, wurde die Affäre beigelegt und sollte durch einen Kaiserbesuch in Essen endgültig ausgeräumt werden. Noch vor diesem Besuch, der für Oktober geplant war, konnte Tirpitz jedoch einen weiteren Stich machen. Er beschwerte sich beim Kaiser, daß die Germaniawerft nicht fristgerecht liefere. Als Grund dafür gab er an, daß die Aufträge des Reichsmarineamtes zugunsten eines Auftrages aus Rußland

184 Ebd.

185 Ebd.

zurückgestellt würden, daß Arbeiter für dieses Projekt vom eigenen abgezogen würden. Da gerade die kaiserliche Jagd in Rominten war, erfuhr Hollmann sofort von den neuerlichen Vorwürfen. Er versuchte, den Kaiser zu beschwichtigen und legte ihm nahe, zunächst die andere Seite zu hören, bevor er Maßnahmen ergreife.¹⁸⁶ Bei seinem Einsatz dürften auch persönliche Gründe eine Rolle gespielt haben, denn Hollmann wird nicht ungern den Stand seines erfolgreichen Nachfolgers beim Kaiser ein wenig zu erschüttern versucht haben. Auch war er gern bereit, ihm unlautere Motive zu unterstellen, selbst dort, wo dies nicht unbedingt der Fall war, wie bei den öffentlichen Angriffen gegen Krupp in der Haushaltsdebatte des Jahres 1901.¹⁸⁷

«Reichstag contra Krupp» 1901

In dieser Etatdebatte flammten die gegen Krupp gerichteten Vorwürfe erneut öffentlich auf.¹⁸⁸ Anfang März 1901 erschien der Bericht der Budgetkommission, in dem Krupp und Stumm vorgeworfen wurde, die USA billiger zu beliefern als das Deutsche Reich. Es hieß dort, die Preisdifferenz betrage bei Panzerplatten 400 Mark pro Tonne. «Unerhörte Preistreiberei», kommentierten die Zeitungen.¹⁸⁹ Der Berichterstatter der Budgetkommission, der Fuldaer Zentrumsabgeordnete Müller, sprach in der zweiten Lesung des Etats am 7. März von dem «schmerzlichen Bedauern» in der Budgetkommission, «daß die Betreffenden ihren Patriotismus nicht nach der Richtung geltend machen, die Wehrhaftigkeit des deutschen Vaterlandes dadurch zu unterstützen, daß sie ihm mindestens ebenso billig wie dem Auslande liefern».¹⁹⁰

Krupp erhoffte zunächst von Tirpitz eine Richtigstellung der z.T. falschen Zahlenangaben im Reichstag und stellte eine Rabattskala in Aussicht, die die Tonnenpreise dem angeführten amerikanischen Preisniveau zwar anglich, dies aber an feste Zusagen für gewisse Liefermengen koppelte. – Doch damit konnte Tirpitz die Stimmung im Reichstag nicht beruhigen. Die Abgeordneten waren aufgebracht und forderten in einer Resolution mit nur einer Gegenstimme, falls diese «Mißstände» vom Reichsmarineamt nicht abgestellt werden könnten, den Bau eines staatlichen Panzerplattenwerkes, «um einer solchen Ausbeutung zu entgehen», wie der Abgeordnete Müller formulierte.

186 Vgl.: Hollmann an FAK v. 30. 9. 1900, in: FAH 3 C 233.

187 Vgl.: Korn an FAK v. 29. 3. 1901, in: FAH 3 B 211, 31 f.

188 Diesmal handelte es sich nicht, wie Epkenhans (*Großindustrie und Schlachtfloottenbau*, 74) angibt, um den Ausbruch des Konfliktes zwischen dem Reichsmarineamt und Krupp, auch Tirpitz wurde diesmal von den Angriffen überrascht. Selbst der Tirpitz gegenüber

äußerst mißtrauische Hollmann räumte schließlich ein, «daß Tirpitz in diesem Fall bona fide und in Ihrem Interesse gehandelt hat», wie Korn F.A. Krupp mitteilte. Korn an FAK v. 29. 3. 1901, in: FAH 3 B 211, 31 f.

189 «Freisinnige Zeitung» v. 5. 3. 1901.

190 Müller im Reichstag, 63. Sitzung v. 7. 3. 1901, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 180, 1762.

Der Vorwurf war eindeutig, er war klar und nicht wirklich entkräftet worden. Der immer wieder aufgekommene, zuletzt im vorangegangenen Jahr massiv vorgebrachte Verdacht, daß die Großindustrie und allen voran Krupp das Reich über-vorteilten, von Patriotismus zwar redeten, in ihrem Handeln aber von nacktem Geschäftsgeiz und kalter Gewinnsucht geleitet würden, schien auf das Eindeutigste bestätigt zu sein. Entsprechend berichteten die Zeitungen: Der Reichstag habe Krupp ein «Mißtrauensvotum» ausgestellt, schrieb «Der Tag» unter der Überschrift «Reichstag contra Krupp». In dem Artikel wurde der gegen Krupp erhobene Vorwurf als erwiesen angesehen und die Resolution ausdrücklich begrüßt: «So weit ist es nun glücklicherweise gekommen, daß der Weltfirma von dem gesamten Reichstag ein Mißtrauensvotum ausgestellt worden ist», hieß es. Der deutsche Steuerzahler, den das Parlament vertrete, wehre sich «mit Recht [...] gegen eine Bevorzugung des Auslandes».¹⁹¹

Anders als im vorangegangenen Jahr setzte man bei Krupp diesmal nicht allein auf die Überzeugung des Kaisers, sondern versuchte durchaus, die Vorwürfe auch gegenüber der Öffentlichkeit zu entkräften. Dennoch scheint die «alte», ganz auf den Monarchen fixierte Haltung des Direktoriums in dem Vorschlag Menshausens an Jencke durch, einen Artikel in der «Nationalzeitung» zu lancieren. Dies empfehle sich, da dieses Blatt von Wilhelm II. gelesen werde.¹⁹² Es gelang zwar offenbar nicht, den Artikel in der «Nationalzeitung» unterzubringen, bei dem Leitartikel der «Berliner Neuesten Nachrichten» vom 9. März 1901 handelt es sich aber wohl um jenen Beitrag, den Menshausen dann wahrscheinlich auch selbst verfaßte¹⁹³, und er ist tatsächlich auf den Kaiser als Leser zugeschnitten. Der Artikel argumentiert allein gegen die Errichtung eines staatlichen Panzerplattenwerkes, das niemals billiger als ein privates Unternehmen produzieren könne. Die Diskussion sollte offenbar heruntergespielt werden mit dem Hinweis, auch in Großbritannien, Frankreich und den USA habe sich «die Gewohnheit entwickelt, bei der Diskussion des Marinehaushalts in mehr oder minder sachverständiger Weise die Höhe der von der Regierung gezahlten Panzerplattenpreise zu kritisieren und im Anschluß hieran die Errichtung eines staatlichen Panzerplattenwerkes anzuregen». Dabei habe sich stets gezeigt, daß ein staatliches Werk nicht billiger sein könne, so daß die Pläne verworfen worden seien.¹⁹⁴

Auf den Kern der Vorwürfe ging der Artikel damit allerdings überhaupt nicht ein. Auch einem zweiten Bericht im Innern des Blattes gelang es nur unzureichend, den Standpunkt der Firma überzeugend darzustellen, denn auch er enthielt mehr Beschuldigungen als Fakten. Der «Vossischen Zeitung» wurde vorgehalten, «die Palme des Unsinnns zu erringen», da sie den Vorwurf der Kruppischen Liefere-

191 «Der Tag» Nr. 87 v. 9. 3. 1901. Vgl. a.: «Kölnische Zeitung» v. 8. 3. 1901, «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» v. 8. 3. 1901.

192 Menshausen an Jencke v. 7. 3. 1901, in: FAH 3 B 40, 8.

193 Dafür spricht, daß Jencke Menshausen als Autor des Artikels angibt. S.: Jencke an FAK v. 11. 3. 1901, in: FAH 3 B 40, 18.

194 «Berliner Neueste Nachrichten» v. 9. 3. 1901.

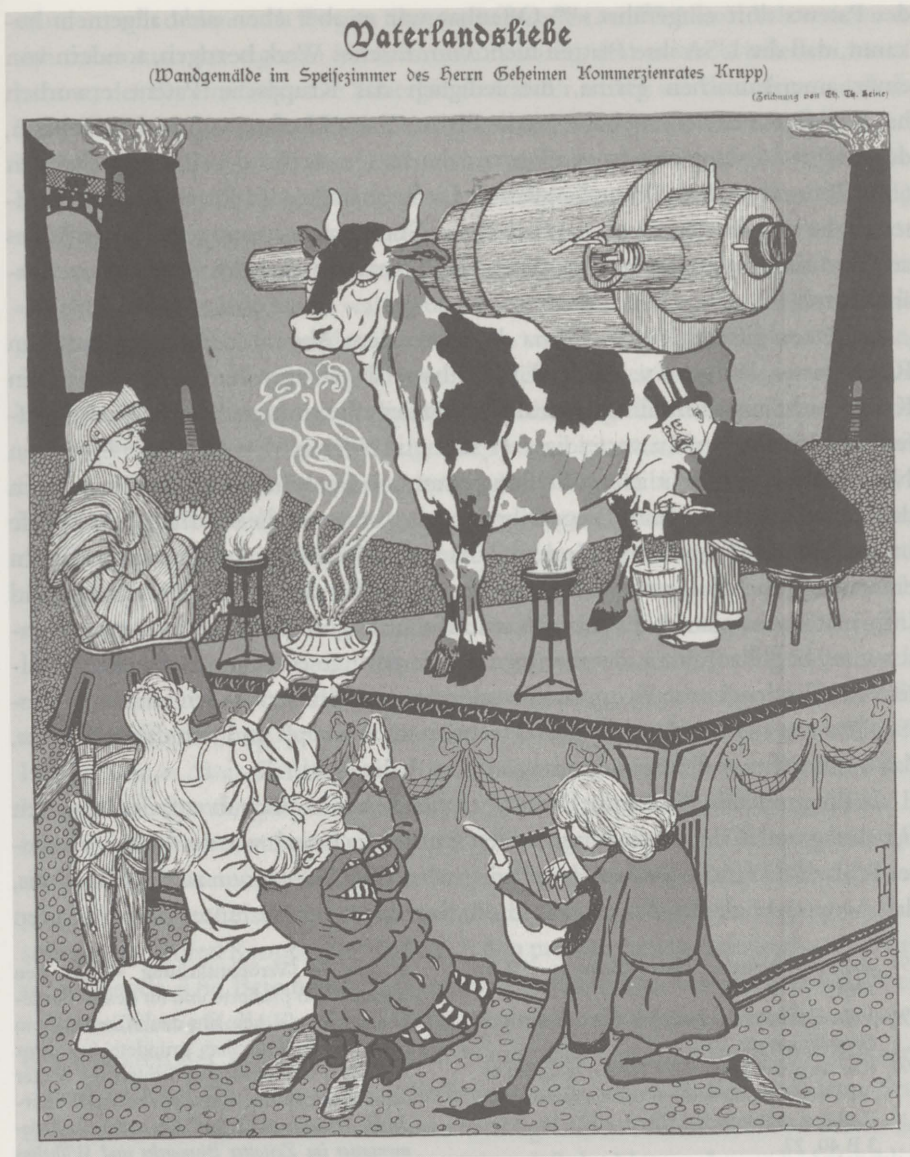


Abbildung 25: Satirische Darstellung der Nation als Melkkuh für Krupp, kommentiert durch das Schillerzitat: «Dem einen ist sie die hohe, die himmlische Göttin, dem andern / Eine tüchtige Kuh, die ihn mit Butter versorgt», aus «Simplicissimus» Nr. 2, 1901.

rungen an Amerika zu einem günstigeren Preis wiederholte. Statt aber den Sachverhalt nüchtern darzustellen, hieß es nur knapp und für den mit den Fakten wenig Vertrauten kaum verständlich: «Die Firma Krupp hat «an Amerika» überhaupt nicht geliefert, denn bekanntlich ist das Kruppsche Verfahren durch Erwerbung

des Patents dort eingeführt.»¹⁹⁵ Offenbar war es aber eben *nicht* allgemein bekannt, daß die USA ihre Platten nicht vom Essener Werk bezogen, sondern von einer amerikanischen Firma, die lediglich das Kruppsche Patent erworben hatte.¹⁹⁶ Diese Bestellung hatte, so die Firma, einen Umfang von 36.000 Tonnen, der andere Preisspielräume eröffne, als die in Deutschland in Frage stehenden 6000 Tonnen jährlich. Wenn langfristige Lieferverträge geschlossen werden könnten, habe sich das Unternehmen bereits im Sommer des vorangegangenen Jahres zu Preisnachlässen bereit erklärt, die an das Niveau der amerikanischen Preise heranreichten.¹⁹⁷

Schützenhilfe erhielt die Firma dann von dem Abgeordneten der deutschen Reichspartei, Wilhelm v. Kardorff.¹⁹⁸ Er hatte als einziger der Resolution gegen Krupp nicht zugestimmt und war dafür von der «Freisinnigen Zeitung» angegriffen worden. Daraufhin verteidigte er sich mit einer in den «Berliner Neuesten Nachrichten» veröffentlichten Stellungnahme, in der er sich zunächst nur gegen das Mißtrauen der Industrie gegenüber wandte, ohne auf die erhobenen Vorwürfe im einzelnen einzugehen.¹⁹⁹ Zudem wollte er im Reichstag das Wort ergreifen. In einer ausführlichen Unterredung hatte Jencke ihn für diese Rede mit Material und Informationen versorgt. Es gelang Kardorff allerdings nicht, einen Stimmungsumschwung herbeizuführen, denn er argumentierte ungeschickt und erweckte vor allem den Eindruck, von Krupp als Verteidiger vorgeschickt worden zu sein.²⁰⁰ Genau dies war nicht in Jenckes Sinne, wenn er auch Krupp und sich damit tröstete, daß Kardorff es «offenbar sehr gut gemeint» habe.²⁰¹

In diesem Jahr nahmen die Direktoren den Fehdehandschuh auf, der ihnen im Reichstag und in der Presse hingeworfen wurde, doch nach wie vor hielten sie dieses Schlachtfeld nicht für den Hauptkriegsschauplatz. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß hauptsächlich das Zentrum und die Sozialdemokratie hinter den Angriffen

195 «Berliner Neueste Nachrichten» v. 10. 3. 1901.

196 Vgl.: Epkenhans, *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse*, 218.

197 Klar dargestellt sind diese Fakten lediglich in der Notiz Jenckes über ein Gespräch mit Wilhelm v. Kardorff v. 19. 3. 1900, in: FAH 3 B 40, 27.

198 Kardorff, geb. 8. 1. 1828, war Rittergutsbesitzer in Schlesien, seit 1866 gehörte er dem preußischen Abgeordnetenhaus, seit 1867 dem norddeutschen und dann dem deutschen Reichstag an als Mitglied der freikonservativen Partei, später der deutschen Reichspartei. Er war selbst an verschiedenen industriellen und kaufmännischen Unternehmungen beteiligt und trat besonders bei volkswirtschaftlichen, sozialen und Handelsfragen als Redner auf. Er trat für die Silberwährung ein und für den Schutzzoll, für den

er mit der Veröffentlichung «Gegen den Strom» 1875 plädierte und für dessen Förderung er im gleichen Jahr den «Centralverein deutscher Industrieller» gründete (s.o. Kap. I.2.C Der Kampf für den Schutzzoll). Später stand Kardorff den Agrariern näher. S.: Kardorff, *Wilhelm v. Kardorff. Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. (1828–1907)*.

199 «Berliner Neueste Nachrichten» v. 11. 3. 1901.

200 Kardorff im Reichstag, 72. Sitzung v. 20. 3. 1901, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 181, X. Legislaturperiode II. Session 1900/1902, 2060 f.

201 Vgl.: Jencke an FAK v. 27. 3. 1901, in: FAH 3 B 40, 32; ebenso: Korn an FAK v. 22. 3. 1901, in: FAH 3 B 211, 26 ff.

stunden, von denen auch Tirpitz überrascht worden sei.²⁰² Allmählich wurden sie sich dabei auch der eigenen Versäumnisse bewußt, und es war wiederum Menshausen, der für eine offensive Strategie eintrat. Er schlug vor darzulegen, daß die Firma durchaus keine exzessiven Gewinne erziele, indem man den Vergleich mit Banken und anderen Fabriken eröffne, die weniger Arbeiter und damit geringere Kosten hätten und höhere Dividenden ausschütteten. Jencke und Haux allerdings sprachen sich dagegen aus, den Standpunkt des Unternehmens ausführlich darzustellen, da der Sturm in den Zeitungen und im Reichstag bereits abebbe. Ein «Nachklappen» würde kaum wahrgenommen werden und zudem als Entschuldigungsversuch aufgefaßt werden. Statt dessen wollte man «Material und Rüstung für einen ordentlichen Schlag für die nächstjährige Reichstagssession» sammeln. Die Direktoren sahen also sehr deutlich, daß die Angriffe wiederkehren würden, und in der Tat bildeten sie in den folgenden Jahren bis zum Ersten Weltkrieg einen fast rituellen Bestandteil der Etatdebatten im Reichstag. Daß die diesjährige öffentliche Schlacht verloren war, daran war nichts mehr zu deuteln, also richteten die Firmenstrategen den Blick nach vorn. Die argumentativen Waffen sollten bereitgestellt und geschärft werden, damit die Firma von der nächsten Attacke nicht unvorbereitet getroffen würde, sondern schnell und gezielt reagieren könne.²⁰³

Tatsächlich entstand in den folgenden Monaten eine mit dreißig Seiten recht umfangreiche Denkschrift, die an ein breites Publikum gerichtet war und wohl für eine Veröffentlichung bei sich bietender Gelegenheit bereit liegen sollte.²⁰⁴ Hierzu kam es dann allerdings nicht, wohl weil die Capri-Affäre und der Tod F. A. Krupps im folgenden Jahr den Angriffen wiederum eine neue Wendung gaben. Es handelt sich hierbei um eine wirkliche PR-Schrift, geplant zur Hebung des angeschlagenen Firmenimages. Zunächst werden in einem kurzen Abriß der Firmengeschichte deren Leistungen herausgestellt, die technischen Erfindungen und besonders der Anteil Kruppscher Waffen an den preußischen und deutschen militärischen Siegen. Die Beteiligung Krupps am Eisenbahnbau wird zwar ebenfalls erwähnt, auch die Rolle Krupps als «Bahnbrecher für die deutsche Stahlindustrie auf den Märkten des Auslandes», wo sein Name «der gesamten deutschen Industrie voran[leuchtet]»²⁰⁵, doch werden die Entwicklung neuer Waffen und deren Produktion als die eigentlichen Verdienste herausgehoben und so auch von Seiten der Firma der unzutreffende Eindruck bestätigt, daß das Unternehmen hauptsächlich Waffen produziert habe.²⁰⁶ Daneben wird auf die sozialen Leistungen der Firma

202 Bericht über die Besprechung der Direktionsmitglieder Jencke, Menshausen und Haux, F.A. Krupps Sekretär Korn und Adm. Hollmann, Korn an FAK v. 17. 3. 1901, in: FAH 3 B 211, 22 ff.

203 Korn an FAK v. 17. 3. 1901, in: FAH 3 B 211, 22 f., vgl. a.: Korn an FAK v. 29. 3. 1901, ebd., 31 f.

204 WA 7 f 940: Die Bedeutung der Fa. Fried.

Krupp für die deutsche Industrie, insbesondere ihre Stellung als Lieferantin des deutschen Artillerie-Materials, 1901.

205 WA 7 f 940, 10.

206 Der Anteil von Kriegsmaterial überschritt nur in Ausnahmefällen die 50%-Marke. Er betrug für 1899/1900 35,4%, 1900/01 34,8%, 1901/02 42,1%, 1902/03 22,4%. S.: Tenfelde, *Krupp – Der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns*, 35.

hingewiesen, die «Fürsorge für die Angehörigen» des Werkes wird sogar als «eine [der] Hauptaufgaben» der Inhaber bezeichnet.²⁰⁷ Man antwortete damit also entsprechend der Argumentation der Krupp-Kritiker, wenn man den Vorwurf der Ausbeutung der Arbeiter zurückwies und statt dessen die Bedeutung als Arbeitgeber und die freiwilligen Sozialleistungen betonte und zudem die nationale, militärische Bedeutung des Unternehmens hervorhob.

Der Flottenbau und die Frage der Panzerplattenpreise wurden nicht erwähnt, als Auslöser der Angriffe wurde statt dessen eine Lieferung von Geschossen an England während des Burenkrieges genannt. Hinter der Kampagne stehe, so wurde dem Leser nahegelegt, eine Allianz aus Konkurrenten, die den übermächtigen Krupp auf unlautere Weise schwächen wollten, und der prinzipiell feindlich gesinnten sozialdemokratischen Presse. Sie finde in einer breiten Öffentlichkeit Gehör, weil Krupp als Privatunternehmen es «maßgeblichen Kreisen» nicht erlaube, an den Gewinnen der Firma zu partizipieren. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, so das Argument, das Krupp auch dem Kaiser vortrug, würde zwar die Angriffe beenden, aber der Nation schaden, die von der derzeitigen Struktur des Werkes profitiere. «Für Deutschland kann es als ein großes Glück bezeichnet werden, dass es ein Werk von der Bedeutung und der Verfassung der Kruppschen Fabrik hat, und im allgemeinen Interesse sollte Alles, was auf eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse abzielt, vermieden, jedenfalls aber nicht unterstützt werden.»²⁰⁸ Auf den Vorwurf mangelnder Loyalität gegenüber der Nation reagierte man mit einem Appell an nationale Gefühle, die man den eigenen Interessen dienstbar zu machen versuchte: «Das deutsche Volk hat nach wie vor allen Grund, auf sein großes Arsenal und seinen Waffenschmied stolz zu sein. Jede Verdunkelung des Namens Krupp bedeutet eine Schädigung der deutschen Interessen, und darum möge dies Bild deutscher Grösse nicht, «propter invidiam», verkleinert und verunglimpft werden.»²⁰⁹

Wenn diese Schrift auch die Position und die geplante Strategie der öffentlichen Verteidigung anschaulich werden läßt, so hat sich dies doch zunächst nicht ausgewirkt, da sie ja nicht veröffentlicht wurde. Vielmehr bewegte sich das Krisenmanagement der Essener Direktoren im Frühjahr 1901 noch in den konventionellen Bahnen. Der nervöse Firmeninhaber wurde von Korn mit dem Hinweis beruhigt, daß der Wirbel «wirklich verständige Leute, mit denen ich gesprochen habe, ganz kalt gelassen hat», da diese die Behauptungen nicht glaubten. Vor allem aber, und das war nach wie vor das wichtigste, habe sich der Kaiser von den Angriffen wenig beeindruckt lassen. Das war zu einem wesentlichen Teil das Verdienst Hollmanns, der in diesen Tagen regelmäßig mit Wilhelm zusammentraf und diesem den Standpunkt Krupps und des Direktoriums «in 3/4-stündigem Auf- und

207 WA 7f940, 9.

208 Ebd., 30.

209 Ebd., 30.

Abgehen» vortrug.²¹⁰ Auch der Kaiser erklärte bei dieser Gelegenheit «jedwede weitere Publikation für unnütz».²¹¹ Damit verbot sich von vornherein eine weitere Stellungnahme, und Jencke legte Wert darauf, diesem «Gebot» nicht zuwiderzuhandeln. Aus diesem Grund war es ihm höchst unangenehm, daß Kardorff bei seiner Rede im Reichstag den Anschein erweckte, er spreche im Auftrag der Firma. Seiner Ansicht nach mußte der Kaiser darüber informiert werden, daß man seinen Rat nicht mißachtet hatte.²¹²

Daß auch F. A. Krupp sich in erster Linie für die Meinung des Kaisers interessierte, wird an seinen Äußerungen jener Tage noch einmal besonders deutlich. «Ihre Mittheilungen über die Auffassung S.M. haben mich sehr beglückt», jubelte er in einem Schreiben an seinen Freund Hollmann. «Ich erkenne den Standpunkt S.M. vollständig an u. kann auch solange in mein Schicksal mit Gleichmuth mich ergeben, solange ich des Vertrauens S.M. sicher bin u. solange die Angriffe gegen mich an seiner huldvollen Gesinnung abprallen[...]»²¹³

Die doch im ganzen recht zaghaften Bemühungen, auf die öffentliche Meinung einzuwirken und den Standpunkt der Firma gegen die Angriffe zu verteidigen, waren nicht wirklich erfolgreich. Der Eindruck, daß Krupp sich auf Kosten des Staates über Gebühr bereichere, blieb bestehen und sollte in den folgenden Jahren bis zum Ersten Weltkrieg immer wieder aufkommen. Hatte Korn F. A. Krupp gegenüber noch im März davon gesprochen, daß das Ganze lediglich eine Kampagne des Zentrums und der Sozialdemokratie war, so stellte sich doch im Verlauf des Sommers heraus, daß die gegen die Firma erhobenen Vorwürfe sehr viel weitere Kreise gezogen hatten. Wenn die Attacken auch vom Reichsmarineamt geschürt wurden, um die eigene Verhandlungsposition gegenüber der Firma zu stärken²¹⁴, so spiegelten sie doch in erster Linie über den reinen Interessenkonflikt hinausgehend eine gegen die Großindustrie, gegen den «Kapitalismus» gerichtete Grundstimmung in wachsenden Teilen der Öffentlichkeit.

«Es herrscht gegen Krupp eine allgemeine Animosität»

Ganz in diesem Sinne fiel dann auch im September 1901 die Analyse von Adolf Lauter, dem Leiter des Kruppschen Nachrichtenbüros, aus, die er dem Firmenchef vortrug: «Es herrscht gegen Krupp eine allgemeine Animosität sowohl im Publikum, als in der Presse, als in Reichstagskreisen aller Parteien, als namentlich auch in der Budget-Kommission.»²¹⁵ Im Nachrichtenbüro wurde intensiv an einem neuen Konzept für den Umgang des Unternehmens mit der politischen Öffent-

210 Korn an FAK v. 17. 3. 1901, in: FAH 3 B 211, 22.

211 So Korn an FAK v. 29. 3. 1901, ebd., 31 f.

212 So Korn an FAK v. 29. 3. 1901, ebd., vgl.: Jencke an FAK v. 27. 3. 1901, in: FAH 3 B 40, 32.

213 FAK an Hollmann v. 26. 3. 1901, in: FAH 3 C 234.

214 Vgl.: Epkenhans, *Großindustrie und Schlachtflottenbau*, 70.

215 Bericht Lauters über Vortrag bei FAK, 19. 9. 1901, in: WA 4/1800, 22–27.

lichkeit gearbeitet. Von dem im Umgang mit der Presse erfahrenen Generalmajor Keim²¹⁶ hatte Lauter diesbezüglich einige Anregungen und Hinweise erhalten, und es spricht für den Stellenwert, der diesem Aspekt mittlerweile eingeräumt wurde, daß Lauter die Gelegenheit hatte, F. A. Krupp persönlich an zwei Nachmittagen ausführlich von seiner Unterredung mit Keim zu berichten.²¹⁷

Aus den Aufzeichnungen wird deutlich, wie ernst Keim den Imageverlust Krupps nahm, den er nicht allein als ein Problem der Firma, sondern bereits als politisches Problem ansah, das die Popularität der Marinerüstung herabsetze und ihre Durchsetzung damit erschwere. Der General machte keinen Hehl daraus, daß er die Verhaltensweise der Firma während der Affäre für unzureichend hielt. Er warnte vor der bis dahin üblichen Erwartung, daß die Regierung Krupp im Reichstag gegen Vorwürfe und Anschuldigungen verteidigen werde. Minister hätten «andere Interessen zu verfolgen und richteten sich in solchen Fällen natürlich nach der Majorität der Stimmung der verschiedenen Parteien», erläuterte Keim. Weiter kritisierte er, daß die Widerlegung der Anschuldigungen wenig geschickt erfolgt sei und zudem nur im «Hausblatt», den «Berliner Neuesten Nachrichten» und der Stumm gehörenden und deshalb auch industrielle Interessen vertretenden «Post» erschien. Für die Mehrheit habe hingegen der Eindruck entstehen müssen, daß Krupp zu den Vorwürfen schweige und sie damit anerkenne.

Hatten die Direktoren im März 1901 noch beschlossen, zunächst gar nicht mehr zu reagieren und lediglich Material bereitzulegen, um bei nochmaligen Angriffen sofort antworten und sich verteidigen zu können, riet Keim, «jetzt schon die nöthigen Schritte zu thun, um aufzuklären und einer etwaigen Interpellation im Reichstage dadurch die Schärfe zu nehmen».²¹⁸ Damit empfahl Keim im Grunde, im Umgang mit der politischen Öffentlichkeit einen vollständig neuen Kurs einzuschlagen. Abgesehen von den Unternehmungen Krupps mit Schweinburg, die zwar ins Politische gezielt, aber doch nicht Öffentlichkeitsarbeit für die Firma bedeuteten hatten, sondern ein rein «privates» Engagement F. A. Krupps gewesen waren, hatte die Firma sich bis zu diesem Zeitpunkt der politischen Öffentlichkeit, der politischen Presse gegenüber stets zurückgehalten. Noch 1900 hatte das Direktorium F. A. Krupp mitgeteilt, daß nur in besonderen Fällen versucht werde, auf die politische Tagespresse im Interesse der Firma einzuwirken. Der letzte derartige Fall liege bereits acht Jahre zurück, hatte es geheißen.²¹⁹ Mittler-

216 August Keim (1845–1926) war 1892 nach Berlin berufen worden, um die Propaganda zugunsten der Heeresreform zu leiten; 1900–1908 Mitglied im Präsidium des DFV, dessen Propagandaaktivitäten er seit April 1901 leitete.

Zu den Beziehungen zwischen Keim und dem Kruppschen Nachrichtenbüro s.: Epenhans, *Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914*, 165.

217 Bericht Lauters über Vortrag bei FAK, 19. 9. 1901, in: WA 4/1800, 22–27.

218 Hier und im folgenden: Bericht Lauters über Vortrag bei FAK, 19. 9. 1901, in: WA 4/1800, 22–27.

219 Abschrift einer Aktennotiz des Direktoriums an F. A. Krupp v. 1. 3. 1900, in: WA 4/1800, 9.

weile hatte sich die Situation verändert, und Keim empfahl einen grundlegenden Kurswechsel. Er plädierte für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, für eine neue Form der «Imagewerbung», diesmal nicht allein die Zuverlässigkeit und Qualität der Produkte betreffend, sondern bezogen auf die politische Zuverlässigkeit und patriotische Haltung der Firma. Wenn die Firma nicht ständig latent im Verdacht stehe, den Staat zum eigenen Nutzen übervorteilen oder gar ausbeuten zu wollen, das eigene Gewinnstreben über das Gemeinwohl zu stellen, so seine Argumentation, würden künftige Angriffe weit weniger Resonanz finden.

Keim wandte sich zudem entschieden gegen die bisherige Haltung der Firma, die vor allem auf die klassischen Mittel der Diplomatie, also auf persönliche Kontakte zu den führenden Politikern und vor allem zum Monarchen gesetzt hatte. Die Firma unterschätze erheblich den Einfluß der öffentlichen Meinung, konstatierte er. Die Abgeordneten bildeten ihre Meinung nicht nur im persönlichen Gespräch, sondern ließen sich durchaus beeindrucken von der, wie er es nannte, «Stimmung des Publikums», auch dürfe man den Einfluß der Zeitungen nicht unterschätzen. Die bisherige Firmenpolitik der «vornehme[n] Zurückhaltung gegenüber der Presse» nannte er deshalb «ein deutliches Verkennen der Verhältnisse». Nicht nur, daß mit dem zurückhaltenden Umgang mit der Presse nur wenig im Interesse der Firma zu bewirken sei, zudem werde die Haltung mißverstanden entweder als indirektes Schuldeingeständnis oder als «hochnäsige Arroganz».

Keim kannte die Regeln des politischen Massenmarktes, und er sah klar, daß Krupp ihnen ebenso unterworfen war wie Parteien, Politiker und Regierungen. Seine Empfehlungen bedeuteten eine grundsätzlich neue Ausrichtung, vor allem aber eine weitere Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit. Um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, hielt Keim zunächst eine öffentliche Distanzierung Krupps von Schweinburg für unbedingt erforderlich. Wenn die Verbindung auch bereits seit über einem Jahr ganz erheblich abgekühlt war, so galt Schweinburg doch weithin als Vertrauter des Firmeninhabers. Bedeutsamer war sein zweiter Vorschlag, der auch in der Substanz die «Modernisierung» des Umgangs mit der Presse bedeutet hätte, dem Krupp aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht folgen mochte: Keim riet dringend dazu, auch die Verbindung zu den «Berliner Neuesten Nachrichten» zu lösen, die in dem Ruf standen, das Sprachrohr der Firma zu sein und ihre Interessen zu vertreten.

Lauter unterstützte diesen Vorschlag, doch aus dem gleichsam gegensätzlichen Argument, daß es nämlich bislang eben *nicht* gelungen sei, das Blatt tatsächlich in den Dienst der Firma zu stellen. Die Redakteure arbeiteten zu selbständig und fühlten sich nicht an Weisungen aus Essen gebunden. F. A. Krupp allerdings wollte trotz dieser Einwände an den «Berliner Neuesten Nachrichten» festhalten und damit an dem Konzept, nicht unbedingt die materiellen und politischen Interessen der Firma, aber doch diejenigen Grundpositionen, die er für richtig hielt, durch eine Tageszeitung vertreten und verbreiten zu lassen. Erst im folgenden Jahr sah er

Keims Diagnose bestätigt, daß die Verbindung zu Krupp der Wirksamkeit der «Berliner Neuesten Nachrichten» im Wege stehe und zog sich zumindest pro forma von dem Unternehmen zurück.²²⁰

Wenn also die Verbindung zu den «Berliner Neuesten Nachrichten» vorläufig bestehen blieb, so wurde seit dem Herbst 1901 doch der Umgang mit der politischen Tagespresse vollständig neu ausgerichtet. «Wenn wir dafür sorgen wollten, dass die Presse sich uns entgegenkommend zeigt in Fällen, wo wir sie brauchen», hatte Lauter erkannt, «dürfen wir nicht erst dann an sie herantreten, wenn wir ihrer bedürfen, sondern wir müssen vorher durch Entgegenkommen verschiedenster Art ein gutes Verhältnis zu ihr auf breitester Basis schaffen, wodurch es dann auch unauffälliger wird, wenn wir einmal mit einem Anliegen an die uns befreundeten Organe herantreten.»²²¹ Zunächst bedeutete das neue «Entgegenkommen», daß Korrespondenten und Leitern größerer Blätter nicht mehr grundsätzlich der Zutritt zum Werk versperrt, sondern ihnen statt dessen Gelegenheit gegeben werden sollte, «die hiesigen Verhältnisse durch persönlichen Augenschein näher kennen zu lernen».²²² Zwar war das Werk seit dem Tode Alfred Krupps nicht mehr ganz so hermetisch gegen alle neugierigen Blicke abgeriegelt wie zu dessen Lebzeiten, doch noch immer war man Besuchern – und hier natürlich in erster Linie Journalisten – gegenüber äußerst mißtrauisch.

Wenn dieser Punkt auch in besonderer Weise augenfällig war und wohl allein deshalb in der Firma ein Politikum darstellte, so bestand der eigentliche Wandel der Kruppschen Öffentlichkeitsarbeit doch wesentlich darin, daß Keim selbst beauftragt wurde, eine gewisse Mittlerrolle zwischen der Firma einerseits und der Presse und den Reichstagsabgeordneten andererseits einzunehmen und so eine Art externer «Firmensprecher» und «Berater» der Firma in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit zu werden.²²³ Wahrscheinlich wurde man daneben auch im Nachrichtenbüro selbst aktiv. Lauter verwies in seiner Denkschrift bereits auf die «günstigen Erfahrungen, die wir durch allmähliche Heranziehung der militärtechnischen Presse gemacht haben»²²⁴, die ja mittlerweile fast vollständig von Krupp kontrolliert wurde. Während der Einfluß der Firma auf die militärtechnische Fachpresse zu einem großen Teil finanziellen Zuwendungen – sei es an einzelne Redakteure, sei es an Verlage über Abonnements oder das Schalten von Anzeigen – zu verdanken war, wurden die Beziehungen zur politischen Presse zunächst ohne den Einsatz von Geld verbessert, indem gezielt Beziehungen zu einzelnen Journalisten gepflegt wurden. Im November 1903 konnte Lauter auch bereits auf erste Erfolge dieser neuen Strategie verweisen, die er dadurch fortzusetzen und auszubauen

220 S.o. Kap. II.3. C: Pressepolitik der Industrieverbände: Die Berliner Neuesten Nachrichten.

221 Bericht A. Lauters über Vortrag bei FAK, 19. 9. 1901, in: WA 4/1800, 22–27.

222 Ebd., 27.

223 Vgl.: Epkenhans, *Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914*, 165.

224 Bericht A. Lauters über Vortrag bei FAK, 19. 9. 1901, in: WA 4/1800, 22–27.

hoffte, daß ein weiterer Referent ausschließlich mit der Kontaktpflege zur politischen Presse beauftragt würde.²²⁵

Wenn die wenigen erhaltenen Unterlagen des Nachrichtenbüros es auch nicht erlauben, ein detailliertes Bild der Entwicklung der Pressearbeit in den folgenden Jahren nachzuzeichnen, so legen einzelne Hinweise doch die Annahme nahe, daß die Tagespresse neben den seit der Gründung des Nachrichtenbüros aufmerksam beobachteten technischen und militärischen Fachpublikationen stetig mehr Beachtung fand. Hatte man zunächst allein auf die Pflege persönlicher freundschaftlicher Beziehungen gesetzt, um gute Kontakte zu den Blättern herzustellen und um Vertrauen zu erwecken, so traten allmählich auch Methoden hinzu, die der Firma «Sanktionsmöglichkeiten» an die Hand gaben. So wurden Informationen und auch die Vergabe von Anzeigen vom Tenor der Berichterstattung über Krupp abhängig gemacht.²²⁶

Grundsätzlich kritisiert wurde diese Firmenstrategie dann von Wilhelm Muehlon, der 1908 vom Auswärtigen Amt kommend in die Firma eintrat und seit 1911 stellvertretender Direktor im Kanonenressort war, wo er aufgrund der häufigen Abwesenheit von Eccius, dem verantwortlichen Direktoriumsmitglied, bereits vor seiner eigentlichen Ernennung zur Direktor 1913 einigen Gestaltungsspielraum besaß.²²⁷ Er habe, so schrieb er in seinen nach dem Ersten Weltkrieg veröffentlichten Memoiren, die bis dahin in der Firma praktizierte Form der Pressepolitik, den Versuch, die Presse offen und versteckt im eigenen Interesse zu beeinflussen, als ein «widerliches Thema» entschieden abgelehnt: «Was wir machen, muß ganz einwandfrei sein, besonders muß das, was wir in der Fachpresse veröffentlichten lassen, als von uns stammend kenntlich sein», formulierte er sein Programm. «Auf die politische Presse Einfluß zu sichern, verzichten wir.»²²⁸

Betrachtet man also das persönliche publizistische Engagement F. A. Krupps bei der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» und im Flottenverein und daneben die Strategie der Firma als Antwort auf die öffentlichen Angriffe wegen der Panzerplattenpreise, so werden zwei gegenläufige Tendenzen sichtbar: F. A. Krupps Einsatz zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung war ein Mißerfolg. Dieses Engagement hatte nicht primär auf die Interessen der Firma gezielt, sondern die Popularität des Kaisers und seiner Politik heben sollen. Auf Wünsche der Regierung zur Unterstützung etwa bei der Gründung des Flottenvereins war er deshalb bereitwillig eingegangen, vor allem die «Süddeutsche Reichskorrespondenz» sollte diesem Ziel dienen. Krupp mußte aber vor allem im Zusammenhang mit dem Flottenverein die Erfahrung machen, daß die Öffentlichkeit zwischen seiner Person und den Interessen seiner Firma nicht trennte und unterstellte, daß sein Han-

225 Aktennotiz Lauters v. 26. 11. 1903, in: WA 4/1800, 58f.

226 Vgl.: WA 4/1800, 123f. (Exposé ohne Datum und Autor über das Verhältnis der Firma

zur politischen Tagespresse, wohl aus dem Jahr 1906).

227 Muehlon, *Ein Fremder im eigenen Land*, 78ff.

228 Ebd., 82

deln stets unmittelbar dem Geschäftsinteresse untergeordnet sei. Wenn dabei auch die Person Schweinburgs zusätzlich eine Rolle spielte, so mußte er doch erkennen, daß es ihm nicht möglich war, Einfluß auf die öffentliche Meinung zu gewinnen, daß er keine Autorität in politischen Fragen besaß.

Dieses politische, aus nationaler und kaisertreuer Gesinnung motivierte persönliche Engagement F. A. Krupps, das unabhängig von der Firma im Rahmen der Interessenverbände wie im Falle der «Berliner Neuesten Nachrichten» oder sogar ohne Wissen der Direktoren wie bei der «Süddeutschen Reichskorrespondenz» erfolgte, scheiterte gründlich. Hier blieb nur der Rückzug, denn es gab nichts zu gewinnen. Es bestand lediglich die Gefahr, die eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren und damit den politischen Zielen noch mehr zu schaden.

Anders verhielt es sich mit der Pressepolitik der Firma. Diese hatte sich lange Zeit auf die einschlägigen Fachzeitschriften konzentriert und hier auch dominierenden Einfluß erlangt. Die politische Presse wurde demgegenüber kaum beachtet, bis die Turbulenzen der Jahrhundertwende hier eine Kursänderung nahelegten. Es wurde nunmehr für nötig erachtet, für die Firma gezielte Imagewerbung zu betreiben und um Vertrauen in der Öffentlichkeit zu werben. Um die eigene Stellung als Waffenlieferant zu behalten, war anders als in früheren Jahren nicht mehr allein der Widerstand in den Militärbehörden zu überwinden. Dies hatte man stets mit dem direkten Appell an den Monarchen vermocht. Die Auseinandersetzungen um die Panzerplattenpreise machten aber deutlich, daß diese Methode, wenn sie auch weiter angewandt wurde, allein nicht mehr wirksam war. Im Zeitalter des politischen Massenmarktes waren das Parlament und die Zeitungen zu wichtig geworden, als daß man sie einfach hätte ignorieren können. Lauters Pläne vom Herbst 1901 zeigen, daß das Nachrichtenbüro hier einen neuen Kurs zu steuern bereit war. Was zugunsten allgemeiner politischer Ziele gescheitert war, wurde nun für das öffentliche Ansehen und die Interessen der Firma in Angriff genommen: Der Versuch der gezielten Einflußnahme auf die politische Tagespresse, die dann in einer Form umgesetzt wurde, daß es Muehlon einige Jahre später moralisch anstößig erschien.

5. Krupp auf Capri

F.A. Krupps gescheiterte Versuche, sich politisch gewissermaßen als Privatmann zu betätigen, haben nicht zuletzt deutlich werden lassen, wie stark er in der Öffentlichkeit mit der Firma identifiziert wurde. Dies wog um so schwerer aufgrund der Bedeutung der Firma. Als größtes Privatunternehmen, als Rüstungsfirma zumal, stand der Name für Industrie schlechthin. Der Name Krupp repräsentierte zudem wie kein anderer die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung und die Verflechtung der Industrie mit dem Staat. Krupp, besonders Friedrich Alfred Krupp als der Träger dieses Namens, war damit für die Arbeiterbewegung der ideale Gegner in ihrem Kampf gegen das bestehende System. Wie sehr die Sozialdemokratie hierbei in F.A. Krupp die Personifikation der Industrie sah, wird daran deutlich, daß schließlich auch sein Privatleben zum Politikum wurde. Der Angriff des sozialdemokratischen Zentralorgans «Vorwärts» zielte weniger auf den Privatmann Friedrich Alfred Krupp, sondern galt ihm als dem herausragenden Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus, also der bestehenden Wirtschafts-, Sozial- und Staatsordnung. «Die Person Krupps war der Sozialdemokratie stets ungemein gleichgiltig, ihr Kampf gegen den Kruppschen Fabrik-Feudalismus und Panzerplatten-Patriotismus richtete sich jederzeit nur gegen das durch die Person Krupps nun einmal verkörperte kapitalistische System»¹, begründete das Blatt seine publizistische Kampagne.

Unter der Überschrift «Krupp auf Capri» brachte der «Vorwärts» am 15. November 1902 einen Artikel über angebliche homosexuelle und päderastische Orgien F.A. Krupps auf der italienischen Mittelmeerinsel. Homosexualität war in Deutschland strafbar, galt also offiziell als kriminelle Handlung. Zwar wurde der § 175 zunehmend kritisiert, doch auch die Kritiker der Strafbestimmungen sahen in der Homosexualität durchaus eine Perversion und Abartigkeit, wenn sie auch als Ursache eine angeborene Krankheit annahmen, für die «Opfer» also Mitleid und eventuell Behandlung statt Strafe forderten. Die Angelegenheit war damit höchst peinlich.

Der Artikel löste einen Skandal aus, der nicht allein Krupp selbst und seine Familie, sondern auch die Öffentlichkeit und den Staat insgesamt erschütterte. So wie der Angriff auf Krupp in seiner Funktion als Repräsentant des bestehenden Systems zielte, fühlten sich umgekehrt auch dessen Vertreter mit angegriffen. Die bürgerlichen Parteien und deren Zeitungen von den konservativen über die liberalen bis zu den freisinnigen und demokratischen, ergriffen die Partei des Indu-

1 «Vorwärts» v. 29. 11. 1902.

striellen ebenso wie der Kaiser. Alle, wenn auch in unterschiedlicher Schärfe, kritisierten den «Vorwärts». Der «Fall Krupp», wie er bald genannt wurde, führte zu hitzigen Diskussionen sowohl in der Presse wie im Reichstag, die die Spannungen zwischen der «Arbeiterklasse» und den «besitzenden Klassen» der wilhelminischen Gesellschaft, wie sie von den Zeitgenossen genannt wurden, in besonderer Weise deutlich werden lassen.² «Es ist keine Frage, daß wir in einem Moment der inneren Krise und Aufregung leben, wie sie das Deutsche Reich lange nicht gesehen», konstatierten in diesem Sinne die «Berliner Neueste Nachrichten». «Die Vorgänge im Reichstage wegen des Zolltarifs und der niederträchtige sozialdemokratische Schlag gegen den bedeutendsten Vertreter des deutschen Bürgerthums, Krupp, greifen dabei ineinander.»³

Interessant ist an der Capri-Affäre damit weniger der Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen⁴, sondern Substanz und Verlauf der öffentlichen Schlacht, die durch sie ausgelöst wurde. Im Zentrum stehen hier deshalb die Argumente, die die verschiedenen Seiten ins Feld führten. Die Frage zielt auf die Motive, die hinter

2 Trotz ihres starken politischen Charakters und der Emotionen, die sie in weiten Teilen der Bevölkerung und bis hinauf an die Staatsspitze auslöste, ist die Krupp-Affäre bislang weniger unter allgemein-gesellschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet worden, sondern fast ausschließlich im Rahmen der Krupp-Literatur. Dabei hat sich die Bipolarität in der Beurteilung fortgesetzt. Die firmenoffizielle Darstellung übergibt die peinliche Angelegenheit (*Krupp 1812–1912*, 311–328; Berdrow, *125 Jahre Krupp*, 81 u. 123.) oder bemühte sich, Krupp als Opfer lokalpolitischer Querelen auf Capri und sozialdemokratischer Verleumdung darzustellen (Berdrow, *Friedrich Alfred Krupp*, Teil III, unveröff. Man. (FAH 3 L 8), 211 ff.; v. Klass, *Die Drei Ringe*, 280 ff.), während die Krupp-Kritiker den angeblich verschwenderischen Lebenswandel des Firmeninhabers sowie sexuelle Ausschweifungen breit ausmalten (Engelmann, *Krupp*, 201 ff.; Manchester, *Krupp*, 225 ff., bes. 228 f; abgewogener im Urteil: Menne, *Krupp*, 218 ff.).

3 «Berliner Neueste Nachrichten» v. 9. 12. 1902.

4 Man wird wohl davon ausgehen dürfen, daß F. A. Krupp tatsächlich homosexuell veranlagt war. Hierfür spricht der Bericht des Berliner Kriminalkommissars Hans von Tresckow, der eine Kartei über alle Praktiken und Gewohnheiten der Berliner Oberschicht führte, durch die die Betroffenen sich erpreßbar machen könnten. Er hörte bereits einige Zeit vor dem «Vorwärts»-Artikel von den in Capri kursierenden Gerüchten und stieß bei seinen dar-

aufhin in Berlin unternommenen Nachforschungen auf Indizien, die diese Gerüchte stützten. So habe Krupp wiederholt junge Italiener als Kellner in das Hotel «Bristol» empfohlen, in dem er in Berlin abzusteigen pflegte, und sich auffallend um deren Wohlergehen bekümmert. Seine Frau und er hätten auch bei gemeinsamen Berlin-Aufenthalten nicht im selben Hotel gewohnt. S.: Tresckow, *Von Fürsten und anderen Sterblichen*, 126 ff.

Das Gerücht war auch in Berliner Gesellschaftskreisen offenbar allgemein bekannt, wie die angesehene liberale «Vossische Zeitung» am 17. 12. 1902 schrieb: «Er [Krupp] wußte seit langer Zeit, welche Gerüchte über ihn umgingen, nicht nur im Auslande, sondern auch in deutschen Kreisen. Es giebt hervorragende Personen, die ihr Gedächtnis nicht anzustrengen brauchen, um sich zu erinnern, daß sie schon vor Jahr und Tag vertraulich erzählten, was italienische Blätter und nach ihnen der «Vorw.» schließlich der Öffentlichkeit mittheilten.»

Auch das Verhalten von Margarethe Krupp (s.u.) spricht dafür, daß die Vorwürfe einen wahren Kern hatten.

Dennoch hat der «Vorwärts» gewaltig übertrieben. Die geschilderten Orgien von Männerbünden in der Grotte Fra Felice hat es nach übereinstimmenden Berichten mehrerer Augenzeugen und journalistischer Beobachter ebensowenig gegeben wie authentische pornographische Fotos. Auch besaß Krupp auf Capri keine Villa, sondern wohnte während seiner Aufenthalte stets im Hotel Quisisana.

den vordergründigen Vorwürfen durchscheinen, auf die Antwortstrategien des angegriffenen Industriellen und der für ihn Partei ergreifenden Regierung sowie auf die Reaktion der öffentlichen Meinung und ihrer Wandlungen. Sie lassen die Stellung der Industrie und die Rolle der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Gesellschaft an der Jahrhundertwende deutlich werden.

Prolog: Der «Wohltäter» Krupp

Nachdem die kapitalismuskritischen Angriffe auf Krupp bis dahin stets dem Geschäftsgebaren der Firma gegolten hatten, das besonders in der Frage der Panzerplattenpreise und der Lieferungen ins Ausland als unpatriotisch kritisiert wurde, richtete sich die Aufmerksamkeit der Zeitungen 1902 auf die Person des Industriellen. Bereits seit dem Winter 1898/99 verbrachte dieser – nicht zuletzt wegen seines Asthmaleidens – jährlich einige Monate auf Capri. Gab es darüber zunächst nur gelegentliche Presseberichte, die hauptsächlich seine Wohltätigkeit und Beliebtheit auf der Insel thematisierten⁵, so wurde im Februar 1902 sein dortiger Lebensstil in mehreren Zeitungen oft im Rahmen von Feuilletons oder Reiseberichten geschildert.⁶ Ein Korrespondentenbericht der «Frankfurter Zeitung» wurde vielfach nachgedruckt, der beim Leser den Eindruck erweckte, Krupp führe das aufwendige und protzige Leben eines Dandys. Er residiere «in einem fürstlichen Appartamento des Grand Hotel Quisisana», verteile an die Corona der ihn umgebenden Schranzen in Gold gefaßte Granaten aus Nickel als eine Art Freundschaftsabzeichen oder Orden und zeige sich überhaupt den Einheimischen gegenüber äußerst großzügig. Besonders beachtet wurde die Mitteilung, daß Krupp auf der Insel den Bau eines Weges finanziert und eine seit Jahrhunderten vergessene Eremitenklausur restauriert und öffentlich zugänglich gemacht habe.⁷ Die sozialdemokratische Satirezeitung «Der Wahre Jacob» brachte daraufhin ein Spottgedicht, das Lohnkürzungen bei den Essener Arbeitern in Beziehung setzte zu dem Bau der Straße auf Capri. Das Geld, das er in Italien für Straßenbauten verpresse, hätten deutsche Arbeiter mit ihrem Schweiß verdient, es sei damit eigentlich nicht sein Privatvermögen, sondern das Geld der Essener Arbeiter, es in Italien auszugeben unpatriotisch.⁸ Zwei Karikaturen stellten ebenfalls den von schwerer körper-

5 So berichtete die Illustrierte «Das Echo» am 15. 11. 1900 von Gratzkonzerten, die Krupp veranstalte, und von «einer Art Hospital für seine erkrankten Arbeiter», das er auf Capri errichtet habe. Daraus ersehe man, «daß er auch fern von Essen ein warmes Herz für seine Untergebenen hat und dem deutschen Namen im Auslande auch ohne seine Kriegswerkzeuge alle Ehre macht.»

6 Ausschnitte in FAH 3 D 19.

7 «Essener Volkszeitung» v. 19. 2. 1902.

8 «Das Lied vom Patrioten Krupp: Daß Krupp ein weiches Herz hat, / Weiß Jeder, der ihn kennt; / Drum kürzt er den Formern in Essen / Die Löhne um dreißig Prozent, / Und läßt dafür auf Capri / Zu größrer Bequemlichkeit / Für die Esel Straßen bauen – / Es war auch die höchste Zeit! / Nun darf dort kein Esel mehr schwitzen, / Denn deutscher Männer Schweiß / Der ebnet ihnen die Pfade – / Herrn Krupp sei Dank und Preis!» Zweite Beilage zum «Wahren Jacob» Nr. 412 o.D., 1902.

licher Arbeit geprägten Fabrikalltag vor dem Schmelzofen, wo zudem die Unterdrückung so weit gehe, daß das Mittagessen verboten sei, dem Leben auf der sonnenigen Insel Capri gegenüber, wo eine lange Prozession von Einheimischen – meist Nonnen, Mönche oder Priester – vor einem umgedrehten Kanonenrohr ansteht, aus dem es Goldstücke regnet. Sie tragen ein Transparent mit der Aufschrift «Hoch lebe unser Wohltäter Krupp!»⁹

In der «bürgerlichen» Presse feierten zwar die illustrierten Blätter den Bau der *Via Krupp* überschwenglich¹⁰, doch auch die liberale «Allgemeine Zeitung» kommentierte ihn mit spitzer Ironie: «Der nämliche Mann, der uns Deutschen die riesenhaftesten Zerstörungswerkzeuge – Kanonen, Kriegsschiffe u.s.w. – baut, er fühlte mutmaßlich (wir kennen sein Inneres nicht) das Bedürfnis, von Zeit zu Zeit auch Werke des Friedens zu schaffen.» Und weiter: «Es ist also ein höchst wohlthätiges Werk, das dieser aus menschenfreundlicher Gesinnung heraus für alle Erholungsbedürftigen schafft und zwar mit immensen Kosten, wie sie die Durchbrechung gigantischer Felsenmassen in verwegenen Kurven selbstverständlich verursacht.»¹¹ Der Hinweis auf «alle Erholungsbedürftigen» war dabei der blanke Hohn, denn den wirklich erschöpften Arbeitern gerade auch der Kruppschen Werke würde es niemals möglich sein, nach Capri zu reisen.

Reagiert hat Krupp auf diese Berichte nicht, wenn sie auch eindeutig dem Bild widersprachen, das die Firma von F. A. Krupp ebenso wie von seinem Vater zeichnete. Darin wurde stets die persönliche Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit hervorgehoben. So hatte die ostentative Bürgerlichkeit und damit das Ablehnen einer Nobilitierung zum Selbstverständnis Alfred Krupps gehört, das sein Sohn weiterführte.¹² Bescheidenheit und Zurückhaltung als bürgerliche Tugenden betonte auch die zum hundertjährigen Jubiläum 1912 verfaßte offizielle Firmengeschichte in ihrem Charakterbild Friedrich Alfreds. Mit den mehrmonatigen Capri-Aufenthalten habe er sich nicht etwa seinen Pflichten entzogen, sie seien vielmehr wegen seiner angegriffenen Gesundheit unumgänglich gewesen. Mäzenatische Taten wurden nicht erwähnt, dafür die Tiefseeforschungen als ernsthafte wissenschaftliche Arbeit geschildert.¹³ Über die Persönlichkeit F. A. Krupps heißt es dort: «Von Gesinnung lauter und vornehm, war er in seinem Auftreten schlicht und einfach. Bei allem ihn umgebenden Reichtum verschmähte er äußeren Prunk für seine Person. Frei von Überhebung, kannte er Stolz und Ehrgeiz nur, wenn es

9 «Der Wahre Jacob» v. 6. 5. 1902.

10 S. z. B.: «Illustrierte Zeitung» (Leipzig) v. 13.3. 1902.

11 «Allgemeine Zeitung», München, v. 11. 6. 1902.

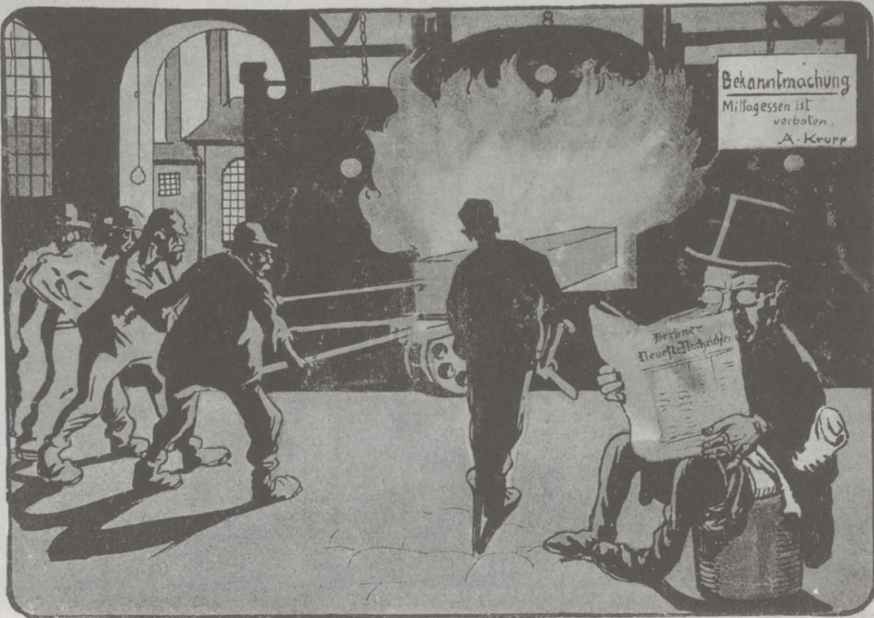
12 Ebenso wie sein Vater 1866, so bat F. A. Krupp 1888 nach einer Anfrage, von einer Ernennung zum Freiherrn abzusehen. Und auch nach seiner Ernennung zum «Wirklichen Ge-

heimen Rat» 1900 bat er, auf die ihm dadurch zustehende Anrede «Exzellenz» zu verzichten.

13 *Krupp 1812–1912*, 320; Berdrow, *Alfred Krupp und sein Geschlecht*, 214.

Zu Umfang und Qualität von Krupps Forschungen sowie seiner Unterstützung der zoologischen Station in Neapel s.: Müller, *Friedrich Alfred Krupp (1854 to 1902), Promoter of Natural Sciences*.

Zwei Bilder aus dem Leben eines Wohlthäters der Menschheit.



Wohlthäter Krupp in Essen.



Wohlthäter Krupp auf Capri.

Abbildung 26: Karikatur «Zwei Bilder aus dem Leben eines Wohlthäters der Menschheit», aus «Der wahre Jacob» v. 6. 5. 1902.



Abbildung 27: F.A. Krupp an Bord eines Forschungsschiffes im Golf von Neapel, o.D.

sich um das Gedeihen und die Leistungen der Fabrik handelte. Im persönlichen Verkehr war er von natürlicher Bescheidenheit [...]»¹⁴

Die Firma legte Wert darauf, daß der Inhaber auch zu einem Zeitpunkt, als er der größte Steuerzahler des Reiches und damit einer der reichsten Männer Deutschlands, wenn nicht Europas war, sich «Bürgerlichkeit», also «bürgerliche» Tugenden wie Bescheidenheit und Fleiß bewahrt habe. Die Presse hingegen stellte ihn als Verschwender dar und kontrastierte das Verhalten der Firma gegenüber den Arbeitern, deren harten Alltag, Lohnkürzungen und Entlassungen mit dem Leben des Firmeninhabers auf der Mittelmeerinsel. Als besonders unpatriotisch galt ihnen zudem, daß die Wohltätigkeiten des Millionärs im Ausland erfolgten. Festzuhalten bleibt weiterhin, daß diese auf den persönlichen Lebensstil F.A. Krupps zielende Kritik nicht nur von der Arbeiterpresse vorgebracht wurde, sondern auch von angesehenen bürgerlichen Zeitungen wie der «Frankfurter Zeitung» oder der Münchener «Allgemeinen Zeitung».

14 Krupp 1812–1912, 321f.

Erste Enthüllungen in der italienischen Arbeiterpresse

Die angeführten Zeitungsberichte zeigen bereits das Auseinanderklaffen der Selbstdarstellung Krupps und seiner öffentlichen Wahrnehmung. Dies existierte also bereits vor dem eigentlichen Skandal, der sich seit dem Sommer des Jahres 1902 wie ein unheilvolles Gewitter allmählich zusammenbraute. Es begann mit einem Artikel in der neapolitanischen sozialistischen Zeitung «Propaganda» am 18. September, der von angeblichen homosexuellen Orgien Krupps berichtete, an denen auch Minderjährige beteiligt gewesen seien, und davon, daß Krupp im Frühjahr deshalb aus Italien ausgewiesen worden sei.¹⁵ Krupp unternahm nichts, denn man führte das alles auf den capresischen Wahlkampf und lokale Rivalitäten zurück.¹⁶ Er hegte die Hoffnung, daß die delicate Angelegenheit nicht aufgegriffen werden würde, denn solche persönlichen Anschuldigungen waren allgemein – besonders in Deutschland – verpönt, selbst wenn Gerüchte hinter vorgehaltener Hand kursierten. Ein Protest hätte den Wirbel nur vergrößert, es blieb kaum eine andere Wahl als zu hoffen, daß sich die Sache verlaufen würde.

Die größte Gefahr schien zunächst nicht einmal von der Arbeiterpresse, sondern von seiner Ehefrau Margarethe Krupp auszugehen. Im Oktober erfuhr sie durch anonyme Briefe von den Vorwürfen, die die italienische Arbeiterpresse gegen ihren Mann erhob; sie hat den Berichten offenbar Glauben geschenkt und sie in Berlin weiterverbreitet. Möglicherweise hat sie auch den Kaiser selbst in einer Audienz unterrichtet und dabei auch den Vorschlag gemacht, Krupp zu entmündigen und die Geschäftsführung des Werkes einem Treuhänderausschuß zu übertragen.¹⁷ Daß dies nicht geschah, war wohl in erster Linie der Initiative Hollmanns

15 So Manchester, *Krupp*; vgl.: *Knight, Krupp a Capri*, 61 ff., bes. 63, er nennt den am 15. 10. 1902 in der «Propaganda» erschienenen Artikel «Capri Sodoma» als den publizistischen Auftakt der Anschuldigungen gegen Krupp, was aufgrund der Aktivitäten Margarethe Krupps bereits in der ersten Oktoberhälfte schwerlich stimmen kann.

16 Maschinenschriftliche Denkschrift über die Hintergründe und Ursachen der Anschuldigungen in Italien ohne Autor [Korn] v. 4. 11. 1902, in: FAH 3 D 60. Diese Ansicht vertritt neuerdings der allerdings Krupp-apologetische *Knight, Krupp a Capri*, 61 ff. Die Wahlkampagne auf Capri kann aber wohl kaum als alleinige Ursache angesehen werden, angesichts der seit langem umlaufenden Gerüchte. Sie mag aber der Grund für den Tabubruch gewesen sein, den die Veröffentlichung dieser Gerüchte bedeutete. Homosexualität war ein tabuisiertes Thema, über das man in Deutschland und auch in Italien, das Homo-

sexualität nicht unter Strafe stellte, nur hinter vorgehaltener Hand tuschelte.

17 Hull (*The Entourage of Kaiser Wilhelm II.*, 170.) meldet Zweifel an dieser Version an, da Wilhelm sich vom 18.9. bis zum 16.10. nicht in Berlin, sondern in seinem Jagdhaus Rominten und in Cadinen in Ostpreußen aufgehalten hat. F.A. Krupp erwähnt in seinem Brief an Wilhelm II. vom 13.10. allerdings «die schwerwiegenden Enthüllungen über manche Äußerungen und Handlungen meiner Frau». Sie muß also entweder eine sehr viel weitere Reise als die nach Berlin unternommen haben oder ist möglicherweise nicht bis zu Kaiser vorgedrungen, sondern hat in Berliner Hof- und Regierungs-Kreisen die Capresischen Gerüchte verbreitet. Auch das ließ sie bereits zu einer Gefahr werden. In einem der «Münchener Post» zugesandten anonymen Brief vom 29.11. (*Der Fall Krupp*, 41 ff.) heißt es sogar, sie habe sich mit dem Vorschlag der Entmündigung bereits vor dem Bekanntwerden

zu verdanken, der den Kaiser davon überzeugte, daß Margarethe Krupp diejenige sei, von der die Gefahr ausgehe, daß sie als überspannt zu gelten habe und in eine Nervenlinik einzuweisen sei.¹⁸ Am 13. Oktober bereits teilte F.A. Krupp dem Kaiser mit, daß seine Frau einem Aufenthalt in der Klinik des bekannten Nervenarztes Otto Binswanger in Jena zugestimmt habe.¹⁹ Entgegen dieser offiziellen Version gab es Gerüchte, man habe sie von der Villa zur Bahnstation am Hügel in Essen tragen müssen, und tatsächlich ist sie nach dem Tod ihres Mannes sofort wieder nach Essen zurückgekehrt, ohne Anzeichen von eingeschränkter Geschäftsfähigkeit aufzuweisen.

Ende Oktober gelangten die capresischen Gerüchte auch nördlich der Alpen in die Öffentlichkeit. Zunächst am 27. Oktober 1902 in der in Wien erscheinenden «Arbeiter-Zeitung». Korn meinte, daß man nun, da die Vorwürfe in deutscher Sprache erhoben wurden, nicht länger schweigen könne²⁰, doch der Wiener Vertreter der Firma riet von einer Klage ab, da dies die Publizität nur erhöhen würde. Er empfahl, nichts zu unternehmen und darauf zu hoffen, daß die Sache nicht von anderen Zeitungen, vor allem in Deutschland, aufgegriffen würde.²¹ Diese Haltung versuchte man auch noch aufrechtzuerhalten, als die katholische «Augsburger Postzeitung» am 8. November einen Artikel über die Gerüchte und Verdächtigungen brachte. Zwar hatte damit auch eine deutsche Zeitung über die Anschuldigungen berichtet, doch hatte sie keine Namen genannt, lediglich den Hinweis, daß «der Fall unmittelbar mit dem Namen eines Großindustriellen von bestem Klang zu tun [hat], der mit dem kaiserlichen Hof eng verbunden ist».²² Von seiten Krupps geschah nichts, ein Dementi oder gar eine Klage hätten die Publizität nur vergrößert und zudem wie ein Schuldeingeständnis gewirkt, da ja das Blatt den Namen verschwiegen hatte. Es blieb nichts als zu hoffen, daß die noch immer einzelten publizistischen Zündeleyen kein Großfeuer auslösen würden. Krupp

der sexuellen Gerüchte an den Kaiser gewandt, da er sogar für seine Verhältnisse zu verschwenderisch gewesen sei. Danach könnte diese Audienz auch bereits im Sommer stattgefunden haben.

18 Dies berichtete zuerst die «Münchener Post», die sich auf o.a. Zuschrift aus Essen vom 29. 11. berief (in: *Der Fall Krupp*, 41 ff.). Dazu paßt ein Brief F.A. Krupps an Kaiser Wilhelm II. vom 13. 10. 1902, der auch die – in der offiziellen Sprachregelung freiwillige – Abreise Margarethes nach Jena ankündigt (Druck bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, Nr. 87, 160f.) In der Korrespondenz zwischen F.A. Krupp und Hollmann findet sich kein Niederschlag außer einer Postkarte vom 31. 10. 1902, in der Hollmann seinen Besuch bei Krupps Frau in Jena und seine anschließende Weiterfahrt nach Essen ankündigt (in: FAH 3 C 234).

19 F.A. Krupp an Kaiser Wilhelm II. v. 13. 10. 1902, Druck. bei: Boelcke, *Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten*, Nr. 87, 160f.

Auch Berdrow, *Friedrich Alfred Krupp*, Bd. 3, unveröfftl. Manuskript, FAH 3 L 8, 213f. betont die Freiwilligkeit des Klinikaufenthaltes. Er begründet die plötzliche Nervenschwäche Margarethes mit den Enthüllungen des «Vorwärts», die jedoch erst über einen Monat später, am 15. 11. erfolgten.

Vgl. a.: Klass, *Die drei Ringe*, 281; Mühlen, *Die Krupps*, 70f.; Manchester, *Krupp*, 230f.

20 Korn an Schmidt-Altherr v. 10. 11. 1902, in: FAH 3 D 60, 5–12.

21 Schmidt-Altherr an Korn o.D., in: FAH 3 D 60.

22 «Augsburger Postzeitung» v. 8. 11. 1902, zit. n.: *Der Fall Krupp*, 32.

mußte darauf vertrauen, daß bei allen Klassengegensätzen Respekt und Takt die sozialdemokratische Presse davon abhalten würden, eine solche auf seine persönliche Ehre zielende Kampagne zu beginnen.²³

Die Anschuldigung des «Vorwärts»

Diese Hoffnungen platzten wie eine Seifenblase, als am 15. November im «Vorwärts» der Artikel «Krupp auf Capri»²⁴ erschien. Der unermeßlich reiche Industrielle, der im sonnigen Süden dem Müßiggang frönt, sich mit unvorstellbarem Luxus umgibt und ein ausschweifendes Leben führt, dessen Verkommenheit zur Perversion führt, während die Arbeiter seiner Fabriken in Essen und anderswo kaum genug verdienen, um ihre Familien zu ernähren – eine solche Geschichte ließen sich die Redakteure nicht entgehen, entsprach sie doch genau dem gängigen Schema des lasterhaften Reichen, dem der tugendhafte Arme gegenübergestellt wird und das ja bereits bei den Artikeln und Polemiken über den Bau der *Via Krupp* im Frühjahr verwandt worden war. Das Argumentationsmuster war keine Erfindung der Sozialdemokraten, sondern hat eine lange Tradition, die bis in die Bibel zurückreicht.²⁵ Auch die weitverbreiteten und besonders in der Arbeiterschicht vielgelesenen Kolportageromane bauten in der Regel auf der Gegenüberstellung des exzentrischen und lasterhaften Lebens der Reichen und Vornehmen und der Redlichkeit und Tugendhaftigkeit der «einfachen Leute» auf. Und in der prüden, Männlichkeit und Militär glorifizierenden wilhelminischen Gesellschaft gab es nichts, das so eindeutig mit Lasterhaftigkeit und Dekadenz assoziiert wurde wie die (männliche) Homosexualität. Nur Wüstlinge, die von Frauen übersättigt seien, gingen ihr nach. Ärzte begannen allmählich, demgegenüber die Ansicht zu propagieren, daß Homosexualität kein Laster oder gar Verbrechen sei, sondern auf Veranlagung beruhe, – die allerdings als krankhaft angesehen und mit einer körperlichen Behinderung gleichgesetzt wurde. Danach sollten solchermaßen Veranlagte wegen ihres schweren Schicksals bedauert werden, statt von Strafverfolgung bedroht.²⁶

23 Tatsächlich lehnten viele Sozialdemokraten die vom «Vorwärts» gewählte Form des persönlichen Angriffes ab. Der den Sozialdemokraten nahestehende Arzt Alfred Grotjahn nennt ihn in seinen Erinnerungen (*Erlebtes und Erstrebtes*, 103.) «unbesonnen und wenig geschmackvoll». Auch August Bebel hat sich später im Reichstag in gewisser Weise von der Form des persönlichen Angriffes gegen Krupp distanziert, wenn er beteuerte, daß die Sozialdemokraten keinen einzelnen für die bürgerliche Gesellschaft insgesamt verantwortlich machten, was allerdings die «Vorwärts»-Redakteure getan hatten. Vgl.: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichs-

tags, Bd. 186, 7486, Sitzung v. 22.1. 1903.

Auch die Zeitungen berichteten, daß in sozialdemokratischen Kreisen und in der von Bebel geführten Reichstagsfraktion die Form der persönlichen Diffamierung eines einzelnen abgelehnt worden sei. Vgl.: «Frankfurter Zeitung» v. 30. 12. 1902.

24 Hier und im folgenden «Vorwärts» v. 15.11. 1902, zit. n.: *Der Fall Krupp*, 29 ff.

25 Z.B.: Lukas 18.25: «Denn eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in das Reich Gottes gelangt.»

26 S.: Tresckow, *Von Fürsten und anderen Sterblichen*, 107 ff.; vgl. a.: Hull, *The Entourage of Kaiser Wilhelm II.*, 134 f.

Auch der «Vorwärts» begründete seinen Artikel formal damit, daß er mit diesem Beispiel für die Abschaffung des § 175, der die Homosexualität unter Strafe stellte, eintreten wolle, forderte aber zugleich eine Strafverfolgung Krupps. Da dieser in Deutschland lebe, sei er nach dem § 175 strafbar, es sei also die «Pflicht der Staatsanwaltschaft, sofort einzugreifen». Das entsprach allerdings nicht den Tatsachen. Vorausgesetzt, die Vorwürfe stimmten, so hätte Krupp trotzdem in Deutschland nicht bestraft werden können für Handlungen, die er im Ausland begangen hatte und die dort nicht verboten waren. Die aufklärerischen Absichten waren also nur vorgeschoben, tatsächlich ging es allein darum, ein «kapitalistisches Kulturbild krassester Färbung» zu bieten, wie der «Vorwärts» selbst schrieb, den Industriellen als dekadent und lasterhaft darzustellen. Dabei war F.A. Krupp nicht einmal in erster Linie als Person und Individuum gemeint, er stand vielmehr als der exponierteste Vertreter seiner Klasse für den Kapitalismus, für die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung. Krupp als der reichste und bedeutendste deutsche Industrielle war der ideale Fall, um das gesamte System als verrottet und verkommen anzuprangern.

Über Krupps Leben auf Capri schrieb der «Vorwärts» getreu diesem Muster, daß er in seiner «verschwenderisch ausgestatteten Villa [...] mit den jungen Männern der Insel dem homosexuellen Verkehr» gehuldigt habe. Durch die Verbindung von Reichtum und Lasterhaftigkeit Krupps habe dieser auch die Insel verdorben, auf der sich Korruption ausbreite und die durch Krupp «ein Zentrum homosexuellen Verkehrs» geworden sei. Krupp, so das Fazit, sei ein «pervers veranlagter Mann», der dadurch auf Capri Schlimmes angerichtet habe, es biete sich «das grauenhafte Bild kapitalistischer Beeinflussung». «Das Mitleid, das das Opfer eines verhängnisvollen Naturirrtums verdient, muß versagen, wenn die Krankheit zu ihrer Befriedigung Millionen in ihren Dienst stellt.»

Jetzt war die defensive Strategie des Abwartens und Ignorierens nicht mehr möglich, jetzt *mußte* Krupp in die Offensive gehen und seinerseits gegen den «Vorwärts» wegen Verleumdung klagen, denn weiter zu schweigen wäre einem Schuldeingeständnis gleichgekommen. Er tat es noch am selben Tag, nicht ohne zuvor Erkundigungen einzuziehen, ob bei der Berliner Polizei nicht doch etwas gegen ihn Verwendbares vorläge²⁷ und sich – wie stets in wichtigen Situationen – mit der Regierung und vor allem mit dem Kaiser abzustimmen.²⁸ Es hätte die Möglichkeit einer Privatklage wegen Verleumdung gegeben, auf Beschluß des

27 Tresckow, *Von Fürsten und anderen Sterblichen*, 126 ff., bes. 128. Der für gesellschaftliche Verfehlungen der besseren Gesellschaft zuständige Kriminalkommissar v. Tresckow war zwar aufgrund von Indizien zu der Überzeugung gelangt, daß F.A. Krupp homosexuell veranlagt war (s.o. Anm. 4), Beweise für homosexuelle Handlungen – und nur die waren ja strafbar – fand er aber nicht. Und damit

standen die Chancen gut, daß auch der «Vorwärts» nichts vor Gericht Verwertbares würde finden können.

28 Dabei sollte ein Prozeß nur in Berlin geführt werden, Klagen gegen ausländische Blätter wie die Wiener «Arbeiter-Zeitung» oder die italienische «Propaganda» waren nicht vorgesehen. So Eccius an Schmidt-Altherr v. 22. 11. 1902, in: FAH 3 D 60, 45–47.

Berliner Landgerichts wurde die Sache allerdings, da im «öffentlichen Interesse liegend», als Strafsache angenommen. Am 17. November wurden die Redaktionsräume des «Vorwärts» und einiger anderer Blätter, die die Geschichte bereits vom «Vorwärts» übernommen hatten, durchsucht und die Ausgabe vom 15. beschlagnahmt.²⁹

Um das «Lügendewebe» zu zerreißen, das der «Vorwärts» von seinen «Sozialistenbrüdern aus Neapel» übernommen habe³⁰, und dabei auch glaubwürdig zu wirken, würde ein Prozeß allein aber nicht genügen, zumal bis zu dessen Beginn zu viel Zeit verstreichen würde. Aktive Öffentlichkeitsarbeit war in diesem Fall geboten. Die Kruppschen Arbeiter wurden mit Anschlägen darüber informiert, daß gegen den «Vorwärts» ein Strafverfahren eingeleitet war. Um die Öffentlichkeit außerhalb der Werkstore zu erreichen, hofften die Direktoren auf die Unterstützung durch die bürgerliche, die «anständige» Presse, wie Eccius sie nannte.³¹ Anders als noch während der Panzerplattenpreisaffäre in den vorangegangenen Jahren gab es diesmal auch Initiativen von seiten der Firma. Die von Krupps Privatsekretär Korn bereits am 4. November verfaßte Darstellung, die die Anschuldigungen als das Ergebnis des örtlichen Wahlkampfes auf Capri erscheinen ließ³², wurde als Stellungnahme der Firma an die «Kölnische Zeitung» gesandt und kann damit als die erste bekannte «Pressemitteilung» der Firma gelten.³³ Die Version Korns wurde bestätigt durch eine Meldung der «Münchener Neuesten Nachrichten» vom 21. November, daß der italienische Außenminister Prinetti die Gerüchte über eine Ausweisung Krupps als «erfunden» zurückgewiesen habe.³⁴

Die Krupp-Gegner gaben sich allerdings nach der Anklageerhebung gegen den «Vorwärts» nicht geschlagen. Am 19. November brachte die «Münchener Post» einen Artikel, der die moralische Verurteilung des Industriellen, die Gleichsetzung seines Reichtums und Lebensstils mit Verkommenheit und Dekadenz wiederholte und sogar noch akzentuierte, dabei aber Formulierungen wählte, die juristisch

29 Dies betraf auch diejenigen Zeitungen, die den «Vorwärts»-Artikel nachgedruckt hatten, u. a. die «Welt am Montag», die Düsseldorfer «Volkszeitung», die Dortmunder «Arbeiterzeitung», die Bielefelder «Volkswacht» und den Hannoveraner «Volkswille». S.: *Der Fall Krupp*, 26.

30 Eccius an Schmidt-Altherr v. 22. 11. 1902, in: FAH 3 D 60, 45–47.

31 Ebd.

32 Maschinenschriftliche Denkschrift über die Hintergründe und Ursachen der Anschuldigungen in Italien ohne Autor [Korn] v. 4. 11. 1902, in: FAH 3 D 60.

33 S. «Kölnische Zeitung» v. 20. 11. 1902; «Tremonia» v. 22. 11. 1902. Als «Pressemitteilung» kann die Übersendung der Denkschrift an die «Kölner Zeitung» bezeichnet werden,

weil die Firma, in diesem Fall Korn, explizit als Quelle der Information angegeben wird. Anders als heute üblich, wurde sie nicht an alle oder zumindest eine große Zahl von Redaktionen geschickt, sondern offenbar lediglich an die nationalliberale «Kölnische Zeitung», dann aber von anderen Zeitungen nachgedruckt.

34 So schrieb die deutschsprachige amerikanische «New Yorker Staatszeitung» am 22. 11.: «Die Affaire Krupp [...] scheint immer mehr auf eine Dupierung des «Vorwärts» durch mißgestimmte Einwohner der Insel Capri hinauslaufen zu wollen». Auch Eccius wertete die Meldung von Prinetti's Dementi einer Ausweisung als ersten Erfolg. S.: Eccius an Schmidt-Altherr, in: FAH 3 D 60, 45–47.

unangreifbar waren, denn es war nur von «allerhand geschlechtlichen Verirrungen» die Rede, die Begriffe «Homosexualität» oder «Paragraph 175» kamen nicht vor.³⁵ Statt dessen hieß es unter Berufung auf italienische Zeitungen, «der Kanonenkönig Krupp» habe sich auf Capri «mit großem Glanze niedergelassen» und «seinen Reichtum und die darauf basierende Macht in einer Weise verwendet [...], die Korruption und Depravation der Inselbevölkerung zur Folge haben mußte». Krupps Ausschweifungen seien von den lokalen Behörden nur wegen seines Reichtums und seiner Freigiebigkeit, etwa des Baus der Straße, geduldet worden. Bereits der «Vorwärts» hatte auf das mit Dekadenz und Niedergang assoziierte spätrömische Reich angespielt, wenn er Capri als die «Insel des Kaisers Tiberius» bezeichnete, hier wurde die «Münchener Post» in ihrem Urteil deutlicher: Krupp habe «wie ein spätgeborener römischer Kaiser» gelebt, hieß es da, und weiter recht vage, mehr urteilend, als beschreibend: «Die Sitten und Unsitten des Verfalls sind immer die gleichen.» «Ganz wie im späten Rom» hätten «die schönen Günstlinge [...] juwelengeschmückt ihre Schande auf die Straße» getragen, es seien «Orgien» gefeiert worden, zu deren Maskierung Krupp einen Klub gegründet habe. Der Industrielle sei, sollte das heißen, einer der letzten Vertreter der zu Ende gehenden Epoche des Kapitalismus. Er verfüge zwar über enormen Reichtum, aber nicht über die sittliche und moralische Stärke, die allein für die Zukunftsfähigkeit eines Imperiums stehe. Das Verhalten Krupps auf Capri stehe damit sinnbildhaft für die innere Fäulnis des Kapitalismus, der Wirtschafts- und zugleich der Gesellschafts- und Staatsordnung des Kaiserreichs.

Die bürgerliche Presse der verschiedenen politischen und weltanschaulichen Richtungen hat nach dem Artikel des «Vorwärts» die Form des persönlichen Angriffes mit einem so privaten und tabubehafteten Thema scharf kritisiert, vor allem aber daran Anstoß genommen, daß dies für klassenkämpferische Agitation benutzt wurde.³⁶ Viele Blätter brachten Zeugnisse für die Substanzlosigkeit der gegen Krupp erhobenen Vorwürfe.³⁷ «Krupp ist thatsächlich vollständig unschuldig», hieß es in einem Korrespondentenbericht aus Neapel in der «Frankfurter Zeitung»³⁸, die durchaus nicht grundsätzlich Krupp-freundlich berichtete, sondern in allen die Marinerüstung betreffenden Punkten nicht mit Vorwürfen gespart und auch den Kruppschen Straßenbau auf Capri im Frühjahr kritisiert hatte. Wenn auch Krupp in der Sache in Schutz genommen wurde, so mochte das Blatt daraus doch auch keinen Vorwurf gegen die sozialdemokratische Presse ableiten. Überhaupt konnte der Autor keine politische Motivierung der Affäre erkennen, Krupp sei vielmehr das Opfer «einer gewerbsmäßigen Verleumder- und Erpresserbande geworden [...], von denen Italien wimmelt». Bei allen Unschuldsbeteuerungen

35 Hier und im folgenden: Münchener Post v. 19. 11. 1902, zit. n.: *Der Fall Krupp*, 32f.

36 Vgl. die Presseschau im «Essener Generalanzeiger» v. 24. 11. 1902.

37 S. a.: «Der Tag» v. 25. 12. 1902; darin ein Be-

richt nach der Mitteilung von Beteiligten über die Harmlosigkeit der Zusammenkünfte in der Grotte «Fra Felice».

38 «Frankfurter Zeitung» v. 26. 11. 1902.

wurde jeder Angriff auf die SPD vermieden und ihr sogar zugute gehalten, sie habe für die öffentliche Moral eintreten wollen.

Die Kombination aus Neid und lokalen Querelen auf Capri bezeichnete Friedrich Dernburg im «Berliner Tageblatt» als den Ausgangspunkt der Anschuldigungen: «Krupp ist das Opfer seines Goldes geworden.»³⁹ Der Publizist, der als Führer der hessischen Fortschrittspartei 1871 bis 1881 dem Reichstag angehört hatte und bis 1890 Chefredakteur der Berliner «Nationalzeitung» gewesen war, lieferte eine Darstellung der Verhältnisse auf Capri, die die Schilderung eigener Erlebnisse und Begegnungen mit Krupp den Meldungen von Orgien und Protzigkeit entgegensetzte. Ohne direkt auf sie einzugehen, ließ er sie doch als unglaubwürdig erscheinen. Er habe Krupp in seiner Droschke vorbeifahren sehen «mit seinem etwas müden Blick in dem breiten Gesicht, den Blicken der grüßenden Menge mehr ausweichend als sie suchend», schrieb Dernburg. «Es ist nichts in diesem Gesicht, in diesem Lächeln, das anzieht, aber auch nichts, das stört, alles Weichheit bis zur Schwäche und Wohlwollen.» Das war keine «Hofberichterstattung» und auch für den zu diesem Zeitpunkt bereits verstorbenen Industriellen nicht übermäßig schmeichelhaft, aber es war doch eine Stellungnahme zu seinen Gunsten. In diesem Tenor beantwortete er auch die Frage nach der «Schuld» Krupps mit einer Gegenfrage an die Leser: «Glauben Sie, daß Jemand, der der Welt etwas verbergen will, sich dazu eine kleine freiliegende Fremdenstadt wie Capri aussucht, wo unausgesetzt Hunderte von Blicken neugierig auf ihn gerichtet sind, jede seiner Bewegungen überwacht, jeder Kommende und Gehende kontrolliert wird? Daß er sich drei Zimmer in einem von Menschen überfließenden Hotel miethet, man könnte sagen, daß er ein gläsernes Haus bezieht, sich auf den Präsentirteller setzt? Ich glaube es nicht. Verbotenes Thun sucht das Geheimniß. Nur ein Harmloser kann leben, wie Krupp auf Capri lebte.»⁴⁰

Der plötzliche Tod F. A. Krupps

Die bereits aufgeregte Stimmung wurde durch die Nachricht vom plötzlichen und überraschenden Tode Krupps weiter angeheizt, der von mancherlei Ungereimtheiten begleitet war. Auffällig war vor allem, daß die Leiche nicht aufgebahrt, sondern der Sarg sofort verschlossen wurde. Auch wurde sie nicht obduziert, sondern lediglich die Mitteilung eines Ärztekollegiums veröffentlicht, daß Krupp an den Folgen zweier Schlaganfälle gestorben sei.⁴¹ Natürlich wurden unter diesen Um-

39 «Berliner Tageblatt» v. 30. 11. 1902.

40 «Berliner Tageblatt» v. 30. 11. 1902.

Weitere Korrespondentenberichte, die ebenfalls für die Unschuld Krupps eintraten u. a. in: «Deutsche Warte» v. 2. 12. 1902, Nachdruck aus der «Kölnischen Zeitung» im «Essener Generals Anzeiger» v. 9. 12. 1902.

41 Vgl.: Biographie von Friedrich Alfred Krupp, Bd. 3 (FAH 3 L 8), 215; *Der Fall Krupp*, 37 f.; Klass, *Die drei Ringe*, 283 ff.; Mühlen, *Die Krupps*, 73 f; Manchester, *Krupp*, 233 f.

Die Plausibilität der offiziellen Version oder eines Selbstmordes zu erörtern ist für die hier verfolgte Fragestellung unerheblich, sein Tod

ständen Zweifel an der offiziellen Version laut. «Hat er sich selbst im Bewußtsein einer Schuld gerichtet?», sprach die «Kölnische Zeitung» die von vielen insgeheim gestellte, in manchen Blättern nur dezent angedeutete Frage offen aus.⁴² Daß ausgerechnet dieses liberale, für seine industriefreundliche Haltung bekannte Blatt, dem das Direktorium ja auch die Erklärung Korns zugeleitet hatte, den hinter vorgehaltener Hand vielfach geäußerten Verdacht so offen aussprach, war für die Essener Firmenleitung besonders ärgerlich. Sofort setzte sich das Direktorium mit der Redaktion in Verbindung. Diese wies dann auch bereits am folgenden Tag unter Berufung auf das Gespräch die Selbstmordvermutung nachdrücklich zurück mit dem (unzutreffenden, aber in vielen Presseberichten wiederkehrenden) Hinweis, Krupp sei schon seit Jahren herzkrank gewesen, zudem Asthmatiker, so daß die Aufregung über die Vorwärts-Kampagne den Schlaganfall «zur Genüge erkläre».⁴³ Diese Darstellung wurde dann auch von den anderen Zeitungen als wahrscheinlich übernommen, selbst die «Frankfurter Zeitung» stellte die offizielle Version der Todesursache nicht mehr in Frage.⁴⁴ Hinter vorgehaltener Hand allerdings hielten sich die Selbstmordgerüchte.⁴⁵

Die einzige Ausnahme bildete der angesehene konservative Publizist Maximilian Harden, der in der «Zukunft» die Obduktion der Leiche forderte, denn sie allein sei geeignet, den Selbstmordgerüchten den Boden zu entziehen.⁴⁶ Zugleich verkündete er aber seine Gewißheit darüber, daß Krupp, den er sogar als asexuell bezeichnete, «nie zu widernatürlicher Unzucht auch nur den geringsten Hang gezeigt hat». Vier Jahre später sollte Harden mit eben dem Vorwurf der Homosexualität den Vertrauten Wilhelms II., Philipp Eulenburg, angreifen, um den Kaiser und dessen persönliches Regiment zu treffen, und damit nicht nur eine Gesellschafts-, sondern sogar eine Staatskrise auslösen.⁴⁷ In diesem Fall bezeichnete er aber «das ganze Märangeknäuel» als «unhaltbar».⁴⁸ Seine mehr als fadenscheinige Erklärung der Affäre lautete, sie beruhe auf dem Unverständnis der Südländer über den reichen Deutschen, der keine Liebschaften pflegte. Obwohl er wußte, daß mit dem Vorwurf der moralischen Verkommenheit F.A. Krupps die Großindustrie und darüber hinaus die bestehende Ordnung insgesamt diskreditiert werden sollte, und obwohl er die gleiche Strategie vier Jahre später selbst anwen-

steht jedenfalls im Zusammenhang mit den öffentlichen Vorwürfen.

42 «Kölnische Zeitung» v. 23. 11. 1902.

43 «Kölnische Zeitung» v. 24. 11. 1902.

44 «Frankfurter Zeitung» v. 26. 11. 1902.

45 Reismann-Grone, der Chefredakteur der äußerst Krupp-freundlichen «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» notierte in seinem Tagebuch, die Annahme, daß Krupp sich selbst getötet habe, sei «allgemein» gewesen, versah diese Meinung aber zugleich mit einem Fragezeichen, wenn er hinzufügte, «der herzleidende, sehr zart empfindende Mann kann

sehr wohl den Erregungen zum Opfer gefallen sein». S.: Tagebuch Reismann-Grone, Stadtarchiv Essen, NL R-G 652/133, IX/1902/8.

46 Harden, *Krupp*, in: «Die Zukunft» v. 29. 11. 1902, 327–335. Als Harden diese Forderung erhob, war jedoch bereits deutlich, daß sie nicht erfüllt werden würde, denn die Beerdigung lag bereits drei Tage zurück.

47 Vgl.: Hull, *The Entourage of Kaiser Wilhelm II.*, 109 ff.

48 Harden, *Krupp*, in: «Die Zukunft» v. 29. 11. 1902, 333.

den sollte, leugnet er damit etwas scheinheilig den politischen oder klassenkämpferischen Subtext.⁴⁹

Trotz der Zweifel, die manche an die offizielle Version vom Tode Krupps zunächst knüpften, waren die Reihen der bürgerlichen Presse aller politischen Lager bald wieder geschlossen. Man war sich einig in der Beteuerung, daß die Krupp zur Last gelegten moralischen Verfehlungen nicht zuträfen, was in zahlreichen Feuilletons und Korrespondentenberichten aus Capri stets aufs neue dargelegt wurde. Die Erwartung war allgemein, daß der «Vorwärts» italienischen Falschmeldungen aufgesessen war, die nur zu gut in sein ideologisches Konzept paßten. Dies war sicherlich mehr als nur der Ausdruck wahrer Überzeugung, es war auch ein Schulterschuß gegen den Angriff des sozialdemokratischen Parteiorgans auf den bedeutendsten deutschen Industriellen, der wie kein anderer die Wirtschafts- und Sozialordnung des industrialisierten Deutschland repräsentierte. Die rechtsgerichteten, industrienahen Blätter, die teilweise von Krupp finanziell unterstützt wurden, sprachen von einem «schandbaren Bubenstreich» des «Vorwärts» oder sogar von einem «sozialdemokratischen Meuchelmord».⁵⁰ «Die Person sollte getroffen werden, um die Gesellschaft zu erschüttern, der sie eine Stütze war», formulierte der parteiunabhängige «Tag»⁵¹, der daraus aber dennoch keine kategorische Verurteilung der Sozialdemokraten ableitete, sondern den «Fanatismus der Partei», der bei allen Richtungen anzutreffen sei, als das eigentliche Übel und das größte innenpolitische Problem ausmachte. Auch die besonnen urteilende «Neue Zürcher Zeitung» schrieb: «Es war ein Akt fanatischen Klassenhasses, ein Streich erbitertester Parteipolitik gegen einen politisch harmlosen, persönlich sympathischen, gesellschaftlich hochstehenden sehr reichen Mann, der als Großkapitalist und Großindustrieller einfach (der) Feind ist.»⁵²

Der «Schild des deutschen Kaisers»

Auch die Reaktion der Regierung und des Kaisers machen deutlich, daß hier nicht ein Privatmann in einen peinlichen Skandal geraten war, sondern daß das gesamte «System» getroffen, als morsch und verkommen entlarvt werden sollte. Dies war der Grund, daß Krupps Klage als Strafsache angenommen und er nicht auf

49 S.: Grotjahn, *Erlebtes und Erstrebtes*, 109.

50 «Berliner Neueste Nachrichten», «Rheinisch-Westfälische Zeitung», «Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz», alle v. 25. 11. 1902. Seine Beteiligung an den «Berliner Neuesten Nachrichten» hatte Krupp erst kurz zuvor beendet [s.o.: Kap. II.3.C: Umstrukturierung und Neukonzipierung des Blattes Ende 1900], unterstützte das Blatt aber weiterhin; die «Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz» erhielt seit 1897 von der

Firma jährlich 600 Mark in Form eines Mehrfachabonnements [s.o. Kap. II.3.B: Aufgaben und Tätigkeit des Nachrichtenbüros]. Lediglich die «Rheinisch-Westfälische Zeitung» erhielt keine direkten finanziellen Zuwendungen. Das in Essen erscheinende Blatt und sein Chefredakteur Theodor Reismann-Grone berichteten aber stets freundlich über Krupp.

51 «Der Tag» v. 25. 11. 1902.

52 «Neue Zürcher Zeitung» v. 30. 11. 1902.

den Weg der Zivilklage verwiesen wurde. Deshalb auch ging der Kaiser nicht auf Distanz, sondern entschied sich für ein offensives Vorgehen. Er erschien zur Beerdigung und führte sogar den Leichenzug an, was eine außergewöhnliche Ehrung für einen Bürgerlichen darstellte. Den nationalen Rang des Verstorbenen und die Bedeutung der mit seinem Tod verbundenen innenpolitischen Auseinandersetzung verdeutlicht auch die Delegation aus Ministern, Staatssekretären und hochrangigen Militärs, wie sie so noch nie zuvor zur Beerdigung eines bürgerlichen Industriellen erschienen war.⁵³ Wilhelm II. stellte sich mit diesem Verhalten nicht allein vor einen persönlichen Freund, sondern ergriff Partei in einem politischen Streit, ja, er trug sogar entscheidend zu seiner Verschärfung bei.

In einer Ansprache, die er nicht im Rahmen der Trauerfeier, sondern vor seiner Abreise auf dem Essener Bahnhof hielt, um «den Schild des Deutschen Kaisers über dem Hause und dem Andenken des Verstorbenen zu halten», verurteilte Wilhelm II. mit markigen Worten die öffentlichen Angriffe auf Krupp: «Eine Tat ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie Aller Herzen erbeben gemacht und einem jeden deutschen Patrioten die Schamröte auf die Wangen treiben mußte über die unserem ganzen Volke angetane Schmach.»⁵⁴ Die öffentlichen Beschuldigungen Krupps seien «weiter nichts als Mord, denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Gifttrunk einem anderen mischt und kredenzt und demjenigen, der aus dem sicheren Versteck seines Redaktionsbureaus mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um den ehrlichen Namen bringt und durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tötet». Schuldig an diesem «Mord», der zugleich einen Angriff auf das gesamte Volk bedeute, sei die Sozialdemokratie. «Männer, die bisher als Deutsche gegolten, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus eben der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung, die Krupp so unendlich viel zu verdanken hat und von der Tausende in den Straßen Essens heute mit tränenfeuchtem Blick und Sorge ihrem Wohltäter ein letztes Lebewohl zuwinkten.» Das war, pathetisch formuliert, ein schwerer Vorwurf an die Sozialdemokratie. Sie sei an seinem Tod nicht nur (mit-)schuldig, sondern habe ihn ermordet, also bewußt, vorsätzlich und heimtückisch getötet – das bedeutete der Mordvorwurf. Der Kaiser sprach den Sozialdemokraten die Zugehörigkeit zur Nation ab, erklärte sie also explizit zu Staatsfeinden. Schließlich forderte er die Arbeiter zum Bruch mit der SPD auf, wenn sie sich dieser schweren Verbrechen nicht mitschuldig machen wollten: «Wer nicht das Tischtuch zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt.» Der Kaiser hatte sich

53 Neben dem Kaiser waren anwesend: Admiral v. Tirpitz, Admiral Hollmann, Kriegsminister v. Goßlar, der kommandierende General v. Bissing, Generalstabschef v. Schlieffen, Staatssekretär des Äußeren v. Richthofen, die preußischen Minister v. Rheinbaben, Möller und

Budde, die Generalleutnants v. Plessen, Löwenfeld und v. Hülsen-Häselor, Geheimrat v. Lucanus, daneben weitere Vertreter der Einzelstaaten. «Der Tag» v. 30. 11. 1902.

54 Hier und im folgenden: Johann (Hrsg.), *Reden des Kaisers*, 104 f.



Abbildung 28: Bei der Beerdigung F.A. Krupps am 26. 12. 1902 folgte Kaiser Wilhelm II. dem Sarg an der Spitze des Trauerzuges.

damit sehr weit vorgewagt, deshalb war die Annahme allgemein, daß er über eindeutige Beweise für Krupps Unschuld verfügen müßte.

Die bürgerlichen Zeitungen kommentierten die Kaiserrede vielfach zustimmend, einige industrienah und konservative Blätter nahmen sofort den Ton der Kaiserrede auf und forderten, daß die allgemeine Empörung über das Verhalten des «Vorwärts» in politische Stimmung gegen die SPD umgemünzt werden müsse.⁵⁵ In den vielfach als «Scharfmacherorgan» bezeichneten «Berliner Neuesten Nachrichten» hieß es entsprechend: «Es ist Zeit, daß nicht nur vom «Scharfmachen» geredet wird, sondern daß das deutsche Volk sich selbst wirklich scharf macht gegen die Bestrebungen und gegen die Wühlarbeit einer Partei, deren weiteres Umsichgreifen unfehlbar den Ruin Deutschlands – politisch wie sozial – zur Folge haben muß.»⁵⁶ Die liberalen und demokratischen Organe äußerten Verständnis für die Motive des Kaisers, der zudem der breiten Volksmeinung Aus-

55 S. die Presseschau in «Tremonia» v. 27. 11. 1902; «Hamburgischer Correspondent» v. 27. 11. 1902.

Keinen Kommentar gaben die konservativen «Kreuz-Zeitung», und die «National-Zeitung» ab, andere konservative Blätter äußerten

sich uneingeschränkt zustimmend. «Der Kaiser hat dieses Verfahren mit Recht als Mord bezeichnet», schrieben die «Berliner Neuesten Nachrichten» am 28. 11.

56 «Berliner Neueste Nachrichten» v. 30. 11. 1902.

druck verliehen habe, kritisierten aber sein Urteil als Vorgriff auf den zu erwartenden Prozeß.⁵⁷ «Grundsätzliche Bedenken» gegen den von Wilhelm erhobenen Mordvorwurf meldete die «Frankfurter Zeitung» an, mit dem er unzulässig in ein schwebendes Verfahren eingegriffen und die gebotene Neutralität des Staatsoberhauptes verletzt habe. Die erhoffte Wirkung, so prophezeite das Blatt zutreffend, werde der kaiserliche Appell «schwerlich» haben.⁵⁸ Nicht-öffentlich war das Urteil deutlicher. Der Alldeutsche Theodor Reismann-Grone, Chefredakteur der in Essen erscheinenden «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» und sozialdemokratischer Sympathien unverdächtig, urteilte in seinen Tagebuchaufzeichnungen abfällig, Wilhelm habe bei der Beerdigung «große Pose» gehabt. «Nachher hielt er im Wartesaal die Rede, von dem Schild, das er über seinen Freund hielt. Er meinte es gut, aber er exponierte sich, wie immer.»⁵⁹

Die Nachricht vom Tod Krupps löste auch in den Reihen der Sozialdemokraten zunächst Bestürzung aus. Einige SPD-Reichstagsabgeordnete bedauerten zumindest halböffentlich die tragische Folge des «Vorwärts»-Artikels⁶⁰, und die Redaktion des Parteiblattes wollte vorläufig «von jeder weiteren Erörterung der an seinen Namen geknüpften Angelegenheit absehen».⁶¹ Die Nachrufe auf den verstorbenen Industriellen waren dabei weiterhin von klassenkämpferischer Aggression geprägt und spielten auf die publizistischen Angriffe der vorangegangenen Jahre an, auf die Gewinne Krupps am Flottenbau und «unpatriotische» Kanonenlieferungen ins Ausland.⁶² Auf die Verurteilungen der bürgerlichen Presse reagierten die sozialdemokratischen Blätter mit scharfen Erwidern, doch es war offensichtlich, daß der «Vorwärts» Ende November in der Defensive war. Im Urteil der öffentlichen Meinung war er der Verlierer der Auseinandersetzung, und die Erwartung war allgemein, daß sich dies auch bei der kommenden Gerichtsverhandlung juristisch bestätigen werde.⁶³

Die Kaiseradressen

Spätestens mit seiner Essener Rede hat der Kaiser den Fehdehandschuh des Klassenkampfes aufgenommen, den der «Vorwärts» mit den Enthüllungen über F.A. Krupp der Gesellschaftsordnung des Kaiserreiches hingeworfen hatte. Die Reaktionen waren entsprechend: Jubel bei den rechten «Scharfmachern», abwägende

57 Z.B.: «Neue Badische Landeszeitung», «Demokratische Correspondenz» v. 29. 11. 1902

58 «Frankfurter Zeitung» v. 27. 11. 1902. Sehr kritisch auch das «Berliner Tageblatt» v. 27. 11. 1902.

59 Tagebuch Reismann-Grone, Stadtarchiv Essen, NL R-G 652/133, IX/1902/8.

60 Dies berichtete die «Allgemeine Zeitung» München v. 24. 11. 1902 allerdings ohne Nennung von Namen.

61 Zit. n.: «Schwäbische Tagwacht» v. 24. 11. 1902.

62 S.: «Vorwärts» v. 25. 11. 1902; «Schwäbische Tagwacht» v. 24. 11. 1902; «Sächsische Arbeiter-Zeitung» v. 24. 11. 1902.

63 S. z. B.: «Hamburger Nachrichten» v. 30. 11. 1902; «Münchener Allgemeine Zeitung» v. 1. 12. 1902.

Bedenken und Kritik am Kaiser bei den Liberalen, klassenkämpferische Parolen bei den Sozialdemokraten. Die Kaiserrede sollte den Auftakt bilden zu einem verstärkten Kampf gegen die SPD, und die Unternehmer stimmten dem ohne Vorbehalt zu. Bei der Trauerfeier, die die rheinische Industrie für Krupp veranstaltete⁶⁴, führte der Generalsekretär des «Langnamvereins» und der Nordwestlichen Gruppe des «Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller», Wilhelm Beumer, in der Trauerrede den Tod Krupps auf «sträflichen Mißbrauch» der Pressefreiheit zurück. Er deutete «auf Zustände unseres öffentlichen Lebens hin, die unerträglich sind», und beschwor die Furcht vor der drohenden Revolution, gegen die es gemeinsam vorzugehen gelte.⁶⁵

Doch eine Neuauflage des Sozialistengesetze gab es trotz solcher Forderungen nach Einschränkung der Pressefreiheit nicht. Statt dessen wollte man die SPD öffentlich isolieren, demonstrieren, daß sie nicht den Anspruch erheben könne, die Gesamtheit oder zumindest eine Mehrheit der Arbeiterschaft zu vertreten. Allein diese Vorstellung mutet schon weltfremd an; daß ihre Umsetzung ins Fiasko führen mußte, erscheint als die fast zwangsläufige Konsequenz. Anfang Dezember verlangten die Leitungen der Krupp-Werke in Essen, Kiel und Magdeburg und auch diejenigen der Staatswerkstätten von den Arbeitern die Unterschrift unter eine Dankadresse an den Kaiser, mit der sie seinen Aussagen zustimmten.⁶⁶ Als eine Arbeiterdeputation dem Monarchen am 5. Dezember die Unterschriften überbrachte, hielt er eine weitere scharfe Rede gegen die Sozialdemokratie.⁶⁷ Darin bezeichnete er deren Anspruch, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten als «grobe Lüge und schwere[n] Irrtum». Während «gute, gesicherte Existenzbedingungen» den Arbeitern durch königliche Fürsorge mittels der Sozialge-

64 Die Trauerfeier am 13. 12. 1902 im Kaisersaal der Essener Tonhalle wurde veranstaltet vom «Langnamverein» genannten «Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen», der «Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller», dem «Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund» und dem «Verein deutscher Eisenhüttenleute». Die 2000 Gäste waren zum größten Teil Vertreter der Industrie.

65 Rede Beumers, in: *Gedächtnisfeier für Fried. Alfred Krupp am 13. Dezember 1902*, Sondernummer von «Stahl und Eisen», 7f.: «Wenn wir die Herrschaft denen überlassen, die diese Zustände herbeigeführt, so verwirklichen wir damit lediglich ihre Wünsche und Absichten, da sie die Alleinherrschaft wollen. Mehr als je bedarf es heute des männlichen Mutes derer, die es gut mit unserem Vaterlande meinen, und die sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit

hineinstellen müssen, jeder an dem ihm durch seinen Beruf gewiesenen Platze, in den öffentlichen Kampf gegen Verleumdungssucht, Klatsch und niedrige Bosheit; mehr als je bedarf es der Pflichttreue, die wir als Deutsche unserem Vaterlande schuldig sind, wenn wir es nicht untergehen lassen wollen.»

66 Nach Angaben der «Berliner Zeitung» v. 23. 11. 1902 hatten sich bereits einen Tag vor Krupps Tod in Essen 3000 Krupp-Arbeiter versammelt und gegen den Vorwärts-Artikel protestiert. Hier muß ein Irrtum vorliegen, denn die Essener Blätter berichten hierüber nicht, wohl aber von einer Solidaritätskundgebung der Angestellten, die am Vormittag des 22. 11. stattgefunden hat. S.: «Essener Neueste Nachrichten», «Essener Generalanzeiger» v. 24. 11. 1902.

67 Penzler (Hrsg.), *Die Reden Kaiser Wilhelms II. in den Jahren 1901–Ende 1905*, Bd. 3, 141 f. Vgl. a.: *Der Fall Krupp*, 27; Manchester, *Krupp*, 236.

setzung bewährt worden seien, habe die Sozialdemokratie nichts für sie getan, sie lediglich gegen «die anderen Stände, gegen Thron und Altar» aufgehetzt, sie «zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken». «Mit solchen Menschen könnt und dürft ihr als ehrliebende Männer nichts mehr zu tun haben und euch nicht mehr von ihnen leiten lassen», lautete sein Fazit. Statt Sozialdemokraten zu wählen, sollten die Arbeiter als ihre Vertreter «den einfachen, schlichten Mann aus der Werkstatt» in den Reichstag entsenden.

Die Kaiser-Adressen mit den Unterschriften der Arbeiter sowie eine Reihe von Beileidstelegrammen, die ausschließlich in Kruppschen Werken unterschrieben und an Margarethe Krupp adressiert wurden, sollten deutlich machen, daß die Arbeiter sich von der Sozialdemokratie distanzieren. Demgegenüber wies die sozialdemokratische Presse darauf hin, daß die Unterschriften unter Zwang erfolgten und nicht die wahre Ansicht der von ihren Lohnherren materiell abhängigen Arbeiter wiedergäben. Diese Vorwürfe gewannen zusätzliche Glaubwürdigkeit und Nachdruck, als dann im Magdeburger Gruson-Werk zwei Arbeiter nach 16 bzw. 22 Jahren Betriebszugehörigkeit entlassen wurden, die die Unterschrift zu der Kaiser-Adresse verweigert hatten. Weiter wurde bekannt, daß die angeblich spontane Rede, die der Arbeiter bei der Übergabe der Huldigungsadresse an den Kaiser gehalten hatte, vorher vom Polizeipräsidenten redigiert worden war. Schließlich wurde der Wortlaut einer Kaiseradresse veröffentlicht, die den Bochumer Arbeitern vorgelegt werden sollte. Sie enthielt neben einer Verurteilung der Sozialdemokratie und ihrer politischen Haltung besonders im Zolltarif auch die Forderung nach Ausnahmegesetzen gegen die SPD.⁶⁸ Damit waren die Kundgebungen, die hatten zeigen sollen, daß die Arbeiterschaft nicht mit der Sozialdemokratie gleichzusetzen sei, endgültig als Farce entlarvt.

Das Essener Direktorium erkannte sofort, daß mit den Entlassungen, auch wenn sie anschließend mit «Arbeitsmangel» begründet werden sollten, ein verhängnisvoller Fehler begangen worden war, der die propagandistische Wirkung der Arbeiteradressen zunichte machte und sogar ins Gegenteil verkehrte. Der Magdeburger Direktor Teuffel wurde nach Essen zitiert und mußte Bericht erstatten, schließlich wurde ihm die Zuständigkeit für Personalangelegenheiten entzogen, doch der entstandene Schaden war nicht wieder gutzumachen.⁶⁹ Die Nachricht wurde von den Telegraphenbüros sofort verbreitet und führte zu einem neuen Schub der Solidarisierung der Arbeiter mit der SPD, fand doch deren Kritik am Kapitalismus hier eine eindrucksvolle Bestätigung. Die SPD allein schien Rückhalt zu bieten gegen das Bündnis aus staatlicher Obrigkeit und Fabrikbesit-

68 «Volksstimme Magdeburg» v. 11. 12. 1902; vgl. a.: Albert, *Kaiser-Adressen*, 11.

69 Vgl.: WA 4/1286, bes. Schreiben des Direktoriums der Gußstahlfabrik an Direktor Teuffel v. 17. 12. 1902, ebd. 27–29.

zern, ihre Mitgliederzahl stieg ebenso wie die Zahl der Abonnenten des «Vorwärts» und anderer sozialdemokratischer Zeitungen.⁷⁰

Die Einstellung des Verfahrens gegen den «Vorwärts»

Was den bevorstehenden Prozeß betraf, so war die Erwartung allgemein, daß er zu einer Niederlage des «Vorwärts» führen werde. Es würde sich herausstellen, daß das Blatt kein Material habe, das die Vorwürfe beweisen könnte. «Die Sozialdemokratie ist das Opfer ihrer These geworden, daß das Bürgertum geistig und sittlich verkommen sei, daß die Arbeiter dagegen Engel und Philosophen seien», schrieb die «Kölnische Zeitung». Sie habe «wieder einmal an einem klassischen Beispiel gezeigt, daß sie bodenlos leichtgläubig und skrupellos ist, wenn eine Behauptung in ihren Dogmenkram hineinpaßt».⁷¹ Vielfach wurde zudem erwartet, daß das Verleumdungsverfahren gegen den «Vorwärts» zum Kampf gegen die SPD benutzt werden sollte. Die «Deutsche Arbeitgeber-Zeitung», das Organ der deutschen Arbeitgeberverbände, forderte sogar, die Anschuldigungen des Kaisers aufnehmend, die Anklage auf «Totschlag» zu erweitern.⁷²

Der «Vorwärts» war demgegenüber bemüht, gelassen und selbstsicher zu wirken. Ein Redakteur fuhr nach Italien, war aber mit seinen Bemühungen, Beweise zu sammeln, die die Anschuldigungen gegen Krupp unterstützen könnten, offenbar nicht erfolgreich. In Berlin nahmen die Sozialdemokraten Kontakt mit Maximilian Harden auf.⁷³ Der häufig als «Augstein des Kaiserreiches» bezeichnete Publizist sammelte seit einigen Jahren Material über die Berliner und Potsdamer Homosexuellen, mit dem er dann 1906 den Skandal um Philipp Eulenburg auslöste, der zu einer jahrelangen Prozeßwelle führen sollte. Stichhaltige Beweise gegen Krupp lieferte Harden nicht, aber er gab doch einige Hinweise zu homosexuellen Höflingen, die die Sozialdemokraten indirekt, also nicht im Berliner «Vorwärts», sondern in einer zwar deutschsprachigen, aber doch ausländischen Zeitung, nämlich dem «Neuen Wiener Tageblatt», lancierten. So konnten sie den Eindruck erwecken, sie besäßen umfangreiches Material, das sie bei einem Prozeß vorlegen könnten, obwohl dies tatsächlich wohl nicht der Fall war. Vor allem aber schürten

70 S.: Albert, *Kaiser-Adressen*, 6 ff.

71 «Kölnische Zeitung» v. 28. 11. 1902; vgl. a.: «Hamburger Nachrichten» v. 30. 11. 1902; «Allgemeine Zeitung München» v. 1. 12. 1902: «Wenn der Vorwärts gehnt hätte, in welche Verlegenheit ihn die Krupp-Enthüllungen bringen würden, hätte er sie wohl unterlassen. Es wird nicht eben häufig vorkommen, daß der Deutsche Kaiser und die demokratische Frankfurter Zeitung in der Beurteilung einer sozialdemokratischen Schändlichkeit übereinstimmen.»

72 S. «Kölnische Zeitung» v. 23. 11. 1902.

73 S.: Grotjahn, *Erlebtes und Erstrebtes*, 103 f. Der «Vorwärts» berief sich am 28. 11. 1902 darauf, sich nicht allein auf italienische Quellen zu stützen, sondern «aus gänzlich anders gearteten Quellen, die abseits jeder Parteileidenenschaft, jedes persönlichen Interesses, jedes politischen Hasses fließen», geschöpft zu haben. Vgl. a.: «Neue Zürcher Zeitung» v. 19. 12. 1902.

sie in Potsdam die Furcht, daß «im Gerichtssaal vielleicht manches auch aus der höheren Gesellschaft gestreift werden [könnte], was lieber im stillen ruht», wie es die «Neue Zürcher Zeitung» zurückhaltend und doch sehr deutlich formulierte.⁷⁴ Der Verlauf der «Eulenburg-Prozesse» in den Jahren 1906 bis 1908 hat dann ja gezeigt, daß diese Befürchtung durchaus nicht unberechtigt war. Möglicherweise also gab es außer Krupp noch einige andere, die fürchteten, daß ein Prozeß auch für sie Kompromittierendes zutage fördern könne.

Andererseits war abzusehen, daß der Prozeß wohl nicht mit einem Schuldspruch für den «Vorwärts» enden würde, auch wenn das Blatt «Beweise» für eine Homosexualität Krupps nicht würde erbringen können.⁷⁵ Für eine Verurteilung wegen Verleumdung hätte den Redakteuren nämlich darüber hinaus schuldhaft vorsätzliches Verhalten nachgewiesen werden müssen, daß sie also um die Haltlosigkeit der Vorwürfe gewußt hätten oder dies zumindest hätten wissen können und müssen und diese dennoch ausgesprochen hätten, um Krupp zu schaden. Da die Gerüchte bekanntermaßen in Capri und auch in Berlin bereits seit geraumer Zeit kursierten, wäre dieser Nachweis wahrscheinlich schwierig zu erbringen gewesen. Zudem zog sich die Redaktion auf den Standpunkt zurück, es sei ihr um den Paragraphen 175 und nicht um einen speziellen Einzelfall gegangen.

Der «Vorwärts» konnte die Verhandlung also, auch ohne handfeste Beweise zu haben, ruhig abwarten. Die Regierung hingegen mußte damit rechnen, daß das Verfahren nicht zu einem vollständigen Sieg werden würde, bei Hofe fürchteten zudem einige, daß sich der Prozeß zu einem Skandal größeren Ausmaßes ausweiten könnte. In der Öffentlichkeit herrschte währenddessen gespannte Erwartung darauf, daß der Prozeß die Wahrheit ans Licht bringen werde. Die Annahme war allgemein, daß die als unlauter angesehenen klassenkämpferischen Absichten der sozialdemokratischen Journalisten bloßgestellt und juristisch sanktioniert werden würden. So kam es für die Öffentlichkeit völlig überraschend, als die Staatsanwaltschaft am 15. Dezember dann die Einstellung des Verfahrens mitteilte. Und wieder gab es Ungereimtheiten: Die Staatsanwaltschaft teilte den angeklagten Zeitungen mit, der Beschluß sei auf Wunsch der Witwe Krupps erfolgt, die «Wert darauf lege, daß der Streit um den Verstorbenen in der Öffentlichkeit möglichst zur Ruhe komme», und der deshalb «an der gerichtlichen Bestrafung der Urheber und Verbreiter der Gerüchte nichts mehr gelegen» sei.⁷⁶ Das Essener Direktorium stellte dies anders dar: Die Initiative sei von der Berliner Behörde ausgegangen, Margarethe Krupp habe nicht von sich aus um die Einstellung des Verfahrens gebeten, sondern lediglich diesem Wunsch nicht widersprochen und der Staatsanwaltschaft die Entscheidung überlassen.⁷⁷

74 «Neue Zürcher Zeitung» v. 19. 12. 1902.

75 Das Blatt hat weder vor noch nach der Einstellung des Verfahrens irgendwelches Material veröffentlicht, daß seine Behauptungen untermauert hätte.

76 *Der Fall Krupp*, 48.

77 In einem Anschlag, den das Direktorium im Essener Werk aushängen ließ, hieß es, daß Margarethe Krupp «einen Wunsch auf Fortsetzung des Verfahrens nicht aussprechen

Der «Vorwärts» triumphierte: «Wir waren auf diesen Ausgang gefaßt. Er war die einzig mögliche Lösung.»⁷⁸ In der bürgerlichen Presse von den «Berliner Neuesten Nachrichten» über die katholische «Germania» bis zu den liberalen und demokratischen Organen wurde die Einstellung des Verfahrens lebhaft bedauert, mit Unverständnis und sehr kritisch kommentiert. Auf Kritik stieß vor allem die Begründung der Staatsanwaltschaft, daß nach dem Tod Krupps kein öffentliches Interesse mehr vorliege. Gerade dadurch, besonders durch die Kaiserreden in Essen und Breslau habe die Angelegenheit öffentlichen Charakter erst angenommen, hieß es.⁷⁹ Ein Umschwung trat in der Frage der Beurteilung von Krupps persönlichem Verhalten ein, die geschlossene Front der Unschuldsvermutung und Abwehr aller Anwürfe mit dem Argument des unlauteren Klassenkampfes von seiten der Sozialdemokraten weichte auf. «Wenn je, so dürfte leider das böse «Semper aliquid haeret» auch hier sich fühlbar machen!», meinte die «Germania».⁸⁰ Jetzt berichteten einige Blätter, die bis dahin stets die Unrichtigkeit der vom «Vorwärts» aufgestellten Behauptungen vertreten oder zumindest geschwiegen hatten, daß über Krupp schon seit langem auch in Berlin getuschelt worden sei, auch wurden die Ungereimtheiten und Widersprüche im Zusammenhang mit seinem Tod sehr viel deutlicher benannt.⁸¹ Die «Berliner Zeitung» schrieb: «Es drängt sich die Vermutung förmlich auf, daß für die Staatsanwaltschaft bestimmend war die Befürchtung daß im Verlaufe des Gerichtsverfahrens sich Dinge ergeben möchten, die den Kaiser mit seinem feurigen Eintreten für die Unantastbarkeit des verstorbenen Krupp in einen peinlichen Widerspruch mit den Ergebnissen des Prozesses bringen könnten.»⁸² Selbst die angesehene liberale «Vossische Zeitung», die sich zuvor an der hitzig geführten Auseinandersetzung nicht beteiligt hatte, brachte jetzt eine ausführliche Analyse der gesamten Affäre, in der sie so deutlich wie sonst kaum ein Blatt all die Gerüchte und Vermutungen aussprach, die politischen Implikationen benannte und auch die Niederlage der herrschenden Klassen konstatierte, diejenige Krupps und dessen Direktoriums ebenso wie diejenige der Regierung.⁸³

Eine mögliche Desavouierung des Kaisers habe gedroht, lautete die am häufigsten geäußerte Vermutung. Die kritischen Stimmen an den Kaiserreden überwogen nun, mit denen Wilhelm Partei ergriffen hatte im Kampf zwischen den politischen Parteien und den gesellschaftlichen Klassen, die Spannungen verstärkt hatte, statt auszugleichen. Die Leidenschaftlichkeit der Reden kritisierte das «Berliner Tageblatt» aus dem Hause des freisinnigen Großverlegers Mosse. Die emphatischen Kundgebungen hätten dem Ansehen der Monarchie Schaden zugefügt,

wolle und die Entscheidung der Staatsanwaltschaft anheimgabe». S.: *Der Fall Krupp*, 49.

78 «Vorwärts» v. 16. 12. 1902.

79 S. z. B.: «Berliner Zeitung» v. 16. 12.; «Frankfurter Zeitung» v. 17. 12.; «Vossische Zeitung» v. 17. 12.; «Germania» v. 17. 12. 1902.

80 «Germania» v. 17. 12. 1902; sehr ähnlich ur-

teilte die liberale «Tägliche Rundschau» v. 16. 12. 1902.

81 «Neue Zürcher Zeitung» v. 19. 12.; «Vossische Zeitung» v. 17. 12. 1902.

82 «Berliner Zeitung» v. 18. 12. 1902.

83 «Vossische Zeitung» v. 17. 12. 1902.

denn das Staatsoberhaupt habe sich persönlich im «Widerstreit der Tagesmeinungen und der politischen Parteikämpfe zurückzuhalten».⁸⁴ Kritisiert wurden auch die den Arbeitern abgepreßten Unterschriften unter die Kaiseradressen. «Wir können uns kaum etwas Verwerflicheres und Schädlicheres denken, als dies frivole Gebahren. Der Arbeiter hat das freie Recht politischer Ansicht und Meinung ebenso gut wie jeder andere Bürger, und der Arbeitsvertrag giebt dem Unternehmer kein Recht auf die Ueberzeugung der Arbeiter.»⁸⁵

Der Versuch des Kaisers und der Industriellen, aus der allgemeinen Empörung über den «Vorwärts» politisches Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen, war vollständig gescheitert, ja, er war bereits dabei, in eine Niederlage umzuschlagen. Und in der Tat gelang es SPD und «Vorwärts», die pikante Privataffäre, aus der kein Gewinn zu ziehen war, beiseite zu legen, sich in der Folgezeit auf die politischen Aspekte der Angelegenheit zu konzentrieren und diese in einen eindeutigen Sieg für die Arbeiterbewegung umzumünzen. Die angebliche Lasterhaftigkeit und Dekadenz der Oberklassen wurde nicht mehr angesprochen, statt dessen protestierten die sozialdemokratische Presse ebenso wie die Reichstagsabgeordneten der SPD gegen die politische Unterdrückung der Arbeiter in den Betrieben, gegen die Willkür der Fabrikherren und die ehrabschneidende Parteinahme des Staatsoberhauptes in dieser Auseinandersetzung. «Der persönliche Fall Krupp ist beendet», hieß es denn auch im «Vorwärts», «der politische hebt an. Es ist zum Ersticken schwül und dunstig in der elenden Unfreiheit, Verworrenheit und Verkommenheit unserer inneren Verhältnisse.»⁸⁶

In diesem Punkt, daß nämlich das Privatleben F. A. Krupps nicht weiter thematisiert werden sollte, ähnelten die Interessen der Sozialdemokraten denjenigen der Firma Krupp, die nun bemüht war, Ruhe einkehren zu lassen und zur Tagesordnung überzugehen. Der Betrieb mußte weiterlaufen und zugleich die Umstrukturierung der Firma in eine Aktiengesellschaft eingeleitet werden, wie es F. A. Krupp in seinem Testament empfohlen hatte.⁸⁷ Das Nachrichtenbüro schloß mit dem 5. Januar 1903 die Sammlung der Presseauschnitte zum Tod F. A. Krupps, die am 18. November 1902 begonnen worden war. Die Artikel füllten 32 Schuber mit insgesamt 320 durchnummerierten Mappen.

Epilog im Reichstag

Die Öffentlichkeit gelangte nicht so schnell zur Ruhe. Anfang Januar 1903 kam es in Stettin und in Magdeburg zu Demonstrationen von Arbeitern gegen den «Adressenschwindel». Eine Debatte im Reichstag wollte Reichspräsident v. Balleström zunächst verhindern und den Sozialdemokraten damit dieses Forum

84 «Berliner Tageblatt» v. 16. 12. 1902.

85 «Germania» v. 19. 12. 1902.

86 «Vorwärts» v. 16. 12. 1902.

87 S. hierzu: Borchardt, *Der Unternehmerhaushalt als Wirtschaftsbetrieb*, 14, bes. Anm. 23.

nicht für ihre Kritik zur Verfügung stellen. Er war dabei aber so ungeschickt, daß er nur weiteres Öl ins Feuer goß: Nachdem der Zentrumsabgeordnete Schaedler bereits den Versuch kritisiert hatte, die Loyalität der Arbeiter zu erzwingen, wurde am folgenden Tag dem SPD-Abgeordneten v. Vollmar untersagt, zu den Kaiserreden von Essen und Breslau im Reichstag Stellung zu nehmen, mit Hinweis darauf, daß der «Fall Krupp» eine Privatsache sei und deshalb nicht Gegenstand parlamentarischer Debatten werden könne. Es blieb bei diesem Redeverbot, obwohl Vollmar betonte, nicht über Krupp, sondern allein über die Kaiserreden sprechen zu wollen. «Ich stelle also vor der Öffentlichkeit fest», konnte v. Vollmar lediglich noch zu Protokoll geben, «daß es mir unmöglich gemacht wird, eine politische Angelegenheit, die das ganze Reich angeht, hier im Reichstag zu besprechen und Angriffe und Beschimpfungen, die gegen eine Partei von zwei Millionen Wählern gerichtet worden sind, entsprechend zurückweisen zu können!».⁸⁸

Mit seiner Weigerung, v. Vollmar zu den Kaiserreden Stellung nehmen zu lassen, hatte v. Ballestrem ein weiteres Beispiel für die Beschneidung der Sozialdemokraten in ihren Rechten gegeben und damit den Schaden, den die ganze Angelegenheit nahm, weiter vergrößert. Die Empörung war in allen politischen Lagern groß, und selbst Reichskanzler v. Bülow bekundete sein Mißfallen über das Verhalten des Reichspräsidenten.⁸⁹ August Bebel jedenfalls konnte zwei Tage später ungehindert sprechen und gestaltete seine Rede, die als eine seiner rhetorisch besten und sogar als einer der dramatischsten Momente im Reichstag überhaupt bezeichnet wurde⁹⁰, als eine Generalabrechnung mit der bürgerlichen Welt.⁹¹ «Wir bekämpfen die deutsche Bourgeoisie auf das entschiedenste», sagte er, denn sie sei «namentlich in den Großunternehmerverbänden ein heftiger Feind der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse überhaupt und aller ernsthaften sozialen Reformbestrebungen.»⁹²

Den Namen Krupp erwähnte Bebel nicht, sondern bezog sich primär auf die beiden gegen die Sozialdemokratie gerichteten Kaiserreden im Zusammenhang mit Krupps Tod und knüpfte an sie eine scharfe Kritik an Wilhelm II. Er warf dem Kaiser vor, das Gebot der parteipolitischen Neutralität zu mißachten, zu der ihn seine Sonderstellung verpflichtete, statt dessen komme er «bei jeder Gelegenheit auf die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen [...] und [gibt] seiner schlimmen Stimmung gegen uns in der schärfsten und schneidensten Weise Ausdruck».⁹³

88 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 8, 242. Sitzung v. 20.1.1903, 7420.

89 Vgl.: *Der Fall Krupp*, 58 f.

90 So Gerlach, *August Bebel*, 46 f.; s.a. Seebacher-Brandt, *Bebel*, 304 f.

91 Hier und im folgenden: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 8, 244. Sitzung v. 22. 1. 1903, 7467 ff.

Wenn die Rüstung, gegen die er ausführlich Stellung nahm, zu einem Krieg führe, so prophezeite er in deren Gefolge auch den Zusammenbruch der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, den «allgemeinen Kladderadatsch» (S. 7471).

92 Ebd., 7478.

93 Ebd., 7483.

Nach diesen Angriffen auf die Sozialdemokratie als ganzes und speziell auf die Abgeordneten der SPD «mit den stärksten Worten, die die deutsche Sprache kennt», sei es «ganz selbstverständlich, daß wir dagegen auf das allerentschiedenste protestieren und einen derartigen Angriff und eine derartige Redeweise auf das allerentschiedenste als ungehörig und unzulässig und beleidigend zurückweisen». Das Verhalten des Kaisers nannte er «staatsrechtlich unverantwortlich, [...] sogar in hohem Grade strafrechtlich unverantwortlich». ⁹⁴ Bebel kehrte damit den Spieß, der sich mit der Verleumdungsklage zunächst gegen die Sozialdemokraten gerichtet hatte, um, wenn er dem Kaiser Beleidigung vorwarf. Lediglich sein Amt schützte Wilhelm vor einer Bestrafung und verhindere zudem eine wirksame Verteidigung der angegriffenen Sozialdemokraten. «Wir werden angegriffen [...] und können nicht antworten. Daß nun aus diesem Verhältniß ein besonderer Grad der Erbitterung, ja, meine Herren wenn ich es offen sagen soll, des Hasses gegen die Person des Kaisers unter den Angegriffenen erwächst – wundern Sie sich darüber? Ist das nicht selbstverständlich?» ⁹⁵

Mit Genugtuung wies Bebel weiter darauf hin, daß der Feldzug des Kaisers nicht nur erfolglos war, sondern genau das Gegenteil der angestrebten Wirkung erreicht hatte. Jede Kaiserrede bringe der SPD weitere 100.000 Stimmen, schätzte er, der «Vorwärts» habe in den vorangegangenen zwei Monaten mehr als 10.000 neue Abonnenten gewonnen. Das Verhalten des Kaisers nach dem Tod Krupps, seine gegen die Sozialdemokratie gerichteten Reden und vor allem die Zusammenarbeit mit den Unternehmern, die diejenigen Arbeiter rücksichtslos entließen, die der Kaiseradresse ihre Unterschrift verweigerten, mußte den Widerspruch der Arbeiter hervorrufen und damit der SPD neue Anhänger zutreiben.

Nach den Kaiserreden und dem «Adressenschwindel» schien die SPD stärker als je den einzigen Rückhalt zu bieten gegen die Übermacht aus Staat und Unternehmern. Als Bebel im Mai 1903 die Städte des Ruhrgebietes besuchte, gestaltete sich diese Tournee zu einem Triumphzug, ganz besonders auch in Essen, wo er mit Hochrufen gefeiert wurde. ⁹⁶ Und auch zu dem überwältigenden Erfolg der SPD bei den Reichstagswahlen am 16. Juni – die SPD bekam mehr als drei Millionen Stimmen, das war fast eine Million mehr als 1898 und entsprach einem Anteil von 31,7 Prozent und 81 Mandaten – dürfte diese Auseinandersetzung einiges beigetragen haben.

Zusammenfassung

Diese Wahlergebnisse deuten an, daß die SPD letztlich mit ihrer Strategie erfolgreich war. Sie hatte mit Krupp den führenden Repräsentanten der kapitalistischen

⁹⁴ Ebd., 7484.

⁹⁵ Ebd., 7484.

⁹⁶ Seebacher-Brandt, *Bebel*, 304.

Wirtschaftsordnung angegriffen, dessen Name wie kein anderer für Großindustrie stand und zugleich mit der militärischen Stärke des von der Arbeiterbewegung bekämpften Staates untrennbar verknüpft war. Indem das Parteiorgan der SPD Friedrich Alfred Krupp der Perversität und moralischen Verkommenheit bezichtigte, warf es mit ihm der gesamten Gesellschafts- und Staatsordnung, für die er stand, Dekadenz und Lasterhaftigkeit vor. Genau in diesem Sinne hat auch der Kaiser die Kampagne gegen Krupp verstanden. Die Verteidigung Krupps war damit gleichbedeutend mit einer Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Zunächst schien dies auch zu gelingen, denn die ein Tabu berührende «Enttöhlung» wurde auch innerhalb der Sozialdemokratie von vielen als geschmacklos empfunden und abgelehnt.

Die Hoffnungen des Establishments, die Sozialdemokratie isolieren und marginalisieren zu können, zerstoben allerdings nach diesen anfänglichen Erfolgen recht bald und kehrten sich sogar ins Gegenteil um. Dazu haben die überzogenen Anschuldigungen des Kaisers gegen die Arbeiterführer am Grabe Krupps beigetragen, die Ungeschicklichkeiten und Widersprüche bei der Einstellung des Verfahrens gegen den «Vorwärts» und schließlich die sogenannten «Kaiseradressen». Statt Solidarität der Arbeiter mit ihrem Arbeitgeber zu demonstrieren, warfen die Entlassungen von Unterschriftsverweigerern ein Schlaglicht auf die internen Machtverhältnisse in den Betrieben, die genau den Beschreibungen der Sozialdemokraten zu entsprechen schienen.

So konnte die SPD, die bis dahin stets Mühe gehabt hatte, im Ruhrgebiet Fuß zu fassen⁹⁷, bei den Reichstagswahlen 1903 dort große Gewinne verbuchen. Die Capri-Affäre zeigt damit wie durch ein Brennglas, wo in der Wilhelminischen Gesellschaft am Beginn des 20. Jahrhunderts die Verwerfungslinien lagen, sie zeigt, in welchem Maße die staatliche und die wirtschaftliche Führung miteinander verbunden waren. Der Sozialdemokratie als der Gegnerin dieser Allianz ist es im Verlaufe der Affäre gelungen, ihre Thesen über den Zustand der Gesellschaft fast prototypisch fortzuführen. – Und dennoch sind ihre Prognosen letztlich nicht eingetreten. Das als innerlich korrupt und moralisch verfault angeprangerte System hielt dem Angriff stand. Bei aller Aufregung führte die Affäre nicht zu einer ernsthaften Krise. Der Alltag ging weiter. Zu grundlegenden Veränderungen kam es nicht, auch nicht in der Führung des Krupp-Konzerns. Zwar wurde er nach dem Tod Friedrich Alfred Krupps, da kein männlicher Erbe vorhanden war, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, doch die Anteile blieben ausschließlich in der Hand der Familie, das Management, die operative Geschäftsleitung wurden davon kaum berührt.

97 Bajohr, *Zwischen Krupp und Kommune*, 22 ff.

Schluß

Der Aufstieg von Krupp begann mit der Weltausstellung von 1851. Nach diesem Erfolg «war der Weltruf der Firma Krupp für immer begründet»¹, er stand am Anfang des grandiosen Aufstiegs zum größten deutschen Industrieunternehmen, zu einer Firma von internationalem Renommee. Die Firma Fried. Krupp war 1851 ein Unternehmen, das innovative Produkte etablieren mußte, und das hierfür die neuen Möglichkeiten der Öffentlichkeit aktiv zu nutzen verstand. Dazu gehörten neben den Weltausstellungen auch verschiedene Formen der Werbung und der Firmenpräsentation.

Zugleich war der Firmeninhaber Alfred Krupp Journalisten gegenüber verschlossen und befürchtete bei Besuchern der Fabrik stets Spionageabsichten. Auch sein Verhalten im deutsch-französischen Krieg scheint zunächst nicht zu seiner auf den Weltausstellungen demonstrierten Aufgeschlossenheit gegenüber der Öffentlichkeit zu passen, bat er doch darum, das großzügige Angebot einer Gratislieferung von Kanonen im Wert von einer Million Talern geheimzuhalten. Dieses Verhalten zeigt, daß die Öffentlichkeit nicht der eigentliche Adressat des Stahlfabrikanten war. Er nutzte sie lediglich als Medium, um seine eigentlichen Kommunikationspartner, die Vertreter der Eisenbahngesellschaften, Militärs, Minister und den König selbst, seine Kunden also, auf sich und seine Fabrik aufmerksam zu machen. Ein Image wollte Krupp bei dieser spezifischen Zielgruppe gewinnen, demgegenüber schätzte er das Urteil des «Publikums», der allgemeinen Öffentlichkeit, gering ein. Sein Unternehmen betrachtete er als Privatangelegenheit, in die er sich jede Einmischung, sogar jede Einsichtnahme, jedes Interesse von außen verbat.

Schon zu Lebzeiten Alfred Krupps war dieses Konzept schließlich nicht mehr angemessen. Wie in so vielen anderen Bereichen der Firmenleitung versuchten auch hier die leitenden Angestellten Änderungen herbeizuführen. Vor allem der Berliner Vertreter Carl Meyer veranlaßte die Integrierung der Firma in die entstehenden Interessenverbände und bemühte sich auch um eine Öffnung der Firma gegenüber der politischen Tagespresse, die jedoch über erste Anfänge nicht hinauskam.

Der Sohn und Erbe Friedrich Alfred Krupp führte dann einige Änderungen herbei. Er trug der Tatsache Rechnung, daß das Unternehmen längst zu einem Gegenstand des öffentlichen Interesses geworden war, wenn er dem Publikum durch illustrierte Reportagen vermittelte Einblicke in die Welt hinter den Fabrikmauern gestattete. Mit der Gründung des Nachrichtenbüros trug das Unterneh-

1 Alfred Krupp. Ein Gedenkblatt für seine Arbeiter, Essen 1887, FAH 2 G 5, 10.

men dann auch der Tatsache Rechnung, daß es im Inland ebenso wie im Verhältnis zu ausländischen Kunden direkt von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen betroffen war. Hier wurden die Informationsbeschaffung und -verbreitung institutionalisiert. Zugleich war es diejenige Abteilung, in der fortan die Kommunikation der Firma mit der Öffentlichkeit zusammenlief und gesteuert wurde.

Die Verbindung des Unternehmens zum Staat und zur Gesellschaft pflegten vor allem der Inhaber selbst und der Direktoriumsvorsitzende Hanns Jencke. Während Jencke die von Meyer begründete Einbindung der Firma in die Verbände fortführte und erheblich ausweitete, seit Mitte der 1890er Jahre zu einem wichtigen Verbandsvertreter wurde, pflegte Friedrich Alfred Krupp die Beziehungen zum Kaiser und zu den Spitzen der Bürokratie. Zwar war er auch für eine Legislaturperiode Reichstagsabgeordneter, doch hat er sich als Politiker nicht exponiert.

Indem er ein freundschaftliches Verhältnis zu hohen Militärs und vor allem zum Kaiser pflegte, setzte er das Verhalten seines Vaters fort, denn die Beziehung Krupps zum Staat, besonders zum Staatsoberhaupt, war von Beginn an mehr als eine reine Kundenbeziehung. Das hatte Alfred Krupp früh angestrebt und bewußt herbeigeführt, seit den schwierigen Anfangsjahren hatte er die Protektion des Staates gesucht und diese über seine Sonderstellung als Kanonenfabrikant schließlich auch erhalten. Wenn er seine geschäftlichen Interessen auch nie aus den Augen verlor, betrachtete er doch sein Unternehmen als «Nationalwerk». Darunter verstand er nicht eine bedingungslose Unterordnung unter den Staat, sondern ein Treuebündnis auf Gegenseitigkeit nach feudalem Muster, das seine Fortsetzung analog in seinem Verhältnis zu den Arbeitern finden sollte. So wie er das «monarchische Prinzip» im Staat anerkannte, wollte er in seinem Haus «Herr sein und bleiben».

Auch wenn er eine Nobilitierung stets ablehnte, war Alfred Krupp in diesem Sinne doch ein «Industriefürst». Zudem war er durchdrungen von dem Bewußtsein, daß die Industrie, die Stahlindustrie und hier natürlich sein Werk in besonderem Maße eine führende Rolle spielten im neugegründeten Deutschen Reich, hierin dem alten, jetzt immer mehr an Bedeutung verlierenden Adel vergleichbar, diesen vielleicht sogar ersetzend. Aus dieser Haltung heraus schrieb er im April 1871 dem Kaiser: «Das Eisenbahnwesen, Deutschlands Größe, Frankreichs Sturz, fällt in die Stahlzeit, die Bronzezeit ist dahin.»² Krupp verwies damit auf den Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Aufschwung, der Industrialisierung, die am Eisenbahnbau sichtbar wurde, und dem militärischen Aufstieg Deutschlands, das schließlich den alten Rivalen Frankreich dank überlegener Technik so-

2 Alfred Krupp an Kaiser Wilhelm I. vom 23. 4. 1871, in: Berdrow (Hrsg.), *Alfred Krupps Briefe*, 257–259, hier 259.

gar besiegen konnte und dadurch mit der Gründung des Nationalstaates Ohnmacht und Zersplitterung Deutschlands überwinden konnte. Und diesen Zusammenhang haben die Zeitgenossen durchaus auch gesehen. Der «Kanonenkönig» wurde nun neben Bismarck und Moltke als der «dritte Reichsgründer» bezeichnet.³

Zwar wurden 1873 in der sogenannten Napoleon-Briefaffäre auch bereits Zweifel an Krupps Patriotismus formuliert, es gelang jedoch recht schnell, die Vorwürfe abzuschneiden, Krupp habe sich im Vorfeld des deutsch-französischen Krieges bei Napoleon III. angebiedert und um Kanonenaufträge gebeten. Das positive Gesamtbild Krupps bekam dann in der Zeit der Inhaberschaft Friedrich Alfred Krupps immer tiefere Risse. Die Stimmung gegenüber der Firma wandelte sich seit Beginn der 1890er Jahre allmählich und schlug dann in der Mitte des Jahrzehnts um. Das deutsche Unternehmen, das wie kein anderes für den deutschen industriellen Aufstieg, die neue wirtschaftliche und militärische Macht des Deutschen Reiches stand, wurde eben aufgrund seiner Ausnahmestellung mißtrauisch und kritisch betrachtet. Während der Krupp-Konzern weiter wuchs, breitete sich die Annahme aus, daß hier die Ausnahme- und in weiten Teilen auch Monopolstellung des Unternehmens zu einer finanziellen Ausbeutung des Staates durch die Industrie führe. Diese Haltung, die vom Leiter des Reichsmarineamtes, Tirpitz, teilweise bewußt unterstützt wurde, um bei Preisverhandlungen Druck auf die Firma auszuüben, griff bis weit in die bürgerliche Öffentlichkeit hinein Platz, was an den Auseinandersetzungen um die Beteiligung Krupps am Deutschen Flottenverein sowie an den Debatten über die Höhe der Panzerplattenpreise gezeigt wurde.

In der Firma erkannte man durch diese Vorgänge kurz nach der Jahrhundertwende, daß es nicht mehr genügte, die Darstellung der eigenen Position in erster Linie auf den Kaiser auszurichten. Auch eine Abkehr von der bisherigen Art der Pressearbeit schien geboten, die darin bestanden hatte, sich weitgehend auf Fachzeitschriften zu konzentrieren und die publizistische Vertretung der politischen Interessen an die Industrieverbände zu delegieren. Zugleich scheiterte das Konzept, gemeinsam mit anderen Unternehmen die großindustriellen politischen Positionen in einer eigenen Tageszeitung, den «Berliner Neuesten Nachrichten», vertreten zu lassen. Als die bedeutende finanzielle Beteiligung Krupps bekannt wurde, galt das Blatt als Sprachrohr Krupps und verlor damit seine journalistische Glaubwürdigkeit. Erst allmählich entwickelte man andere Mittel der Beteiligung an der öffentlichen Debatte, darunter die Stellungnahme der Firma, die man der Presse zur Veröffentlichung übermittelte und die als Keimzelle der Pressemitteilung bezeichnet werden kann.

3 Vgl.: «Journal des Débats» v. 17. 7. 1887: «(...) Les pièces sorties de ses usines ont fait toutes les campagnes de la Prusse de 1860 à 1870, et ce n'est pas sans raison qu'on l'a appelé en Al-

lemagne le troisième fondateur de l'Empire avec le prince de Bismarck et le maréchal de Moltke.»

Das gegen die Firma Krupp und ihren Inhaber vorgebrachte Mißtrauen meinte dabei in der Regel die Industrie und den Kapitalismus insgesamt. Besonders Friedrich Alfred Krupp schien seit den 1890er Jahren wie kein anderer dieses System zu verkörpern. Er wurde als der personifizierte Klassenfeind zum bevorzugten Ziel sozialdemokratischer Attacken. Sie gipfelten im Herbst 1902 in Berichten, daß F.A. Krupp auf Capri seinen homosexuellen Neigungen nachginge. Das sozialdemokratische Organ «Vorwärts» zielte dabei auf den Kapitalismus insgesamt, das ganze wirtschaftliche, soziale und politische System des Kaiserreiches, wenn es dem exponiertesten Vertreter dieses Systems moralische Verkommenheit und Dekadenz unterstellte. Die durch diese Enthüllungen entfesselte öffentliche Auseinandersetzung nahm tatsächlich Züge eines Klassenkampfes an. Dabei schien die Sozialdemokratie zunächst nur geringe Chancen zu haben gegen eine geschlossene bürgerliche Phalanx, die vom Kaiser angeführt wurde. Fehler Wilhelms II. und besonders der Industrie führten aber schließlich zu einem fulminanten Sieg der Sozialdemokratie, der sich auch in den Ergebnissen der Reichstagswahlen von 1903 niederschlug.

Die Debatten über die Höhe der Panzerplattenpreise, die Krise des Deutschen Flottenvereins und zuletzt die Capri-Affäre hatten der Firmenleitung noch einmal mit übergroßer Deutlichkeit die Tatsache vor Augen gestellt, daß Krupp, daß die Firma und ihre Inhaber nicht einfach private Geschäftsleute waren, sondern daß sie in allem auf der Bühne der Öffentlichkeit agierten und dabei von allen beobachtet wurden, von vielen sogar äußerst mißtrauisch beäugt. Es genügte fortan nicht mehr, eigene Interessen durchsetzen zu wollen, man mußte auch eigene Standpunkte, ja, das Unternehmen selbst vermitteln und um Vertrauen werben. Am Beispiel der Firma Krupp wird damit prototypisch die allgemeine Entwicklung sichtbar, daß nämlich die Wirtschaft und ihre Protagonisten allmählich, mit Beginn des 20. Jahrhunderts dann mit nicht mehr zu übersehender Deutlichkeit, vergleichbar mit staatlichen Institutionen und Personen in der Öffentlichkeit standen und sich dort zu behaupten hatten.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AK	Alfred Krupp
AK BN	Alfred Krupp Briefe und Niederschriften (FAH 2 M 78.1–78.21)
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv
BdL	Bund der Landwirte
CdI	Centralverband deutscher Industrieller
DFV	Deutscher Flottenverein
FAK	Friedrich Alfred Krupp
HZ	Historische Zeitschrift
NDB	Neue Deutsche Biographie
VDESI	Verband deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZUG	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Kruppsche Kanone auf der Londoner Weltausstellung 1851 (aus: Krupp/Zeitschrift der Kruppschen Werksgemeinschaft, Heft 8 v. 15. 1. 1934, 121; ÜF 2, 7.2 L 6.8, SA).	34
Abbildung 2: Geschäftskarte der Gußstahlfabrik Fried. Krupp, 1853/54 (WA 42 68a, 69; WA 16a 221; FAH 2 A 31a u. b; ÜF 2, 1.1.2, SA).	95
Abbildung 3: Geschäftskarte der Gußstahlfabrik Fried. Krupp, um 1845, Rückseite (FAH 2 A 31a, 2; ÜF 2, 1.1.13, SA + 1).	99
Abbildung 4: Der Kruppsche Stand auf der Weltausstellung in London 1862 mit nachträglich einmontiertem Firmenschild (WA 16 h 1).	104
Abbildung 5: Die Kruppsche Tausenpfünder-Kanone auf der Pariser Weltausstellung von 1867, Holztisch aus einer illustrierten Zeitung (WA 16 h 565; K 99 1246/10).	108
Abbildung 6: Schmuckblatt zur Weltausstellung in Paris 1867, Vorderseite. (WA 16m 1,19; K 99 1246/9).	109
Abbildung 7: Innenansicht des Krupp-Pavillons auf der Weltausstellung in Chicago 1893 (WA 16 h 64).	117
Abbildung 8: Inneres des Krupp-Pavillons auf der Chicagoeer Weltausstellung 1893, Seitenwand mit Werksansichten und einem Modell vom Alfred Krupp-Denkmal (WA 16 h 68).	120
Abbildung 9: Alfred Krupp-Denkmal von 1892 am Eingang der Gußstahlfabrik in Essen (WA 16 m 3,23.2; K 99 1246/21).	121
Abbildung 10: Geschäftskarte der Gußstahlfabrik Fried. Krupp in französischer Sprache um 1845, Vorderseite (FAH 2 A 31a, 1; ÜF 2, 1.1.5, SN/SA + 2).	129
Abbildung 11: Briefkopf aus der Zeit um 1850 mit Fabrikansicht und Ausstellungsmedaillen (WA 4/268a, 50).	130
Abbildung 12: Farbige Lithographie der Gußstahlfabrik Fried. Krupp von 1857 (WA 16 a 4; ÜF 2, 1.1.3, SN/SA + 3).	131
Abbildung 13: Panoramaaufnahme der Gußstahlfabrik von Westen, 1862 (WA 15 c 66.3; ÜF 2, 1.3.81, SA).	133
Abbildung 14: Modellfoto des Pivotkanonenbootes und der Panzerkanone zur Küstenbefestigung (WA 16 f 7,4; ÜF 2, 6.7.1, SA).	135
Abbildung 15: Grußkarte mit Abschlußfoto der Schießversuche am 7. und 8. 11. 1877 auf dem Schießplatz Bredelar (WA 16 e 76.2; K 99 1246/33).	137
Abbildung 16: Abschlußfoto nach Schießversuchen am 1. 2. 1887 vor einer japanischen Delegation auf dem Schießplatz Meppen (WA 16 e 76.7; K 99 1246/34).	137
Abbildung 17: Mitteilung über die Eintragung der drei Ringe als Kruppsches Firmenzeichen 1875 (ÜF 7, WA 63/19 1975; ÜF 2, 10.13.8, SA).	144
Abbildung 18: Erste Seite einer Werbeschrift des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation von 1858 (K 99 12 46/19).	150

- Abbildung 19: Gedenkblatt zum 25. Jahrestag der Fabrikübernahme durch Alfred Krupp als Alleininhaber am 24. 2. 1873. Aquarell von C. Scheuren (FAH 2 H 11 C; ÜF 2, 1.2.17, CN/CA). 176
- Abbildung 20: Friedrich Alfred Krupp. Gemälde von E. U. B. Piglhein, 1891 (ÜF 2, 14.5.1.12, SA). 195
- Abbildung 21: Erinnerungsfoto vom Probeschießen in Meppen am 28. 4. 1892 (WA 16 c 76.11; ÜF 2, 4.2.8.14, SA + 1). 201
- Abbildung 22: Villa Hügel, Holzstich aus «Leipziger Illustrierte Zeitung» v. 8. 11. 1890 (K 7.4, 17 Abb. 32; ÜF 2, 15.1.3.100; SN/SA). 221
- Abbildung 23: Das Kruppsche Stammhaus auf dem Fabrikgelände; Holzstich aus «Leipziger Illustrierte Zeitung» v. 8. 11. 1890 (K 7.4, 17 Abb. 31; ÜF 2, 2 St 4.4, SA + 1). 222
- Abbildung 24: Karikatur Krupps als Kriegsdämon. Aus «Ulk» v. 13. 7. 1900. (FAH 3 D 19, 15; K 99 1246/3). 293
- Abbildung 25: Satirische Darstellung der Nation als Melkkuh für Krupp. Aus «Simplicissimus» Nr. 2, 1901 (FAH 3 D 19, 19; K 99 1246/5). 297
- Abbildung 26: Karikatur «Zwei Bilder aus dem Leben eines Wohlthäters der Menschheit» aus «Der wahre Jacob» v. 6. 5. 1902 (FAH 3 D 19, 57; K 99 1246/7). 311
- Abbildung 27: F.A. Krupp an Bord eines Forschungsschiffes im Golf von Neapel. o.D. (F 24/44; K 99 1246/29). 312
- Abbildung 28: Bei der Beerdigung F.A. Krupps am 26. 12. 1902 folgte Kaiser Wilhelm II. dem Sarg an der Spitze des Trauerzuges. Aufnahme in der Altendorfer Straße bei der 8. Mechanischen Werkstatt (FAH 3 G 36, 8; ÜF 2, 14.5.4.10, SA). 324

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalische Quellen

<i>Bestände aus dem Historischen Archiv Krupp:</i>		GSt	Geschichtliche Studien
WA 1	Geschäftsbücher	S 2 FK 12	Broschüren zu den Weltausstellungen
WA 2	Kopierbücher		
WA 3	Korrespondenzmappen	S 2 FK 3/1	Statistische Daten
WA 4	Aktenstücke	FAH 1	Familien Archiv Hügel, bis 1826
WA 7	Einzelakten		
WA 9	Abschriften	FAH 2	Familien Archiv Hügel, 1826–1887
WA 10	Drucksachen, gebunden 1844–1971	FAH 3	Familien Archiv Hügel, 1887–1902, F.A. Krupp vor 1887, Margarethe v. Ende
WA 11	Drucksachen, nicht gebunden 1852–1966		
WA 12	Zeitschriften [Einzelhefte und Sonderdrucke von Zeitschriften zu Krupp-Themen 1859–1970.]	FAH 4	Familien Archiv Hügel, Krupp seit 1902
		FAH 22	Sekretariat F.A. Krupp 1887–1902
WA 13	Zeitungen [Einzelnummern von Zeitungen mit Artikeln über Krupp-Themen 1854–1967.]	FAH 23	Sekretariat Gustav Krupp von Bohlen und Halbach
WA 14	Zeitungsausschnitte [Einzelne Zeitungsausschnitte oder Themensammlungen zu Krupp-Themen 1820–1971.]	<i>Bestände aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg:</i>	
		N 253	Nachlaß Alfred v. Tirpitz
		RM 2	Akten des Kaiserlichen Marinekabinetts
WA 16	Fotobestand	RM 3	Akten des Reichsmarineamts
WA 41	Zentralregistratur		
WA 48	Besuchswesen		
WA 56	Geschichtliche Abteilung		
WA 60	Kleinere Zugänge	652	Nachlaß Theodor Reismann-Grone
WA 80	Bestand Bochumer Verein		

Stadtarchiv Essen

Gedruckte Quellen

Der Fall Krupp. Sein Verlauf und seine Folgen. München o.J. (1903).

Albert, Robert: Kaiser Adressen! Nebst einem Anhang: Krupp'scher Wohltätigkeitsschwindel. Ein Beitrag zum Fall Krupp. München 1903.

Ayaß, Wolfgang (Bearb.): Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik: 1867 bis 1914. Abt. 1. Von der

Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft: (1867–1881). Bd. 3. Arbeiterschutz. Stuttgart/Jena/New York 1996.

Baare, Louis: Gesetz-Entwurf betreffend die Errichtung einer Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Kasse nebst Motiven, in: Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik. Leipzig 1881, 69–90.

- Berdrow, Wilhelm (Hrsg.):** Alfred Krupps Briefe (1826–1887). Berlin 1928.
- Berghahn, Volker / Deist, Wilhelm (Hrsg.):** Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890–1914. Düsseldorf 1988.
- Beyer:** Die Arbeitercolonien der Gußstahl-fabrik von Friedrich Krupp in Essen, in: Deutsche Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege. 1874, 6, 615–623.
- Bismarck, Otto von:** Gespräche. Dritter Band: Von der Entlassung bis zum Tode Bismarcks, in: Gesammelte Werke Bd. 9. Hrsg. v. Willy Andreas. Berlin 3. Aufl. 1926.
- Bismarck, Otto von:** Gedanken und Erinnerungen. Mit e. Essay von Lothar Gall. Berlin 1990.
- Bluntschli, Joh. Caspar:** Lehre vom modernen Staat, Bd. 3: Politik als Wissenschaft. Stuttgart 1876.
- Boelcke, Willi A.:** Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten. Krupp-Korrespondenz mit Kaisern, Kabinettschefs und Ministern 1850–1918. Frankfurt/M. 1970.
- Bucher, Lothar:** Kulturhistorische Skizzen aus der Industrieausstellung aller Völker. Frankfurt/M. 1851.
- Bucher, Lothar:** Die Londoner Industrie-Ausstellung 1862, Berlin 1863.
- Bueck, Henry Axel:** Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901. 3 Bde. Berlin 1902–05.
- Bueck, Henry Axel:** Mein Lebenslauf. Hrsg. u. mit einer kommentierenden Einleitung von Werner Bühner. Stuttgart 1997.
- Deutsches Rechtswörterbuch, hrsg. v. d. Preußischen Akademie der Wissenschaften, Weimar 1914–1996.
- Deutsches Staats-Wörterbuch, hrsg. v. Bluntschli u. Brater. Stuttgart/Leipzig 1860.
- Dufree, W. F.:** Notes on Foreign Forgings at the Centennial Exhibition, in: Metallurgical Review 1/1877, 229–241.
- Exhibition of the Works of Industry of All Nations, 1851: Reports by the Juries. London 1852.
- Fuchs, Walther Peter (Hrsg.):** Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher. 4 Bde. Stuttgart 1968–1980. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg A 15, 24, 31, 32).
- Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm:** Deutsches Wörterbuch, Nachdr. d. Erstausgabe Leipzig 1860, München 1984.
- Grotjahn, Alfred:** Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes. Berlin 1931.
- Hassler, Theodor:** Aufzeichnungen über Bismarck und den Centralverband deutscher Industrieller, kommentiert v. Werner Frauendienst, in: Tradition 7, 1962, 223–233.
- Henning, Hansjoachim (Bearb.):** Dokumentation zur Organisationsgeschichte des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik; Beih. I,2,3). Wiesbaden 1978.
- Holtzendorff, Franz von:** Wesen und Werth der öffentlichen Meinung. München 1879.
- Jahrbuch des Deutschen Flotten-Vereins, hrsg. v. Sekretariat des Deutschen Flotten-Vereins, 1. Jahrgang Berlin 1900.
- Jahrbuch des Deutschen Flotten-Vereins, hrsg. v. Kanzleramt des Deutschen Flotten-Vereins, 2. Jahrgang Berlin 1901.
- Jencke, Hanns:** Bemerkungen zu dem neuesten Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes. Dresden 1876.
- Johann, Ernst (Hrsg.):** Reden des Kaisers. Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II. München 1966.
- Keim, August:** Erlebtes und Erstrebtes. Lebenserinnerungen von Generalleutnant Keim. Hannover 1925.
- Kellen, Tony:** Die Firma Krupp und ihre soziale Tätigkeit. Hamm 1903.

- X **Kellen, Tony:** Die Entwicklung der Krupp'schen Werke unter Friedrich Alfred Krupp, in: Westermanns Monatshefte 1904, 679 ff.
- Kassel X **Kellen, Tony:** Friedrich Alfred Krupp und sein Werk. Braunschweig 1904.
- Kley, W.:** Bei Krupp. Eine Socialpolitische Reiseskizze. Leipzig 1899.
- Knies, Karl:** Der Telegraph als Verkehrsmittel: Über den Nachrichtenverkehr überhaupt. Ungekürzter Faksimile Nachdruck der Ausgabe Tübingen 1857. München 1996. (Ex Eibris Kommunikation, Bd. 6).
- Kollmer, Gert (Bearb.):** Dokumentation zur Organisationsgeschichte der Zentralen Arbeitgeberverbände. Wiesbaden 1985. (Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik; Beih. I,1,4).
- Kürschner, Joseph:** Handbuch der Presse. für Schriftsteller, Redaktionen, Verleger, überhaupt für alle, die mit der Presse in Beziehung stehen. Berlin/Eisenach/Leipzig 1902.
- List, Friedrich:** Grundzüge eines Planes zu einer Nationalindustrie- und Kunstausstellung während der Messen in Frankfurt und Leipzig, in: ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. I/2, 1933, 562–565.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich:** Revue, Mai bis Oktober 1850, in: Marx Engels Werke Bd. 7. Berlin 1964.
- Meisbach, Julius:** Friedrich Alfred Krupp, wie er lebte und starb. Köln 1903.
- Meyers Konversations-Lexikon.** 5. Aufl. Leipzig und Wien 1897.
- Muehlon, Wilhelm:** Ein Fremder im eigenen Land. Erinnerungen und Tagebuchaufzeichnungen eines Krupp-Direktors 1908–1914. Hrsg. v. Wolfgang Benz. Bremen 1989.
- Kassel X **Müller, Friedrich C. G.:** Krupp's Gußstahl-fabrik. Düsseldorf o.J. [1894].
- Naumann, Friedrich:** Flotte und Reaktion. Berlin 1899.
- Penzler, Johannes (Hrsg.):** Die Reden Kaiser Wilhelms II. in den Jahren 1888–1895. Leipzig 2 Bde. o.J.
- Rassow, Hermann:** Die deutsche Flotte und das deutsche Volk, in: Göttinger Arbeiterbibliothek 2/1897, 97–128.
- Röhl, John C. G. (Hrsg.):** Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz. 3 Bde. Boppard 1976–83.
- Sombart, Werner:** Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1903.
- Sombart, Werner:** Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, Leipzig 1913.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages.**
- Tennstedt, Florian (Bearb.):** Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik: 1867 bis 1914. Abt. 1. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft: (1867 – 1881). Bd. 2. Von der Haftpflichtgesetzgebung zur ersten Unfallversicherungsvorlage. Stuttgart/Jena/New York 1993.
- Tennstedt, Florian (Bearb.):** Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik: 1867 bis 1914. Abt. 1. Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft: (1867 – 1881). Bd. 1. Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Stuttgart/Jena/New York 1994.
- Tennstedt, Florian (Bearb.):** Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik: 1867 bis 1914. Abt. 2. Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890) Bd. 2., Teil 1. Von der zweiten Unfallversicherungsvorlage bis zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. Stuttgart/Jena/New York 1995.
- Tirpitz, Alfred von:** Erinnerungen. Leipzig 1919.
- Tirpitz, W. v.:** Wie hat sich der Staatsbetrieb beim Aufbau der Flotte bewährt? Leipzig 1923.
- Treitschke, Heinrich von:** Rede zur Feier der fünfundzwanzigjährigen Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm I. gehalten im großen Hörsaal der Berliner Friedrich Wilhelms-Univer-

- sität am 4. Januar 1896, in: ders., Deutsche Kämpfe. Neue Folge. Schriften zur Tagespolitik, Leipzig 1896, 353–368.
- Tresckow, Hans von:** Von Fürsten und anderen Sterblichen. Erinnerungen eines Kriminalkommissars. Berlin 1922.
- Waldersee, Alfred Graf von:** Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. Heinrich Otto Meisner. 3 Bde. Stuttgart 1923.
- Weber, Max,** Gesamtausgabe, I. Abt. Bd. 4.1

Literaturverzeichnis

- Zwei Jahrhunderte im Spiegel der «Rheinisch-Westfälischen Zeitung». Aus Anlaß des 200jährigen Bestehens hrsg. v. Verlag Th. Reismann-Grone GmbH. Essen 1938.
- Ambrosius, Gerold:** Staat und Wirtschaft, in: Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen. Hrsg. v. dems. u. Dietmar Petzina. München 1996, 355–374.
- Ambrosius, Gerold/Petzina, Dietmar (Hrsg.):** Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen. München 1996.
- Apel, Claus:** Gestalt- und Aussagewandlungen des illustrierten Firmenbriefkopfes im 19. Jahrhundert, in: Fabrik im Ornament. Ansichten auf Firmenbriefköpfen des 19. Jahrhunderts. Ausstellung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe u. a. Münster 1980, 84–98.
- Augustine, Dolores L.:** Patricians and Parvenues. Wealth and High Society in Wilhelmine Germany. Oxford/Providence, USA 1994.
- Bachfeld, Hanns Ludwig:** Hanns Jencke, in: NDB, Bd. 10. Berlin 1974, 399–400.
- Baedeker, Dietrich:** Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen. 2. Aufl. Essen 1912.
- Bajohr, Frank:** Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg. Essen 1988.
- und 4.2, Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892–1899. Hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1993.
- Weber, Max:** Gesammelte politische Schriften. Hrsg. v. Johannes Winckelmann. 2. Aufl. Tübingen 1958.
- Wilhelm II.:** Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918. Leipzig und Berlin 1922.
- Bak, Geun-Gab:** Industrielle Interessenpolitik im frühen Kaiserreich. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 1874–1895. Bielefeld 1987.
- Bartel, Walter:** Karl Liebknecht gegen Krupp. Stuttgart 1951.
- Basler, Otto/Redlich, Fritz:** Reklame. Die Bezeichnung und ihre Geschichte, in: Preußische Jahrbücher 234, 1933, 244–251.
- Bauer, Wilhelm:** Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. Neudruck der Ausgabe Tübingen 1914. Aalen 1981.
- Becker-Romba, Christiane:** Die Denkmäler der Familie Krupp, in: Essener Beiträge 108, 1996, 113–190.
- Behrens, Karl Christian:** Absatzwerbung. Wiesbaden 1964.
- Beitz, Else:** «Das wird gewaltig ziehen und Früchte tragen!» Industriepädagogik in den Großbetrieben des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg dargestellt am Beispiel der Firma Fried. Krupp. Essen 1994.
- Bendix, Reinhard:** Herrschaft und Industriearbeit. Untersuchungen über Liberalismus und Autokratie in der Geschichte der Industrialisierung. Frankfurt/M. 1960.
- Benz, Wolfgang:** Der Fall Muehlon, Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des Ersten Weltkrieges, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 18, 1970, 343–365.

16 Farber, Hans, 1920, 6, 3, 1409
 Arbeitsstand Histor. Seminar

- Benz, Wolfgang:** Die Entstehung des Kruppschen Nachrichtendienstes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 24, 1976, 199–212.
- Berdrow, Wilhelm:** Friedrich Krupp der Gründer der Gußstahlfabrik in Briefen und Urkunden. Hrsg. im Auftrag der Firma Fried. Krupp AG. Essen 1915.
- Berdrow, Wilhelm:** Alfred Krupp, 2 Bde. Berlin 1927.
- Berdrow, Wilhelm:** Friedrich Krupp der Erfinder und Gründer. Leben und Briefe. Berlin 1929.
- Berdrow, Wilhelm:** Die Familie Krupp in Essen von 1587 bis 1887. Essen 1931.
- Berdrow, Wilhelm:** Alfred Krupp. Berlin 1932.
- Berdrow, Wilhelm:** Friedrich Krupp, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Bd. I. Münster/Westf. 1932, 20–37.
- Berdrow, Wilhelm:** 125 Jahre Krupp, Zeitschrift der Kruppschen Betriebsgemeinschaft, 28. Jg (Neue Folge), Nr. 4, Essen 1936.
- Berdrow, Wilhelm:** Alfred Krupp und sein Geschlecht. 150 Jahre Krupp – Geschichte 1787–1937 nach den Quellen der Familie und des Werks. Berlin 1937.
- Berdrow, Wilhelm:** Alfred Krupp und sein Geschlecht. Die Familie Krupp und ihr Werk von 1787–1940 nach den Quellen des Familien- und Werksarchivs geschildert. Berlin 1943.
- Berger, Louis:** Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild (zuerst 1895). 5. Aufl. Leipzig 1925.
- Berghahn, Volker:** Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II., in: HZ 210, 1970, 34–100.
- Berghahn, Volker:** Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II. Düsseldorf 1971.
- Berghahn, Volker:** Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des «Kalten Krieges» vor 1914. Düsseldorf 1973.
- Berghahn, Volker:** Des Kaisers Flotte und die Revolutionierung des Mächtesystems vor 1914, in: Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte. Hrsg. v. John C.G. Röhl. München 1991, 173–188.
- Berghoff, Hartmut:** Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt. Hohner und die Harmonika 1857–1961. Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte. Paderborn 1997.
- Berghoff, Hartmut:** Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. Industrieller Paternalismus, Hohner von 1857 bis 1918, in: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, 167–204.
- Bergier, Jean-François:** The Industrial Bourgeoisie and the Rise of the Working Class 1700–1914, in: The Fontana Economic History of Europe Vol. III. Hrsg. v. Carlo M. Cipolla. London/Glasgow 1971.
- Berlepsch, Hans-Jörg von:** «Neuer Kurs» im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890 bis 1896. Bonn 1987.
- Bertram, Walther:** Jacob Mayer, der Erfinder des Stahlformgusses. Berlin 1938.
- Bertram, Walther:** Jacob Mayer, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Bd. VI. Münster/Westf. 1954, 34–59.
- Beumer, Wilhelm:** Das Alfred-Krupp-Denkmal, in: Stahl und Eisen 1892.
- Beyer, Burkhard:** Ein «Musterbeispiel» des industriellen Patriarchalismus? Zur Sozialgeschichte der Angestellten bei Krupp bis 1914, in: Essener Beiträge 110, 1998, 39–68.
- Binder, Elisabeth:** Die Entstehung unternehmerischer Public Relations in der Bundesrepublik Deutschland. Münster 1983.
- Blaich, Fritz:** Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945. Wiesbaden 1979.
- Blaich, Fritz:** Absatzstrategien deutscher Unternehmen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Absatz-

- strategien deutscher Unternehmen. Gestern – Heute – Morgen. Referate und Diskussionsbeiträge der 6. öffentlichen Vortragsveranstaltung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. Hrsg. v. Hans Pohl. Wiesbaden 1982 (ZUG, Beiheft 23), 5–46.
- Bobrowsky, Manfred/Langenbacher, Wolfgang R.** (Hrsg.): Wege zur Kommunikationsgeschichte. München 1987.
- Böhme, Helmut:** Deutschlands Weg zur Großmacht. Köln/Berlin 1966.
- Böhme, Helmut:** Bismarcks Schutzzollpolitik und die Festigung des konservativen Staates, in: Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879. Hrsg. v. dems. Köln/Berlin 1968, 328–353.
- Böhme, Helmut:** Bankenkonzentration und Schwerindustrie 1873–1896, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler. Göttingen 1974, 432–451.
- Böse, Georg:** Wirtschaft und Presse. Ein historisch-soziologischer Versuch über die Wechselwirkungen der Wirtschaft und der Presse. Heidelberg 1931.
- Bongartz, Wolfram:** Unternehmensleitung und Kostenkontrolle in der Rheinischen Montanindustrie vor 1914 dargestellt am Beispiel der Firmen Krupp und Gutehoffnungshütte, in: ZUG 29, 1984, 33–55, 73–113.
- Borchardt, Knut:** Der Unternehmerhaushalt als Wirtschaftsbetrieb, in: Villa Hügel. Das Wohnhaus Krupp in Essen. Hrsg. v. Tilmann Buddensieg. Berlin 1984, 10–31.
- Born, Karl Erich:** Die Motive der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, in: Die Arbeiterversorgung 62, 1960, 33–39.
- Born, Karl Erich:** Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte. Hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler. Köln/Berlin 1966, 271–284.
- Born, Karl Erich:** Staat und Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich, in: Geschichte in der Gegenwart. Festschrift für Kurt Kluxen zu seinem 60. Geburtstag. Hrsg. v. Ernst Heinen u. Hans Julius Schoeps. Paderborn 1972, 179–197.
- Borscheid, Peter:** Am Anfang war das Wort. Die Wirtschaftswerbung beginnt mit der Zeitungsannonce, in: Bilderwelt des Alltags. Festschrift für Hans Jürgen Teutenberg. Hrsg. v. dems. u. Clemens Wischermann. Stuttgart 1995, 20–43.
- Breger, Monika:** Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891. Frankfurt/M. 1982.
- Bruch, Rüdiger vom:** Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, in: Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer. Hrsg. v. dems. München 1985, 61–179.
- Brüggemeier, Franz Josef:** Die Krupp'schen Krankenanstalten (1870–1914). Herzogenrath 1990.
- Brunhuber, Robert:** Das moderne Zeitungswesen (System der Zeitungslehre). Leipzig 1908.
- Buchli, Hans:** 6000 Jahre Werbung. Geschichte der Wirtschaftswerbung und der Propaganda. 3 Bde. Berlin 1962–66.
- Buddensieg, Tilmann (Hrsg.):** Villa Hügel. Das Wohnhaus Krupp in Essen. Berlin 1984.
- Calogeras, Roy C.:** Die Krupp-Dynastie und die Wurzeln des deutschen Nationalcharakters. Eine psychoanalytische Kulturstudie. München, Wien 1989.
- Däbritz, Walther:** Die Finanzgeschichte der Kruppschen Gußstahlfabrik unter ihrem Gründer Friedrich Krupp, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 41, 1923, 1–39.
- Däbritz, Walther:** Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum. Neun Jahrzehnte seiner Geschichte im Rahmen der Wirtschaft des Ruhrbezirks. Düsseldorf 1934.

- Dahrendorf, Ralf:** Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965.
- Daniel, Ute:** Die Politik der Propaganda. Zur Praxis gouvernementaler Selbstrepräsentation vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, in: Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung. Hrsg. v. ders. u. Wolfram Siemann. Frankfurt/M. 1994, 44–82.
- Deist, Wilhelm:** Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes 1897–1914. Stuttgart 1976.
- Delporte, Christian:** Presse et culture de masse en France (1880–1914), in: Revue Historique 605, 1998, 93–121.
- Demuth, Alexander/Garbett, Thomas F.:** Unternehmenswerbung. Corporate Advertising. Das Was – Das Warum – Das Wie. Hamburg 1984.
- Dewitz, Bodo von:** «Die Bilder sind nicht teuer und ich werde Quantitäten davon machen lassen!» Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt, in: Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. München 1994, 41–66.
- Dickhoff, Erwin:** Essener Köpfe, wer war was? Essen 1985.
- Dröge, Kurt:** Zur Geschichte des Firmenbriefbogens als Geschäftsdrucksache im 19. Jahrhundert, in: Fabrik im Ornament. Ansichten auf Firmenbriefköpfen des 19. Jahrhunderts. Ausstellung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe u. a. Münster 1980, 65–73.
- Düding, D. (Hrsg.):** Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek 1988.
- Dumke, Rolf H.:** Anglo-deutscher Handel und Frühindustrialisierung in Deutschland 1822–1860, in: Geschichte und Gesellschaft 5, 1979, 175–355.
- Dyck van, Arthur:** Geschichte der «Rheinisch-Westfälischen Zeitung», in: Sonderausgabe der Rheinisch-Westfälischen Zeitung: 200 Jahre Rheinisch-Westfälische Zeitung. 1938, April.
- Eley, Geoff:** Sammlungspolitik, Social Imperialism and the Navy Law of 1898, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 15, 1974, 29–63.
- Eley, Geoff:** Reshaping the German Right: Radical Nationalism and Political Change after Bismarck. London 1980.
- Eltzbacher, Paul:** Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik. Jena 1918.
- Engelmann, Bernt:** Krupp. Legenden und Wirklichkeit. 4. Aufl. München 1986.
- Epkenhans, Michael:** Großindustrie und Schlachtfloottenbau 1897–1914, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 43, 1988, 65–140.
- Epkenhans, Michael:** Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse. F.A. Krupp und die Anfänge des deutschen Schlachtfloottenbaus 1897–1902, in: Geschichte und Gesellschaft 15, 1989, 196–226.
- Epkenhans, Michael:** Die Wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration. München 1991.
- Erdmann, Gerhard:** Die Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung. Berlin/Frankfurt 1957.
- Eschenburg, Theodor:** Das Jahrhundert der Verbände. Lust und Leid organisierter Interessen in der deutschen Politik. Berlin 1989.
- Essens Entwicklung 1812–1912,** herausgegeben aus Anlaß der hundertjährigen Jubelfeier der Firma Krupp vom Verkehrsverein für den Stadt- und Landkreis Essen, e.V. Essen 1912.
- Eyll, Klara van:** Die Geschichte einer Handelskammer, dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen 1840–1910. Köln 1964.
- Eyll, Klara van:** Aspekte der Industrialisierung des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Eisen- und Stahlindustrie, in: Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter Bd. 1: Von

- der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung. Hrsg. v. Kurt Düwell u. Wolfgang Köllmann. Wuppertal 1983, 186–196.
- Fauk, Heiko:** Die Bewertung der Person «Otto von Bismarck» in den Neujahrsartikeln der «Vossischen Zeitung»: 1845–1934, in: *Historical Social Research* 21, 1996, 96–114.
- Feldenkirchen, Wilfried:** Banken und Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Zur Entwicklung ihrer Beziehungen 1873–1914, in: *Bankhistorisches Archiv* 1979, Heft 2, 26–52.
- Feldenkirchen, Wilfried:** Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879–1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen. Wiesbaden 1982. (ZUG, Beiheft 20).
- Fischer, Bruno:** Werbung und Organisation – ihre Bedeutung für den Fabrikbetrieb. Phil. Diss. Leipzig 1929.
- Fischer, Fritz:** Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Düsseldorf 1969.
- Fischer, Heinz-Dietrich:** Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. München 1972.
- Fischer, Heinz-Dietrich:** Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts. München 1975.
- Fischer, Wolfram:** Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat. Die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jahrhunderts. Berlin 1964.
- Fischer, Wolfram:** Herz des Reviers. 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen-Mühlheim-Oberhausen. Essen 1965.
- Fischer, Wolfram:** Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871 – 1914, in: *Interdependenzen von Politik und Wirtschaft*. Berlin 1967, 431–456.
- Fischer, Wolfram:** Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Deutschland am Beginn der Industrialisierung, in: *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze-Studien-Vorträge*. Hrsg. v. dems. Göttingen 1972, 60–74.
- Fischer, Wolfram:** Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: *Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert*. Hrsg. v. Hans Pohl. Wiesbaden 1979 (ZUG, Beiheft 12), 34–51.
- Flemming, Jens:** Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925. Bonn 1978.
- Flora, Peter/Heidenheimer, Arnold J. (Hrsg.):** *The Development of Welfare States in Europe and America*. New Brunswick/London 1981.
- Forstmeier, F:** Der Tirpitzsche Flottenbau im Urteil der Historiker, in: *Marine und Marinepolitik in Deutschland 1871–1914*. Hrsg. v. H. Schottelius u. W. Deist. Düsseldorf 1972, 34–53.
- Fremdling, Rainer:** Modernisierung und Wachstum der Schwerindustrie in Deutschland 1830–1860, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5, 1979, 201–335.
- Fremdling, Rainer:** Eisen, Kohle und Stahl, in: *VSWG Beih.* 78, 1986, 347–370.
- Frerich, Johannes/Frey, Martin (Hrsg.):** *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 1: Von der industriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reiches. München/Wien 1993.
- Fricke, Dieter:** Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830–1945. Leipzig 1970.
- Fridenson, Patrick:** Herrschaft im Industrieunternehmen. Deutschland und Frankreich 1880–1914, in: *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*. Hrsg. v. Jürgen Kocka. 3 Bde. Göttingen 1995 (zuerst München 1988), Bd. 2, 65–91.
- Frobenius, Hermann:** Alfred Krupp. Ein Lebensbild. Dresden 1889.
- Fuchs, Walther Peter:** Studien zu Großher-

- zog Friedrich I. von Baden. Stuttgart 1995.
- Gall, Lothar:** Benjamin Constant. Seine politische Ideenwelt und der deutsche Vormärz. Wiesbaden 1963.
- Gall, Lothar:** Zu Ausbildung und Charakter des Interventionsstaates, in: HZ 227, 1978, 552–570.
- Gall, Lothar:** Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt/Berlin/Wien 1980.
- Gall, Lothar (Hrsg.):** Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. München 1993.
- Gall, Lothar:** Bürgerliche Repräsentationskultur und familiäre Intimität, in: Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. München 1994, 203–214.
- Gall, Lothar:** Die Deutsche Bank von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1870–1914, in: Lothar Gall/Gerald Feldman/Harold James/Carl Ludwig Holtfrerich/Hans E. Büschgen, Die Deutsche Bank 1870–1995. München 1995, 1–135.
- Gall, Lothar:** Liberalismus und «bürgerliche Gesellschaft». Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze. Hrsg. v. Dieter Hein u. Andreas Schulz. München 1996, 99–125.
- Gall, Lothar:** «...ich wünschte ein Bürger zu sein.» Zum Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, in: Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze. Hrsg. v. Dieter Hein u. Andreas Schulz. München 1996, 3–21.
- Gall, Lothar:** Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch, in: Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze. Hrsg. v. Dieter Hein u. Andreas Schulz. München 1996, 22–37.
- Gall, Lothar:** «Reichsgründer»: Otto von Bismarck und Alfred Krupp, in: Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag. Bd. 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert. Hrsg. v. Hans-Jürgen Gerhard. Stuttgart 1997, 447–455.
- Georgel, Chantal:** L'économie sociale au Creusot: patronage ou paternalisme?, in: Les Schneider, Le Creusot. Une famille, une entreprise, une ville (1836–1960). Paris 1995, 318–331.
- Gerlach, Hellmut von:** August Bebel. Ein biographischer Essay. München 1909.
- Gessner, Dieter:** Industrialisierung, staatliche Gewerbepolitik und die Anfänge und Entwicklung des industriellen Ausstellungswesens in Deutschland, in: Kunstpolitik und Kunstförderung im Kaiserreich. Hrsg. v. Ekkehard Mai. Berlin 1982, 131–148.
- Gladen, Albin:** Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Wiesbaden 1974.
- Groth, Otto:** Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). 4 Bde., Mannheim 1928–1930.
- Guratzsch, Dankwart:** Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums. Düsseldorf 1974.
- Haas, Stefan:** Die neue Welt der Bilder: Werbung und visuelle Kultur der Moderne, in: Bilderwelt des Alltags. Festschrift für Hans Jürgen Teuteberg. Hrsg. v. Peter Borscheid u. Clemens Wischermann. Stuttgart 1995, 64–77.
- Habermas, Jürgen:** Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt/M. 1962.
- Haedrich, Günther:** Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, in: Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Hrsg. v. dems. u. Günter Bartheneier. Berlin/New York 1982, 67–75.
- Haedrich, Günther:** Public Relations im System des Strategischen Managements, in: Ist Public Relations eine Wissenschaft? Eine Einführung. Hrsg. v. Horst Avenarius u. Wolfgang Armbrrecht. Opladen 1992, 257–278.

- Hale, Oron James:** Publicity and Diplomacy, with special reference to England and Germany, 1890–1914. New York/London 1940.
- Hallgarten, George W. F.:** Imperialismus vor 1914, 2 Bde. München 1951.
- Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim:** Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute. Frankfurt/Köln 1974.
- Hallmann, H.:** Der Weg zum deutschen Schlachtfloottenbau. Stuttgart 1933.
- Halter, Utz:** Die Londoner Weltausstellung von 1851. Ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlich-industriellen Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Münster 1971.
- Halter, Utz:** Die «Welt als Schaustellung». Zur Funktion und Bedeutung der internationalen Industrieausstellung im 19. und 20. Jahrhundert, in: VSWG 60/1, 1973, 1–40.
- Hank, Manfred:** Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890–1898. München 1977.
- Hategan, Christa:** Kommunikationstheoretische Aspekte der Public Relations Arbeit in der Wirtschaft – dargestellt am Beispiel der «Stabsabteilung Information» der Fried. Krupp GmbH, Essen. Hamburg 1975.
- Hategan, Christa:** Berufsgeschichte der Öffentlichkeitsarbeit, in: pr-magazin 11, 1988, 29–36.
- Hategan, Christa:** Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit. Eingrenzung für die Aus- und Weiterbildung. Hamburg 1991.
- Heenemann, Horst:** Die Auflagenhöhe der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklung und ihre Probleme. Berlin 1929.
- Heidorn, Günter:** Monopole–Presse–Krieg. Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges. Studien zur deutschen Außenpolitik in der Periode von 1902 bis 1912. Berlin (Ost) 1960.
- Hellwig, Fritz:** Karl Ferdinand Frh. v. Stumm–Hallberg 1836–1901. Heidelberg/Saarbrücken 1936.
- Henle, Susanne:** Allegorie – Sinnbild – Arabeske. Zur Selbstdarstellung von Unternehmen auf Briefköpfen des 19. Jahrhunderts, in: Fabrik im Ornament. Ansichten auf Firmenbriefköpfen des 19. Jahrhunderts. Ausstellung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe u. a. Münster 1980, 74–83.
- Henning, Hansjoachim:** Soziale Verflechtungen der Unternehmer in Westfalen 1860–1914. Ein Beitrag zur Diskussion um die Stellung der Unternehmer in der Gesellschaft des deutschen Kaiserreiches, in: ZUG 23, 1978, 1–30.
- Hentschel, Volker:** Das System der sozialen Sicherheit in historischer Sicht 1880 bis 1975, in: Archiv für Sozialgeschichte 18, 1978, 307–352.
- Hentschel, Volker:** Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880–1980). Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht Frankfurt/M. 1983. (=Neue Historische Bibliothek).
- Herwig, Holger H.:** «Luxury» Fleet. The Imperial German Navy 1888–1918. London 1980.
- Herz, Rudolf:** Gesammelte Fotografien und fotografierte Erinnerungen. Eine Geschichte des Fotoalbums an Beispielen aus dem Krupp-Archiv, in: Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. München 1994, 241–267.
- Hettling, Manfred/Nolte, Paul:** Bürgerliche Feste als symbolische Politik im 19. Jahrhundert, in: Bürgerliche Feste. Hrsg. v. dens. Göttingen 1993, 7–36.
- Heuer, Gerd F.:** Entwicklung der Annoncen-Expeditionen in Deutschland. Frankfurt/M. 1937.
- Heuss, Theodor:** Alfred Krupp 1812–1887, in: Deutsche Gestalten. Studien zum 19. Jahrhundert, 3. Aufl. Stuttgart u. a. 1951.
- Heuss, Theodor:** 150 Jahre Krupp. Gedenkrede zu Essen am 20. November 1961, Tübingen 1962.
- Heyck, Eduard:** Die Allgemeine Zeitung

- 1798–1898. Beiträge zur Geschichte der deutschen Presse. München 1898.
- Hilger, Susanne:** Sozialpolitik und Organisation. Formen betrieblicher Sozialpolitik in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933. Stuttgart 1996 (ZUG, Beiheft 94).
- Hockerts, Hans Günter:** Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland. Ein Bericht über die neuere Forschung, in: HZ 237/1983, 361–184.
- Hölscher, Lucian:** Öffentlichkeit, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze u. a., Bd. 4, 413–467.
- Homburg, Heidrun:** Werbung – «eine Kunst, die gelernt sein will». Aufbrüche in eine neue Warenwelt 1750–1850, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1, 1997, 11–52.
- Horn, Hannelore:** Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals. Eine politologische Untersuchung über die Rolle eines wirtschaftlichen Interessenverbandes im Preußen Wilhelms II. Köln/Opladen 1964.
- Hull, Isabel V.:** The Entourage of Kaiser Wilhelm II 1888–1918. Cambridge etc. 1982.
- Hull, Isabell V.:** «Persönliches Regiment», in: Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte. Hrsg. v. John C.G. Röhl. München 1991, 3–23.
- Hundhausen, Carl:** Werben oder beherrschen. Über Wesen und Bedeutung der Wirtschaftswerbung. Essen 1950.
- Hundhausen, Carl:** Werbung um öffentliches Vertrauen: Public Relations. Essen 1951.
- Hundhausen, Carl:** Industrielle Publizität als Public Relations. Essen 1957.
- Hundhausen, Carl:** Wirtschaftswerbung. Essen 1963.
- Hundhausen, Carl:** Public Relations: Eine Analyse, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 36/2, 1966, 76–94.
- Hundhausen, Carl:** Public Relations: Theorie und Systematik. Berlin 1969.
- Hundhausen, Carl:** Werbung: Grundlagen. Berlin 1969.
- Huth, Rupert/Pflaum, Dieter:** Einführung in die Werbelehre. 5. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln 1993.
- Ingenkamp, Konstantin:** Werbung und Gesellschaft. Hintergründe und Kritik der kulturwissenschaftlichen Reflexion von Werbung. Frankfurt/M./Berlin/Bern u. a. 1996.
- Isay, Raymond:** Panorama des Expositions Universelles. Paris 1937.
- Jaeger, Hans:** Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918). Bonn 1967.
- Jaeger, Hans:** Unternehmer in der deutschen Politik im wilhelminischen Deutschland, in: Tradition 13, 1968, 1–21.
- Jahn, Robert:** Essener Geschichte. Die geschichtliche Entwicklung im Raum der Großstadt Essen. Essen 1952.
- Jessen, Ralph:** Polizei, Wohlfahrt und die Anfänge des modernen Sozialstaates in Preußen während des Kaiserreiches, in: Geschichte und Gesellschaft 20, 1994, 157–180.
- Jilg, G.:** Der neue Kurs in der deutschen Pressepolitik 1890–1914. Die Pressestelle des Auswärtigen Amtes unter Dr. Otto Hammann. Phil. Diss. Wien 1959.
- Jindra, Zdenek:** Zur Entwicklung und Stellung der Kanonenausfuhr der Firma Friedrich Krupp/Essen 1854–1912, in: Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen. Festschrift für Hans Pohl zum 60. Geburtstag. Hrsg. v. Wilfried Feldenkirchen u. Frauke Schönert-Röhlk. Stuttgart 1995, 956–976.
- Jungblut, Peter:** Unter vier Reichskanzlern. Otto Hammann und die Pressepolitik der deutschen Reichsleitung 1890–1916, in: Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung. Hrsg. v. Ute Daniel u. Wolfram Siemann. Frankfurt/M. 1994, 101–116.

- Kaelble, Hartmut:** Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Der Centralverband Deutscher Industrieller 1875–1915. Berlin 1967. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 27).
- Kaelble, Hartmut:** Industrielle Interessenverbände vor 1914, in: Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts. Hrsg. v. Walter Ruegg u. Otto Neuloh. Göttingen 1971, 180–192.
- Kaiser, Jochen-Christoph/Loth, Wilfried (Hrsg.):** Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik Stuttgart 1997. (Konfession und Gesellschaft, Bd. 11).
- Kamberger, Klaus:** Flottenpropaganda unter Tirpitz. Öffentliche Meinung und Schlachtfloottenbau (1897–1900). Wien 1966.
- Kardorff, Siegfried v.:** Wilhelm v. Kardorff. Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. (1828–1907). Berlin 1936.
- Kehr, Eckart:** Schlachtfloottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus. Berlin 1930.
- Kehr, Eckart:** Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda, in: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. dems. u. Hans-Ulrich Wehler. Berlin 1965, 130–148.
- Kehr, Eckart:** Die deutsche Flotte in den neunziger Jahren und der politisch-militärische Dualismus des Kaiserreiches, in: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. dems. u. Hans-Ulrich Wehler. Berlin 1975, 111–129.
- Kehr, Eckart:** Die Rüstungsindustrie, in: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. dems. u. Hans-Ulrich Wehler. Berlin 1975, 184–197.
- Kennedy, Paul:** The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914. London 1980.
- Kessler, Uwe:** Zur Geschichte des Managements bei Krupp. Von den Unternehmensanfängen bis zur Auflösung der Fried. Krupp AG (1811–1943). Stuttgart 1995.
- Kiesewetter, Hubert:** Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914. Frankfurt/M. 1989.
- Kill, Susanne:** Politische Konstituierungsfaktoren des Bürgertums, in: Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. Hrsg. v. Lothar Gall. München 1993, 183–202.
- Kirchner, Hans-Martin:** «Stahl und Eisen». Aus den Anfängen der Öffentlichkeitsarbeit deutscher Industrieverbände, in: Publizistik. Vierteljahrshefte für Kommunikationsforschung 29, 1984, 7–33.
- Klass, Gert von:** Die drei Ringe. Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens. Tübingen 1953.
- Klass, Gert von:** Aus Schutt und Asche. Krupp nach fünf Menschenaltern. Tübingen 1961.
- Knight, Carlo:** Krupp a Capri. Un scandalo d'altri tempi (e un dei tempi nostri). o.O. (Capri) 1989.
- Knips, Achim:** Deutsche Arbeitgeberverbände der Eisen- und Stahlindustrie 1888–1914. Stuttgart 1996.
- Kocka, Jürgen:** Industrielles Management: Konzeptionen und Modelle in Deutschland vor 1914, in: VSWG 56, 1969, 332–372.
- Kocka, Jürgen:** Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkung, in: Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Hrsg. v. Heinrich August Winkler. Göttingen 1974, 19–35.

- Kocka, Jürgen:** Unternehmer in der deutschen Industrialisierung. Göttingen 1975.
- Kocka, Jürgen:** Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriß, in: Klassen in der europäischen Sozialgeschichte. Hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler. Göttingen 1979, 137–165.
- Kocka, Jürgen:** Familie, Unternehmer und Kapitalismus. An Beispielen aus der frühen deutschen Industrialisierung, in: ZUG 24, 1979, 99–135.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.):** Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. 3 Bde. München 1988.
- Köhler, P. u. a., (Hrsg.):** Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der BRD, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz. Berlin 1981.
- Köhne, Renate:** Das Krupp-Archiv, in: Archiv und Wirtschaft 13,2, 1980, 37–43.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** Krupp, in: Neue Deutsche Biographie Bd. 13. Berlin 1982, 128–145.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** Private Kunstförderung im Kaiserreich am Beispiel Krupp, in: Kunstpolitik und Kunstförderung im Kaiserreich. Kunst im Wandel der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Hrsg. v. Ekkehard Mai u. Hans Pohl. Berlin 1982, 55–81.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** Das Historische Archiv der Fried. Krupp GmbH – Beispiel eines Unternehmens- und Familienarchivs, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe. 22, 1984, 30–33.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** Fried. Krupp GmbH, in: International Directory of Company Histories Bd. 4. London 1992, 85–89.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** Essen in Chicago – Krupp auf der «Columbischen» Weltausstellung in Chicago 1893. Vortrag vor dem Historischen Verein für Stadt und Stift Essen am 19. 11. 1992. unveröff. MS.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** «Trotz schwerwiegender Bedenken...». Vor 100 Jahren: Krupp auf der «Columbischen Weltausstellung» in Chicago 1893, in: Krupp-Mitteilungen 1, 1993, 17–21.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** Quellen zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Historischen Archiv Krupp, in: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip. Hrsg. v. Bernhard vom Brocke u. Hubert Laitko. Berlin/New York 1996, 45–50.
- Köhne-Lindenlaub, Renate:** Krupp und die Eisenbahn. Zur Werbung für einen Produktbereich der Maschinenbauindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: 150 Jahr Köln-Mindener Eisenbahn: Katalog zur gleichnamigen Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe. Im Auftrag der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv Hrsg. v. Karl-Peter Ellerbrock u. Marina Schuster. Essen 1997, 211–217.
- König, Wolfgang/Weber, Wolfhard:** Netzwerke, Stahl und Strom 1840–1914. Berlin 1990. (Propyläen Technikgeschichte, Bd. 4).
- Koszyk, Kurt:** Deutsche Presse des 19. Jahrhunderts. Geschichte der deutschen Presse Teil II. Berlin 1966.
- Kraft, Fritz Gerhard:** 75 Jahre Graphische Anstalt der Fried. Krupp Aktiengesellschaft 1861–1936, in: Krupp. Zeitschrift der Kruppischen Betriebsgemeinschaft N.F. 27, 1936, 462–468.
- Krasny, Elke:** Zukunft ohne Ende – das Unternehmen Weltausstellung, in: Wunschmaschine Weltausstellung. Eine Geschichte der Technikvisionen seit dem 18. Jahrhundert. Ein Katalogbuch zur gleichnamigen Ausstellung. Hrsg. v. Brigitte Felderer. Wien/New York 1996, 314–338.
- Kroker, Evelyn:** Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert: Industrieller Leistungsnachweis, Konkurrenzverhalten und

- Kommunikationsfunktion unter Berücksichtigung der Montanindustrie des Ruhrgebietes zwischen 1851 und 1880. Göttingen 1975.
- Kronhuber, Hans:** Public Relations. Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit. Wien/Köln/Graz 1972.
- Krupp 1812–1912.** Zum 100jährigen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik zu Essen herausgegeben auf den hundertsten Geburtstag von Alfred Krupp. Jena 1912.
- Kunczik, Michael:** Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln/Weimar/Wien 1997.
- Lambi, Ivo Nicolai:** Die Schutzzoll-Interessen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie 1873–1879, in: Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879. Hrsg. v. Helmut Böhme. Köln/Berlin 1968, 317–327.
- Lambi, Ivo Nicolai:** The Navy and German Power Politics, 1862–1918. Boston/London/Sydney 1984.
- Lenz, Friedrich:** Werden und Wesen der öffentlichen Meinung. München 1956.
- Lepsius, Rainer:** Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Festschrift für F. Lütge. Hrsg. v. Wittel u. a. Stuttgart 1966.
- Lindenlaub, Jürgen / Köhne-Lindenlaub, Renate:** Unternehmensfinanzierung bei Krupp 1811–1848. Ein Beitrag zur Kapital- und Vermögensentwicklung, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 102, 1988, 83–164.
- Lippmann, Walter:** Public Opinion. New York 1961.
- Löckenhoff, Helmut:** Public Relations. Versuch einer Analyse der öffentlichen Meinungs- und Beziehungspflege, insbesondere der des Industriebetriebes, in: soziologischer, wirtschaftswissenschaftlicher und publizistischer Sicht. Berlin 1958.
- Loth, Wilfried:** Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung. München 1996.
- Lüdtke, Alf:** Gesichter der Belegschaft. Portraits der Arbeit, in: Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. München 1994, 67–87.
- Luhmann, Niklas:** Öffentliche Meinung, in: Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung. Hrsg. v. Wolfgang R. Langenbacher. München/Zürich 1979, 29–61.
- Luhmann, Niklas:** Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung, in: Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Hrsg. v. dems. Opladen 1990, 170–182.
- Manchester, William:** Krupp. Zwölf Generationen. München 1968.
- Mandell, Richard D.:** Paris 1900. Toronto 1967.
- Mathieu, Caroline:** Les Etablissements Schneider et les Expositions universelles, in: Les Schneider, Le Creusot. Une famille, une entreprise, une ville (1836–1960). Paris 1995, 236–259.
- Matz, Reinhard:** Werksfotografie – Ein Versuch über den kollektiven Blick, in: Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter. München 1994, 289–303.
- McCreary, Eugene M.:** Social Welfare and Business: The Krupp Welfare Program, 1860–1914, in: Business History Review 42, 1968, 24–49.
- Meffert, Heribert:** Marketing. Grundlagen der Absatzpolitik. 7. Aufl. Wiesbaden 1986.
- Mendelssohn, Peter de:** Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse. Berlin 1959.
- Menne, Bernhard:** Krupp. Deutschlands Kanonenkönige. Zürich 1937.
- Meyer, Jürg:** Die Propaganda der deutschen Flottenbewegung 1897–1900. Bern 1967.
- Meyer, Thomas:** «Endlich eine Tat, eine befreiende Tat...»: Alfred von Kiderlen-

Basaal

- Wächters «Panthersprung nach Agadir» unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Husum 1996.
- Michel, Alexander:** Von der Fabrikzeitung zum Führungsmittel. Werkszeitschriften industrieller Großunternehmen von 1890 bis 1945. Stuttgart 1997.
- Mieck, Ilja:** Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806–1844. Berlin 1965.
- Mock, Wolfgang/Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.):** Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950. Stuttgart 1982.
- Möllers, Paul:** Die politischen Strömungen im Reichstagswahlkreis Essen zur Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes (1867–1878), Phil. Diss. Bonn, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, MS Manuskript 1955.
- Moine, Jean-Marie:** Les Barons du Fer. Les maîtres de forges en Lorraine du milieu du 19e siècle aux années trente. Histoire sociale d'un patronat sidérurgique. Nancy/Metz 1989.
- Mollin, Volker:** Auf dem Wege zur «Materialschlacht». Vorgeschichte und Funktionalisieren des Artillerie-Industrie-Komplexes im Deutschen Kaiserreich. Phil. Diss. Münster/Westf. MS Manuskript 1984.
- Mommsen, Wolfgang J.:** Die latente Krise des Wilhelminischen Reiches: Staat und Gesellschaft in Deutschland 1890–1914, in: Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich. Hrsg. v. dems. Frankfurt/M. 1990, 287–315.
- Mommsen, Wolfgang J.:** Außenpolitik und öffentliche Meinung im Wilhelminischen Deutschland 1897–1914, in: Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich. Hrsg. v. dems. Frankfurt/M. 1990, 358–379.
- Mühlen, Norbert:** Die Krupps. Frankfurt/M. 1960.
- Müller, Gerhard H.:** Friedrich Alfred Krupp (1854 to 1902), Promoter of Natural Sciences, and his Deep Sea Researches on Board the Maja and Puritan in the Gulf of Naples, in: Ocean Sciences: their history and relation to man. Proceedings of the 4th International Congress on the History of Oceanography Hamburg 23.–29. 9. 1987 (= Deutsche Hydrographische Zeitschrift, Ergänzungsheft Reihe B, Nr. 22/1990, S. 235–240).
- Müller, Hanno:** Public Relations, in: Handbuch der Werbung. Hrsg. v. Karl Christian Behrens. Wiesbaden 1970, 969–978.
- Munzinger, Ludwig:** Die Entwicklung des Inseratenwesens in den deutschen Zeitungen. Heidelberg 1902.
- Naschér, Arthur:** Das Berliner «Deutsche Tageblatt». Ein Beitrag zur Publizistik der Aera Bismarck, in: Zeitungswissenschaft 1, 1926, 153–154.
- Nipperdey, Thomas:** Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte. Hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler. Köln/Berlin 1966, 369–388.
- Nipperdey, Thomas:** Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983.
- Nipperdey, Thomas:** Deutsche Geschichte 1866–1918. 2 Bde. München 1990 u. 1992.
- Nolte, Paul:** Bürgerideal, Gemeinde und Republik. «Klassischer Republikanismus» im frühen deutschen Liberalismus, in: HZ 254, 1992, 609–656.
- Nussbaum, Helga:** Zentralverband deutscher Industrieller (ZdI) 1876–1919, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 2. Hrsg. v. Dieter Fricke u. a. Leipzig 1970, 204–215.
- Obenaus, Sibylle:** Literarische und politische Zeitschriften 1848–1880. Stuttgart 1987.
- Obst, Georg:** Bankarchive, in: Bankwissenschaft 6/1929–1930, S. 591–598.

- Otto, Ulla:** Die Problematik des Begriffs der öffentlichen Meinung, in: *Publizistik* 11, 1966, 99–129.
- Oversch, Manfred:** Presse zwischen Lenkung und Freiheit. Preußen und seine offiziöse Zeitung von der Revolution bis zur Reichsgründung (1848 bis 1870/71). Püschel bei München 1974.
- Owen, Richard:** Military-Industrial Relations: Krupp and the Imperial Navy Office, in: *Society and Politics in Wilhelmine Germany*. Hrsg. v. Richard J. Evans. London 1978, 71–89.
- Paquet, Alfons:** Das Ausstellungsproblem in der Volkswirtschaft. Jena 1908.
- Parsons, Talcott:** Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus, in: *Beiträge zur soziologischen Theorie*. Hrsg. u. eingel. v. Dietrich Rüschemeyer Neuwied 1968, 256–281.
- Paul, Johann:** Alfred Krupp und die Arbeiterbewegung. Düsseldorf 1987.
- Pemsel, Jutta:** Die Wiener Weltausstellung von 1873. Wien 1989.
- Petter, W.:** Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz, in: *Deutsche Militärgeschichte 1648–1939*. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Lizenzausg. Herrsching 1983, 5/VIII, 13–262.
- Pierenkemper, Toni:** Arbeitsmarkt und Angestellte im Deutschen Kaiserreich 1880–1913. Interessen und Strategien als Elemente der Integration eines segmentierten Arbeitsmarktes (VSWG, Beiheft 82). Stuttgart 1987.
- Pierenkemper, Toni:** Zur Finanzierung von industriellen Unternehmensgründungen – mit einigen Bemerkungen über die Familie, in: *Zur Geschichte der Unternehmensfinanzierung*. Hrsg. v. Dietmar Petzina. Berlin 1990, 69–97.
- Pierenkemper, Toni:** Umstrittene Revolutionen. Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1996.
- Pogge von Strandmann, Hartmut:** Der Kaiser und die Industriellen. Vom Primat der Rüstung, in: *Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte*. Hrsg. v. John C.G. Röhl. München 1991, 111–129.
- Pogge von Strandmann, Hartmut:** Krupp in der Politik, in: *Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter*. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. München 1994, 181–201.
- Pohl, Heinz-Alfred:** Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert und die Nichtbeteiligung Deutschlands in den Jahren 1878 und 1889. Zum Problem der Ideologisierung der außenpolitischen Beziehungen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 97/3–4, 1989, 381–425.
- Pritzkolet, Kurt:** Männer – Mächte – Monopole. Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft. Frankfurt/M. 1957.
- Puhle, Hans-Jürgen:** Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Hannover 1967.
- Puhle, Hans-Jürgen:** Der Bund der Landwirte im Wilhelminischen Reich. Struktur, Ideologie und politische Wirksamkeit eines Interessenverbandes in der konstitutionellen Monarchie, 1893–1914, in: *Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts*. Hrsg. v. Walter Ruggel u. Otto Neuloh. Göttingen 1971, 145–162.
- Puhle, Hans-Jürgen:** Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890–1914, in: *Das kaiserliche Deutschland*. Hrsg. v. Michael Stürmer. Darmstadt 1976, 340–377.
- Puppke, Ludwig:** Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen. Köln 1966.
- Raffel, Michael:** Der Schöpfer des Begriffes «Öffentliche Meinung»: Michel de Mon-

- taigne, in: Publizistik. Vierteljahrshefte für Kommunikationsforschung 29, 1984, 49–62.
- Reichwein, R.:** Funktionswandlungen der betrieblichen Sozialpolitik. Eine soziologische Analyse der zusätzlichen betrieblichen Sozialleistungen. Köln 1965.
- Reidegeld, Eckart:** Staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Opladen 1996.
- Reif, Heinz:** «Ein seltener Kreis von Freunden». Arbeitsprozesse und Arbeitserfahrungen bei Krupp 1840–1914, in: Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. Göttingen 1986, 51–91.
- Reihlen, Helmut:** Christian Peter Wilhelm Beuth: Eine Betrachtung zur preußischen Politik der Gewerbeförderung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zu den Drakeschen Beuth-Reliefs. Berlin 1988.
- Reinhardt, Dirk:** Von der Reklame zum Marketing. Geschichte der Wirtschaftswerbung in Deutschland. Berlin 1993.
- Reinhardt, Dirk:** Vom Intelligenzblatt zum Satellitenfernsehen: Stufen der Werbung als Stufen der Gesellschaft, in: Bilderwelt des Alltags. Werbung in der Konsumgesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Hans Jürgen Teuteberg. Hrsg. v. Peter Borscheid u. Clemens Wischermann. Stuttgart 1995, 44–63.
- Reinhardt, Dirk:** Zur Historizität der Phänomene «Kommunikationsgesellschaft» und «Dienstleistungsgesellschaft». Die Geschichte der Werbeagentur und ihrer Vorläufer in Deutschland, in: ZUG 41, 1996, 28–39.
- Requate, Jörg:** Journalismus als Beruf. Die Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufes im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich. Göttingen 1995.
- Requate, Jörg:** Öffentlichkeit und Medien als Gegenstand historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft 25, 1999, 5–32.
- Rieger, Isolde:** Die wilhelminische Presse im Überblick, 1888–1918. München 1957.
- Ritter, Gerhard A.:** Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich. München 1983.
- Ritter, Gerhard A.:** Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates in vergleichender Perspektive, in: HZ, 243, 1986, 2–90.
- Ritter, Gerhard A.:** Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich. München (HZ, Beiheft 11) 1989.
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus:** Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914. Bonn 1992.
- Ritter, Gerhard A.:** Sozialpolitik im Zeitalter Bismarcks. Ein Bericht über Quelleneditionen und neue Literatur, in: HZ 265, 1997, 683–720.
- Röhl, John C. G.:** Deutschland ohne Bismarck. Die Regierungskrise im zweiten Kaiserreich 1890–1900. Tübingen 1969.
- Röhl, John C. G./Müller-Luckner, Elisabeth (Hrsg.):** Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte. München 1991.
- Rogge, Hans-Jürgen:** Werbung. 2. Aufl. Ludwigshafen 1988.
- Roschitz, Karlheinz:** Wiener Weltausstellung 1873. Wien 1989.
- Rosenberg, Hans:** Political and Social Consequences of the Great Depression of 1873–1896 in Central Europe, in: The Economic History Review 13, 1943, 58–73.
- Rosenberg, Hans:** Große Depression und Bismarckzeit. Berlin 1967.
- Rothfels, Hans:** Theodor Lohmann und die Kampfbahre der staatlichen Sozialpolitik (1871–1905). Berlin 1927.
- Rothfels, Hans:** Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik, in: Bismarck. Vorträge und Abhandlungen. Hrsg. v. dems. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, 166–181.

- Sänger, Gisela:** Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1965.
- Salewski, Michael:** Tirpitz. Aufstieg – Macht – Scheitern. Göttingen 1979.
- Salewski, Wilhelm:** Die Vorgeschichte der deutschen Eisenverbände. Ein Beitrag zur Geschichte des wirtschaftspolitischen Verbandswesens im 19. Jahrhundert. Düsseldorf 1974.
- Salomon, Ludwig:** Die Geschichte des deutschen Zeitungswesens. Von den Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches. 3 Bde., Leipzig 1906.
- Schaefer, J. W.:** Kanzlerbild und Kanzlermythos in der Zeit des «Neuen Curses». Das Reichskanzleramt 1890–1990 und seine Beurteilung in der zeitgenössischen deutschen Presse. Paderborn 1973.
- Scheuch, Fritz:** Marketing. 5. Aufl. München 1996.
- Schilling, Konrad:** Beiträge zu einer Geschichte des radikalen Nationalismus in der Wilhelminischen Ära 1890–1909. Phil. Diss. Köln 1968.
- Schmidt, Klaus Werner:** Rheinisch-Westfälische Zeitung 1883–1944, in: Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Heinz-Dietrich Fischer. München 1972, 365–379.
- Schmidt, Klaus-Werner:** Theodor Reismann-Grone (1863–1949), in: Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Heinz-Dietrich Fischer. Pullach 1975, 285–293.
- Schmoller, Gustav:** Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Neudruck der 2. Aufl. München/Leipzig 1923.
- Schnabel, Franz:** Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. 4 Bde. unveränderter Nachdruck der Ausgabe Freiburg i.Br. 1929–1937. München 1987.
- Schneider, Hans:** Der preußische Staatsrat 1917–1918. München/Berlin 1952.
- Schroeder-Gudehus, Brigitte/Rasmussen, Anne:** Les Fastes du Progrès. Le Guide des Expositions universelles 1851–1992. Paris 1992.
- Schröder, Ernst:** Alfred Krupp, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. V. Münster/Westf. 1953, 46–78.
- Schröder, Ernst:** Krupp und die Entstehung des Ruhrreviers, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen. 1955, 5–22.
- Schröder, Ernst:** Alfred Krupps Generalregulativ, in: Tradition 1, 1956, 35–36.
- Schröder, Ernst:** Wilhelm Berdrow. Lebensbild eines Firmenhistorikers, in: Tradition 5, 1960, 179–188.
- Schröder, Ernst:** Das Krupparchiv – Geschichte und Gegenwart, in: Der Archivar 13, 1960, 305–318.
- Schröder, Ernst:** Die Firma Krupp und die Essener Handelskammer, in: Wirtschaftliche Nachrichten der IHK Essen 15, 1961, 619–630.
- Schröder, Ernst:** Ernst Theodor Haux, in: NDB, Bd. 8, Berlin 1969, 135 f.
- Schröder, Ernst:** Krupp. Geschichte einer Unternehmerfamilie, in: Persönlichkeit und Geschichte 5. 3. Aufl. Göttingen 1984.
- Schröder, Ernst:** Die Essener Handelskammer. Ihre Entwicklung und ihr Kampf um die Führung im Ruhrrevier. 2. erw. Aufl. Neustadt/Aisch 1985.
- Schröter, Hermann:** Die Firma Friedrich Krupp und die Stadt Essen, in: Tradition 6, 1961, 260–270.
- Schröter, Hermann:** Gerhard Stötzel. Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Essen, Stadt und Land, von 1877 bis 1905, in: Das Münster am Hellweg 31, 1978, 67–76.
- Schulz, Gerhard:** Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: Politische Vierteljahrsschrift II/2, 1961, 124–154.

- Schulz, Günther:** Industrial Patriarchalism in Germany, in: Liberalism and Paternalism in the 19th Century. Hrsg. v. Erik Aerts. Leuven 1990, 63–70.
- Schulz, Günther:** Betriebliche Sozialpolitik in Deutschland seit 1850, in: Staatliche, städtische und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Hans Pohl. Stuttgart 1991, 137–176.
- Schweda, Claudia/Opherden, Rainer:** Journalismus und Public Relations. Grenzziehungen im System lokaler politischer Kommunikation. Wiesbaden 1995.
- Schweiger, Günter/Schrattenecker, Gertraud,** Werbung. Eine Einführung. 4. Aufl. Stuttgart/Jena 1995.
- Seebacher-Brandt, Brigitte:** Bebel. Kün-der und Kärner im Kaiserreich. Berlin/Bonn 1988.
- Seeling, Stefan,** Organisierte Interessen und öffentliche Kommunikation. Eine Analyse ihrer Beziehungen im deutschen Kaiserreich. Opladen 1996.
- Seidel, Hanns:** Vom Mythos der öffentlichen Meinung. Aschaffenburg 1961.
- Stegmann, Dirk:** Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918. Köln/Berlin 1970.
- Stegmann, Dirk:** Artikel Unternehmerverbände, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften. Bd. 8. Stuttgart 1980, 155–171.
- Steinberg, Jonathan:** Yesterday's Deterrent. Tirpitz and the Birth of the German Battle Fleet. London 1965.
- Steinmetz, George:** The Myth of an Autonomous State: Industrialists, Junkers, and Social Policy in Imperial Germany, in: Society, Culture and the State in Germany, 1870–1930. Hrsg. v. Geoff Eley. Univ. of Michigan Press 1996, 257–318.
- Stemmrich, Daniel:** Die Siedlung als Programm. Untersuchungen zum Arbeiterwohnungsbaue anhand Kruppischer Siedlungen zwischen 1861 und 1907. Hildesheim/New York 1981.
- Stemmrich, Daniel:** Vom Kotten zum Mehrfamilienhaus, in: Beiträge zu Stadt und Stift Essen. 96, 1981, 63–98.
- Stercken, Vera/Lahr, Reinhard:** Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer bei Krupp von 1811 bis 1945 (ZUG, Beiheft 71). Stuttgart 1992.
- Stöber, Rudolf:** Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882, in: HZ 262, 1996, 423–451.
- Stribrny, Wolfgang:** Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung (1890–1898). Paderborn 1977.
- Stürmer, Michael:** Alltag und Fest auf dem Hügel, in: Villa Hügel. Das Wohnhaus Krupp in Essen. Hrsg. v. Tilmann Bud-densieg. Berlin 1984, 256–274.
- Tenfelde, Klaus:** Krupp – der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns, in: Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter. Hrsg. v. dems. München 1994, 13–56.
- Tennstedt, Florian:** Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland: Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. Göttingen 1981.
- Tennstedt, Florian:** Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800 bis 1914. Köln 1983.
- Tennstedt, Florian:** Geschichte des Sozialrechts, in: Sozialrechts-Handbuch (SRH). 2. Aufl. Neuwied 1996, 25–71.
- Tennstedt, Florian:** Politikfähige Anstöße zu Sozialreform und Sozialstaat: Der Irvingianer Herrmann Wagener und der Lutheraner Theodor Hermann Lohmann als Ratgeber und Gegenspieler Bismarcks, in: Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik. Hrsg. v. Jochen Christoph Kaiser u. Wilfried Loth. Stuttgart 1997 (Konfession und Gesellschaft, Bd. 11), 19–31.
- Tilly, Richard H.:** Los von England: Probleme des Nationalismus in der deutschen

- Wirtschaftsgeschichte, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 124, 1968, 179–196.
- Tönnies, Ferdinand:** Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin 1922.
- Treue, Wilhelm:** Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik in Preußen 1815–1825. Stuttgart/Berlin 1937 (VSWG, Beiheft 31).
- Ullmann, Hans-Peter:** Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895–1914. Göttingen 1976.
- Ullmann, Hans-Peter:** Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880–1889, in: HZ 229, 1979, 574–610.
- Ullmann, Hans-Peter:** Deutsche Unternehmer und Bismarcks Sozialversicherungssystem, in: Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950. Hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen u. Wolfgang Mock. Stuttgart 1982, 142–158.
- Ullmann, Hans-Peter:** Interessenverbände in Deutschland. Frankfurt/M. 1988.
- Umlauf, Joachim:** Die deutsche Arbeiterschutzesetzgebung 1880–1890. Ein Beitrag zur Entwicklung des sozialen Rechtsstaats. Berlin 1980.
- Varain, Heinz Josef:** Interessenverbände in Deutschland. Köln 1973.
- Vogel, Walter:** Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933, in: Zeitungswissenschaft, Sonderheft 8/9, 1941.
- Vogel, Walter:** Bismarcks Arbeiterversicherung. Ihre Entstehung im Kräftespiel der Zeit. Braunschweig 1951.
- Vossiek, Wilhelm:** Hundert Jahre Krupp'sche Betriebskrankenkasse 1836 bis 1936. Berlin 1936.
- Wadle, Elmar:** Fabrikzeichenschutz und Markenrecht. Geschichte und Gestalt des deutschen Markenschutzes im 19. Jahrhundert. 2 Bde. Berlin 1977 u. 1983.
- Wehler, Hans-Ulrich:** Bismarck und der Imperialismus. Köln 1969.
- Wehler, Hans-Ulrich:** Der Aufstieg des organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland, in: Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Hrsg. v. Heinrich August Winkler. Göttingen 1974, 36–57.
- Wehler, Hans-Ulrich:** Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung. Göttingen 1980.
- Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.):** Moderne deutsche Sozialgeschichte. Düsseldorf 1981.
- Wehler, Hans-Ulrich:** Deutsche Gesellschaftsgeschichte, bisher 3 Bde. München 1989–1995.
- Weir, Gary E.:** The Imperial Naval Office and the Problem of Armor Prices in Germany, 1897–1914, in: Military Affairs 48, 1984, 62–65.
- Weir, Gary E.:** Tirpitz, Technology, and Building U-boats, 1897–1916, in: The International History Review 6, 1984, 174–190.
- Weir, Gary E.:** Building the Kaiser's Navy. The Imperial Navy Office and German Industry in the von Tirpitz Era 1890–1919. Annapolis 1992.
- Weisbrod, Bernd:** Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom «Herr im Haus» zur Mitbestimmung, in: Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich. Hrsg. v. Gerald D. Feldman u. Klaus Tenfelde. München 1989, 107–162.
- Weitowitz, Rolf:** Deutsche Politik und Handelspolitik und Reichskanzler Leo von Caprivi 1890–1894. Düsseldorf 1978.
- Wellhöner, Volker:** Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich. Göttingen 1989.
- Welskopp, Thomas:** Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle

- Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren. Bonn 1994.
- Welskopp, Thomas:** Betriebliche Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eine Diskussion neuerer Forschungen und Konzepte und eine Branchenanalyse der deutschen und amerikanischen Stahlindustrie von den 1870er bis zu den 1930er Jahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 34, 1994, 333–374.
- Wengenroth, Ulrich:** Unternehmensstrategien und technischer Fortschritt. Die deutsche und die britische Stahlindustrie 1865–1895. Göttingen 1986.
- Wernecke, Klaus:** Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Düsseldorf 1970.
- Wiedfeldt, Otto:** Friedrich Krupp als Stadtrat in Essen. Eine verwaltungsgeschichtliche Studie (Mit den Urkunden im Anhang), in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen*. 23, 1902.
- Winkler, Heinrich August:** Pluralismus oder Protektionismus? Verfassungspolitische Probleme des Verbandswesens im Deutschen Kaiserreich. Wiesbaden 1972.
- Winschuh, Josef:** Der Verein mit den langen Namen. Geschichte eines Wirtschaftsverbandes. Berlin 1932.
- Winzen, Peter:** Bülow's Weltmacht-Konzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Außenpolitik 1897–1901. Boppard 1977.
- Wischermann, Clemens:** Preußischer Staat und Westfälische Unternehmer zwischen Spätmerkantilismus und Liberalismus. Köln 1992.
- Wischermann, Clemens:** Grenzenlose Werbung? Die gesellschaftliche Akzeptanz der Werbewelt im 20. Jahrhundert, in: *Bilderwelt des Alltags. Werbung in der Konsumgesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts*. Hrsg. v. Peter Borscheid u. Clemens Wischermann. Stuttgart 1995, 372–411.
- Wulf, Amandus:** Deutscher Flottenverein (DFV) 1898–1934, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945*. Hrsg. v. Dieter Fricke. (Ost-)Berlin 1968, 432–449.
- Wuttke, Heinrich:** Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. 2. Aufl. Leipzig 1875.
- Zacher, Hans F. (Hrsg.):** Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung. Berlin 1979.
- Zankl, Hans Ludwig:** Public Relations. Leitfaden für die Unternehmens-, Verbands- und Verwaltungspraxis. Wiesbaden 1975.
- Zipfel, Friedrich:** Kritik der deutschen Öffentlichkeit an der Person und an der Monarchie Wilhelms II. bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Phil. Diss. Berlin 1952.
- Zorn, Wolfgang:** Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850–1879), in: *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879*. Hrsg. v. Helmut Böhme. Köln/Berlin 1968, 296–316.
- Zunkel, Friedrich:** Friedrich Hammacher, in: *NDB*, Bd. 7, 1966, 588–589.
- Zunkel, Friedrich:** Das rheinisch-westfälische Unternehmertum 1834–1879, in: *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879*. Hrsg. v. Helmut Böhme. Köln/Berlin 1968, 104–113.
- Zunkel, Friedrich:** Das Wachsen der unternehmerischen Verbände in Rheinland-Westfalen in den 1850er Jahren, in: *Interessenverbände in Deutschland*. Hrsg. v. Heinz Josef Varain. Köln 1973, 65–71.

Personenregister

- Abdul Hamid II, türkischer Sultan 196, 197, 200, 220, 223, 238
- Albert, König von Sachsen 196
- Albert, Prinzgemahl 87, 105
- Alexander II., Zar von Rußland, 110
- Ardenne, Armand Baron von
- Arendt, Otto 205
- Ascherfeld, Adalbert 55, 93, 94, 148, 149
- Baare, Louis 57, 78, 79, 80, 81, 114, 216, 239, 247
- Babo, Hugo Freiherr von 280
- Baedeker, Dietrich 122, 148
- Ballestrem, Franz von 330, 331
- Ballin, Albert 200
- Bamberger, Ludwig 74, 75, 167, 168
- Bebel, August 283–286, 315, 331, 332
- Berger, Louis 64–67
- Bertelsmann, Konrad 76
- Beumer, Wilhelm 247, 325
- Beuth, Christian Peter Wilhelm 24, 86, 87
- Beutner, Georg F. 239
- Binswanger, Otto 314
- Binzer, von 248
- Bismarck, Otto Fürst von 41–45, 48, 60, 61, 70, 74, 75, 77–80, 83, 122, 196, 198–200, 203–206, 209, 210, 214, 216, 218, 219, 228, 241, 242, 249, 254, 262, 337
- Bissing, Moritz Ferdinand Freiherr von 322
- Bitter, Karl Hermann 185
- Bodenschwingh, Ernst Albert Karl Wilhelm Freiherr von 27
- Börne, Ludwig 166
- Bonaparte, Jérôme 32
- Brauer, Arthur von 255, 259
- Brauns, Hermann 247
- Bucher, Lothar 96
- Budde, Hermann von 322
- Bueck, Henry Axel 70–73, 75, 81, 182, 212, 238, 239, 240, 247, 255, 256, 267, 269, 270
- Bülow, Bernhard Graf von 202, 255, 259, 280, 331
- Busley, Karl Georg 270
- Camphausen, Ludolf von 60
- Camphausen, Otto von 60
- Capelle, Eduard von 287
- Caprivi, Leo von 205, 209, 241
- Carol I., König von Rumänien 196
- Cotta, Johann Friedrich 205
- Cotta, Karl 205
- Delbrück, Hans 268–272, 274, 275, 277
- Delbrück, Rudolf von 70
- Dernburg, Friedrich 319
- Dincklage-Campe, Friedrich Freiherr von 270
- Dönhoff-Friedrichstein, August Graf von 210
- Don Miguel von Portugal 96
- Douglas, Hugo Sholto Freiherr Graf von 203
- Dreyfus, Alfred 225
- Eccius, Otto 233, 305, 316, 317
- Eichhoff, Ernst 136
- Ende, Felix von 196
- Engel 247
- Engels, Friedrich 88
- Ernsthausen, Oskar von 130
- Eulenburg, Philipp Fürst zu 202–204, 260, 320, 327, 328
- Eycken, von 205
- Favé, Ildefonse 132
- Felix, R. 233
- Fischer, Franz 203
- Francke, Ernst 268
- Frentzel 266
- Freytag, Gustav 167
- Friedrich I., Großherzog von Baden 279–281, 283
- Friedrich II. der Große, König von Preußen 15
- Friedrich III., Kronprinz / König von Preußen / Deutscher Kaiser 141
- Friedrich Wilhelm III., König von Preußen 22

- Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen
35, 37, 98
- Fürstenberg, Carl Egon Fürst zu 205, 241
- Gantesweiler, Karl 29, 30, 93, 98, 148, 149
- Gercke, Hermann 269, 270, 279
- Glockner, Karl 255, 259
- Goethe, Johann Wolfgang von 122
- Goose, Sophus 54, 60, 61, 72–74, 80, 81,
83, 140, 141, 193, 211, 247
- Goßler, Heinrich von 322
- Griesemann, Martin 242
- Groß, Wilhelm 139, 141
- Grotjahn, Alfred 315
- Grünstein, Josef 161, 162–165, 167, 193,
199, 233
- Gußmann, Wilhelm 176, 207
- Haaß, Heinrich 36, 101–104, 128, 152–
154, 166, 223
- Haedenkamp, Hermann 220
- Hammann, Otto 255, 259
- Hammacher, Friedrich 70
- Haniel, Franz 74
- Hansemann, Adolph von 205, 238, 241
- Harden, Maximilian 320, 321, 327
- Harkort, Friedrich 10, 94, 184
- Hartleben, Otto 236
- Haßler, Theodor von 211, 267
- Haux, Ernst 182, 183, 212, 214, 299
- Heeringen, August von 264–266, 270, 277,
279
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 278
- Heinrich, Prinz von Preußen 267
- Henckel von Donnersmarck, Guido Graf
205, 240–242, 246, 250
- Henckels, Johann Gottfried 89
- Henckels, Johann Abraham 89
- Henk, Ludwig Friedrich Wilhelm 53
- Heydt, August von der 38, 39, 43, 106, 154
- Heydt, Karl von der 205
- Hirsch, Wilhelm 247
- Hoeter 213
- Hofmann, Karl 78, 79
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst
zu 270
- Hohenzollern-Sigmaringen, Karl Anton
Fürst von 141
- Hollmann, Friedrich von 202, 262, 270, 275,
288, 290–295, 299–301, 313, 314, 322
- Holstein, Friedrich von 203, 204
- Hülßen-Häselser, Dietrich Graf von 322
- Humboldt, Alexander von 37
- Illaire, Ernst Emil 40
- Itzenplitz, Heinrich Friedrich August Graf
von 43, 44
- Jacobi, Hugo 205, 241–243, 246–251,
268, 269, 287, 288
- Jaeger, Wilhelm 91, 146, 150
- Jagemann, Eugen von 255, 259
- Jencke, Hanns 57, 58, 72, 80–83, 163, 164,
183, 193, 194, 196, 203–206, 209, 211–
219, 226, 240–245, 247, 248, 250, 251,
256, 257, 265, 266, 281, 287–293, 296,
298, 299, 301, 336
- Jolly, Julius 255, 259
- Kallé, Alexander 29
- Kamecke, Georg von 141
- Kameke, Arnold Karl Georg von 141
- Kardorff, Wilhelm von 70, 72, 73, 216, 241,
298, 301
- Katz, Julius 258, 259, 280, 281
- Keim, August 279, 302–304
- Kiderlen-Wächter, Alfred von 255
- Kirdorf, Emil 247
- Kleser, Hans 205
- Klüpfel, Ludwig 207
- Kolumbus, Christoph 114 f.
- Korn, Rudolf 120, 248, 257, 274, 276, 279–
281, 292, 295, 298–301, 313, 314, 317,
320
- Kraemer, Gustav 172, 173
- Krupp, Alfred 10, 12–14, 17–22, 24–69,
71–73, 75, 80, 81, 83–85, 90–107, 109–
123, 126–136, 138–187, 191–200, 206,
208, 219–226, 229, 253, 260, 282, 304,
310, 334–336
- Krupp, Bertha, geb. Eichhoff 172
- Krupp, Bertha, verh. Krupp von Bohlen
und Halbach 12

- Krupp, Friedrich 13, 19, 21, 56, 126–129, 172, 174
Krupp, Friedrich jun. 92
Krupp, Friedrich Alfred 12, 14, 15, 33, 55, 62, 63, 80, 162–164, 167, 183, 184, 191–214, 219, 220, 222–226, 229, 230, 231, 234, 237, 238, 240–243, 246–254, 256, 257, 259–262, 265–267, 269, 273–276, 279–310, 312–325, 327–333, 335–338
Krupp, Helene Amalie 172, 174
Krupp, Hermann 27–29, 30
Krupp, Margarethe, geb. Freiin von Ende 192, 238, 308, 313, 314, 326, 328
Krupp, Therese, geb. Wilhelmi 13, 21, 22, 126, 143, 174
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 11, 115
Kunth, Christian 24
- Lauter, Adolf 120, 230, 231, 233, 235, 301–306
Lechleitner 277
Leo XIII., Papst 63
Leopold II. König von Belgien 196
Löbell, Heinrich von 163
Loerbroks, Wilhelm 48, 50
Loewe, Ludwig 223
Löwenfeld 322
Lohmann, Theodor 77, 78
Longsdon, Alfred 57, 62, 131, 141
Lorsbach, Wilhelm 161, 163
Lucanus, Friedrich von 259, 275, 322
Lückhoff, Louis 205
Lueg, Carl 74, 247
- Malo, E. 108
Manteuffel, Edwin von 40
Marées, G. von 163
Marschall von Bieberstein, Adolf Hermann Freiherr 255, 259
Marx, Karl 88, 183
Mayer, Jacob 103, 150, 151, 152
Mendelssohn, Robert von 270
Menshausen, Carl 196, 226–232, 236, 296, 299
Meyer, Carl 41–43, 52, 53, 58, 61, 71–75, 80, 83, 131, 141, 155–157, 159–165, 167–169, 193, 211, 335, 336
Miquel, Johannes 70, 245, 246, 255, 259, 264, 266, 273, 276, 277, 281–283, 286
Möller, Theodor Adolf von 322
Mohl, Moritz 70
Moltke, Helmuth Graf von 141, 337
Mosse, Rudolf 329
Muehlon, Wilhelm 226, 305, 306
Müller-Fulda, Richard 295
Müller, Carl Friedrich von 27, 30, 174
- Napoleon I. Bonaparte 86
Napoleon III. (Louis Napoléon) 32, 132, 164–167, 206, 222–225, 234, 266, 337
Naumann, Friedrich 272, 276–278
Neu, Ernst 135
Neumann, Rudolf von 139
Nicolai, Eduard von 257, 280
Niemeyer, Victor 207
Nölle, Peter Wilhelm 20, 21
- Olfe, Wilhelm 247
- Pfeiffer, Bertram 84, 91, 146
Pieper, Albert 110, 111, 122, 149, 156–161, 167, 169
Pieper, Johann 61, 171
Piglhein, Elimar Ulrich Bruno, 195
Plessen, Hans von 322
Podbielski, Victor von 140, 141
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von 259
Poschinger, Heinrich Ritter und Edler von 254
Post 120
Prinetti, Giulio Marchese 317
Pückler, Hermann Graf von, 56–58, 63, 80, 83, 185
- Quentin 92
- Rassow, Hermann 267, 268, 272
Reismann-Grone, Theodor 238, 320, 321, 324
Rentzsch, Hermann 73, 75
Reuleaux, Franz, 117
Reuß, Heinrich XXXI. Prinz 115

- Rheinbaben, Georg Freiherr von 248, 322
 Ribbentrop, Karl Barthold Siegmund von 141
 Ricardo, David 23
 Richter, Eugen 283–285
 Richter, Oskar Emil 48, 49
 Richthofen, Oswald Freiherr von 322
 Rippler, Heinrich 268, 272, 273, 275, 277, 278
 Rötger, Max 207, 211, 214, 252
 Romane, Rudolf 233, 235, 237
 Roon, Albrecht Graf von 40, 42–44, 46–49
 Rotteck, Karl von 16
 Rousseau, Jean Jacques 16
- Sack, Hans 290, 291
 Schaedler, Franz Xaver 331
 Schell-Schellenberg, Freiherr von 62
 Schimmelbusch, Julius 74
 Schlieffen, Alfred Graf von 322
 Schmidt-Altherr, Franz 314, 316, 317
 Schmoller, Gustav 16, 270, 274, 277
 Schneider, Eugène 104
 Schneider, Johannes 206, 207
 Schnitzler, Carl Ludwig 30
 Schorlemer-Alst, Burghard Freiherr von 62
 Schrödter, Alexander Emil 247
 Schwarz, Berthold 134
 Schwartzkopff, Louis 79
 Schweinburg, Victor 74, 234, 239, 240, 242, 246–249, 251, 254–262, 265, 266, 267, 269–283, 285, 286, 294, 303, 306
 Schweninger, Ernst Dr. 196, 197, 198, 199, 210
 Senden-Bibran, Gustav Freiherr von 269
 Smith, Adam 22, 23, 25
 Sölling, Friedrich 30, 93, 94, 98, 112, 147, 148, 152, 154, 155, 174
 Spankeren, Carl von 20
 Steinbeis 153
 Steinhardt 161
 Steinmann-Bucher, Arnold 240, 247–249, 251
 Stockder, Eduard 236
 Stötzel, Gerhard 55, 63, 184, 187, 206–208, 211
 Stosch, Albrecht von 53, 141
- Strecker, Arthur 233
 Stroschein 268, 269, 272, 273, 275
 Studt, Konrad von 252
 Stumm, Karl Ferdinand, Freiherr von Stumm-Halberg 57, 70, 73, 77, 78, 80, 81, 216, 218, 241, 283, 284, 286–290, 295, 302
 Teuffel, Paul 326
 Thielen, Karl von 259
 Thielmann, Heinrich Freiherr von 259
 Thies, Moritz 27
 Thorndike, Andrew 233
 Tiberius Julius Caesar Augustus, 318
 Tirpitz, Alfred von 66, 191, 202, 259, 261–266, 268, 270–272, 274–279, 282, 283, 285, 287–290–292, 294, 295, 299, 322, 337
 Topp, Theodor 152–154
 Trautmann, Theobald 141
 Treitschke, Heinrich von 57
 Tresckow, Hans von 308, 316
- Ujest, Herzog von 205
- Vaillant, Jean Baptiste Philibert 132
 Varnbüler, Friedrich Gottlob Karl, Freiherr von 70, 75
 Victoria, Königin von Großbritannien und Irland 88, 96
 Viebahn, von 154
 Voigts-Rhetz, Konstantin Graf von 39, 41, 65–67, 139, 141
 Vollmar, Georg Heinrich von 331
- Wagener, Hermann 77
 Wagner, Adolph, 241
 Waldersee, Alfred Graf von 203, 204, 206
 Waldthausen, Ernst 69
 Wandel 247
 Weber, Johann Jacob 220
 Weber, Max 177, 253, 263
 Wegener, Franz 62
 Welcker, Carl Theodor 16
 van Werden, Hugo 132
 Wied, Wilhelm Fürst zu 266, 270, 275, 277, 279

- Wiegand, Heinrich 266
Wiegand, Ludwig 156
Wilhelm I., König von Preußen/Deutscher Kaiser 33, 37, 39–42, 44, 45, 48, 49, 53–55, 57–61, 63, 64, 67, 71, 75, 110, 122, 135, 139–141, 143, 169, 185, 336
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 33, 115, 118, 194, 195, 200–207, 209, 210, 213–219, 246, 253, 254, 257–262, 264, 266–268, 270, 271, 275, 276, 278, 282, 283, 285, 290–292, 294–296, 300, 301, 303, 305, 308, 313, 314, 316, 320–327, 329–333, 336–338
Wilhelmi, Johann Christian Theodor 174
Wislicenus, Georg 268
Woermann, Adolph 266
Zedlitz-Neukirch, Octavio Freiherr von 270
Zypen, Julius van der 240, 242, 246–248, 250, 279

CO/EM 5

■ Aus der kleinen, handwerklich geprägten Firma Krupp entwickelte sich innerhalb weniger Jahrzehnte eines der weltgrößten Stahlunternehmen, das schon bald zu einer nationalen Institution wurde. Dieser Erfolg verdankt sich nicht zuletzt der geschickten Art, mit der Alfred Krupp sein Unternehmen in der Öffentlichkeit präsentierte. So nutzte er die Weltausstellungen als Forum und setzte schon früh auf das Medium Photographie. Dabei diene ihm die Öffentlichkeitsarbeit jedoch lediglich als Instrument, um sein Unternehmen mit Begriffen wie Qualität, Solidität, Patriotismus und Modernität in Verbindung zu bringen und Vertrauen bei seinem eigentlichen Kunden, dem Staat, zu gewinnen. Mit Erfolg: Die stählernen Kanonen aus dem Hause Krupp verdrängten die älteren Modelle aus Bronze und machten das Unternehmen zur „Waffenschmiede der Nation“. Doch gegen Ende des 19. Jahrhunderts geriet das Unternehmen, das wie kein anderes für die wirtschaftliche und militärische Macht des Deutschen Reiches stand, zunehmend in Verdacht, seine Ausnahmestellung auszunutzen und sich vor allem beim Flottenbau auf Kosten des Staates zu bereichern. Friedrich Alfred Krupp, der Sohn des Firmengründers, verkörperte für viele nur noch die häßliche Seite des Kapitalismus. Als ihm die sozialdemokratische Presse Dekadenz und moralische Verkommenheit vorwarf, wurde mit Krupp zugleich stellvertretend die Wirtschafts- und Sozialordnung des Kaiserreiches insgesamt angegriffen. Barbara Wolbring zeigt, wie sich eines der großen deutschen Unternehmen allmählich zu einer Instanz im öffentlichen Leben entwickelte und – zum Teil gegen den Willen der Inhaber – zum politischen Akteur wurde.

Barbara Wolbring, geb. 1965, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main.

ISBN 3 406 46527 7